

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 20

Frankfurt, 21. Juli 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Truman: Gewerkschaften führend im Kampf um Freiheit - - - - -	1
AFL kritisiert Adenauers Aeusserungen - - - -	2
Das Problem der kleinen Einkommen - - - - -	3
Amerikanische Gewerkschaften warnen vor arbeiterfeindlicher Propaganda - - - - -	5
Das internationale freie Gewerkschaftswesen erzielt Fortschritte - - - - -	8
Arbeiterfeindliche amerikanische Zeitschrift verherrlicht Streikbruch - - - - -	10
Schuman-Plan-Komitee des IBFG - - - - -	12
Die Geschichte der Stahlarbeitergewerkschaft Amerikas ist mit Lettern in Blut geschrieben	13

TRUMAN: GEWERKSCHAFTEN FUEHREND IM KAMPF UM FREIHEIT

Einer Rede Praesident Trumans auf dem Jahreskongress der Amerikanischen Zeitungspersonalgewerkschaft in der Hauptstadt der Vereinigten Staaten entnehmen wir einige interessante Ausfuehrungen.

Der Praesident zollte allen Zweigen der Gewerkschaftsbewegung seine besondere Anerkennung fuer die Arbeit, die zur Foerderung des Gewerkschaftsgedankens auf der ganzen Welt geleistet worden ist.

„In zahlreichen Laendern waren die schaffenden Maenner und Frauen der intensiven Propaganda und den Infiltrationsversuchen der kommunistischen Agitation ausgesetzt. Unsere freien Gewerkschaften sind besser als irgendeine andere Organisation in der Lage, dem kleinen Mann wirksam vor Augen zu fuehren, dass die Kommunisten nicht

um seine Wohlfahrt besorgt sind, sondern ihn zur Verfolgung der imperialistischen Ziele einer aggressiven Fremdmacht missbrauchen moechten."

"Unsere Gewerkschaften koennen den Arbeitern anderer Laender am besten zeigen, dass der demokratische und nicht der kommunistische Weg zur wirklichen wirtschaftlichen Gesundheit fuehrt."

Truman erklarte weiter, dass sich die Kommunisten die verheerenden wirtschaftlichen Verhaeltnisse, die in vielen Teilen der Welt herrschten, zunutze machten. Eines der Kampfmittel gegen den Kommunismus muss deshalb die Hebung des Lebensstandards in diesen Gebieten sein.

"Wo die Hammer-und-Sichel-Leute mit inneren Gewaltakten und bewaffneter Aggression vorgehen, wie zum Beispiel in Korea, muesse dem Volk, das entschlossen sei, seine Unabhaengigkeit zu verteidigen, jede nur moegliche Hilfe gewaehrt werden."

"Es genuege nicht, Aggressionen nur abzuwehren, Amerika muss mit allen Regierungen, die das ehrliche Bestreben haben, das Los ihres Volkes zu bessern, zusammenarbeiten."

Truman erklarte, dass durch das Punkt-Vier-Programm, das der technischen Unterstuetzung rueckstaendiger Gebiete diene und kuerzlich von dem Kongress gebilligt worden sei, in dieser Hinsicht viel getan werden koenne.

"Wenn es uns nicht gelingt, ein wirksames Punkt-Vier-Programm durchzusetzen, laufen wir Gefahr, an den Kommunismus Hunderte von Millionen Menschen zu verlieren, die in ihrem Kampf gegen Hunger und Not den Blick vertrauensvoll auf uns gerichtet haben."

"Wir unterstuetzen dieses Programm, weil wir eine friedliche und freie Welt erstreben, in der alle Menschen als gute Nachbarn zusammenleben koennen."

LABOR
VII/1/50

Arnold Beichman, New Yorker Korrespondent der AFL News Service:

AFL KRITISIERT ADENAUERS AEUSSERUNGEN

Der Amerikanische Gewerkschaftsbund (AFL) hat den Kanzler der deutschen Bundesrepublik, Konrad Adenauer, darueber unterrichtet, dass seine kuerzlich gehaltene Rede, in der er zum Ausdruck brachte, Amerika und Russland seien gleichermaßen fuer die Bedrohung des Friedens verantwortlich, "alle Amerikaner schwer enttaeuscht habe, die dem freundschaftlichen Verhaeltnis und einer engen Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der wiedererstandenen demokratischen westdeutschen Republik grosse Bedeutung beimessen."

In einem 2.500 Worte langen Schreiben an den Chef der Bonner Regierung legte Matthew Woll, der zweite Vizepraesident und Vorsitzende des AFL-Komitees fuer Internationale Arbeitsbeziehungen, Konrad Adenauer zur Last, sich politischer Argumente bedient zu haben, die nicht der Wahrheit entspraechen und im Widerspruch zu allen Tatsachen der juengsten Geschichte stueenden.

Dieses Schreiben der AFL folgte einem zusammenfassenden Bericht ueber die Rede Adenauers, der am 22. Mai in der New York Times erschienen war.

Matthew Woll protestierte dagegen, dass Adenauer den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion fuer die gegenwaertige gefaehrliche Weltfriedenslage die Schuld zuschob.

Er machte dem Bundeskanzler den Vorwurf, dass heute mehr und mehr Beweise dafuer vorliegen, "dass gewisse deutsche Grossindustrielle sich eifrig darum bemuehten, Handelsverbindungen mit den Laendern hinter dem Eisernen Vorhang aufzunehmen, und dass diese Absicht, wie in normalen Zeiten mit Russland Geschaefte abzuwickeln, trotz der Tatsache noch staerker geworden sei, dass fuer die Sowjetunion Aussenhandel nicht Kaeufe und Verkaeufe, sondern ein Mittel zur politischen Durchdringung, Erpressung und zum schliesslichen Umsturz sei."

"Wie konnten Sie also, Herr Bundeskanzler, auch nur den Versuch unternehmen, einen Vergleich zwischen der Aggressionspolitik der totalitaeren Diktatur Russlands und dem von einer grossen amerikanischen Demokratie verfolgtem konstruktiven und friedlichen Kurs zu ziehen, dessen Ziel internationale Harmonie und der Fortschritt der Menschheit sind?"

Matthew Woll erklarte ferner, die Politik der Nachgiebigkeit, der es in den Muenchener Tagen nicht gelungen sei, den Frieden zu erhalten, "biete keinerlei Moeglichkeit, die Katastrophe eines internationalen Weltbrandes zu verhindern."

Abschliessend sagte er: "Es liegt also klar auf der Hand, dass eine nachgiebige Politik seitens der Vereinigten Staaten die internationale Spannung nicht vermindern, sondern sie im Gegenteil verschaerfen wuerde, weil sie letzten Endes - wenn auch unbeabsichtigt - die russische Aggressions- und Ausdehnungspolitik ermuntern und verstaerken muesse."

Es kann mit voller Berechtigung behauptet werden, dass nur der Bruch mit der frueheren Politik der Nachgiebigkeit Westeuropa davor bewahrt hat, ueberrannt und von den bewaffneten Horden Stalins in Besitz genommen zu werden."

AFL News Service
VI/27/50

DAS PROBLEM DER KLEINEN EINKOMMEN

Aus einem der letzten US-Kongressberichte geht hervor, dass jene zehn Millionen Familien, deren jaehrliches Durchschnittseinkommen eine geringere Hoehe als 2.000 Dollar erreichten, einen starken, jedoch nicht abdeckbaren Bedarf an Waren haben. "Dies stellt ein grosses, unterentwickeltes Wirtschaftsgebiet dar, es ist ein neuer und erweiterungsfaehtiger Markt, auf dem die Gueter der amerikanischen Industrie abgesetzt werden koennen. In einem Wirtschaftssystem, das grundsaeztlich auf Massenproduktion ausgerichtet ist, muss auch in Massen abgesetzt werden, wenn schwere wirtschaftliche Stoerungen vermieden werden sollen."

Nach dem Beschaeftigungsgesetz, das 1946 beschlossen wurde, hat der Kongress die Aufgabe, Hoechstbeschaeftigung, Produktion und Kaufkraft zu foerdern. Niedrige Einkommen stellen stets einen Hemmschuh fuer die Erweiterung der Wirtschaft dar. Um dieses Uebel zu beheben, ist eine eingehende Beschaeftigung mit dem Problem der Liliput-Einkommen erforderlich.

So lauten die Schlussfolgerungen in einem kuerzlich ausgearbeiteten statistischen Bericht ueber amerikanische Familien mit niedrigen

Einkommensstufen. Das benoetigte statistische Material wurde dem Unterausschuss fuer Familien niedriger Einkommensstufen durch andere Aemter zur Verfuegung gestellt, es dient als Grundlage fuer die Formulierung der Empfehlungen zur Loesung dieses Problems niedriger Einkommensstufen. In diesem Bericht werden zwei grundlegende Fragen zwar erhoben, aber nicht beantwortet.

(1) "Wie wirken sich niedrige Produktion und niedrige Kaufkraft der aermere Familien auf die gesamte Wirtschaft aus? Werden die geringe Produktion und die Minimalkaufkraft der Stabilisierung der Wirtschaft auf der Ebene der Hoechstproduktion und -beschaeftigung im Wege stehen? Haengt der Wohlstand und der Fortschritt aller Buerger davon ab, dass der Lebensstandard dieser Familien gehoben wird?"

(2) "Was kann geschehen, um die Produktionsleistung und Einkommenskapazitaet dieser Familien zu steigern und damit den Wohlstand der gesamten Wirtschaft zu foerdern?"

In dem Bericht heisst es, dass "die Familien mit Liliput-Einkommen den wirtschaftlichen Fortschritt Amerikas nicht mitgemacht haben. Ihnen gehoerten nur wenige jener Gueter, die fuer den amerikanischen Lebensstandard von heute als symbolisch gaelten. Diese Familien wuerden wesentlich staerker als Konsumenten in Erscheinung treten, wenn ihre Kaufkraft ihren Beduerfnissen entspraecht."

Das Statistische Amt der Vereinigten Staaten berichtet, dass es in den Vereinigten Staaten 38.5 Millionen Familien und 8 Millionen Alleinstehende gibt, die nicht in einer Familiengemeinschaft leben. Ein Viertel dieser 38.5 Millionen Familien hat ein Gesamt-nettoeinkommen von weniger als 2.000 Dollar in einem Jahre. Zwei Drittel dieser rund zehn Millionen Familien mit Liliput-Einkommen leben in Staedten oder sind als Nichtbauernfamilien anzusehen. Etwa 3.3 Millionen Familien sind ausgesprochene Bauernfamilien, von diesen Bauernfamilien wiederum haben 1.7 Millionen ein Einkommen von weniger als 1.000 Dollar im Jahre.

Die Ursache fuer diese niedrigen Einkommen ist nach dem Bericht darin zu erblicken, dass viele Farmen nicht nur unwirtschaftlich arbeiten, sondern sogar Verluste einstecken muessen.

Das hohe Alter ist ebenfalls ein Grund fuer die niedrigen Einkommen dieser zehn Millionen. Ein Viertel jener 6.3 Millionen Nichtbauernfamilien mit Einkommen unter 2.000 Dollar zeigt Familienvorstaende, die 65 und darueber sind.

Bei den Bauernfamilien sind jene in der niedrigsten Einkommensstufe am zahlreichsten zu finden, deren Familienvorstaende ungelernete Arbeiter sind. Ein Achtel der Nichtbauernfamilien mit Liliput-Einkommen haben farbige Familienvaeter. Es gibt weiterhin zahlreiche Familien, deren Familienvorstand durch Tod, boeswilliges Verlassen oder Scheidung Frauen geworden sind, auch sie gehoeren in starkem Masse zur Gruppe der Liliput-Einkommensbezieher. Der Mangel an Ausbildung ist ein weiterer ausschlaggebender Faktor: fast zwei Fuenftel der Nichtbauernfamilien der niedrigen Einkommensstufe, denen Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren als Haushaltungsvorstand angehoreten, hatten weniger als 8 Jahre Schulausbildung genossen.

Obwohl die verfuegbaren detaillierten Informationen ueber die Ausgaben einer Familie nicht mehr ganz aktuell sind, koennen doch einige wichtige Tatsachen formuliert werden. Fuer staedtische Familien mit einem Einkommen von weniger als 2.000 Dollar im Jahr betragen die Ausgaben fuer Ernaehrung etwa die Haelfte des gesamten Verdienstes. Dieser Prozentsatz sinkt bei zunehmendem Einkommen und

geht bei Familien, deren Einkommen ueber 7.500 Dollar liegt, auf etwa 17% zurueck. Aermere Familien muessen daher mehr Getreideprodukte verbrauchen, jedoch weniger Milch, weniger Fleisch, Gemuese und Fruechte als die wirtschaftlich besser Situierten. Auch die Ausgaben fuer Miete stehen bei den staedtischen Familien mit einem Lilliput-Einkommen von weniger als 2.000 Dollar im Jahr in keinem Verhaeltnis zu ihren uebrigen Aufwendungen.

Monthly Labor Review
I/50

Joseph D. Keenan, Leiter der Gewerkschaftlichen Vereinigung fuer Politische Aufklaerung:

AMERIKANISCHE GEWERKSCHAFTEN WARNEN VOR ARBEITERFEINDLICHER PROPAGANDA

"Die Rechte und Interessen des Arbeiters werden nicht von Gewerkschaftsagitatoren geschuetzt und wahrgenommen, sondern von jenen christlichen Maennern, denen Gott in seiner unendlichen Weisheit die Kontrolle ueber die Eigentumsinteressen des Landes in die Hand gegeben hat und jenem Unternehmertum, von dem so vieles abhaengt."

Mit diesen Worten beantwortete George F. Baer, der Praesident der Kohle- und Eisengesellschaft von Philadelphia und Reading, die Bitte eines Bergarbeitersohnes waehrend des furchtbaren Bergarbeiterstreiks des Jahres 1902. Dieser Bergarbeitersohn, William F. Clark, starb vor wenigen Wochen in Wilkes-Barre (Pennsylvanien). Die Antwort jedoch, die er damals von diesem arroganten Praesidenten der Kohlegesellschaft erhalten hatte, erschuetterte im Jahre 1902 die ganze Nation und sie wird noch lange im Gedaechnis aller Gewerkschafter weiterleben.

Glauben die Leute, dass sich die Verhaeltnisse seit 1902 geaendert haben? Wenn sie es glauben, dann haben sie zum Teil recht. Heute sind die Gewerkschaften staerker geworden, und ihr Recht zum Abschluss von Tarifvertraegen wird allgemein anerkannt. Heute ist es fuer einen Unternehmer im Interesse seiner Beziehungen zur Offentlichkeit nicht gerade ratsam, etwa zu sagen, er besaesse das goettliche Recht und die Weisheit, das Leben seiner Arbeitgeber so zu lenken, wie er es fuer richtig halte. Wenn die fuehrenden Koepfe der Industrie heute jedoch nicht offen aussprechen koennen, lass sie die Gewerkschaften beseitigen moechten, so heisst das keineswegs, dass sie nicht den Wunsch haetten, es zu tun.

Heute bedienen sie sich anderer, heimtueckischerer Mittel. Sie erklaeren, die Tage des zuegellosen Kapitalismus seien vorueber, das Blatt habe sich gewendet. Sie behaupten, heute seien es die "Gewerkschaftsbonzen", die sowohl den Unternehmern als auch den ungluecklichen Arbeitern Vorschriften machten. Die Arbeiterschaft sei in die "Monopolgewerkschaften" gepresst worden.

Die antigewerkschaftlichen Industriellen von 1950 weinen bittere Krokodilstraenen fuer diese "armen Arbeiter, die unter die ruecksichtslose Herrschaft der Agitatoren und Gewerkschaftsbonzen geraten seien."

Man denke nur an die Argumente, die die Fuersprecher des Taft-Hartley-Gesetzes vorbrachten. Versicherten sie etwa, dass sie damit die Gewerkschaften zerstoeren und das Kollektivverhandlungswesen abschaffen wollten? Natuerlich nicht. Nach ihren Worten handelte es sich um ein Gesetz, das die Arbeiter "befreien" sollte. Es war ein Gesetz, das den armen, unterdrueckten Unternehmern das gleiche Recht in den Tarifverhandlungen und Schutz gegen die "maechtige Gewerkschaftsmaschinerie" geben sollte.

Das ehemalige Kongressmitglied Fred Hartley hat ein Buch geschrieben, das den Titel "Unsere Neue, Nationale Arbeitspolitik" traegt. In diesem Buch hat er versucht, das Taft-Hartley-Gesetz zu rechtfertigen, es heisst hier:

"Gewerkschaften und Unternehmer hatten die Rollen vertauscht... Die Gewerkschaften sassen im Sattel und nutzten dies aus..... Die obersten Gewerkschaftsfuehrer hatten die gleiche Macht wie die erwahlten Fuehrer der Regierung. Seit langem verfuegen sie ueber weit grosseren Einfluss als die bedeutendsten Unternehmen der Nation."

Hartley faehrt in seinem Buch fort: "Schwer lastete die Not auf den Arbeitern. Fuer die Leiter der Gewerkschaften bedeutet jedoch die grosse Masse der arbeitenden Bevoelkerung nichts anderes als der Poebel fuer Louis XVI."

Hartley bezeichnet den "Dixiekraten" (Spitzname fuer die gewerkschaftsfeindlichen Kongressleute der Suedstaaten) Graham Barden aus Nordkarolina in lobender Weise als einen Mann, "der fuer die Arbeiterschinder und besoldeten Gewerkschaftsagitatoren nichts anderes als Verachtung empfaende." Das ganze Buch hindurch bezeichnet Hartley die gewahlten Vorsitzenden der Gewerkschaften staendig als "Gewerkschaftsbonzen."

Als das Taft-Hartley-Gesetz trotz des Einspruchs des Praesidenten in Kraft gesetzt wurde, glaubten die Gewerkschaftshasser vielleicht noch ihren eigenen Worten. Betriebswahlen, die ueber Annahme oder Nichtannahme des "Union-Betriebs"-Systems entscheiden sollten, wurden als obligatorisch erklart. Die Gewerkschaftshasser waren der Ueberzeugung, dass das arbeitende Volk Amerikas zu den Urnen eilen und gegen seine eigenen Gewerkschaften stimmen wuerde. Was sich tatsaechlich ereignete, ist bereits Geschichte geworden. Mit ueberwaeltigender Mehrheit sprachen sich 98% der Waehler zugunsten des "Union-Betriebs"-Systems aus. Es gibt keine andere Einrichtung in den Vereinigten Staaten, der in so ueberzeugender Weise das Vertrauen ausgesprochen worden ist.

Ein Vergleich der Gehaelter der sogenannten "Gewerkschaftsbonzen" mit denen der Industriellen beweist eindeutig, dass es kein Bonzentum gibt. Selbst die hoechsten Gehaelter, die die Gewerkschaften zahlen, sind im Vergleich zu diesen niedrig. Die beiden Vorsitzenden der Amerikanischen Arbeitsfoederation (AFL) und des Kongresses der Industrieverbaende (CIO), William Green und Philip Murray, erhalten jaehrlich je 25.000 Dollar. A. B. Homer dagegen, der Praesident der Bethlehem-Stahl-Korporation, bezog im Jahre 1948 Gehaelter und Praemien in Hoehe von 263.280 Dollar. Wenn sich Homer mit 65 Jahren zur Ruhe setzt, wird er eine Jahrespension von 110.460 Dollar beziehen, ohne auch nur einen Cent fuer Pensionsversicherung entrichtet zu haben. Benjamin Fairless, der Praesident der US Stahl-Korporation, verdiente im Jahre 1948 207.900 Dollar. Tom Girdler, der Vorsitzende der Republik-Stahl-Korporation, 275.000 Dollar und der Praesident und die fuef Vizepraesidenten der gleichen Gesellschaft mehr als 70.000 Dollar je Kopf.

Das gesante Einkommen aller Gewerkschaften des Landes erreicht nicht einmal die Hoehe der Nettogewinne einer einzigen Automobilproduzentin der Vereinigten Staaten, naemlich der General Motors-Gesellschaft.

Noch laeherlicher ist die Behauptung der Propagandisten der Grosskapitalisten, die Gewerkschaftsmitglieder wahlten ihre Vorsitzenden nicht nach demokratischen Grundsuetzen und sie koennten keinen Einfluss auf sie ausueben. Auch in diesem Punkt ist der Gegensatz zur Industrie geradezu bestechend und ueberzeugend.

"Fragt Euch bitte selbst, ob Ihr eine Einrichtung kennt, die demokratischer als Eure Gewerkschaft waere? Wie steht es damit in dem Unternehmen, fuer das Ihr arbeitet? Werwaehlt den Vorstand? Wer die obersten Organe? Steht das Unternehmen unter der Kontrolle der Aktionaere, seiner rechtmæssigen Besitzer? Oder wird es von nur Wenigen beherrscht, die nur einen geringen Teil der Aktien besitzen?"

Die Antwort zu diesen Fragen kennt jedes Mitglied einer amerikanischen Gewerkschaft. Nehmen wir zum Beispiel die groesste Gesellschaft des Landes, die Amerikanische Telefon- und Telegrafien Kompanie, die unter dem Namen "Bell-System" allgemein bekannt ist. Walter S. Gifford liess sich gerade als Vorsitzender dieses Unternehmens pensionieren. Er bezog jaehrlich ein Gehalt in Hoehe von 209.000 Dollar, seine Pension betraegt jetzt 95.000 Dollar jaehrlich.

Dieses Unternehmen macht mit der Tatsache Reklame, dass 900.000 Aktionaere die eigentlichen Eigentuemmer der Gesellschaft sind. Jeder Aktionaer weiss jedoch, dass die Trennung von Besitz und Leitung in der Kompanie schon seit langem durchgefuehrt ist. Gifford und andere fuehrende Persoenlichkeiten der Kompanie besitzen von je 2.300 Aktien nur je eine. Das sind knapp ganze vier Hundertstel eines Prozents des gesamten Kapitals. Und doch wird dieses ungeheure Unternehmen von diesen Wenigen so beherrscht, als wenn sich saemtliche Aktien in ihrem Besitz befaenden.

In den meisten Unternehmen liegen die Verhaeltnisse heute aehnlich. Die Finanzberichte der Gesellschaften an die Aktionaere sind ein Meisterstueck angedeuteter Unverstaendlichkeit. Wenn diese mit den detaillierten Finanzberichten verglichen werden, die allen Gewerkschaftsmitgliedern zur Verfuegung stehen und die von ihren gewaehlten Treuhaendern ueberprueft werden, so ergibt sich hier ein Unterschied von Tag und Nacht. Im uebrigen sitzen weit mehr Angestellte der Banken und Industrie wegen Geldunterschlagungen im Gefaengnis, als es bei den Gewerkschaften der Fall ist.

Alle Gewerkschaftsfunktionaere sind keine Heiligen. Manchmal werden auch unfaeheige Leute in Aemter berufen, die Gewerkschaftsmitglieder koennen sich aber wieder neue Funktionaere waehlen. Sie verlieren die Herrschaft ueber ihre Gewerkschaft niemals soweit wie Aktionaere ueber das Unternehmen, das ihnen eigentlich gehoert. Den besten Beweis hierfuer liefert das Postbuero der AFL in Washington. Es gibt mehr als 40.000 Lokalgewerkschaften der AFL. Die Funktionaere wechseln so oft, dass 40% der Adressen der lokalen Gewerkschaftsfunktionaere in jedem Jahre geaendert werden muessen. Ist das vielleicht die "Diktatur der sich selbst verewigenden Gewerkschaftsbonzen?"

An diese Tatsachen muss man denken, wenn Flugschriften des Senators Taft gelesen werden, in denen er sagt, dass nur "Kommunisten" und "Arbeiterschinder" den Wunsch haetten, das Taft-Hartley-Gesetz ausser Kraft zu setzen.

Es darf hier keine Irrefuehrung geben, wenn behauptet wird, dass ein besonderes Gesetz nur fuer die Gewerkschaftsfuehrer und nicht fuer die Arbeiterschaft selbst von Vorteil waere. Wenn sie das Recht und die Macht der gewaehlten Fuehrer schwaechen wollen, die die Mitgliedschaft wirksam vertreten wollen, dann bedrohen sie damit direkt auch die Sicherheit und die Loehne der Arbeiter.

Von der Handlungsweise der Arbeiterschaft am Wahltag wird es abhaengen, wie der neue Kongress aussehen wird. Wenn es versaeumt wird, die Freunde der Arbeiterschaft wiederzuwaehlen, koennte es leicht moeglich sein, dass die Gewerkschaften in die guten alten Tage

zurueckversetzt werden, als Aktionaere, Oeffentlichkeit und Arbeitnehmer der Willkuerherrschaft der Grossindustriellen voellig machtlos gegenueberstanden.

Wenn die Arbeiterschaft wuenscht, dass Loehne und Sicherheit von starken Gewerkschaften und frei gewaehlten Funktionaeren beschuetzt werden, dann wird jede Stimme in diesem Wahljahr benoetigt werden.

Es sei daran erinnert, dass im Jahre 1946 versaeumt wurde, von 128 Abgeordneten 45 wiederzuwaehlen, die fuer die Gewerkschaften und gegen das antigewerkschaftliche Case-Gesetz gestimmt hatten. 1948 jedoch wurden alle Freunde der Gewerkschaften wiedergewaehlt. Wie wird es in diesem Jahre sein?

Das liegt an den acht Millionen Mitgliedern der AFL. Was koennen sie tun? Sie koennen der Gewerkschaftlichen Vereinigung fuer Politische Aufklaerung beitreten, sie unterstuetzen und ihre Stimme fuer sie abgeben.

Die andere Seite mag das Geld haben, die Arbeiterschaft hat die Stimmen.

Wenn jeder Arbeiter als guter Buerger waehlt, wird es ein starkes und wohlhabendes Amerika geben, in dem wirkliche Freiheit herrscht und das konkurrierende Unternehmertum die Prosperitaet und das Glueck eines Jeden foerdert.

The American Federationist
V/50

DAS INTERNATIONALE FREIE GEWERKSCHAFTSWESEN ERZIELT FORTSCHRITTE

Die freie Gewerkschaftsbewegung setzt sich unablaessig fuer die Hebung des Lebensstandards in rueckstaendigen Gebieten, fuer die Abwehr des Kommunismus in Europa und fuer die Verteidigung Europas erfolgreich ein.

Dies erklaerte kuerzlich J. H. Oldenbroek, der Generalsekretaer des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, in einem Bericht ueber die Erfolge der freien Gewerkschaftsbewegung. Oldenbroek hielt sich kurze Zeit in Washington auf und fuehrte dort Besprechungen mit Gewerkschaftsfuehrern und hohen Persoenlichkeiten der amerikanischen Regierung.

Waehrend seines Aufenthaltes in Washington war Oldenbroek Gast der Amerikanischen Arbeiterfoederation (AFL), des Kongresses der Industriegewerkschaften (CIO), des Bergarbeiterverbandes und des Internationalen Metallarbeiterverbandes. Der europaeische Gewerkschaftsfuehrer traf auch mit Pressevertretern zusammen und gab, bevor er Washington wieder verliess, dem Vertreter der Zeitschrift "The Laborer" ein Interview.

Generalsekretaer Oldenbroek reiste in die Vereinigten Staaten, um hier mit den Gewerkschaftsfuehrern zu konferieren und mit ihnen seine Meinung ueber Mittel und Wege auszutauschen und abzustimmen, wie man die Ziele des IBFG verwirklichen kann.

"Wir kommen verhaeltnismaessig schnell den in unserem Programm gesteckten Zielen naeher. Unsere Zentrale ist in Bruessel errichtet worden, unser Personalstab wird jetzt zusammengestellt. Er wird sich aus etwa 45 Personen zusammensetzen, von denen 30 bereits ernannt sind."

"Das Problem der verschiedenen Sprachen wird keine Schwierigkeiten bereiten. Wir haben genuegend Leute, die mehrere Sprachen sprechen. Unsere Arbeit wird in den vier offiziellen Sprachen Englisch, Franzoesisch, Spanisch und Deutsch durchgefuehrt werden. Der gesamte Schriftverkehr des IBFG und alle Veroeffentlichungen dieser Organisation werden in vier Sprachen zur Verfuegung stehen."

Oldenbroek selbst ist fuer seine Kenntnisse in mehreren Sprachen bekannt, man sagt, er ist etwa in einem Dutzend verschiedener Sprachen zu Hause.

Einen der ersten Schritte, die der IBFG unternahm, war die Aufstellung eines Presse- und Publikationsprogramms. Der Englaender E. Thompson wurde zum Leiter der Abteilung fuer Pressewesen und Publikationen ernannt und wird mit der Ausarbeitung eines "Presseberichtes" beauftragt werden, der wahrscheinlich je nach Umfang der vorliegenden Nachrichten vierzehn-taeglich oder monatlich erscheinen wird. Ein monatliches Magazin mit Nachrichten und Berichten von der Arbeit der Gewerkschaft in aller Welt wird ab Juli herausgebracht werden.

Oldenbroek wurde in Washington ueber die mutmasslichen Schwierigkeiten befragt, die mit den Waffenlieferungen nach Europa im Rahmen des europaeischen Verteidigungsprogramms auftauchen koennten. Er beruhigte die Fragesteller und erklaerte, dass die Waffen an ihren Bestimmungsort gelangen wuerden, ohne dass die Kommunisten hieran etwas zu aendern vermoechten.

Der Kampf gegen den Kommunismus ist fuer Oldenbroek und diejenigen, die an seiner Seite stehen, eine historische Angelegenheit. Sofort nach der Gruendung des IBFG im Dezember vorigen Jahres wurde er zum Generalsekretaer ernannt. Damit hatte sein lebenslanger Kampf um die Erzielung eines besseren Loses fuer die Arbeiter seine Anerkennung gefunden. Seit seiner Jugend gehoerte er dem Internationalen Transportarbeiterverband an und kaempfte fuer das freie Gewerkschaftswesen. Vor dem Kriege kaempfte er gegen die Kommunisten und beteiligte sich dann aktiv an der Widerstandsbewegung der Alliierten. In Holland zwar geboren, ist Oldenbroek doch in ganz Europa bekannt. In den kritischen Tagen des Zweiten Weltkrieges war er tatsaechlich ein "Koordinator" gewerkschaftlicher Taetigkeiten. Die Erfahrungen, die er im Kampf gegen den nazistischen Totalitarismus sammelte, kommen ihm nun bei der Bekaempfung des Kommunismus zugute.

"Die Kommunisten verfuegen ueber grosse Hilfsquellen und Energien. Sie koennen jedoch geschlagen werden. Ihr einziger Wunsch ist, mit Hilfe aller moeglichen Mittel zur Macht zu gelangen und diese Macht dann zu erhalten. Sie interessieren sich ueberhaupt nicht fuer die Wohlfahrt der Arbeiterschaft, und das wissen die Arbeiter in demokratisch regierten Laendern Europas, oder sie werden es sehr schnell erkennen."

"Die Kommunisten glaubten, durch Sabotage des Marshall-Planes den europaeischen Wiederaufbau unterbinden zu koennen. Wir sorgen jedoch dafuer, dass ihnen dies nicht gelingen wird. Die Arbeiter Europas wissen, was zu tun ist und was sie von den Kommunisten zu halten haben."

Oldenbroek erklaerte, es sei von besonderer Bedeutung, sich mit den ferngesteuerten Agitatoren unter den Transportarbeitern zu befassen, weil es die Kommunisten hauptsaechlich auf diese Gewerkschaftsmitglieder in den Hafenstaedten abgesehen haetten. In den Hafenstaedten muesste den sowjetischen Bemuehungen mit aller Energie entgegengearbeitet werden.

"Wir sind von den Gewerkschaften der Vereinigten Staaten in hervorragender Weise unterstuetzt worden. Wir hoffen, uns auch weiterhin dieser Hilfe wuerdig erweisen zu koennen. Wir koennen nur dann mit Erfolgen rechnen, wenn wir uns alle - und hierzu gehoeren auch die amerikanischen und alle anderen Gewerkschaften - eng zusammenschliessen und gemeinsam fuer ein besseres Los der Arbeiter kaempfen."

Die naechste grosse Aufgabe biete sich der Gewerkschaftsbewegung in Asien, fuhr Oldenbroek fort. Der IBFG wird eine Sonderdelegation nach Suedostasien schicken, die die allgemeine Lage ueberpruefen und mit den Vertretern der Regierung und Gewerkschaften besprechen soll, was zur Hebung des Lebensstandards in jenem Teil der Welt getan werden kann.

Damit der IBFG erfolgreich arbeiten und moeglichst viel leisten kann, wird eine Reihe regionaler Dienststellen errichtet werden, und zwar fuer Nord- und Suedamerika, im Nahen und Mittleren sowie im Fernen Osten.

Aufgabe dieser regionalen Dienststellen wird es sein, die freie Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt zu foerdern und einen staendigen Kampf gegen den Totalitarismus in jeglicher Form, in der er auch auftreten mag, zu fuehren.

Bevor Oldenbroek Washington verliess, fuehrte er noch Besprechungen mit dem Aussenminister Dean Acheson, dem Administrator der Verwaltung fuer Wirtschaftliche Zusammenarbeit Paul G. Hoffman und anderen Vertretern der Regierung.

The Laborer
V/50

Ruben Levin:

ARBEITERFEINDLICHE AMERIKANISCHE ZEITSCHRIFT VERHERRLICHT STREIKBRUCH

Die sogenannten "populaeren" Magazine wie "Saturday Evening Post", "Reader's Digest" und "Collier's" werden mehr und mehr zu unanstaendigen Werkzeugen einer antigewerkschaftlichen und antiliberalen Propaganda.

"Collier's", das dem Hause Morgan gehoert, lieferte in seiner letzten Ausgabe den deutlichen Beweis fuer diese Politik. In einem Leitartikel, der in grosser Aufmachung die Ueberschrift "John L. Lewis wollte mich nicht arbeiten lassen" trug, versucht "Collier's", den Streikbruch zu rechtfertigen und die organisierte Arbeiterschaft herunterzureissen. Das Magazin hat sich die Reklame fuer diesen Artikel ein Vermoegen kosten lassen.

Ein junger Bergmann namens Joe Dickmon aus Library in Pennsylvania musste seinen Namen fuer diesen Artikel hergeben, obwohl er in Wirklichkeit von dem gutbezahlten Schreiber des Magazins, Walter Davenport, verfasst worden war.

Wer ist Joe Dickmon? Er machte das erstemal von sich reden, als im vorigen Winter die Bergarbeitergewerkschaft einen harten Kampf um hoehere Loehne und bessere Sozialversorgung fuehrte. Viele Bergleute brachten schwere Opfer, um diesen Kampf gewinnen zu helfen; Dickmon gehoerte jedoch nicht zu ihnen.

Dafuer richtete er damals einen wuetenden Brief an eine Pittsburger Tageszeitung, in dem er John L. Lewis als einen "Diktator" bezeichnete. Er feuerte nur so mit Wutausbruechen gegen die Gewerk-

schaft um sich, die ohne ihn zu fragen, die 3 Tage-Woche angeordnet hatte, und forderte schliesslich zu einer Revolte gegen den Vorsitzenden der Bergarbeitergewerkschaft heraus und empfahl die Beilegung des Streiks unter Annahme der Unternehmerbedingungen auf. Es war praktisch ein Aufruf zum Streikbruch.

Die Bergarbeiter verachteten eine solche Haltung. In keinem Zweig der Gewerkschaftsbewegung ist der Streikbruch verhasster als unter den Kumpels, die jahrelang schwer zu kaempfen hatten und wiederholt sogar hungern mussten, um sich bessere Lebensbedingungen zu erkaempfen.

Junge Leute wie Dickmon wissen hiervon nichts. Er konnte noch nicht zu den Erfolgen beitragen, die sich die Gewerkschaft schwer erkaempfen musste. In dem gleichen Augenblick, als seine Kameraden von ihm verlangten, in einer kritischen Situation ein Opfer zu bringen, lief er zu einer gewerkschaftfeindlichen Zeitung und stellte sich in den Dienst der Unternehmer.

Natuerlich wurde er von den anderen Kumpels als Feigling und Verraeter verachtet. Sie weigerten sich, mit ihm zu arbeiten; er wurde vielmehr vor Gericht angeklagt, durch falsche und verleumderische Angaben die Pflichten eines Gewerkschaftsmitglieds verletzt zu haben. Nachdem er sich geweigert hatte, aus der Gewerkschaft auszutreten, beschlossen die Mitglieder, ihn durch einen sechs monatigen Ausschluss aus der Gewerkschaft zu bestrafen.

Daraufhin eilte Dickmon zum "Collier's"-Magezin, um seine schmutzige Geschichte in Druck geben zu koennen. Die Herausgeber belohnten ihn mit einer nicht unansehnlichen Summe - selbstverstaendlich hatten sie keinerlei Interesse an Dickmon oder an einem persoenlichen Angriff gegen Lewis, aber sie sahen eine guenstige Gelegenheit, der Gewerkschaftsbewegung einen schweren Schlag versetzen zu koennen.

Oft genug bruestete sich Dickmon damit, Soldat gewesen zu sein, und Frau und Kinder zu haben. Tatsache ist, dass Hunderttausende anderer ehemaliger Soldaten, die ebenfalls fuer "Onkel Sam" gekaempft und eine Familie haben, nicht wie Dickmon ihrer Gewerkschaft in den Ruecken fielen. Im Gegenteil, sie zaehlen zu den zuverlaessigsten Gewerkschaftern des Landes und denken nicht daran, sich wie Dickmon zu benehmen.

Was ist nun eigentlich wahres an den Beschuldigungen Dickmons? Ein Sprecher der Bergarbeitergewerkschaft erklaerte einem Vertreter der Zeitschrift "Labor", dass jener "Artikel in "Collier's" von Unwahrheiten und halben Wahrheiten nur so strotze."

"Lewis hat mit dem Ausschluss Dickmons aus der Gewerkschaft nicht das geringste zu tun. Ein solcher Ausschluss ist eine rein lokale Angelegenheit. Die Abstimmung ueber seine Bestrafung wurde in demokratischer Weise durchgefuehrt. Und wenn sich die uebrigen Mitglieder weigerten, mit Dickmon Seite an Seite weiterzuarbeiten, wer kann ihnen das verdenken?"

Dickmon hatte ausserdem behauptet, Lewis wuerde niemals Finanzberichte an die Lokalgewerkschaften schicken. "Tatsache ist jedoch, dass die Bergarbeitergewerkschaft schon seit Jahren allen Lokalgewerkschaften zweimal im Jahre ausfuehrliche Finanzberichte zukommen laesst," erklaerte der Sprecher dem Journalisten.

"Was diese Vorwuerfe anbetrifft," fuehrte der Sprecher weiter aus, "so handelt es sich hier um nichts anderes als ein sehr spaetes

Echo jener Verdaechtungen, die die Kohlenmagnaten und gewerkschaftsfeindlichen Zeitungen ueber Lewis in die Welt posaunen. Und dies alles, weil es Lewis gelungen ist, einige Verbesserungen fuer die Kumpels in den Gruben zu erringen."

"Ausserdem darf nicht uebersehen werden, dass Lewis von den Mitgliedern der Bergarbeitergewerkschaft mit grosser Mehrheit gewaehlt wurde. Die Richtlinien, nach denen er handelt, sind in Konventionen niedergelegt oder vom Exekutivausschuss beschlossen.

Der junge Dickmon beklagt sich ueber die Drei-Tage-Woche, die waehrend des Kampfes der Gewerkschaften im vorigen Winter eingefuehrt werden musste. Jedoch auch heute noch arbeiten die Kumpels im Durchschnitt nicht laenger als drei Tage in der Woche, weil einfach die Nachfrage nicht groesser ist.

"Statt dass man jedoch die vorhandenen Arbeitsmoeglichkeiten einigermassen gleichmaessig verteilt - wogegen sich uebrigens Dickmon wehrte - gibt es heute Bergleute, die nur einen oder zwei Tage in der Woche arbeiten koennen oder vollkommen ohne Arbeit sind."

"Was "Collier's" und die Kohlenmagnaten nicht verzeihen koennen, ist die Tatsache, dass die Bergarbeiter bei den letzten Lohnkaempfen eine Lohnerhoehung von 95 Cents pro Tag zusaetzlich zu dem Tagesgrundtarif von 15 Dollar und eine Erhoehung der von den Unternehmern gezahlten Praemie fuer den Wohlfahrtsfonds um 50% trotz staerkster Opposition erzielen konnten."

"So haben sie sich diesen naiven jungen Mann als Werkzeug ausgesucht, mit dem sie ihrem Hass Luft machen. Hat man im "Collier's" jemals nach der gewerkschaftlichen Seite dieser Geschichte gefragt? Niemals! Man war lediglich daran interessiert, dieser Gewerkschaft und zugleich der gesamten Gewerkschaftsbewegung Schaden zuzufuegen.

"Dickmon wird sehr bald entdecken, dass er trotz der guten Bezahlung des "Collier's" fuer sein schmutziges Werk schnell beiseitegeschoben wird, wenn man ihn nicht mehr brauchen kann, so wie man einen abgetragenen Handschuh wegzuwerfen pflegt. Anscheinend ist er sich dessen nicht bewusst - noch nicht!"

LABOR
VII/8/50

SCHUMAN-PLAN-KOMITEE DES IBFG

Das Schuman-Plan-Komitee des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) trat auf Beschluss des Exekutivausschusses des IBFG erstmalig in den Buerorraeumen des franzoesischen Gewerkschaftsbundes "Force Ouvrière" in Paris zusammen. Vertreter der Gewerkschaftsbewegung Frankreichs, Hollands, Italiens, der Saar, der Vereinigten von Amerika, der Internationalen Berufssekretariate der Berg- und Metallarbeiter und des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses des Europaeischen Wiederaufbauprogrammes (ERP) nahmen an der Konferenz teil. Den Vertretern der englischen, belgischen, luxemburgischen, deutschen und schwedischen Gewerkschaftsbewegung war es nicht moeglich, den Besprechungen beizuwohnen, weil wichtige Aufgaben in ihren Laendern die Reise unmoeglich machten oder sie an Konferenzen ihrer eigenen Zentralen teilnehmen mussten.

Den Vorsitz fuehrte Rober Bothereau von der "Force Ouvrière". Die Konferenz hatte nur vorbereitenden Charakter, sie befasste sich mit den zukuenftigen Aufgaben, die dem Internationalen Bund Freier

Gewerkschaften im Zusammenhang mit dem Schuman-Plan zu fallen werden.

Das Komitee brachte erneut die Auffassung des IBFG zum Ausdruck, dass die freien Gewerkschaften an dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluss Westeuropas, der ohne die aktive Teilnahme der freien Gewerkschaften zu keinem Erfolg fuehren koenne, lebhaft interessiert sind.

Die Mitarbeit der Gewerkschaften ist durch die Delegationen Deutschlands, Belgiens, Hollands, Luxemburgs, Italiens und der Saar gewaehrleistet, gleichzeitig wurde jedoch auch die Bedeutung einer direkten Vertretung des IBFG hervorgehoben.

Das Komitee befasste sich in grossen Zuegen mit dem Schuman-Plan selbst und wies darauf hin, dass folgende Grundsätze zu befolgen seien, wenn dieser Plan verwirklicht werden soll:

(a) Die vorgeschlagene Hohe Kommission muss einer demokratischen, oeffentlichen Kontrolle unterstellt werden.

(b) Fuer die Hohe Kommission selbst als auch fuer alle Nebenorganisationen des vorgesehenen Kommissions-Systems muessen Persoenlichkeiten ernannt werden, die das Vertrauen der freien Gewerkschaften geniessen.

(c) Die Hohe Kommission muss mit entscheidenden Machtbefugnissen ausgestattet werden, insbesondere mit der Kontrolle der Produktionsinvestierungen und Preise, wobei sie die Erweiterung der Wirtschaft und die Vollbeschaeftigung zu beruecksichtigen hat.

(d) Loehne, Arbeitsbedingungen und Bestimmungen der sozialen Sicherheit muessen garantiert und verbessert werden.

Das Komitee ernannte einen Unterausschuss von sieben Mitgliedern, dessen Aufgabe es ist, die Bemuehungen der Gewerkschaften fuer die Durchfuehrung des Schuman-Plans aufeinander abzustimmen und vorwaerts zu treiben. Dieser Unterausschuss setzt sich aus Gewerkschaftsvertretern der einzelnen Laender-Delegationen zu den Besprechungen ueber den Schuman-Plan zusammen. Dem Unterausschuss gehoert weiterhin ein Vertreter der amerikanischen Gewerkschaften, ein Delegierter der "Force Ouvrière" - beide weilen staendig in Paris - ein Vertreter des Internationalen Bergarbeiterverbandes und ein Delegierter des Internationalen Metallarbeiterverbandes an.

Ein Vertreter des Sekretariats des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften wird als Sekretaer dieses Unterausschusses fungieren, der je nach Bedarf waehrend der Schuman-Plan Besprechungen in Paris zusammentreten wird.

Information Bulletin des Internationalen
Bundes Freier Gewerkschaften
VII/5/50

William Weiss:

DIE GESCHICHTE DER STAHLARBEITERGEWERKSCHAFT AMERIKAS IST MIT LET-
TERN IN BLUT GESCHRIEBEN

Wohlwollende Leute, die sich in der Gewerkschaftsbewegung nicht auskennen, sind manchmal darueber erstaunt, welche eigensinnig erscheinende Harnaeckigkeit Arbeiter an den Tag legen, wenn sie gegen grosse Unternehmen Streiks durchfuehren.

Wenn sie darueber erstaunt sind, dann sind sie es nur deshalb, weil sie nicht verstehen, dass Arbeiter sich nicht scheuen, Leid und Not auf sich zu nehmen, wenn sie gegen die Ungerechtigkeiten der Unternehmer streiken.

In dem gleichen Augenblick, in dem sie sich entschliessen, ihre Arbeit niederzulegen, sind sie sich auch der Folgen bewusst: lange Stunden als Streikposten Wache stehen, Schmalhans als Kuechenmeister und der staendige Druck zahlreicher Gruppen, die sie veranlassen moechten, die Arbeit zu den von den Unternehmern gestellten Bedingungen wieder aufzunehmen. Sie wissen, welchen Preis sie zahlen muessen und sind trotzdem gewillt, ohne Ruecksicht auf ihre zahlreichen Widersacher ihre Chancen zum Sieg wahrzunehmen.

Dieser Geist der Entschlossenheit ist zum Erbgut der Stahlarbeitergewerkschaft des CIO in ihren Kaempfen gegen die Stahlkonzerne geworden.

Im November 1892 sandte Henry Frick, der damalige Betriebsdirektor der Carnegie-Stahlwerke in Homestead (Pennsylvanien), seinem Chef, Andrew Carnegie, der sich auf einer Reise zur Besichtigung der europaeischen Gemaeldegalerien befand, das folgende Telegramm:

"Unser Sieg ist jetzt vollkommen und hoech st befriedigend. Glauben Sie nicht, dass wir jemals wieder ernstliche Schwierigkeiten mit den Arbeitern haben werden..... Wir mussten unseren Arbeitnehmern eine Lektion erteilen und wir haben dies in einer Weise getan, dass sie immer daran denken werden."

Frick bezog sich mit diesem Telegramm auf die Beendigung des viermonatigen Streiks gegen die Carnegie-Gesellschaft, der vom Verband der Vereinigten Stahl-, Eisen- und Zinnarbeiter ausgerufen und von einem Massenaufgebot von Pinkerton-Detektiven und 8,000 Polizeisoldaten gebrochen worden war. In einem regelrechten Feuergefecht mit den Pinkertons waren sieben Streikende und drei Detektive getoetet und mehr als 60 Mann verwundet worden.

Der Anlass zu diesem Streik war die Weigerung der Gesellschaft, ihren Tarifvertrag mit der Gewerkschaft zu erneuern. Von 1892 bis zum Jahre 1919 versuchten die Arbeiter der Stahlwerke erneut, sich zu ihrem gegenseitigen Schutz zusammenzuschliessen. Im September jenes Jahres traten 60.000 Stahlarbeiter im Bezirk Pittsburg in den Streik, kurz darauf folgten 300.000 in Wheeling, Chikago, Cleveland, Youngstown und Johnstown ihrem Beispiel.

Die gesamte Oeffentlichkeit wurde mit dem Niederschlagen des Streiks vertraut gemacht. Zeitungen verschrieten die Streikenden als "Auslaender" und lenkten die allgemeine Aufmerksamkeit auf den "auslaendischen Typ" der Agitatoren.

Mit der Erklaerung "Selbst Jesus Christus koennte in Duquesne nicht fuer die AFL sprechen," liess der Buergermeister dieser Stadt wenig Zweifel darueber, mit wem er sympathisierte.

Die Stahlgesellschaften appellierten an das Nationalbewusstsein der Buerger, indem sie in den Zeitungen erklaren liessen: "Es ist sehr leicht moeglich, dass bei diesem Streik Barbaren ihre Hand im Spiele haben, um den industriellen Fortschritt Amerikas zu behindern."

Die Unternehmer finanzierten gleich zwei Streikbrecherorganisationen - die Corporations Auxiliary und den Sherman Service - und wiesen sie an, Serben und Italiener mit allen Mitteln niedertraechtiger Propaganda gegeneinander aufzuketzen. Sie schuerten selbstverstaendlich auch die Flammen des Rassenhasses, indem sie Neger aus dem Sueden

heranschaffen liessen, die die Arbeitsplaetze der Streikenden uebernehmen sollten.

Der Streik brach trotz aller Aufopferung am 8. Januar 1920 zusammen, und die geschlagenen Maenner schlichen in die Fabriken zurueck - ausser jenen, die auf der schwarzen Liste standen. Die Unternehmer hatten wieder einen bedeutenden Sieg errungen.

Die Wirtschaftskrise von 1929 aber traf die Stahlindustrie schwer. Die Schlagzeilen in den Tageszeitungen galten jenen Aktionaeren, die sich in der New Yorker Wall-Street aus den Fenstern stuerzten. Die Unternehmer jedoch trafen in aller Stille ihre Vorbereitungen fuer ein Gesetz, mit dem sie die Stahlarbeiter noch besser ausbeuten konnten.

Am 1. Oktober 1931 begann dieser Prozess, als die US-Stahl- und Bethlehem-Werke die Loehne der Arbeiter um volle 10% kuerzten. In den Weirton-Stahlwerken wurden die Loehne innerhalb von elf Monaten funfmal herabgesetzt. US-Stahl und Bethlehem erfassten die neue Situation und, um nicht von einem anderen Unternehmen wiederum uebertrumpft zu werden, kuerzte es die Loehne im Mai 1932 rücksichtslos um 15%.

Im Jahre 1932 verdiente ein Stahlarbeiter - wenn er das Glueck hatte, voll arbeiten zu koennen - woeentlich 13.20 Dollar. Eine Untersuchung des Arbeitsministeriums ergab, dass der durchschnittliche Wochenlohn fuer ungelernete Arbeiter der Stahlindustrie in jenem Jahre 11.71 Dollar betrug. Der Durchschnittsarbeiter verdiente jaehrlich 600 Dollar.

1933 entdeckten die Stahlmagnaten eine neue Methode, um ihren Arbeitnehmern das Recht zu verweigern, in Fragen des Lohnes oder der Arbeitsbedingungen mitzureden. Sie fanden dieses Mittel in dem sogenannten "offenen Betrieb", bei dem es jedem Arbeiter freisteht, der Gewerkschaft beizutreten oder ihr fernzubleiben. Man machte sich nicht einmal die Muehe, zu behaupten, die Arbeiter seien mit den Plaenen der "Arbeitnehmervertretungen," wie man sie zu nennen beliebte, einverstanden.

Die Philosophie, die diesen Plaenen zugrundelag, kommt treffend in den Worten eines millionenschweren Stahlmagnaten zum Ausdruck: "Meine Leute wissen nicht, was gut fuer sie ist. Nur ich weiss dies. Und ich weiss, dass eine Gewerkschaft nicht gut fuer sie ist."

Eugene Grace in Bethlehem war etwas offener, als er erklarte: "Selbst wenn 95% meiner Leute einer Gewerkschaft angehoeerten, wuerde ich sie nicht als Gewerkschafter anerkennen. Ich denke, das ist bestimmt besser fuer sie."

Im Jahre 1934 gab es in 90 bis 95% aller Stahlwerke des Landes derartige Unternehmervertraege. Wie sich spaeter herausstellen sollte, legte die Industrie mit diesen Abmachungen unbewusst den Grundstein fuer eine wirkliche Gewerkschaftsbewegung. In der Tat erleichterten sie dem Organisationsausschuss der Stahlarbeiter-Gewerkschaft (SWOC) die Arbeit, als dessen Vertreter unter der Leitung Philip Murrays im Jahre 1936 den inzwischen historisch gewordenen Organisationsfeldzug der Stahlarbeitergewerkschaft starteten.

Eine regelrechte Panik bemaechtigte sich der Industrie, als Tausende und Abertausende von Arbeitern der neuen Gewerkschaft zustroemten, obwohl sich die Unternehmer bemuehten, durch hastige Lohnerhoehungen und verbesserte Arbeitsbedingungen diesen Zustrom aufzuhalten.

Im Februar 1936 zaehlte die Stahlarbeitergewerkschaft 150.000 Mitglieder. Den groessten Schlag erlitten die Stahlmagnaten jedoch, die etwas verfrueht den Organisationsfeldzug als "eine vollstaendige Pleite" bezeichnet hatten, als im Maerz die Stahlwerke Carnegie-Illinois, ein Schwesterunternehmen der US Stahl, einen Vertrag mit der Stahlarbeitergewerkschaft abschloss. In diesem Vertrag wurde diese Gewerkschaft als der einzige verhandlungsberechtigte Partner anerkannt, die Loehne um 10% erhoehrt und der Achtsturentag sowie die 40 Stunden-Woche mit 50 prozentigem Lohnaufschlag bei Ueberstunden eingefuehrt.

Innerhalb von 3 Monaten hatte die Stahlarbeitergewerkschaft mit 140 Stahlunternehmen, darunter Jones & Laughlin, einem der groessten unabhængigen Unternehmen, Tarifvertraege abgeschlossen, und im Juli waren bereits 75% der Stahlindustrie durch Tarife erfasst. Das "Unmoegliche" war verwirklicht worden.

Mit den restlichen 25% war es jedoch eine andere Sache, hierzu gehoerten auch eine Anzahl kleinerer Werke. Bethlehem-Stahl, Republik-Stahl, Inland-Stahl und Youngstown Bleche & Roehren weigerten sich einfach, Tarife zu unterzeichnen. Am 26. Mai 1937 traten 78.000 Arbeiter dieser Werke in den Streik.

Im gleichen Augenblick wurde Gewalt angewendet. In den Republik-Stahl-Werken in Chikago-Sued schossen Polizisten in eine Gruppe von 1000 Arbeitern, die sich zur Feier des "Memorial Tages" (Nationalfeiertag zum Gedaechnis an die Beendigung des Zweiten Weltkrieges am 30. Mai) versammelt hatten. Zehn Arbeiter wurden getoetet und 90 verletzt.

Weitere Todesopfer gab es in Massillon (Ohio), hier wurden drei Arbeiter getoetet, in Youngstown (Ohio) wurden zwei Opfer gezaeht und eines in Beaver Falls (Pennsylvanien).

Es war ein Wirtschaftskrieg schlimmsten Ausmasses. Einige Zeit spaeter berichtete das LaFollette-Komitê dem amerikanischen Senat, dass die vier genannten Stahlkonzerne gemeinsam mit staatlichen, bezirklichen und oertlichen Behoerden mehr als 178.000 Dollar fuer Munition ausgegeben hatten, um damit den Streik brechen zu koennen.

Die unerschuetterliche solidarische Haltung der Stahlarbeiter zwang schliesslich auch diese Stahlkonzerne zur Unterschrift. Heute erkennen sie die Stahlarbeitergewerkschaft als Verhandlungspartner an, der die Interessen der Arbeitnehmer vertritt.

Die Unternehmer moechten jene Tage gern in Vergessenheit geraten lassen - die Maenner jedoch, die an gluehenden Oefen und in Werkstaetten mit tropischen Temperaturen arbeiten, koennen niemals die Jahre vergessen, als ihnen noch keine Gewerkschaft als Schutz und Hilfe zur Seite stand.

The CIO News
V/15/50

- 16 -

Office of Labor Affairs
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 21

Frankfurt, 27. Juli 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Ein interessantes Experiment - - - - -	1
Der Seeleutestreik in Argentinien - - - - -	2
Gewerkschaftliche "Rechte" unter einem kommunistischen Regime - - - - -	7
Die Entwicklungsgeschichte einer Gewerkschaft -	8
Belgische Textilarbeiter gewinnen vier- woechigen Streik - - - - -	13
Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten in Indien - - -	14
Forderungen amerikanischer Eisenbahner- gewerkschaften - - - - -	15

EIN INTERESSANTES EXPERIMENT

In Holland ist eine zentrale Koerperschaft ins Leben gerufen worden, die Arbeitgeber, Gewerkschaften und Regierung vertritt und das soziale und wirtschaftliche Leben des Landes regeln soll.

Diese Koerperschaft, die sich Sozialwirtschaftsrat nennt, ist mit der Aufgabe betraut worden, die industrielle Wohlfahrt des Landes zu ueberwachen und die Regierung in Fragen der sozialen und wirtschaftlichen Gesetzgebung zu beraten.

Ihr besonderes Aufgabengebiet umfasst die Verhuetung von Arbeitslosigkeit, die Erweiterung der Beschaeftigungsmoeglichkeiten, die Ueberwachung der Loehne und Arbeitsbedingungen und die Besichtigung und Kontrolle der Betriebe.

Die 15 Gewerkschaftsmitglieder des Rates setzen sich aus 7 Vertretern des Sozialistischen Niederlaendischen Gewerkschaftsbundes, 5 Vertretern der Romanisch-Katholischen Gewerkschaftsbewegung und 3 Vertretern der Protestantisch-Christlichen Gewerkschaftsbewegung zusammen.

Arbeitsmitteilungen der ECA
V/19/50

DER SEELEUTESTREIK IN ARGENTINIEN

Sollen auch die letzten Spuren einer freien Gewerkschaftsorganisation in Argentinien verwischt werden? Dies ist die Kernfrage, ueber die in dem gegenwaertigen Streik des Allgemeinen Verbandes der Seeleute und verwandter Berufe Argentiniens (Confederación General de Gremios Maritimos y Afines, abgekuerzt CGGMA) entschieden wird. Das Ergebnis wird fuer die Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt von groesster Bedeutung sein.

Mit dieser Auseinandersetzung musste seit der Machtuebernahme durch General Peron - der damals noch Oberst war - gerechnet werden. Beim Beginn seiner Herrschaft war die gesamte Gewerkschaftsbewegung gegen ihn eingestellt, aber eine bedeutende Gewerkschaft nach der anderen wurde auf seine Seite gebracht, sei es durch Kauf, durch Ueberredung, durch Zwang oder Beschwatzung - mit einer Ausnahme, und das war die Seeleutegewerkschaft und die ihr angeschlossenen Verbaende. Dem Allgemeinen Argentinischen Gewerkschaftsbund, der argentinischen Gewerkschaftszentrale, erging es nicht anders. Nur ging Peron etwas schlauer als Hitler vor: wo es nur irgend ging, tarnte er die eiserne Hand mit dem Sammethandschuh; war es jedoch unvermeidlich hart zu sein, so wurde der Handschuh eben abgelegt. Den Gewerkschaftsfuehrern wurden gutbezahlte Stellen, in denen fast nichts zu arbeiten war, als Belohnung fuer ihre "Unterstuetzung" geboten; einige Funktionaere liessen sich leider kaufen. Andere wurden durch die Tatsache geblendet, dass das Peron-Regime scheinbar die wirtschaftlichen Verhaeltnisse der Arbeiter verbessert hatte, ohne sich darueber klar zu werden, dass sie mit der Annahme der Bedingungen Perons die Freiheit ihrer Gewerkschaften verkauften. Wo es Peron oder seiner Frau Eva Peron jedoch nicht gelang, Funktionaere zu korrumpieren oder zu beschwätzen, wurden schaeferere Massnahmen angewendet. Irgendeine erdichtete Anklage wird gegen die Gewerkschaft erhoben; es findet daraufhin eine sogenannte "Intervention" statt, das heisst, ein Beauftragter der Regierung - unter Umstaenden ein Oberst oder Admiral - wird mit der Leitung der Gewerkschaft beauftragt. Dann wird der alte Exekutivausschuss aufgeloeset und ein neuer gewaehlt. Das Ergebnis dieser Wahl liegt schon vorher fest, und wieder ist eine Organisation der Arbeiterschaft, die in jahrelangen, aufopfernden Anstrengungen geschaffen ist, der Anhaengerkollktion des Diktators hinzugefuegt.

Es ist richtig, dass noch eine Reihe kleinerer Gewerkschaften nicht gleichgeschaltet ist und zuweilen sogar noch nicht einmal unter Druck stehen. Peron haelt es jedoch fuer zweckmaessig, einen oder auch zwei solcher Faelle anfuehren zu koennen, wenn man ihm vorwirft, er bediene sich diktatorischer Methoden. So existieren auch noch einige Peron-feindliche Zeitungen, die trotz ihrer manchmal recht scharfen und offenen Angriffe auf das Regime bestehen bleiben duerfen. Hunderte anderer Zeitungen wurden verboten oder waren gezwungen, ihre Herausgabe einzustellen, weil sie von der Papierversorgung abgeschnitten wurden. "La Vanguardia", das Organ der sozialistischen Partei, musste seinen Betrieb schliessen, weil die Druckereiraume angeblich den "sanitaeren" Bedingungen nicht entsprachen. Als ein anderer Betrieb den Druck der Zeitung uebernahm, wurden die gleichen Beanstandungen erhoben. Es gibt jedoch noch einige groessere oppositionelle Zeitungen, die auf Grund ihres traditionellen internationalen Rufes weiterhin erscheinen duerfen; dies erscheint Peron guentiger als ein Verbot. Sie stehen jedoch staendig unter Druck; der grossen Tageszeitung "La Prensa" wurden eines Tages saemtliche Papiervorraete beschlagnahmt, damit sie "gerecht" verteilt werden koennten. Sie wird nun von Tag zu Tag mit derart geringen Papiermengen beliefert, dass ihr Tagesbedarf gerade gedeckt ist.

Je schwächer eine Gewerkschaft oder eine Zeitung ist und je weniger Einfluss sie haben, umso grösser ist ihre Chance, bestehen zu bleiben. Wenn irgendein oppositioneller Einfluss bestehen geblieben ist, dann nur deshalb, weil das Regime die Zeit noch nicht fuer gekommen hielt, ihn zu beseitigen. Und dies war bislang bei der Seeleutegewerkschaft der Fall. Selbst jetzt wird sie von dem Regime noch nicht offen angegriffen, es hat jedoch eine andere Gewerkschaftsorganisation "mit der Wahrnehmung der Interessen der Seeleute" beauftragt. Damit koennte die Angelegenheit von einem Aussenstehenden als eine "inter-gewerkschaftliche Streitigkeit" abgetan werden.

Auf diese Weise ist der gegenwaertige Konflikt zustandegewonnen. Die argentinischen Seeleute sind nun gute Gewerkschafter, sie haben deshalb auch immer ihre Unabhaengigkeit zu wahren gesucht. Dies fuehrte dazu, dass die Gewerkschaft heute in eine grosse Anzahl verschiedener Berufsverbaende aufgespaltet ist. So gibt es die Kapitaene der Binnenschiffe und die Lotsen, die Kapitaene und Schiffsoffiziere der Hochsee-Passagierschiffe, die Kapitaene der Handelsschiffahrt und der Hochseefischerei, die Funker und Techniker, die Zahlmeister, die Besatzung der Signalschiffe und schliesslich eigentliche Seeleute, und diese Organisationen sind wiederum zum Teil auf lokaler oder regionaler Basis aufgeteilt. Man hatte in der Vergangenheit versucht, sie alle in einer einzigen Gewerkschaft zu vereinigen, ist jedoch lange Zeit zu keinem Ergebnis gekommen.

Eine Reihe dieser Seeleutegewerkschaften, die erkannt haben, dass sie nur in engster Verbundenheit dem Peron-Regime Widerstand leisten und ihre Unabhaengigkeit bewahren koennen, schlossen sich mit einigen Organisationen der Hafentarbeiter zusammen und gruendeten den Allgemeinen Verband der Seeleute und aehnlicher Berufe Argentiniens (CGGMA). Zu Anfang waren es dreizehn Organisationen, Ende 1949 bereits 21. Zwei weitere Organisationen haben in diesem Jahre ihre Aufnahme gesuche eingereicht, sodass die Mitgliederzahl sich heute auf ueber 16.000 belaeuft.

Dieser CGGMA ist nun staendig aufgefordert worden, sich dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund (CGT) anzuschliessen - und damit seine Unabhaengigkeit aufzugeben. Bis jetzt hat er sich jedoch entschieden geweigert, es ist ihm obendrein trotz der feindlichen Haltung der Regierung gelungen, die Interessen seiner Mitglieder erfolgreich zu vertreten und eine Reihe besserer Bedingungen fuer sie zu erringen.

Unter der "Schirmherrschaft" des Sekretariats fuer Arbeit und Wohlfahrt, das inzwischen in den Rang eines Ministeriums erhoben ist, wurde im Jahre 1947 ein sogenanntes "Gemeinsames Komitee" gebildet, das die Arbeitsprobleme der Seeleute und Hafentarbeiter untersuchen und loesen soll. Die Vertretung der Arbeitnehmer setzte sich urspruenglich ausschliesslich aus Mitgliedern des CGGMA zusammen; der CGT - die peronistische Dachorganisation - versuchte jedoch bald durch die Ausuebung eines starken Druckes, eine Vertretung in diesem "Komitee" zu erzielen, obwohl ihm nur eine kleinere, unter dem Protektorat der staatlichen Schiffahrtslinie "Dodero" stehende Seefahrgewerkschaft angeschlossen war. Der CGGMA weigerte sich, dieser Organisation eine Vertretung zuzugestehen; seit dieser Zeit hatte das Komitee praktisch keine Funktionen mehr.

Im Jahre 1949 wurde durch die Regierung ein Transportministerium geschaffen, das das Aufgabengebiet des Arbeitsministeriums in allen Arbeitsangelegenheiten des Transportgewerbes uebernahm; das fruhere "Gemeinsame Komitee" wurde offiziell aufgeloeset. Dabei wurde versprochen, dass ein neuer Ausschuss gebildet wuerde, der sich lediglich aus den Mitgliedern der dem CGGMA angehoerenden Gewerkschaften zusammensetzen sollte. Dieses Versprechen wurde jedoch nicht gehalten. Am 26. August 1949 unterzeichnete der CGGMA im Namen der ihm angeschlossenen Gewerkschaften einen Tarifvertrag mit dem Arbeitsdirektor des Transportministeriums, in dem sich dieser verpflichtete, einige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchzufuehren, sowie ein neues "Gemeinsames Komitee" zu ernennen, das sich noch vor Jahresschluss mit dringenden Problemen befassen sollte. Der CGGMA und die Reeder ernannten, wie es vereinbart war, ihre Vertreter fuer diesen Ausschuss, der jedoch niemals zusammentreten sollte.

Ende April 1950 stellte der Minister fuer Arbeit und Wohlfahrt ein anderes Komitee zusammen, dem diesmal jedoch keine Vertreter des CGGMA oder seiner angeschlossenen Gewerkschaften angehoerten, sondern nur von der CGT - Dachorganisation Perons - ernannte Arbeitnehmervertreter. Damit wurde natuerlich bezweckt, den CGGMA als Tarifpartner fuer Seeleute zu verdraengen, und ihn durch eine andere Koerperschaft zu ersetzen. Hier ist der Ausgangspunkt des gegenwaertigen Konfliktes zu sehen. Inwieweit die Regierung das Recht hat, ihn als einen "inter-gewerkschaftlichen Streit" zu bezeichnen, kann der Leser wohl selbst beurteilen. Die gemeinsame Verlautbarung der Regierung und der peronistischen Presse besagt, der CGGMA handele auf Befehl einer kommunistisch inspirierten Organisation, des Internationalen Transportarbeiterverbandes, und versuche mit unpatriotischen Massnahmen die nationale Wirtschaft zu stoeren und die argentinische Handelsmarine zu vernichten. Laecherlich hierbei ist in diesem Zusammenhange die Erklaerung der von der Regierung kontrollierten Presse, der Streik sei von auslaendischen Kapitalisten und Imperialisten angestiftet, die in der zunehmenden Staerke der Handelsschiffahrt Argentiniens eine Gefahr saehen.

So viel ueber die Hintergruende und wahren Gruende des gegenwaertigen Konfliktes. Der aeuessere Anlass war ein drei-taegiger Streik, der am 3. Mai von dem CGGMA ausgerufen wurde und den Forderungen der Gewerkschaft nach hoeheren Loehnen und der Wiedereinfuehrung des "Gemeinsamen Komitees" Nachdruck verleihen sollte. Zuvor hatten zwei kleinere Streiks stattgefunden, einer im Maerz und einer im April, die den Behoerden beweisen sollten, dass die Seeleute geschlossen hinter ihrer Gewerkschaft standen. Nach Beendigung des Streiks am 6. Mai wurden eine Anzahl Seeleute von der staatlich kontrollierten Schifffahrtslinie "Doderro" entlassen. Am 10. Mai wurden die Mitgliedsgewerkschaften des CGGMA - aber nicht der CGGMA selbst - vom Transportministerium zu Verhandlungen eingeladen. Hier vereinbarte man, die Entlassenen wieder einzustellen. Kurz danach wurde den Gewerkschaftsvertretern jedoch erklart, dass eine Wiedereinstellung von dem Austritt mehrerer Gewerkschaften aus dem CGGMA abhaengig gemacht wuerde.

Die angeschlossenen Gewerkschaften beriefen eine Sonderkonferenz ein und beschlossen, diese Bedingungen abzulehnen und ihre Mitglieder aufzufordern, die Arbeit am 18. Mai niederzulegen und nicht eher an ihre Arbeitsplaetze zurueckzukehren, bis die folgenden, wirklich gerechtfertigten Forderungen bewilligt seien:

1. Wiedereinstellung aller von der "Dodero"-Schiffahrtlinie Entlassenen.
2. Verwirklichung des Artikels IV des am 26. August 1949 von dem Vertreter des Transportministeriums unterzeichneten Vertrages ueber die Bildung eines "Gemeinsamen Komitees".
3. Anerkennung des Rechtes der in Frage kommenden Gewerkschaften, ihre eigene Gewerkschaftspolitik frei zu bestimmen.

Mit Ausnahme weniger Schiffe, die zum groessten Teil der Dodero-Linie angehoren, deren Offiziere einberufene Reservisten und deren Mannschaften voellig eingeschuechtert sind, ist der Streik vollkommen durchgefuehrt, obwohl er bereits ueber zwei Monate andauert, und obwohl man den Streikenden mit persoentlichen Repressalien, wie der Einbehaltung ihrer Papiere, gedroht hat, wenn sie die Schiffe verliessen. Berichten, die uns zugegangen sind, ist zu entnehmen, dass bis jetzt mehr als 90 Mitglieder der CGGMA verhaftet wurden.

Alle diese Informationen koennen als unbedingt zuverlaessig angesehen werden. Bevor sich der Exekutivausschuss der Internationalen Transportarbeitergewerkschaft entschloss, den Boykott argentinischer Schiffe anzuordnen, wollte der Generalsekretaer O. Becu sich nach Buenos Aires begeben, um sich selbst ueber die Lage zu informieren und zu versuchen, mit dem argentinischen Arbeitsminister die Angelegenheit zu besprechen. Die argentinische Gesandtschaft in London versicherte, dass fuer diese Besprechungen Vorkehrungen getroffen wuerden. Bei seiner Ankunft in Montevideo wurde dem Generalsekretaer die Einreiseerlaubnis jedoch verweigert. Es gelang ihm jedoch, mit Vertretern der CGGMA zusammenzukommen und zuverlaessige Informationen ueber die tatsaechliche Lage einzuholen. Waehrend seines Aufenthaltes in Montevideo teilte die argentinische Regierung dem CGGMA mit, dass sie bereit sei, einen Versuch zur Beilegung der Streitigkeiten zu unternehmen, und zwar auf der Grundlage dieser beiden Bedingungen:

1. Dass die zwei Vertreter des Argentinischen Gewerkschaftsbundes (CGT) lediglich als Beobachter in das vorgeschlagene "Gemeinsame Komitee" aufgenommen wuerden.
2. Dass die gesamte Mitgliedschaft des CGGMA ueber die Frage abstimmen solle, ob der CGGMA dem CGT beitreten soll oder nicht.

Der Generalsekretaer des CGGMA besprach diese Vorschlaege mit dem Generalsekretaer des Internationalen Transportarbeiterverbandes Becu und erklaerte, dass er sie fuer annehmbar halte, da er nichts zu befuerchten habe, sei es hinsichtlich der Abstimmung oder der Vertretung des CGT im "Gemeinsamen Komitee". Eine beobachtende Vertretung des CGT koenne, so meinte er, das Ansehen ihrer Organisation eher schmaelern als verbessern. Bevor die Vorschlaege angenommen werden konnten, zog sich die argentinische Regierung jedoch von den Besprechungen zurueck. Die Gruende hierfuer sind bis jetzt noch nicht bekannt, doch lassen sie sich leicht erraten.

Nach seiner Rueckkehr von Montevideo besprach der Generalsekretaer des Internationalen Transportarbeiterverbandes diese Angelegenheit eingehend mit Vertretern der angeschlossenen Gewerkschaften, die daraufhin mit Genehmigung des Exekutivausschusses auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf beschlossen, den Boykott argentinischer Schiffe zu erklaren.

Dieser Entschluss kam erst nach reiflicher Ueberlegung zustande. Zuvor ist alles versucht worden, die Streitigkeit auf friedlichem Wege beizulegen. Die argentinische Regierung machte dies jedoch unmoglich, da sie dem Generalsekretaer die Einreiseerlaubnis verweigerte. Diese Tatsache allein beweist in ausreichendem Masse, dass die Regierung Argentinien entschlossen ist, nicht einer einzigen groesseren argentinischen Gewerkschaft ihre Unabhaengigkeit zu belassen. Es ist klar, dass ihre gegenwaertige Politik das Ziel verfolgt, den Streik solange andauern zu lassen, bis Hunger und Not die Seeleute zum Nachgeben zwingt oder der CGGMA auseinanderbricht, damit ausser jener unbedeutenden Organisation, die dem CGT untersteht, keine Gewerkschaft mehr vorhanden ist, die die Interessen der Seeleute vertreten koennte.

Die Bedeutung dieser Auseinandersetzung fuer den Internationalen Transportarbeiterverband und fuer die ihm angeschlossene Organisation in Argentinien und darueber hinaus fuer die Zukunft der freien Gewerkschaftsbewegung in der ganzen Welt ist noch nicht zu uebersehen. Es steht ausser Zweifel, dass dieser Angriff auf den CGGMA die letzte Anstrengung Perons darstellt, eine voellig totalitaere Gewerkschaftsbewegung zu errichten. Wenn der CGGMA trotz dieser Machenschaften als freie und demokratische Organisation erhalten werden kann, dann waere dem Prestige des Peron-Regimes, das wirtschaftlich bereits auf recht schwachen Fuessen steht, ein schwerer Schlag versetzt.

Der Internationale Transportarbeiterverband ist deshalb entschlossen, dem CGGMA jede nur moegliche Unterstuetzung zukommen zu lassen und hofft, dabei von den ihm angeschlossenen Gewerkschaften tatkraeftig unterstuetzt zu werden. Die argentinischen Seeleute verkennen nicht die Tatsache, dass der CGT eine Organisation ist, die voellig unter dem Einfluss der Regierung steht, und dass sie ihre Freiheit einbuessten, wenn sie dieser Organisation beitreten wuerden. Sie bilden eine unabhaengige Gemeinschaft und haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie in der Lage sind, einen Streik monatelang zu fuehren, wenn es erforderlich ist. Selbst wenn Hunger und Not sie schliesslich zwingen sollten, den Kampf aufzugeben, so wird der Geist, der sie heute beseelt, in ihnen weiterleben, auch wenn dieser Kampf mit einer schweren Niederlage fuer die freie Gewerkschaftsbewegung enden wuerde.

Aufgabe des Internationalen Transportarbeiterverbandes und der ihm zugehoerigen Organisationen muss es sein, dies mit allen Mitteln zu verhindern. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften hat bereits jede Unterstuetzung zugesagt.

"Press Report" des Internationalen
Transportarbeiterverbandes VII/10/50

GEWERKSCHAFTLICHE "RECHTE" UNTER EINEM KOMMUNISTISCHEN REGIME

Die Regierung der chinesischen "Volksrepublik" hat kuerzlich drei vorlaeufige Befehle ueber die Beziehungen zwischen Industrie und Gewerkschaften erlassen. Wenn man sich mit diesen Anordnungen etwas naeher befasst, kann man feststellen, dass die kommunistische Regierung Chinas, die angeblich die Rechte der Arbeiter den Unternehmern gegenueber verankern will, Methoden eingefuehrt hat, die der Arbeiterschaft das elementare Recht des Kollektivverhandlungswesens entreisst. Diese Methoden gleichen durchaus denen, die in allen anderen Laendern hinter dem europaeischen Eisernen Vorhang angewendet werden.

Waehrend die Regierung in diesen Anordnungen behauptet, den Gewerkschaften werde das Recht eingeraeumt, mit den Unternehmern ueber Loehne, Arbeitszeit und andere Arbeitsbedingungen sowohl mit dem einzelnen Privatunternehmer als auch mit der gesamten Industrie zu verhandeln, ist es den Gewerkschaften tatsaechlich keinesfalls erlaubt, als freie Verhandlungspartner aufzutreten. Landestarifvertraege muessen von dem Arbeitsamt der Volksrepublik genehmigt werden, und Einzelbestimmungen zum Abschluss von Tarifvertraegen mit einzelnen Unternehmern unterliegen ebenfalls der endgueltigen Genehmigung des Arbeitsamtes.

Das Streikrecht wird den Gewerkschaften in indirekter Weise versagt. Der Regierungsbefehl bestimmt, dass Arbeitsstreitigkeiten, die von den Partnern selbst nicht beigelegt werden koennen, dem Arbeitsamt zur Vermittlung oder Schiedssprechung unterbreitet werden muessen, das heisst, dass Streitfaelle von der Regierung geklaert werden muessen. Solange das Vermittlungs- oder Schiedsverfahren laeuft, muessen beide Partner die Produktion aufrechterhalten, auch die Arbeitsdisziplin muss eingehalten werden.

Die Anordnungen der kommunistischen Regierung enthalten eine allgemeine Lohnstopbestimmung. Nur bei aussergewoehnlich niedrigen Loehnen koennen die Tarife durch Tarifvertraege abgeaendert werden, aber auch in diesem Falle ist dies nur moeglich, wenn das staatliche Arbeitsamt diese Lohnaenderungen genehmigt. Auf der anderen Seite muss jedoch erwaehnt werden, dass die Lohntarife dem Preisindex fuer lebensnotwendige Gueter von Zeit zu Zeit angepasst werden.

Die Arbeitszeit wurde in diesen Anordnungen auf 8 bis 10 Stunden taeglich festgesetzt, sie kann jedoch durch Tarifvertraege verlaengert oder verkuerzt werden, wenn die Regierung hierfuer ihre Zustimmung gibt. Sollte es sich zur "Erreichung der Produktionsquoten" jedoch als notwendig erweisen, so kann die Arbeitszeit auf zweielf Stunden taeglich ausgedehnt werden. Bestimmungen ueber die Bezahlung der Ueberstunden sind in diesen Anordnungen nicht zu entdecken.

Die Regierung des kommunistischen China hat die Arbeiter in jenen Zustand der Unterwuerfigkeit zurueckversetzt, wie er in allen Laendern hinter dem Eisernen Vorhang vorgefunden wird. Die Feststellung ist jedoch vielleicht nicht uninteressant, dass es auch dieser Regierung nicht gelungen ist, das schreckliche Elend und die Not der Millionen zu lindern, die seit dem kommunistischen "Befreiungsfeldzug" in China anzutreffen ist. General Lin Piao, der Vorsitzende des Militaer- und Verwaltungsrates der Provinzen Honan, Hupeh, Hunan, Kiangsi, Kwantung und Kwangsi gab in einer Rede, die er kuerzlich in Hankau hielt, zu, dass in seinem Verwaltungsbezirk zehn Millionen Menschen unter der Hungersnot litten, die landwirtschaftliche Produktion dreissig Prozent niedriger als vor dem Buergerkriege sei und die Landreform in fuenf der von ihm verwalteten sechs Provinzen ueberhaupt noch nicht begonnen habe.

Joseph O. Moreschi, Generalpraesident der International Hod Carriers', Building and Common Laborers' Union of America:

DIE ENTWICKLUNGSGESCHICHTE EINER GEWERKSCHAFT

Die 45-jaehrige Geschichte der Internationalen Amerikanischen Gewerkschaft der Handlanger, Bauhilfs- und Erdarbeiter berichtet von den Kaempfen und Erfolgen von Hunderttausenden von Arbeitern dieses Landes um die Anerkennung ihrer Rechte und die Humanisierung der Bedingungen, unter denen sie lebten und arbeiteten.

Am 28. April 1903 uebergab der Amerikanische Gewerkschaftsbund AFL unserer Organisation die Satzung, nach der sie fast ein halbes Jahrhundert lang arbeitete. Zu jener Zeit fing die Gewerkschaftsbewegung gerade an, innerhalb der Nation eine Macht darzustellen. Die AFL bestand erst seit 17 Jahren und hatte nicht mehr als 1.750.000 Mitglieder.

In keinem anderen Berufszweig wurde eine Gewerkschaft dringender benoetigt als bei uns. Auf Grund des grossen Zustromes von Einwanderern war die Zahl der ungelernten Arbeiter sehr gross. Wenn auch nicht alle, so fielen doch die meisten von ihnen dem "Patronatssystem" zum Opfer, das darin bestand, dass ein Unternehmer sie anheuerte und aus ihrer Arbeit Profit schlug. Der Druck, den diese Unternehmer ausuebten, war grosstenteils sehr stark, und das Los seiner "Schuetzlinge" war nicht viel besser als das regelrechter Sklaven.

Zahlreiche Versuche wurden unternommen, die Arbeiter zu organisieren; es fehlte jedoch an der noetigen Zusammenarbeit, und diese Bemuehungen waren somit meist nur voruebergehender Natur. Jeder zog nach einer anderen Richtung. Die ersten Versuche zur nationalen Organisation wurden in Lowell (Mass.) und Dayton (Ohio) unternommen. Die Idee, alle Bauhilfs- und Erdarbeiter in einer Organisation zu vereinigen erwachte, und Samuel Gompers rief zur ersten Konvention auf.

Mit der Eroeffnungskonferenz am 13. April 1903 in Washington war eine entscheidender Schritt getan. 80 Delegierte aus 22 Staedten waren als Vertreter von fast 5.000 Mitgliedern anwesend. Aus dieser Konvention ging unsere heutige Organisation hervor.

Zu Anfang bestand die Arbeit der Gewerkschaft darin, Lokalgewerkschaften zu organisieren und die Arbeiter zu bewegen, die Differenzen zwischen den einzelnen Lokalgewerkschaften innerhalb der Staedte und die innerhalb der Lokalgewerkschaften entstehenden Streitfragen zu begleichen. Andere Taetigkeiten galten der Beilegung von Zustaendigkeitsstreitigkeiten, der Unterstuetzung der in Streiks befindlichen Lokalgewerkschaften und der Sicherstellung guenstiger Tarifvertraege, kuerzerer Arbeitszeit und besserer Arbeitsbedingungen.

Fuer das Gedeihen der Organisation war die Zeit aeusserst guenstig. Das Gewerkschaftswesen Amerikas war im Aufschwung begriffen. Arbeiter stroemten zu Tausenden den Gewerkschaften zu, und die Unternehmer fingen an, die Gewerkschaften "anzuerkennen" und mit ihnen zu verhandeln.

Unsere Organisation begann mit 20 Lokalgewerkschaften und nahm im Laufe des ersten Jahres 112 weitere Organisationen auf. Die Mitgliederzahl belief sich am Ende des ersten Jahres auf 8.200.

Die Lebenshaltungskosten waren niedrig, aber auch die Löhne. Aus einem Bericht der Regierung aus jener Zeit geht hervor, dass das jährliche Durchschnittseinkommen der Fabrikarbeiter \$449 betrug.

Die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts waren ruhelos und von der Ausdehnung des Grosskapitals gekennzeichnet. Die Haltung der Unternehmer in jener Zeit kommt in einem Brief von Georg F. Baer, dem Praesidenten einer Bergwerks-Gesellschaft in Pennsylvanien, zum Ausdruck:

"Die Rechte und Interessen des arbeitenden Menschen werden nicht von den Gewerkschaftsagitatoren, sondern von den christlichen Maennern beschuetzt und wahrgenommen, denen Gott in seiner unendlichen Weisheit die Kontrolle ueber die Eigentumsinteressen dieses Landes in die Hand gelegt hat", schrieb der Grossindustrielle.

Mit den grossen und maechtigen Gewerkschaftsgruppen hatte der Arbeiter nun einen Sprecher fuer seine Sache und die Moeglichkeit, seine Meinung oeffentlich zum Ausdruck zu bringen. Heute stellen die mehr als 7 Millionen Mitglieder der AFL einen Hauptfaktor in der Stabilisierung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften dar.

Vor 45 Jahren, als unsere Organisation entstand, kam der Gruppe der Handlanger und Bauhilfsarbeiter eine besondere Bedeutung innerhalb der Bauindustrie zu. Heute besteht dieser Begriff in seiner fruheren Bedeutung nicht mehr. Moderne Baumethoden haben die Arbeitsbedingungen sehr veraendert und Maschinenkraft und Aufzuege ersetzen die veraltete Tragmulde. Damit duerfte unser Name heute eine falsche Bezeichnung sein, denn unsere Leute verrichten zahlreiche Arten von Arbeiten, von denen viele nicht mehr in die Sparte der ungelernten Berufe gehoeren. Wenn wir die Vergangenheit kurz befragen und einen Rueckblick auf die Entwicklung unserer Gewerkschaft halten, koennen wir den Umfang unseres gegenwaertigen Arbeitsgebietes besser verstehen. Urspruenglich hatte die Organisation im Jahre 1903 23 Lokalgewerkschaften und einen Bezirksausschuss und zaehlte 8.000 Mitglieder. Heute haben wir 910 Lokalgewerkschaften, 39 Bezirksausschuesse und die durchschnittliche Mitgliedszahl belief sich im Jahre 1947 auf 306.456.

Auf Veranlassung des Exekutiv-Ausschusses der AFL wurde uns bereits fruehzeitig die Zustaendigkeit fuer Zement- und Betonarbeiter im Baugewerbe, den Schiffswerften und dem Strassenbau zugesprochen.

1917 fand eine Verschmelzung mit einer Gewerkschaft statt, die zuvor direkt der AFL angeschlossen war. Es war die Gewerkschaft der Unterwasser- und Fundamentarbeiter.

Im Jahre 1929 schloss sich die Internationale Gewerkschaft der Tunnel- und Untergrundbahnarbeiter unserer Organisation an. Diese Gruppe setzte sich aus "Freiluft"-Arbeitern zusammen, im Gegensatz zu den oben erwahnten, die in luftdicht abgeschlossenen Raeumen arbeiten.

1937 vereinigte sich die Internationale Gewerkschaft der Pflasterer mit unserer Organisation. Diese Gruppe war fuer saemtliche Strassenarbeiter zustaendig. Damit hatten wir zu jener Zeit die unbestrittene Zustaendigkeit ueber alle Strassenarbeiten, ob Zement oder Asphalt, erlangt.

Das Einflussgebiet unserer Gewerkschaft ist heute durch Verschmelzungen und organisatorisches Anwachsen sehr gross geworden. Wir glauben, dass unsere Taetigkeiten von grundlegender Bedeutung fuer alle Berufe des Baugewerbes sind, und wer sich den Artikel 2 unserer Verfassung besieht, wird sich von dem Umfange unsere# Taetigkeitsgebietes ueberzeugen koennen.

Unsere Mitglieder mischen und befoerdern alle Materialien, die von Maurern, Pflasterern, Zimmerleuten und anderen Bauarbeitern verwendet werden. Auch mit Aufraeumen und Beseitigen von Truemern sind sie beschaeftigt.

Unsere Leute verrichten die wichtigsten Vorarbeiten zum Bauen. Sie bauen Gerueste fuer Maurer und Pflasterer und schachten aus. Anlegen von Graeben, Daemmen, Fundamenten und Erdaushoehlungen gehoeren zu ihren Arbeiten; sie graben, planieren und stuetzen Fundamente, Daemme und Deiche ab.

Die Zustaendigkeit fuer Betonarbeiter ist umfassend und schliesst Betonarbeiten an Daemmen, Fundamenten, Decken und sonstigen Objekten ein; hierunter fallen auch das Mischen, Befoerdern und Verarbeiten des Betons. Ebenso das Abreißen, Abstreifen, und Abschaelen von Betonformen.

Unsere Zustaendigkeit erstreckt sich auf Strassen, Wege und Bruecken, umfasst Ausschachtung, Vorbereitung, Betonieren, Asphaltieren, Einrammen, Einzaeunen und Fertigstellen von Strassen, Wegen, Hoefen, Unterfuehrungen, Ueberfuehrungen, Bruecken und das Anpassen dieser Objekte an die Landschaft.

An Strassen und Wegen ziehen die uns angehoerenden Arbeiter Graeben und Kanaele zum Verlegen von allen moeglichen Leitungen. Sie heben die Graeben aus und befoerdern das gesamte, fuer diese Arbeiten notwendige Material.

Unsere Leute bauen Schaechte, Tunnel, Untergrundbahnen, Unterwasserkammern, Deiche, Daemme, Wasserleitungen, Flussregulierungen und Flughaefen.

Unsere Mitglieder stuetzen, unterbauen und heben und bewegen saemtliche Konstruktionen. Alle, die mit dem Bau luftdicht abgeschlossener Kammern beschaeftigt sind, und die dazugehoerigen Signalleute gehoeren unserer Gewerkschaft an.

Unsere Zustaendigkeit erstreckt sich auf die allgemeinen Ausschachtungs- und Planierungsarbeiten. Wir organisieren Arbeiter in Fabriken und Schiffswerften, Materiallagern, Schrottlagern, Asphalt-, Beton- und Zementwerken. Diejenigen, die Strassen, Wege und Kanale reinigen, werden von uns betreut. Wir vertreten alle Bohrer, Sprenger, Signalleute und Arbeiter in Steinbruechen und Kies- und Sandgruben.

Aus dieser Aufzaehlung kann ersehen werden, dass unsere Maenner in erster Linie vorbereitende Arbeiten verrichten. Sie sind jedoch fuer das Gelingen des Ganzen unerlaesslich und ermoeglichen erst die Ausfuehrung von vielen anderen Facharbeiten auf dem Gebiete des Bauwesens.

Diese umfassende Zustaendigkeit erfordert fachliches Koenen und schliesst ein grosses Mass an Verantwortung ein. Wir glauben, dieser Verantwortung unseren Mitgliedern gegenueber waehrend der vergangenen 45 Jahre vollauf gerecht geworden zu sein.

Die steigende Lohnkurve der vergangenen Jahre ist wohl der beste Beweis fuer die erfolgreiche Taetigkeit unserer Organisation. Soweit es das Selbstaeundigkeitsbewusstsein unserer Gewerkschaft zuliess, haben wir in freundschaftlicher Weise mit der AFL, Abteilung fuer Bauberufe, zusammengearbeitet, um einen staendigen Bedarf an Arbeitskraefte zu sichern.

Unsere eigentliche Aufgabe ist es, fuer unsere Mitglieder zu kaempfen. Sie brauchen einen Freund, der fuer sie spricht. Als bestes Beispiel fuer unsere Erfolge auf diesem Gebiet kann der Arbeitsvertrag gelten, der zwischen Gewerkschaften und der Tennessee-Tal-Behoerde (TVA) zustandekam. Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, wie sie in der TVA verwirklicht sind, werden fortwaehrend als beispielhaft fuer die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Parteien bezeichnet.

Was unsere Organisation im Kriege geleistet hat, ist einzigartig. Lange vor Pearl Harbor haben unsere Leute an dem Aufbau "des Arsenal der Demokratie" gearbeitet.

Unsere Mitglieder haben bei dem Bau der fuer den Krieg und die Verteidigung so wichtigen Projekte eine wesentliche Rolle gespielt. Sie waren an dem Bau der grossen Alaska-Strasse im eisigen Norden beteiligt. Ihre Arbeitszeit beim Aufbau der Ruestungsbetriebe war sehr lang. Sie betaetigten sich in den Laendern der feuchten Tropen und des kalten Nordens. In den Vereinigten Staaten, auf den Inseln und an geheimen Ueberseebasen waren sie beschaeftigt.

In seiner Stellungnahme zum Bauprogramm erklarte der Chef der Technischen Einheiten der Armee nach dem Kriege: "Bis zur Beendigung des Krieges haben unsere Feinde die Baukapazitaet Amerikas, einen wesentlichen Machtfaktor unseres Landes, fortwaehrend unterschaezt. Es war dies ein Element unserer Staerke, fuer das sie keine Vergleichsbasis hatten. Derartiges hatten sie nie gekannt."

Der Krieg hat grosse Anforderungen an uns gestellt, und unsere Leute sind stolz, ihren nicht unwesentlichen Beitrag geleistet zu haben.

Unsere amerikanischen Bauarbeiter mussten in jener Zeit 50 Lager, 30 Aufnahmelager, 19 Unterkuenfte fuer Ersatztruppen, 52 Hafenprojekte, 16 Projekte fuer die Luftwaffe und nahezu 150 Truppenunterkuenfte bauen. Darueberhinaus mussten Fabriken und Lager mit den notwendigen Einrichtungen versehen werden. Hierzu gehoerten Geschaefte aller Art, Strassen, Kanaele, Wasser und Strom.

Beispiellos jedoch in der Kriegsgeschichte unserer Gewerkschaft ist Wake Island. Auf dieser kleinen Insel im Pazifik befanden sich etwa 5.000 Menschen, davon mehrere tausend Zivilisten und ein paar hundert Soldaten, die zum groessten Teil der amerikanischen Marine angehuernten. Die Geschichte von der Verteidigung Wake Islands ist ein Epos des Mutes und der Tapferkeit. Die Zivilisten kaempften Schulter an Schulter mit den Marinesoldaten. Viele von ihnen waren Bauarbeiter und Mitglieder unserer Gewerkschaft. Sie sind stolz darauf, mitgeholfen zu haben, eines der stolzesten Kapitel in die ruhmreichen Annalen der amerikanischen Marine zu schreiben.

Die Bemuehungen unserer internationalen Gewerkschaft sind jedoch auf die Gegenwart und die Zukunft gerichtet. Unser Ziel ist das gleiche wie vor 45 Jahren: den Arbeitern ein besseres Los erkaempfen zu helfen. Die Zeiten aendern sich, und die Gewerkschaften muessen bestrebt sein, sich den neuen Gegebenheiten und Verhaeltnissen anzupassen. Wir haben dies getan und glauben, dass die Anpassungsfahigkeit unserer Gewerkschaft eine ihrer wertvollsten Eigenschaften zum Wohle ihrer Mitglieder ist. Mit Genugtuung haben wir von der Loyalitaet und der Bereitwilligkeit unserer Mitglieder Kenntnis genommen, mit der sie ihre Gewerkschaft unterstuetzen. In den kritischen Kriegsjahren gab es bei uns keine einzige Unterbrechung der Arbeiten. Wenn in irgendeinem Teile des Landes die Situation kritisch zu werden drohte, schickten die Gewerkschaften sofort einen Vertreter, der sich mit der Angelegenheit befasste.

Praesident Truman ist der Auffassung, dass der staendige Zuwachs an Menschen in unserem Lande umfassende Verbesserungen der Wohnungsverhaeltnisse, der Strassen, der Projekte zur richtigen Bewirtschaftung des Ackerbodens und anderer Sektoren erfordert, in denen unsere Gewerkschaftsmitglieder die wichtigsten Vorarbeiten zu verrichten haben. Oertliche Projekte bringen neue Arbeitsmoeglichkeiten an Daemmen, Bruecken, Bewaesserungsanlagen und anderen Einrichtungen grossen Umfanges mit sich.

Mit der Entwicklung des Zeitalters der Luftfahrt wird unser Land grosse und viele kleine Flughaeften benoetigen; auch auf diesem Gebiete koennen unsere Arbeiter mit umfangreichen Beschaeftigungsmoeglichkeiten rechnen. Der Praesident hat erkluert, dass innerhalb von 10 Jahren 45 % unserer Landstrassen erneuert werden muessten. Damit werden Hunderttausende von Arbeitsplaetzen entstehen. Mit dem Anwachsen der Staedte werden zusaetzliche Transportmoeglichkeiten, wie Strassen, Unterfuehrungen, Ueberfuehrungen, usw. notwendig sein.

Der Wohnungsbau ist eines der zukunftsreichsten Arbeitsgebiete. Der Praesident wuerde es begruessen, wenn in den naechsten 10 Jahren mehr als 1 Million Wohnungen jaehrlich erstellt werden koennten. Die ungeheuren Beschaeftigungsmoeglichkeiten angesichts eines solchen Vorhabens liegen auf der Hand.

Seit 1903 werden alle angeschlossenen Lokalgewerkschaften mit beglaubigten, vierteljaehrlichen Finanzberichten beliefert, die von allen Mitgliedern unserer Gewerkschaft bei den Ortsverwaltungen eingesehen werden koennen.

Unser Gewerkschaftsbeitrag ist einer der niedrigsten aller in der AFL gezahlten Beitraege - monatlich 35 Cents, von denen 7,5 % einem Lebensversicherungsfonds zugefuehrt werden. Wir kennen keine Diskriminierung unserer Mitglieder auf Grund ihrer Rasse, Religion oder Farbe. Mit Recht kann unsere Gewerkschaft "das grosse Sammelbecken Amerikas" genannt werden.

Zahlreiche Gewerkschaften haben gegen das Taft-Hartley-Gesetz energisch Stellung genommen. Auf dieses Gesetz hin hat unsere Gewerkschaft gewisse Aenderungen ihrer Satzungen vornehmen muessen, wodurch ein weiterer Beweis fuer die Anpassungsfahigkeit unserer gewerkschaftlichen Organisation und Taetigkeit gegeben ist.

Unsere Gewerkschaft war eine der ersten, die nachdruecklichst erklarte, dass das Taft-Hartley-Gesetz unanwendbar und undurchfuehrbar sei. In einer ausfuehrlichen Empfehlung an den General-Rechtsvertreter des Bundesausschusses fuer Arbeitsfragen (National Labor Relations Board) brachten wir unseren Standpunkt klar zum Ausdruck. In gemeinsamer Zusammenarbeit haben wir unser eigenes ueberindustrielles System zur Beilegung von Zustaendigkeitsstreitigkeiten aufgebaut.

Ungeachtet unserer offiziellen oder persoenlichen Einstellung dem Taft-Hartley-Gesetz gegenueber ist es unsere Pflicht, dieses Gesetz zu achten, da es sich um ein Landesgesetz handelt und solange befolgt werden muss, bis es aus unserer Verfassung wieder gestrichen ist.

Wir sehen mit Zuversicht und Hoffnung der Zukunft entgegen. Unsere besondere Hoffnung gilt der Zukunft unserer Arbeiter. Wir glauben an die Zukunft Amerikas und der amerikanischen Arbeiter, die unser Land zu seiner gegenwaertigen Groesse erhoben und den Boden fuer eine vielversprechende Zukunft bereitet haben.

"The Laborer", V/50

BELGISCHE TEXTILARBEITER GEWINNEN VIER-WOECHIGEN STREIK

Als sich die belgischen Unternehmer der Textilindustrie hartnaeckig weigerten, die von den christlichen und sozialistischen Gewerkschaften geforderten hoeheren Loehne zu zahlen, traten mehr als 85,000 Arbeiter am 30. Mai in den Ausstand.

Die belgische Textilindustrie befindet sich zur Zeit in einer sehr guenstigen Lage; sie war im Februar am Gesamtexport des Landes mit 31 % beteiligt. Die Textilarbeiter glaubten sich deshalb im Recht, als sie eine Lohnerhoehung forderten, zumal ihre Loehne weit niedriger als diejenigen der uebrigen Industrien waren. Tatsaechlich arbeiten noch einige von ihnen fuer 13,50 Franken pro Stunde, und der Tarif fuer Facharbeiter betraegt 16 Franken. Auf der anderen Seite behaupteten die Arbeitgeber, dass die von ihnen gezahlten Loehne um 20-30 % hoeher als diejenigen der hollaendischen Textilindustrie seien, obwohl die Differenz zwischen den belgischen und hollaendischen Loehnen im allgemeinen nicht ueber 8-10 % hinausgeht. Sie versuchten sogar, eine allgemeine Kampagne zur Senkung der Loehne auch in anderen Industrien einzuleiten, um ihren Standpunkt damit zu rechtfertigen.

Die Folge war, dass die Arbeiter einstimmig einen Mindeststundenlohn fuer ungelernte Arbeiter von 15 Franken fuer Maenner und 10,50 Franken fuer Frauen forderten. Von den beiden grossen belgischen Gewerkschaften unterstuetzt waren die Textilarbeiter entschlossen, diesen Kampf bis zur siegreichen Beendigung fortzufuehren.

Der Streik dauerte 4 Wochen und wirkte sich hauptsaechlich in dem Gebiet von Ghent und anderen flaemischen Gegenden aus (die Arbeiter der Gebiete Verviers und Mouscron waren an andere Vertraege gebunden und setzten ihre Arbeit fort).

Der Belgische Textilarbeiterverband gewaehrte den Streikenden seine volle Unterstuetzung und bat zu diesem Zweck alle ihm angeschlossenen Organisationen um eine Sonderabgabe in Hoehe von 10 Franken pro Kopf.

Die grossen belgischen Arbeitgeber der Textilindustrie und viele kleinere Arbeitgeber waren gezwungen, den Forderungen der Arbeiter stattzugeben, und am 22. Juni wurde ein neuer Tarifvertrag unterzeichnet. Am 26. Juni wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Nach den Bestimmungen dieses Vertrages erhoehrt sich der Mindest-Stundenlohn fuer Maenner auf 15 Franken und fuer Frauen auf 10,50 Franken (nach Vollendung des 21. Lebensjahres und dreimonatiger Arbeitszeit in der Industrie).

Die Grundtarife fuer die im Stundenlohn bezahlten Arbeiter und auch fuer diejenigen, die Akkordloehne beziehen, haben sich fuer Maenner bei einem Stundenlohn von 15 Franken um 5 %, zwischen 15 und 16,50 Franken um 4 % und fuer Loehne ueber 16,50 Franken um 3 % erhoehrt. Die Lohnaufbesserung betraegt fuer Frauen bei Loehnen bis zu 10,50 Franken 5 %, zwischen 10,50 und 11,60 Franken 4 % und 3 % fuer die darueber liegenden Loehne. Die 10 %igen Sonderpraemien fuer Akkordarbeiter werden auf 13 % erhoehrt, die zur Zeit fuer besonderen Fleiss, Qualitaetsarbeit, etc. gezahlten Praemien werden durch Heraufsetzen des Prozentsatzes dieser Sonderpraemien verguetet werden.

Mit der Anwendung dieses Vertrages werden etwa 40 % der in der Baumwoll-, Spinn- und Webindustrie beschaeftigten Arbeiter hoehere Loehne beziehen, waehrend in der Leinenindustrie, in der die Loehne am niedrigsten waren, fast alle Lohnempfaenger in den Genuss hoeherer Tarife kommen.

Information Bulletin des
Internationalen Bundes
Freier Gewerkschaften
VII/5/50

LOHN- UND ARBEITSSTREITIGKEITEN IN INDIEN

Gewisse Anzeichen liessen im Jahre 1948 darauf schliessen, dass sich die Realloehne in Indien mehr und mehr ihrem Vorkriegsstand naeherten, ohne ihn jedoch voellig erreicht zu haben. In dem Ansteigen der Lebenshaltungskosten war der Hauptgrund fuer die Streitigkeiten in der Industrie zu sehen. Die Zahl der Arbeitsstreitigkeiten erhoehrte sich von 820 im Jahre 1945 auf 1629 im Jahre 1946 und erreichte die Rekordziffer von 1811 im Jahre 1947. 1948 jedoch ging sie wieder zurueck. Die Arbeitslosenziffern und die Anzahl der Streiks in der Industrie stiegen im Verlaufe des Jahres 1949 in Indien leicht an. Die Lebenshaltungskosten der Lohnempfaenger stabilisierten sich im allgemeinen.

1949 gingen wegen Streitigkeiten in der Industrie monatlich zwischen 400.000 und 750.000 Arbeitstage verloren. Im April 1947, als die britische Herrschaft in Indien ihrem Ende entgegenging, hatte diese Zahl eine bisher nie gekannte Hoehe, naemlich 2,5 Millionen, erreicht. Im September 1948 war sie auf 15,000 herabgesunken.

Die folgenden Zahlen wurden vom indischen Arbeitsamt ausgearbeitet und in dem offiziellen "India Record" veroeffentlicht:

	1948	1949	Jan.1950	Feb.1950
Anzahl der Streitigkeiten:	1,636	1,145	100	86
" " Arbeiter:			76.000	45.000
Verlorengegangene Arbeitstage:	8,214,456	6,366,761	230.000	340.000

Ein staendiges Absinken der Anzahl der Streitigkeiten in der Industrie ist seit dem Hoehepunkt im Jahre 1948 festzustellen, als die steigenden Lebenshaltungskosten den Arbeitern mit Liliputeinkommen unertraegliche Lasten auferlegten. Der Verlust an Arbeitstagen im Februar war zum groessten Teil auf Aussperrungen, und zwar besonders in der Textilindustrie, zurueckzufuehren.

Der Arbeitsminister berichtete von einer anhaltenden Verschlechterung der Beschaeftigungslage, wobei weniger Einstellungen vorgenommen wurden und weniger offene Stellen zur Verfuegung standen. Zur Behebung des Mangels an Facharbeitern wurden jedoch von der Regierung zur Schulung von etwa 17,000 Personen im Laufe des Jahres Ausbildungsprogramme durchgefuehrt.

Die Lebenshaltungskosten der Lohnempfaenger, die waehrend des Krieges und in den Nachkriegsjahren rapide in die Hoehe gegangen waren, waren 1949 unveraendert geblieben. Im letzten Vierteljahr war der Index der Lebenshaltungskosten in den meisten Industriestaedten der gleiche oder wenig niedriger als ein Jahr zuvor.

Der durchschnittliche Fabrikarbeiter in Indien verdiente schaeztungsweise jaehrlich 500 - 1.200 Rupien (40 - 90 Pfund Sterling), wobei in den verschiedenen Gebieten, Industriezweigen und Berufsgruppen grosse Unterschiede herrschten.

Information Bulletin des
Internationalen Bundes
Freier Gewerkschaften
VII/5/50

FORDERUNGEN AMERIKANISCHER EISENBAHNERGEWERKSCHAFTEN

Der Vorschlag eines Untersuchungsausschusses des Praesidenten sieht vor, dass fuer etwa 75.000 Eisenbahnangestellte die Woche mit 6 Arbeitstagen und 48 Arbeitsstunden durch die 5-Tage Woche mit 40 Arbeitsstunden ersetzt werden soll. Als Ausgleich fuer die kuerzere Arbeitszeit sollen die Stundenloehne um 18 Cents erhoert werden. Diese Bestimmungen wuerden, falls sie von den Gewerkschaften und den Eisenbahngesellschaften gebilligt werden, am 1. Oktober in Kraft treten.

Diese Empfehlung kam zustande, nachdem Verhandlungen zwischen Eisenbahngesellschaften und zwei Gewerkschaftsorganisationen, der Gewerkschaft der Zugbegleiter und dem Verband der Zugfuehrer, ergebnislos verlaufen waren. Aehnliche Vorschlaege wurden fuer

4.000 Rangiermeister, die in der Gewerkschaft der Rangiermeister Amerikas organisiert sind, unterbreitet. Die Exekutivausschuesse der Gewerkschaften der Zugbegleiter und Zugfuehrer traten zusammen, um den Bericht des Untersuchungsausschusses zu besprechen und weitere Verhandlungen mit den Eisenbahnunternehmern vorzubereiten.

Seitdem es den nicht im Zugverkehr eingesetzten Arbeitern der Eisenbahnen im September vorigen Jahres gelungen war, die 40-Stunden Woche ohne Kuerzung ihrer Loehne einzufuehren, ist der Druck der Gewerkschaft der Rangierer nach gleichen Bedingungen immer staerker geworden. Auch andere Gewerkschaften, wie die Rangiergewerkschaft von Nordamerika (AFL) und die der Heizer und Lokomotivfuehrer haben aehnliche Schritte unternommen, um die 40-Stunden Woche fuer ihre Mitglieder einfuehren zu koennen. Die Lokomotivtechniker dagegen fordern eine Loehnerhoehung von 20 %. Die im Pendelverkehr auf kleineren Strecken beschaeftigten Eisenbahner haben keine geregelte Arbeitszeit. Die Dauer ihres Dienstes haengt groesstenteils von der Laenge der befahrenen Strecken und der Fahrtzeit von einer Station zur anderen ab.

"Weekly Labor News Digest"
U.S. Arbeitsministerium
VI/21/50

- 16 -

Office of Labor Affairs, HICOG
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 22

Frankfurt, 4. August 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Weltgewerkschaftsbund befuerwortet Vollbeschaeftigung - - - - -	1
Falsche Auffassungen ueber die Kosten eines Streiks - - - - -	3
Die britische Textilarbeiter-Gewerkschaft - - -	8
Oesterreich und das ERP - - - - -	15
Hollaendische Gewerkschaft zum Marshall-Plan - -	16

WELTGEWERKSCHAFTSBUND BEFUERWORTET VOLLBESCHAEFTIGUNG

J. H. Oldenbroek, der Generalsekretär des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (IBFG), hat nach eingehender Beratung mit den Mitgliedern des Notfall-Ausschusses des IBFG dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine Erklärung unterbreitet, in der die freie Gewerkschaftsinternationale zu der nationalen und internationalen Politik der Vollbeschäftigung Stellung nimmt. Trygve Lie hatte den IBFG aufgefordert, zu dem Bericht ueber nationale und internationale Massnahmen zur Vollbeschäftigung Stellung zu nehmen. Dieser Bericht, der von einer Gruppe Sachverstaendiger ausgearbeitet war, die der Generalsekretär der Vereinten Nationen hierzu bestellte, bildete den Gegenstand der Besprechungen des Wirtschafts- und Sozial-

rates dieser Weltorganisation auf seiner letzten Konferenz. Es wurde beschlossen, alle angeschlossenen Regierungs- und Nicht-Regierungs-Organisationen aufzufordern, zu diesem fuer die Wohlfahrt der Arbeiter und der ganzen Welt so entscheidenden Problem Stellung zu nehmen.

In seiner Erklaerung begruesst und befuerwortet der IBFG den Bericht der Sachverstaendigen der Vereinten Nationen. Besonders wird die Bedeutung hervorgehoben, die die Sachverstaendigen der Vereinten Nationen der nationalen und internationalen Politik der Vollbeschaeftigung beimessen. Gebilligt wird ausserdem deren Standpunkt, dass das Ziel der Vollbeschaeftigung unter Wahrung aller demokratischen Rechte und Einrichtungen und aller wirtschaftlichen und sozialen Systeme erreicht werden kann, vorausgesetzt, dass die feste Entschlossenheit vorhanden ist, Massnahmen anzuwenden, die saemtliche wirtschaftliche Unausgeglichheiten, die zur Massenarbeitslosigkeit fuehren, beseitigen koennen.

In der Erklaerung des IBFG wird ausserdem hervorgehoben, dass eine Wirtschaft der Vollbeschaeftigung nur bestehen kann, wenn alle Massnahmen wirtschaftlicher und sozialer Art aufeinander abgestimmt sind, und ein gut entwickeltes und fortschrittliches System der sozialen Sicherheit vorhanden ist. Hierbei ist ein hohes Mass Anpassungsfaeigkeit seitens der Regierungen in ihrer Politik erforderlich, und zwar besonders in der Finanz-, Waehrungs- und Kreditpolitik, oder auch in oeffentlichen Investitionen und oeffentlichen Arbeiten.

In der Verlautbarung des IBFG wird vor allem die Notwendigkeit betont, die Beweglichkeit der Arbeitskraefte durch Lockerung der Aus- und Einwanderungsbeschraenkungen durch Austausch der Beschaeftigungsmoeglichkeiten und durch Ausbildungs- und annehmbare Wohnungsbauprogramme zu foerdern. Es wird eine Vergroesserung des Volumens langfristiger, internationaler Kredite, die Verteilung dieser Geldmittel durch die internationale Wiederaufbaubank, eine Liberalisierung der Kreditbestimmungen der internationalen Bank, ausreichende finanzielle und technische Unterstuetzung fuer wirtschaftlich rueckstaendige Laender und eine umfassendere finanzielle Basis fuer den internationalen Waehrungsfonds gefordert, um damit den internationalen Handel und Zahlungsverkehr auszuweiten und zu stabilisieren.

Ausserdem macht der IBFG die Vereinten Nationen darauf aufmerksam, dass eines der groessten Hindernisse fuer die Vollbeschaeftigung die Unfaehigkeit ist, Realloehne und Arbeitszeit mit der steigenden Produktionsleistung auf gleichem Niveau zu halten. "Fuer die Politik der Vollbeschaeftigung", heisst es in der Erklaerung weiter, "ist es deshalb von groesster Wichtigkeit und verdient besonders erwaehnt zu werden, dass mit allen Mitteln verhindert werden muss, dass die Loehne hinter der Produktionsleistung und den Lebenshaltungskosten zurueckbleiben, und dass diejenigen Loehne, die bereits unter dem Stand der Produktionsleistung und Lebenshaltungskosten liegen, entsprechend aufgebessert werden muessen."

Der IBFG nimmt ferner zu den nachteiligen Auswirkungen der nationalen und internationalen Privatmonopole auf die Kaufkraft der Verbraucher Stellung und ruft zu wirksamen Massnahmen zur Bekaempfung dieser Monopole auf.

Er ist sich ausserdem der Bedeutung wirksamer internationaler Massnahmen zur Errichtung eines weltumfassenden Wirtschaftssystems der Vollbeschaeftigung bewusst.

Die Erklaerung enthaelt eine Reihe von Vorschlaegen, rueckstaendige Laender in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu unterstuetzen, damit die Beschaeftigungsmoeglichkeiten in jenen Gebieten zu steigern und die Beschaeftigungslage in solchen Laendern zu stabilisieren, die in besonderem Masse auf den Aussenhandel angewiesen und deshalb fuer internationale Wirtschaftskrisen besonders anfaellig sind.

Um die Ziele der nationalen und internationalen Politik der Vollbeschaeftigung erreichen zu koennen, schlaegt der IBFG in seiner Stellungnahme zu dem Bericht der Sachverstaendigen der Vereinten Nationen vor, dass der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen in enger Zusammenarbeit mit der internationalen Arbeitsorganisation einen Ausschuss ernennt, der mit dem Entwurf einer Internationalen Konvention beauftragt werden soll, in der sich alle Teilnehmerstaaten verpflichten, die Vollbeschaeftigung, soweit dies in ihrer Macht liegt, zu verwirklichen und aufrechtzuerhalten und ihre nationale und internationale Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik mit den in dem Bericht der Sachverstaendigen der Vereinten Nationen zum Ausdruck gebrachten Empfehlungen und den Vorschlaegen des IBFG in Einklang zu bringen.

Information Bulletin des IBFG
V/50

FALSCHER AUFFASSUNGEN UEBER DIE KOSTEN EINES STREIKS

Der folgende Artikel erschien in der Zeitschrift "Ammunition" dem Organ des Amerikanischen Automobilarbeiter-Verbandes (CIO). Er behandelt das Problem der Streikkosten und Streikschaeden und versucht darzulegen, dass weder die Arbeiter noch die Unternehmer notwendigerweise geschaedigt werden. Wir drucken diesen Artikel ab ohne uns mit Form und Inhalt zu identifizieren.

Am 58. Tage des Streiks in den Chrysler-Werken wurde in den "Automotive News", dem Organ der Automobilindustrie, erklart, dass dieser Streik insgesamt 1,091,732,200 Dollar gekostet haette. Ist dies nun wahr oder unwahr?

Die gleichen pruefbaeren statistischen Zahlen tauchen bei jedem Streik auf. So wandte man sie auch bei dem Bergarbeiterstreik an. Die Bergwerksunternehmen multiplizierten die durchschnittliche Tagesproduktion an Kohle mit der Anzahl der Tage, die die Bergarbeiter gestreikt hatten, und erklarten, dass das Ergebnis die Zahl der verlorengegangenen Tonnen Kohle darstelle. Sie vervielfaeltigten die Anzahl der Tonnen Kohle, die waehrend des Streiks nicht gefoerdert wurde, mit dem Preis je Tonne und behaupteten, dass dies der Geldbetrag sei, den die Unternehmer verloren haetten. Sie multiplizierten ausserdem die Anzahl der Tage, an denen die Bergleute gestreikt hatten, mit dem durchschnittlichen Tagesverdienst und sagten, dass dies der Gesamtbetrag der eingebuessten Loehne sei. Dann zaehlten sie alle Arbeiter zusammen, von denen man annahm, dass sie wegen des Mangels an Kohle entlassen werden mussten, und multiplizierten diese Zahl mit einem durchschnittlichen Tageslohn. Dies sei der Betrag, so behaupteten sie, der den Gesamt-

verlusten des Bergarbeiterstreiks hinzugerechnet werden muesse. Dann zaehlten sie die Tage zusammen, an denen in den Betrieben wegen Mangels an Kohle nicht gearbeitet werden konnte, und multiplizierten diese Zahl mit dem durchschnittlichen Wert einer Tagesproduktion. Alle diese Ziffern zusammengezaehlt wuerden, so erklarten sie, die durch den Bergarbeiterstreik verursachten Verluste ergeben.

Hat dieser Streik nun tatsaechlich soviel Unkosten verursacht? "Business Week" berichtete, dass die Bergleute zur Zeit vier Tage in der Woche arbeiteten. Es ist zu erwarten, dass sie im Hochsommer nur noch an drei Tagen in der Woche beschaeftigt werden koennen. Im Herbst wird hoechstwahrscheinlich die Arbeit zeitweise eingestellt werden muessen. Die Bergleute haben nachtraeglich all die Kohle gefoerdert, die waehrend des Bergarbeiterstreiks nicht gefoerdert worden war. Sie haben sogar mehr Kohle gebrochen, als im Land verbraucht werden kann. In Wirklichkeit hat der Bergarbeiterstreik also keinen Verlust an Kohle verursacht. Dieser Streik hatte lediglich zur Folge, dass die Produktion von einem Abschnitt des Jahres auf einen anderen verlegt wurde. Damit ist die Behauptung ueber den angeblichen Produktionsverlust nicht mehr haltbar.

Die Kohlenproduktion hat somit keinerlei Verluste zu verzeichnen. Wie verhaelt es sich nun mit den Loehnen? Die Bergarbeiter arbeiten zur Zeit vier Tage woechentlich. Wenn sie waehrend der ganzen Zeit in der sie streikten, Kohle gefoerdert haetten, laegen die Vorraeete an Kohle schon vor Monaten weit ueber der absetzbaren Menge, und die Bergarbeiter waeren nur noch drei oder noch weniger Tage je Woche beschaeftigt gewesen. Die waehrend des Streiks verlorengegangenen Loehne waeren also auf jeden Fall verloren.

Was haben die Bergleute waehrend des Streiks nun tatsaechlich eingebuesst? Sie haben lediglich auf ihre Arbeitslosenunterstuetzung verzichten muessen.

Nun zu den Betrieben und Eisenbahnen, die durch den Bergarbeiterstreik angeblich gezwungen waren, ihren Betrieb zu schliessen. Nicht alle Betriebe, die waehrend des Bergarbeiterstreiks die Arbeit einstellten, mussten tatsaechlich wegen dieses Streiks die Arbeit einstellen. Jede Gesellschaft, die Arbeiter wegen Mangels an Auftraegen entliess, beeilte sich zu erklaren, dass dies auf Grund des Streiks erforderlich sei. Damit wollte man die streikenden Bergarbeiter fuer alles verantwortlich machen. Wenn in gewissen Faellen die Betriebe tatsaechlich wegen des Bergarbeiterstreiks schliessen mussten, dann hatten sie Gelegenheit, die verlorengegangene Produktion wieder nachzuholen. Damit waren also auch die Arbeiter in der Lage, wieder in den Besitz der verlorengegangenen Loehne zu kommen. Wenn die betroffenen Arbeiter Ueberstunden leisten mussten, um die Produktion nachholen zu koennen, dann hatten sie durch den Bergarbeiterstreik nur finanzielle Vorteile, d.h. die regulaere Arbeitszeit, die ihnen verlorenging, wurde zum Teil durch Ueberstunden ersetzt, die den 1 1/2-fachen oder doppelten Verdienst einbrachten. Abgesehen von den falschen Angaben ueber die Verluste im Bergarbeiterstreik ging der Wirtschaft des Landes nichts verloren. Nur die Bergarbeiter hatten einen Verlust zu verzeichnen und zwar den der Arbeitslosenunterstuetzung. Wenn die Unternehmer, die fuer die Bergarbeiter waehrend der Streiks so grosses Mitleid zeigten, diesen Verlust vermeiden wollen, dann koennen sie das auf einen sehr einfache Art und Weise. Sie brauchen sich nur mit dem C.I.O. in Verbindung zu setzen und die Gesetzgeber des Staates zu bewegen, die Gesetze der Arbeitslosenversicherung so abzuaendern, dass die Arbeiter waehrend der Streiks Arbeitslosenunterstuetzung beziehen.

Wenn die Bergarbeiter ihre Arbeitslosenunterstützung jedoch verloren haben, dann war auch diese Einbusse nicht vergebens.

Die Bergwerksunternehmen würden den Bergarbeitern ohnehin für eine bestimmte Zeit nichts gegeben haben, auch wenn sie nicht gestreikt hätten; was die Bergarbeiter jedoch an Arbeitslosenunterstützung verloren, kam ihnen durch die im Streik erzielten Erfolge wieder zugute. Der durchschnittliche Verlust an Arbeitslosenunterstützung betrug weniger als 400 Dollar für den einzelnen Arbeiter, in den meisten Fällen war der Betrag weit geringer. Im Gegensatz hierzu sei der Gewinn in bar gestellt: 70 Cents je Tag als Lohnzuschlag; eine Erhöhung der Pensions- und Wohlfahrtsunterstützung, die sich auf etwa 5.000 Dollar je Arbeiter (dies allein ist bereits ein genügender Gewinn!) beläuft. Selbst bei nur 200 Arbeitstagen je Jahr, was einen hohen Grad der Arbeitslosigkeit bedeutet, gleichen allein die durch den Streik erzielten Lohngewinne in zwei Jahren den gesamten Verlust an Arbeitslosenunterstützung aus. Die 5.000 Dollar je Arbeiter, die für die Pensions- und Wohlfahrtsunterstützungen erzielt werden konnten, sind somit Reingewinne für die Bergleute.

Hat die Gesamtwirtschaft durch den Bergarbeiterstreik etwas gewonnen oder verloren? Verloren hat sie überhaupt nichts, sie hat nur wesentliche Gewinne erzielt. Und zwar deshalb, weil die Bergarbeiter mitgeholfen haben, jenes Sicherheitssystem zu propagieren, das für alle Arbeiter erreicht werden muss. Ein weiterer Gewinn für die Wirtschaft besteht darin, dass durch den Erfolg dieses Streiks das nationale Einkommen gerechter verteilt wird, und zwar in einer Weise, die die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Wirtschaftskrise sehr gering werden lässt. Den Arbeitern wird eine stärkere Kaufkraft in die Hand gegeben; mit diesem Geld können mehr Lebensnotwendigkeiten gekauft werden und damit anderen Arbeitern die Beschäftigung gesichert werden.

Dies sind jedoch keineswegs sämtliche Vorteile, die durch den Bergarbeiterstreik entstanden sind. Nehmen wir an, die Bergarbeiter hätten nicht gestreikt und somit auch keinen Streik gewonnen, sie hätten sich ohne weiteres den Forderungen der Unternehmer gebeugt und zugelassen, dass ihr Wohlfahrtsfonds sabotiert würde - ein grausamer Schlag gegen jeden alten Bergarbeiter wäre dies gewesen. Nehmen wir an, sie hätten sich von den Unternehmern überreden lassen, nicht zu streiken. Was wäre dann geschehen? Dann hätten sich vielleicht die Unternehmer des ganzen Landes ein Herz gefasst und einen grossen Schlag gegen die Gewerkschaften geführt. Es wäre für die Unternehmer sogar eine Ermutigung gewesen, von neuem zu versuchen, gegen die Gewerkschaften vorzugehen. Sie hätten die Reformvorschläge zur Pensions- und Krankenversicherung einfach abgelehnt; sie hätten vielleicht sogar versucht, die Löhne zu kürzen und das Arbeitstempo in den Fabriken heraufzudrücken.

Im Bergarbeiterstreik und in allen anderen grossen Streiks hat jeder einzelne Arbeiter viel aufs Spiel gesetzt. Das, was jeder Arbeiter durch einen Streik für sich gewinnen kann, ist ebenfalls ein Teil des Gesamtgewinns der Bergleute. Diesem Gewinn muss ausserdem der Betrag hinzugefügt werden, den die Arbeiter nicht verloren, weil der Streik gewonnen wurde.

Das war der Bergarbeiterstreik. Wie steht es nun mit dem Streik in den Chrysler-Werken? Ist es richtig, dass durch diesen Streik am 58. Tage 1.091.732.200 Dollars verlorengegangen seien?

Natuerlich bringen einige Streiks gewisse Verluste mit sich. Es waere falsch zu behaupten, die Arbeiter der General-Motors-Werke haetten waehrend ihres Streiks 1945/46 keine persoenlichen Verluste gehabt. Aber selbst jene Arbeiter verloren wesentlich weniger, als ihnen durch den Streik wieder zugute kam. Es wird gesagt, dass der Mangel an Stahl und Benzin zu laengeren Stilllegungen der Betriebe fuehrte - diese Stilllegungen wurden jedoch zum Teil durch Ueberstunden, zum Teil durch Vollbeschaeftigungswochen ausgeglichen.

Auch der Barbetrag, der gewonnen wurde, und derjenige, der verlorengegangen waere, wenn kein Streik stattgefunden haette, muesen dem direkten Verlust an Lohn gegenuebergestellt werden. Was den Produktionsverlust betrifft, so gab es ueberhaupt keinen, weil die Hoehe der Stahlerzeugung nicht willkuerlich gesteigert werden kann und somit nur so viel Kraftwagen hergestellt werden, wie an Stahl zur Verfuegung steht, und jede Tonne Stahl, die erzeugt und fuer Kraftwagen bestimmt wurde, wurde auch dafuer verwendet.

Damit kommen wir zum Chrysler-Streik. Man darf vor allem nicht vergessen, dass in gewissen Faellen unbedingt gestreikt werden muss, ganz gleich, wie hoch die dadurch entstehenden Verluste sind.

Es gibt gewisse Beweise dafuer, dass die Chrysler-Werke mit anderen Automobilfirmen fuer den Streikfall Vereinbarungen getroffen hatten. Es war auch bekannt, dass diese Gesellschaft entschlossen war, bis zum letzten zu kaempfen, um ein Pensionsprogramm durchzusetzen, das bei dem ersten Anzeichen rueckklaeufiger Preise haette beseitigt werden koennen. Chrysler ist der Typ einer von Aufsichtsraeten und Banken kontrollierten Gesellschaft. Diese Gremien kontrollieren auch andere Unternehmen, die die Pensionsansprueche der Arbeiter ebenfalls bekaempfen. Sie hatten allem Anschein nach die Chrysler-Werke zum Versuchsballon bestimmt, um den Kampf gegen die Pensionen der Arbeiter auszutragen. Die Differenz zwischen den von den Chrysler-Werken angebotenen Pensionen und denen, die durch den Streik durchgesetzt wurden, belaeuft sich allein fuer die Automobilindustrie auf Hunderte von Millionen Dollars. In fuenf Jahren koennte die Differenz zwischen den von der Automobilarbeitergewerkschaft durchgesetzten und den von den Chrysler-Werken angebotenen Pensionen den Unterschied zwischen den erzielten Pensionssaetzen und den angebotenen kuenmerlichen Pseudopensionen ausmachen (natuerlich ist dieser Vergleich unsinnig!).

Wenn die Arbeiter die Vorschlaege der Chrysler-Werke akzeptiert haetten, waere das gesamte Pensionsprogramm fuer alle Industriearbeiter in Frage gestellt worden. Dieses Beispiel zeigt, wie eine Gewerkschaft fuer alle anderen kaempfen muss. Fuer einen einzelnen Arbeiter ist es hart, sich unter denen zu befinden, die diesen Kampf fuehren muessen. Mit den Jahren gleicht sich das jedoch aus. Die Arbeiter der Chrysler-Werke haben auch fuer andere Erfolge erzielt, sie haben andererseits aber auch durch die Kaempfe anderer Arbeiter Vorteile erzielen koennen.

Theoretisch muesste es moeglich sein, mit ausreichenden Streikfonds die Kosten eines Kampfes der gesamten organisierten Arbeiterschaft zu decken. Die zwoelf-woechige Sonderabgabe von einem Dollar je Woche stellte einen ersten Schritt auf dem Wege zu dieser besonderen Kampfversicherung dar. Durch einen solchen Fonds blieben zahlreichen Arbeitern der Chrysler-Werke viele Haerten erspart. Wohnungskuedigungen wuerden vermieden, fuer aerztliche Betreuung waere gesorgt, in Notfaellen koennten Mahlzeiten verabreicht werden, und die Streikenden waeren zugleich gegen die schwersten Folgen des Streiks geschuetzt.

Es ist sehr einfach klarzulegen, wie das finanzielle Problem im Streikfall geloest werden kann. Wenn man den 89.000 Arbeitern der Chrysler-Werke eine woechentliche Streikunterstuetzung von 20 Dollar haette zahlen wollen, so waeren 1.780.000 Dollar je Woche erforderlich gewesen. Damit waere der gesamte Ertrag der zwoelf-woechigen Ein-Dollar-Sondererhebung in weniger als einem Monat aufgebraucht.

Um jedoch auf die Kosten des Chrysler-Streiks selbst zurueckzukommen: Dem Lohnverlust eines jeden Streikenden nach 58 Streiktagen, der in den "Automotive News" auf 749,79 Dollar geschaezt wurde, muss gegenuebergestellt werden, dass die Unternehmer in Erwartung des Streiks staendig Ueberstunden arbeiten liessen, die auch durch erhoelte Ueberstundenbezahlung verguetet wurden. Nachdem der Streik jetzt beigelegt ist, wird der Verlust wiederum durch Ableistung von Ueberstunden und Vollbeschaeftigungswochen (sechs anstatt fuenf Arbeitstage) weiterhin reduziert. Von dem Bruttoverlust gehen ausserdem noch die Ausgaben ab, die die Arbeiter bei der Arbeit haben, wie etwa fuer Mahlzeiten und Einkommensteuer. Diese Betraege sind zwar nicht sehr hoch, aber sie muessen immerhin beruecksichtigt werden. Unterstuetzungen, wie z.B. durch den Streikfonds, reduzieren weiterhin die Verluste des einzelnen Streikenden.

Die Verluste der Arbeiter der Chrysler-Werke haben in gewissen Faellen Arbeitern anderer Unternehmen Gewinne gebracht. So kann gesagt werden, dass die Ueberstunden- und Sonnabendarbeit in den Ford- und General-Motors-Werken auf den Chrysler-Streik zurueckzufuehren ist.

Selbst in den "Automotive-News" wird zugegeben, dass die Gesellschaft ihre Verluste durch Ueberstundenarbeit in den Betrieben innerhalb von 18 Monaten wieder wettmachen koennten. Wenn die Ueberstundenarbeit in den Chrysler-Werken eingefuehrt werden sollte, dann wuerden die Arbeiter mehr gewinnen, als sie waehrend des Streiks insgesamt verloren hatten, und gleichzeitig wuerden die zeitweiligen Verluste des Unternehmens wieder ausgeglichen werden.

Was fuer Chrysler und seine Arbeiter zutrifft, trifft natuerlich auch fuer deren Zubringerfirmen zu.

Tatsache ist also, dass die Behauptungen ueber die durch den Streik entstandenen Verluste nicht ganz richtig sind. In den meisten Faellen jedoch waeren den Arbeitern die Verluste, die sie fuer eine Folge des Streiks halten, ohnehin durch Arbeitslosigkeit entstanden. Fuer die Arbeiter bringen Streiks Entbehrungen mit sich, von ihrer Bereitwilligkeit jedoch, fuer eine gerechte Bezahlung ihrer Arbeit zu streiken, haengt letzten Endes das Los saemtlicher Arbeiter der Vereinigten Staaten ab.

Und bei den meisten Streiks sind die wirtschaftlichen Vorteile der Arbeiter weit groesser als die durch direkten Lohnverlust entstehenden Nachteile. Wenn bei anderen Streiks tatsaechlich Lohnverlust entsteht, dann ist er nicht so gross, wie die Unternehmer behaupten.

Im allgemeinen kann gesagt werden, dass das, was die Arbeiter durch einen Streik gewinnen, fast ausnahmslos mehr ist, als sie durch irgendeinen Streik verlieren.

UAW-CIO Ammunition
V/1950

Andrew Naesmith, Generalsekretär der Textilarbeiter-Gewerkschaft:

DIE BRITISCHE TEXTILARBEITERGEWERKSCHAFT

Die britische Textilarbeitergewerkschaft ist mit ihren 33 angeschlossenen Bezirksverbänden die grösste gewerkschaftliche Vereinigung Englands. Sie vertritt die Interessen der Textilarbeiter von Lancashire und der umliegenden Gebiete von West-Yorkshire, Cheshire and Derbyshire.

Die Gewerkschaft zählt zu ihren Mitgliedern nicht nur die Baumwoll- und Kunstseidenweber, sondern auch alle jene Arbeiter, die mit den Vorbereitungsprozessen und anderen untergeordneten Aufgaben beschäftigt sind.

Die jetzige Organisation stammt aus dem Jahre 1884. Es gab jedoch zuvor ältere Formen gewerkschaftlicher Vereinigungen britischer Weber. Bereits im Jahre 1754 kann von einem Versuch gesprochen werden, die englischen Arbeiter in einer sogenannten "Combination" oder "Conspiracy" (Verschwörung) zusammenzuschliessen, und im Jahre 1758, so heisst es in einem Bericht, sollen "gewisse Weber" ein Parlamentsgesetz in Vorschlag gebracht haben, das das Lehrlingswesen und die Stueckarbeit regeln sollte.

In Glasgow bestand um das Jahr 1778 fuer kurze Zeit ein sogenannter "Textilarbeiter-Club". Im Verlauf von Lohnstreitigkeiten wurde in Bolton (Lancashire) "auf Anordnung dieses Komitees" eine Kampfschrift herausgegeben, die aus dem Jahre 1808 datiert.

Berichte parlamentarischer Ausschuesse beweisen, dass der Lebensstandard der Textilarbeiter von 1800 an staendig gesunken ist. Die Loehne der Weber wurden fortwaehrend geringer. 1829 z.B. wurden einem Weber fuer die Herstellung eines Kupons Batist nur 5,5 Schillinge gezahlt, waehrend im Jahre 1800 der Lohn fuer die gleiche Arbeit noch 25 Schillinge betrug.

In jenen Zeiten gab es grosse technische Veraenderungen, und bei den industriellen Fortschritten, die sich mit der Einfuehrung neuer Maschinen und Erfindungen eroeffneten, kuenmmerte man sich wenig um die menschliche Persoenlichkeit. Lancashire wurde zum Zentrum der Industrialisierung, und zugleich das Zentrum schrecklicher Kinderarbeit, langer Arbeitszeit, niedriger Loehne und groesster Armut:

Francis Place erkluert: "Die Leiden der in der Baumwollweberei beschaeftigten Menschen waren unglaubliche; sie wurden kuenstlich in Machenschaften verwickelt, verraten, verfolgt und schuldig gesprochen, verurteilt und unerhoert streng bestraft. Sie fuehrten ein jaemmerliches Dasein."

Dabei muss daran erinnert werden, dass die Arbeitszeit in den britischen Textilfabriken erst im Jahre 1812 von 80 Stunden auf 72 Stunden in der Woche reduziert wurde. Erst im Jahre 1847 wurde die Arbeitszeit durch das 10Stundengesetz auf 60 Stunden woechentlich festgelegt. Das Blutbad von Peterloo im Jahre 1819 gibt einen Begriff von den Verhaeltnissen, unter denen die Arbeiter in jener Zeit lebten, sodass es zu Rebellionen kommen musste.

Mitten in dieser bewegten Zeit, etwa zu dem Zeitpunkt, als das sogenannte Koalitions-gesetz (Combination Law) widerrufen wurde, fand in Manchester eine Delegiertentagung der Baumwollweber statt, die das Ziel hatte, eine staendige Organisation zu gruenden, die Senkung der Lohntarife zu verhindern und die Einigkeit unter den Arbeitern herzustellen. Dieser Organisationsversuch verlief nicht allzu erfolgreich; die Folge war, dass die Lancashirer Weber noch groessere Leiden und Entbehrungen auf sich nehmen mussten, bevor ihre Organisation endgueltig festen Fuss gefasst hatte.

Die Spinneriarbeiter waren zu jener Zeit ebenfalls eifrig bemueht, eine einflussreiche Organisation zu gruenden. Auch ihnen gelang es jedoch nicht; erst im Juli 1830 wurde die Nationale Vereinigung zum Schutze der Arbeit (National Association for the Protection of Labor) gebildet. Diese Foederation bestand aus etwa 150 verschiedenen "Clubs", die in Manchester, Clitheroo, Ashton, Stalybridge, Dukinfield, Macclesfield, Derby and Blackrod bestanden. Ungefuehr 2 Jahre lang konnte diese nationale Vereinigung erfolgreich arbeiten; sie fiel dann wieder auseinander.

In der Zeit von 1830 bis 1850 scheint die gewerkschaftliche Organisationstaetigkeit unter den Textilarbeitern sehr gering gewesen zu sein. Ein "Komitee fuer kurze Arbeitszeit" (Short-Time Committee) hatte das 10-Stunden-Gesetz im Januar 1847 durchgesetzt, musste jedoch bald aufgeloeset werden. Nach 1850 jedoch waren die Bemuehungen der Gewerkschaftspioniere von groesserem Erfolg gekroent. In zahlreichen Bezirken wurden gewerkschaftliche Vereinigungen gebildet, denen es gelang, sich durchzusetzen; sie bestehen auch heute noch.

Im Jahre 1842 gab es in Preston nachweisbar eine Organisation der Textilarbeiter; die heutige Textilarbeiter-Gewerkschaft stammt jedoch erst aus dem Jahre 1858. Eine aehnliche Vereinigung wurde 1852 in Redcliff ins Leben gerufen; die Textilarbeiter-Gewerkschaft von Blackburn entstand im Jahre 1854. Von 1840 an existierten mehrere gueltige Tariflisten fuer Stueckarbeit in der Textilindustrie. So vor allem die Liste im Bezirk Ashton aus dem Jahre 1843, ferner die von Burnley aus dem gleichen Jahre und die von Oldham, die drei Jahre spaeter entstand.

Eine der wichtigsten Tariflisten fuer die spaetere Lohnentwicklung wurde die von Blackburn, die im August 1853 formuliert wurde. Die Textilarbeiter-Gewerkschaft von Padiham, die 1856 gebildet wurde, erregte bald einiges Aufsehen, denn im Maerz 1859 fand ein Streik statt, mit dem die Verbindlichkeit der Blackburn-Tarife erzwungen werden sollte.

Um diesen Streik durchfuehren zu koennen, wurden 29 Wochen lang in ganz Lancashire Sammlungen durchgefuehrt. In zahlreichen Webereige-bieten wurden Textilarbeiter-Verbaende gebildet und die Arbeiter, die frueher nur heimlich in Feldern oder Scheunen in den Aussenbezirken der Staedte sich versammeln konnten, durften von jetzt an ihre gewerkschaftliche Taetigkeit unter guenstigeren Bedingungen fortsetzen.

Alle diese Organisationen waren in sich abgeschlossene Einheiten mit eigenen Satzungen und Funktionaeren. Man erkannte die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses, durchaus an die ersten Versuche zur Vereinigung der Lokalkomitees in der "East Lancashire Amalgamated Power Loom Weavers Association" (Vereinigte Webereigewerkschaft Ost-Lancashire) wurden im Jahre 1858 unternommen.

Aufgabe dieser Organisation war es, bestehende Lohntarife entsprechend der Tarifliste aufrechtzuerhalten und jegliche Versuche, diese herabzusetzen, abzuwehren. Ausserdem sollte sie verhindern, dass ein Unternehmer fuer qualitativ und quantitativ gleiche Arbeit weniger als ein anderer bezahlte, und die Tarife jener Unternehmer, die die niedrigsten Loehne zahlten, mussten entsprechend gesteigert werden. Der Verband hatte die besondere Aufgabe, einen fachlich geschulten Tarifkalkulator einzusetzen, der die Interessen der Arbeiter in den zahlreichen Lohnberechnungsstreitigkeiten vertreten konnte, zu denen die komplizierten Tariflisten Anlass gaben, die fuer die damalige Situation in der britischen Baumwollindustrie bezeichnend sind. Die "North-East Lancashire Amalgamated Weavers Association", wie sie spaeter genannte wurde, setzte sich aus 14 lokalen Verbaenden in der naeheren Umgebung Blackburns zusammen und zaehlte 26.000 Mitglieder.

Erbitterte Kaempfe wurden in jener Zeit gegen Lohnsenkungen und schlechte Arbeitsbedingungen gefuehrt. Im April 1878 wirkte sich ein oertlicher Streik und eine Aussperrung auf etwa 100.000 Arbeiter in Nord und Nord-Ost Lancashire aus und dauerte ueber neun Wochen. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaft von Nord-Ost Lancashire belief sich zu jener Zeit auf etwa 16.000; diese Mitglieder erhielten Streikunterstuetzungen in einer Gesamthoehe von 4.729 Pfund Sterling, was einer Unterstuetzung von etwa sechs Schillingen fuer neun Wochen, oder von etwa acht Pennies fuer eine Woche je Arbeiter entspricht.

Die Gewerkschaft von Nord-Ost Lancashire war eifrig bemueht, die oeffentliche Aufmerksamkeit auf die durch Abgase und Staubentwicklungen hervorgerufenen gesundheitsschaedlichen Zustaeude in den Webereien zu lenken. Daraufhin wurde von der Regierung im Jahre 1883 eine Kommission eingesetzt, die sich mit dieser Angelegenheit befassen sollte. Die Gewerkschaft von Nord-Ost Lancashire setzte ihre Taetigkeit bis zum Jahre 1903 fort. Dadurch existierten, wie die folgenden Ausfuehrungen ergeben, mehrere Jahre lang zwei Gewerkschaften nebeneinander; beiden war eine ganze Reihe von Bezirksverbaenden angeschlossen.

Es folgten jedoch Jahre der Untaetigkeit. Die Lancashire-Gewerkschaft wurde durch die unzureichende Form ihrer Organisation eine Quelle der Schwaeche. Von irgendwelchen Koordinierungsbemuehungen und Interessengemeinschaften konnte kaum die Rede sein. Diese Schwaeche der Organisation blieb den argwoehnischen Arbeitern von Lancashire nicht verborgen, zumal sie zu jener Zeit eine fuehrende Stellung in der Textilindustrie innehatten. Sie unternahmen deshalb, nachdem aufkommende Streitigkeiten in Blackburn 1884 beigelegt waren, geeignete Schritte, um eine weit umfassendere Bezirksorganisation zu gruenden.

Die heutige Textilarbeiter-Gewerkschaft wurde auf einer Konferenz von den Vertretern 29 verschiedener Bezirksverbaende am 27. April 1884 gegrueudet. Urspruenglich hiess sie die "Northern Counties Amalgamated Weavers Association" (Vereinigte Webergewerkschaft der noerdlichen Grafschaften). Thomas Birtwistle, der Sekretaer der Gewerkschaft von Nord-Ost Lancashire, wurde zum Sekretaer der neuen Organisation ernannt, und David Holmes, ein anderer wohlbekannter Gewerkschaftspionier der Weber, wurde ihr Praesident.

Die neue Organisation zaehlte im Jahre 1884 wenig mehr als 37.000 Mitglieder. Sie wuchs jedoch in den folgenden Jahren ununterbrochen. Sie hatte sofort mit Schwierigkeiten zu kaempfen, da in Burnley und anderen Bezirken bereits in den ersten Monaten ihres Bestehens schwere Streiks gefuehrt wurden. Das Gefuehl der Solidaritaet und des Optimismus waren jedoch ausgepraegter als je zuvor. Die Bewegung wurde durch das mutige Eingreifen eines Verlegers in Ashton-under-Lyne, J. Andrew, gestaerkt, der eine Fachzeitung herausgab ("The Cotton Factory Times"). Diese Zei-

tung hat in den langen Jahren ihres Bestehens der Gewerkschaft wertvolle Dienste geleistet.

Als Unternehmer in Nelson, Ramsbottom, Burnley, Preston, Accrington und anderen Bezirken versuchten, die Löhne zu kuerzen, wurden zahlreiche Streiks beschlossen. Viele Arbeitsniederlegungen erfolgten auch deshalb, um die Unternehmer zu zwingen, die Gewerkschaft anzuerkennen. Aus dem gleichen Grunde fand in Barnoldswick im Januar 1887 ein vier-monatiger Streik statt. In Macclesfield wurde 1888 gegen eine Lohnkuerzung um 5 %, die sogenannten "lokalen Abzuege" gestreikt. Im September des gleichen Jahres traten 31 Textilarbeiterfamilien mit ihren Kindern auf Kosten der Gewerkschaft die Reise nach den Vereinigten Staaten an. Um diese Auswanderung zu verhindern, telegrafierte der Webereibesitzer nach den Vereinigten Staaten, hatte hiermit jedoch keinen Erfolg. In den Geschaeftsbuechern der Organisation aus jenem Jahre ist vermerkt, dass diese Auswanderung 361 Pfund Sterling gekostet hat, wohingegen der Streik selbst Unkosten in Hoehe von 2.818 Pfund Sterling verursachte.

Die Frage der kuenstlichen Erhoehung des Feuchtigkeitsgehaltes der Luft in den Webereien tritt in den Besprechungen des Generalrates immer wieder zutage. Im Maerz 1889 wurde eine Resolution zur Abschaffung des Dampfsystems in den Webereien gefasst. Im Verlauf der gesamten Gewerkschaftsgeschichte stand diese Frage stets im Vordergrund; in den spaeteren Jahren ging die Gesetzgebung dazu ueber, die nachteiligen Auswirkungen auf die Gesundheit der Arbeiter, die in den Feuchtluftwebereien beschaeftigt waren, zu reduzieren.

In jenen Jahren wurden zahlreiche Versuche unternommen, die Einheitlichkeit der Textilarbeiter-Tarife durchzusetzen. Thomas Birtwistle und seine Kollegen leisteten auf diesem Gebiete beachtliche Arbeit, und schliesslich wurde am 24. Juni 1892 eine einheitliche Tarifliste fuer Textilarbeiter aufgestellt. Sie blieb mit ihren Abaenderungen und Nachtraegen bis 1935 in Kraft, als sie von einer rechtsgueltigen Einheitsliste ersetzt wurde. Versuche, diese Tarife als rechtsgueltig und allgemeinverbindlich erklaren zu lassen, lassen sich bis ins Jahr 1898 zurueckverfolgen, als im Generalrat eine Resolution gefasst wurde, in der man ein Parlamentsgesetz forderte, das es als ungesetzlich erklarte, wenn irgend ein Unternehmer oder mehrere Unternehmer niedrigere Löhne zahlten, als sie zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen vereinbart waren.

In zunehmendem Masse interessierte sich die Arbeiterschaft fuer die Fragen der Gesetzgebung. Der Generalrat diskutierte im September 1900 die Frage einer Arbeitervertretung im Parlament. Man entschloss sich jedoch, diese Idee nicht zu verwirklichen. In der Frage der Kinderarbeit herrschten damals unter den Arbeitern selbst noch grosse Meinungsverschiedenheiten. Im Jahre 1900 wurde zugunsten des freien Sonnabend-Nachmittags eine lebhaftige Agitation durchgefuehrt. Dieser fortschrittliche Gedanke konnte jedoch erst im Januar 1902 durch das Betriebsgesetz (Factory Act) von 1901 verwirklicht werden, in dem die woechentliche Arbeitszeit auf 55 1/2 Stunden festgesetzt wurde. Diese Regelung blieb von 1902 bis 1919 gueltig.

In den ersten Jahren dieses Jahrhunderts herrschte unter den Textilarbeitern grosse Empoerung ueber das sogenannte "slate system" (System des Schwarzen Bretts). Es war eine heimtueckische Methode, die Arbeiter durch die Bekanntgabe ihrer Loehne an einem schwarzen Brett im Betrieb gegenseitig anzutreiben. Aus der Zeit von 1901 bis 1903 wird von zahlreichen Selbstmorden unter den Textilarbeitern berichtet, die auf die Schwarze-Brett-Methode zurueckzufuehren sind.

In den Jahren 1905 und 1906 erlitt die Textilarbeiter-Gewerkschaft einen schweren Schlag, als sie drei ihrer wertvollsten Maenner verlor. Es waren der Sekretaer W. H. Wilkinson, der Praesident David Holmes und Joshua Barrows, der als Agent und Organisator taetig war. Zum Andenken an die drei verstorbenen Funktionaere wurden am Ruskin College in Oxford Stipendien gestiftet. D.J. Shackleton, das spaetere Parlamentsmitglied, wurde zum Praesidenten und Joseph Cross zum Sekretaer ernannt.

Von besonderer Bedeutung in der Geschichte der Textilarbeiter-Gewerkschaft wurden die Jahre 1907 und 1908, in denen langwierige Verhandlungen gefuehrt wurden, die zur Aufstellung gemeinsamer Richtlinien zur Beilegung von Streitigkeiten fuehrten. Nach mehreren misslungenen Versuchen wurde eine endgueltige Vereinbarung getroffen; die gemeinsamen Richtlinien traten mit dem 1. Januar 1909 in Kraft. Sie bildeten die praktische Grundlage der gemeinsamen Auffassung ueber die Wechselbeziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und sind seit der damaligen Zeit bis heute befolgt worden.

Die Textilarbeiter-Gewerkschaft war durch eine grosse Zahl nicht-gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, denen all das automatisch zugute kam, was sich die Gewerkschaftsmitglieder mit so viel Muehe erkaempft haben, stark behindert. Im Dezember 1911 fand eine zwei-woechige Aussperrung statt, und fast 400.000 Webstuehle standen still, weil es in dieser Frage Meinungsverschiedenheiten zwischen Unternehmern und Gewerkschaften gab. Ein anderes Problem, das den Textilarbeitern jahrelang Schwierigkeiten bereitete, war die Bestrafung von Arbeitern durch die Unternehmer. Fuer die Herstellung angeblich fehlerhaften Tuches wurden Lohnabzuege vorgenommen.

Abordnungen des parlamentarischen Ausschusses des britischen Gewerkschaftsbundes (Trade Union Congress) wurden im Jahre 1912 in dieser Frage beim Innenminister vorstellig, ohne jedoch eine Regelung erlangen zu koennen. In den folgenden Jahren klagte die Textilarbeiter-Gewerkschaft unter grossem Zeit- und Geldaufwand vor den Gerichten, um die Beseitigung dieser ungerechten Strafen zu erzielen.

Im Jahre 1913 kam ein sehr wesentliches Gesetz zustande. Es war das sogenannte "Gewerkschaftsgesetz" (Trade Union Act), durch das der tatsaechlich unbefriedigenden Lage ein Ende bereitet wurde. Dieses Gesetz behinderte die Gewerkschaften in ihren Bemuehungen, Vertretungen im Parlament zu erlangen. Das Gesetz von 1913 gestattete die Erhebung von Abgaben fuer politische Zwecke, wobei dieser Fonds unter Zugrundelegung verschiedener politischer Grundsaeetze zu verwalten war. In einer Abhandlung ueber dieses neue Gesetz erklaerte der damalige Gewerkschaftssekretaer J. Cross in seinem Jahresbericht:

"In dieser Zeit ist es unbedingt notwendig, dass sich der Arbeiter unmittelbar an der Politik beteiligt und dafuer sorgt, dass seine Wuensche von den Gesetzgebern beruecksichtigt werden. Das beste Mittel, dieses Ziel zu erreichen, ist eine Vertretung der Arbeiterpartei im Unterhaus.

"Es ist anerkennenswert, dass die Mitglieder der Gewerkschaften durch ihre Abstimmung ihre Absicht so deutlich zum Ausdruck gebracht haben, sich in Zukunft an der Gesetzgebung des Landes zu beteiligen, und zwar dadurch, dass sie eine Arbeiterpartei unterstützen, die ihre Vertreter in das Parlament entsenden will."

Auch vor 1913 waren die Textilarbeiter-Gewerkschaften an sozialen und legislativen Fragen stark interessiert. Hierbei spielte besonders jene Organisation eine Rolle, die als "United Textile Factory Workers' Association" (Vereinigte Textilarbeiter-Gewerkschaft) bekannt und im Jahre 1890 gegründet war. Diese Gewerkschaft, die sich aus den wichtigsten Verbänden in allen Zweigen der Textilindustrie in Lancashire zusammensetzte, hat seit ihrer Gründung höchst wertvolle Arbeit geleistet.

In neuerer Zeit hat sie die Wahl verschiedener Parlamentsmitglieder ermöglicht, die den Textilarbeitern im besonderen und der britischen Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen die grössten Dienste erwiesen haben.

Während des 1. Weltkrieges nahm die Textilarbeiter-Gewerkschaft die Interessen ihrer Mitglieder wahr und verhandelte in Verbindung mit anderen Gewerkschaften der Textilindustrie über Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Die Verhältnisse in der Industrie litten jedoch unter zahlreichen Missständen, und es gab immer wieder lange Krisenzeiten der Arbeitslosigkeit. Die Erwerbslosigkeit stellte nach dem Kriege ein sehr ernstes Problem dar.

Durch einen drei-wöchigen Streik im Jahre 1919 konnte die 48-Stundenwoche sichergestellt werden. Dies war ein grosser Fortschritt und für die Mitglieder eine wirkliche Genugtuung.

Noch mehrere Nachkriegsjahre hindurch blieben die Verhältnisse in der Textilindustrie ungeklärt. 1922 verursachte eine drei-wöchige Aussperrung der Organisation Unkosten in Höhe von 207.000 Pfund Sterling. 1926 wurde die Textilarbeiter-Gewerkschaft durch den Generalstreik betroffen; zur Unterstützung der Bergleute stellte sie 30.000 Pfund Sterling zur Verfügung. Die Verpflichtungen gegenüber den eigenen Mitgliedern beliefen sich auf fast 54.000 Pfund Sterling. Die Unternehmer versuchten auch weiterhin, den Lohnstandard zu senken. Im Jahre 1929 wurde daraufhin erneut die Arbeit eingestellt. Mehr als 178.000 Pfund Sterling an Unterstützungen hatte die Organisation damals an die Streikenden zu zahlen. Besonders gross war die Erbitterung im Jahre 1931, als die Unternehmer, vor allem die Webereien von Burnley, den Versuch machten, an den gewöhnlichen, nicht-automatischen Webstühlen von Lancashire ein System einzuführen, nach dem ein Weber mehrere Webstühle zu bedienen gehabt hätte. Die Arbeiter widersetzten sich diesen Versuchen; ein Streik in neun Webereien von Burnley führte zu einer Aussperrung für die Textilarbeiter der ganzen Stadt und später für die des ganzen Bezirks. Im folgenden Jahr verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern beträchtlich. Die Unternehmer hielten sich nicht mehr an gemeinsam getroffene Vereinbarungen, nahmen willkürliche Lohnkürzungen vor und weigerten sich, Arbeiter, die gestreikt hatten, wieder einzustellen. Dann erklärte der Arbeitgeberverband dieses Bezirks sämtliche zuvor abgeschlossenen Verträge für ungültig - das Resultat war ein Streik im ganzen Bezirk. Der Leiter der Vermittlungsabteilung im britischen Arbeitsministerium wurde entsandt, um den Vorsitz bei den Verhandlungen zu führen, die inzwischen beruehmt geworden sind. Durch sein Eingreifen wurde dieser Streik beendet, nachdem er die Gewerkschaft über 355.800 Pfund Sterling gekostet hatte.

Der Erfolg dieser gemeinsamen Besprechungen, die eine Woche andauerten, bestand darin, dass ein Abkommen getroffen wurde, das höchstwahrscheinlich als das bedeutendste in der gesamten Textilindustrie von Lancashire anzusprechen ist: das "Midland Agreement". Durch dieses Abkommen wurde der Geltungsbereich der gemeinsamen Bestimmungen ueber Streitigkeiten erweitert und die Bildung eines Vermittlungsausschusses unter unabhaengigem Vorsitz vorgesehen.

Wie im 1. Weltkrieg wurde die Gewerkschaft auch im 2. Weltkrieg schwer mitgenommen. Fast 50 % der Webereien dieser Industrie wurden "zusammengelegt", um hierdurch Facharbeiter fuer kriegswichtige Aufgaben in Maschinen- und Flugzeugfabriken freizubekommen. Dadurch entstanden zahlreiche Probleme, und an die Mitglieder der Textilarbeiter-Gewerkschaft wurden grosse Anforderungen gestellt. Man bemuehte sich waehrend des Krieges durch ein gemeinsames Abkommen, in dem die Lohnstarife mit dem Lebenshaltungskosten-Index des Arbeitsministeriums gekoppelt wurden, die Loehne in der Textilindustrie zu stabilisieren. Durch das Inkrafttreten dieses Abkommens wurden viele Streitigkeiten vermieden.

Nach dem Kriege tauchten andere Probleme auf. Die Industrie bemuehte sich, zahlreiche neue Arbeitskraefte heranzuziehen, und im Jahre 1946 fanden, hauptsaechlich um die Textilindustrie neuen Arbeitern schmackhafter zu machen, gemeinsame Besprechungen statt, die mit der Einfuehrung der 45-Stundenwoche endeten. Das bedeutete Neun-Stunden-Tage, aber nur fuenf Arbeitstage in der Woche und die Aussetzung der Arbeit am Sonnabend Vormittag.

Bevor der Bericht ueber die Geschichte der Textilarbeiter-Gewerkschaft beendet wird, muss noch zu einem oder zwei anderen Punkten Stellung genommen werden. Wie bereits erwaeht wurde, sind dem Ruskin College Stipendien zur Verfuegung gestellt worden. Nach einer Reihe von Jahren hoerte das Interesse der Gewerkschaft fuer dieses Institut jedoch auf. 1923 wurde beschlossen, die Ruskin Stipendien durch Freistellen an Sommerschulen zu ersetzen, die sich fuer eine grosse Anzahl Mitglieder als sehr wertvoll erwiesen haben. Die Arbeiterbildungsvereinigung nimmt die Verteilung dieser Freistellen vor und Jahr fuer Jahr koennen zwoelf Studenten an den Sommerschulen der Bangor-Universitaet in Nord-Wales zwei Wochen lang teilnehmen. Bis jetzt haben etwa 300 Mitglieder von dieser Gelegenheit Gebrauch gemacht.

Die Textilarbeitergewerkschaft besitzt ein eigenes Erholungsheim in der Naehe von Blackpool. Dieses Heim wurde zum Andenken an den frueheren Sekretaer Joseph Cross erbaut. Die Baukosten beliefen sich auf ueber 106.000 Pfund Sterling. Es wurde 1931 eroeffnet, und Tausende von Mitgliedern der Gewerkschaft, denen diese Einrichtung bereits zugutekam, wissen ihren Wert zu schaeetzen.

Die Mitgliederzahl der Textilarbeiter-Gewerkschaft stieg von 1848 an staendig und erreichte im Jahre 1921 mit 224.000 Organisierten ihren hoechsten Stand. Seit jener Zeit sind verschiedene Ereignisse eingetreten, die die Gewerkschaftsmitglieder vor schwere Proben gestellt haben, wie z.B. die lange Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit, die in den Jahren zwischen den beiden Kriegen herrschte, sowie die aeusserst drastisch durchgefuehrte Zusammenlegung der Industrie von Lancashire im Verlauf des 2. Weltkrieges.

In harter, besonders organisatorischer, Arbeit erholt sich die Gewerkschaft der Textilarbeiter langsam wieder. Die Mitgliederzahl liegt augenblicklich um 80.000, was ungefaehr 80 % der potentiellen Staerke darstellt.

Es muss noch viel getan werden. Die Wirtschaftslage des Landes zwingt die Industrie, Rationalisierung und Modernisierung aktiv voranzutreiben. Die Notwendigkeit, Ueberholtes auszuschalten und alte Ideen aufzugeben, wird immer groesser.

Die Wechselbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind als harmonisch anzusprechen. Ein neuer Rat der Baumwollindustrie (Cotton Council) wird gerade gebildet, der die wertvolle Arbeit, die von dem Baumwollbuero (Cotton Board) noch geleistet wird, weiterfuehren und ausdehnen soll. Die Tariflisten werden sowohl in den Spinnereien als auch in den Fertigungsbetrieben ueberprueft und ueberholt. Die Textilarbeiter-Gewerkschaften in anderen Laendern duerfen ueberzeugt sein, dass sich die Textilarbeiter-Gewerkschaft von Lancashire der Notwendigkeit bewusst ist, eine wirksame und tatkraeftige Organisation sein zu muessen, um die zahlreichen Probleme, die ihr gestellt werden, wirksam und gerecht loesen zu koennen.

The American Federationist
VII/50

OESTERREICH UND DAS ERP

Dem kuerzlich veroeffentlichten offiziellen Bericht der oesterreichischen Regierung ("Oesterreich und das ERP, Erstes Vierteljahr 1950") zufolge sind in diesem Land Arbeitslosigkeit und Lebenshaltungskosten in den ersten drei Monaten des Jahres 1950 erheblich zurueckgegangen.

Die Gesamtzahl der Erwerbslosen in Oesterreich hatte Mitte Februar 195.000 = 9,6 % der Erwerbsbevoelkerung erreicht; sie ist gegen Ende April jedoch auf 75.000 = 5,9 % gesunken.

Obwohl der Index der Grosshandelspreise im ersten Vierteljahr um 6 % anstieg, waren die Lebenshaltungskosten fuer eine vierkoeepfige Arbeiterfamilie in Wien um 5 % niedriger. Dies ist hauptsaechlich auf das Absinken der Lebensmittelpreise zurueckzufuehren.

In der 72 Seiten umfassenden Abhandlung wird von einer allgemeinen wirtschaftlichen Verbesserung gesprochen und festgestellt, "dass alle wesentlichen wirtschaftlichen Verbesserungen in Oesterreich seit dem zweiten Quartal des Jahres 1948 nur durch die ERP-Hilfe moeglich gewesen seien - selbst da, wo eine Ueberpruefung der Vergangenheit zeigt, dass die Erfolge teilweise ohne fremde Hilfe erzielt werden konnten."

In dem Bericht wird darauf hingewiesen, dass das Wiederaufbau-Programm des Landes nicht mehr unter dem Vorzeichen der Not, sondern unter dem der direkten Investitionen stehe. So ist der Anteil der wichtigsten Importwaren an der Gesamtzahl der ERP-Bewilligungen fuer Oesterreich von 9 % im zweiten Quartal 1948 auf 23,3 % im ersten Quartal 1950 angestiegen. Gleichzeitig ging der Prozentsatz der Lebensmitteleinfuehren von 61,9 % auf 52,1 % zurueck.

Arbeitsmitteilungen der ECA
VII/6/50

HOLLAENDISCHE GEWERKSCHAFT ZUM MARSCHALL-PLAN

Eine hollaendische Gewerkschaft veroeffentlichte einen Bericht, in dem die Erfolge des Marshall-Plans beschrieben sind und die gegen ihn gerichtete sowjetische Propaganda abgewiesen wird. Der Bericht, der den Titel "Zwei Jahre Marshall-Plan" traegt, wurde von der Allgemeinen Hollaendischen Bauarbeiter-Gewerkschaft veroeffentlicht. Es wird darin betont, dass der Marshall-Plan hoechstwahrscheinlich in den beiden ersten Jahren die in ihn gesetzten Hoffnungen erfuehlt habe. Ohne die Hilfe dieses Planes, erklart die Gewerkschaft, "haetten wir mit Massenarbeitslosigkeit rechnen und zugleich fuer die Zukunft das Schlimmste befuerchten muessen. Ausserdem waeren die Lebensmittelzuteilungen Anfang 1949 um 20 % geringer gewesen, als sie es tatsaechlich waren."

In dem Bericht werden dann die wesentlichen Fortschritte angefuehrt, die dem Europahilfsprogramm zu verdanken seien:

1. Die Produktion ist in allen Teilnehmerstaaten um durchschnittlich 22 % gestiegen.
2. Die Fertigungsindustrien stehen mit einer Erhoehung der Produktion um 30 % an der Spitze.
3. In den Grundstoffindustrien ist die Produktion um 25 % gesteigert worden und liegt damit um 15 % ueber dem Vorkriegsstand.
4. Die landwirtschaftliche Produktion ist auf einigen Gebieten um 46 % in die Hoehe gegangen, sie koennte jedoch noch hoeher getrieben werden und den Stand von 1938 ueberbieten.

In der Veroeffentlichung wird gleichfalls zu Missverstaendnissen in einzelnen Fragen des Marshall-Plans Stellung genommen und erklart: "Es ist tatsaechlich etwas schwierig, um zu verstehen, warum das amerikanische Volk bereit ist, einen Teil seiner Produktion an Europa abzugeben, ohne dass sie bezahlt werden muesste. Kein verstaendiger Amerikaner wird behaupten, dass diese Hilfe fuer Europa nur ein Akt der Naechstenliebe sei. Aber fuer die amerikanische Regierung ist ein wirtschaftlich gesundes Europa deshalb besonders wichtig, weil Friede und Fortschritt in der Welt und damit auch in Amerika bedroht waeren, wenn Europa wirtschaftlich nicht auf festen Fuessen stuende."

Die Veroeffentlichung enthaelt einen lueckenlosen Bericht ueber die Geschichte des Marshall-Plans, angefangen von der historischen Rede General Marshalls in Harvard im Juni 1947, der Weigerung Sowjet-Russlands, sich zu beteiligen, und den fortwaehrenden sowjetischen Versuchen, den Plan zu sabotieren.

Die Gewerkschaft weist in dem Bericht die Behauptung der kommunistischen Presse zurueck, dass Amerika durch den Marshall-Plan seine ueberschuessigen Fertigprodukte loswerden wolle, die "fuer Europa ueberfluessig" seien. An Hand von statistischen Angaben wird die Unrichtigkeit dieser Behauptung bewiesen. Der groesste Teil des unter dem Marshall-Plan gelieferten Materials besteht aus Maschinen, Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Hilfsmitteln fuer die Fertigungsindustrie und die Landwirtschaft - ist also absolut notwendig fuer die Neuausruestung der hollaendischen Industrie und der Erhaltung des Lebensstandards in ernahrungstechnischer Hinsicht.

Arbeitsmitteilungen der ECA
VII/3/50

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 23

Frankfurt, 11. August 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

600 000 Arbeiter in der franzoesischen Baumwollindustrie - - - - -	1
Vorschlaege des Kanadischen Gewerkschaftsbundes zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit	2
Mitgliedszahlen Hollaendischer Gewerkschaften	3
Dubinsky zur Rolle des IBFG - - - - -	3
Das Problem der Vereinigung der Gewerkschaften Amerikas - - - - -	4
Die internationalen Berufssekretariate - - -	8
Ein amerikanisches Kongressmitglied nimmt zum Punkt-Vier-Programm Stellung - - - - -	11
Zusammenschluss der freien Gewerkschaften Italiens - - - - -	13
Gewerkschaften Amerikas unterstuetzen Trumans Mobilisierungsplan - - - - -	14
Bevins Gewerkschaft besitzt Fonds fuer politische Zwecke	
Hilfe fuer Indien - - - - -	16

600 000 ARBEITER IN DER FRANZOESISCHEN BAUMWOLLINDUSTRIE

Heute sind insgesamt etwa 600 000 Arbeiter direkt oder indirekt fuer die franzoesische Baumwollindustrie taetig. Diese Industrie hat durch die Marshallplan-Lieferungen fast ihre alte Kapazitaet wiedergewonnen. 290 Spinnereien arbeiten auf vollen Touren, 40% der Gesamterzeugung wird exportiert, um dadurch Frankreichs Handelsbilanz zu verbessern und gleichzeitig Devisen zu schaffen.

Die Verhaeltnisse in der Baumwollindustrie sind wesentlich anders als zu jener Zeit nach dem Ende des Krieges. Die Rohmateriallager waren gepluendert, die meisten Fabriken waren zerstoert, beschaedigt oder ruiniert.

Dann kam aus den Vereinigten Staaten Hilfsmaterial, es kamen neue Ausruestungen und Hunderte von Tonnen Baumwolle.

Noch staerkere Hilfe wurde durch die Verwaltung fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit geleistet. Waehrend des Rechnungsjahres

1949/50 wurden ECA-Kredite in Hoehe von 128 Millionen Dollar bereitgestellt, damit Baumwolle eingekauft werden konnte. Weitere drei Millionen wurden fuer den Ankauf von Ausruestungsmaterial bereitgestellt. Die franzoesische Industrie erwartet jetzt die Aera der freien Konvertierbarkeit der Waehrungen und des freien Handels, zwei Haupterfordernisse der europaeischen wirtschaftlichen Gesundung. Das Verschwinden der Handelsschranken wuerde, so meinen die Baumwollspinner, sich durchaus zu ihrem Vorteil auswirken.

Inzwischen waren die Hafentarbeiter in Le Havre schwer damit beschaeftigt, Baumwolle zu entladen, die per Schiff gebracht wurde und die in den Lagerhaeusern des fuehrenden franzoesischen Baumwollhafens jetzt darauf wartet, in die Spinnereien transportiert zu werden. Es sind 191 000 Tonnen Baumwolle, die in Le Havre im vergangenen Jahr ausgeladen wurden und wovon mehr als 80% auf grund von ECA-Krediten geliefert wurden.

Labor Information Paris

VORSCHLAEGE DES KANADISCHEN GWERKSCHAFTSBUNDES ZUR BESEITIGUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Eine Delegation des Kanadischen Gewerkschaftsbundes hat unlaengst die Regierung Kanadas gewarnt, die Gefahren zunehmender Arbeitslosigkeit nicht zu unterschaeften. Zu gleicher Zeit hat die Delegation praktische Vorschlaege zur Bekaempfung dieser kritischen Situation unterbreitet.

Die Denkschrift wurde von A. R. Mosher und Pat Conroy, dem Vorsitzenden und dem Hauptkassierer des 360.000 Mitglieder starken Kanadischen Gewerkschaftsbundes, Premierminister St. Laurent ueberreicht. In ihr wird festgestellt, dass mehr als 7,4% der erwerbstaetigen Bevoelkerung arbeitslos ist. Von offizieller Seite wird behauptet, die genaue Ziffer sei 10.4%.

Die Gruende fuer diese Zunahme seien in technischen Faktoren zu suchen. In der Denkschrift heisst es: "Wenn es uns nicht gelingt, unseren Lebensstandard so zu heben, dass er mit der Zunahme der Erwerbsbevoelkerung Schritt halten kann, so wird die Arbeitslosigkeit - wenn auch mit saisonbedingten Schwankungen - weiterhin ansteigen." Es ist damit zu rechnen, dass das nationale Einkommen dieses Jahres nur wenig hoeher als das des Vorjahres sein wird. Der Premierminister schaeetzte die voraussichtliche Erhoehung des Nationalproduktes auf etwas mehr als 1.5%.

"Das ist sicherlich nicht genug, um ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Noch etwas anderes ist erforderlich: Eine planmaessige Steigerung des Verbrauchs, der staendig unserer Produktionskapazitaet angepasst werden muss."

Die Vorschlaege des Kanadischen Gewerkschaftsbundes zur Behebung der Arbeitslosigkeit sehen folgende Massnahmen vor: 1) Eine Waehrungs- und Finanzpolitik der Regierung, die auf die Erhaltung einer laufenden Nachfrage nach Industrieproduktion ausgerichtet ist; 2) Ein umfassendes Programm der sozialen Sicherheit muss die Kaufkraft erhalten; 3) Vorausschauende Placierung der Industrien muss die richtige Verteilung der Arbeitskraefte erleichtern; 4) Massnahmen zur Regulierung saisonbedingter Schwankungen der Beschaeftigungslage; 5) Programme fuer oeffentliche Arbeiten und 6) neue Methoden zur Erweiterung der Absatzmaerkte in Uebersee und 7) die Einfuehrung der 40-Stunden Woche.

Die Delegation wies die Behauptung zurueck, dass saisonbedingte Arbeitslosigkeit eine "normale" Erscheinung sei und erklaerte, wenn sie in Kriegszeiten unbekannt sei, dann koennte sie auch im Frieden

vermieden werden.

"Einige Aenderungen unserer wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen moegen notwendig sein," heisst es in dem Memorandum. "Aber diese Einrichtungen sind fuer die Menschen da und nicht die Menschen fuer die Einrichtungen."

Information Bulletin des
Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften
V/3/50

MITGLIEDSZAHLEN HOLLAENDISCHER GEWERKSCHAFTEN

Die Mitgliederzahl des Hollaendischen Freien Gewerkschaftsbundes ist seit Januar 1946 um mehr als 50% angestiegen (von 240,000 auf 390,000), wie kuerzlich von der Gewerkschaft berichtet wurde. Im Hollaendischen Gewerkschaftsbund, der groessten Gewerkschaft Hollands, sind 29 Organisationen vertreten, von den Metall-, Bau-, Transport- und Fabrikarbeitern bis zu den Musikern, Theater-Angestellten und landwirtschaftlichen Arbeitern.

Aus den Angaben der Gewerkschaft geht hervor, dass die Mitgliederzahl seit Beendigung des Krieges staendig gewachsen ist. Sie betrug sieben Monate nach der Befreiung 240,000, ging dann sprungartig in die Hoehe und erreichte am 1. Januar 1947 300,000, am 1. Januar 1948 330,000, am 1. Januar 1949 365,000, am 1. Januar 1950 381,554 und im Maerz 1950 390,000 Mitglieder.

Arbeitsmitteilungen der ECA
V/19/50

DUBINSKY ZUR ROLLE DES IBFG

In einem interessanten Bericht, der im "Foreign Affairs", der einflussreichen amerikanischen Vierteljahres-Zeitschrift erschien, leistet David Dubinsky, der Praesident der Internationalen Damenoberbekleidungsarbeiter-Gewerkschaft, einen bemerkenswerten Beitrag zu jenem Prozess der Wiedererneuerung gewerkschaftlicher Grundsätze, mit dem sich aktive Gewerkschafter und alle diejenigen, die sich ernsthaft mit der Gewerkschaftsbewegung befassen, eine Zeitlang eingehend beschaeftigt haben.

Nach einem Ueberblick auf die Ereignisse, die zu dem Zerfall des Weltgewerkschaftsbundes und zur Gruendung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften fuehrte, erklart Dubinsky, dass es ein Irrtum sei, anzunehmen, letzterer sei nur deshalb entstanden, um die Luecke auszufuellen, die durch den Zusammenbruch der alten Gewerkschaftsinternationale entstanden war. Dubinsky schreibt der Neuorientierung der Internationalen Gewerkschaftsbewegung drei Faktoren zu.

Zu allererst sei das deutliche Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung zu beachten: In Amerika gibt es gegenwaertig 16 Millionen Gewerkschafter; die britischen Gewerkschaften haben sich eine neue Machtstellung erobert; die freien Gewerkschaften des demokratischen Europas sind trotz der grausamen Zerstoerung durch die Nazis wiedererstanden; allein in Westdeutschland zaehlt der neue Freie Gewerkschaftsbund mehr als 5 Millionen Mitglieder. In Japan sind heute etwa 6 Millionen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, und das gleiche trifft fuer die uebrigen Gebiete der Welt zu.

"Zweitens," erklart Dubinsky, "ist diese neue Internationale von allen ihren Vorgaengern grundverschieden. Die Ziele und Taetig-

keit der europaeischen Gewerkschaften, die zwar sehr bedeutend ist, bildet nicht ihre Hauptkraftquelle. Die gegenwaertige potentielle Staerke der neuen Organisation liegt in grossem Masse in der Staerke der Gewerkschaftsbewegung der westlichen Hemisphaere und den staendig wachsenden Gewerkschaften Asiens und Afrikas begruendet." Dubinsky sieht eine der ermutigendsten Eigenschaften der Organisation darin, dass die Grossmaechte keinerlei Beherrschung ausueben; von den 19 Mitgliedern des Exekutivausschusses kommen 8 aus Laendern ausserhalb Europas und Nordamerikas, wo die Gewerkschaften gegenwaertig die meisten Mitglieder zaehlen.

Der dritte Faktor, der nach Ansicht Dubinskys die Gruendung des IBFG ermoeeglichte, ist die Tatsache, "dass in den Reihen der freien Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren ueber die Grundlagen des Gewerkschaftswesens viel nachgedacht wurde." Eine grosse Anzahl falscher Propbeten sahen eine Spaltung zwischen den nichtsozialistischen, amerikanischen Gewerkschaften und den sozialistisch orientierten Gewerkschaften Europas und anderer Gebiete voraus, bevor der Londoner Kongress stattfand. Diese Voraussagen erwiesen sich als falsch, weil "die amerikanischen Gewerkschafter erkannt haben, dass die Demarkationslinie, die die Menschen heute sowohl innerhalb jeder Nation, als auch die Nationen untereinander trennt, nicht zwischen jenen verlauft, die die Regierung als Eigentuemmer einiger Industrien sehen moechten und denen, die diese Industrien in den Haenden der Privatunternehmer belassen moechten, sondern zwischen denjenigen, fuer die Menschenrechte, Menschenwuerde und Freiheit die hoechsten Werte sind. Dieses neue gemeinsame Ziel stellt die wertvollste Einigung dar, die je unter den Gewerkschaftern Europas, Asiens, Afrikas und Amerikas erzielt wurde."

Dubinsky unterstrich, dass der IBFG jegliche Formen der Diktatur unbedingst ablehnt. Er weist darauf hin, dass mit der Niederlage des nazistischen Deutschlands "der Moskau-hoerige Kommunismus zur Hauptgefahr fuer Demokratie und Weltfrieden geworden ist." Eine militaerische Verteidigung genuege nicht. Die sicherste Garantie fuer die erfolgreiche Abwehr der totalitaeren Bedrohung sei die Verwirklichung des Programms des IBFG der politischen Freiheit, sozialen Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Sicherheit. Wirtschaftliche Hilfe fuer die rueckstaendigen Gebiete und volle nationale Unabhaengigkeit fuer die abhaengigen Voelker bilden zusammen mit einer Gleichschaltung des wirtschaftlichen Lebens der freien Laender in eine ausgeglichene und gesunde Weltwirtschaft die wesentlichen Massnahmen zur Verteidigung der Demokratie.

"Weil die freie Gewerkschaftsbewegung eine so dynamische Rolle spielt," schliesst Dubinsky, "greifen die Kommunisten mit solcher Erbitterung den IBFG an. Die Errichtung dieser neuen Weltorganisation ist eine kategorische Abkehr von dem Mythos, dass der sowjetische Totalitarismus eine fortschrittliche Idee sei, oder dass das kommunistische System die Interessen der internationalen Arbeiterklasse in irgend einer Weise foerdere." Es sei unvermeidbar, dass der Kampf zwischen dem Weltgewerkschaftsbund und dem IBFG an Haerte und Erbitterung zunehme, denn beide Organisationen "kaempfen um den grossten Preis der Welt - die Herzen und Seelen vieler Millionen von Arbeitern in allen Laendern der Welt."

Information Bulletin des IBFG
V/50

DAS PROBLEM DER VEREINIGUNG DER GEWERKSCHAFTEN AMERIKAS

I

Der Gedanke der Vereinigung der beiden grossen Gewerkschaftsverbaeende stand bei allen muendlichen und schriftlichen Beratungen

zwischen AFL und CIO in der Nachkriegszeit immer wieder im Vordergrund.

Am 6. Dezember 1946 richtete der Vorsitzende des CIO Murray an die leitenden Funktionäre der AFL und der verschiedenen Eisenbahnergewerkschaften ein Schreiben, in dem er Grundsätze über die Einheit der Gewerkschaften vorschlug. Diese Grundsätze waren umso nötiger, da sich beide Gewerkschaften gegen die erwartete antigewerkschaftliche Tätigkeit des 80. Kongresses verteidigen mussten. Diese Korrespondenz zwischen den Vorsitzenden Murray und Green wurde bis zum März 1947 fortgeführt, als die Pläne für eine Reihe von Besprechungen zwischen der AFL und dem CIO, die die endgültige Vereinigung zum Gegenstand haben sollten, formell fertig waren.

Diese Besprechungen wurden am 1. und 2. Mai 1947 im Hotel Statler in Washington abgehalten. Dies war die vierte Besprechung zwischen den beiden Gewerkschaftsverbänden, auf der die Vereinigung behandelt wurde. Frühere Konferenzen in den Jahren 1937, 1939 und 1941-43 hatten zu keinem Abkommen geführt.

Die Sprecher des CIO waren zu jener Zeit der CIO-Vorsitzende Philip Murray, Walter Reuther, der Vorsitzende des Automobilarbeiterverbandes, der Vorsitzende der Vereinigten Bekleidungsarbeiter von Amerika Jacob S. Potofsky, Emil Rieve, der Vorsitzende der Textilarbeitergewerkschaft von Amerika und Albert J. Fitzgerald, der Vorsitzende der Vereinigten Elektro-, Radio und Maschinenarbeiter, eine Gewerkschaft, die zu jener Zeit dem CIO angeschlossen war.

Die Delegation der AFL bestand aus dem AFL-Vorsitzenden Green, dem Generalsekretär George Meany, dem Vorsitzenden John L. Lewis von der Bergarbeitergewerkschaft (jetzt nicht mehr angeschlossen), Daniel Tobin, dem Vorsitzenden der Gewerkschaft der Fahrer, und William Hutcheson von der Gewerkschaft der Zimmerleute.

Der Vorschlag des CIO auf dieser Konferenz umfasste vier Punkte:

1. Der antigewerkschaftlichen Gesetzgebung gemeinsam entgegenzuwirken.
2. Ein Abkommen zu treffen, um Zuständigkeitsstreitigkeiten unmöglich zu machen und gegenseitige Uebergriffe und Boykotte zu verhindern.
3. In der vereinigten Gewerkschaftsbewegung die Grundsätze der Industrieverbände und die autonomen Rechte internationaler Gewerkschaften anzuerkennen und ein wirksames Instrument der Gewerkschaften für die erforderlichen politischen Aktionen zu schaffen.
4. Die Möglichkeiten zur Ausschaltung von Zuständigkeitsstreitigkeiten zu untersuchen und gemeinsame Programme vorzubereiten.

Die AFL schlug vor:

1. Dass sich die verschiedenen Gewerkschaften des CIO einfach der AFL angliederten, wie es die Bergarbeitergewerkschaft bereits getan hatte.
2. Dass dieser "Zusammenschluss" bis zur Oktoberkonvention der AFL vollzogen wird und Delegierte sämtlicher Gewerkschaften an dieser Konvention teilnehmen sollten.
3. Dass das gemeinsame Komitee weiterhin zusammentreten sollte, um sich mit Einzelheiten zu befassen und die gemeinsamen gewerk-

schaftlichen Bemuehungen auf wirtschaftlichem und gesetzgeberischem Gebiet zu koordinieren.

Die beiden Komitees trennten sich nach zweitaegigen Verhandlungen, da sie keine Einigung ueber die beiden Vorschlaege erzielen konnten. Sie gaben jedoch eine gemeinsame Erklaerung ab, in der sie die einmuetige Meinung zum Ausdruck brachten, dass "die organische Einheit innerhalb der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung hergestellt werden soll." In dieser Erklaerung hiess es weiter, dass die beiden Gruppen "sich fuer die Verwirklichung dieses gemeinsamen Zieles einsetzen wuerden. Inzwischen wuerden sie ihre Bemuehungen fortsetzen, die Annahme gewerkschaftsfeindlicher Gesetze zu verhindern, die von dem Kongress der Vereinigten Staaten zur Zeit in Erwaegung gezogen seien."

II

Damit endeten die Besprechungen, die der Vereinigung dienen sollten, im Jahre 1947 ohne Ergebnis; diese Frage blieb jedoch auch weiterhin staendigen Untersuchungen unterworfen.

Auf dem CIO Kongress, der im Jahre 1947 in Boston stattfand, sprach man von "dem vernichtenden Angriff, den das Kapital gegen die Gewerkschaften fuehre," und von der Notwendigkeit, "die fortschrittlichen Kraefte der Nation zur wirksamen wirtschaftlichen und politischen Taetigkeit in den einzelstaatlichen und Ortsgewerkschaften zu organisieren."

In der gleichen Resolution wurde der Ueberzeugung Ausdruck verliehen, "dass eine vereinigte Gewerkschaftsbewegung notwendig und moeglich ist.... wir glauben in aller Aufrichtigkeit, dass eine gemeinsame Aktion innerhalb der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung die uns gestellte Aufgabe erfuellen kann, die Beseitigung aller nichtswuerdigen antigewerkschaftlichen Gesetze zu erzwingen. Wir werden unermuedlich fuer diese Ziele arbeiten.... um zur Verwirklichung der Einheit in der Gewerkschaftsbewegung beizutragen und das Volk gegen die Kraefte der Reaktion zu vereinigen. Der CIO ist bereit, mit anderen Gewerkschaften gemeinsame Abkommen zu treffen, damit jegliche Zustaendigkeitskonflikte verhindert und die Organisationsstatuten gegenseitig respektiert werden."

Tatsaechlich haben eine Reihe Gewerkschaften des CIO derartige formelle und nichtformelle Einvernehmen mit Gewerkschaften der AFL zustandegebracht. Als Beispiel hierfuer kann der Vertrag gelten, den die Automobilarbeitergewerkschaft des CIO mit dem unabhaengigen Internationalen Metallarbeiterverband abgeschlossen hat, in dem bestimmt war, dass keine der beiden Gewerkschaften versucht, Mitglieder der anderen Organisation fuer sich zu werben.

III

Am 15. Dezember 1948 richtete der Vorsitzende Murray erneut ein Schreiben, das Vorschlaege zur Vereinigung enthielt, an den Vorsitzenden der AFL William Green und die leitenden Funktionaere der Eisenbahnergewerkschaft. In diesem Schreiben, das etwa einen Monat nach den Wahlen des Jahres 1948 verfasst wurde, wird eine enge Zusammenarbeit saemtlicher groesserer Gewerkschaftsgruppen vorgeschlagen, um ein Gesetzgebungsprogramm des Neuen Plans im Jahre 1949 verwirklichen zu helfen. Murray erklarte: "Sowohl der CIO als auch die AFL sind sich im wesentlichen darueber einig, dass sie das Programm der Gesetzgebung unterstuetzen muessen, das von Praesident Truman und seiner Regierung angekuendigt wurde. Das gleiche trifft fuer die Gewerkschaften der Eisenbahner zu."

Die AFL lehnte zu jener Zeit den Vorschlag des CIO zur gemeinsamen Handlung ab.

Murrays Schreiben stellte in gewissem Sinne die Zusammenfassung einer Rede dar, die er vor der Schlussitzung des CIO Kongresses 1948 in Portland (Oregon) gehalten hatte. In dieser Rede sagte er: "Der CIO ist bereit, mit Vertretern der AFL zusammenzutreten, um Plaene sozialer, wirtschaftlicher und politischer Natur zu eroerttern, die das amerikanische Volk vorwaertsbringen koennen. Wir schlagen vor, wenn es irgend moeglich ist, ein System der Zusammenarbeit nicht nur mit dieser Organisation, sondern mit allen anderen Gewerkschaftsorganisationen in den Vereinigten Staaten zu entwickeln, um gemeinsam an der Verwirklichung unserer Ziele zu arbeiten."

IV

In den folgenden Jahren trat der Wunsch nach der Vereinigung der Gewerkschaften auf einzelstaatlicher und oertlicher Ebene immer deutlicher zutage. Waehrend der Streiks der Berg-, Stahl- und Automobilarbeiter im Jahre 1949 leistete man sich gegenseitige Hilfe und Unterstuetzung - gewoehnlich durch Geldspenden, Darlehen fuer Streikfonds und auch legalen Beistand, wo dies moeglich und zweckmaessig war.

Zur gleichen Zeit - die Wahlen des Jahres 1948 standen vor der Tuer - machte sich in zunehmendem Masse der Gedanke der Einheit der Aktion in den oertlichen und einzelstaatlichen Gewerkschaften des CIO, der AFL, der Eisenbahnergewerkschaft und anderer unabhaenger Gewerkschaften bemerkbar. Das nationale Buero des CIO ist im Besitz zahlreicher Berichte ueber Beratungen und Resolutionen, die die Betaetigung auf dem Gebiete der Gesetzgebung in Staaten und Staedten, der Streikunterstuetzung und politischen Aktion fordern. Die Taetigkeit auf dem politischen Gebiet kam dadurch zum Ausdruck, dass Joseph Keenan, der Direktor der Gewerkschaftlichen Vereinigung der AFL fuer Politische Erziehung, auf der Nationalen CIO-Konferenz der Politischen Aktion, die am 16. Juni 1950 in Washington stattfand, anwesend war und hier eine Rede ueber dieses Thema hielt.

In diesem Jahre beschaeftigen sich bereits ueber 30 einzelstaatliche oder oertliche Gewerkschaftskomitees gemeinsam mit wichtigen politischen Fragen und den Problemen der Gesetzgebung.

V

Ein weiterer Gesichtspunkt der Tendenz der Vereinigung der Gewerkschaften bildete sich auf dem Gebiet der internationalen Angelegenheiten heraus. Diese Tendenz kam in Verbindung mit den Plaenen fuer eine neue Weltgewerkschaftsorganisation zustande, des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, der auf der internationalen Konferenz in London Ende November 1949 gegrundet wurde.

Plaene zum Anschluss der AFL und des CIO an diese neue Organisation wurden in gemeinsamen Besprechungen, die am 28. April 1949 in Washington stattfanden, entworfen. Die naechste Ausgabe der Zeitschrift "CIO Nachrichten" berichtete bereits, dass die "Besprechung in freundschaftlichem Geist" verlaufen und in mehreren Punkten eine Einigung erzielt worden sei." Hierzu gehoerte u.a. die Frage der gleichstarken Vertretungen der AFL und des CIO in verschiedenen exekutiven Koerperschaften und Ausschuessen des neuen IBFG; in den "CIO Nachrichten" wurde ausserdem berichtet, "es sei vereinbart worden, dass die CIO- und AFL-Delegierten der Kongresse der neuen Weltgewerkschaftsorganisation bestrebt seien, im voraus sich untereinander zu beraten, um sich in ihrer Politik einigen zu koennen."

VI

Ein Schreiben, das der CIO-Vorsitzende Murray am 4. April 1950 an den AFL-Vorsitzenden Green, die leitenden Funktionäre der Bergarbeiter-Gewerkschaft, den Internationalen Metallarbeiterverband, die Gewerkschaft des Zugpersonals, die Gewerkschaft der Lokomotivführer und die Gewerkschaft der Eisenbahnbediensteten richtete, ist der jüngste Versuch der Vereinigung.

In diesem Brief schlug Murray die Bildung eines gemeinsamen Gewerkschaftskomitees vor, "das sich aus anerkannten Vertretern unserer verschiedenen Organisationen zusammensetzen soll, die befugt sind, ein gemeinsames Programm zu entwerfen und zu verfolgen. Diesem Komitee muss eine zweifache Aufgabe gestellt werden. Es muss sofort mit den nötigen Vollmachten ausgestattet werden, um unsere Bemühungen in der organisatorischen, legislativen und politischen Sphäre zu koordinieren. Es muss ausserdem versuchen, die organisatorische Einheit sämtlicher Gewerkschaften in Amerika zu erreichen."

Auf dieses Schreiben Murrays kamen zusagende Antworten vom Vorsitzenden des Internationalen Metallarbeiterverbandes Al Hayes, von John L. Lewis, dem Vorsitzenden der Bergarbeitergewerkschaft, und von dem Vorsitzenden W. P. Kennedy von der Gewerkschaft des Zugpersonals.

Der Vorsitzende Green vom AFL erwiderte am 7. April 1950, dass die Angelegenheit im Exekutivausschuss der AFL am 8. Mai 1950 zur Sprache gebracht wurde. Nach dieser Konferenz berichtete er dem Vorsitzenden Murray: "Der Exekutivausschuss der AFL hat mich ermächtigt und angewiesen, Ihnen und Ihrer Organisation mitzuteilen, dass wir gewillt sind, einen Ausschuss zu wählen, der mit dem gleichen Komitee der CIO über die baldige und erfolgreiche Verwirklichung der Vereinigung unserer in Frage kommenden Organisationen auf dauernder und sicherer Basis konferieren soll."

Green erklärte, dass die AFL noch immer in erster Linie daran interessiert sei, die organisatorische Einheit herzustellen, und er fügte hinzu: "Wir sind uns völlig einig über die Notwendigkeit, auf allen Gebieten der Gewerkschaftstätigkeit die Einheit zu erzielen."

In den darauffolgenden Wochen wurden von der AFL und dem CIO die Komitees ernannt, die weiterhin über die Frage der Vereinigung verhandeln sollen.

Das Komitee des CIO besteht aus: Vorsitzender Murray, Finanzsekretär James B. Carey, Vizevorsitzender Allan S. Haywood, Vorsitzender Joseph Curran von der Nationalen Seefahrgewerkschaft, Vorsitzender Walter Reuther von der Automobilarbeitergewerkschaft, dem Vorsitzenden der Textilarbeitergewerkschaft Amerikas Emil Rieve, L. S. Buckmaster, dem Vorsitzenden der Gummiarbeitergewerkschaft und Frank Rosenblum, dem Finanzsekretär der Vereinigten Bekleidungsarbeiter von Amerika.

Dem Komitee der AFL gehören an: Vorsitzender Green, Vorsitzender Dan Tobin von der Gewerkschaft der Fahrer, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Kesselmacher Charles McGowan und der Vorsitzende der Gewerkschaft der Elektroarbeiter Daniel Tracey.

Denkschrift der Propaganda-Abteilung des CIO
VII/6/50

DIE INTERNATIONALEN BERUFSSEKRETARIATE

Die nachstehenden Auszüge sind einem Artikel von Martin Bolle, dem Generalsekretär des Internationalen Verbandes der Angestell-

ten im Oeffentlichen und Zivilen Dienst, entnommen, der im Magazin des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL "The American Federationist" veroeffentlicht wurde. Hier wird die Aufgabe der Internationalen Berufssekretariate geschildert und ihre Arbeit in der Praxis.

Die Internationalen Berufssekretariate sind internationale Gewerkschaftsorganisationen, die sich aus Laender-Gewerkschaften zusammensetzen, in denen die Arbeiter eines bestimmten Berufs- oder Industriezweiges vertreten sind. Hierzu einige Beispiele:

Der Internationale Transportarbeiter-Verband, das groesste bestehende Internationale Berufssekretariat, setzt sich aus den Laender-Gewerkschaften der Transportarbeiter (Seeleute, Eisenbahner usw.) zusammen.

Der Internationale Metallarbeiter-Verband, das zweitgroesste Internationale Berufssekretariat, besteht aus den Laender-Gewerkschaften, die die Arbeiter der Metall- und Stahl-Berufe vertreten.

Der Internationale Verband der Angestellten im Oeffentlichen und Zivilen Dienst, das drittgroesste Internationale Berufssekretariat, besteht aus jenen Gewerkschaften, in denen die Arbeitnehmer im oeffentlichen und zivilen Dienst, wie Regierungsangestellte, staedti-sche Angestellte, Feuerwehrleute, Arbeitnehmer in Elektrizitaets-, Gas- und Wasser-Werken usw. organisiert sind. Im ganzen gibt es 18 solcher Internationaler Berufssekretariate, die insgesamt rund 20 Millionen Mitglieder repraesentieren.

Die Internationalen Berufssekretariate sind viel aelter als die allgemeine internationale Gewerkschaftsbewegung, die vor dem Krieg durch den Internationalen Gewerkschaftsbund (im Jahre 1913 gegrundet) vertreten wurde und jetzt im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) zusammengefasst ist.

Der Internationale Verband der Lederarbeiter z.B. wurde im Jahre 1889 gegrundet, waehrend eine grosse Anzahl anderer Internationaler Berufssekretariate, wie z.B. die Metallarbeiter, Textilarbeiter, Drucker, Tabak- und Transportarbeiter, erst in den 90er Jahren aufkamen.

Es ist nicht erstaunlich, dass sich zuerst die Gewerkschaften jener Arbeiter, die in gleichen Industrien und Berufen taetig waren, der Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit bewusst wurden. Die Gleichheit ihrer Arbeit und ihrer Interessen war eine starke Triebkraft zur internationalen Kooperation.

Bereits in der damaligen Zeit empfanden die einzelnen Gewerkschaften das Beduerfnis, ihre gemeinsamen Interessen zu besprechen und Wege zu finden, diese Interessen durch internationale Aussprachen und Beschluesse zu foerdern.

Durch ihre Fuehlungnahme mit Arbeitern und Organisationen in anderen Laendern erwarben sich die einzelnen Gewerkschaften neue Kenntnisse, sie erwarben sich zugleich ein groesseres Verstaendnis und eine breitere Erfahrung, als sie mit der Entwicklung in anderen Laendern bekannt wurden und die Errungenschaften ihrer Kollegen in anderen Teilen der Welt kennen lernten.

Sehr oft haben diese Kenntnisse und Erfahrungen es den Gewerkschaften ermoeeglicht, in ihrem eigenen Land bessere Arbeit zu leisten. Die Funktionen der Internationalen Berufssekretariate haben, im grossen gesehen, folgende Arbeitsaufgaben:

1. Informationsdienst fuer die angeschlossenen Gewerkschaften.
2. Regelmässiger Meinungs- und Erfahrungs-Austausch ueber die Arbeit, die die einzelnen angegliederten Gewerkschaften in ihrem eigenen, besonderen Taetigkeitsbereich verrichten.
3. Wahrnehmung der Interessen der angeschlossenen Gewerkschaften bei internationalen Koerperschaften.

Die Sorge fuer einen regelmässigen Austausch von Informationen, Meinungen und Erfahrungen unter den angeschlossenen Organisationen und ihrer Mitgliederschaft ist zweifellos eine der Hauptaufgaben der Internationalen Berufssekretariate. Dieser Austausch wird in grossem Umfang durch die Veroeffentlichungen der Internationalen Berufssekretariate verwirklicht, die gewoehnlich in vier oder fuenf Sprachen erscheinen. Abgesehen von diesen Informationsdiensten besteht natuerlich auch ein persoenlicher Kontakt unter den Vertretern der angeschlossenen Organisationen.

Eine internationale Gewerkschaftsorganisation wuerde ihren Zweck vollstaendig verfehlen, wenn sie ihren Mitgliedern nicht die Gelegenheit gaebe, miteinander regelmässig in persoenlichen Kontakt zu kommen. Es gibt keine Methode, die besser geeignet waere, das internationale Verstaendnis und den guten Willen wachzurufen.

Diese persoenliche Fuehlungnahme kam natuerlich nicht durch die Konferenzen der exekutiven Koerperschaften der internationalen Organisationen und auch nicht durch die Kongresse, die alle zwei oder drei Jahre zur Festlegung ihrer Richtlinien abgehalten werden, allein zustande.

Von vielleicht noch groesserer Bedeutung sind jene Tagungen, die von den verschiedenen Internationalen Berufssekretariaten in regelmässigen Zeitabstaenden fuer die verschiedenen Berufszweige einberufen werden. Bei solchen Zusammenkuenften ist es einer ziemlich grossen Zahl einfacher Gewerkschaftsmitglieder moeglich, mit ihren Kollegen aus anderen Laendern zusammenzukommen, um die besonderen Verhaeltnisse und Interessen zu besprechen, die fuer ihren Beruf oder ihre Industrie bezeichnend sind. Auf solchen Tagungen werden auch die Moeglichkeiten eruertert, die sich auf internationaler Basis zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den einzelnen Berufszweigen bieten.

Ein ausserordentlich wichtiger Bestandteil des Aufgabenbereichs der Internationalen Berufssekretariate ist die Wahrnehmung der Interessen ihrer angeschlossenen Organisationen bei internationalen Koerperschaften.

Es bestehen eine Reihe solcher Koerperschaften: Die Internationale Arbeitsorganisation, der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, die Welt-Gesundheits-Organisation, die UNESCO usw. Viele Internationale Berufssekretariate unterhielten waehrend einer Reihe von Jahren Beziehungen zur Internationalen Arbeits-Organisation (IAO). Einige von ihnen sind vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen anerkannt worden. Diese internationalen Koerperschaften bieten den Internationalen Berufssekretariaten die Moeglichkeit, den Interessen ihrer Mitglieder auf internationaler Ebene zu dienen. Damit koennen sie mithelfen, die Arbeitsbedingungen und den Lebensstandard in den rueckstaendigen oder unterentwickelten Laendern zu verbessern.

Die Zusammenarbeit der Internationalen Berufssekretariate wird durch ihren Koordinierungssausschuss ermoeeglicht, der vor einem Jahr gebildet wurde. Sie haben ebenfalls vereinbart, mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften eng zusammenzuarbeiten.

Es kann eine durchaus brauchbare Abmachung ueber eine derartige Zusammenarbeit und die Koordinierung gewisser internationaler Taetigkeiten bei den Beratungen getroffen werden, die zwischen dem Exekutivausschuss des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und dem Koordinierungsausschuss der Internationalen Berufssekretariate gefuehrt werden.

Eine derartige Vereinbarung zur Koordinierung zwischen den Internationalen Berufssekretariaten und dem IBFG wurde auf einer Konferenz des Exekutivausschusses der letzteren Organisation in Bruessel getroffen. Die Vereinbarung sieht die gegenseitige Vertretung der betreffenden Organisationen in ihren Konferenzen und exekutiven Koerperschaften vor. Die Internationalen Berufssekretariate bewahren ihre Selbstaendigkeit und bilden gleichzeitig mit dem IBFG eine vereinigte Gewerkschaftsbewegung.

Es muss daran erinnert werden, dass sich von den rund 20 Millionen Mitgliedern der Internationalen Berufssekretariate etwa zwei Millionen in Laendern oder Gewerkschaften befinden, die dem IBFG gegenwaertig nicht angeschlossen sind. Die Berufssekretariate sind deshalb der Auffassung, dass sich ihre Zusammenarbeit mit dem IBFG nicht nur als nutzbringend erweisen wird, sondern dass sie auch in der Lage sein werden, dieser neuen Organisation bei der Vergroesserung ihres Einflusses in den verschiedenen Teilen der Welt tatkraeftig Hilfe zu leisten. Die Internationalen Berufssekretariate betrachten es als ihre Pflicht, das freie Gewerkschaftswesen ueberall und besonders da, wo die Gewerkschaften entweder noch nicht bestehen oder noch in den Kinderschuhen stecken, foerdern zu helfen. Dies ist nicht nur fuer die Arbeiter jener rueckstaendigen Laender von grosser Bedeutung, sondern auch fuer die Erhaltung des Lebensstandards der Arbeiter in fortschrittlichen Laendern.

Arbeitsmitteilungen der ECA
VII/12/50

EIN AMERIKANISCHES KONGRESSMITGLIED NIMMT ZUM PUNKT-VIER-PROGRAMM STELLUNG

Wir geben hier Auszuege aus einer Rede wieder, die John F. Shelley vor dem Kongress der Vereinigten Staaten ueber das Punkt-Vier-Programm gehalten hat. Kongressmitglied Shelley, der ebenfalls Praesident des Kalifornischen Gewerkschaftsbundes ist, sprach sich fuer die Unterstuetzung der rueckstaendigen Gebiete der Welt aus. Seine Ausfuehrungen sind von besonderem Interesse, weil sie die Probleme der Arbeit und der Produktionsleistung beruehren.

Das Punkt-Vier-Programm wird das Tor zu dem umfangreichen Schatz technischer Errungenschaften unseres eigenen Landes und der uebrigen industrialisierten Laender oeffnen. Mit einem kuehnen Schlag wird dieses Programm unsere weitreichenden Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet der Erziehung, der Gesundheit, der Forschung und der Landwirtschaft jenen Laendern zugaenglich machen, die diese noch nicht kennen. Dieses Punkt-Vier-Programm wird ihnen helfen, die umfassenden Probleme der industriellen Organisation und der wechselseitigen Beziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Industrie zu verstehen. Die Vereinigten Staaten, haben vorgeschlagen, diese Aufgabe selbst zu uebernehmen oder die Vereinten Nationen und ihre Fachabteilungen damit zu beauftragen. Diese Abteilungen sind die Organisation fuer Ernaehrung und Landwirtschaft, die Weltgesundheitsorganisation und die Internationale Arbeitsorganisation.

Der grosse staatsmaennische Erfolg des Punkt-Vier-Programms liegt darin begruendet, dass ein Mittel geschaffen wird, mit dem alle Gruppen der Gesellschaft, - Unternehmer, Gewerkschaften, Bauern, Erzieher, Aerzte, usw. - gemeinsam an dem gleichen Ziel arbeiten koennen. Die wirtschaftliche Entwicklung haengt von den gleichgerichteten Bemuehungen aller dieser Gruppen ab. Wir koennen von den Banken und ihren Kunden nicht erwarten, dass sie ihr Geld investieren, wenn keine Facharbeiter vorhanden sind, die ihre Kapitalanlage produktiv gestalten koennen. Wir koennen von Arbeitern und Bauern nicht verlangen, dass sie fuer die Verwirklichung dieser Ziele arbeiten, wenn sie fuer ihre Arbeit nicht den gerechten Anteil erhalten, der sich aus der erhoekten Produktionsleistung ergibt.

Jene Gesichtspunkte des Punkt-Vier-Programms sind besonders wichtig, die mit der Arbeit in Zusammenhang stehen. Wir wissen, dass die Arbeiter die erste Zielscheibe fuer totalitaere Angriffe sind, denn die totalitaeren Maechte wissen sehr genau, dass ihnen mit der Kontrolle ueber und dem Einfluss auf die Arbeiterschaft das maechtige strategische Organ in die Hand gegeben ist, mit der sie das Chaos schaffen koennen, das ihnen zur Macht verhilft. Unter Anwendung dieser Methode hat der Totalitarismus auf der ganzen Welt gearbeitet: Hitlers Arbeitsfront, Mussolinis Korporationsstaat und in neuerer Zeit die Neuauflage dieser Methode in der Tschechoslowakei, wo sich die Kommunisten zuerst der Gewerkschaften bemaechtigten, um dieses unglueckliche Land in ihre Hand spielen zu koennen. Wir duerfen nicht zulassen, dass sich dieses "Spiel" in den unterentwickelten Gebieten der Welt wiederholt.

Wir muessen dafuer sorgen, dass die Vorteile der wirtschaftlichen Entwicklung allen Menschen in diesen Laendern zugutekommen. Das ist auch der Kernpunkt und der Zweck und das Ziel des Punkt-Vier-Programms. Die Hebung des Lebensstandards und der Arbeitsbedingungen, die Steigerung der Wuerde der Menschen und die Foerderung der wirtschaftlichen und sozialen Freiheit sind die grundlegenden Ziele des Punkt-Vier-Programms. Aus diesem Grunde muss besonders auf die Gesichtspunkte dieses Programms hingewiesen werden, die mit der Arbeit in Zusammenhang stehen: Die Menschen davor zu schuetzen, ausgebeutet zu werden, und dafuer zu sorgen, dass sie ihren gerechten Anteil an der erhoekten Produktionsleistung erhalten. Um diesen Kampf erfolgreich fuehren zu koennen, muss entschlossen daran gearbeitet werden, dass der Reichtum, den die Entwicklung der einzelnen Hilfsquellen durch den Aufruf menschlicher Intelligenz und Erfahrung mit sich bringt, dazu verwendet wird, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der breiten Masse des Volkes zu verbessern.

Es ist klar, dass zwei Hauptfaktoren hiermit Hand in Hand gehen: Erstens muessen die Arbeiter fuer die Fachberufe geschult werden, die notwendig sind, um die Produktionsleistung steigern zu koennen. Zweitens, jedoch nicht weniger wichtig, muss den Arbeitern, Unternehmern und Regierungen der wirtschaftlich unterentwickelten Laender geholfen werden, den Arbeitsstandard so zu verbessern, dass die Gewinne allen Menschen zugutekommen. Der Aufbau einer neuen Industrie erfordert neues fachliches Koennen, auch die Ausdehnung einer Industrie bedingt neue Methoden der Wechselbeziehungen der Industrie und neue soziale Anschauungen. Es muss und wird unser Ziel sein, dafuer zu sorgen, dass dies verwirklicht wird; dass der Fortschritt in der Industrialisierung wenig entwickelter Gebiete den Bewohnern in Form einer hoeheren Entlohnung fuer ihre Arbeit, besserer Arbeitsbedingungen und groesseren Wohlstands zugutekommt. Nur auf diese Weise kann der Kampf gegen den Totalitarismus gewonnen werden.

Durch Unterweisung in modernen Produktionsmethoden am Arbeitsplatz, durch Ausbildung von Lehrlingen, Entwicklung wirksamer Organisationen fuer Arbeitsvermittlung, durch Hebung der Erfahrungen

auf dem Gebiet der Arbeitsgesetzgebung, der industriellen Gesundheit und Sicherheit, der Arbeitsstatistik, der Beschaeftigung von Frauen und in der entscheidenden Frage der Wechselbeziehungen in der Industrie koennen die amerikanische Industrie, die amerikanischen Gewerkschaften und die Experten in unserer Regierung den wirtschaftlich weniger entwickelten Gebieten helfen, ihre Produktionsleistung zu steigern.

So wie es Methoden und Grundsaeetze fuer eine gute Organisation der Industrie gibt, so gibt es auch gute Methoden und Grundsaeetze fuer die gewerkschaftliche Organisation. Gewerkschaftsorganisationen muessen vor allem frei, demokratisch und verantwortungsbewusst sein. Wir haben uns in den vielen Jahren, in denen die arbeitende Bevoelkerung sich zum Zwecke erfolgreicher Tarifverhandlungen organisierte, zahlreiche Kenntnisse ueber die besten Formen der gewerkschaftlichen Organisation in den Vereinigten Staaten erworben. Wir koennen unsere eigenen Erfahrungen jenen arbeitenden Menschen als Grundstock zur Verfuegung stellen, damit sie umso nachdruecklicher mit ihrer Hilfe ihre eigenen Probleme in Angriff nehmen koennen.

Arbeitsmitteilungen der ECA
VII/19/50

ZUSAMMENSCHLUSS DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN ITALIENS

Anlaesslich eines grossen Treffens in Rom, auf dem der Zusammenschluss der freien italienischen Gewerkschaften gefeiert wurde, wies Giulio Pastore, der kuerzlich gewaehlte Generalsekretaer der vereinigten nichtkommunistischen Gewerkschaftsbewegung Italiens, auf die Notwendigkeit hin, einen umfassenden Produktivitaets-Vorstoss in Italien einzuleiten.

Eine unuebersehbare Menge Gewerkschafter fuellte das geraeumige Adriana-Theater in Rom, als der neugegruendete italienische Gewerkschaftsbund (Confederazione Italiano Sindacati Lavoratori - CISL) den offiziellen Zusammenschluss aller nichtkommunistischen Gewerkschaften, einschliesslich LCGIL, FIL und mehrerer anderer selbstaendiger Gewerkschaften feierlich beging.

Viertausend Repraesentanten dieser Gewerkschaften waelten Guilio Pastore, den ehemaligen Sekretaer des LCGIL, zum Generalsekretaer und ernannten fuenf Fuehrer anderer Gewerkschaften zu Sekretaeren.

In einem historischen Rueckblick berichtete Pastore den Delegierten von dem Kampf um die Errichtung einer starken freien und unabhaengigen Gewerkschaft in Italien, die dem von den Kommunisten beherrschten LCGIL gegenuebergestellt werden konnte, der nach Kriegsende der einzige Landesgewerkschaftsbund in Italien war. Dabei wies Pastore darauf hin, dass er mit anderen Gewerkschaftsfuehrern, die an der Entwicklung eines demokratischen Italiens interessiert seien, schon bei Beginn dieses Kampfes beschlossen habe, am Marshall-Plan tatkraeftig mitzuarbeiten und sich an der Bildung der nichtkommunistischen Gewerkschaftsinternationale, dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, in London gegen Ende vorigen Jahres zu beteiligen.

Pastore unterstrich die Bedeutung, die den Bemuehungen der Verwaltung fuer Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECA) und der Organisation fuer die Wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC) zukomme, die Produktionsleistung zu steigern, die Wirtschaftseinheit herzustellen, den freieren Austausch von Arbeitskraefte zu ermoeeglichen und die politische Einheit zu verwirklichen.

In bezug auf die Erhoehung der Produktionsleistung erklarte Pastore im einzelnen, wie diese letzten Endes allen Arbeitern zugute komme. Er betonte, dass eine bessere Verteilung der Gewinne erforderlich sei, um den Lebensstandard der Arbeiter so zu steigern, wie sie es verdient haben. Er forderte nachdruecklichst den italienischen Unternehmerverband "Confindustria" auf, fuer eine gleichmaessigere Besetzung der Betriebsausschuesse und der Tarifverhandlungskomitees zu sorgen.

Pastore sagte, der CISL sei fuer eine "Reform des Wirtschaftssystems, wobei es erforderlich ist, dass die Gewerkschaften auch in der Betriebsleitung selbst mitwirken." Er bestaetigte erneut das uneingeschraenkte Recht der Arbeiter zu streiken, fuegte jedoch hinzu, dass die neue Organisation gegen jeden Versuch, Streiks fuer politische Zwecke auszunutzen, ankaempfen werde.

Er versicherte ausserdem den selbstaendigen Gewerkschaften, dass sie im CISL gleiche Rechte haetten. Er forderte alle Arbeiter auf, ihre Aufgabe als Gewerkschafter sehr ernst zu nehmen und nicht zu vergessen, dass die Gewerkschaftsbewegung fuer das Leben der breiten Masse der italienischen Arbeiter und fuer das Volk selbst von ausschlaggebender Bedeutung sei. Er forderte weiter die Intensivierung der Mitgliederwerbung, die bereits im Gange ist.

Abschliessend erklarte Pastore, dass es zu einer Zeit, in der man versucht, die Arbeiter gegen die Sicherheit ihres eigenen Landes und womoeglich fuer einen Eroberer zu mobilisieren, es unumgaenglich notwendig sei, dass "die demokratischen Arbeiter von neuem ihren Glauben und ihre Liebe fuer Italien bestaetigen muessen."

Es wurde betont, dass sich die 1.600.000 Gewerkschaftsmitglieder des neuen Gewerkschaftsbundes verpflichten, zur Erringung wirtschaftlicher Verbesserungen zugunsten der Arbeiterschaft einen nichtpolitischen Kurs einzuschlagen.

LCGIL, FIL und die selbstaendigen Gewerkschaften wurden durch eine Erklaerung offiziell aufgeloeset, die von Roberta Cuzzaniti verlesen wurde und daraufhin die offizielle Gruendung des CISL proklamierte. Er sagte: "Der CISL verpflichtet sich, fuer folgende Ziele zu kaempfen: 1) das Recht auf Arbeit, 2) das Recht auf soziale Sicherheit, 3) das Recht, an der Gestaltung der Wirtschaftspolitik des Landes teilzunehmen, 4) das Recht auf Sicherheit der Beschaeftigung, 5) das Recht auf soziale Sicherheit in ihrer umfassendsten Form, 6) das Recht, sich in Gewerkschaften zusammenzuschliessen und jede gewerkschaftliche Taetigkeit frei auszuueben, wozu auch das Recht des Streiks gehoert, 7) das Recht der Vertretung und der Anerkennung, um es der Arbeiterschaft zu ermoeeglichen, bei der Formulierung der Sozialpolitik des Landes ihren Einfluss auszuueben, und 8) das Recht der Gewerkschaften, an der Betriebsleitung und an dem Besitz der Produktionsmittel beteiligt zu sein. Nach der Wahl Pastores zum Generalsekretaer wurden die folgenden fuef Gewerkschafter von den Delegierten zu Sekretaeren ernannt: Giovanni Canini, Paolo Consoni, Roberto Cuzzaniti, Luigi Morella und Enrico Parri. Zu Vizesekretaeren wurden gewaehlt: Alberto Caielli, Dionigi Coppo, Giuseppe Giuffre, Amleto Mantegazza, Anselmo Martoni, Arnio Claudio Rocchi, Bruno Stroti und Ermanno Trebbi.

Arbeitsmitteilungen der ECA
VI/8/50

GEWERKSCHAFTEN AMERIKAS UNTERSTUETZEN TRUMANS MOBILISIERUNGSPLAN

Die amerikanischen Gewerkschaften haben Praesident Trumans Forderung von 10 Milliarden Dollar, mit denen die Vereinten Nationen die Republik Sued-Korea unterstuetzen sollen, sofort befuerwortet.

Der Vorsitzende Philip Murray beglueckwuenschte im Namen des CIO den Praesidenten zu "dem grossen Programm, das er zur Abwehr des kommunistischen Angriffs auf den Weltfrieden in Korea und zur Staerkung der Verteidigung der Nationen gegen alle internationalen Bedrohungen des Friedens vorgeschlagen hat."

Murray erklaerte, dass der CIO nicht nur die 10 Milliarden Forderung, sondern auch die Vorschlaege zur Kontrolle der industriellen Produktion und Einrichtungen sowie des Verbrauchercredits unterstuetze. "Das amerikanische Volk muss den Anforderungen, die mit der unvermeidlichen Erhoehung der Ausgaben fuer militaerische Zwecke gestellt werden, gerecht werden."

Zuvor hatte Vorsitzender William Green vom Amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL erklaert, die Reaktion, die die Forderungen Trumans in seiner Organisation ausgeloeest habe, sei "sehr guenstig" gewesen. Wir sind der Auffassung, dass die Verwaltung soviel Geldmittel zur Verfuegung haben muss, wie noetig sind, um die Aufgaben, die unseren Streitkraefte gestellt werden, erfuellen zu koennen." Green sagte, er halte Preiskontrollen, Lohnstops oder die Verpflichtung der Gewerkschaften, nicht zu streiken, bis jetzt nicht fuer erforderlich. Die Gewerkschaftsbewegung wuerde der Regierung in der Korea-Krise ihre volle Unterstuetzung zuteil werden lassen.

Die Vorsitzenden Green und Murray sind zusammen mit anderen leitenden Funktionaeren amerikanischer Gewerkschaften Mitglieder eines Komitees, das mit Vertretern der Regierung Verhandlungen fuehrt, um Massnahmen zur Unterstuetzung der Handlungen der Vereinten Nationen fuer Notfaelle zu planen.

Arbeitsmitteilungen der ECA
VII/26/50

Ray Boyfield, Sekretaer der Organisationsabteilung des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC):

BEVINS GEWERKSCHAFT BESITZT FONDS FUEER POLITISCHE ZWECKE

Mehr als ein Viertel saemtlicher Gewerkschafter Englands gehoeren drei grossen Gewerkschaften an. Die groesste ist die Gewerkschaft der Transport- und Allgemeinen Arbeiter (Transport and General Workers' Union).

Die GTAA zaehlt augenblicklich mehr als 1.250.000 Mitglieder und setzt sich aus etwa 50 verschiedenen Organisationen zusammen, die frueher selbstaendig waren. Sie wurde im Jahre 1922 durch den Zusammenschluss von 14 Gewerkschaften gebildet, in denen hauptsaechlich Dockarbeiter, Strassen-, Transportarbeiter und Arbeiter schlechthin organisiert waren.

Ihre Gruender, zu denen auch Ernest Bevin, der erste Sekretaer der Gewerkschaft, gehoerte, hatten den Wunsch, fuer das ganze Land verbindliche Tarifvertraege abzuschliessen. Sie erkannten dabei, dass eine starke Organisation erforderlich ist, um mit den einzelnen Organisationen der Unternehmerschaft erfolgreich verhandeln zu koennen.

Fuer die Gewerkschaft arbeiten etwa 600 hauptamtliche Funktionaere, die jedoch in keinem Fall das Recht haben, als Delegierte an einer Konferenz teilzunehmen oder in irgendeinem der Ausschuesse ihre Stimme abzugeben. Offene Stellungen koennen nur von Mitgliedern besetzt werden, die in dem betreffenden Beruf taetig sind. Mitglieder kommunistischer oder faschistischer Organisationen koennen jetzt

nicht mehr Gewerkschaftsfunktionaer werden und koennen die Gewerkschaft auch nicht in den verschiedenen Koerperschaften vertreten, denen sie angegliedert ist.

Mit dem Kapital, das der Gewerkschaft zur Verfuegung steht, (es belaeuft sich auf ueber 76.440.000 DM) und ihrem umfangreichen Personalstab ist es ihr moeglich, auch solche Referate zu unterhalten, deren Ziel die Forschung, Erziehung, Gesetzgebung und Politik ist und die ausschliesslich auf die gewerkschaftliche Arbeit zugeschnitten sind. Die Rechtsabteilung steht den Funktionaeren beratend zur Seite, wenn es sich um Unfaelle, angeblich ungerechtfertigte Entlassungen, Uebertretungen des Gesetzes ueber den Strassen-transport und aehnliches handelt; es ist ausserdem ihre Aufgabe, die Ursachen von Berufskrankheiten festzustellen und neue Sicherheitsmassnahmen zu entwickeln.

Die politische Aktivitaet wird aus einem Sonderfonds finanziert, der aus freiwilligen Zuwendungen gespeist wird. Nahezu eine Million Mitglieder der Gewerkschaft zahlen diese Abgabe fuer politische Zwecke, die dazu verwendet wird, die von der Delegiertenkonferenz (praktisch die Labour Party) bevorzugte politische Partei und die Gewerkschaftskandidaten in oertlichen und Parlamentswahlen zu unterstuetzen. Bei den letzten allgemeinen Wahlen wurden 26 Gewerkschaftsmitglieder in das Unterhaus gewaehlt.

AFL Weekly News Service
VII/25/50

HILFE FUER INDIEN

Eine Mission des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, die den Fernen Osten und Suedostasien bereiste, hat den Vorschlag gemacht, die Wirtschaft Indiens anzukurbeln und zu erweitern und die dadurch entstehenden Gewinne den Gewerkschaftern dieses Landes zugute kommen zu lassen.

Nach einer Aussprache mit fuehrenden indischen Persoenlichkeiten, zu denen auch Premierminister Nehru gehoerte, erklaerte ein Sprecher der Gruppe, ein Teil der wesentlichen Hilfsmassnahmen fuer Indien, wie zum Beispiel die Erschliessung seiner natuerlichen Hilfsquellen, koenne nicht durch die Aufbringung auslaendischen Privatkapitals geloest werden. Ein Mitglied des Ausschusses unterstrich die Dringlichkeit des Ernaehrungsproblems in Asien und forderte sofortige materielle Hilfe fuer die asiatischen Voelker.

Der fuenfkoeepfigen Mission des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften gehoeren Gordon Chapman und John Brophy als Vertreter der AFL und des CIO an, ferner F. W. Dalley vom Britischen Gewerkschaftsbund (TUC), Roger de Keyzer vom Belgischen Gewerkschaftsbund und Deven Sen vom Indischen Gewerkschaftsbund. Unter Zugrundelegung der von der Gewerkschaftsmission angestellten Beobachtungen wird der Internationale Bund Freier Gewerkschaften die Errichtung eines gewerkschaftlichen Stuetzpunktes einer regionalen Organisation in Asien und die Eroeffnung mindestens einer Gewerkschaftsschule zur Ausbildung junger Gewerkschafter fuer dieses Gebiet beschliessen.

Weekly Labor News Digest
VII/12/50

- 16 -

Office of Labor Affairs
APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 24

Frankfurt, 18. August 1950

INHALTSVERZEICHNIS

Vollbeschaeftigung, ein grundlegendes Ziel der Gewerkschaftsbewegung - - - - -	1
„AFL: Hoehere Kaufkraft, ein Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit - - - - -	8
Das Problem der erwerbslosen Jugend in Oesterreich - - - - -	11
Amerikanische Gewerkschaften sichern der Regierung ihre Unterstuetzung in kritischen Situationen zu - - - - -	12
Die Gewerkschaften Amerikas sind produktivtaetsbewusst - - - - -	13
Zum Erfolg gehoert ebenso der Verstand wie Kraft! - - - - -	14
Landkultivierung in Italien schafft 500.000 Arbeitsplaetze - - - - -	16

Alfred Braunthal:

VOLLBESCHAEFTIGUNG, EIN GRUNDLEGENDES ZIEL DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Seit dem Anbruch des industriellen Zeitalters ist die wirtschaftliche Unsicherheit zum Fluch des Arbeiters geworden; er hat sich immer nach einer wirtschaftlichen und sozialen Ordnung gesehnt, in der ihm die staendige Beschaeftigung, ein anstaendiger Lebensstandard und anstaendige Arbeitsbedingungen gesichert sind. Es ist unbestritten, dass die Geissel der Massenarbeitslosigkeit vermieden und die Vollbeschaeftigung durch kluges Handeln geschaffen und beibehalten werden kann, um so mehr muessen die freien Gewerkschaften auf der Errichtung eines Wirtschaftssystems bestehen, in dem die Vollbeschaeftigung garantiert ist. Damit sind sie zu den Verfechtern der systematischen Vollbeschaeftigungspolitik geworden. Es war deshalb eine Selbstverstaendlichkeit, dass der Internationale Bund Freier Gewerkschaften auf seiner Gruendungskonferenz in London sowohl in seiner Satzung als auch in seiner Erklaerung zu den wirtschaftlichen und sozialen Forderungen ein Wirtschaftssystem fordert, das die Vollbeschaeftigung ermoeglicht.

Das Vollbeschaeftigungsprogramm des IBFG, wie es in diesen beiden grundlegenden Dokumenten niedergelegt ist, zeigt, dass immer groessere Kreise der Arbeiterschaft sich der Bedeutung der Vollbeschaeftigung bewusst werden. Diese neue Wertung des Begriffs der Vollbeschaeftigung wiederum findet in der Erweiterung der Ziel-

setzung der Gewerkschaftsbewegung ihren Niederschlag, die in den Forderungen des IBFG am deutlichsten zum Ausdruck kommen.

Vor dem Kriege konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der internationalen Gewerkschaftsorganisation wie ueberhaupt das Interesse und die Sorge der organisierten Gewerkschaftsbewegung schlechthin fast ausschliesslich auf die Industriestaaten der Welt. Natuerlich fehlte es auch nicht an Anteilnahme an dem Los jener Arbeiter, die in den industriell weniger fortgeschrittenen Gebieten der Welt leben. Die organisierte Arbeiterschaft lehnte aufrichtig eine koloniale Ausbeutung der Arbeiter in den rueckstaendigen Gebieten ab. Da die Probleme der Arbeiter jener Gebiete jedoch immer ziemlich nebensaechlich schienen, war die Gewerkschaftsbewegung der Industriestaaten wenig bemueht, diese Probleme zu loesen oder nach Mitteln und Wegen zu ihrer Loesung zu suchen.

Das Interesse der Gewerkschaftsbewegung an einem Wirtschaftssystem der Vollbeschaeftigung war auf die Industriestaaten konzentriert. Die wahre Vorstellung von der Vollbeschaeftigung blieb auf die industriellen Sektoren der Weltwirtschaft beschraenkt. Der Einstellung zu dem Vollbeschaeftigungsproblem schwebte die Beschaeftigungsstruktur in Industriestaaten vor. In diesen Laendern ist die Arbeitslosigkeit groesstenteils periodisch und tritt infolge des zyklischen Nachfragemangels fuer Massenbedarf auf. Es ist jene Art der Arbeitslosigkeit, die an erster Stelle fuer die grosse Wirtschaftskrise zu Anfang der dreissiger Jahre verantwortlich war. Die unbeschreibliche Not, die die Arbeiter als Folge dieser Katastrophe traf, bestaerkte sie in ihrer Entschlossenheit, nie wieder das Aufkommen einer solchen Krise zu dulden. Seit jener Zeit hat die Gewerkschaftsbewegung den Problemen der periodischen Massenarbeitslosigkeit in Industriestaaten groesste Aufmerksamkeit gewidmet und sich damit ausreichende Erfahrungen in der Politik zur Verhuetung dieser Arbeitslosigkeit erworben.

Inzwischen hat die internationale Gewerkschaftsbewegung jedoch ihren Wirkungsbereich weit ueber die Grenzen der Industriestaaten der Welt hinaus ausgedehnt. Der IBFG hat von Anfang an nicht nur versucht, alle Arbeiter in allen freien Staaten der Welt ohne Ruecksicht auf den Grad der industriellen Entwicklung ihres Landes zu erfassen und ihnen zu helfen, sich zu organisieren und die gemeinsamen Ziele zu erreichen, sondern war auch mit allen Mitteln bemueht, ihre besondere Not und Probleme zu verstehen und zu beruecksichtigen. Der IBFG hat damit erreicht, dass das Beschaeftigungsproblem sowohl fuer die Arbeiter der Industriestaaten als auch fuer diejenigen der industriell weniger entwickelten Laender als das bedeutsamste anerkannt wird; er ist sich jedoch darueber im klaren, dass sich das Beschaeftigungsproblem in dem letztgenannten Sektor der Weltwirtschaft wesentlich von dem im industriellen Sektor unterscheidet.

Waehrend das Beschaeftigungsproblem der Industriestaaten vornehmlich von periodisch auftretenden Faktoren gekennzeichnet ist, ist es in den meisten wirtschaftlich weniger entwickelten Laendern chronisch, obwohl die Arbeitslosigkeit dort meistens von dem Deckmantel der Unterbeschaeftigung verborgen wird. Tatsaechlich ist das Beschaeftigungsproblem in dem industriell unterentwickelten Sektor der Weltwirtschaft im wesentlichen ein Entwicklungsproblem, und der IBFG hat durch die Tatsache, dass er die wirtschaftliche und soziale Entwicklung jener Gebiete in seinen beiden grundlegenden Satzungen besonders verankerte, sein eingehendes Verstaendnis fuer die Beschaeftigungsprobleme bewiesen.

Es ist bemerkenswert, dass der IBFG nicht die einzige internationale Organisation ist, die sich mit den Problemen der Vollbe-

beschäftigung beschäftigt hat. Die organisierte Arbeiterschaft ist ebenso direkt wie indirekt in weltumfassenden internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen und der Internationalen Arbeitsorganisation vertreten, und es ist erfreulich, festzustellen, dass sich die Einstellung dieser internationalen Körperschaften zum Beschäftigungsproblem in der gleichen Richtung entwickelt hat wie die der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung. Beide Organisationen haben in jüngster Zeit mehr und mehr ihre Aufmerksamkeit dem Problem der Vollbeschäftigung mit seinen verschiedenen Blickpunkten in Industriestaaten und in industriell unterentwickelten Ländern gewidmet. Die Vereinten Nationen und die Internationale Arbeitsorganisation haben unlängst die Ergebnisse umfassender Studien auf diesem Gebiet veröffentlicht und haben sie zum Gegenstand von Besprechungen gemacht, die zum erstenmal während der Sitzung des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen im Januar 1950 geführt und bei den Sitzungen dieses Rates und der Internationalen Arbeitsorganisation im Sommer fortgesetzt wurden. Der IBFG hat sich bereits aktiv an diesen Besprechungen beteiligt und wird auch weiterhin sich nachdrücklichst für reale und wirksame Aktionsprogramme einsetzen.

In diesem Artikel wird versucht, die Probleme kurz zu erläutern, die einerseits mit der periodischen Arbeitslosigkeit, wie sie für die Industriestaaten kennzeichnend ist, und andererseits mit der chronischen Arbeitslosigkeit in Zusammenhang stehen, die in industriell wenig entwickelten Ländern vorherrschen. Es wird ausserdem versucht werden, und zwar unter Zugrundelegung jener Beobachtungen, die der IBFG zu dem Bericht der Vereinten Nationen über die Vollbeschäftigungsfrage angestellt hat, die von den freien Gewerkschaften in Erwägung gezogenen Lösungen dieser Probleme klarzulegen.

Es muss von Anfang an darauf hingewiesen werden, dass selbst in Industriestaaten Massenarbeitslosigkeit nicht immer periodisch bedingt ist. Arbeitslosigkeit kann auch andere Ursachen haben, wie zum Beispiel die Vernichtung der Kapitalquellen durch den Krieg. In kriegszerstörten Ländern wie Deutschland und Oesterreich ist dies selbst heute noch ein Faktor, der für die Massenarbeitslosigkeit mitverantwortlich ist, obwohl die Marshall-Plan-Hilfe viel dazu beigetragen hat, diese Notzeit zu überwinden. Eine andere, nichtperiodische Ursache der Massenarbeitslosigkeit ist der ungeheure Zustrom von Ausgewiesenen und Flüchtlingen nach Deutschland und Oesterreich, für deren Beschäftigung es an den erforderlichen Voraussetzungen in diesen Ländern fehlt, d.h. an Arbeitsplätzen, Betrieben, Rohmaterialien und ähnlichem.

Diese Art Arbeitslosigkeit ist in Industriestaaten jedoch verhältnismässig selten. Der vorherrschende Typ der Massenarbeitslosigkeit ist durch periodische Schwankungen des Wirtschaftsablaufs bedingt. Zur Erklärung dieser Art Arbeitslosigkeit hat sich eine Auffassung eingebürgert, die auf die Beschäftigungstheorie Lord Keynes' zurückgeht. Die Tatsache, dass die Auffassung Keynes' nicht nur unter den zeitgenössischen Volkswirtschaftlern und in den Reihen der Gewerkschaftsbewegung ziemlich allgemein verbreitet ist, sondern auch die theoretische Grundlage der beiden von den Vereinten Nationen und der Internationalen Arbeitsorganisation durchgeführten Studien bildet, ist zwar kein Beweis für ihre Richtigkeit, sie zeigt aber auf jeden Fall, dass sie viele im Zusammenhang stehende Tatsachen auf befriedigende Art und Weise aufeinander abstimmt und wertvolle Hilfe in der Schaffung einer konstruktiven Auffassung in der Frage der industriellen Arbeitslosigkeit und der Mittel und Wege zur Bekämpfung dieses Übels leistet.

Gemäss dieser Auffassung kann in einem Industriestaat die Vollbeschäftigung nur gesichert und erhalten werden, wenn der Massen-

bedarf an Waren und Dienstleistungen zum Zwecke des Verbrauchs, der Investitionen, der Ausgaben der Regierung und - sichtbar oder unsichtbar - der Exporte den Massenaufwendungen fuer Verbrauch, Ersparnisse, Besteuerung und - sichtbar oder unsichtbar - fuer Importe gleichkommen oder sie uebertreffen. Es gibt keine automatische Garantie dafuer, dass der Gesamtbetrag der linken Seite dieser Gleichung dem auf der rechten Seite entspricht oder ihn uebertrifft. Es kann sehr wohl vorkommen, dass die Nachfrage aus Mangel an Kaeufen zurueckgeht, wenn z.B. ein Teil der Ersparnisse nicht investiert wird und gleichzeitig ein Teil des Steueraufkommens von der Regierung nicht ausgegeben wird und die Importe groesser sind als die Exporte. Wenn die Nachfrage nach produzierten Waren aus Mangel an Kaeufen zurueckgeht, d.h. wenn ein Teil der durch die Produktion von Waren erzeugten Kaufkraft nicht dazu verwendet wird, diese Waren zu kaufen, kann ein bestimmter Prozentsatz der produzierten Waren und der zur Verfuegung stehenden Dienstleistungen nicht verkauft werden; daraus ergibt sich ein Rueckgang der Produktion unter ihre volle Kapazitaet, und ein Teil der Produktionsmittel, also auch die Arbeitskraft, bleiben untaetig.

Waehrend kein automatischer Mechanismus zur Verhuetung der Massenarbeitslosigkeit als Folge einer zu geringen Nachfrage besteht, gibt es eine Tendenz, die auf die Behebung der wirtschaftlichen Unausgeglichenheit gerichtet ist, die zur Massenarbeitslosigkeit fuehrt. Denn dieses Fehlen des Gleichgewichts bewirkt ein Absinken der Einkommen, der Ersparnisse, des Steueraufkommens und der Importe, sodass das Gleichgewicht zwischen der Nachfrage nach produzierten Waren und den Ausgaben der Nation unter Umstaenden wieder hergestellt wird. Aus eben diesem Grunde ist jede Massenarbeitslosigkeit, die durch den Mangel an Nachfrage hervorgerufen ist, eher periodischer als chronischer Natur. Auf der anderen Seite ist es in der modernen Gesellschaft der Industriestaaten dieser periodische Charakter der Massenarbeitslosigkeit und folglich der Beschaeftigungsmoeglichkeiten, der dem Arbeiter die wirtschaftliche Sicherheit nimmt, nach der er sich sehnt. Wenn die periodische Massenarbeitslosigkeit nicht durch eine wirksame Politik der Vollbeschaeftigung ausgeschaltet wird, kann ein Arbeiter zwar zu gewissen Zeiten eine gute Moeglichkeit haben, einen Arbeitsplatz zu finden, niemals jedoch kann er mit Sicherheit aussagen, wie lange seine Beschaeftigung andauern und wann er dann eine neue finden wird. Die Erfahrung hat ausserdem gelehrt, dass periodische Wirtschaftskrisen einen sehr grossen Prozentsatz von Arbeitern ihre Beschaeftigung nehmen, die Arbeitslosigkeit kann eine ganze Reihe von Jahren andauern.

Wirtschaftskrisen sind jedoch gluecklicherweise keine uebernaturlichen Vorgaenge, denen die Menschen machtlos gegenueberstehen. Es sind wirtschaftliche Entwicklungen, die, wenn sie klar erkannt werden, durch Gegenmassnahmen wirksam bekaempft werden koennen, die durch zielbewusstes Handeln in der Wirtschaft selbst hervorgerufen werden koennen. Vor allem in den letzten Jahren ist diese Erkenntnis nicht nur akademische Wissenschaft geblieben, sondern sie ist mit grosstem Erfolg in verschiedenen Laendern angewandt worden. Die beiden kuerzlich erschienenen Veroeffentlichungen der Vereinten Nationen und der Internationalen Arbeits-Organisation ueber Vollbeschaeftigung haben ausserdem wertvolle Beitraege zu den Erfahrungen erbracht, die auf diesem Gebiet bereits erworben wurden, und sie enthalten konstruktive Vorschlaege zu einem Plan nationaler und internationaler Massnahmen zur Schaffung einer Wirtschaft der Vollbeschaeftigung.

Waehrend es unmoeglich waere, in diesem Artikel den Riesenkomplex sozialwirtschaftlicher Fragen zu besprechen, die in der Politik der Vollbeschaeftigung eine Rolle spielen, koennen die wichtigsten Grundsaeetze, sofern sie fuer die Industriestaaten zutreffend sind, hier kurz eroertert werden.

Einige Prinzipien der Politik der Vollbeschäftigung

Die wichtigsten dieser Grundsätze sind folgende: Zu allererst ist eine Wirtschaft der Vollbeschäftigung, im Gegensatz zu den Behauptungen der Propagandisten autoritärer Systeme, kein Monopol dieser Systeme. Die Vollbeschäftigungstheorie hat gezeigt, und die Erfahrung hat bewiesen, dass eine Wirtschaft der ständigen Vollbeschäftigung in wirklich demokratischen Ländern möglich ist, und zwar bei einem weit höheren Lebensstandard und weit besseren Arbeitsbedingungen als in autoritären Staaten, weil freie Arbeiter, in freien Gewerkschaften organisiert, einen weit höheren Lohnstand und kürzere Arbeitszeit erringen können, als autoritäre Regierungen unter gleichen Bedingungen ihren Arbeitern gewahren würden.

Zweitens erfordert eine Wirtschaft der Vollbeschäftigung keine grundlegenden Veränderungen in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Landes, sondern nur eine feste Entschlossenheit, alle Massnahmen anzuwenden, die geeignet sind, jegliches Fehlen des wirtschaftlichen Gleichgewichtes, das die Massenarbeitslosigkeit verursacht, zu beseitigen oder auszugleichen. Ob und in welchem Ausmass es ein Land vorzieht, Privatunternehmen zu verdrängen und das verstaatlichte Unternehmen an seine Stelle zu setzen oder neue Industrien auf privater oder öffentlicher Basis aufzubauen, und ob und bis zu welchem Grad sich ein Land entschliesst, die verschiedenen Sektoren der Wirtschaft, wie Preise, Löhne, Produktion und Investierung zu regulieren, wird von der vorherrschenden wirtschaftlichen und sozialen Auffassung abhängen. Eine Wirtschaft der Vollbeschäftigung kann in jedem der verschiedenen Systeme errichtet werden, vorausgesetzt, dass das Land entschlossen ist, erforderlichenfalls jegliche Kombination der Massnahmen anzuwenden, die das die Massenarbeitslosigkeit verursachende Fehlen des wirtschaftlichen Gleichgewichtes auszugleichen vermag.

Drittens, da das Fehlen des wirtschaftlichen Gleichgewichtes auf dem Gebiet des Verbrauchs, der Investitionen und der Ersparnisse, der Steuern und der öffentlichen Ausgaben, der Exporte und Importe, auftreten kann, können auch die Abhilfen auf irgendeinem dieser Gebiete gefunden werden und müssen nicht unbedingt in denjenigen Gebieten angewandt werden, in denen dieses Fehlen des wirtschaftlichen Gleichgewichtes entstanden ist. In welchem Sektor der Wirtschaft eine Ausdehnung gefordert werden muss, um den Mangel an Nachfrage auszugleichen, wird davon abhängen, wie leicht unter den gegebenen Verhältnissen der eine oder andere Sektor ausgedehnt werden kann; aber auch die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die in einem Lande vorherrschen, werden hierbei eine Rolle spielen.

Aus diesen drei Grundsätzen ergibt sich, dass die Wirtschaft der Vollbeschäftigung nicht an ein starres sozialwirtschaftliches Schema gebunden ist, das alle sozialen und politischen Kräfte zwingen würde, in ihren Handlungen eine bestimmte Linie genauestens zu befolgen, sondern dass sie weiten Spielraum für Diskussionen und Verfechtungen verschiedener Standpunkte offen lässt, besonders zwischen konservativen und fortschrittlicheren Gruppen, und Raum für Alternativlösungen freibleibt. Es ergibt sich ausserdem, dass die Tatsache, dass gewisse wirtschaftliche und soziale Massnahmen zur Vollbeschäftigung beitragen, unsere Unterstützung dieser Massnahmen an sich nicht rechtfertigt, wenn Alternativmassnahmen möglich wären, die in gleicher Masse zur Vollbeschäftigung beitragen würden, aber vom fortschrittlichen Standpunkt der freien Gewerkschaften aus zu bevorzugen wären.

Das deutlichste Beispiel einer sozial unerwünschten Politik der Vollbeschäftigung ist die der Sowjetunion, die später von den

Sowjets auch ihren Satelliten aufgezwungen wurde. Das Vollbeschäftigungssystem dieser Länder beruht auf einer uebermaessigen Ausdehnung der Investitionen und Aufwendungen fuer militaerische Zwecke auf Kosten des Verbrauchssektors der Wirtschaft, d.h., auf Kosten eines niedrigen Lebensstandards und klaeglicher Arbeitsbedingungen.

Eine fortschrittliche Politik der Vollbeschäftigung muss sich dagegen bei jedem Versuch, die Vollbeschäftigung zu schaffen und zu erhalten, auf den Verbrauchssektor konzentrieren. Das schliesst jedoch nicht ein, dass freie Gewerkschaften im Prinzip oder in der Praxis der Foerderung von Kapitalinvestitionen als ausgleichende Massnahme feindlich gegenueberstehen. Es gibt zunaechst einmal viele Formen der Kapitalanlagen, insbesondere der oeffentlichen Anlagen, die an sich vom sozialen Standpunkt aus hoechst wuensenswert sind, wie z.B. Wohnungsbau, Errichtung von Schulen, Krankenhaeusern und aehnliches; ferner ist unter gewissen Umstaenden, wie z.B. als Folgeerscheinung von Kriegsschaeden oder industrieller Stoerungen jeglicher Art ein Anstieg in der Kapitalanlagerate wuensenswert, selbst wenn sie den Gewerkschaften voruebergehend eine Zurueckhaltung in ihren Forderungen nach Lohnerhoehungen auferlegt. Ausserdem erweist sich eine wirtschaftliche Ausdehnung besonders von oeffentlichen Investitionen (oeffentliche Arbeiten) haeufig als aeusserst prompte und wirksame Methode zur Bekampfung der Arbeitslosigkeit.

Im allgemeinen jedoch wird die Politik der freien Gewerkschaften auf eine Erweiterung des Verbrauchssektors der Wirtschaft gerichtet sein. Sie beruht auf der Ueberzeugung, dass der sozial wuensenswerteste und wirtschaftlich gesuendeste Weg zum Aufhalten oder zur Verhuetung der Massenarbeitslosigkeit im allgemeinen eine Steigerung des Verbrauchs und seine Foerderung ist. Es ist selbstverstaendlich die Aufgabe der Gewerkschaften selbst, zur Erreichung dieses Zieles beizutragen, indem sie Lohnkuerzungen in Depressionsperioden verhindern und auf Lohnaufbesserungen bestehen, wo immer dies wirtschaftlich moeglich ist. Sie werden aber auch darauf bestehen muessen, dass die Regierungspolitik auf die Ausdehnung des Verbrauchs gerichtet ist, was in folgenden Massnahmen zum Ausdruck kommen muss: anstaendige Mindestloehne, angemessene Leistungen der Sozialversicherung, Familien- und Kinderbeihilfen, Herabsetzung der Steuern, die den Verbrauch einschraenken, Massnahmen zum Niedrighalten der Preise, insbesondere eine wirkungsvolle Antimonopol-Politik, Beihilfen fuer die Landwirtschaft und aehnliches.

Es ist aber nicht nur von Wichtigkeit, die Ursachen fuer das Fehlen des wirtschaftlichen Gleichgewichtes zu verstehen und zu wissen, wie sie ueberwunden werden koennen; die Frage der Zeit, die diese ausgleichenden Massnahmen in Anspruch nehmen, ist nicht weniger wichtig. Wenn es wahr ist, dass fuer jeden Aktionsplan der Faktor Zeit von Bedeutung ist, dann trifft es im besonderen fuer Massnahmen zugunsten der Vollbeschäftigung zu, dass Schnelligkeit der Kern der Sache ist. Wirtschaftsdepressionen, die sich selbst ueberlassen bleiben, haben naemlich die Tendenz, sich stetig und rapid zu verschlimmern. Wenn Produktion und Beschäftigungsstand in einem Sektor der Wirtschaft absinken, wird das sich hieraus ergebende Fallen der Kaufkraft zu einer Einschraenkung des Bedarfs auch fuer andere Gueter fuehren, und die nach unten gerichtete Spirale wird schliesslich die gesamte Wirtschaft in Mitleiden-schaft ziehen.

Es ist deshalb wichtig, dass ausgleichende Massnahmen in einem sehr fruehen Stadium einer jeden wirtschaftlichen Abwaertsentwicklung beschlossen und ausgefuehrt werden, um eine sich selbst foerdernde Verschlechterung der Wirtschaftslage zu verhindern. Dies erfordert

schnelle Entscheidungen durch Regierungen und gesetzgebende Organe, das heisst, eine bewegliche Regierungs- und Gesetzgebungsmaschinerie, die in der Lage ist, die Wirtschafts- und Sozialpolitik den sich aendernden Wirtschaftsverhaeltnissen so schnell wie moeglich anzupassen.

Die Anpassung der Politik an sich aendernde Verhaeltnisse wird durch Massnahmen erheblich erleichtert, die mehr oder weniger automatisch funktionieren, sobald sich die Bedingungen aendern. Der bedeutendste dieser "eingebauten Stabilisatoren" ist ein fortschrittliches Arbeitslosenversicherungssystem. Wenn jeder Arbeiter, der seine Beschaeftigung verloren hat, Anspruch auf Arbeitslosenunterstuetzung hat, wenn ihm eine Wartezeit erspart bleibt, wenn die Unterstuetzung in einem angemessenen Verhaeltnis zu seinem frueheren Einkommen steht, und wenn er das Recht hat, Unterstuetzung fuer die Gesamtdauer seiner Arbeitslosigkeit zu beziehen, dann wird der durch Arbeitslosigkeit verursachte Verlust an Kaufkraft auf ein Minimum reduziert, und die Faehigkeit des Verbrauchssektors der Wirtschaft, das in anderen Sektoren auftretende Fehlen des wirtschaftlichen Gleichgewichts auszugleichen, gestaerkt. Andere stabilisierende Massnahmen sind ein reichlicher Vorrat an oeffentlichen Arbeiten, mit denen bei einer Verschlechterung der Beschaeftigungsbedingungen begonnen werden kann, und Massnahmen, die zu einer weitgehenden Beweglichkeit der Arbeitskraefte beitragen, sodass in einer Industrie arbeitslos gewordene Arbeiter mühelos in andere Industrien hinueberwechseln koennen. Zu diesen Massnahmen gehoeren Entschaedigungen, die bei der Entlassung gezahlt werden, Regierungszuschuesse zu den Umzugskosten, leistungsfaeheige oeffentliche Arbeitsvermittlungsbehoerden, entsprechende Schulungs- und Umschulungseinrichtungen und eine umfassende Versorgung mit anstaendigen Wohnungen.

Die Notwendigkeit internationaler Massnahmen

Es muss klar erkannt werden, dass die Beschaeftigungsbedingungen in industrialisierten Laendern nicht allein von der Politik der betreffenden Laender abhaengig sind. Es ist zuvor bereits auseinandergesetzt worden, dass unter den Sektoren der Wirtschaft, die den Beschaeftigungsgrad beeinflussen, derjenige der Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland eine Rolle spielt. In einigen Laendern steht der Aussenhandel zu der volkswirtschaftlichen Produktion in einem derartigen Verhaeltnis, dass der Beschaeftigungsstand weitgehend von dem Volumen des Aussenhandels abhaengig ist. Diese Laender reagieren deshalb besonders leicht auf Veraenderungen im Welthandel und koennten deshalb schwerlich die Beschaeftigung durch eigene Massnahmen allein stabilisieren, es sei denn, dass sie von wirksamen Vollbeschaeftigungsmassnahmen in anderen Laendern begleitet sind. Im Gegensatz hierzu gibt es Laender, wie z.B. die Vereinigten Staaten, deren Aussenhandel im Vergleich zu ihrer Produktion verhaeltnismaessig gering ist, aber doch einen sehr wichtigen Faktor auf den Weltmaerkten darstellt. Ein Fehlen des wirtschaftlichen Gleichgewichtes, das die Beschaeftigungslage in solchen Laendern in Mitleidenschaft zieht, hat immer die Tendenz, sich auf viele andere Laender auszudehnen.

Aus diesen Betrachtungen ergibt sich, dass die Vollbeschaeftigungspolitik ausser nationalen auch internationale Massnahmen erfordert. Damit die Vollbeschaeftigungspolitik in Laendern, die auf Aussenhandel angewiesen sind, durch das Fehlen des wirtschaftlichen Gleichgewichtes, das vom Ausland kommend sich ausdehnt, nicht vereitelt wird, muss die Vollbeschaeftigungspolitik in allen industrialisierten Laendern durch internationale Massnahmen koordiniert werden. Diese Massnahmen sind ausserdem erforderlich, um den Aussenhandel staendig auf der gleichen Stufe zu halten und angesichts eines Rueckgangs der Nachfrage nach auslaendischen Waren den exportierenden Laendern, die von einem solchen Nachlassen der Nachfrage nach ihren

Waren betroffen werden, zu helfen, ihren Produktions- und Beschäftigungsstand aufrechtzuerhalten.

Es wird eine der grössten Aufgaben der Vereinten Nationen und der Internationalen Arbeits-Organisation sein, eine internationale Koordinierung der Vollbeschäftigungspolitik aller industrialisierten Länder zustandezubringen. Zur Ermutigung und Stabilisierung des Aussenhandels und der Zahlungsbilanzen sind verschiedene Schritte unternommen worden, insbesondere die Schaffung des Internationalen Währungsfonds, internationale Handelsverträge, die Vorbereitungen zur Errichtung einer Internationalen Handelsorganisation und die amerikanische Hilfe für Europa in Form des Marshall-Plans. Was noch zu tun bleibt, ist, alle internationalen Massnahmen auf diesem Gebiet auf das Ziel einer international koordinierten Wirtschaft der Vollbeschäftigung in allen Ländern zu konzentrieren.

Es kann jedoch nicht genug darauf hingewiesen werden, dass das Weltproblem der Vollbeschäftigung ungelöst bliebe, wenn selbst eine noch so folgerichtige und beharrliche Politik der Vollbeschäftigung, auf nationaler und internationaler Basis, auf den industriellen Sektor der Welt beschränkt bliebe; die industriellen Länder würden letzten Endes die Verlierer sein, wenn sie die Tatsache vernachlässigten, dass die industriell weniger entwickelten Länder noch mehr unter der chronischen Unterbeschäftigung leiden als sie selbst unter den periodischen Zyklen der Massenarbeitslosigkeit. Da die freien Gewerkschaften der industrialisierten und der industriell rückständigen Gebiete der demokratischen Welt eine einzige internationale Organisation gebildet und sich entschlossen haben, gemeinsam als eine Einheit für die Verbesserung des Arbeiterloses in allen Ländern zu kämpfen, müssen die Menschen all dieser Länder zusammenstehen. Im Bewusstsein der Gleichheit nicht nur ihrer politischen, sondern auch ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen müssen sie sich zur gemeinsamen Lösung ihrer Probleme zusammenschliessen. Das Problem der Vollbeschäftigung muss als eines der ersten in Angriff genommen werden.

Freie Gewerkschaftswelt
VII/50

AFL: HOEHERE KAUFKRAFT, EIN MITTEL ZUR BELEBUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Der Exekutivausschuss des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL erklärte, die Forderung nach 60 Millionen Arbeitsplätzen für Amerikaner sei "überholt". Unternehmer und Regierung müssten dafür sorgen, dass die Beschäftigtenziffer ständig höher geschraubt werde. Die Gewerkschaften könnten ihr Teil dazu beitragen, indem sie neue, allgemeine Lohnerhöhungen durchsetzten, um die Kaufkraft der Verbraucher als ein Mittel zur Erhaltung der hohen Beschäftigung zu steigern. Die Einnahmen der Unternehmer im ersten Quartal 1950 hätten bewiesen, dass sie sich jetzt wesentliche Lohnerhöhungen leisten könnten.

Der Text der vom Exekutivausschuss abgegebenen Erklärung zur Arbeitslosigkeit lautet:

Es wäre gefährlich, der kürzlichen Erklärung des Statistischen Amtes allzu viel Bedeutung beizumessen, die besagte, dass die Arbeitslosigkeit in den letzten beiden Monaten dieses Jahres stark zurückgegangen sei.

Die Gesamtzahl der erwerbslosen Arbeiter wurde von diesem Amt vor zwei Monaten auf 3.500.000 geschätzt, was ein Absinken gegenüber dem Vormonat um 600.000 und gegenüber dem Monat zuvor um fast

1.200.000 bedeutet. Gleichzeitig war die Beschäftigtenziffer vor zwei Monaten um 1.100.000 höher als vor drei Monaten.

Obwohl dies eine hoffnungsvolle Entwicklung darstellt, bedeutet es nicht, dass das Arbeitslosenproblem fuer die Vereinigten Staaten nicht mehr besteht. Wichtig sind nicht nur die Veraenderungen von Monat zu Monat, sondern vor allem die Tendenzen, die sich in einem laengeren Zeitabschnitt abzeichnen. Man kann sich nicht auf den Bericht nur eines oder zweier Monate stuetzen, wenn man das Problem der Arbeitslosigkeit beheben will.

Eine gruendliche Analyse der wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre, die die Arbeitslosigkeit beeinflussen, fuehrt zu folgendem Ergebnis:

1. In der Fruehjahrssaison ist mit einem Ansteigen der Beschäftigtenziffer und einem Rueckgang in der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Im Baugewerbe und im Einzelhandel nimmt die Beschäftigung gewoehnlich zu. Darueberhinaus wurden in diesem Jahre von der Bundesregierung mehr als 100.000 Zaehler fuer die Volkszaehlung 1950 fuer zwei Monate voruebergehend beschäftigt.
2. Obwohl sich die Lage vor zwei Monaten gebessert hatte, war die Zahl der Arbeitslosen in diesem Monat hoeher als in dem gleichen Monat der letzten Jahre seit 1941.
3. Der Prozentsatz der Erwerbslosen, die seit laengerer Zeit ohne Arbeit leben muessen, ist bedenklich hoch. Von je drei Erwerbslosen ist etwa einer 4 Monate oder noch laenger ohne Beschäftigung. Im vorigen Jahr war dieses Verhaeltnis nur 5:1.
4. Obwohl die Arbeitslosigkeit in gewissen Teilen des Landes bedrohlichere Formen annimmt als in anderen (besonders in den Staaten New-England, Middle-Atlantic und dem Westen), kann sie nicht als rein lokales Problem angesehen werden. Alle Gebiete sind von ihr in Mitleidenschaft gezogen.
5. Alle moeglichen Arbeiter, junge und alte, gelernte und ungelernete, sind von der Arbeitslosigkeit betroffen. Den vorliegenden Angaben ist zu entnehmen, dass die aelteren Facharbeiter besonders schwer unter ihr zu leiden haben.
6. Eine der Hauptursachen fuer die zunehmende Arbeitslosigkeit ist die wesentliche Steigerung der Produktionsleistung. Die Rekordausgaben seitens der amerikanischen Unternehmer fuer neue Maschinen und Einrichtungen in den Nachkriegsjahren spiegeln sich in dem hoeheren Ausstoss je Arbeitskraft wider. Wenn der Absatzmarkt fuer die in den Fabriken hergestellten Waren nicht erweitert wird, muss auch weiterhin der Mangel an Arbeitsplaetzen bestehen.
7. Durch den unausgeglichene Haushaltsplan der Regierung, der durch den Marshall-Plan und die grossen Ausgaben fuer die Verteidigung bedingt ist, wird die Arbeitslosenziffer heruntergedrueckt.

Alle diese Probleme koennen nicht ueber Nacht geloest werden. Es sind keine natuerlichen Nachkriegerscheinungen. Nur in sehr wenigen Faellen herrscht immer noch Mangel an Waren, die waehrend des Krieges knapp waren (z.B. billige Wagen und Wohnungen).

Das Problem von heute ist, eine wirklich funktionierende Wirtschaft mit hohen Beschaeftigungsziffern zu entwickeln. Wir duerfen uns nicht mit einer Wirtschaft zufrieden geben, die nicht allen Sektoren unserer Bevoelkerung Wohlstand bringt. Obwohl es selbstverstaendlich immer Arbeitslosigkeit in einem gewissen Grade geben wird, muessen wir bestrebt sein, eine Wirtschaft aufzubauen, in der kein qualifizierter Arbeiter, der seinen Arbeitsplatz verliert, lange warten muss, bevor er eine neue Beschaeftigung findet.

Es genuegt nicht, dass wir ein Abnehmen der Beschaeftigtenziffer verhindern. Unsere Wirtschaft muss staendig ausgedehnt werden, damit sie die zahlreichen Arbeitskraefte aufnehmen kann, die alljaehrlich dem Arbeitsmarkt neu hinzustroemen.

Das vielbesprochene Ziel, 60 Millionen Arbeitsplaetze zur Verfuegung zu haben, ist ueberholt, weil der Arbeitsmarkt jaehrlich um fast eine Million Arbeiter vergroessert wird. Mit dieser Vergroesserung Schritt zu halten, ist natuerlich keine leichte Aufgabe. Alle Teile unserer Wirtschaft - Unternehmer, Landwirtschaft, Arbeiterschaft und Regierung - muessen gemeinsam an der Loesung dieser Aufgabe arbeiten.

Bei der Ausarbeitung eines besonderen Programms, das uns einer Wirtschaft mit hohen Beschaeftigungsziffern naeherbbringen soll, ist dem Problem des Verbrauchereinkommens nicht genuegend Aufmerksamkeit gewidmet worden.

Wenn das Einkommen der Verbraucher des Landes auf einem hohen Stand gehalten wird, kann auch ein hoher Beschaeftigungsstand garantiert werden. Wenn die Geschaeftsleute die Gewissheit haben, dass sie ihre Erzeugnisse absetzen koennen, werden sie auch daran interessiert sein, ihre Betriebe zu erweitern und damit mehr Arbeitsplaetze zur Verfuegung zu stellen. Es ist unsere Meinung, dass wir zur Entwicklung einer Wirtschaft mit hohen Beschaeftigungsziffern besonders darauf bedacht sein muessen, den Verbrauchern eine hohe Kaufkraft zu sichern.

Obwohl der gegenwaertige Stand der Arbeitslosigkeit keine "Krise" und keinen "Notfall" darstellt, fordert er doch dazu auf, gewisse Schritte zu unternehmen. Wir muessen dafuer Sorge tragen, dass die Arbeitslosen und ihre Familien versorgt werden und dass Massnahmen ergriffen werden, die die groesstmoeegliche Leistungsfahigkeit unserer Wirtschaft garantieren.

Wir schlagen deshalb folgendes vor:

1. Das System der Arbeitslosenunterstuetzung muss gruendlich revidiert werden, damit die Unterstuetzungszeit verlaengert und die Unterstuetzungssaetze erhoehrt werden.

2. Zur Erhoehung des Verbrauchereinkommens muessen die Gewerkschaften fortwaehrend um hoehere Loehe kaempfen. Die erhoehrte Kaufkraft als Folge des hoeheren Lohnstandes wird die Absatzmaerkte fuer alle Arten von Waren und Dienstleistungen erweitern und die Leistungsfahigkeit der Verkaeufer anregen und die Umsaetze steigern.

Gleichzeitig muss die gesamte arbeitende Bevoelkerung in den Genuss der Vorteile kommen, die Gewerkschaften und der hoehere Lohnstand mit sich bringen. Damit wird die Bedeutung unterstrichen, die dem zur Zeit gefuehrten Werbefeldzug der AFL zur Gewinnung einer weiteren Million neuer Mitglieder im Verlauf des Jahres 1950 zukommt.

3. Es muss alles getan werden, was in unseren Kraefte n steht, um jegliche fuehlbare Erhoehung der Verbraucherpreise zu verhindern. Solange ein Mangel an Wohnraum besteht, wird zum Beispiel eine im Bundesstaat einheitliche Mietkontrolle erforderlich sein, um unbegrue ndete Erhoehungen der Mietpreise zu verhindern. Die Geschaeftsleute muessen sich der Notwendigkeit bewusst sein, die Preise staendig zu senken; andernfalls werden sie mit feindlichen Reaktionen seitens der uebrigen Bevoelkerung zu rechnen haben.

4. Lokalausschuesse fuer Vollbeschaeftigung koennen wertvolle Dienste leisten, indem sie die Aufmerksamkeit auf die Probleme besonderer Gebiete lenken und Massnahmen zur Hebung des dortigen Beschaeftigungsgrades ergreifen. Da diese lokalen Ausschuesse auf zahlreiche Ursachen der Arbeitslosigkeit keinen Einfluss nehmen koennen, muessen ihre Taetigkeiten sorgsam koordiniert werden, um doppelte und unnoetige Arbeit zu vermeiden.

5. Die verschiedenen Programme der Regierung, die unser wirtschaftliches Leben betreffen, muessen revidiert werden, um sie wirkungsvoller fuer die Erreichung einer Wirtschaft mit hohen Beschaeftigungszahlen einsetzen zu koennen. So ist z.B. das bestehende Gesetz, welches die Vorplanung oeffentlicher Arbeiten vorsieht, gaenzlich unzuLaenglich. Andere Sachgebiete, die einer sorgfaeltigen Ueberpruefung beduerfen, sind Steuerwesen, Antitrust-Programme, Landwirtschaftspolitik und Erschliessung neuer Hilfsquellen.

Weekly News Service
V/12/50

DAS PROBLEM DER ERWERBSLOSEN JUGEND IN OESTERREICH

Die oesterreichischen Behoerden und Organisationen, die fuer die Berufsausbildung der Jugendlichen zustae ndig sind, stellen mit Besorgnis fest, dass die Zahl der 14-jaehrigen Jungen und Maedchen, die alljaehrlich die Volksschulen verlassen, staendig zunimmt. Sie wird sich im Jahre 1950 auf 72.988 belaufen, 1951 jedoch auf 84.678, 1952 auf 92.660, 1953 auf 136.697, 1954 auf 151.824 und 1955 auf 161.464 ansteigen. Nach 1955 wird sie wieder absinken. Die Geburtenziffer war in Oesterreich im Jahre 1939 (136.697 Geburten) sprungartig in die Hoehe gegangen, weil die Nazis nach der Besetzung dieses Landes durch ihre Politik den Anstieg der Geburtenziffer in jeder Weise beguenstigt hatten, sei es durch Kinderbeihilfen, Steuerermuessigungen, psychologischen Druck und aehnliche Massnahmen. Dieser Anstieg hielt bis zum Jahre 1941 an (161.464 Geburten), als durch die Einberufung zur Wehrmacht viele Maenner von ihren Familien getrennt wurden. Etwa 20% der Vierzehnjae hrigen gehen weiter zur Schule; um eine hoehere Schulbildung zu erwerben, 80% jedoch verlassen in diesem Alter die Schule.

Die Dringlichkeit des Problems, zahlreichere Lehrstellen zu finden, ist durch die Tatsache bewiesen, dass von 56.978 Jungen und Maedchen, die 1949 aus den Schulen entlassen wurden, 10.873 bis jetzt noch keine passende Lehrstelle finden konnten. Da die Zahl der Schulentlassenen bis zum Jahre 1955 staendig ansteigen wird, muss das Problem der Arbeitslosigkeit der Jugend immer groesser werden.

Der Arbeitsminister Oesterreichs hatte kuerzlich Vertreter der in Frage kommenden Koerperschaften der Regierung, der Laender, der Arbeitsaemter, der Gewerkschaften, der Arbeitgeber- und Jugendorganisationen einberufen.

In dem Bericht des Arbeitsministeriums heisst es, dass bei den Arbeitsaemtern gegenwaertig 15.546 arbeitslose Jugendliche regi-

striert sind. Unter Beruecksichtigung der nichtregistrierten Jugendlichen belaeuft sich die Gesamtzahl auf etwa 20.000 Jugendliche, die ohne Arbeit sind. In Anbetracht der Tatsache, dass die Zahl der Schulentlassenen in den naechsten Jahren rapide in die Hoehe gehen wird, ist damit zu rechnen, dass sich die Lage noch mehr verschlechtern wird.

Im Verlauf der Besprechungen wiesen die Vertreter der Arbeiterschaft auf die Wichtigkeit hin, den jungen Leuten, die die Schule verlassen, eine Gelegenheit zur Berufsausbildung zu geben. Es kann den Privatunternehmern nicht ueberlassen bleiben, erklaeerten sie, nur eine beschraenkte Zahl Lehrstellen bereitzustellen und immer mehr junge Leute auf berufliche Kenntnisse verzichten zu lassen.

Die folgenden Vorschlaege wurden in diesen Besprechungen unterbreitet: Fuer diejenigen Berufe, fuer die nicht genuegend Lehrstellen zur Verfuegung stehen, sollen Lehrwerkstaetten errichtet werden. Groessere Unternehmen sollen verpflichtet werden, einen bestimmten Mindestprozentsatz (10-12%) an jungen Arbeitern zu beschaeftigen. Unternehmen, die eine bestimmte Zahl jugendlicher beschaeftigen oder neue Lehrstellen bereitstellen, sollen Steuerermassigungen erhalten. Wo die Lehrlingsausbildung in groesserem Umfang wegen Mangel an Unterkunftsmoeglichkeiten bisher nicht durchgefuehrt werden konnte, soll fuer Wohnmoeglichkeiten gesorgt werden. Die Grundschulausbildung soll auf neun Jahre verlaengert und ein modernes Gesetz ueber das Lehrlingswesen verfasst werden.

Anton Froksch, der Generalsekretaer des Oesterreichischen Gewerkschaftsbundes sprach im Namen der Gewerkschaften und wies darauf hin, dass eine solide Berufsausbildung der jungen Arbeiter unbedingt notwendig sei, um Oesterreich auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfaehig werden zu lassten. Jeder Junge und jedes junge Maedchen haetten das Recht, einen Beruf zu erlernen. Ein Artikel, den der Sprecher im vorigen Jahre veroeffentlicht hatte, und in dem er die Errichtung oeffentlicher Lehrwerkstaetten vorschlug, wurde von den Privatunternehmern ohne jede Diskussion abgelehnt. Er erklaeerte weiter, dass das Problem der Arbeitslosigkeit der Jugendlichen die Ordnung und Stabilitaet des Landes bald gefaehrden wuerde, wenn nicht rechtzeitig wirksame Massnahmen zu dessen Behebung ergriffen wuerden.

Schliesslich erklaeerte sich die Konferenz mit dem Vorschlag des Arbeitsministers Karl Maisel einverstanden, im Ministerium einen Sonderausschuss mit den entsprechenden Ausschuessen in den Laendern zu bilden, die sich mit der Frage der erwerbslosen Jugend befassen sollen. In allen diesen Ausschuessen werden die Gewerkschaften, die Arbeitgeberorganisationen und die Regierung vertreten sein. Die Ausschuesse werden ein Programm ausarbeiten, das der wachsenden Gefahr, die dieses Problem darstellt, begegnen soll. Das Programm selbst wird Gegenstand einer spaeteren Konferenz sein.

Trade Union News Bulletin from Austria
VII/1/50

AMERIKANISCHE GEWERKSCHAFTEN SICHERN DER REGIERUNG IHRE UNTERSTUETZUNG IN KRITISCHEN SITUATIONEN ZU

Nach einer Besprechung mit W. Stuart Symington, dem Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsausschusses zur Ueberwachung und Sicherung der Hilfsquellen des Landes (National Security Resources Board), sagten die Gewerkschaften fuer kuenftige Notfaelle der Regierung ihre volle Unterstuetzung zu. Diese Konferenz war von Symington einberufen worden, um Bereitschaftsprobleme in allen Sektoren der amerikanischen Wirtschaft zu besprechen.

Die Rolle, die die Gewerkschaften in einer Krise spielen sollen, wurde von dem Vorsitzenden der Amerikanischen Arbeitsfoederation (AFL) William Green in folgender Erklarung erlaeutert:

"Wir haben Symington gegenueber zum Ausdruck gebracht, dass im Falle einer gegenwaertigen oder zukuenftigen Bereitstellung der amerikanischen Hilfsquellen die uneingeschraenkte und zweckmaessigste Vertretung der Gewerkschaftsbewegung in den planenden und vollziehenden Aemtern der betreffenden Dienststellen der Regierung gewaehrleistet sein muss. Wir wiesen ausserdem darauf hin, dass die Bildung solcher Koerperschaften, die lediglich beratenden Charakter haben, in diesen Dienststellen den Anforderungen, die die Nation an sie stellt, nicht gerecht werden koennen, und dass sich diese Art der Beratung in der Vergangenheit als unwirksam erwiesen hat."

Im gesamten Verlauf der Unterredung mit Symington hoben die Gewerkschaftsfunktionaere hervor, dass der Schluessel zu einer erfolgreichen Zusammenarbeit in der freiwilligen Handlungsweise zu finden sei und dass jede Zwangsmassnahmen, wie die Dienstverpflichtung von Arbeitskraefte, vermieden werden muessten.

Die Gewerkschaftsfuehrer ernannten einen neun-koepfigen Ausschuss, der mit Symington ueber Fragen der Ruestungsproduktion und, falls erforderlich, ueber die Bereitstellung von Arbeitskraefte beraten soll. Die Mitglieder dieses Ausschusses sind:

Vorsitzender William Green (AFL), Finanzsekretaer George Meany (AFL), George M. Harrison, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Buerangestellten der Eisenbahn und der Dampfschiffahrt (AFL), Walter P. Reuther, der Vorsitzende der Automobilarbeitergewerkschaft (CIO), Jacob S. Potofsky, der Vorsitzende der Bekleidungsarbeitergewerkschaft (CIO), Emil Rieve, Vorsitzender der Textilarbeitergewerkschaft (CIO), John L. Lewis, der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, George E. Leighty, Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahnbediensteten, und Al. J. Hayes, der Vorsitzende des Internationalen Metallarbeiterverbandes.

Weekly Labor News Digest
VII/12/50

George P. Delaney, Internationaler Vertreter der AFL:

DIE GEWERKSCHAFTEN AMERIKAS SIND PRODUKTIVITAETSBEWUSST

Die amerikanischen Arbeiter sind von dem Streben nach hoher Produktionsleistung durchdrungen. Sie wissen, dass hoehere Loehne und kuerzere Arbeitszeit der Erfolg der Produktivitaet ist. Sie haben nichts gegen hoehere Gewinne der Unternehmen, vorausgesetzt, dass ihr eigener Lebensstandard sich im gleichen Verhaeltnis steigert. Sie haben sich in einer starken Gewerkschaftsbewegung zusammengeschlossen, um sich damit ihren Anteil an dem groesseren Produktionsausstoss zu sichern.

Die Arbeiter Amerikas wissen, dass ihre Arbeitszeit unter dem "Gib-und-Nimm" System einer freien Wirtschaft und freier Gewerkschaften innerhalb einer demokratischen Gesellschaftsordnung und der ersten fuenfzig Jahre dieses Jahrhunderts fast durchweg auf 40 Stunden woeentlich herabgesetzt worden ist. Sie wissen, dass trotz der Kuerzung der Arbeitszeit die Realloehne gestiegen sind. Sie haben bessere Wohnungen, eine bessere Ernaehrung und verbesserte Ausbildungsmoeglichkeiten.

Die amerikanischen Arbeiter sind sich bewusst, dass alle diese Fortschritte der gesteigerten Produktionsleistung zu verdanken ist, die wiederum auf der Zusammenarbeit tatkräftiger Gewerkschafter und hilfquellenreicher Unternehmer beruht.

Es ist kein Geheimnis, dass die Gewerkschaften Amerikas all die Jahre ihres Wirkens ihr Hauptziel in der Erringung höherer Löhne gesehen haben. Unsere Gewerkschaften haben diese Lohnerhöhungen in aktiver Zusammenarbeit mit den Unternehmern zustande gebracht, indem sie die Gesteigungskosten reduzierten, Verluste durch Vergeudung ausschalteten und den Ausstoss der Produktion steigerten.

Die amerikanischen Gewerkschafter sind aufrichtig bemüht, ihren Kollegen auf der ganzen Welt ihre Erfahrungen zugänglich zu machen, damit auch sie in den Genuss der sich daraus ergebenden Vorteile kommen. Sie behaupten nicht, ein Monopol der Erfahrungen in der Zusammenarbeit zu besitzen, sie sind jedoch ihren Kollegen auf dem Gebiet dieser Erfahrung in den Wechselbeziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern weit voraus. Sie würden es begrüessen, wenn die Arbeiter Europas, Asiens, Suedamerikas und Afrikas in der Lage waeren, sich die gleichen Moeglichkeiten zunutze zu machen.

Ein Beispiel fuer das, was erreicht werden kann, ist in den Statistiken ueber die Produktion der Schuhindustrie enthalten. Im Jahre 1949 wurden in den Vereinigten Staaten fuer jeden Mann, jede Frau und jedes Kind drei Paar Schuhe hergestellt. Viele andere Laender produzieren jaehrlich nicht einmal ein Paar Schuhe je Kopf der Bevoelkerung. Und die Preise fuer die Schuhe sind dort so hoch, dass man sie fuer nicht unbedingt notwendige Luxusgegenstaende halten koennte.

Ein Programm zur Steigerung der Produktionsleistung in Schuhfabriken und zur Reduzierung der Gesteigungskosten, damit die Schuhe zu erschwinglichen Preisen gekauft werden koennten, wuerde sofort fuer einen grossen Teil der Bevoelkerung anderer Laender von Vorteil sein.

Wir sind der Auffassung dass die in Europa jetzt errichteten Produktivitaetszentren die Stellen sind, an denen begonnen werden muss. Diese Zentren haben den Vorteil, auf dreigeteilter Basis errichtet worden zu sein: Gewerkschaften, Unternehmer und Regierung sind vertreten.

Hier koennen die Moeglichkeiten und Leistungen neuer Maschineneinrichtungen und besserer Produktionsmethoden studiert werden.

Hier kann ausserdem auf der Basis des gegenseitigen guten Willens ein wirkliches Kollektivverhandlungsverfahren aufgebaut werden, das dafuer sorgt, dass die Gewinne gerecht verteilt werden, die sich aus der gesteigerten Produktionsleistung ergeben. Gleichzeitig muss ein ausreichender Schutz gegen voruebergehende Betriebsstillegungen geschaffen werden, die bei der Erneuerung der Werkzeuge und der Einfuehrung arbeitssparender Maschinen oder Methoden unvermeidlich sind.

The American Federationist
VII/50

Allan L. Swim:

ZUM ERFOLG GEHOERT EBENS O DER VERSTAND WIE KRAFT!

Ein Mann, der viel in der Welt herumgekommen und mit inter-

nationalen Angelegenheiten ausgezeichnet vertraut ist, erklarte mir kuerzlich, dass die Kommunisten wuessten, wofuer sie kaempfen, wir jedoch nur wuessten, wozegen wir kaempfen.

"Als ein gutbezahlter und gut ernahrter Amerikaner," fuhr er fort, "halte ich es fuer sehr einfach, die Kommunisten und all das, was sie wollen, zu hassen, aber es wuerde mich wundern, wenn ich als einfacher chinesischer Kuli die gleiche Meinung haette, der sein ganzes Leben lang fast immer ein Hungerdasein gefuehrt hat."

Dieser Mann erwaehte zweifellos die Arbeiter Chinas deshalb, weil er lange Jahre China bereist hat und aus erster Hand die Bedingungen kennen lernte, unter denen diese Menschen arbeiten und leben muessen.

Abschliessend erklarte er: "Wenn Sie jahrelang ausgebeutet und buchstaeblich versklavt worden sind, ist es wahrscheinlich nicht schwer fuer Sie, von ihrem alten Herrn zu einem neuen hinuberzuwechseln - besonders dann, wenn Ihnen der Neue einige Hoffnungen macht."

Dieser Mann ist zwar keine bedeutende amerikanische oder internationale Persoenlichkeit, er steht jedoch der heutigen Situation realistischer gegenueber, als es bei den meisten Amerikanern der Fall zu sein scheint. Seine Bemerkungen, so scheint es mir, werfen unwillkuerlich die folgenden Fragen auf: Nehmen wir an, wir gewinnen den Krieg in Korea, was hoechstwahrscheinlich der Fall sein wird, was dann? War unsere Haltung den Arbeitern in Asien gegenueber in der Vergangenheit so, dass sie unsere Lebensweise der von den Kommunisten versprochenen ohne weiteres vorziehen wuerden? Denken jene Arbeiter, die zweifellos von unseren britischen, hollaendischen und franzoesischen Verbuedeten ausgebeutet wurden, dass die Vereinigten Staaten bemueht sein werden, den Weltfrieden herzustellen oder nehmen sie an, wir fuehrten einen imperialistischen Krieg? Koennen unsere wohlformulierten Erklaerungen ueber die Herrlichkeiten der Demokratie und des Kapitalismus auf die farbigen Voelker des Ostens irgend einen nachhaltigen Eindruck machen, die von den Herabwuerdigungen gehoert haben, denen die Farbigen in unserem eigenen Lande ausgesetzt sind?

Dies sind Fragen, die wir alle uns vorlegen sollten, und auf die wir bestrebt sein muessen, eine ehrliche Antwort zu finden.

Bis jetzt ist unsere Propaganda etwa nach dem folgenden Motto betrieben worden: "Handeln, wie wir gehandelt haben, und die Dinge, die wir besitzen, werden uns auch in Zukunft gehoeren." Dies mag ein gutes Motto fuer alle diejenigen sein, die wissen, was wir besitzen, und die auch in der Lage sind, genau so wie wir zu handeln. Ist es jedoch auch ein gutes Motto fuer alle jene, die eine Massenproduktion noch niemals gesehen haben und noch niemals in den Genuss der daraus entstehenden Vorteile gekommen sind?

Die kommunistischen Versprechungen ueber die Gestaltung der Zukunft, die da kommen soll, klingen maerchenhaft - aber es sind immerhin Versprechungen. Was hingegen koennen wir versprechen? Koennen wir mit gutem Gewissen dem Osten erklaren: "Haltet zu uns, und wir werden Euch helfen, Hungersnot und Seuchen zu vertreiben und allen dort lebenden Menschen einen besseren Lebensstandard zu sichern?"

Koennen wir es versprechen? Sollen wir es tun? Es ist dies eine Frage, ueber die wir uns als Nation so schnell wie moeglich klar werden muessen - um dann bis zum letzten zu unserer Entscheidung zu stehen.

Wie bereits erwahnt, haben die Vereinigten Staaten bewiesen, dass sie in der Lage sind, einen militaerischen Krieg zu fuehren, der in erster Linie von der Produktionskraft abhaengig ist.

Fuer die Art, in der die Vereinigten Staaten auf ideologischen Gebiet Krieg fuehren, haben sie jedoch noch keinen Preis gewonnen. Wir sind mit unseren Propagandadollars zu geizig gewesen. Zu oft haben wir versucht, echt amerikanische, absolut handelstechnische Methoden anzuwenden, um Ideen zu verkaufen, fuer die solche Methoden voellig ungeeignet sind. Wir koennen eine schoene Geschichte erzaehlen - eine viel bessere als die Russen sie je zu bieten vermoegen. Wir haben mehr Waren, die wir verkaufen koennen. Aber verkaufen wir sie tatsaechlich? Und stellen wir in unserem Lande solche Dinge her, die unsere Position im Ausland staerken koennten?

Der Konflikt in Korea ist nicht nur ein Scharmuetzel. Sein Ausgang wird im gewissen Sinn nicht jene Probleme loesen, die durch die verschiedenen Anschauungen entstanden sind.

Wir als Nation sollten uns diese Tatsache jetzt schon vor Augen halten, und wir sollten uns auch darueber im Klaren sein, dass wir nicht, wie ueblich, nach unserer ueblichen Wirtschaftstheorie vorgehen und gewinnen koennen.

Wir muessen vermeiden, uns selbst zum Narren zu halten, und die falsche Idee aufgeben, dass wir diesesmal mit hinter dem Ruecken verschraenkten Haenden gewinnen koennten.

Dieser Krieg nimmt uns ganz in Anspruch. Eine Menge Geld, Arbeitskraefte und Menschenleben werden geopfert werden muessen, bevor er vorueber ist. Frueher oder spaeter muss sich die Nation, wenn sie den grossen Kampf gewinnen soll, vergegenwaertigen, dass wir unser Gehirn ebenso wie unsere Arme anstrengen muessen; zumal Ideen und Ideale ebenso maechtig wie Geschosse sind. Ausserdem sind sie gewoehnlich nicht so kostspielig.

CIO News
VIII/7/1950

LANDKULTIVIERUNG IN ITALIEN SCHAFFT 500.000 ARBEITSPLAETZE

Man erwartet, dass das Landwirtschaftsprogramm des Marshall Plans in Italien, eines der groessten Kultivierungs- und Bewaesserungsprojekte in der europaeischen Geschichte, fuer fast eine halbe Million Menschen bessere und dauernde Arbeitsplaetze schaffen wird.

Diese Voraussage sprach Harry McClelland in Washington aus, der bisherige Leiter der Abteilung fuer Nahrungsmittel und Landwirtschaft der ECA Mission in Italien. Er bezifferte die Zahl der neuen Arbeitsplaetze, die durch das laufende Landwirtschaftsprogramm geschaffen wuerden, auf 150.000 und erklarte, dass die Situation der Landarbeiter durch bessere Arbeitsbedingungen und gesicherte Jahresbeschaeftigung in den meisten Faellen verbessert wuerde.

Das Landwirtschaftsprogramm, das die Anwendung von Hybridenmais und sonstiger neuer Zuchtprodukte der Landwirtschaft in gesteigertem Umfang ermoeegliche, hat den Prozess der landwirtschaftlichen Wiedergesundung Italiens eingeleitet. Im Verlauf des ersten Jahres seien nahezu 100% und in den folgenden Jahren etwa 60% der Kosten durch die Gegenwartfonds des Marshall Plans gedeckt worden.

ECA Labor Information
8/8/50

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 25

Frankfurt, 25. August 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Der "Tag der Arbeit" und seine Geschichte - - - -	1
Belgische Gewerkschafter berichten von ihren Ein- druecken in Amerika - - - - -	3
Oesterreichische Landarbeiter fordern hoehere Loehne - - - - -	4
Weltgewerkschaftsbund lehnt Unterstuetzung Koreas ab - - - - -	5
Britische Gewerkschaften werden vor dem "Stockhol- mer Friedensappell" gewarnt - - - - -	6
Amerikanische Gewerkschaften fordern Hilfe fuer Indien - - - - -	7
Eiserne Disziplin der nordkoreanischen Arbeiter -	8
Hohe Produktionsleistung lohnt sich - - - - -	8
Arbeitsgesetzgebung in Indien - - - - -	11
CIO Funktionaer fordert wirksames Wirtschafts- programm - - - - -	13
CIO gegen Kuerzung des Punkt-Vier-Programms - - -	16

DER "TAG DER ARBEIT" UND SEINE GESCHICHTE

Der "Tag der Arbeit" wird am ersten Montag im September gefeiert. Er ist ein offizieller gesetzlicher Feiertag in den Vereinigten Staaten. Die Idee, einen gesetzlichen Feiertag zu Ehren der Arbeit einzufuehren, stammt von den Gewerkschaften selbst, und die gesetzliche Verwirklichung dieser Idee wurde durch sie eingeleitet und gefoerdert. Heute feiern nicht nur die Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung, sondern die gesamte Bevoelkerung der Vereinigten Staaten diesen Tag und huldigen dem arbeitenden Menschen.

Der "Tag der Arbeit" wird heute in den Vereinigten Staaten von mehr als 16 Millionen organisierter Arbeiter festlich begangen. In allen Gewerkschaftszentren finden Kundgebungen, Demonstrationen, Veranstaltungen, Ausfluege, Reden und Sportfeste statt, die von den Gewerkschaften organisiert werden. Nicht nur die Gewerkschaftsmitglieder mit ihren Frauen und Kindern, sondern darueberhinaus nehmen

Millionen amerikanischer Buerger, die ausserhalb der Gewerkschaftsbewegung stehen, an dieser grossten Feier zu Ehren der Arbeit teil. Ueberall, in den grossen Staedten und den kleinen Doerfchen der Vereinigten Staaten, treffen sich Menschen aus allen Schichten des Volkes, um der Arbeit zu huldigen.

In ganz Westeuropa wird der "Tag der Arbeit" von den Angestellten der Verwaltung fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECA) gefeiert werden, der zahlreiche Vertreter amerikanischer Gewerkschaften angehoren.

Das Amt des europaeischen Sonderbotschafters in Paris und die ECA-Missionen der meisten Teilnehmerstaaten beschaeftigen aktive Gewerkschafter in Schluesselstellungen, die am europaeischen Wiederaufbauprogramm mithelfen. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung, die den Marshall Plan von Anfang an unterstuetzt hat, hat viele faehige Funktionaere dieser Organisation zur Verfuegung gestellt, damit sie der Sache des Wiederaufbaues und des Friedens dienen koennen.

Der "Tag der Arbeit" geht, verglichen mit seinen ersten Urspruengen, weit ueber die Traeume und Hoffnungen der urspruenglichen Foerderer und Gruender dieses Tages hinaus.

Am ersten Montag im September des Jahres 1882 fuehrte Peter McGuire, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Zimmerleute, in New York eine Gewerkschaftskundgebung durch. Im gleichen Jahre unterbreitete er der Zentral-Gewerkschaft von New York den Vorschlag, einen bestimmten Tag des Jahres als allgemeinen Feiertag fuer das arbeitende Volk vorzusehen.

Zu dieser Zeit hatte die organisierte Gewerkschaftsbewegung schwere Kaempfe zu fuehren und musste um diesen Feiertag hart kaempfen. In opfervollen Streiks der Eisenbahner, der Bergleute und der Arbeiter der Eisen-Industrie war es den Gewerkschaften gelungen, gesetzgeberische Massnahmen wie z.B. das Heimstaetten-Gesetz als Landesgesetze durchzusetzen. Bei jener historischen Kundgebung sangen die Arbeiter eines jener Lieder, die die traditionelle Entschlossenheit und Kampfbereitschaft der Gewerkschaften zum Ausdruck brachten:

Millionen Schaffender wachen jetzt auf,
Seht, wie sie vorwaerts marschieren;
Die Tyrannen sie beben und zittern zuhauf,
Bald werden sie die Macht verlieren.

Ihr Ritter der Arbeit, beseitigt die Maechte
Kaempft fuer Freiheit und Brot,
Fuer alle Menschen die gleichen Rechte.
Kampf den Tyrannen, Kampf der Not.

Die Idee eines gesetzlichen und nationalen Feiertages der Arbeit fand ueberall Anklang.

Im ganzen Lande wurden von den Gewerkschaftsorganisationen Entschliessungen gefasst und an die lokalen, einzelstaatlichen und bundesstaatlichen gesetzgebenden Koerperschaften weitergeleitet. Inzwischen feierten die Mitglieder der organisierten Gewerkschaftsbewegung am ersten Montag im September der Jahre 1883 und 1884 ihren Tag der Arbeit mit Kundgebungen und Demonstrationen. Im Jahre 1884 forderten die Pioniere der Gewerkschaftsbewegung in der Generalversammlung, dass der erste Montag im September zum Feiertag der Arbeit erklaert und gesetzlich als solcher festgelegt werden solle.

Am 21. Februar 1887, 5 Jahre nach der ersten Kundgebung am Tage der Arbeit, wurde im Staate Oregon, in einer Entfernung von

mehr als 3000 Meilen von New York auf der anderen Seite des amerikanischen Kontinents ein Gesetz erlassen, in dem der erste Montag im September zum gesetzlichen Feiertag unter dem Namen "Tag der Arbeit" erklart wurde. Am 15. Maerz entstand in Colorado ein aehnliches Gesetz. Dann folgten New York, New Jersey und Massachusetts. Die Gewerkschaftsbewegung fuehrte jetzt einen Feldzug zur Schaffung eines Gesetzes fuer die ganze Nation, und am 26. Juni 1894 vollendete der Kongress seine Arbeit in dieser wichtigen gesetzgeberischen Angelegenheit. Zwei Tage spaeter unterzeichnete Praesident Cleveland die Vorlage, die somit zum Gesetz wurde. Samuel Gompers, der damalige Praesident der AFL, einer der bedeutendsten Pioniere der Gewerkschaftsbewegung Amerikas, erhielt jene Feder, mit der Praesident Cleveland dieses Gesetz unterschrieb und die heute noch von den Gewerkschaften aufbewahrt wird.

Gompers erklarte damals: "Der Tag der Arbeit unterscheidet sich wesentlich von den anderen Feiertagen des Jahres und denen aller anderen Laender. Alle anderen Feiertage sind mehr oder weniger mit der Erinnerung an Konflikte und Kaempfe verbunden, die aus der Ueberlegenheit des Einen ueber den Anderen, aus Streit und Uneinigkeit, aus Geldgier oder Machtgeluesten, oder aus dem Sieg einer Nation ueber die andere entstanden sind."

Der "Tag der Arbeit" dagegen bedeutet eine neue Epoche in den Annalen der Geschichte der Menschheit. Er ist zugleich ein Manifest der Anerkennung des Kampfes der Massen gegen Tyrannei und Ungerechtigkeit, er ist ein Ansporn fuer Maenner, Frauen und Kinder unserer Zeit, fuer das Recht zu kaempfen, und er gibt uns die Hoffnung, dass wir das Ziel, das wir uns fuer die gesamte Menschheit gesetzt haben, erreichen werden.

Der "Tag der Arbeit" ist in den Vereinigten Staaten laengst selbstverstaendlich geworden und so wie die Mitgliederstaerke der Gewerkschaftsbewegung waechst, wie sie reifer wird und in den zahlreichen Sektoren der amerikanischen Gemeinschaft aufgeht, so wird dieser Tag fuer alle Amerikaner an Bedeutung gewinnen.

Arbeitsmitteilungen der ECA
VIII/8/50

BELGISCHE GEWERKSCHAFTER BERICHTEN VON IHREN EINDRUECKEN IN AMERIKA

Die hohe Produktionsleistung und der hohe Lebensstandard der amerikanischen Arbeiter sind in erster Linie auf die grossen Absatzmaerkte fuer die Erzeugnisse der amerikanischen Industrie zurueckzufuehren.

Diese Feststellung traf eine belgische Gewerkschaftergruppe, die soeben von einer Studienreise durch Amerika zurueckgekehrt sind.

Die siebenkoepfige Gruppe besuchte die Vereinigten Staaten im Auftrage der Marshall-Plan-Verwaltung der drei grossen Gewerkschafts-verbaende Belgiens, um die Produktionsleistung und die Wechselbeziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern in diesem Lande zu studieren.

Die Besucher waren von dem hohen Lebensstandard des Durchschnittsarbeiters beeindruckt und berichteten, dass "der Lebensstandard der amerikanischen Arbeiter auf seinem hohen Produktionsleistungsstand beruht. Dieser wiederum ist ein Ergebnis der riesigen inlaendischen Absatzmaerkte."

Das kleine Belgien verfuegt nicht ueber einen derart umfangreichen Inlandsbedarf, der aureichen wuerde, eine so hohe Produktionsleistung aufzunehmen, und deshalb muss Belgien Absatzmaerkte im Ausland finden.

Die Mitglieder der Gruppe sind der Auffassung, dass fuer gewisse belgische Erzeugnisse eine grosse Nachfrage in Amerika bestehen wuerde, wenn die Vereinigten Staaten ihre Einfuhrzoelle ermaessigten. In Europa halten sie eine Erweiterung und Vertiefung des wirtschaftlichen Zusammenschlusses, wie im Fall der Benelux Staaten, fuer notwendig.

Mit diesen neuen, verhaeltnismaessig leicht zugaenglichen Absatzmaerkten hofft die Gruppe auf eine beträchtliche Erhoehung der Produktionsleistung in Belgien, die zugleich hoehere Loehne und eine kuerzere Arbeitszeit bedeutet.

Die belgischen Gewerkschafter stellten nur ein geringes Klassenbewusstsein unter den amerikanischen Arbeitern fest. Sie berichteten, dass besonders der Arbeiter ueberwiegend mit dem Bewusstsein lebe, amerikanischer Buerger zu sein. Sein Interesse gaelte sodann seiner Gewerkschaft, sei jedoch kaum in Richtung eines Klassenbewusstseins orientiert. "Der amerikanische Arbeiter ist unabhaenger als seine belgischen Kollegen und verlaesst sich weniger auf die Unternehmer. Die Gruppe wohnte einigen Sitzungen der Beschwerdeausschuesse bei und war von der Tatsache beeindruckt, dass sich der amerikanische Gewerkschafter seinem Unternehmer gegenueber als gleichberechtigt betrachtet.

"Diese Auffassung ist traditionsghemass in Belgien ueberhaupt nicht vorhanden. Diese Gruppe hofft jedoch, die in Belgien vorherrschenden Anschauungen zu gegebener Zeit aendern zu koennen."

Die Belgier beschafften sich weiterhin einen Einblick in das amerikanische Tarifverhandlungswesen und stellten fest, dass die amerikanischen Gewerkschaften nach einem praktischen und keinem theoretischen Programm arbeiten, was ihnen schnelle und wertvolle Erfolge einbringt. Die Besucher betonten, dass der Lebensstandard und die Arbeitsbedingungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wesentlich besser als die der nichtorganisierten seien.

Die belgischen Gewerkschaftsfuehrer waren der Meinung, dass in der Arbeitsgesetzgebung der verschiedenen amerikanischen Staaten, die sie besucht hatten, sehr grosse Unterschiede aufweist. Besonders kritisch war ihre Haltung den sozialen Versicherungsgesetzen der Vereinigten Staaten gegenueber und sie erklarten, dass die wirtschaftliche Lage eines Arbeiters, der nicht im zwischestaatlichen Handel beschaeftigt sei und nicht unter die Bestimmungen der bundesstaatlichen Arbeitsgesetze falle, viel zu wuenschen uebrig lasse. Der amerikanische Arbeiter erspare trotz seines hohen Lebensstandards nicht genuegend Geld, und die soziale Versicherung sei im Falle ernsthafter Wirtschaftskrisen recht unzuellaenglich.

Arbeitsmitteilungen der ECA

OESTERREICHISCHE LANDARBEITER FORDERN HOEHERE LOEHNE

Wie in vielen anderen Laendern ist auch die Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich bemueht, die Lebensbedingungen der Arbeiter, die die geringsten Loehne erhalten, zu verbessern - und das sind in Oesterreich die Landarbeiter. Ein gelernter Landarbeiter verdient heute ausser der Abgeltung in Naturalien monatlich durchschnittlich 150 Schillinge, - dies reicht gerade aus, ein Paar billige Schuhe zu kaufen.

Der Kampf der Landarbeiter um einen fuer das ganze Land verbindlichen Tarifvertrag ist vier Monate lang ohne Ergebnis gefuehrt worden, bis auf einer Konferenz die Gewerkschaftsfunktionaere beschlossen, einen Streik auszurufen, wenn bis zum 19. Juni kein Vertrag erzielt

sei. Daraufhin unterzeichneten die Arbeitgeberorganisation in bestimmten Laendern Oesterreichs mit der 60.000 Mitglieder starken Land- und Forstarbeitergewerkschaft einen Vertrag, der wesentlich bessere Bedingungen als der fruhere enthaelt. Die monatlichen Loehne in bar sind bei freier Unterkunft, Heizung, Licht und Brennstoff von 70 auf 100 Schillinge erhoehrt worden. Eine neue Bestimmung des Vertrages sieht vor, dass die Arbeiter und ihre Familien das Recht haben, von den Bauern Nahrungsmittel zu Preisen zu kaufen, die in einer besonderen Liste niedergelegt sind.

In anderen oesterreichischen Laendern konnten die streikenden Landarbeiter aehnliche Erfolge erzielen. In der Steiermark haben sich die Arbeitgeber jedoch unnachgiebiger gezeigt und versucht, die Streikenden durch Drohungen und Polizeimassnahmen einzuschuechtern. Auch hat man Streikbrecher eingestellt, deren Loehne viel hoer als die von der Gewerkschaft geforderten lagen. Eine der Laenderregierungen hat sogar beschlossen, bei Tarifverhandlungen nur die von den Arbeitgebern errichteten "gelben" Gewerkschaften als Verhandlungspartner anzuerkennen.

Keine dieser Massnahmen hat die Haltung der Landarbeiter aendern koennen, die aus allen Teilen des Landes und besonders von den Industriearbeitern zahlreiche Solidaritaetserklaerungen erhielten.

Es ist nicht uninteressant festzustellen, dass in den Oesterreich angrenzenden Teilen Westdeutschlands die Moeglichkeit eines aehnlichen Landarbeiterstreiks besteht, nachdem die Lohnverhandlungen abgebrochen werden mussten. Die deutschen Gewerkschaften sind der Auffassung, dass die Arbeitgeber mit ihrer Weigerung einen Druck auf die Bundesregierung ausueben und damit durchsetzen wollen, dass der Brotpreis erhoehrt wird.

Information Bulletin des IBFG
VII/26/50

WELTGEWERKSCHAFTSBUND LEHNT UNTERSTUETZUNG KOREAS AB

Auf die Frage, ob sie ihre Einrichtungen und Hilfsquellen dem Vereinigten Oberkommando in Korea zur Loesung der Probleme der Zivilbevoelkerung zur Verfuegung stellen wollten, gaben die beiden Gewerkschaftsbuende vor einer Konferenz des Sozial-Ausschusses des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen in Genf eine voellig verschiedene Antwort.

Toni Sender erklarte im Namen des neugegruendeten, nichtkommunistischen Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, dass die freie Gewerkschaftsorganisation bei der Loesung aller Probleme tatkraeftig mithelfen wuerde, die in den wiederbesetzten Gebieten auftauchen koennten, und dass sie mit allen ihr zur Verfuegung stehenden Mitteln "die Opfer der Aggression in Korea" unterstuetzen wuerde.

Georges Fisher, der Vertreter des von den Kommunisten beherrschten Weltgewerkschaftsbundes, erklarte dagegen, dass sich diese Organisation weigern wuerde, sich an Hilfeleistungen fuer die notleidende Zivilbevoelkerung im Gebiet der Vereinten Nationen zu beteiligen, selbst wenn er den WGB darum ersuchte.

Der Ausschuss befasste sich mit einer vor kurzem gefassten Entschliessung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, in der zur Unterstuetzung der Zivilisten aufgerufen wird, die in dem unter dem Oberkommando der Vereinten Nationen stehenden Gebiet von Korea wohnen. Fisher lehnte diese Entschliessung und auch die Taetigkeit

der Vereinten Nationen in Korea ab und stellte im Namen des WGB die Forderung, sowohl die nord- als auch die suedkoreanischen Zivilisten zu unterstuetzen. Der Vorsitzende des Ausschusses C. G. Corley-Smith, Grossbritannien, stellte fest, dass die Erklaerung Fishers "voellig abwegig" sei, weil vor dem Komitee nur die Entschliessung des Sicherheitsrates zur Debatte stand. Seine Absage an den Sprecher des WGB wurde von dem Ausschuss gebilligt, der sich weigerte, weitere Argumente des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes anzuhoeren.

Arbeitsmitteilungen der ECA
VIII/14/50

BRITISCHE GEWERKSCHAFTEN WERDEN VOR DEM "STOCKHOLMER FRIEDENS-APPELL" GEWARNT

Unter den Resolutionen, die zur diesjaehrigen Jahreskonferenz der Labour Partei eingereicht wurden, befindet sich eine, in der versichert wird, dass "der Marshall-Plan Grossbritannien und den Laendern Westeuropas in den letzten drei Jahren eine unermessliche Hilfe geleistet hat." Gefasst wurde diese Entschliessung von der Gewerkschaft der Arbeitnehmer oeffentlicher Betriebe, die mit ihren mehr als 800.000 Mitgliedern die zweitgrosste Gewerkschaft Grossbritanniens ist. In der Resolution, ueber die die Jahreskonferenz der Labour Partei in der ersten Oktoberwoche in Margate abstimmen wird, heisst es:

"Die Konferenz erklaert, dass der Marshall-Plan Grossbritannien und den Laendern Westeuropas in den letzten drei Jahren eine unermessliche Hilfe geleistet hat, denn ohne ihn waere der Kampf gegen die Wirren und Zerstoerungen der Nachkriegsjahre laenger und aufreibender gewesen.

"Wir sind dem amerikanischen Volke deshalb fuer seine rechtzeitige und grosszuegige Hilfe zu unserer Wiedergesundung und unserem wirtschaftlichen Wiederaufbau grossen Dank schuldig.

"Die Konferenz weiss die Fortschritte unserer Wirtschaft zu schaetzen, sie weist aber darauf hin, dass die Zeit naht, in der unser Lebensstandard von unseren eigenen Mitteln abhaengen wird, und es ist deshalb von ausschlaggebender Bedeutung, dass wir unentwegt an der Steigerung unserer Leistungsfahigkeit und der Produktion unserer Industrien arbeiten.

"Die Konferenz sichert der Labour Regierung ihre volle Unterstuetzung in allen Massnahmen zu, die zur Erweiterung der Produktion und des Aussenhandels ergriffen werden und eine guenstige Zahlungsbilanz und die Erhaltung der Vollbeschaeftigung sichern."

Auf der Jahreskonferenz der Labour Partei, die die politischen Richtlinien der britischen Gewerkschaftsbewegung festlegen wird, werden sowohl die meisten britischen Gewerkschaften vertreten sein, die der Labour Partei unmittelbar angehoren, als auch die "getrennte Labour Partei," in der viele Gewerkschafter Einzelmitglied sind.

An alle oertlichen Stellen der Labour Partei wurde in dieser Woche die Warnung gerichtet, sich vor Versuchen in acht zu nehmen, die sie noch vor der Konferenz zu stalinfreundlichen Resolutionen verleiten wollen. "Man wird sagen," erklaerte Victor Feather, der stellvertretende Sekretaer des britischen Gewerkschaftsbundes (TUC), "dass die selbstaendigen Labour Parteien von den Gewerkschaften ueberrannt werden. Man wird versuchen, den Delegierten der oertlichen Organisationen der Labour Partei vorzugaukeln, dass sie von

den Gewerkschaften tyrannisiert werden, und dass sie dem Sozialismus einen guten Dienst erweisen, wenn sie sich von den Gewerkschaften lossagen. Man wird bemueht sein, die selbstaendigen Organisationen der Labour Partei glauben zu machen, dass sie an der Nase herumgefuehrt werden, und dass ihre eigene Exekutive ein doppeltes Spiel betreibt."

Feather wies im besonderen darauf hin, dass an die Hintermaenner der kommunistischen Partei Befehle ergangen seien, die Konferenz der Labour Partei in eine sogenannte "Friedenskundgebung" umzuwandeln. Die Theoretiker der kommunistischen Partei haetten niemals an den Frieden geglaubt. Er sei fuer sie nur ein politisches Werkzeug.

Sowohl der britische Gewerkschaftsbund (TUC) als auch die Labour Partei forderten die ihnen angeschlossenen Organisationen auf, sich in keiner Weise in die kommunistisch beherrschte Kampagne des britischen Friedenskomitees zugunsten des "Stockholmer Friedensapells" einspannen zu lassen.

Arbeitsmitteilungen der ECA
VIII/9/50

AMERIKANISCHE GEWERKSCHAFTEN FORDERN HILFE FUER INDIEN

Bevor die Fernost-Delegation des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften Neu-Delhi verliess, um den naechsten Abschnitt ihrer Missionsreise anzutreten, war es ihr moeglich, mit dem indischen Premierminister Pandit Nehru zusammenzukommen und mit ihm die wichtige Rolle zu besprechen, die die freien Gewerkschaften in der dringenden Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung in Indien zu spielen haben.

In einer Verlautbarung, die nach der Konferenz veroeffentlicht wurde, wies die Delegation auf die Tatsache hin, dass das grundlegende "Wirtschaftsproblem Indiens die Notwendigkeit einer Ausdehnung seiner Kapitalstruktur sei, und dass die Gefahr einer zunehmenden Arbeitslosigkeit bei den besonderen Verhaeltnissen in Indien solange bestuende, als eine derartige Ausdehnung nicht von der Forderung der Gewerkschaften nach einem verbesserten Lebensstandard begleitet sei.

"Die Schwierigkeit des Problems liegt darin," erklarte ein Mitglied der Delegation, "dass die indischen Kapitalisten grosse und schnelle Gewinne beanspruchen und damit den gleichen Fehler begehen wie ihre Ebenbilder im zaristischen Russland und im heutigen Frankreich und Italien."

Mit auslaendischem Privatkapital allein koennten Indiens Probleme niemals geloest werden. "Was Indien braucht, sind Dinge, die mit Privatkapital nicht beschafft werden koennen, so z.B. die Entwicklung der kuenstlichen Bewaesserung und der Aufforstung."

Die amerikanischen Mitglieder der Delegation zeigten den gegenwaertigen Bemuehungen Amerikas zur Unterstuetzung wirtschaftlich unterentwickelter Laender gegenueber eine kritische Einstellung. Diese Hilfe ist ihrer Meinung nach "viel zu gering und kommt viel zu spaet." In einer telegrafischen Sonderbotschaft an den CIO unterstrich John Brophy, ein amerikanisches Mitglied der Delegation, diesen Punkt und fuehrte aus: "Die asiatischen Laender muessen in ihrem Kampf um Freiheit gegen die Bedrohung des Kommunismus von den freien Voelkern der westlichen Welt unterstuetzt werden. Mit der Kuerzung der Geldmittel des Punkt-Vier-Programms von 35 auf 10 Millionen Dollar, hat der Bewilligungsausschuss des Senats die Sache der Demokratie in Suedostasien erheblich geschwaecht. Die Dele-

gation des IBFG fordert den CIO nachdruecklich auf, alles zu tun, damit diese Kuerzung nicht durchgefuehrt wird."

Die Delegation hat sich jetzt in zwei Gruppen aufgeteilt, deren eine sich nach Tokio, Kalkutta, Dacca und Chittagong begeben wird, um sich mit der anderen Gruppe in Bangkok wieder zu treffen.

Information Bulletin des IBFG
VII/26/50

EISERNE DISZIPLIN DER NORDKOREANISCHEN ARBEITER

Nordkoreanischen Quellen und der kommunistischen Tageszeitung "Der Arbeiter" zufolge ist Nordkorea eine "demokratische Volksrepublik."

Ein entsprechender Kabinettsbeschluss, der soeben in Washington verfuegbar wurde, enthaelt folgende Bestimmungen:

Die Arbeiter muessen die "Arbeitsdisziplin" wahren und die Befehle ihrer Vorgesetzten "rechtzeitig und genau" ausfuehren; sie duerfen mit "Angelegenheiten, die sie nichts angehen," keine Zeit vergeuden; sie muessen die Produktionsquoten "erfuellen und uebertreffen"; sie muessen sich "liebepoll um Material, Maschinen, Werkzeuge usw. kuennern und schonend damit umgehen"; sie muessen das "Geheimnis des Betriebes wahren."

Verletzungen dieser Bestimmungen ziehen Bestrafung durch die Betriebsleitung und das Gericht nach sich. Es gibt keine Berufung. Wer laenger als 30 Minuten von seinem Arbeitsplatz entfernt bleibt, gilt als abwesend und verliert damit das Anrecht auf seine Lebensmittelration. Diejenigen, deren Arbeitsleistung unter der Norm liegt, werden "nach den gesetzlichen Bestimmungen und den Verordnungen des Staates materiell zur Verantwortung gezogen, dies schliesst Verweis und Bestrafung nicht aus."

Ohne Genehmigung des Arbeitgebers kann niemand den Arbeitsplatz oder seinen Beruf wechseln; wer irgendeiner dieser Bestimmungen zuwiderhandelt, und "nicht ausfindig gemacht werden kann oder auf eine Mitteilung nicht antwortet", kann von dem Arbeitgeber bestraft werden, ohne dass der Betroffene eine Erklaerung vorbringen kann.

Arbeitsmitteilungen der ECA
VIII/9/50

HOHE PRODUKTIONSLEISTUNG LOHNT SICH

Eine 42-prozentige Steigerung der Produktionsleistung in einer Kopenhagener Schuhfabrik hat in ueberzeugender Weise bewiesen, wie sich diese zum Vorteil der Arbeiter und Verbraucher ausgewirkt hat.

Diese 42-prozentige Erhoehung der Arbeitsleistung der Arbeiter seit 1939 bedeutet: 1) eine Erhoehung der Beschaeftigtenziffer um etwa 23%; 2) eine Lohnerhoehung fuer alle Arbeitnehmer; 3) ein Preisrueckgang der von der Fabrik hergestellten Schuhe um 10%; 4) eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen und 5) einen Arbeitsaufwand des einzelnen Arbeiters, der nicht hoeher ist als vor dem Beginn der Massnahmen zur Steigerung der Produktionsleistung.

Anstatt angetrieben zu werden, werden die Arbeiter, die schneller arbeiten, als es die wissenschaftlich erarbeitete Norm vor-

schreibt, tatsaechlich aufgefordert, ihr Arbeitstempo zu verringern. Nach den Bestimmungen der Betriebskrankenkasse dieser Fabrik zahlt die Firma einem wegen Krankheit abwesenden Arbeiter drei Monate lang seinen Lohn, und es ist festgestellt worden, dass Krankheit, die auf Ueberanstrengung zurueckzufuehren ist, sowohl dem Einzelnen als auch dem Unternehmen letzten Endes nur Verlust an Zeit, Arbeitsfaehigkeit und Geld einbringt.

Berichte des Unternehmens zeigen auf, dass im Jahre 1939 die taegliche Produktionsleistung dieser Fabrik je Arbeiter 2,8 Paar Schuhe betrug. Im zweiten Quartal 1950 war sie auf 4 Paar Schuhe je Arbeitstag gestiegen. In den 15 Monaten von Januar 1949 bis April 1950 hatte sich der Ausstoss weiter von 3,6 auf 4,0 Paar Schuhe erhoehrt.

In diesen 15 Monaten stieg die Zahl der Arbeitnehmer von 131 auf 158. Im gleichen Zeitraum ging die taegliche Gesamtproduktion an Schuhen von 465 auf 622 Paar in die Hoehe. Die Verbraucherpreise fuer diese Schuhe wurden gleichzeitig um 10% reduziert.

Der Betriebsleiter K. B. Larsen macht fuenf Faktoren fuer die bedeutende Steigerung der Produktionsleistung des Betriebes verantwortlich: 1. Modernisierung und Gruppierung der Betriebsanlagen; 2. gute Wechselbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern; 3. Anwendung der Ausbildungsmethoden des betriebstechnischen Schulungsprogramms; 4. Auswertung von Zeit- und Bewegungsstudien und 5. ein neues kostenaufzeigendes System der Buchhaltung.

Die Modernisierung und die Verbesserung der Gruppierung der Werksanlagen machten den Kauf neuer Naemaschinen, die Einrichtung eines Transportbandsystems und die Anbringung einer besseren Beleuchtungsanlage erforderlich. Die neuen Maschinen sind vor allem in England und den Vereinigten Staaten gekauft worden. Die Verbesserung der Beleuchtungsanlagen in der Zuschneidewerkstatt hat zu einer durchschnittlichen Erhoehung der Lux-Zahl von 20 auf 600 je Arbeitsplatz gefuehrt. Die von Larsen vorgelegten Betriebsstatistik zeigt, dass der woechentliche Elektrizitaetsverbrauch von 31.000 Kilowatt im Jahre 1944 auf 73.000 Kilowatt in der Gegenwart angestiegen ist.

Durch die Einrichtung der zwei Transportbaender ist die Leistungsfahigkeit der Maschinenarbeiter in einer Werkstatt beträchtlich erhoehrt worden. Die Arbeiter, die parallel zum Transportband an ihren Maschinen sitzen, betaeligen nur einen Knopf, um dem Arbeiter am Ende des Transportbandes anzuzeigen, was sie benoetigen. Dort befindet sich ein elektrisches Schaltbrett mit farbigen Lichtern. Das Material wird dann auf dem Transportband zu dem betreffenden Arbeitsplatz befoerdert. Frueher, als dieses Transportband noch nicht eingebaut war, musste jeder Arbeiter viel Zeit vergeuden und seine Maschine verlassen, um sich das benoetigte Material zu holen.

Am Ende des Transportbandes oeffnet sich eine Gleitbahn, die zum naechsten Fertigungsprozess in der tieferliegenden Werkstatt fuehrt. Ueber diese Gleitbahn gelangen die Arbeitsstuecke in den Raum, wo die letzten Fertigungsprozesse durchgefuehrt werden.

Larsen hob besonders die Bedeutung der Wechselbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern fuer die Foerderung einer gesteigerten Produktionsleistung hervor. Das Unternehmen hat mit den daenischen Gewerkschaften einen Vertrag abgeschlossen und ist verpflichtet, die im Lohnarif vorgesehenen Loehne zu zahlen. Larsen erklarte jedoch, dass die Unternehmer in vielen Faellen aus eigener Initiative heraus hoehere Loehne zahlten. "Wenn wir feststellen," sagte er, "dass ein Arbeiter mehr produziert und dadurch Anspruch auf einen hoeheren Verdienst hat, dann steigern wir seinen Lohn."

"Die Idee, dass hoehere Produktionsleistungen wuensenswert sind, fand bei den Arbeitern zu Anfang nur wenig Anklang. Ihr Widerwille kam darin zum Ausdruck, dass sie sich den Zeit- und Bewegungsstudien widersetzen. Noch vor drei Jahren war ihre Opposition so stark, dass sie mit Streik drohten, wenn eine neue Maschine eingefuehrt werden sollte. Sie wollten zuerst nicht glauben, dass die Erhoehung der Loehne nur auf die gesteigerte Produktionsleistung zurueckgefuehrt werden muss, denn sie wussten, dass sie nicht schwerer zu arbeiten hatten." Seit jener Zeit hat sich die Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern jedoch hoechst zufriedenstellend entwickelt.

Viele Erfolge dieses Unternehmens in der Arbeitsweise des Betriebes und den Wechselbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, so erklarte Larsen, beruhten auf der Anwendung der Methoden des innerbetrieblichen Schulungsprogramms. "Viele unserer Probleme wurzeln in der Haltung des Menschen, und wir sind mit Erfolg bemueht, unter Zuhilfenahme des innerbetrieblichen Schulungsprogramms alle Vorgesetzten zum klugen Handeln zu erziehen." Niemand koenne in der Fabrik Vorgesetzter werden, wenn er nicht an einem Ausbildungskursus im Rahmen dieses Programms teilgenommen habe. Er berichtete ausserdem, dass auch die Betriebsraete sich an einem aehnlichen Kurs beteiligen muessten, und dass ihnen die gleichen Informationen zur Verfuegung stueuden, die den Vertretern des Unternehmers gegeben wuerden.

Die Unternehmer wenden das Zeit- und Bewegungsstudium an, und auch auf diesem Gebiete wuerde den Gewerkschaftsfunktionaeren die gleiche Ausbildung zuteil wie den Vertretern der Arbeitgeber. Die allgemeine Politik gehe dahin, die Arbeiter ueber alles, was vor sich geht, zu unterrichten.

Vor zwei Jahren sei ein neues System der Buchhaltung eingefuehrt worden, das auf der Kostenfeststellung beruhe. Dadurch wuerde eine genaue Ueberpruefung aller Arbeitsgaenge im einzelnen und innerhalb einer gesamten Abteilung ermoeoglicht.

Larsen erklarte ferner, dass die Arbeitswoche in Zeit gemessen wuerde und die Norm 2810 Minuten woeentlich betrage. "Wir wissen dadurch genau, wieviel jeder Arbeiter gearbeitet hat."

In dem Verlangen der Arbeiter, unter anstaendigen und wuerdigen Verhaeltnissen zu arbeiten, sieht Larsen einen positiven Pluspunkt fuer die Steigerung von Produktion und Produktionsleistung; er fordert jedoch von den Unternehmern, dass sie alles tun, um diese Verhaeltnisse zu schaffen und zu erhalten.

Ein anderer Faktor, der zu den guten Wechselbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beitrage, sei die Tatsache, dass der Belegschaft Berichte zur Verfuegung stehen und die Arbeiter jederzeit in die Betriebsstatistik des Unternehmens Einblick nehmen koennen. Regelmassige monatliche Zusammenkuenfte, denen Arbeitgeber und Arbeiter beiwohnen, seien den gemeinsamen Problemen gewidmet, die eingehend und offen besprochen wuerden.

Zur Zeit wird die Werkkantine vergroessert, damit den Arbeitern dort Mahlzeiten vom fruehen Morgen bis zum Verlassen des Werkes verabreicht werden koennen. Einmal nachmittags wird den Arbeitern eine Tasse Kaffee gereicht. Der Betrieb verfuegt ueber Umkleideraume mit abgeschlossenen Schraenken und ueber Duschräume; man ist dabei, die Duschen in den Umkleideraumen der Frauen zu installieren.

"Wir glauben," so schloss Larsen, "dass es fuer die Gesinnung unserer Leute sehr wichtig ist, dass man sich um sie kuemmert. Sie werden dafuer ihr Bestes zum erfolgreichen Arbeiten unseres Betriebes geben."

Arbeitsmitteilungen der ECA
VII/24/50

ARBEITSGESETZGEBUNG IN INDIEN

Die Arbeitslage war in der letzten Periode ziemlich gesund. Die industrielle Unrast ist im Abklingen begriffen und auch das Fernbleiben von der Arbeit weniger ausgeprägt. Die Arbeitsverdienste hielten ziemlich Schritt mit den erhöhten Lebenskosten mit dem Ergebnis, dass der Rückgang der Realloehne gering war. Die Arbeitsgesetzgebung hat Fortschritte in der Regelung der Arbeitsbedingungen, der Erhöhung des Wohlfahrtsstandards, und der Sicherung weiterer Erleichterungen an die Arbeiterschaft gemacht. Die bemerkenswertesten der kürzlich erlassenen Gesetzgebungen sind: Das Mindestlohngesetz, das staatliche Angestellten-Versicherungsgesetz und das Fabrikgesetz von 1948.

Im Jahre 1947 betrug die Anzahl der verlorenen Arbeitstage 16,56 Millionen, verglichen mit 12,72 Millionen im Jahre 1946, und 4,99 Millionen im Jahre 1939. Diese Verschlechterung der Industriebeziehungen war ein Hemmschuh fuer die Industrieproduktion, die ihrerseits einen schaedlichen Einfluss auf die nationale Wirtschaft hatte. Um einer Intensivierung der Produktion den Weg zu ebnen, mussten die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern verbessert werden. Im Hinblick darauf kam im Dezember 1947 die Zentralregierung ueberein, eine Konferenz der Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber und der Zentral- und Provinzialregierungen einzuberufen. Bei dieser Konferenz beschlossen beide, Arbeiter und Arbeitgeber, den Burgfrieden waehrend der naechsten zwei Jahre aufrechtzuerhalten. Die Wirkung dieses Abkommens ueber die Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zeigte sich im naechsten Jahr, wo als Ergebnis der Streitigkeiten die verlorenen Arbeitstage auf 7,84 Millionen zurueckgingen. Diese Verbesserung wurde im Jahre 1949 aufrechterhalten. Waehrend der ersten sieben Monate des Jahres betrug die Anzahl der verlorenen Arbeitstage 4,88 Millionen, verglichen mit 6,22 Millionen in der Parallelzeit des Vorjahres.

Als Ergebnis besserer Arbeitsorganisation und auch als Folge der Regierungspolitik haben die Industrieloehne waehrend des Krieges und nachher mit den ansteigenden Preisen ziemlich Schritt gehalten. Im ganzen hatte die Arbeiterschaft nur einen sehr geringen Rueckgang in ihren Realloehnen zu verzeichnen. Die durchschnittlichen Jahresverdienste der Fabrikarbeiter in der Provinz Bombay erhoelten sich von 370 R. im Jahre 1939 auf 814,7 R. im Jahre 1945 oder um 120 % waehrend die Lebenskosten in der Stadt Bombay in der gleichen Periode von 103 auf 224 oder um nahezu 128 % stiegen. Um noch einige weitere Beispiele zu nennen: In Assam erhoelten sich die durchschnittlichen Jahresverdienste von 263,7 R. im Jahre 1939 auf 820,4 R. im Jahre 1948 oder um 210 %. In dieser Provinz betrug die Erhoehung der Arbeiterloehne 24 % zwischen dem Jahre 1945 und 1949, waehrend die Erhoehung der Lebenskosten 30 % ausmachte. In Uttar Pradesh erhoelten sich die Arbeitsloehne je Kopf zwischen 1939 und 1948 von 235,6 R. auf 387,1 R. - eine Erhoehung um 235 % - waehrend die Lebenskosten im hauptsaechlichsten Industriezentrum dieser Provinz, in Kanpur, von 105 auf 315 oder um 200 % anstiegen.

Der erste Schritt zur Festlegung von Mindestloehnen wurde im April 1946 unternommen, als die Mindestlohnvorlage der zentralgesetzgebenden Versammlung unterbreitet wurde. Die Vorlage wurde angenommen und im Maerz 1948 zum Gesetz erhoben. Sie ist unter der Bezeichnung "Mindestlohngesetz" bekannt. Dieses sieht Massnahmen vor zur Festlegung von Mindestloehnen bei Anstellungsverhaeltnissen, wo Schwerarbeit vorherrscht oder wo eine weitgehende Moeglichkeit der Ausmuetzung der Arbeitskraefte besteht. Die in der zusaetzlichen Liste des Gesetzes aufgefuehrten Industrien, wo die zu bezahlenden Mindestloehne durch die Zentral- oder Provinzialregierungen festzulegen sind, umfassen Reis-, Dal- (eine indische Linsenart) oder Mehlmuehlen, Tabakfabriken, Plantagen, Oelmuehlen, Strassen- und Haeuserbau, Gerbereien und Lederfabriken, Lackproduktion, Glimmerwerke, oeffentliche Motortransporte und Landwirtschaft.

Was die Massnahmen fuer die soziale Sicherheit anbelangt, ist das fruehste Gesetz dafuer das Arbeiterentschaedigungsgesetz von 1923. Dieses Gesetz wurde im Jahre 1934 revidiert, wobei die Revision auf den Empfehlungen der koeniglichen Arbeitskommission basierte. Dieses Gesetz sieht die Zahlung von Entschaedigungen durch die Arbeitgeber an die Arbeiter im Falle von Verletzungen vor, die durch Unfaelle bei und waehrend der Arbeit entstehen.

Das Spar- und Gratifikationsplangesetz fuer Kohlenbergwerkarbeiter vom Jahre 1948 sieht die Errichtung eines obligatorischen Unterstuetzungsfonds und die Entrichtung von Dienstleistungs- und Produktionsgratifikationen an Kohlenbergwerkarbeiter vor.

Die wichtigste Gesetzgebung im Hinblick auf Massnahmen fuer die soziale Sicherheit stellt das staatliche Angestelltenversicherungsgesetz von 1948 dar. Das Gesetz findet erstinstanzlich auf alle Fabriken - einschliesslich diejenigen in Regierungsbesitz - Anwendung, ausgenommen saisonbedingte Fabriken. Alle entloehnten Arbeiter dieser Fabriken oder in Verbindung mit ihnen, ausgenommen diejenigen mit einem Monatsgehalt von ueber 400 R., sind versicherungspflichtig. Das Gesetz sieht je nach dem Fall folgende Verguenstigungen fuer die Versicherten oder ihre Familien vor:

1. Krankheitsunterstuetzung; 2. Mutterschaftszuschuesse;
3. Unterstuetzung im Falle von Arbeitsunfaehigkeit; 4. Hinterlassenenfuersorge und 5. Zuschuesse im Falle aertzlicher Behandlung.

Der staatliche Angestelltenversicherungsfonds wird aus Beitraegen der Arbeitgeber sowie der Arbeitnehmer, Stiftungen, Schenkungen usw., Beitraegen der Zentral- und Provinzialregierungen, von lokalen Behoerden oder irgend einer industriellen Koerperschaft gespeist. Die Einzelheiten des Planes werden noch ausgearbeitet und werden zuerst in der Provinz Delhi zur Anwendung kommen.

Das indische Gewerkschaftsgesetz von 1926, mit der Abaenderung vom Jahre 1947, sieht statutarische Bestimmungen fuer die obligatorische Anerkennung durch die Arbeitgeber einer repraesentativen Gewerkschaft der Arbeiter vor. Es spricht der Gewerkschaft gewisse Rechte und Privilegien zu, wie Schutz gegen Strafverfahren bezueglich irgendeines Abkommens zum Zwecke der Foerderung eines gesetzlichen Zieles der Gewerkschaft usw. Das Gesetz bezeichnet auch gewisse Handlungen als unfaire Art des Vorgehens seitens der anerkannten Gewerkschaften und gewisse andere als unfaires Vorgehen seitens der Arbeitgeber. Zur Foerderung des industriellen Friedens sieht das Gesetz fuer Industriestreitigkeiten gewisse Massnahmen vor, durch welche Streitigkeiten an Industrieausschuesse, Untersuchungsgerichte oder Industrietricunale weitergeleitet werden koennen. Die Ueberweisung von Streitfaellen an die Ausschuesse, Gerichte oder Tribunale ist obligatorisch seitens der Zentralregierung, wenn beide Parteien, entweder getrennt oder gemeinsam, um eine solche Ueberweisung nachsuchen, im anderen Falle steht eine solche im Ermessen der Regierung.

Die Regierung ist befugt, einen Arbeitgeber eines Betriebes mit 1.000 oder mehr Arbeitern aufzufordern, einen Betriebsausschuss, bestehend aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter dieses Betriebes, zu errichten. Die Pflichten solcher Ausschuesse bestehen darin, Massnahmen zur Sicherung und Festigung der Freundschaft und der guten Beziehungen zwischen Leitung und Arbeiterschaft zu treffen. Die Regierung ist auch ermachtigt, Schlichtungsoffiziere fuer ein bestimmtes Gebiet oder eine spezielle Industrie zu ernennen.

Artikel 31 bis 34 der neuen Verfassung Indiens beziehen sich auf die Arbeitspolitik und bilden eine Arbeitscharta. Artikel 33 legt dar, dass der Staat Bestimmungen zur Sicherung anstaendiger und menschlicher Arbeitsbedingungen und Mutterschaftsunterstuetzungen zu treffen hat. Artikel 34 fuehrt aus, dass der Staat bestrebt sein soll, durch eine angemessene Gesetzgebung oder wirtschaftliche Organisation oder auf irgendeine andere Art, allen Arbeitern - den Industriearbeitern sowie auch den anderen - Arbeit, einen ausreichenden Lohn, Arbeitsbedingungen, die einen anstaendigen Lebensstandard und volle Freizeitverguetung ermoeglichen, sowie soziale und kulturelle Notwendigkeiten zu gewaehrleisten.

So wurde der Arbeiterschaft anstaendige und ehrenhafte Behandlung zugesichert, ein anstaendiger Lohn garantiert und gerechte und menschliche Arbeitsbedingungen geschaffen. Es liegt nun an den Arbeitern, mitzuhelfen, das Nationaleinkommen zu erhoehen, so dass der Lebensstandard des Landes weitgehend gehoben werden kann.

Bulletin der Indischen Gesandtschaft
in Bern
VIII/50

CIO FUNKTIONAER FORDERT WIRKSAMES WIRTSCHAFTSPROGRAMM

Emil Rieve, der Vorsitzende des Vollbeschaeftigungsausschusses des CIO und Praesident der Textilarbeitergewerkschaft von Amerika (CIO), forderte eine Gesetzgebung zur Kontrolle der Preise, die Schaffung zuverlässiger Rationierungsgesetze und eine "drastische Revision" der Steuergesetze.

Rieve prophezeite, dass ohne Preiskontrollgesetze der "Preisinfation, die die Kaufkraft bereits stark verringert hat, nicht Einhalt geboten werden kann."

In diesem Zusammenhange fuegte er hinzu, "dass bereits viel uninformiertes Gerede ueber den Lohnstop gefuehrt worden ist. Das aendert jedoch nichts an der Tatsache, dass im Rahmen der bestehenden Preis- und Gewinnspannen genuegend Moeglichkeiten fuer die Tarifverhandlungen bestehen, ohne dass die Preise in die Hoehe getrieben werden muessen."

Rieve erklaerte, dass fuer das Land "dringend eine wirksame Steuer fuer uebermaessige Gewinne erforderlich ist, mit dem die Preisspekulation und die hohen Gewinne gesteuert werden koennen." Er forderte ausserdem die Abaenderung der Einkommensteuer fuer Personen mit hohen Einkommen und die Schliessung bestehender Luecken in der Steuerstruktur.

Die Erklaerung Emil Rieves lautet:

"In Anbetracht der grossen Probleme, die unsere Nation zu bewaeltigen hat, muss der Kongress unverzueglich ein Wirtschaftsprogramm bewilligen, das unseren Verteidigungsbeduerfnissen voll gerecht wird.

"Es ist offensichtlich, dass wir ein angemessenes Programm zur Kontrolle der schnell ansteigenden Preise benoetigen, ein Programm, das die zuverlaessige Rationierung knapper Waren und eine drastische Revision der Steuertabellen vorsieht, die uns helfen werden, unsere Ausgaben fuer die Verteidigung zu finanzieren und Preisspekulationen und hohe Gewinne zu kontrollieren.

"In keinem wirklich ausgeglichenen Programm zur Mobilisierung der Hilfsquellen unseres Landes kann irgendeiner dieser drei Faktoren unberuecksichtigt bleiben. Wir muessen uns im Interesse unserer eigenen Sicherheit jetzt und in Zukunft mit ihnen befassen. Der Praesident und der Kongress muessen in ihren Empfehlungen und Aktionen ihrem Programm den fundamentalen Grundsatz zugrundelegen, dass alle Teile der Bevoelkerung gleichermassen an den Lasten beteiligt werden muessen.

*Preiskontrollgesetze sind jetzt unbedingt erforderlich.

*Ohne eine derartige Gesetzgebung kann die Preisinflation, die bereits zu einem grossen Teil die Kaufkraft beeintraechtigt hat, nicht abgebremst werden. In den beiden Wochen, die der Botschaft des Praesidenten an den Kongress ueber die Teilmobilisierung vorangingen, ist der Tagesindex, den das amerikanische Arbeitsministerium fuer Verbrauchsgueter aufstellt, um 10 % in die Hoehe gegangen. In den folgenden Tagen setzte sich diese Aufwaertsbewegung um weitere 5 % fort.

*An den neueren Preissteigerungen fuer Lebensmittel ist die Landwirtschaft unbeteiligt, sie sind vielmehr auf spekulative Methoden in der Verteilung zurueckzufuehren.

*Um den amerikanischen Verbrauchern weitere Haerten zu ersparen, muessen auf dem schnellsten Wege Gesetze zur Kontrolle der Preise erlassen werden, ohne dass dadurch Luecken entstehen, die den Spekulanten Gewinn bringen.

"In Verbindung mit den Preiskontrollen ist viel ueber Lohnstops geredet worden, wobei schlechte Informationen zugrunde lagen. Das aendert jedoch nichts an der Tatsache, dass im Rahmen der bestehenden Preis- und Gewinnspannen gemuegend Raum fuer Tarifverhandlungen bleibt, ohne die Preise in die Hoehe schrauben zu muessen. Die bestehenden Unzulaenglichkeiten und Ungleichheiten der Kaufkraft amerikanischer Lohnverdiener kann und darf nicht uebersehen werden.

*Praesident Truman ersuchte um die Ermaechtigung, ueber die Produktionskraft des Landes willkuerlich verfuegen und die Ausdehnung bestimmter, wesentlicher Produktionsmittel durchfuehren zu koennen. Diese Forderungen muessen als erster notwendiger Schritt auf dem Wege zur Mobilisierung der wirtschaftlichen Energiequellen unseres Landes betrachtet werden. Wir muessen jedoch darauf vorbereitet sein, weit ueber diese ersten, vorlaeufigen Massnahmen hinauszugehen, wenn unsere Wirtschaft den Anforderungen gerecht werden soll, die unsere demokratische Verteidigung gegen die kommunistische Aggression in Korea oder anderswo in der Welt an sie stellen wird.

"Noch haben wir nicht unter ernsthafter oder dauernder Knappheit an Verbrauchsgueter zu leiden. Es waere jedoch gewagt zu prophezeien, dass dies auch in Zukunft so bleiben wird. Bestimmungen ueber zuverlaessige Massnahmen zur Durchfuehrung eines Rationierungsprogramms muessen gesetzlich verankert werden. Eine derartige Gesetzgebung wird eine erste Verteidigungslinie gegen umfassende wirtschaftliche Stoerungen bilden. Sie wird ausserdem fuer grosse Teile unserer Bevoelkerung, deren wirtschaftliche Lage den Einkauf von Vorraeten nicht gestattet, eine Atmosphaere des Vertrauens schaffen.

*Ebenso wichtig ist, dass wir sofort ein Steuerprogramm genehmigen, das mit den Anforderungen und Zielen unserer nationalen Verteidigung vereinbar ist. Wir muessen bestrebt sein, einen grossen Teil unserer militaerischen Ausgaben durch laufende Steuern zu decken. Es muessen aber auch neue Gesetze ueber Einkommensteuer ausgearbeitet werden, die den Hauptzweck haben muessen, jede Inflation sowie Preis- und Gewinn-spekulationen zu bekaempfen.

"Der Praesident hat in dieser Richtung zwei Wege vorgeschlagen: eine Erhoehung der bundesstaatlichen Einkommensteuer und der allgemeinen Gesellschaftssteuer. Das genuegt jedoch nicht.

"Die Vereinigten Staaten benoetigen dringend wirksame Bestimmungen zur Besteuerung uebermaessiger Gewinne. Damit koennten die spekulativen Preissteigerungen viel besser gedrosselt werden als mit der Erhoehung der Saetze der Zusatzsteuern fuer Gesellschaften, wie es dem Praesidenten vorgeschlagen wurde. Mit einer einfachen Erhoehung des Zusatzsteuersatzes kann der Unternehmer die hierdurch entstehende Belastung viel leichter auf den Verbraucher abwaetzen, als es ihm bei einer Erhoehung der Steuer fuer uebermaessige Gewinne moeglich waere.

"Innerhalb des gegenwaertigen Programms entwickelt sich die Inflation aus der Preisspekulation; Vorschlaege zur Erhoehung der Einkommensteuer fuer Angehoerige der niedrigen Einkommensgruppen sind deshalb unvernuenftig. Die Steuerbelastung dieser Gruppe ist bereits zu hoch. Die Erhoehungen der Einkommensteuern der Lohnempfaenger sollten nur in den Steuergruppen mit ueber 2.000 Dollar versteuerbaren Einkommens im Jahr vorgenommen werden.

"Durch eine wirksame Besteuerung aussergewoehnlicher Gewinne zur Beseitigung der Preis- und Gewinnspekulation, durch eine Erhoehung der Einkommensteuer des Einzelnen fuer Angehoerige der hoeheren Einkommensgruppen und durch das Schliessen bestehender Luecken, wozu auch die steuerliche Trennung der Einkommen eines Ehepaares gehoert, ist es moeglich, die aus der gegenwaertigen Situation entstehenden hoeheren Ausgaben zu bestreiten. Der Umfang des Bewaffnungsprogramms ist zur Zeit noch nicht so gross, dass es nicht durch ein erhoehtes Steueraufkommen finanziert werden koennte.

"Der Grundgedanken in der Botschaft des Praesidenten scheint zu sein, dass wir es uns nicht leisten koennen, die Einfuehrung einer Steuer fuer uebermaessige Gewinne bis zu einem spaeteren Zeitpunkt des Jahres aufzuschieben. Dieser Vorschlag haette in der jetzigen Gesetzesvorlage enthalten sein muessen. Der Kongress muss in dieser Angelegenheit sofort etwas unternehmen.

"Der vorliegende Steuervorschlag scheint der kuerzlich angekuendigten Wohnungsbaupolitik zu aehneln. Die Kontrolle des privaten Wohnungsbaus durch die Erhoehung der Anzahlungsbetraege beim Kauf von Wohnhaeusern, wie es vorgeschlagen wurde, muss Familien der niedrigen Einkommensgruppen schaedigen, waehrend sie denjenigen, die ueber grosse Geldbetraege verfuegen, nichts ausmacht. Die Anordnung, das Programm des oeffentlichen Wohnungsbaus zu kuerzen, trifft ebenfalls unmittelbar diejenigen, die am dringlichsten eine anstaendige und billige Wohnungen benoetigen. Keiner dieser Vorschlaege kann ein umfassendes Wohnungsbauprogramm ersetzen, das diejenigen mit anstaendigen Wohnungen versorgt, die sie tatsaechlich benoetigen.

"Das amerikanische Volk ist sich voellig der grossen Ereignisse bewusst, in die es verwickelt ist. Es ist bereit, alle vernuenftigen Forderungen, die gestellt werden, zu erfuellen. Es verlangt ein Programm, das den Erfordernissen der Zeit gerecht werden kann. Es wuenscht ein Programm, in dem die gleiche Verteilung der Lasten auf alle Schultern Grundsatz und nicht nur Schlagwort ist."

Mitteilungen des CIO
VIII/1/50

CIO GEGEN KUERZUNG DES PUNKT-VIER-PROGRAMMS

Der CIO hat den Bewilligungsausschuss des Senats aufgefordert, die angekuendigte Kuerzung der Mittel fuer das Punkt-Vier-Programm um 35 Millionen Dollar rueckgaengig zu machen, da der Ausschuss damit ein nationales Bollwerk zu einem Zeitpunkt zerstoere, in dem mit einem Angriff gerechnet werden muesse.

"Unseres Erachtens ist es im Interesse einer erfolgreichen Aussenpolitik, zu der auch die Entwicklung in Korea gehoert, notwendig, die Geldmittel in voller Hohe zu bewilligen," heisst es in einem Telegramm des CIO an den Vorsitzenden des Bewilligungsausschusses des Senats Kenneth McKellar.

Das Telegramm ist von dem Vorsitzenden des Internationalen Komitees des CIO Jacob S. Potofsky und von Nathan Cowan, dem Direktor der Rechtsabteilung des CIO, unterzeichnet.

In seiner Stellungnahme zu den Handlungen des Bewilligungsausschusses erklarte Potofsky:

"Die angekuendigte Kuerzung der Mittel fuer das Punkt-Vier-Programm um 35 auf 10 Millionen ist ein typischer Fall 'einer voellig falschen Wirtschaftspolitik'.

"Keine amerikanische Gemeinde wuerde jemals "sparen", indem sie ihre Feuerwehr aufluest - besonders wenn in einer Entfernung von zwei Meilen ein Waldbrand ausgebrochen ist.

"Die Mitglieder des Bewilligungsausschusses des Senats koennen offenbar nicht begreifen, dass in ganz Asien ein ideologischer und militaerischer Brand wuetet; es besteht die Gefahr, dass er sich in den kommenden Monaten noch staerker ausbreitet.

"In vielen Teilen Asiens, Afrikas und Suedamerikas stellt das Punkt-Vier-Programm eine erste Linie zur Verteidigung der demokratischen Lebensform dar. Hungrige, ausgebeutete Menschen koennen und werden keine zuverlaessigen Verbueendeten in der Verteidigung gegen totalitaere Aggressionen sein.

"Durch technische und humanitaere Projekte unseres Punkt-Vier-Programms haben wir Millionen Menschen ein neues demokratisches Lebensziel gesetzt, ein Ziel, das auch uns in den kommenden Jahren Nutzen bringen wird.

"Verbesserungen in der Landwirtschaft, Einfuehrung neuer technischer Methoden der industriellen Produktion, Massnahmen zum Schutze der Gesundheit - all dies sind wichtige Exportgueter unserer amerikanischen Demokratie. Wir haben die moralische Verpflichtung und die politische Verantwortung, den Voelkern in rueckstaendigen Gebieten zu helfen, ihren Lebensstandard und ihre Lebensweise zu verbessern.

"Die gedankenlose und mutwillige Zerstoerung dieses Programms durch unnuetze und falsche Sparmassnahmen kann nur dazu dienen, die Sache der amerikanischen Demokratie zu schaedigen und der kommunistischen Infiltration und Aggression neue Wege zu eroeffnen.

"Im Namen von Millionen Mitgliedern des CIO richte ich an den Senat die Forderung, so schnell wie moeglich diese verheerende Art indirekter Hilfe fuer den Kreml einzustellen und die von Praesident Truman angeforderten Mittel fuer das Punkt-Vier-Programm zu bewilligen, um den Mindestbedarf dieses Programms decken zu koennen."

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 26

Frankfurt, 1. September 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Botschaften an die amerikanischen Gewerkschaften zum Tag der Arbeit 1950 - - - - -	1
Hollaendische Gewerkschaften gegen kommunistische Zweckstreiks - - - - -	8
Rundfunksendung einer US-Gewerkschaft zum Tag der Arbeit - - - - -	11
Green und Meany zum amerikanischen Verteidigungsprogramm - - - - -	12
Der Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, J. H. Oldenbroek, zum Tag der Arbeit an die amerikanischen Gewerkschaften - - - - -	15
Eiler Jensen, Vorsitzender der daenischen Gewerkschaften zum Tag der Arbeit - - - - -	16

BOTSCHAFTEN AN DIE AMERIKANISCHEN GEWERKSCHAFTEN ZUM TAG DER ARBEIT 1950

Maurice J. Tobin, Arbeitsminister der Vereinigten Staaten:

Der Tag der Arbeit hat im Jahre 1950 eine besondere Bedeutung. Er wird zu einer Zeit gefeiert, in der die Vereinigten Staaten den Fehdehandschuh des Totalitarismus angenommen haben und das Volk von Sued-Korea und alle anderen Voelker, die von der kommunistischen Aggression bedroht sind, verteidigen. Die Gewerkschaftsbewegung hat sich mit ganzer Seele und mit aller Macht in diesen Kampf geworfen.

Die Gewerkschaftsbewegung ist frei und kann nur in einer Demokratie frei sein. Die amerikanischen Gewerkschaften sind sich bewusst, dass die Arbeiter in kommunistisch beherrschten Laendern nicht frei sein koennen. Die freien Arbeiter wissen, dass sie es sich selbst und ihren unterdrueckten Bruedern in den totalitaeren Laendern schuldig sind, sich rueckhaltlos fuer den Kampf zur Sicherung der Freiheit der Arbeiterschaft in allen Teilen der Welt zusammenzuschliessen.

Die Amerikaner lieben den Frieden. Sie haben einen Geist internationaler Kameradschaft an den Tag gelegt, wie er nicht fuer moeglich gehalten worden waere. Unsere Handlungen haben den Geknechteten und Unterdrueckten anderer Laender Hilfe und Hoffnung gebracht. Wir sind damit zu Beschuetzern hilfloser Maenner und Frauen auf der ganzen Welt geworden.

Wir lieben keine Verfolgungen und keine Tyrannei. Wir haben uns schon vor vielen Jahren von jeder Unterdrueckung frei gemacht. Wir achten die Rechte eines freiheitsliebenden Volkes. Wir haben niemals gezoegert, anderen zu den gleichen Rechten zu verhelfen.

Deshalb sind wir Sued-Korea zu Hilfe gekommen. Wir haben feierlich gelobt, ein Land, dessen Unabhaengigkeit von den Vereinigten Staaten anerkannt wurde, schuetzen zu helfen.

Die Vereinigten Staaten haben sich fuer die Erhaltung der Freiheit und des Friedens den unterdrueckten Menschen der Welt zur Verfuegung gestellt. Die Gewerkschaften haben ihre eigene grosse Rolle in diesem Kampf zu spielen, der den Menschen die segensreichen Gaben der Demokratie sichern soll.

In dem Jahre, in dem sich der Geburtstag Samuel Gompers, der sein Leben der Verteidigung der Rechte aller Arbeiter der Welt gewidmet hat, zum hundertsten Male jaehrt, strebt die Gewerkschaftsbewegung diesem grossen Ziele zu. Die Gewerkschaftsfuehrer von heute haben das gleiche Ziel vor Augen. Die Gewerkschaftsbewegung, die soviel Ungerechtigkeit und Elend kennen lernte, ist nicht nur um ihrer selbst willen, sondern auch zum Schutze anderer auf der Hut, die der brutalen Anmassung des Kommunismus in dieser ungluecklichen Welt ausgesetzt sind.

Mit allen, die Freiheit und Recht lieben, kaempfen die Gewerkschaften gegen die kommunistische Aggression, wann und wo sie auch immer ihr abscheuliches Haupt erheben mag.

William Green, der Vorsitzende der AFL:

Der Tag der Arbeit dieses Jahres sieht die amerikanische Nation wieder vor schwere Aufgaben gestellt. Die Aggression des internationalen Kommunismus zwingt sie, durch ein umfassendes Verteidigungsprogramm die freien Nationen der Welt und die eigene vor einem Ueberfall zu schuetzen. Wenn wir uns die schwierigen Probleme vor Augen halten, denen wir gegenueberstehen, kommen wir unwillkuerlich zu der Schlussfolgerung, dass die Erhaltung des Weltfriedens von uebertragender Bedeutung ist. Bei der Haltung, die der Kreml einnimmt, besteht die einzige Garantie des Friedens darin, dass wir auf eine ueberlegene bewaffnete Streitmacht zaehlen koennen. Damit muss unsere nationale Wirtschaft aufs neue mit hoeheren Steuern und wirtschaftlichen Kontrollen dieser kritischen Situation angepasst und dem riesigen und kostspieligen Verteidigungsprogramm der Vorrang gegeben werden.

Soweit es sich um die organisierte Gewerkschaftsbewegung handelt, betrachten wir den Krieg als den groessten Feind der Menschheit, und keine Kosten werden uns zu hoch sein, wenn sie einen dritten Weltkrieg verhindern koennen.

Noch mehr als den Krieg hassen wir die Unterdrueckung. Die Gewerkschaftsbewegung ist entschlossen, alles zu tun, um die Welt davor zu bewahren, von der kommunistischen Aggression, der kommunistischen Sklaverei und der kommunistischen Zerstoerung ueberrannt zu werden.

Der amerikanische Gewerkschaftsbund AFL hat von Anfang an in Sowjetrussland den Feind der freien und wirklichen Zivilisation gesehen. Er hat wieder und wieder vor der kommunistischen Aggression gewarnt. Wir wiederholten staendig unsere Warnungen. Nicht nur in unserem eigenen Lande, sondern auch in Suedamerika, Europa und Asien kaempften wir Jahr um Jahr gegen alle Versuche der Kommunisten, die Arbeiter der Welt zu unterjochen.

Endlich wird nun der kommunistische Verrat und die Gefahr der kommunistischen Bedrohung in ihrem vollen Umfang allen Amerikanern und allen freiheits- und friedensliebenden Menschen offenbar.

Trotz der Tragik, die in der koreanischen Invasion liegt, koennen wir fuer die Warnung dankbar sein, die damit an uns gerichtet wurde, und die uns daran erinnert, was noch bevorstehen kann. Sie bietet uns eine Gelegenheit, uns auf das vorzubereiten, was Sowjetrussland oder seine Satelliten noch im Schilde fuehren moegen.

Nun muessen alle Amerikaner mehr denn je gemeinsam denken, dienen und handeln. Ausserdem muessen wir die Menschen aller heute noch freien Nationen dazu auffordern, uns zu helfen und mit uns in vollendeter Zusammenarbeit zu handeln. In dem Weltkampf um die Erhaltung des Friedens und der Demokratie benoetigen wir jede verfuegbare Hilfe und die moralische Unterstuetzung derjenigen, die wie wir an Gottes Gerechtigkeit glauben.

Amerikas groesste Staerke in dieser kritischen Zeit ist die aufrechte Gesinnung seiner Arbeiter. Diese Gesinnung wiederum haengt von der Freiheit der amerikanischen Arbeiter ab. Im vorigen Krieg haben die freien amerikanischen Arbeiter durchaus bewiesen, dass sie die versklavten Arbeiter unserer Feinde in der Produktionsleistung weit uebertreffen konnten. Sie werden bei jeder kommenden Gelegenheit diese Tatsache erneut unter Beweis stellen, vorausgesetzt, dass ihnen ihre Freiheit erhalten bleibt.

Bekanntlich gibt es in der amerikanischen Verfassung ein Gesetz, das die Freiheit der amerikanischen Arbeiter untergraebt. Die Arbeiter unseres Landes werden sich niemals mit den Freiheitsbeschraenkungen einverstanden erklaren, die ihnen das Taft-Hartley Gesetz auferlegt. Dieses schaendliche Gesetz ist ein maechtiges Propagandawerkzeug in den Haenden der Kommunisten. In ihren Propagandabotschaften an die Arbeiter in anderen Laendern weisen sie auf dieses Gesetz hin und bezeichnen es als einen Beweis fuer die Unwahrheit der amerikanischen Behauptung, allen Buergern die gleiche Behandlung zuzusichern.

Ich bin der Auffassung, dass die Abschaffung des Taft-Hartley Gesetzes in unserem nationalen Verteidigungsprogramm die erste Stelle einnehmen muss. Dies wuerde den Arbeitern unseres Landes neuen Mut geben und sie wie keine andere Massnahme anspornen, die ungeheuer grosse Aufgabe, die ihnen bevorsteht, in Angriff zu nehmen. Ich kann mit voller Ueberzeugung aussprechen, dass die Produktionsschlacht im voraus zur Haelfte gewonnen waere, wenn der Kongress jetzt das Taft-Hartley Gesetz rueckgaengig machen und es durch ein gerechtes Gesetz ersetzen wuerde, unter dem Arbeiterschaft und Unternehmer ihre schweren Aufgaben zur Verteidigung des Landes ohne Furcht vor einer Benachteiligung oder einseitigen Behandlung seitens der Regierung erfuellen koennen.

Die Grosskapitalisten und ihre maechtigen Verbuedeten im 81. Kongress werden jedoch nicht freiwillig ihre Taft-Hartley Gemeinschaft zugunsten der Arbeiter aufgeben. Unsere Gewerkschaftsbewegung

hat deshalb die Pflicht, den Kampf zur Beseitigung dieses Gesetzes mit verdoppelter Energie bis zu unserem Siege weiterzuführen.

Wir koennen diesen Kampf gewinnen, wenn die arbeitenden Maenner und Frauen Amerikas und ihre wahlberechtigten Familienmitglieder und Freunde bei den Kongresswahlen im November ihre Stimme abgeben. Wenn die Wahlbeteiligung der Arbeiter hundertprozentig ist, wird es keine Schwierigkeiten bereiten, das Taft-Hartley-Gesetz zu beseitigen, und damit waere der Sieg ueber zahlreiche Reaktionsaere und die Wahl eines wahrhaft demokratischen 82. Kongresses gesichert.

Die Arbeiter schliessen sich enger zusammen, um dieses Ziel zu erreichen und das Verteidigungsprogramm erfolgreich durchfuehren zu koennen.

Zum erstenmal in den letzten 15 Jahren versprechen die Verhandlungen ueber die Einigung der AFL und des CIO Erfolg. Hoffen wir, dass in dem kommenden Jahr eine einzige, vereinigte Gewerkschaftsbewegung in Amerika zusammengeschiedet wird, die mit neuer Staerke und groesserer Macht, die dem Zusammenschluss fuer die gemeinsame und grosse Sache entspringt, die Rechte der Arbeiter wahren und die Demokratie erfolgreich verteidigen kann.

Vincent Tewson, Generalsekretaer des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC):

Der Tag der Arbeit in Amerika faellt in diesem Jahre in eine Zeit schwerer internationaler Krisen. Im Namen der organisierten Arbeiter Grossbritanniens versichere ich unseren Gewerkschaftskollegen in Amerika, dass in dieser Krise ihre Sache die unsrige ist. Es ist die Sache der Vereinten Nationen, die wir alle als ein Mittel zur Erhaltung der Ordnung und des Gesetzes auf der ganzen Welt unterstuetzen.

Im Kriege standen wir Schulter an Schulter, wir brachten gemeinsam unzaehlige Opfer. Der kalte Krieg fand uns ebenfalls Seite an Seite, und wieder stehen wir zusammen, um unsere Kraefte zu mobilisieren, damit wir der Aggression begegnen koennen.

Von Eurer Seite aus darf nicht uebersehen werden, dass es dem Marshall-Plan zu verdanken ist, wenn wir heute mit Euch als Partner in den Vereinten Nationen kaempfen und unserem Willen Nachdruck verleihen. Urteilt selbst, wie weit es den europaeischen Nationen ohne diese Wiedergesundung moeglich gewesen waere, ihre Solidaritaet in der Unterstuetzung der von den Vereinten Nationen in Korea unternommenen Schritte zu demonstrieren. Wenn das Europaeische Wiederaufbauprogramm nicht so weit vorangetrieben waere, wuerde die Zukunft fuer uns alle weit aussichtsloser sein.

Im Verlauf dieses Jahres ist viel getan worden, um die Freundschaft und Zusammenarbeit der amerikanischen und britischen Gewerkschaftsbewegungen zu foerdern. Seitdem ich im vorigen Jahre am Tag der Arbeit zu Euch sprach, sind unsere gemeinsamen Bemuehungen, eine wirksame internationale freie Gewerkschaftsorganisation der Welt zu gruenden, von Erfolg gekroent worden.

Unser Internationaler Bund Freier Gewerkschaften unterstuetzt aktiv den Kampf der freien Voelker der Welt zur Erhaltung ihrer Freiheit. In dieser harten Auseinandersetzung der Ideen, die alle Formen bewaffneter Konflikte uebertrifft, teilen wir die Auffassung unserer Gewerkschaftskollegen in den Vereinigten Staaten, dass Wahrheit und Gerechtigkeit bestehen wird, wie lange dieser Kampf auch dauern mag, und selbst wenn dieser Krieg keine Loesung schafft.

An Eurem Tag der Arbeit sind unsere Gedanken mit Euch. Fuer uns sowohl als auch fuer Euch ist es ein Tag, der neuen und dringenden Aufgaben gewidmet ist und der die kameradschaftliche Verbundenheit erneuern soll, die uns in unserer Hoffnung und unserem Glauben, dass eine bessere und gluecklichere Welt aufgebaut werden muss und aufgebaut werden wird.

Karl Maisel, Praesident der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft Oesterreichs:

Ich freue mich, im Namen der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft Oesterreichs den amerikanischen Arbeitern die allerbesten Gruesse und Wuensche zum Tag der Arbeit uebermitteln zu koennen. Wir wissen die grossen Erfolge der drei amerikanischen Metallarbeitergewerkschaften und der Bergarbeitergewerkschaft zu schaezen. Wir Berg- und Metallarbeiter Oesterreichs wissen, wie schwer es war, diese Ziele zu erreichen.

Die letzten erfolgreichen Kaempfe der Berg- und Automobilarbeiter haben uns erneut die Macht der amerikanischen Gewerkschaften vor Augen gefuehrt. Der hohe Lebensstandard amerikanischer Arbeiter ist der beste Beweis fuer ihren Kampfgeist. Ihr seid die Garanten der demokratischen Freiheit in Eurem eigenen Lande und ein Verbuedeter in dem Freiheitskampf der ganzen Welt.

Ich gruesse herzlichst alle amerikanischen Arbeiter und hoffe, dass sie durch ihre Gewerkschaften weitere Fortschritte erzielen werden.

Fotis Makris, Sekretaeer des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Griechenlands:

Heute, wie im vorigen Jahre, nimmt die Arbeiterschaft Griechenlands, vertreten in ihrer obersten Gewerkschaftsorganisation, mit ganzem Herzen an der Feier des Tages der Arbeit ihrer Brueder in den Vereinigten Staaten teil.

Die vergangenen Jahre haben dazu beigetragen, die engen Bande, die die Arbeiterschaft unserer beiden befreundeten und verbuedeten Nationen umschliessen, weiter zu staerken. Die beiden freien Gewerkschaftsbewegungen sind sich im letzten Jahre durch ihre Teilnahme an der Gruendung des IBFG naehergekommen, der Organisation, auf die die Blicke aller freien Arbeiter der Welt gerichtet sind, die sich in ihrem Kampf um Brot, Freiheit und Frieden vereint haben.

In diesem Jahre haben es die Arbeiter der Vereinigten Staaten, getreu den Grundsuetzen der Atlantik Charta und der Unabhaengigkeitserklaerung und getreu den Grundsuetzen des IBFG, unternommen, die Freiheit und Demokratie der Welt mit ihrem Blute zu verteidigen. Sie kaempfen in heroischer Weise im Namen der Vereinten Nationen, um die neue brutale Aggression abzuwehren, die die roten Faschisten angezettelt haben.

Die gesamte amerikanische Nation steht bereit. Die Fabriken arbeiten intensiv, um Waffen der Freiheit zu produzieren, die es den demokratischen Voelkern ermoeeglichen werden, ihre Unabhaengigkeit gegen die Bedrohung brutaler Gewalt zu verteidigen.

Die Arbeiter Griechenlands, die noch bis vor kurzem ihr Blut fuer das gleiche hohe Ziel hingaben, und die noch immer dem gleichen

verraeterischen und verbrecherischen Feind gegenueberstehen, verfolgen mit Bewunderung und Stolz die Beschluesse ihrer taeferen Brueder in den Vereinigten Staaten. Sie uebermitteln ihnen durch mich an diesem Tag der Arbeit ihre herzlichsten, bruederlichen Gruesse.

Clarence Hunter, Leiter der ECA-Mission fuer Holland:

Als Leiter der ECA-Mission in Holland moechte ich Euch, amerikanische Arbeiter, die Gruesse Hollands zum Tag der Arbeit uebermitteln und Euch einige Worte ueber einen Eurer wertvollsten Verbuedeten, die hollaendische Gewerkschaftsbewegung, sagen. Die demokratische Gewerkschaftsbewegung Hollands wird von einer Million Mitglieder getragen. Ihre Fuehrung ist eine der dynamischsten und fortschrittlichsten in Westeuropa, die standhaft an der Verwirklichung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ziele des Marshall-Plans mitarbeitet.

In gemeinsamem Streben nach Frieden ist die hollaendische Gewerkschaftsbewegung mit dem amerikanischen Volke eng verbunden. Die NVV, die sozialistische Gewerkschaft Hollands, vertritt 40% der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Hollands. Sie hat gerade eine Reihe von Massenkundgebungen in ganz Holland abgehalten, um gegen die kommunistische Aggression in Korea zu protestieren und die freie arbeitende Menschheit der ganzen Welt zur Unterstuetzung der Vereinigten Staaten und der Vereinten Nationen im Fernen Osten zusammenzuschliessen. Als erste der groesseren europaeischen Gewerkschaften hat sie die Entscheidung des Sicherheitsrates in Korea gebilligt.

Die Funktionaere der hollaendischen Gewerkschaften und die Bereitwilligkeit der Arbeiterschaft Hollands, die wirtschaftliche Vereinigung und die europaeische Zahlungsunion zu foerdern, lassen mich auf eine Zukunft hoffen, in der die amerikanischen und hollaendischen Arbeiter gemeinsam an der Erringung anstaendiger Lebensverhaeltnisse in einer friedlichen Welt arbeiten werden, die jenes Ungeheuer nicht mehr kennt, das sie heute bedroht.

Paul G. Hoffman, Administrator der Verwaltung fuer Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECA):

Am Tag der Arbeit gruesse ich die amerikanischen Gewerkschaften und die freien Gewerkschafter Europas. Die zunehmende internationale Zusammenarbeit der freien Gewerkschafter der Welt ist ein ermutigendes Zeichen in dieser unruhigen Zeit. Ich bin der Auffassung, dass diese internationale Zusammenarbeit, die besonders in der Gruendung des IBFG zum Ausdruck kommt, unseren Kampf gegen die kommunistische Aggression in den kommenden Jahren in zunehmendem Masse unterstuetzen wird. Ich moechte bei dieser Gelegenheit meine hohe Anerkennung zum Ausdruck bringen, die ich der hervorragenden Zusammenarbeit am Marshall-Plan seitens der amerikanischen und nicht-kommunistischen Gewerkschaftsbewegungen Europas zolle; denn vieles, was wir erreicht haben, waere ohne diese Hilfe unmoeglich gewesen.

Philipp Murray, Vorsitzender des CIO:

Am Tag der Arbeit 1950 sind die amerikanischen Arbeiter entschlossen, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um die Kraefte der Demokratie in den Vereinigten Staaten und auf der ganzen Welt zu staerken. Wir sind uns darueber im klaren, dass die kommunistische Aggression in Korea oder anderswo gestoppt werden muss. Wir sind aber ebenso entschlossen, Armut und wirtschaftliche Unsicher-

heit, jene Agenten der fuenften Kolonne des Kommunismus, zu beseitigen.

Der CIO wird in dem kommenden Jahre fortfahren, den IBFG und die demokratischen Gewerkschaftsorganisationen in jedem Lande mit allen Mitteln zu unterstuetzen. Durch internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften und durch die Fortsetzung konstruktiver Wirtschaftsprogramme, wie das Europaeische Wiederaufbauprogramm und das Punkt-Vier-Projekt, wird die amerikanische Gewerkschaftsbewegung dazu beitragen, die Kraefte des Gewerkschaftswesens und der Demokratie ueberall in der freien Welt zu staerken.

Das ist unser Versprechen und unser Ziel.

A. F. Lyon, geschaeftsfuehrender Finanzsekretaer des Bundes der Eisenbahnergewerkschaft:

Anlaesslich des Tages der Arbeit in Amerika, am 4. September, uebermitteln die Eisenbahnergewerkschaften der Vereinigten Staaten allen Mitgliedern der freien und demokratischen Gewerkschaften Westeuropas ihre bruederlichen Gruesse und besten Wuensche. Wir bringen die Hoffnung und die Ueberzeugung zum Ausdruck, dass die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstuetzung durch den IBFG und den internationalen Transportarbeiterverband fortgesetzt und gesteigert wird.

A. L. Hayes, Praesident des Internationalen Metallarbeiterverbandes:

Der Tag der Arbeit in den Vereinigten Staaten ist ein Beweis dafuer, dass Gewerkschaftswesen mehr bedeutet als hoehere Loehne und kuerzere Arbeitszeit. Es ist die Wuerde unserer Arbeit, die Achtung vor unserem Koennen und die gerechte Behandlung des Arbeiters, die an diesem Tage gewuerdigt wird.

Aufrechte Gewerkschaften, die nicht von einer Regierung bevormundet werden, koennen nicht unter einer Diktatur gedeihen, ob sie sich nun nazistisch oder kommunistisch nennt. Aus diesem Grunde haben wir unserer Regierung unsere volle Unterstuetzung zu Hause, am Arbeitsplatz und auf dem Schlachtfeld zugesagt.

Praesident Truman hat die Vorgeenge in Korea als einen Kampf um eine Welt bezeichnet, in der alle Menschen in Frieden und Freiheit unter sich staendig verbessernden Lebensbedingungen und unter selbstgewaehlten Regierungen leben koennen.

Darum kaempfen wir Gewerkschafter.

Konrad Nordahl, Vorsitzender des norwegischen Gewerkschaftsbundes:

Am Tag der Arbeit gruesse ich die amerikanischen Arbeiter. Die gemeinsamen Ziele der Gewerkschaften haben stets gemeinsame Bande geschaffen, und besonders im letzten Jahr sind diese Bande zwischen der amerikanischen und der norwegischen Gewerkschaftsbewegung immer enger geknuepft worden. Diese Beziehungen haben ihren Niederschlag in einer engen internationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit gefunden, deren organisatorischen Hoehepunkt der Internationale Bund Freier Gewerkschaften bildet. Wir Gewerkschafter Norwegens anerkennen und schaelten die Unterstuetzung des Marshall-Plans durch die amerikanischen Arbeiter; wir sehen in diesem Plan ein Mittel zum Wiederaufbau Norwegens und Europas. Der Wiederaufbau ist in unseren



Leon Jouhaux
Vorsitzender des franzoesischen Gewerkschaftsbundes

Augen fuer Frieden und Sicherheit von ausschlaggebender Bedeutung. Wir haben zusammen mit den amerikanischen Gewerkschaften durch unsere Regierungen den Atlantik-Pakt als ein Mittel zur Erhaltung unserer Sicherheit als demokratische Nation nachdruecklich unterstuetzt.

In der gegenwaertigen Weltkrise, die sich in den Vorgaengen in Korea abspiegelt, stehen wir an ihrer Seite zur Unterstuetzung der Vereinten Nationen, die die kleinen Nationen gegen Angriffe von aussen verteidigen. Wir sind der Auffassung, dass mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau die Schaffung und Erhaltung einer freien Gesellschaftsordnung Hand in Hand gehen muss, in der freie Gewerkschaften in demokratischer Weise die Arbeiter in ihrer Forderung, diese Probleme zu loesen, vertreten koennen.



Elsue Kato
Vertreter der japanischen Gewerkschaften

In dieser Botschaft an die amerikanische Gewerkschaftsbewegung moechte ich zum Ausdruck bringen, dass die norwegische Gewerkschaftsbewegung zusammen mit den amerikanischen Gewerkschaften entschlossen fuer den Aufbau einer freien Welt sich einsetzt, in der Sicherheit und Freiheit grundlegende und wesentliche Faktoren sind. Durch unsere internationale Zusammenarbeit und die verschiedenen Organisationen unserer Regierungen, in denen wir eine aktive Rolle spielen, koennen wir in gegenseitiger Zusammenarbeit zur Erreichung dieses Zieles beitragen.

HOLLAENDISCHE GEWERKSCHAFTEN GEGEN KOMMUNISTISCHE ZWECKSTREIKS

Der hollaendische sozialistische Gewerkschaftsbund, in dem 40% der Arbeiter Hollands organisiert sind, fasste die folgende Resolution gegen den Kommunismus, die auf sieben Massenkundgebungen zur Diskussion stehen wird, die Anfang September abgehalten werden. Die Resolution lautet:



Guy Rozemont
Mauritius (Afrika)

Die grosse Mehrheit des hollaendischen Volkes lehnt, wie alle anderen demokratischen Voelker, Krieg und Militarismus ab. Die kommunistische Beschuldigungen, dass die demokratischen Voelker aggressive Absichten gegen den Sowjetblock hegten, muss deshalb als falsch und aufwieglerisch zurueckgewiesen werden. Das Vorhandensein starker Gewerkschaftsbewegungen und sozialistischer Parteien in einer freien demokratischen Welt muesste einer wirklich sozialistischen Regierung in Sowjetrussland

eine ausreichende Garantie dafuer sein, dass sie keinen bewaffneten Angriff zu befuerchten haben.

Den Kampf, den der hollaendische Gewerkschaftsverband mit aller Macht sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene gegen die kommunistische Weltanschauung, die sich der Diktatur und Unterdrueckung bedient, zu fuehren beabsichtigt, muss und wird mit moralischen Waffen gefuehrt werden.

Dieser Kampf kann nur erfolgreich zu Ende gefuehrt werden, wenn es der nichtkommunistischen Welt gelingt, eine soziale Wirtschaftsordnung zustande zu bringen, die sich auf Freiheit und soziale Gerechtigkeit stuetzt.

Der von den zahlenmaessig ueberlegenen Kraeffen der Nordkoreaner, die von Sowjetrussland ausgeruestet und ausgebildet sind, vom Zaun gebrochene Angriff gegen die Republik Korea zeigt, dass die kommunistischen und insbesondere die russischen Diktatoren den Kampf der sich widerstrebenden Weltanschauungen mit Waffengewalt fuehren wollen.

Die Gewerkschaftsbewegung hat sich verpflichtet, nicht nur Frieden, sondern auch Freiheit, Demokratie und nationale Unabhaengigkeit anzustreben.

Die Erfahrung der sogenannten Muenchener Politik in den Dreissiger Jahren hat gezeigt, dass der Friede nicht gesichert werden kann, wenn man sich mit einer Aggression abfindet, sondern dass diese Politik die Aggressionsgefahr sogar noch vergroessert. Nur ein System kollektiver Sicherheit bietet eine Moeglichkeit zur Erhaltung des Friedens und der Freiheit.

Jede Nation, deren Existenz durch eine Aggression bedroht ist, hat Anspruch auf die Unterstuetzung und Hilfe aller friedliebenden Voelker. Indem diese Voelker ihre Hilfe anbieten, erklaren sie sich in keiner Weise mit dem politischen oder sozialen Wirtschaftssystem solidarisch, das in den angegriffenen Laendern tonangebend war.

Der niederlaendische Gewerkschaftsbund billigt deshalb die Beschluesse des Sicherheitsrates der



Paul Finet
Vorsitzender des Internationalen Freien Gewerkschaftsbundes



J. H. Oldenbroek
Generalsekretaer des I.F.G.B.



Irving Brown
Europa-Vertreter der CIO,
der amerikanischen Industriegewerkschaften

Vereinten Nationen und die militaerische und sonstige Unterstuetzung, die der angegriffenen Republik Korea geleistet wird.

Ein neuer Weltkrieg kann nur verhindert werden, wenn die durch den Angriff der Nordkoreaner hervorgerufene Provokation, die von den russischen Herrschern stillschweigend oder ausdruecklich gebilligt wird, auf die feste Entschlossenheit der friedens- und freiheitsliebenden Voelker trifft, Widerstand zu leisten und die groessen Opfer zu bringen.

Den Bemuehungen des hollaendischen Gewerkschaftsbundes, die von den Kommunisten gefuehrten Streiks in Holland durch Anwendung des Boykotts und schwarzer Listen derjenigen Arbeiter, die sich weigern, an ihren Arbeitsplatz zurueckzukehren, zu verhindern, wurde am Samstagabend in einer Rundfunkansprache des Premierministers Dr. Willem Drees Nachdruck verliehen. In einem Rueckblick auf die Erfolge der letzten fuenf Jahre, in denen industrieller Friede herrschte, zu dem die hollaendischen Gewerkschaften, Unternehmer und Regierung beigetragen haben, erklarte Dr. Drees, dass die Kommunisten mit diesen Streiks versuchten, diese Harmonie zu stoeren, die ihnen ein Dorn im Auge sei. Dr. Drees beschuldigt den Kommunismus, versucht zu haben, das wirtschaftliche Leben Hollands fuer ihre eigenen Zwecke zu stoeren, genau so wie sie es in anderen europaeischen Laendern getan haetten. Er erklarte, dass ihnen jedes Mittel recht sei, um Holland zu ihrem eigenen Nutzen zu ruinieren.

Die Regierung wird alles tun, was in ihrer Macht steht, um den Schaden zu beheben, den die Streiks in unserem Wirtschaftsleben angerichtet haben. Sie wird jedoch nicht von ihrer Forderung abweichen, dass die Arbeitsbedingungen in Verhandlungen mit den anerkannten Gewerkschaften geregelt werden muessen. Weder mit der kommunistischen Gewerkschaft EVC, noch mit dem sogenannten "Aktionskomitee", hinter dem sich diese Gewerkschaft verbirgt, werden Verhandlungen gefuehrt werden. Ob sich diese inoffiziellen Streiks ausbreiten werden oder nicht, ob sie von langer oder nur von kurzer Dauer sein werden, das wird in keiner Weise die Haltung der Regierung beeinflussen.

Dr. Drees erklarte unumwunden, dass der Staat Amsterdam nicht mehr mit Baumaterialien beliefern wuerde, wenn der Bauarbeiterstreik dort fortgesetzt wuerde. Er wies auf den Schaden hin, der dem Handel von Amsterdam und Rotterdam durch die dortigen Schiffahrtstreiks zugefuegt wurde. Er forderte die Arbeiter auf, zu ihren Arbeitsplaetzen in dieser Woche zurueckzukehren und sagte, dass sie mit aller Macht gegen Bedrohungen und Terror geschuetzt wuerden. In den totalitaeren Laendern, die die Kommunisten "Volksdemokratie" zu nennen pflegten, sei jeder Streik ein strafbares Verbrechen, fuer das jeder Arbeiter unweigerlich mit Konzentrationslager bestraft wuerde.

Hunter, der Leiter der ECA-Mission, beglueckwuenschte Drees telefonisch zu seiner Rede. Die kommunistische Gewerkschaft EVC hatte bekanntlich gefordert, dass der kommunistisch beherrschte Weltgewerkschaftsbund alle hollaendischen Schiffe boykottiere.

Heute wird berichtet, dass 2500 Dockarbeiter in Rotterdam unter Polizeischutz ihre Arbeit wieder aufgenommen haben, und dass der dortige Streik als gebrochen angesehen werden kann. Ueber den Abbruch anderer Streiks wird noch verhandelt.

Fernschreiben Paris
VIII/24/50

RUNDFUNKSENDUNG EINER US GEWERKSCHAFT ZUM TAG DER ARBEIT

Am Tag der Arbeit 1950 wird ein dramatisches Hoerspiel ueber den amerikanischen Rundfunk gesendet, das den Aufbau und die Entwicklung einer amerikanischen Gewerkschaft, des Internationalen Metallarbeiterverbandes, schildert. Diese Veranstaltung ist voellig neu in der Geschichte des Rundfunks. Der Held dieses Hoerspiels ist ein Metallarbeiter fruereherer Zeiten, genannt "Boomer Jones", der Tausende tapferer Maenner verkoerpert, die gelitten und Opfer gebracht haben, um diese Gewerkschaft aufbauen zu koennen.

Eine Reihe bekanntester Hollywood Stars haben ihre Zeit und ihr Talent zur Verfuegung gestellt, damit allen Amerikanern vor Augen gefuehrt werden kann, in welchem Masse Maschinisten und Mechaniker gekaempft haben, um eine Gewerkschaft, die das Recht der Tarifverhandlung besitzt, gruenden zu koennen. Zu den Filmstars dieses Hoerspiels, - die uebrigens selbst alle Gewerkschaftsmitglieder sind - gehoeren Brian Donlevy, der aus mehr als 60 Filmen bekannt ist, wie z.B. "Wake Island", "The Big Haircut", "Command Decision", "Impact" und viele andere. Beteiligt ist weiter William Holden, der sich in "Golden Boy" einen Namen machte und in "Our Town", "Arizona", "The Fleet's In" und "Born Yesterday" als Hauptdarsteller mitwirkte. Schliesslich sei Marie McDonald genannt, die u.a. in den Filmen "Guest in the House," "Getting Gertie's Garter" und "Hit Parade of 1951" die Hauptrolle spielte.

Direktor Mel Ferrer hat bereits Rundfunkprogramme wie "The Hit Parade", "Mr. District Attorney" und "The Hildegarde Show" geleitet. Er ist Filmdirektor und selbst Filmschauspieler. In dem Film "The Brave Bulls", der in Kuerze erscheinen wird, spielt er die Hauptrolle.

Die Musik fuer diese Sendung des Metallarbeiterverbandes wurde von David Raskin, einem der besten aus Hollywood, komponiert und dirigiert. Seiner Feder entstammt die musikalische Gestaltung der Filme "Laura", "The Secret Life of Walter Mitty" und vielen anderen mehr.

Verfasst wurde "Boomer Jones" von Morton Wishengrad, einem der ersten Rundfunkdramatiker Amerikas. Er war massgeblich an den Texten fuer "Cavalcade of America", "Words at War", "They Call Me Joe" und "We Came this Way" beteiligt. Er stellt ausserdem das Sonntagsprogramm des NBC "The Eternal Light" zusammen. Er gewann mit "Communist-US Brand" 1948 den ersten Preis fuer Rundfunkverfasser.

Produzent Morris Novik hat sich seit langem dafuer eingesetzt, dass die Gewerkschaften einen regeren Gebrauch der Rundfunkmoeglichkeiten machen. Novik ist Rundfunkberater der AFL, der gewerkschaftlichen Vereinigung fuer politische Erziehung, der internationalen Damenoberbekleidungsarbeitergewerkschaft und der Automobilarbeitergewerkschaft (CIO).

Drei grosse Gewerkschaften auf dem Gebiet der Unterhaltung, naemlich die Schauspielergewerkschaft, der amerikanische Verband der Kuenstler des Rundfunks und die Musiker haben ihre volle Unterstuetzung und Mitarbeit zugesagt, um dieses dramatische, halbstuendige Rundfunkhoerspiel fuer den Metallarbeiterverband zu ermoeeglichen.

Die Vorbereitungen fuer diese Sendung haben acht Monate gedauert. Sie wurde von dem Exekutivausschuss des Internationalen Metallarbeiterverbandes angeordnet, um den Amerikanern ein Rundfunkprogramm zu bieten, das ihnen helfen soll, Verstaendnis dafuer aufzubringen, was Mitgliedschaft im Internationalen Metallarbeiterverband bedeutet.

"Boomer Jones" ist ein Hoerspiel, dem die wirkliche Geschichte des Internationalen Metallarbeiterverbandes von ihren fruehesten Anfaengen an zugrundeliegt. Brian Donlevy wird die Geschichte eines Metallarbeiters namens Eddie Jones (William Holden) und seiner Frau Maggie (Marie MacDonald) erzaehlen.

The Machinist
VIII/17/50

GREEN UND MEANY ZUM AMERIKANISCHEN VERTEIDIGUNGSPROGRAMM

Auf der Sitzung des Gewerkschaftsverbandes des Staates New York nahmen William Green und George Meany, Vorsitzender bzw. Haupt-Kassierer der AFL, zu der Frage Stellung, welche Richtung die Gewerkschaften in ihren Bemuehungen zur Durchfuehrung des Verteidigungsprogramms der Nation einzuschlagen haben.

Green erklaerte, dass die Loyalitaet der amerikanischen Arbeiter in kritischen Zeiten immer die groesste Staerke dieses Landes gewesen sei. Zur Aufmunterung der Arbeiter Amerikas forderte er "als erste Massnahme unseres nationalen Verteidigungsprogramms die sofortige Aufhebung des Taft-Hartley-Gesetzes. Dieses schaedliche Gesetz," versicherte Green, "ist ein ausgezeichnetes Propagandawerkzeug in den Haenden der Kommunisten. Sie weisen in ihren Propagandabotschaften an die Arbeiter anderer Laender auf dieses Gesetz hin, um damit die Unrichtigkeit der amerikanischen Behauptung zu beweisen, dass allen Buergern Amerikas die gleiche Behandlung zuteil wuerde." Green schloss seine Rede, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, dass "die organische Gewerkschaftseinheit nicht in allzuweiter Ferne liegen moege," und er prophezeite ein hoechst wirksames Produktionsprogramm in einer vereinigten Gewerkschaftsbewegung.

Meany erklaerte: "Ich zweifle nicht daran, dass sich die Arbeiterschaft, wenn es an der Zeit ist, verpflichten wird, nicht zu streiken. Wie steht es jedoch mit dem Versprechen der Handelskammer und der Arbeitgebervereinigung der Vereinigten Staaten, keine uebermaessigen Profite zu dulden?"

Weekly Labor News Digest
VIII/2/50

BRITISCHE GEWERKSCHAFTEN BENOETIGEN PRODUKTIONSEXPERTEN

Es ist hoechste Zeit, dass die grossen Gewerkschaften ihre eigenen Produktionsexperten erhalten. Der Britische Gewerkschaftsbund (TUC) selbst muesste einen technischen Stab beschaeftigen, der den Gewerkschaften dabei hilft, Abteilungen fuer Produktionsfragen zu errichten, und anderen Gewerkschaften technische Unterstuetzung leistet, die zu klein sind, um sich eigene Experten leisten zu koennen. Zehn Gewerkschaftsfunktionaere brachten diese Vorschlaege den Arbeitern und ihren Organisationen gegenueber offen zum Ausdruck. Zwanzig weitere Vorschlaege stammen ebenfalls von ihnen.

Zu den Funktionaeren gehoeren Vorsitzende, Generalsekretaere, Mitglieder der Exekutivausschuesse und regionale Organisatoren aus zehn bedeutenden Gewerkschaften der Techniker, Berg-, Bau- und Textilarbeiter.

Die in dem Bericht zum Ausdruck gebrachten Ansichten dieser Funktionaere stellen in keinem Falle die ihrer Gewerkschaften dar. Sie wurden nach langen Unterredungen im Anschluss an ihre eigenen

selbstaendigen Untersuchungen unabhaengig voneinander niedergeschrieben. Der TUC hat bei der Veroeffentlichung dieses Berichtes lediglich als Vermittler fuer diese Besuchergruppe gehandelt.

Es sind genuegend Beweise dafuer vorhanden, dass die britischen Gewerkschaften fortwaehrend den Wunsch haben, Spezialisten zu Rate zu ziehen und sogar zu ernennen.

Vor dem Kriege gab es in vielen fuehrenden Geschaeftsstellen der Gewerkschaften Experten auf dem Gebiet der Arbeiterunfallversicherung. Sie bildeten einen Stab, aus dem sich in den groesse- ren Gewerkschaften Rechtsabteilungen entwickelt haben. Rechtsberater wurden hinzugezogen, wenn schwierige Rechtsfragen zu klaeren waren, und medizinische Berater, wenn es sich um Berufskrankheiten und Verletzungen handelte.

Einige Gewerkschaften verfuegen nun ueber kleine Abteilungen, deren Arbeit sich auf die Ausdehnung erzieherischer Taetigkeiten konzentriert, waehrend in vielen anderen Wirtschaftler, Statistiker und Forschungsexperten ausgebildet wurden, die mithelfen, die Richtlinien der Gewerkschaften zu entwickeln und die Forderungen nach besseren Loehnen und Arbeitsbedingungen ueberzeugend zu formulieren.

Auf allen diesen Gebieten stehen die Fachabteilungen des TUC und seine Ausschuesse den angeschlossenen Gewerkschaften und besonders denen, die aus Mangel an Mitteln keine eigenen technischen Experten beschaeftigen koennen, beratend zur Seite.

Eine Bewegung jedoch, die bemueht ist, den Arbeitern das Recht zu sichern, sich an der Leitung der Industrie in immer wirksamerer Form zu beteiligen, und fuer die sich taeglich innerhalb der Betriebe Probleme im Zusammenhang mit Bewegungsstudien, Leistungsloehnen, Arbeitsauswertung, neuen industriellen Verfahren und den Tricks und Methoden einer angeblich wissenschaftlichen Betriebsleitung ergeben, wird selten zu dem industriellen Berater gehen, um sich Informationen und Ratschlaege einzuholen.

Gleichzeitig mit dem Wunsch einer staendigen Vollbeschaeftigung und eines steigenden Lebensstandards haben sich die Arbeiter durch ihre Gewerkschaften damit einverstanden erkluert, dass ihre Industrien moderner und leistungsfuehiger werden muessen. Sie sind damit einverstanden, dass in Ermangelung groesserer Reserven an Arbeitskraefte, auf die die Industrie zur Erledigung von Extraauftraegen zurueckgreifen kann, die hoehere Produktion dadurch ermoglicht werden muss, dass das berufliche Koennen der Beschaeftigten eine bessere Verwendung findet. Sie haben sich einverstanden erkluert, durch ihre Gewerkschaften und die gemeinsamen Produktivitaetsausschuesse die Bestrebungen zur Steigerung der Produktionsleistung zu unterstuetzen.

Die Gewerkschaften sind sich ueber das "Warum" der Produktionsleistung einig geworden - das heisst, mehr Waren zu niedrigeren Preisen und bessere und billigere Dienstleistungen. Nun haben sie sich mit dem "Wie" zu beschaeftigen.

Die zehn Funktionaere, deren Berichte von den Gewerkschaften zur Zeit geprueft werden, sind sich ueber die Methoden und die Gruende im klaren.

Wo mit der fortschrittlichen Einstellung der Unternehmer gerechnet werden kann, die in der Modernisierung ihrer Werkstaetten und in der Umgestaltung ihrer Produktionsmethoden zum Ausdruck

kommt, muessen auch die Gewerkschafter in der Lage sein, fuer die neuen Entwicklungen Verstaendnis aufzubringen und die Schwierigkeiten und Vorteile der Vorschlaege zu sehen, die sich im Laufe gemeinsamer Beratungen ergeben, und sie muessen dafuer sorgen, dass die Verdienstmoeglichkeiten verbessert und nicht gekuerzt werden.

In Faellen, in denen sich die Unternehmer mit alten, unguenstigen Methoden zufriedengeben, durch die die Preise hochgehalten werden, muessen die Gewerkschaften die Initiative ergreifen, um die Leistungsfahigkeit steigern zu koennen.

Durch Wochenend- und Sommerschulkurse kann in dieser Hinsicht viel getan werden, um den Gewerkschaftsmitgliedern die Vorzuege der Vollbeschaeftigung zu erklaren. Damit wird dem einsichtigen Gewerkschafter geholfen werden, seine eigene Industrie im Lichte der wirtschaftlichen Lage seines Landes zu sehen.

Fuer das Verstaendnis der Probleme seines eigenen Arbeitsplatzes braucht der Arbeiter jedoch genauere Instruktionen. Er wird wissen wollen, wie sich Vorschlaege zu Bewegungsstudien, zu Betriebsvergroesserungen oder zu der Einfuehrung neuer Maschinen auf seinen Lohn und den seiner Kollegen, sowie auf seinen Arbeitsaufwand auswirken werden. Er wird wissen wollen, welche Anforderungen die neue Arbeit an sein berufliches Koennen stellen wird.

Um sich erfolgreich mit diesen Problemen beschaeftigen zu koennen, muessen die Betriebsvertreter in den Produktionsmethoden geschult werden und in der Lage sein, auf den Konferenzen der Arbeitsausschuesse eine praktische und realistische Kritik zu ueben. Sie muessen nach Ansicht der Gruppe von technischen Experten geschult werden, die im Dienste ihrer eigenen Gewerkschaft stehen, wenn sie sich das leisten kann, oder die von der gewerkschaftlichen Vertretung der gemeinsamen Industrieausschuesse gestellt werden.

Aufgabe des TUC muss sein, Hilfe und Anleitung bei der Errichtung solcher neuen Abteilungen zu geben und fuer diejenigen Gewerkschaften, die noch nicht in der Lage sind, sich einen eigenen Expertenstab zu halten, die Funktionen dieser Abteilung selbst zu uebernehmen. Den regionalen Beratungsausschuesen des TUC sollte ein kleiner Technikerstab zur Verfuegung gestellt werden, der die Gewerkschaften in ihrem Bezirk unterstuetzt.

Die Mitglieder der Gruppe erklaren, dass es nicht damit getan sei, einfach den Titel eines Mannes, der als Organisator taetig ist, in den eines Produktionstechnikers umzuwandeln. Diesen neuerannten Experten muss eine erstklassige Ausbildung zuteil werden, bevor sie mit der Schulung anderer beginnen. Sie muessen zum mindesten ebenso befahigt sein wie die industriellen Berater und Techniker, die gegenwaertig in grosser Zahl den Arbeitgebern zur Verfuegung stehen.

Der Bericht enthaelt keinerlei Anzeichen dafuer, dass die Gruppe wuenscht, dass die Gewerkschaften ihr hauptamtliches Personal von den Universitaeten und technischen Hochschulen rekrutieren sollen. Man beguenstigt vielmehr den Gedanken, Maenner und Frauen zu verwenden, die in der Industrie und in den Gewerkschaften aufgewachsen sind, und sie in besonderen Ausbildungskursen fuer ihre Aufgaben vorzubereiten.

Waehrend die Gewerkschaften die finanzielle Seite dieses Vorhabens nur mit aller Vorsicht behandeln, erklarten die Mitglieder der Gruppe, sie seien "ueberzeugt, dass die aus diesem Programm entstehenden materiellen und ideellen Vorteile die damit verbundenen Unkosten mehr als ausgleichen werden."

Labour
VIII/50

DER GENERALSEKRETAER DES INTERNATIONALEN BUNDES FREIER GEWERKSCHAFTEN, J. H. OLDENBROEK, ZUM TAG DER ARBEIT AN DIE AMERIKANISCHEN GEWERKSCHAFTEN

"An diesem Tag der Arbeit gruessen wir die amerikanische Gewerkschaftsbewegung. Es ist der erste Tag der Arbeit, der alle amerikanischen Gewerkschaften zusammen mit Arbeitern aus der ganzen Welt in einer internationalen Organisation, dem IBFG, vereinigt findet. Im Namen von ueber 50 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern aus 53 verschiedenen Laendern uebermitteln wir der Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten und Kanadas unsere bruederlichen Gruesse, und wir sind gewiss, dass sich noch weitere Millionen unseren Gruessen anschliessen wuerden, wenn sie nicht durch diktatorische Regierungen daran gehindert waeren, selbstgewaehlten Gewerkschaften anzugehoeren.

"Wir vertreten die wirtschaftliche und politische Demokratie fuer alle und ein wuerdiges Leben fuer alle Arbeiter. Eine wirkliche Bruederschaft der Menschen kann niemals ohne Gleichheit der sozialen Stellung und Moeglichkeiten aller, ungeachtet ihrer Rasse, Herkunft oder ihres Glaubens, bestehen. Wir wuenschen wahren Frieden; wir wuenschen den Frieden am vordringlichsten fuer die Menschen in Korea, die der kommunistischen Aggression in ihrer systematischen Absicht, die totalitaere Einflussphaere zu vergroessern, zum Opfer gefallen sind. Wir sind der Auffassung, dass die Vereinten Nationen in ihrer jetzigen Form zur Erhaltung des Friedens geeignet sind, vorausgesetzt, dass dem Missbrauch des Vetorechts ein Ende gemacht wird.

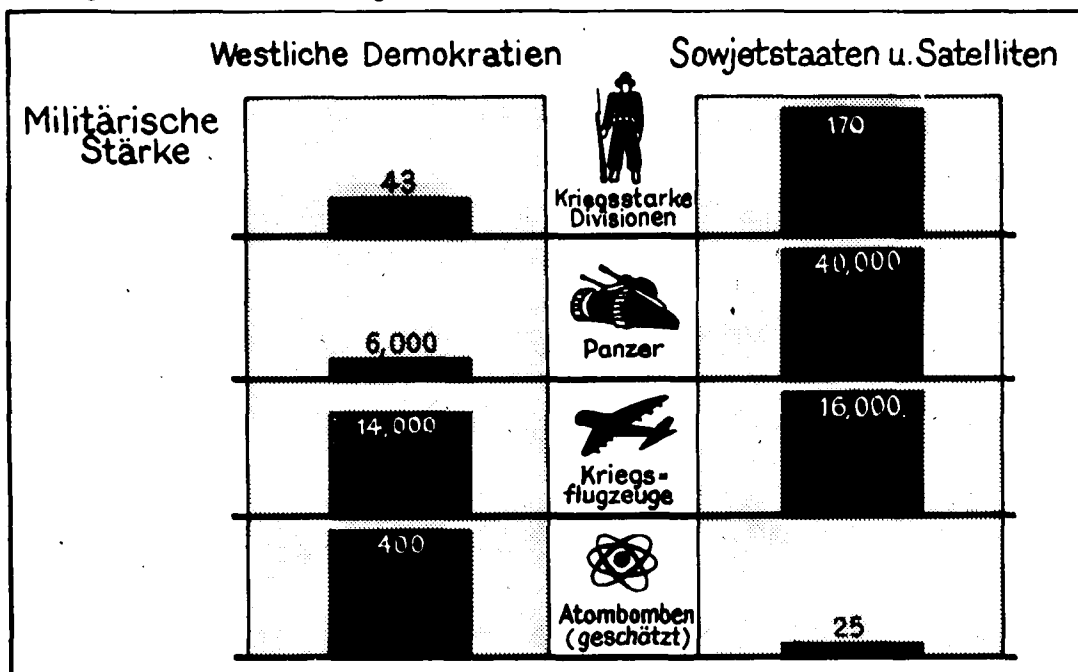
"Wir vereinigen uns mit den aufrichtigen, friedensliebenden Menschen der ganzen Welt und blicken mit Stolz auf die amerikanische Gewerkschaftsbewegung, die alles daran setzt, die Kraefte der Vereinten Nationen zu mobilisieren und die Aggressoren gegen die Republik Korea zurueckzuschlagen. Wir stehen Seite an Seite mit der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung in ihrem Kampf um Vollbeschaeftigung und wahre soziale Sicherheit, die eine ununterbrochene Wachsamkeit gegen die Tuecken feindlicher Arbeitsgesetzgebung erfordert. Die Forderungen nach einer einflussreicheren und wuerdigeren Stimme in den obersten Koerperschaften der Regierung muss gehoert werden.

"Insbesondere loben wir die amerikanischen Gewerkschaften fuer ihre grosszuegige und weitsichtige Unterstuetzung des Marshall-Plans, der die kriegsbetroffenen Laender Europas und die wirtschaftlich rueckstaendigen Gebiete unterstuetzt, in denen das Elend das Volk in die Arme der Diktatoren zu treiben droht. Nur wohlhabende Voelker koennen freie Voelker bleiben. Die Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur wird durch die Schnelligkeit entschieden werden, mit der die demokratische Welt den ueberbevoelkerten, in Elend lebenden Voelkern helfen kann, auf eigenen Fuessen zu stehen.

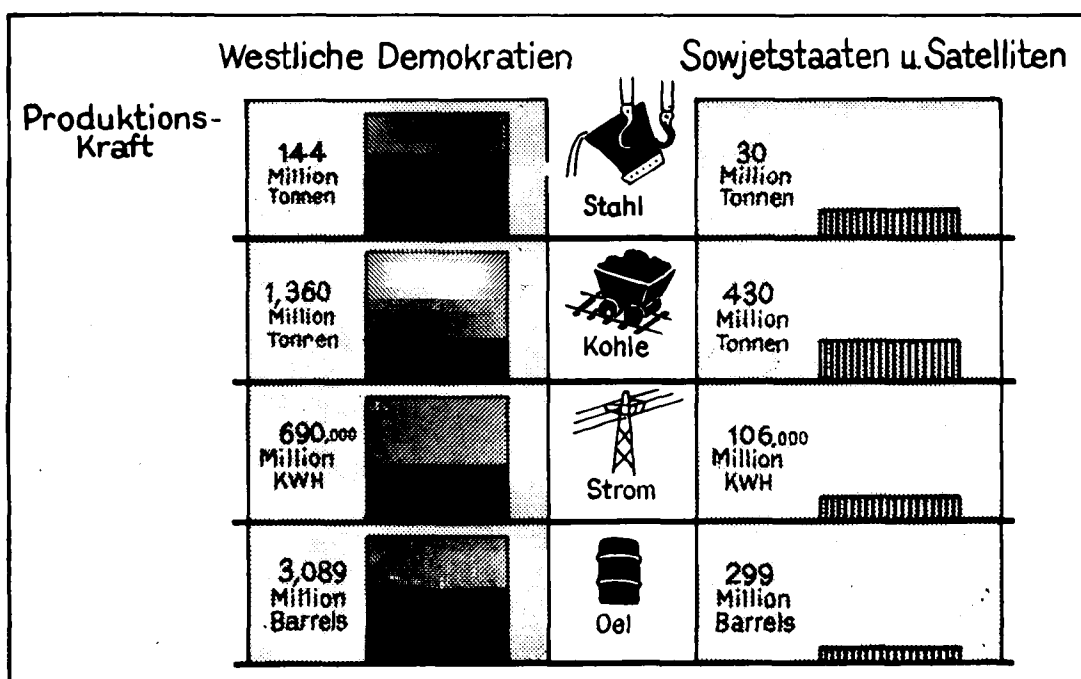
"In diesem grossen Kampf hat die Geschichte die amerikanische Gewerkschaftsbewegung in den Vordergrund gestellt. Von Samuel Gompers' bescheidenem Buero in New York ist die amerikanische Gewerkschaftsbewegung zu einer Riesenorganisation angewachsen, die 17 Millionen organisierter Arbeiter in den Vereinigten Staaten und Kanada umfasst; es ist eine konstruktive, maechtige und fortschrittliche Gewerkschaftsbewegung. In diesem Kampf um ein besseres Leben, sowohl in der alten als auch in der neuen Welt, sind wir vom Internationalen Bund Freier Gewerkschaften stolz darauf, mit der Arbeiterschaft Amerikas verbuendet zu sein und wir vertrauen auf die grosse Rolle, die sie in diesem Kampf zu spielen hat."

Arbeitsmitteilungen der ECA
VIII/25/50

Sowjetrussland hält jetzt die militärische Spitze –



aber die Produktivität der Westdemokratien ist stärker!



■ U.S. ▨ Andere

(1 Barrel = 120 Liter)

EILER JENSEN, VORSITZENDER DER DAENISCHEN GEWERKSCHAFTEN ZUM TAG DER ARBEIT:

An diesem Tag der Arbeit sind die Gedanken der daenischen Arbeiterschaft bei den Arbeitern und dem Volk der Vereinigten Staaten. Die wirtschaftliche Erholung, die durch die Unterstützung des Marshall-Plans in den letzten zwei Jahren sich in Westeuropa durchgesetzt hat, ist von Anfang an ein Dorn in den Augen der diktatorisch regierten Staaten gewesen. Trotz aller dunklen Schatten werden wir Hand in Hand mit den demokratischen Staaten arbeiten. Wir versprechen loyale und kameradschaftliche Zusammenarbeit und gruessen in diesem Sinne die amerikanischen Arbeiter.

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 27

Frankfurt, 8. September 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Amerikaner ziehen Arbeit der Arbeitslosenunter- stuetzung vor - - - - -	1
Welche Kaufkraft werden die Loehne in Zukunft besitzen? - - - - -	2
Die Rolle der Gewerkschaften in der modernen Gesellschaft - - - - -	4
Die Realloehne in den Laendern hinter dem Eiser- nen Vorhang - - - - -	11
Amerikanische Gewerkschaft verpflichtet sich, nicht zu streiken - - - - -	12
Delegation amerikanischer Gewerkschafter schlaegt Verbesserung des ECA-Programms vor -	13
730 Frauen in Spitzenstellungen in Amerika - - -	14
Neue Tabellen ueber das Arbeitsalter amerikani- scher Arbeiter - - - - -	15
Kanadische Eisenbahner drohen mit Streik - - - -	16

Robert C. Goodwin:

AMERIKANER ZIEHEN ARBEIT DER ARBEITSLLOSENUNTERSTUETZUNG VOR

„Die grosse Mehrheit der amerikanischen Arbeiter zieht Arbeit und Lohn der Arbeitslosenunterstuetzung vor,“ sagte Robert C. Goodwin, Direktor des Bueros fuer die Sicherheit des Arbeits-
platzes im amerikanischen Arbeitsministerium, in einer Erklaerung an Arbeitsminister Tobin anlaesslich des 50. Jahrestages des Ge-
setzes der Sozialen Sicherheit.

„Die Statistik zeigt, dass der Umfang der von den Arbeitern geforderten und an sie ausgezahlten Unterstuetzungen durch das Vor-
handensein von Beschaeftigungsmoeglichkeiten und nicht von Unter-
stuetzungen bestimmt wurde.“

Goodwin berichtete, dass sein Inkrafttreten der bundesstaatlichen und staatlichen Gesetze der Arbeitslosenversicherung etwa acht Milliarden Dollar an Unterstuetzungen an versicherte Arbeiter ausgezahlt worden seien.

"In den zahlreichen Perioden seit 1939, in denen die wirtschaftliche Lage sehr kritisch war, hat die Arbeitslosenversicherung Millionen von Arbeitern ueber die Zeit der Erwerbslosigkeit hinweggeholfen," erklarte Goodwin. "Das Arbeitslosenversicherungsprogramm hat sich als sehr wertvoll erwiesen, vor allem in dem ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, als sich das Land auf Friedensproduktion umstellte und mehr als fuenf Millionen Arbeiter Arbeitslosenunterstuetzung bezogen. Auch in der Zeit vom 1. Juli 1949 bis 30. Juni 1950, in die zum Teil der wirtschaftliche Rueckgang faellt, der mit der Beendigung der Neueinrichtung der Betriebe gegen Ende des Jahres 1948 eingesetzt hat, wurden 7,5 Millionen Arbeiter gezahlt, die Arbeitslosenunterstuetzung bezogen. Die hoechsten Unterstuetzungen wurden also immer dann gezahlt, wenn die Arbeitslosigkeit rapid anstieg.

"Das Programm spielt nicht nur eine lebenswichtige Rolle fuer die Arbeiter, es hat sich auch fuer die Unternehmer und die Allgemeinheit als wertvoll erwiesen," fuhr Goodwin fort. "Es ist bekannt, dass es in Gegenden, in denen viele Betriebe geschlossen wurden, zur Erhaltung der Kaufkraft und der Geschaeftsmoral beigetragen hat."

Goodwin berichtete, dass sich seit der Bewilligung des Sozialversicherungsgesetzes in den verschiedenen Staaten im Rahmen ihrer eigenen Arbeitslosenversicherungsgesetze ein Gesamtbetrag von 13.451.000.000 Dollar angehaeuft hat.

Mit den Zinsen, die die Geldreserven der Sozialversicherung in den einzelnen Konten der verschiedenen Staaten im bundesstaatlichen Verwaltungsfonds fuer Arbeitslosenversicherung eingebracht haben, belaufe sich der Gesamtbetrag der fuer Unterstuetzungszwecke seit Inkrafttreten des Programms gesparten Gelder auf 14.639.000.000 Dollar.

Von Beginn des Programms bis zum 30. Juni 1950 zahlten die verschiedenen Staaten Unterstuetzungen an versicherte, erwerbslose Arbeiter in Hoehe von insgesamt 7.950.000.000 Dollar. Damit belaeuft sich das Guthaben im Verwaltungsfonds gegenwaertig auf 6.689.000.000 Dollar.

Pressedienst des US Arbeitsministeriums
VIII/21/50

WELCHE KAUFKRAFT WERDEN DIE LOEHNE IN ZUKUNFT BESITZEN?

Werden mit dem Durchschnittslohn der amerikanischen Arbeiter in Zukunft mehr Gueter und mehr Dienstleistungen gekauft werden - koennen als bisher?

Fuehrende Persoenlichkeiten der amerikanischen Industrie haben diese Frage mit "Ja" beantwortet.

Sie sind der Ansicht, dass innerhalb von 30 Jahren mit dem Lohn der Arbeiter doppelt so viel gekauft werden kann, wenn die Produktionsleistung je Arbeiter und je Arbeitsstunde auch weiterhin im gleichen durchschnittlichen Masse gesteigert wird wie bisher. Und diese Steigerung halten sie fuer moeglich.

Diese Feststellungen wurden von dem Komitee fuer wirtschaftliche Entwicklung bekanntgegeben. In dem Bericht des Komitees, "Wie kann der Reallohn erhoeht werden", wird zum Ausdruck gebracht, dass der Lebensstandard der Arbeiter sich nur dann verbessern wird, wenn auch die tatsaechliche Kaufkraft seines Lohnes und nicht nur der aeussere Betrag erhoeht wird.

In den letzten 50 Jahren haben sich die Realstundenloehne in den Vereinigten Staaten mehr als verdreifacht; der Arbeitnehmer verdient heute durchschnittlich etwa 1.33 Dollar in der Stunde, waehrend sein Stundenlohn im Jahre 1900, gemessen an den Preisen des Jahres 1949, nur 43 Cents betrug. Auch das indirekte Einkommen, das nicht in barem Geld besteht, hat sich erhoeht, und zwar in Form einer laengeren Freizeit auf Grund der kuerzeren Arbeitszeit.

Diese Verbesserungen sind nach Angaben des Komitees fuer wirtschaftliche Entwicklung zurueckzufuehren auf 1) umwaelzende oder beinahe umwaelzende Veraenderungen in den Produktionsvorgaengen, 2) die groessere Ansammlung Kapitalien in Form von Fabriken, Ausruestungen und Material, die jedem Arbeiter zugutekommen, indem sie ihm helfen, mehr zu produzieren, 3) bedeutende Fortschritte auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der Berufsausbildung und 4) verbesserte Betriebsleitungsmethoden.

Jede zukuenftige Erhoehung der Realloehne wird von den gleichen vier Faktoren und noch einem fuenften, naemlich dem Interesse des Arbeiters, abhaengen.

Interessierte Arbeitnehmer produzieren mehr. Die Betriebsleitung ist dafuer verantwortlich, dass den Arbeitern die Bedeutung ihrer Arbeit bewusst wird, und dass sie an der Verbesserung ihrer Arbeitsmethoden interessiert sind. Die Arbeiter muessten regelmassig Gelegenheit haben, Verbesserungen der Methoden und Erzeugnisse vorzuschlagen, heisst es in dem Bericht.

Das Komitee fuer wirtschaftliche Entwicklung verwarf insbesondere den Gedanken, dass der Ausstoss je Arbeiter und je Arbeitsstunde und damit die Produktionsleistung selbst dadurch gesteigert werden kann, dass man den Arbeiter zwingt, eine groessere koerperliche Anstrengung aufzuwenden. "Es gibt einige Beispiele dafuer, dass die Arbeiter absichtlich nicht so viel produzieren, wie sie in der Lage waeren, im allgemeinen jedoch ist die Tagesleistung des Arbeiters normal." Die grosse Steigerung der Produktion, die notwendig ist, um die Realloehne wesentlich verbessern zu koennen, muss mit besseren Methoden, groesseren Kapitalien, besserer Berufsausbildung der Arbeiter und besserer Betriebsleitung erzielt werden.

Zehn Ziele muss die amerikanische Industrie erreichen, wenn die Kaufkraft der Loehne in 30 Jahren verdoppelt werden soll: 1) die saisonbedingte Arbeitslosigkeit muss reduziert werden; 2) fuer aeltere Leute muessen mehr Beschaeftigungsmoeglichkeiten geschaffen werden; 3) das Leistungsprinzip muss verfeinert werden; 4) systematische Methoden muessen ausgearbeitet werden, um Wissen und Koennen der erwerbstaetigen Bevoelkerung voll zum Einsatz zu bringen; 5) die Importe der Vereinigten Staaten muessen im Vergleich zu ihren Exporten vermehrt werden; 6) das Anwachsen der Industrie muss stabilisiert und ernsthaft wirtschaftliche Rueckschlaege vermieden werden; 7) der Gewohnheit, Arbeit zu schaffen, wo keine ist, muss ein Ende gemacht werden; 8) veraltete Ausruestungen muessen schneller ersetzt werden und 10) muss das Steuersystem einer Reform unterzogen werden, um den Unternehmern das Eingehen eines Risikos zu erleichtern.

Die Aussichten auf einen schnellen technologischen Fortschritt in den Vereinigten Staaten sind dank der hohen Aufwendungen fuer die Forschung und ihre hohe Qualitaet gute. Allein die bundesstaatliche Regierung stellt zur Zeit jaehrlich eine Milliarde Dollar fuer Forschungszwecke zur Verfuegung.

Ebenso kann laufend mit einer umfangreichen Reserve privater Ersparnisse gerechnet werden, die die Grundlage neuer industrieller Investitionen bildet. In den vergangenen 50 Jahren ist dem Bericht zufolge etwa ein Zehntel des Nettowertes der Produktion der Vereinigten Staaten staendig gespart worden. Es ist anzunehmen, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird, und es ist von grosser Wichtigkeit, dass die Sparer durch die allgemeine Politik fuer Neuinvestitionen gewonnen werden. Das bedeutet nach Ansicht des Komitees fuer wirtschaftliche Entwicklung, dass die Steuerstruktur einer Ueberpruefung unterzogen werden muss.

Ausserdem ist mit einer fortschreitenden Verbesserung der gesundheitlichen Verfassung und der Berufsausbildung der Arbeiter und mit der Einfuehrung besserer Methoden der Betriebsleitung zu rechnen, was als Ergebnis der Erforschung der Probleme der Betriebsleitung an den Universitaeten angesehen werden kann.

In dem Bericht wird an der Gewohnheit der Gewerkschaften Kritik geuebt, dort Arbeit zu schaffen, wo keine ist, jedoch nur soweit es sich um Methoden handelt, durch die die Einfuehrung neuer Maschinen verhindert und die unwirtschaftliche Arbeitsweise beibehalten werden soll. "Der verschwenderische Einsatz von Arbeitskraefte ist eine Belastung fuer die Allgemeinheit, weil er die Produktion reduziert. Die Gewerkschaften wuerden es fuer vorteilhaft halten, diese Regeln fuer die kuenstliche Erzeugung von Arbeit aufzugeben, wenn damit eine Erhoehung der Loehne verbunden waere. Gluecklicherweise ist dieser Brauch der Arbeitsbeschaffung in der amerikanischen Industrie nicht weitverbreitet, und viele Gewerkschaften lehnen ihn ab."

"Vor allem," heisst es abschliessend in dem Bericht, "sind die Verhaeltnisse und Institutionen in den Vereinigten Staaten fuer den wirtschaftlichen Fortschritt guenstig." Der scharfe Wettbewerb der Produkte und Arbeitsverfahren, die Gewohnheit, alte Einrichtungen und Arbeitsverfahren aufzugeben, wenn neue verfuegbar werden, die grossen Moeglichkeiten, neue Ideen zu verwirklichen, und der riesengrosse vereinigte Inlandsmarkt, der ein entsprechend grosser Ansporn ist, - dies alles sind Faktoren, denen das Komitee fuer wirtschaftliche Entwicklung entnimmt, dass die Loehne in Zukunft fuer die Arbeiter und ihre Familien einen grosseren Gegenwert bedeuten werden.

Arbeitsmitteilungen der ECA
VII/7/50

Edwin E. Witte, Universitaet Wisconsin:

DIE ROLLE DER GEWERKSCHAFTEN IN DER MODERNEN GESELLSCHAFT

Es ist jedem bekannt, dass die Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten von heute einen sehr bedeutenden Platz einnehmen. Gelegentlich sprechen Leute, die den Gewerkschaften nicht wohlgesinnt sind, noch davon, dass nur ein geringer Prozentsatz aller Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sei. Die Erwerbsbevoelkerung Amerikas zaehlt 62 Millionen Menschen, und nur 15 Millionen

davon sind Gewerkschaftsmitglieder. Noch haeufiger jedoch sprechen jene Gegner in alarmierender Weise von der monopolistischen Machtstellung der Gewerkschaften. Erst vor einigen Wochen wies Generalanwalt Denham vom Bundesausschuss fuer Arbeitsfragen, auf die Gewerkschaft der Fahrer hin, die eine derartige Macht besaesse, dass sie durch einen ueber die ganze Nation sich ausbreitenden Streik die gesamte Wirtschaft unseres Landes innerhalb weniger Tage zum Stillstand bringen koenne.

Eine ganze Reihe Akademiker, die ueber die Wechselbeziehungen in der Industrie schreiben, haben sich hierzu in aehnlicher Weise geaussert. Ein kuerzlich erschienenenes Buch, "Gewerkschaften und Kommunismus" von Charles E. Lindbloom, einem Volkswirtschaftler abstrakt-theoretischer Praegung an der Yale Universitaet, hat nicht nur in akademischen, sondern auch in nichtakademischen Kreisen grosse Beachtung gefunden. In diesem Buch zeigt sich Lindbloom aeusserst beunruhigt ueber die wachsende Macht der Gewerkschaften. Das heutige Gewerkschaftssystem fuehre nach seiner Ansicht zur Zerstoerung des auf Konkurrenz beruhenden Preissystems, zur "systematischen Desorganisation der Absatzmaerkte und zur staendigen Untergrabung der Autoritaet der Betriebsleitung". Gewerkschaften unterminieren den Kapitalismus und druecken unserer gesamten Wirtschaft den Stempel des Syndikalismus auf. In weniger alarmierenden Worten hat Sumner H. Slichter von der Harvard-Universitaet, einer der bekanntesten amerikanischen Volkswirtschaftler, eingehend ueber die "gewerkschaftlich ausgerichtete Gesellschaft" gesprochen, zu der sich nach seiner Ansicht die Vereinigten Staaten entwickelt haben.

Es ist nicht verwunderlich, dass diese Auslegungen ueber die Rolle der Gewerkschaften in der modernen Gesellschaft seitens jener Wirtschaft ihrer Theoretiker, deren Ansehen und Objektivitaet ausser Frage steht, von solchen Leuten hastig aufgegriffen wurden, die die Gewerkschaften gern verkleinert, wenn nicht sogar zerstoeert sehen moechten. In all dieser umfassenden Propaganda, die sich zur Zeit gegen die Gewerkschaften richtet, wird ihre monopolistische Machtstellung und ihre ungeheure Macht besonders hervorgehoben. Gleichzeitig wird diese Propaganda jedoch mit der voellig haltlosen Behauptung unterstrichen, dass die Gewerkschaften letzten Endes nur von einer kleinen Minderheit der Arbeiterschaft unterstuetzt wuerde.

Keine dieser widerspruchsvollen Behauptungen ueber die Stellung der Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten von heute beruht auf Tatsachen. Die amerikanischen Gewerkschaften haben in der Tat grosse Fortschritte erzielt und eine Staerke erreicht, die noch vor zwei Jahrzehnten niemand fuer moeglich gehalten haette. Sie ueben jedoch keine monopolistische Kontrolle ueber Loehne und sonstige Arbeitsbedingungen aus, von der Produktion, den Preisen oder Gewinnen ganz zu schweigen. Sie kontrollieren nicht die Regierung, und es besteht auch wenig Aussicht fuer sie, eine derartige Kontrolle in absehbarer Zeit auszuueben. Das Gewerkschaftswesen ist keine einzige zentralorganisierte Bewegung, sondern ist in zwei Hauptverbaende und zahlreiche, nicht angeschlossene Gewerkschaften aufgespalten. Die Gewerkschaftsverbaende setzen sich aus mehr als 100 internationalen Gewerkschaften zusammen, die wiederum in mehr als 50 000 Lokalgewerkschaften untergliedert sind. In Verhandlungen mit den Unternehmern und wesentlichen anderen Taetigkeiten treten die Gewerkschaften dieses Landes stets einzeln auf. Fast ueberall bilden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit ihren Familien nur eine Minderheit der Bevoelkerung, und selbst ihren Spitzenfunktionaeren bleiben aus sozialen Gruenden die Wege in die sogenannten "besseren Kreise" verschlossen. Unsere Gesell-

schaftsordnung ist nur in dem Sinne "gewerkschaftlich", als das Gewerkschaftswesen grosse Erfolge erzielt hat und anfaengt, der Herrschsucht grosser Gesellschaftskreise die Stirne zu bieten. Sie besitzen jedoch weder monopolistische Kontrollmoeglichkeiten ueber Industrien, noch sprechen sie das Hauptwort in den Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung fuer die Vereinigten Staaten von heute.

Das Gewerkschaftswesen der Vereinigten Staaten ist fast so alt wie die Nation selbst. In den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts gab es bereits Streiks und Gewerkschaften, die jedoch nur eine kurze Lebensdauer hatten. Die ersten Ortsverwaltungen entstanden in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts, und auch die Gruendung der ersten unabhængigen Arbeiterpartei faellt in jene Zeit. Der erste bundesstaatliche Gewerkschaftsverband stammt aus den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts und die ersten noch bestehenden internationalen Gewerkschaften, wie die der Drucker, aus den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts. Es gibt zur Zeit einige Lokalgewerkschaften, die auf ein ueber 100-jaehrigen, ununterbrochenes Bestehen zurueckblicken.

Zur Zeit des Buergerkrieges gab es eine Gewerkschaftsbewegung mit einigen Gewerkschaften in allen oder fast allen Nordstaaten. In den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts war die Gewerkschaftsbewegung, deren Mittelpunkt damals die Organisation "Knights of Labor" (Ritter der Arbeit) bildete, weit umfassender. In der zweiten Haelfte dieses Jahrzehntes entstand neben dieser Organisation der amerikanische Gewerkschaftsbund A.F.L., der bald zum Mittelpunkt der Gewerkschaftsbewegung wurde. Danach erlebte diese Gewerkschaft Aufstiege und Rueckschlaege, Zeiten zunehmender und abnehmender Mitgliedschaft. Zumindest seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts jedoch hat das Gewerkschaftswesen eine wirklich bedeutsame Rolle im oeffentlichen Leben Amerikas gespielt.

Das grosse Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung in Amerika fand im Verlauf der letzten 15 Jahre statt. Zu Beginn der Zeit des New Deal war die Gewerkschaftsbewegung auf einem Tiefstand angelangt, nachdem die Mitgliederzahl in den 20er Jahren der wirtschaftlichen Bluete staendig abgenommen hatte. Die gesamte Mitgliedschaft zaehlte nicht mehr als 3 Millionen gegenueber 5 Millionen im Jahre 1920. Doch selbst zu dieser Zeit waren die Berufe des Bau- und Druckereigewerbes sowie der Bekleidungsindustrie und einige andere gelernte Berufe gut organisiert. In den grossen Industrien der Massenproduktion jedoch bestanden fast ueberhaupt keine Gewerkschaften. Ein grosser Teil der amerikanischen Industrie war antigewerkschaftlich eingestellt und legte sich praktisch keinerlei Einschraenkung in den Methoden auf, die zur Unterdrueckung der Gewerkschaften angewandt wurden.

Die wirtschaftliche Krise erweckte bei den amerikanischen Arbeitern mehr Verstaendnis fuer die Gewerkschaftsbewegung und der New Deal schuf ein politisches Klima, das fuer die Entwicklung der Gewerkschaften guenstig war. Die Gesetzgebung legte den Unternehmern Einschraenkungen in den Methoden auf, die sie zur Unterdrueckung und zur Schwaechung der Gewerkschaftsbewegung gern angewandt haetten, und machten es ihnen zur gesetzlichen Pflicht, mit den Gewerkschaftsvertretern als Repraesentanten der Mehrheit ihrer Arbeitnehmer Verhandlungen zu fuehren. Waehrend die Regierung die Arbeiterorganisationen niemals direkt unterstuetzt hat, wie es etwa bei dem Zusammenschluss der Landarbeiter bisher zu beobachten war, zeigt sie heute der Gewerkschaft gegenueber eine positivere Einstellung und foerdert das Tarifverhandlungswesen.

Unter diesen guenstigen Bedingungen, vor allem jedoch deshalb, weil die Gewerkschaftsbewegung und eine aggressive Fuehrung tatsaechlich benoetigt wurden, nahmen Macht und Mitgliederstaerke der Gewerkschaften zu. Dieser Aufstieg begann im Jahre 1933, griff jedoch auf die Industrien der Massenproduktion erst ueber, nachdem der CIO (Kongress der Industrieverbaende) im Jahre 1936 gegrueudet war und die Vereinigten Staaten im Jahre 1937 beschlossen hatten, das Wagner Gesetz aufrechtzuerhalten und weitgehendst zur Durchfuehrung zu bringen.

Aus weniger als 3 Millionen Mitgliedern im Jahre 1933 wurden 7,400,000 im Jahre 1937, und 1940 waren es bereits 8,500,000. In den letzten der 30er Jahre wurden die Gewerkschaften von vielen der groessten Gesellschaften anerkannt und konnten mit ihnen ihre ersten Vertraege abschliessen. Die Mitgliederzahl stieg in den Kriegsjahren rapide an und erreichte mit 13,750,000 im Jahre 1944 ihren Hoechststand, obwohl zu jener Zeit 3 Millionen Gewerkschaftsmitglieder unter den Waffen standen. In der Zeit der grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten unmittelbar nach dem Kriege konnten die Gewerkschaften weitere, wenn auch nur kleinere Erfolge erzielen. Das Taft-Hartley Gesetz, das vom Kongress 1947 bewilligt wurde, bremste in einer Zeit zunehmender Beschaeftigung den Aufstieg der Gewerkschaften weiterhin ab. Die Gewerkschaften konnten jedoch wenigstens ihre Mitgliederziffern halten. Es ist wahrscheinlich, dass die Mitgliederzahl der Gewerkschaften im letzten Jahr im Zusammenhang mit der abnehmenden Beschaeftigungsziffer geringfuegig zurueckgegangen ist. Die Zahl von 15 Millionen, mit der gegenwaertig die Mitgliederstaerke der Gewerkschaften gewoehnlich beziffert wird, ist wahrscheinlich zu hoch gegriffen, wenn damit nur die beitragszahlenden Mitglieder gemeint sind. Sie waere jedoch zu niedrig, wenn alle Arbeitnehmer darin enthalten waeren, die sich als Gewerkschaftsmitglieder betrachten. Die Zahl der Arbeitnehmer solcher Betriebe, in denen die Arbeitsbedingungen nur teilweise durch Tarifvertraege festgelegt sind, ist etwas geringer geworden. Eine ganze Reihe Gewerkschaftsmitglieder arbeiten in solchen Industrien und Betrieben, in denen man keine Vertraege abzuschliessen wuenscht oder die Gewerkschaften nicht anerkennt. Ihre Zahl ist etwas hoeher als die der nichtorganisierten Arbeiter in solchen Betrieben, die an Tarifvertraege gebunden sind. Nach Schaetzungen des Statistischen Bueros des Arbeitsministeriums der Vereinigten Staaten arbeiteten Ende 1946 14,800,000 Menschen unter tarifvertraglichen Regelungen, denen 13,800,000 Gewerkschaftsmitglieder gegenueberstanden. Seit jener Zeit sind keine Schaetzungen der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften oder der unter Tarifvertraegen stehenden Arbeiter mehr vorgenommen worden. Beide Werte sind jedoch wahrscheinlich inzwischen etwas angestiegen.

Die Mitgliederstaerke der Gewerkschaftsbewegung hat in den beiden letzten Dekaden in absoluten Zahlen und prozentual gesehen noch nachhaltiger zugenommen. Seit 1939 hat sich die Mitgliederschaft der Gewerkschaften vervueffacht, und die Zunahme in der letzten Dekade betraegt mehr als 75%. Die Zahl derjenigen Arbeiter, fuer die Tarifvertraege abgeschlossen sind, hat sich jedoch kaum veraendert.

Die gesamte Erwerbsbevoelkerung Amerikas belaeuft sich zur Zeit auf 62 Millionen. Da nur 14 Millionen gewerkschaftlich organisiert sind, wird oft behauptet, dass die organisierte Gewerkschaftsbewegung weniger als ein Viertel der Arbeiter des Landes umfasse. Die Gesamtzahl der Erwerbsbevoelkerung enthaelt jedoch auch die nicht einer Gewerkschaft angehoerenden Unternehmer, die Bauern und die selbstaendigen Arbeiter in Staedten, ja sogar die Maenner und Frauen der Armee und alle Angestellten. Hierzu gehoeren die Betriebsleiter und andere Vorgesetzte in vergesellschafteten Unternehmen, sowie alle Buerou- und technischen Angestellten. Waehrend die Erwerbsbe-

voelkerung mehr als 62 Millionen Menschen zaehlt, ueber nur 40 Millionen Taetigkeiten aus, fuer die es eine gewerkschaftliche Organisation gibt. Die organisierte Arbeiterschaft stellt jedoch selbst unter Beruecksichtigung dieser Einschränkungen weniger als 40% aller Arbeiter in Berufsgruppen, fuer die es Organisationen gibt, und weniger als ein Drittel aller Arbeitnehmer, ausschliesslich der Vorgesetzten, dar.

Hinter diesen Zahlen bleibt die Tatsache verborgen, dass in zahlreichen wichtigen Industrien ein weit hoeherer Prozentsatz der Arbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert ist. In allen Fertigungsindustrien stehen schaezungsweise 70% der Produktionsarbeiter unter Tarifvertraegen. Im Bergbau und dem Bau- und Transportgewerbe ist dieser Prozentsatz noch hoeher, wogegen er in den Betrieben der oeffentlichen Versorgung unter 60%, bei dem Dienstpersonal unter 40% und im Handel, Finanzwesen, der Regierung und Landwirtschaft unter 20% liegt. In bestimmten Industriezweigen und Berufsgruppen innerhalb dieser Unterteilung in grossen Zuegen gibt es ausserdem Faelle, in denen der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter noch hoeher ist. In nur wenigen Industrien oder Berufsgruppen ist die gewerkschaftliche Organisation jedoch 100%ig. Dies mag fuer kleine Berufsgruppen wie Photogravuerendrucker, Zuschneider, Fensterglasschneider und ein paar andere zutreffen. Doch selbst im Kohlenbergbau ist die Zahl der nicht-organisierten Arbeiter betraechtlich, und es besteht dort eine nicht zu uebersehende Konkurrenzgewerkschaft, die gewillt ist, die Arbeit fortzufuehren, wenn die Mitglieder der Bergarbeitergewerkschaft in Streik getreten sind.

Die alarmierenden Warnrufe ueber die monopolistische Stellung, die die Gewerkschaften einnehmen, scheinen am wenigsten gerechtfertigt zu sein, wenn ein Vergleich zwischen der Staerke der Gewerkschaften und der der groesseren Gesellschaftsunternehmen angestellt wird. In vielen Beziehungen ist die Gewerkschaft das Gegenstueck des Gesellschaftsunternehmens. Beides sind Vereinigungen, die sich in ihrer Gesamtheit und in ihrer Existenz von der ihrer Mitglieder unterscheiden. Es gibt in Amerika etwa 500.000 aktive Gesellschaftsunternehmen - das sind zehnmal soviel, wie es Gewerkschaften gibt. Zwei Drittel aller Geschaefte, die in den Vereinigten Staaten heute getaetigt werden, gehen durch ihre Haende. Mehr als 95% der gesamten Produktion unterstehen ihnen, und dieser Prozentsatz ist noch hoeher im Finanzwesen, den Betrieben der oeffentlichen Versorgung und im Transportgewerbe.

Die grosse Mehrheit der Gesellschaftsunternehmen unterscheidet sich von den individuellen oder Teilhaberunternehmen nur dadurch, dass sie zu einer Koerperschaft vereinigt und ihren Besitzern gegenueber nur beschraenkt haftbar sind. Sie befinden sich im Privat- oder Familienbesitz und stellen keine grosse Anhaefung gesellschaftlicher Macht und finanzieller Mittel dar.

Waehrend die Unternehmen dieser Art die grossen Gesellschaftsunternehmen zahlenmaessig weit uebertreffen, verfuegen letztere ueber weit mehr Finanzmittel und Macht als alle kleineren Unternehmen zusammen. Eine Untersuchung des wirtschaftstechnischen Komitees kurz vor Beginn des zweiten Weltkrieges hat ergeben, dass 780 Gesellschaften, von denen jede ueber Kapitalien in Hoehe von 50 Millionen Dollar oder mehr verfuegt, nur zwei Zehntel aller Gesellschaften repraesentieren, aber im Besitz von 52% des Gesamtkapitals aller Gesellschaften waren. Dreissig Unternehmen nannten ein Kapital von mehr als einer Milliarde Dollar ihr eigen. Die beiden groessten dieser umfangreichen Gesellschaften hatten ein

Kapital, das groesser war als der gesamte Besitz aller Menschen in 38 von den 48 Staaten der Vereinigten Staaten. Seitdem dieser Bericht vor 10 Jahren ausgearbeitet wurde, sind jedoch die grossen Gesellschaften betraechtlich angewachsen und kontrollieren hoechstwahrscheinlich einen noch groesseren Prozentsatz der Produktion und des Besitzes der Nation.

Im Gegensatz zu dem grossen Wohlstand dieser Gesellschaften sind die Mittel der Gewerkschaften von heute ausserordentlich gering. Eine vor kurzem durchgefuehrte Erhebung ueber die finanzielle Staerke von 50 internationalen Gewerkschaften, deren Gesamtmitgliederschaft nahezu 12 Millionen betraegt, das sind vier Fuenftel aller Gewerkschaftsmitglieder des Landes, hat ergeben, dass sich ihr Gesamtkapital einschliesslich aller Versicherungsfonds auf 339 Millionen Dollar belaeuft. Nur eine Gewerkschaft, die der Eisenbahner, besitzt ein Kapital von ueber 50 Millionen Dollar, waehrend bereits vor zehn Jahren, wie schon erwaeht, 780 Unternehmen ueber diese und noch hoehere Summen verfuegen. Nur 28 der internationalen Gewerkschaften besitzen ein Kapital von 1 Million Dollar. Die Fonds der Lokalgewerkschaften sind nicht einer aehnlichen Studie unterzogen worden, und ueber die Gesamtmittel aller unserer Gewerkschaften sind nur Schaetzungen verfuegbar. Dr. Alexander S. Lipsett von der Floyd L. Carlisle, Inc., Berater fuer oeffentliche Beziehungen der Arbeitgeberorganisationen, hat kuerzlich schaetzungsweise angegeben, dass alle Gewerkschaften Amerikas ueber ein Gesamtkapital in Hoehe von drei bis vier Milliarden verfuegten - ein Betrag, der von mehr als einem halben Dutzend unserer grossen Gesellschaftsunternehmen ueberboten wird.

In anderer Hinsicht sind die grossen Unternehmen ebenfalls viel maechtiger als die groessten Gewerkschaften oder alle Gewerkschaften zusammen. In vielen grossen Gesellschaften ist die Zahl der Aktienbesitzer groesser als die der Arbeitnehmer. Das ist von besonderer Bedeutung, weil diese Gesellschaften von ihren Aktienbesitzern fast einmuetig unterstuetzt werden, wenn sie in Schwierigkeiten geraten. Den grossen Gesellschaften stehen ausserdem weit mehr Propagandamittel zur Verfuegung, und sie koennen im allgemeinen auf regulaeren Nachrichtenwegen die oeffentliche Meinung zu ihren Gunsten beeinflussen. Die Betriebsleiter und Vorgesetzten in den Gesellschaften sind zur Zeit die bestbezahltesten Leute in Amerika. Ihre soziale Stellung verschafft ihnen ueberall Zugang, und ihren Ansichten wird auf allen Gebieten groesste Beachtung geschenkt. Dagegen sind die Gewerkschaftsfuehrer aus den sogenannten "besseren Kreisen" ausgeschlossen und sind in den Augen eines grossen Teiles der Oeffentlichkeit zumindest verdaechtig.

Viel Laerm ist um das wachsende politische Bewusstsein in den Gewerkschaften geschlagen worden. Aber selten werden Leute aus Gewerkschaftskreisen in irgendwelche fuehrenden Stellungen der Vereinigten Staaten gewaehlt. Wahrscheinlich ist keine andere, groessere Schicht der Bevoelkerung in den Aemtern relativ so gering vertreten wie die Arbeiter der Industrie. In diesem Zusammenhang muss man sich vor Augen halten, dass in fast allen Staaten die Arbeiter mit ihren Familien nur eine Minderheit der Bevoelkerung darstellen und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nur eine Minderheit aller Arbeiter darstellen. Ausserdem ist es selten, wenn nicht ausgeschlossen, dass alle Gewerkschafter gleich waehlen. Wenn die Arbeiterschaft, politisch gesehen Erfolg haben soll, muss sie von anderen Gruppen unterstuetzt werden. Gewiss ist, dass sie noch weit davon entfernt ist, die politische Bildflaeche oder die Regierung in irgendeiner Hinsicht zu beherrschen.

Aus all diesen Ueberlegungen ergibt sich die Schlussfolgerung, dass die Gesellschaftsordnung der Vereinigten Staaten heute viel

eher den Stempel der Unternehmer als den der Arbeitnehmer traegt. Die Industrie ist die wichtigste Einnahmequelle, und die Industrie, oder zumindest die Grossindustrie, liegt in den Haenden der Unternehmer. Die Mehrzahl der grossen Gesellschaften wird von den Unternehmern kontrolliert, und sie ernennen normalerweise die Direktoren. Die Unternehmer sind weitgehend tonangebend in der gesamten Gesellschaft und ueben damit einen grossen Einfluss auf alle oeffentlichen Institutionen aus.

In gewissem Sinne ist die Gewerkschaftsbewegung eine Kampfansage an den Absolutismus der Unternehmer. Wo eine Gewerkschaft besteht, hat der Arbeitgeber in vielen Fragen der Arbeitsbedingungen keine voellig freie Hand mehr. Diese sind innerhalb der verschiedenen Gewerkschaften und darueber hinaus von Zeit zu Zeit Veraenderungen unterworfen. Allgemein gesprochen, haben die Gewerkschaften die Tendenz, sich um mehr und mehr Angelegenheiten zu kuemmern. Dies hat zu dem Notschrei der Unternehmer gefuehrt, dass ihre Rechte durch die Gewerkschaften beschnitten wuerden, und zu dem Vorwurf, alles, was mit Gewerkschaften zu tun habe, wolle das Unternehmertum stuerzen oder verlange zumindest eine gleichberechtigte Stimme in der Vertretung der Aktienbesitzer, das heisst in der Betriebsleitung.

In den 50.000 Gewerkschaften des Landes gibt es Beispiele fuer fast alle moeglichen Dinge. Was die Organisation und Struktur, die Groesse und Macht, die Ziele und Methoden anbetrifft, so gibt es bei den Gewerkschaften ebenso grosse Unterschiede wie bei den Unternehmen. Die kleinste internationale Gewerkschaft hat nur 100 Mitglieder, die groesste ueber eine Million. Es gibt einige Gewerkschaften, die Geschaeftsorganisationen sind und Gewinne erzielen; einige andere sind Genossenschaften; und wieder andere sind richtige mittelalterliche Gilden, denen nur Meister und Gesellen angeh hoeren. Wieder andere Gewerkschaften haben dem guten Ruf der Gewerkschaftsbewegung geschadet, weil sie Ausbeutermethoden, Terror und Gewalt anwandten. Es gibt Gewerkschaften, die ihre Hauptaufgabe im Dienst an fremden Ideologien und Nationen zu sehen scheinen. Auf der anderen Seite gibt es Gewerkschaften im Dienste der Unternehmer, deren Zweck in Wirklichkeit darin besteht, die wahre Gewerkschaftsbewegung zu unterminieren und die Arbeiter im Interesse der Unternehmer zu betraegen.

Die Gewerkschaftsbewegung ist zu gross und zu vielseitig, um sie ersch oepfend und genau in ein paar kurzen Saetzen beschreiben zu koennen. Was von einzelnen Gewerkschaften hier gesagt wurde, ist jedoch nicht zu verallgemeinern. Es hat in der Gewerkschaftsbewegung Fehlschlaege gegeben, jedoch nicht mehr als in anderen Schichten der Gesellschaft. Gewerkschaften und Gewerkschafter haben sich manchmal gesetzesw idriger Methoden bedient, aber wer hat das nicht getan? Im Laufe der Jahre sind die Faelle immer seltener geworden, in denen bei Arbeitsstreitigkeiten Gewalt angewandt wurde. Die Gewerkschaftsbewegung hat unter der kommunistischen Infiltration und den Versuchen der Kommunisten gelitten, das Gewerkschaftswesen zur Foerderung ihrer Parteiinteressen zu missbrauchen. Aber niemand hat im Kampf gegen die kommunistischen Beherrschungsversuche soviel geleistet wie gerade die Gewerkschaften. Eine starke Gewerkschaftsbewegung ist die beste Sicherheit gegen die Moeglichkeit, dass die Arbeiter den falschen Versprechungen jener erliegen, die die Wirtschaft und die Regierung unterminieren moechten.

"New Frontiers of Unionism"
(Neue Grenzen des Gewerkschaftswesens)
II/2/50

DIE REALLOEHNE IN DEN LAENDERN HINTER DEM EISERNEN VORHANG

Vergleiche sind wie geschichtliche Parallelen manchmal hinkend und oft ungenau. Besonders schwierig ist es, den Lebensstandard der Arbeiter in Laendern hinter dem Eisernen Vorhang mit dem amerikanischen Arbeiter zu vergleichen, und zwar vor allem deshalb, weil Statistiken in jenen Laendern Staatsgeheimnisse sind. Angaben in der New-York Post werfen jedoch etwas Licht auf den gegenwaertigen Wert der in Rubel, Zlotys, Lei, Lewa und tschechischen Kronen bezahlten Loehne im Vergleich zu den amerikanischen Dollarloehnen. Franz Pick, der Herausgeber des "Picks Kursbericht der Welt", ist Experte in Finanzfragen, und von ihm stammen die folgenden Werte: (Natuerlich muss dabei darauf hingewiesen werden, dass eine solche Umrechnung manche Maengel aufweisen muss, zumal die Regierungen jener osteuropaeischen Staaten der Meinung sind, dass der Umrechnungskurs ein gerechter sei, da die Kosten wichtigster Lebensmittel ausserordentlich niedrig sind, sodass aus diesem Grunde der vorgeschriebene Kurs sich verantworten liesse. Aber die Unterschiede sind derart gross, dass diese Argumente nicht durchschlagen.)

In Moskau ist der offizielle Kurs vier Rubel fuer einen Dollar, der nichtoffizielle dagegen 40 Rubel fuer einen Dollar. In Sofia steht der Dollar mit 285 Lewas offiziell, nichtoffiziell mit 1.275 Lewas im Kurs. In Bukarest werden offiziell 150 Lei, nichtoffiziell 610 Lei fuer den Dollar gezahlt. In Budapest liegt der amtliche Kurs bei 11.80 Forints je Dollar, im geheimen bezahlen die Spekulanten Ungarns jedoch bis zu 53 Forints. 400 Zlotys sind in Warschau nach dem amtlichen Kurs einen Dollar wert, der nichtamtliche Kurs ist jedoch 1.870 Zlotys und manchmal noch mehr. Der offizielle Kurs in Prag ist 50 Kronen fuer einen Dollar, nichtoffiziell werden 520 Kronen gezahlt. In Peiping steht dem amtlichen Kurs von 38.750 der nichtamtliche von 152.500 gegenueber. In Berlin hat der Dollar nach dem offiziellen Kurs einen Wert von fuenf Ostmark, auf dem Schwarzmarkt dagegen wird er fuer 45 und mehr Ostmark verkauft. Damit ist nach den Angaben Picks und der New York Post der Dollar auf dem nichtkontrollierten Markt mindestens viermal soviel wert wie nach dem offiziellen Umrechnungskurs.

Der nichtoffizielle Kurs ist selbstverstaendlich sehr starken Schwankungen unterworfen. Die von Franz Pick angegebenen Werte scheinen die hoechsten zu sein, die ein Privatspekulant zahlen wird. Nach Aussagen von Fluechtlingen aus anderen Laendern innerhalb des Rubelblocks sind diese Schaetzungen jedoch ziemlich genau oder waren es zumindest vor einigen Wochen.

Angenommen, diese Zahlen stimmen ungefaehr mit dem Realwert der Waehrungen Sowjetrusslands und seiner Satelliten ueberein, dann waere die Feststellung interessant, wieviel der normale Arbeiter in jenen Laendern verdienen muss, um den gleichen Lebensstandard wie der amerikanischen Arbeiter zu haben. Der Durchschnittslohn eines amerikanischen Industriearbeiters betraegt etwa 250 Dollar monatlich.

Um so wie der amerikanische Arbeiter leben zu koennen, muesste der durchschnittliche russische Fabrikarbeiter nach dem offiziellen Kurs monatlich 1000 Rubel verdienen, nach dem nichtoffiziellen oder tatsaechlichen Kurs aber 10.000 Rubel. In Wirklichkeit verdient er jedoch 600 Rubel. In Bulgarien muessten ihm nach dem amtlichen Kurs 70.000 Lewas, nach dem tatsaechlichen Kurs 312.000 Lewas gezahlt werden; nach den neuesten Berichten verdient der bulgarische Arbeiter aber nur 16.000 Lewas im Monat. Der ungarische Industriearbeiter hat ein Monatseinkommen von etwa 600 Forints; damit sein Lebensstandard dem des amerikanischen Arbeiters gleich waere, muesste er 3.000 Forints oder nach dem hoechsten nichtoffiziellen Kurs 15.000

Forints verdienen.

Der durchschnittliche Monatslohn in Rumänien betraegt etwa 5000 Lei. Das ist nur ein Sechstel des durchschnittlichen amerikanischen Arbeiterlohnes nach dem offiziellen Kurs, und nach dem tatsaechlichen Kurs muesste der rumaenische Arbeiter zumindest 150.000 Lei im Monat verdienen, um den amerikanischen Lebensstandard erreichen zu koennen. Der Monatslohn des polnischen Fabrikarbeiters muesste nach dem amtlichen Kurs bei 100.000 Zlotys und nach dem nichtamtlichen Kurs zwischen 250.000 und 460.000 Zlotys liegen. Nach Stachanow wuerde es in der Tat heroischer Anstrengungen beduerfen, um soviel verdienen zu koennen, dass sein Lebensstandard dem des amerikanischen Arbeiters gleichkaeme. In Polen betraegt der Mindestlohn zur Zeit 12.500 Zlotys monatlich, und besonders gut bezahlte Bergleute verdienen 27.300 Zlotys, was dem Verdienst eines amerikanischen Bergmannes fuer fuef Tage entspricht. In der Tschechoslowakei betraegt der monatliche Durchschnittslohn etwa 3.500 Kronen; dagegen muessten es nach dem amtlichen Kurs 12.300 und nach dem freien Kurs 125.000 Kronen sein, wenn der tschechische Arbeiter den Lebensstandard des amerikanischen Arbeiters haben sollte.

Arbeitsmitteilungen der ECA
V/17/50

AMERIKANISCHE GEWERKSCHAFT VERPFLICHTET SICH, NICHT ZU STREIKEN

Der Internationale Elektroarbeiterverband (CIO) hat sich fuer die Dauer eines Drei-Jahrespaktes, der mit der Sperry Gyroscope Company in deren Betrieb in Lake Success abgeschlossen wurde, verpflichtet, keinen Streik zu fuehren.

Die wichtigsten Bestimmungen dieses Abkommens, das sich auf etwa 5.500 Arbeiter erstreckt, die mit der Herstellung von Kriegsmaterial beschaefigt sind, sind folgende:

1. Rueckwirkend bis 15. April wird der Stundenlohn um 5 Cents erhoehrt und eine automatische jaehrliche Aufbesserung von 4 Cents je Arbeitsstunde zugesichert. Der durchschnittliche Stundenlohntarif betraegt im Jahre 1950 1.72 Dollar.

2. Die Loehne sind an den Lebenshaltungskosten-index fuer New York des Statistischen Bueros des Arbeitsministeriums gekoppelt, und jede Erhoehung dieses Index um einen Punkt wird durch eine Stundenloohnerhoehung um 1 Cent ausgeglichen. Die Loehne duerfen jedoch nicht niedriger werden, als in dem Erstabkommen vorgesehen ist.

3. Ein nicht beitragspflichtiges Gesundheits- und Wohlfahrtsprogramm wird eingefuehrt und das beitragspflichtige Pensionsprogramm weitergefuehrt.

4. Beide Vertragspartner kommen ueberein, in der Beibehaltung gerechter Produktionsnormen und guter Arbeitsbedingungen zusammenzuarbeiten.

Sprecher der Elektroarbeitergewerkschaft und der Sperry Company erklaerten, dass der Abschluss dieses Vertrages durch den gemeinsamen Wunsch beschleunigt worden sei, eine ununterbrochene Kriegsmaterialproduktion zur Verteidigung des Landes zu gewaehrleisten.

Weekly Labor News Digest
VIII/2/50

DELEGATION AMERIKANISCHER GEWERKSCHAFTER SCHLAEGT VERBESSERUNG DES ECA-PROGRAMMS VOR

Ein grosserer Anteil an den Mitteln der Verwaltung fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit sollte direkt den Lohnempfaengern in Deutschland, Italien und Frankreich zugute kommen. Dies war der Sinn der Erklarungen, die John W. Livingstone, der zweite Vorsitzende der Vereinigten Automobilarbeitergewerkschaft (CIO), in der vergangenen Woche abgab. Livingstone sprach hier als Beauftragter der Delegation der 12 Gewerkschaftsfunktionaere, die jetzt von einer sechswoechigen Reise durch europaeische Kraftwagen- und Flugzeugfabriken zurueckkehrten.

Die Delegation forderte verbesserte Lebensbedingungen in den genannten drei europaeischen Laendern, da dies der wirksamste Weg sei, den Drohungen einer kommunistischen Kontrolle entgegenzutreten. Die Mittel des Marshall-Plans haben, wie die Gruppe sich ueberzeugen konnte, die Profite der Gesellschaften anschwellen lassen, deren Fabriken wieder neu gebaut werden konnten. Zur selben Zeit haben die geringen Loehne der Arbeiter ihre Moral und ihr Selbstbewusstsein untergraben. Die Kritik der Gruppe richtet sich, wie erklart werde, gegen die unkorrekte Verwendung der ECA-Mittel, nicht jedoch gegen die eigentlichen Ziele der Marshall-Plan-Hilfe. In Grossbritannien habe die Gruppe, so erklarte Livingstone, feststellen koennen, dass die Fabriken ebenfalls wieder aufgebaut und modernisiert seien, dass aber auch die Arbeitsbedingungen sich wesentlich verbessert haben.

Weekly Labor News Digest
VIII/16/50

730 FRAUEN IN SPITZENSTELLUNGEN IN AMERIKA

In Washington ist ein sehr aufschlussreicher Bericht erschienen, der sich mit den Stellungen von 730 Frauen beschaeftigt, die in den Vereinigten Staaten Spitzenstellungen errungen haben. Es handelt sich hierbei um Volkswirtschaftlerinnen, Anwaelte, Wissenschaftlerinnen, Verwaltungsspezialistinnen, Patentprueferinnen, Aerztinnen, Bibliothekarinnen, Statistikerinnen, Autoren, Spezialistinnen fuer Personalabteilungen und Buchhaltungen und aehnlicher Berufe.

Aber die Zahl der Frauen in Spitzenstellungen ist gering. Sie betraegt im Staatsdienst nur 3% aller Angestellten. Sie ist zwar langsam angestiegen, aber wenn man weiss, dass 24% aller Arbeitskraefte weibliche sind, so ist die erwahnte Zahl sehr gering.

Ueber die Haelfte dieser weiblichen Kraefte in Spitzenstellungen ist aelter als 45 Jahre. Sieben von acht dieser Frauen haben auf einer Universitaet ihr Examen abgelegt, drei von fuenf haben noch andere, schwierigere Pruefungen mit Erfolg bestanden.

32 dieser 730 Frauen haben ein Jahresgehalt von mehr als 8000 Dollar. Aber wenn hier zu den maennlichen Kollegen Vergleiche gezogen werden, so ergibt sich, dass 8% der Maenner Gehaelter von mehr als 8000 Dollar im Jahr beziehen, waehrend es nur 0.1% der Frauen sind.

Die meisten dieser Frauen, die weit ueber dem Durchschnitt mit ihren Bezuegen stehen, sind auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaft spezialisiert. Es handelt sich bei ihnen um Fachkraefte fuer Betriebsanalysen, aber auch Spezialistinnen in Baumwolle, Strickwaren, Gummierzeugnisse, um Berichterstatterinnen ueber Lohn- und Preisbewegungen, ueber Lohneinheiten, ueber Wohnfragen

und Einkommensverteilung, ueber Nahrungsmittelverbrauch und aehnliche Dinge. Aus der Statistik geht hervor, dass der Krieg der Mehrzahl dieser Fachkraefte erst den Weg zu diesen Aemtern oeffnete. Es gibt somit eine ganze Anzahl Kraefte, die bereits 20 Jahre und mehr auf solchen Posten stehen, aber die meisten haben doch erst fuenf bis sechs Jahre Dienst in diesen Positionen hinter sich. Drei Fuenftel dieser durch den Krieg in diese Stellung gekommenen Frauen haben ein Gehalt zwischen 6400 und 7400 Dollar und 50% dieser Kraefte bezogen Gehaelter zwischen 7600 und 8600 Dollar.

Es duerfte in Deutschland ueberraschen, dass unter diesen Spitzenkraeften auch mehr als 50 Frauen zu finden sind, die auf dem Gebiet der Sozialen Wohlfahrtspflege taetig sind. Dabei faellt auf, dass diese Kraefte keine eigentliche Spezialausbildung genossen haben, aber es wird hier der groessere Wert auf die Praxis gelegt, die weit wichtiger als jede wissenschaftliche Theorie ist. Jedenfalls ist dies drueben die Auffassung, die in diesem Falle auch durch die Vorbildung dieser Spezialistinnen bestaetigt wird.

Unter den Spezialistinnen, die nicht die hoechsten Gehaltsstufen erreichen, aber trotzdem weit ueber dem Durchschnitt verdienen, stehen etwa 400 Frauen, von denen 41 in Physik oder Biologie eine Sonderausbildung durchgemacht haben, 34 sind Aerztinnen, Krankenpflegerinnen oder Spezialkraefte auf einem Sondergebiet der oeffentlichen Gesundheitsarbeit. 30 Kraefte betaetigen sich auf dem Gebiet der Erziehung, 18 als Bibliothekarinnen, 14 als Statistikerinnen, 13 als Herausgeber oder Fachschriftstellerinnen, waehrend 33 Spezialistinnen auf dem Gebiet der Informationen sind.

Arnold Beichman, New Yorker Korrespondent der AFL News Service:

AMERIKANISCHE GEWERKSCHAFT SCHULT IHRE FUEHRER

Die Internationale Damenoberbekleidungsarbeiter-Gewerkschaft (ILGWU) der AFL hat einen Versuch unternommen, der die Aufmerksamkeit der gesamten Gewerkschaftsbewegung auf sich ziehen wird.

Es handelt sich um ein Ausbildungsinstitut dieser Gewerkschaft, an dem zukuenftige Funktionaere und Fuehrer der ILGWU jeweils fuer die Dauer eines Jahres unterrichtet und geschult werden, um sich dann in fuehrenden Positionen der Gewerkschaften weitere berufliche Kenntnisse zu erwerben.

Im Hauptquartier der ILGWU, New York, 1710 Broadway, wurde mit der Schulung einer Gruppe von 37 jungen Leuten - 32 Maenner und fuenf Frauen - begonnen. Es ist eine Tagesschule, und der Lehrgang dauert ein ganzes Jahr, wovon 7 Monate theoretischer und 5 Monate praktischer Arbeit gewidmet sind.

Fuer die praktische Ausbildung sind Betriebsbesuche vorgesehen; ausserdem soll Einblick in die Arbeit von Organisatoren, Betriebsleitern und Arbeitsvorgesetzten genommen werden. Ferner werden das schiedsrichterliche Verfahren und Faelle der Wechselbeziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern studiert.

Der Lehrplan des ersten Jahres enthaelt die Geschichte der ILGWU, ihren Aufbau und ihre Arbeitsweise, die Geschichte der Damenoberbekleidungsindustrie nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, die Verwaltung der Gewerkschaften, die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung und die Gesetzgebung, die Einfuehrung in das Tarifverhandlungsverfahren und eine Studie der grundlegenden Berufe.

Der Lehrkoerper des Instituts setzt sich nicht nur aus Gewerkschaftsfunktionaeren, sondern auch aus aussenstehenden Dozenten zusammen. Hierzu gehoeren Dr. Philip Taft von der Brown Universitaet, Frau Elizabeth Pollock vom polytechnischen Institut und andere. Leiter der Schule der ILGWU ist Arthur A. Elder, der seit Jahren Vizepraesident der Gewerkschaft der Lehrer ist.

Die zugelassenen Studenten zahlen keine Unterrichtsgelder, muessen aber fuer ihren Lebensunterhalt aufkommen. Sie muessen zumindest eine hoehere Schulbildung haben, und nach erfolgreichem Abschluss des Lehrgangs wird ihnen eine Anstellung bei der ILGWU zugesichert.

Zur Finanzierung des Instituts bewilligte der Exekutivausschuss 100.000 Dollar.

Anlaesslich der Eroeffnung der Schule sprachen Vizepraesident Julius Hochman, der Leiter des Erziehungsausschusses der ILGWU und David Dubinsky, der Praesident der ILGWU. Dubinsky erklarte, dass sich fuer die Gewerkschaftsbewegung die Notwendigkeit ergeben habe, ihre zukuenftigen Fuehrer zu schulen.

"Das Problem der Gewerkschaftsfuehrung", sagte er, "ist heute ein anderes als in den vergangenen Jahren. Die Organisationsmethoden unterscheiden sich von denen, die vor 40 oder 50 Jahren angewendet wurden. Die Verhandlungsmethoden haben sich geaendert und ebenso die Unternehmer. Deshalb muss auch die Gewerkschaftsfuehrung eine andere sein.

"Angesichts der Dringlichkeit dieses Problems gibt es keine bessere Moeglichkeit als junge Menschen auszubilden, die irgendeine Ausbildung genossen und ein Interesse daran haben, sich in der Gewerkschaftsbewegung zu betaeligen, und die bereit sind, einer Sache zu dienen, die ihnen geistige Befriedigung und zugleich eine Laufbahn bietet."

Weekly News Service (AFL)
V/5/50

NEUE TABELLEN UEBER DAS ARBEITSALTER AMERIKANISCHER ARBEITER

Das Statistische Buero des US-Arbeitsministeriums hat von einer wichtigen Errungenschaft auf dem Gebiet der Statistik berichtet: es sind Tabellen ausgearbeitet worden, die anzeigen, mit wieviel Jahren beruflicher Taetigkeit ein amerikanischer Arbeiter im Durchschnitt rechnen kann.

Die neuen Tabellen ueber die Dauer des Arbeitslebens zeigen die zunehmende Spanne zwischen dem Gesamtlebensalter und der Dauer der beruflichen Taetigkeit der Maenner in den Vereinigten Staaten auf.

Danach hat sich das Lebensalter, mit dem ein 20-jaehriger maennlicher Arbeiter der weissen Rasse im Durchschnitt rechnen kann, in der Zeit von 1900 bis 1940 um 5 1/2 Jahre erhoehrt, waehrend diese Erhoehung fuer die Dauer seiner beruflichen Taetigkeit nur 2 1/2 Jahre betraegt. Die Zahl der Jahre im Ruhestand, mit denen er rechnen kann, hat sich in dieser Zeitspanne verdoppelt. Wenn diese Entwicklung weitergeht, heisst es in dem Bericht des statistischen Bueros, wird sich die Spanne zwischen der zu erwartenden Gesamtlebensdauer und der der beruflichen Taetigkeit in der Zeit von 1900 bis 1975 verdreifachen.

Der Tabelle zufolge konnte im Jahre 1940 ein 20-jaehriger Landarbeiter der weissen Rasse damit rechnen, fast 3 Jahre laenger als ein Arbeiter aus der Stadt zu arbeiten. Das zu erwartende Arbeitsalter des 20-jaehrigen, nicht der weissen Rasse angehoerenden Arbeiters war um fast 6 Jahre kuerzer als das des Arbeiters der weissen Rasse.

Durch die Tatsache veranlasst, dass aeltere Leute einen zunehmenden Prozentsatz der Bevoelkerung bilden, hat das statistische Buero im Jahre 1945 an diesen Tabellen zu arbeiten begonnen. Ueber das Arbeitsalter der Frau werden zur Zeit gleiche Tabellen entwickelt.

Die Tabellen werden dem Studium des wirtschaftlichen Problems der Abhaengigkeit alter Leute zugrundegelegt und beim Veranschlagen der Beschaeftigungsmoeglichkeiten fuer verschiedene Berufsgruppen auf lange Sicht verwendet werden. Sie werden bei der Berufsberatung wertvolle Helfer sein. Da sie einen Ueberblick ueber die Zahl derjenigen Arbeiter bestimmter Beschaeftigungssparten geben, die wahrscheinlich sterben oder in den Ruhestand treten werden, koennen mit ihrer Hilfe neue Arbeiter in die Berufe gelenkt werden, fuer die grosser Nachwuchsbedarf besteht.

Das statistische Buero wird in Kuerze einen Bericht ueber die Tabellen des Arbeitsalters (Bulletin Nr. 1001 des statistischen Bueros) veroeffentlichen. Ausserdem wird, beginnend im August, in der Veroeffentlichung "BLS Monthly Labor Review" zu diesem Thema eine Serie von fuenf Artikeln erscheinen.

Die Fertigstellung der Tabellen wurde kurz nach Beendigung der Nationalen Konferenz ueber das Alter angekuendigt, die die Bundesstaatliche Sicherheitsbehoerde vom 13.-15. August abhielt. Die Konferenz wurde in Antwort auf die Forderung Praesident Trumans einberufen, sich eingehend mit den Problemen zu befassen, die mit dem staendigen Ansteigen des Anteils der aelteren Leute an der Gesamtbevoelkerung des Landes in Zusammenhang stehen.

Pressemitteilung des US Arbeitsministeriums
VIII/21/50

KANADISCHE EISENBAHNER DROHEN MIT STREIK

Fuenfzehn kanadische Eisenbahnergewerkschaften, in denen nicht im Fahrdienst beschaeftigte Eisenbahner organisiert sind, kuendigten den Eisenbahngesellschaften an, dass sie in den Ausstand treten wuerden, wenn ihre Forderungen nach einer kuerzeren Arbeitswoche bei einer gleichzeitigen Lohnerhoehung nicht bis zu einem bestimmten Tage erfuehrt wuerden.

Die mehr als 90.000 Mitglieder dieser Eisenbahnergewerkschaften verlangen ohne eine Kuerzung ihrer Loehne an Stelle der 48-Stunden Woche die Einfuehrung der 40-Stunden Woche und eine Erhoehung des Stundenlohnes um 7 Cents. Mit dieser Streikankuendigung fanden die Verhandlungen einen neuen Hoehepunkt, die uebrigens seit mehr als einem Jahre im Gange sind. Nachdem die Unternehmer die Forderungen der Gewerkschaften zurueckgewiesen hatten, befasste sich ein kanadischer bundesstaatlicher Vermittlungsausschuss mit dem Problem. Die Mehrheit des Ausschusses haette Vorschlaege gemacht, erklaerten die Gewerkschaften, die "voellig unannehmbar" gewesen waeren.

Weekly Labor News Digest
VIII/9/50

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 28

Frankfurt, 15. September 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Die Arbeiterschaft zur Frage der Steigerung der Produktionsleistung - - - - -	1
Der Marshall Plan in einem französischen Hafen -	2
Betrachtungen zur Aussenpolitik der Vereinigten Staaten - - - - -	3
Britische Gewerkschaften entscheiden sich fuer die Nutzenanwendung der Berichte ihrer Auslandskommission - - - - -	7
17 westeuropaeische Nationen unterstuetzen Binnenwanderungsprogramm - - - - -	9
Fabrikbaukontrolle in England gelockert - - - - -	11
Kupers besucht griechische Gewerkschaften - - - - -	12
Norwegische Gewerkschaften stellen sich hinter die Vereinten Nationen - - - - -	13
15 Jahre Sozialfuersorge in den Vereinigten Staaten - - - - -	14
Oesterreichische Arbeitskammer baut Lehrlingsheim	15
Die Gewerkschaften ruesten sich fuer politische Machtansprueche - - - - -	16

W. Schevenels:

DIE ARBEITERSCHAFT ZUR FRAGE DER STEIGERUNG DER PRODUKTIONSLEISTUNG

Obwohl der Wiederaufbau der kriegszerstoerten Laender bereits weit vorangeschritten ist, hat die grosse Mehrheit der Bevoelkerung, insbesondere die Industriearbeiter, ihren Vorkriegslebensstandard noch nicht wieder erreicht. Sie sind Jahr fuer Jahr in ihrer Hoffnung auf verbesserte Lebensbedingungen enttaeuscht worden. Und heute besteht in diesen hochentwickelten Industriestaaten tat-

sachlich die Gefahr eines wirtschaftlichen Stillstands. Ausserdem sind grosse Gebiete der Welt in die Weltwirtschaft einbezogen worden, und Hunderten von Millionen Menschen in diesen Laendern kommt es immer staerker zum Bewusstsein, wie ausserordentlich niedrig ihr Lebensstandard ist. In diesen wirtschaftlich rueckstaendigen Laendern ist die Notwendigkeit einer wesentlichen Verbesserung des Lebensstandards noch viel groesser und dringender als in den wirtschaftlich entwickelten Staaten.

Es gibt nur eine Moeglichkeit, diesen dringenden Bedarf an einer hoeheren Erzeugung und an einer Vermehrung der Dienstleistungen zu decken: die Steigerung der Produktionsleistung auf der ganzen Welt. Hoehere Produktionsleistung kann mit vielen Mitteln erreicht werden: bessere Einrichtungen und zahlreichere Maschinen; bessere Organisation der Produktion; groessere Leistungsfahigkeit; und Vermeidung der Verluste bei der Verteilung und dem Transport; Ausdehnung der Absatzmaerkte, wozu eine bessere Verteilung der Arbeitskraefte, eine groessere Spezialisierung und Normung der Produktion erforderlich ist. Jede dieser Massnahmen und alle zusammen koennen und muessen eine groessere Produktion und niedrigere Gesteungskosten ermoeeglichen.

Der wirkliche Erfolg jeglicher Bemuehungen zur Steigerung der Produktionsleistung haengt von der Bereitwilligkeit der Arbeiter zur Zusammenarbeit ab. Um diese Zusammenarbeit zu sichern, ist es notwendig, die Arbeiter davon zu ueberzeugen, dass sie sich durch ihren Beitrag zur Steigerung der Produktionsleistung niedrigere Preise und hoehere Loehne und damit einen hoeheren Lebensstandard fuer jedermann und ueberall sichern.

Die Arbeiterschaft hat in der Vergangenheit bittere Erfahrungen mit der Einfuehrung neuer Maschinen und arbeitssparender Einrichtungen und Methoden gemacht, die zur Massenarbeitslosigkeit, niedrigeren Loehnen und schlechteren Arbeitsbedingungen gefuehrt haben. Es ist wahr, dass ohne hoehere Produktionsleistungen keine Moeglichkeit besteht, die gegenwaertigen Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern, und der Arbeiter ist sich dessen durchaus bewusst.

Es duerfte deshalb nicht allzu schwer sein, die Arbeiterschaft fuer eine Steigerung der Produktionsleistung zu gewinnen, vorausgesetzt, dass sie ueberzeugt werden kann, dass die aus der hoeheren Produktionsleistung entstehenden Vorteile unter alle Schichten der Bevoelkerung gerecht verteilt werden, und dass vor allem die gesteigerte Produktionsleistung ihnen in Form hoeherer Loehne, zahlreicherer und billigerer Waren und die Vollbeschaeftigung zugutekommt.

Die Arbeiter wissen, dass dies erreicht werden kann. Wenn es jedoch nicht erreicht werden kann, dann nur deshalb, weil irgendwo irgendjemand dagegen arbeitet.

Labour News Bulletin on ERP
VII/15 - VIII/15/50

DER MARSHALL PLAN IN EINEM FRANZOESISCHEN HAFEN

Der franzoesische Hafen Le Havre hat 60% seiner Vorkriegskapazitaet wieder erreicht. Hieraus hat sich eine rege Geschaefsttaetigkeit und Beschaeftigungsmoeglichkeit fuer die Bewohner von Le Havre ergeben, die sonst arbeitslos waeren.

Le Havre ist der bedeutendste franzoesische Einfuhrhafen fuer Baumwolle. 191.000 Tonnen Baumwolle, wovon ueber 80% Marshall Plan

Lieferungen entstammen, wurden im Laufe des vergangenen Jahres in diesem Hafen ausgeladen. Damit wurde nicht nur der franzoesischen Textilindustrie geholfen, die nach einer weiteren Zuteilung von 3 Millionen Dollar fuer Neuanschaffungen mit grosser Zuversicht der Beseitigung der Zollschraken entgegenblickt, sondern einem der grossten Haefen Frankreichs wurde auch seine industrielle Geschaeftigkeit aus der Vorkriegszeit zurueckgegeben.

Die Schifffahrt ist die Lebensader von Le Havre, und es war selbstverstaendlich, dass die Wiederherstellung der kriegszerstoerten Dockanlagen den Vorrang vor allen anderen Bauvorhaben einnehmen musste. Als naechstes wird nun der Wohnungsbau fuer diese bedeutende Hafenstadt mit einer Einwohnerzahl von 135.000 in Angriff genommen. Das Wiederaufbauprogramm, das 1948 und 1949 anlief, wird in diesem Jahre einen grossen Aufschwung nehmen, nachdem 1,706 Millionen Franken (5.114.000 Dollar) aus Gegenwertfonds des Marshall Planes fuer den Wiederaufbau der kriegszerstoerten Wohnhaeuser bereitgestellt wurden.

14% der in dem Wohnungsbauprogramm fuer Le Havre vorgesehenen Arbeiten sind zur Zeit in der Ausfuehrung begriffen, und man erwartet, dass 1500 Familien, die zur Zeit in Notwohnungen untergebracht sind, gegen Ende des Jahres neue Wohnungen haben werden.

Die Marshall Plan Hilfe fuer Le Havre stellt nur einen Teil des gesamten ERP Fonds fuer Wohnungsbauzwecke fuer ganz Frankreich dar, der sich auf 62.285.000 Dollar (fast 22 Milliarden Franken aus Gegenwertfonds) belaeuft.

Labour News Bulletin on ERP
VII/15 - VIII/15/50

Edward G. Miller, Jr., stellvertretender Aussenminister fuer inter-amerikanische Angelegenheiten:

BETRACHTUNGEN ZUR AUSSENPOLITIK DER VEREINIGTEN STAATEN

Die Taetigkeit der Gewerkschaftsbewegung macht sich in Latein-Amerika immer staerker bemerkbar. Der Aufstieg der Bewegung ging langsam vor sich, und sie hatte gelegentlich, wie auch in anderen Laendern, gegen eine hartnaeckige Opposition zu kaempfen. Besonders in den letzten Jahren jedoch hat sie sich in politischen Angelegenheiten in zunehmendem Masse Gehoer verschafft. Niemand weiss, wie stark die Gewerkschaftsbewegung in Latein-Amerika ist. Ich habe Schaetzungen gehoert, die um mehr als 100% variieren. Doch selbst wenn die Bewegung zahlenmaessig klein ist, ihre Bedeutung ist gross. Das trifft besonders fuer jene Laender zu, in denen die grosse Masse des Volkes nicht aufgeklaert und politisch kaum organisiert ist. Die Gewerkschaftsbewegung spricht im Namen des Volkes, und sie muss besonders bemueht sein, fuer die Verwirklichung der wahren Bestrebungen des Volkes zu arbeiten.

Die Gewerkschaften sind an der Foerderung der demokratischen Ideale und Einrichtungen in Amerika und im Ausland interessiert. Das gleiche gilt fuer das Aussenministerium. Liberale Gruppen in USA selbst und in Latein-Amerika haben jedoch manchmal die Politik der Vereinigten Staaten nicht verstanden, und zwar deshalb, weil sie die Hintergruende dieser Politik nicht voellig erkannten. Heute ist man geneigt, bei jeder Gelegenheit das U.S. Aussenministerium zu beschuldigen. Die schwierigen Situationen in der Welt haben groessenteils verwickelte und tiefverwurzelte Ursachen. Diese Probleme koennen nicht ueber Nacht geloest werden. Gerade weil die Politik

von einigen Gruppen missverstanden wird, die sich als Verfechter demokratischer Ideale aufspielen, moechte ich ueber zwei Fragen sprechen, die fuer die Allgemeinheit von Bedeutung sind: erstens, warum halten die Vereinigten Staaten von Amerika ihre diplomatischen Beziehungen zu Regierungen aufrecht, die nicht demokratisch sind, und zweitens, warum arbeiten die Vereinigten Staaten mit derartigen Regierungen wirtschaftlich zusammen?

Die Politik der Vereinigten Staaten stellt das Ergebnis eingehender und ernsthafter Studien, Versuche und der praktischen Anwendung unserer grundlegenden Prinzipien dar. Sie entstammen einem gesunden Menschenverstand und sind dazu bestimmt, der Arbeiterschaft so schnell vorwaertszuhelfen, wie es die dabei auftretenden Schwierigkeiten erlauben.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit einer Regierung haengt erstens davon ab, ob diese Regierung die zivile Ordnung aufrechterhalten kann oder nicht. Hierauf wird selbstverstaendlich jede Regierung zuerst geprueft. Ausserdem muss man wissen, ob man sich darauf verlassen kann, dass diese Regierung ihren internationalen Verpflichtungen nachkommt, das heisst, dass sie sich an ihre Abmachungen und die internationalen Gesetze haelt. Allgemein gesprochen, ist die Form dieser Regierung nicht ausschlaggebend. Wenn eine Regierung gewaltsam gestuerzt wurde, stehen die Vereinigten Staaten vor der Frage, ob die neue Regierung, die an die Stelle der alten tritt, anerkannt werden soll oder nicht. Die Vereinigten Staaten sind bestrebt, sich mit den anderen Regierungen der westlichen Hemisphaere zu verstaendigen, damit die Aktionen der amerikanischen Voelkergemeinschaft so weit wie moeglich koordiniert werden koennen. Diese Zusammenarbeit hat sich als sehr erfolgreich erwiesen, und die amerikanischen Laender sind sich dadurch naehergekommen; ausserdem hat diese Methode in der Oeffentlichkeit grosses Verstaendnis fuer die Probleme und fuer die Politik der Vereinigten Staaten erweckt.

Die gegen diese Politik gerichteten Argumente werfen oft die Frage auf, was "Intervention in die inneren Angelegenheiten" eigentlich ist. Diplomatische Anerkennung einer Regierung darf nicht als eine moralische Hilfe angesehen werden, mit der eine innere Reform ermoeeglicht werden soll. Es ist offensichtlich, dass die Vereinigten Staaten zu vielen Laendern, deren Regierungen unseren Idealen nicht entsprechen, Beziehungen unterhalten und diese auch beibehalten. Die Tatsache, dass sie dabei mit ihren Prinzipien nicht einverstanden sind, ist um so mehr ein Grund, sich die Wege des gegenseitigen Gedankenaustausches offenzuhalten. Der Fortschritt der Zivilisation beruht u.a. auf dem Austausch von Persoenlichkeiten und Ideen. Die Vereinigten Staaten moegen sich nicht mit einem Eisernen Vorhang umgeben. Wenn das internationale Verstaendnis gefoerdert werden soll, muessen die Wege offenbleiben.

Einige Gewerkschaften Latein-Amerikas waren unzufrieden, weil ihnen keine Hilfe angeboten wurde, die der Unterstuetzung Europas und gewisser asiatischer Laender im Rahmen des Marshall Planes gleichgekommen waere. Die gleichen Gewerkschaften und auch einige Amerikaner haben protestiert, weil sich die Vereinigten Staaten nicht auf diejenigen Laender beschraenkt haben, deren Regierungen sich an die demokratischen Grundsaeetze halten. Die amerikanische Hemisphaere ist durch das sogenannte interamerikanische System vereinigt, das in der "Organisation Amerikanischer Staaten" zum Ausdruck kommt. Wenn wir nicht einen Blick auf die geschichtliche Entwicklung dieser Organisation werfen, muessen wir unwillkuerlich die tatsaechlich grossen Erfolge unterschaeften, die in bezug auf die Vereinigung der amerikanischen Voelkerfamilie seit der Gruendung der Pan-Amerikani-

schen Union durch James G. Blaine und seine Mitarbeiter errungen wurden. Wenn man naemlich weiter zurueckgeht, kann man mit Bestimmtheit sagen, dass der grosse suedamerikanische Fuehrer Bolivar hoechst begeistert ueber das sein wuerde, was zur Verwirklichung seines Ideals, einer vereinigten Hemisphaere, inzwischen getan wurde. Auf den Konferenzen in Montevideo (1939), Buenos Aires (1936), Lima (1938), Panama (1939) und Havanna (1940) wurden bedeutende Schritte zur Vereinigung der amerikanischen Nationen unternommen. In Rio de Janeiro (1942), in Mexiko (1945), wiederum in Rio de Janeiro (1947) und in Bogota (1948) wurde diese Solidaritaet erneut unter Beweis gestellt.

Die Wirksamkeit des geschaffenen Systems hat seine erste Probe bestanden, als sich die "Organisation der Amerikanischen Staaten" gemass dem Vertrag von Rio de Janeiro kuerzlich mit Streitigkeiten um die Karibische See befasste. Dies waere nicht moeglich gewesen, wenn die amerikanische Gemeinschaft in einzelne Gruppen entsprechend den verschiedenen Ideologien der Mitgliederstaaten getrennt gewesen waere.

Die Vereinigten Staaten glauben an diese Gemeinschaft, und mit den Staaten meinen sie das Aussenministerium und die Bevoelkerung. Sie muessen bestrebt sein, diese Gemeinschaft zu staerken, damit die Feindseligkeiten und Streitigkeiten auf dem amerikanischen Kontinent zu aller Nutzen und zur allgemeinen Verbesserungen des Lebensstandards auf friedliche Weise beigelegt werden koennen.

Erinnern wir uns an die tragischen Verhaeltnisse, die die Vereinigten Staaten veranlassten, Europa zu unterstuetzen. Der Krieg hat West-Europa, ein Industriegebiet mit einer umfangreichen Wirtschaft, verwuestet. Die Fabriken, in denen die Arbeiter ihren Lebensunterhalt verdienten, wurden zerstoert. Es war kein Kapital vorhanden, um die Betriebe wieder aufzubauen. Die Arbeiter lebten in groesster Armut, sie hatten auch keine Gelegenheit, selbst Nahrungsmittel anzubauen, denn dazu fehlte es an Ackerland. Sie mussten ernaeht werden, und die Vereinigten Staaten halfen, sie mit Lebensmitteln zu versorgen. Sie mussten Arbeitsaufgaben bekommen, denen sie gewachsen waren. Die Vereinigten Staaten halfen beim Wiederaufbau der Fabriken, der Handel bluehte wieder auf, und Bauern und Arbeiter konnten ihre Erzeugnisse austauschen. Damit halfen die Vereinigten Staaten, eine Katastrophe zu verhindern.

Die Lage in Latein-Amerika ist gaenzlich verschieden. Dort dreht es sich nicht darum, grosse Industriestaaten wiederaufzubauen, sondern die wirtschaftliche Entwicklung zu foerdern. Diese Aufgabe nimmt Zeit in Anspruch. Bleibende Einrichtungen, wie die Export-Import-Bank, die Weltbank und der Internationale Waehrungsfond, die nicht wie die Verwaltung fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit (E.C.A.) nach Beendigung einer wirtschaftlichen Krise wieder aufgeloeset werden, stellen lediglich eine Form der Hilfe dar. Diese Institutionen bieten die finanzielle Unterstuetzung, die von den Regierungen fuer die wirtschaftliche Entwicklung zur Verfuegung gestellt werden kann.

Die technische Unterstuetzung ist fuer Latein-Amerika ebenfalls von groesster Notwendigkeit. Seit acht Jahren unterstuetzt die Regierung der Vereinigten Staaten das Institut fuer Interamerikanische Angelegenheiten. Die Aufgabe dieser Organisation weiss man in Washington wohl zu schaeetzen, und in der letzten Sitzung des Kongresses wurde einstimmig fuer eine Verlaengerung ihres Bestandes um fuenf Jahre gestimmt. Das Institut fuer Interamerikanische Angelegenheiten und das Komitee fuer Wirtschaftliche und Kulturelle Zusammenarbeit bilden einen Pruefstein fuer das Punkt-Vier-Programm

Praesident Trumans. Ein erweitertes Programm der technischen Unterstuetzung wird Latein-Amerika und anderen Teilen der Welt Gelegenheit bieten, eine wirksame technische Unterstuetzung zur Entwicklung der Landwirtschaft und Industrie mit eigenem oder auslaendischem Kapital unter geringem Kostenaufwand zu erhalten. Ohne einen politischen Einfluss ausueben zu wollen, soll die finanzielle Unterstuetzung der Laender Latein-Amerikas die wirtschaftliche Entwicklung foerdern und eine Lahmlegung des Handels verhindern, ohne dass dabei versucht wird, die inneren Angelegenheiten eines Landes durch Aufdraengen eigener Ideen zu beeinflussen.

In der heutigen Welt beschraenken sich die Beziehungen zwischen den einzelnen Laendern nicht auf die Regierungen selbst, sondern gehen in jeder Hinsicht ueber die Regierungen hinaus. Die Handelsbeziehungen, der Fremdenverkehr, die kulturellen Beziehungen und die indirekten Auswirkungen des Verhaltens der USA auf die Entwicklung der oeffentlichen Meinung liegen ausserhalb der Einflussphaere der Regierungen.

In der Denkungsweise der Vereinigten Staaten und ihrem politischen Schrifttum besteht die Tendenz, die Rolle der Regierung uebermaessig zu betonen und ein Volk oder ein Land mit der Regierung zu entzweien, die gerade an der Macht ist. Wenn die Programme der Zusammenarbeit auf diesem Kontinent wirksam sein sollen, muessen sie von Dauer sein. Die USA duerfen sich nicht von der Abneigung gegen eine Regierung, die an der Macht ist, irrefuehren lassen. Nichts kaeme den Feinden der Vereinigten Staaten gelegener, als wenn sie sich ihrer Unfehlbarkeit ruehmen wollten.

Damit kommen wir zu einer wichtigen Frage: Wie kann nach unserer Auffassung die Demokratie in Latein-Amerika gestaerkt werden? Es ist unmoeglich eine erschoeffende Erklaerung ueber Demokratie abzugeben. Demokratie ist mehr als die Summe ihrer Bestandteile - es ist der sie beherrschende Geist. Sie kann nicht durch irgendeine Theorie oder praktische Massnahme geschaffen werden. Die wahre Demokratie beruht auf dem Selbstbewusstsein und auf dem Glauben eines Volkes, dass selbst Meister seines Schicksals ist. Die Demokratie kann einem lenksamen oder nicht-denkenden Volk nicht dadurch beigebracht werden, dass man es zwingt, sich von seiner Regierung zu distanzieren. Wohl ist es richtig, dass die Vereinigten Staaten durch Nichtanerkennung und wirtschaftliche Sanktionen gegen eine Regierung eines kleineren Landes deren Sturz herbeifuehren koennen. Damit waeren jedoch nicht die Ursachen beseitigt, die zu dieser Regierung gefuehrt hatten. Ausserdem hat die Erfahrung genuegend gelehrt, dass Nationalismus die Urteilsfaehigkeit zerstoert und ein Volk halsstarrig macht, sodass alle Anfeindungen gegen seine Regierung nur dazu fuehren, dass es umso verzweifelter an ihr festhaelt.

Die Demokratie wird nicht nur durch einen gewaltsamen Sturz einer Regierung erzeugt. Einige unglueckliche Laender in Latein-Amerika haben zahllose Umstuerze erlebt, ohne den demokratischen Freiheiten in irgendeiner Weise naehergekommen zu sein. Demokratie erfordert rechtmassigen Fortschritt und die Erweiterung des Begriffs der Freiheit. Sie erfordert das Selbstbewusstsein eines Volkes, den Glauben an die Moeglichkeit, sein eigenes Schicksal am vorteilhaftesten selbst gestalten zu koennen und den Drang nach Unabhaengigkeit. Demokratie beruht auf Erziehung, auf einer aufgeklaerten Waehlerschaft und einer Wirtschaft, die allen gleich guenstige Moeglichkeiten bietet, all das muss Latein-Amerika heute geboten werden - technische Unterstuetzung im Erziehungswesen, in der Landwirtschaft und in der Industrie.

Jegliche politische Debatte dreht sich heutzutage letzten Endes um den Kommunismus. Nach dem letzten Kriege hatten die Kommunisten viele der einflussreichsten Stellungen in der latein-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung inne. Doch seitdem haben sie staendig an Boden verloren, und heute beherrschen sie in erster Linie nur jene Splittergewerkschaften, die offen und eindeutig zugeben, dass sie kommunistisch gefuehrt sind. Dabei gibt es bemerkenswerte Ausnahmen. In einigen Laendern ist der Kampf im Gange; und wenn auch die kommunistischen Fuehrer in anderen Laendern augenblicklich noch eine starke Machtstellung einnehmen, so koennen diese Regierungen oder Voelker weder als treue Anhaenger des Kommunismus betrachtet werden, noch koennen die Kommunisten damit rechnen, die Kontrolle ueber die Gewerkschaftsbewegung in jenen Laendern noch lange Zeit auszuueben.

In diesem Zusammenhang muss auf das Anwachsen des Interamerikanischen Gewerkschaftsbundes (CIT) seit seiner Gruendung im Jahre 1948 hingewiesen werden. Diese zunehmende Staerke des C.I.T. trug sicherlich zu dem staendigen Machtverlust des von Moskau beherrschten C.T.A.L. (Latein-Amerikanischer Gewerkschaftsbund) bei. Nachdem nun A.F. of L. und C.I.O. im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften zusammenarbeiten und sich diese Zusammenarbeit auch auf ihre Beziehungen zu den Latein-Amerikanischen Gewerkschaften erstreckt, ist die Lage noch guentzlicher. Der Gedanke muss zurueckgewiesen werden, dass die Vereinigten Staaten ihre Missbilligung einer autokratischen Regierung dadurch zum Ausdruck bringen, dass sie ihr die diplomatische Anerkennung oder die wirtschaftliche Zusammenarbeit versagen. Dies waere eine negative Antwort auf das Problem und so muss man sich die Frage vorlegen: Mit welchen moralischen Mitteln kann die Demokratie in Latein-Amerika gestaerkt werden? Unser Glaube an die demokratischen Prinzipien muss selbstverstaendlich immer wieder zum Ausdruck gebracht werden, und die Gewerkschaften muessen ihren Einfluss geltend machen, um sie zu foerdern. Sie sind an der Verankerung der Demokratie im eigenen Lande beteiligt. Der Welt muss immer wieder vor Augen gefuehrt werden, dass das demokratische System in der Praxis das beste ist. Mit friedlichen und anstaendigen Mitteln muss zusammen mit den Voelkern Latein-Amerikas weiterhin an der Entwicklung ihrer Laender gearbeitet werden, damit sie eine Staette werden, in der alle Menschen Amerikas im Vertrauen auf ihre Staerke und ihren Glauben an die demokratische Lebensweise leben koennen.

Pressemitteilungen des U.S. Aussenministeriums
V/5/50

BRITISCHE GEWERKSCHAFTEN ENTSCHIEDEN SICH FUER DIE NUTZANWENDUNG DER BERICHTS IHRER AUSLANDSKOMMISSIONEN

Der Bericht der Kommission britischer Gewerkschafter, die die Vereinigten Staaten erst kuerzlich besucht haben und dort den Beitrag der amerikanischen Gewerkschaften zu dem hohen Stande der industriellen Produktivitaet studiert haben, wird von den meisten britischen Zeitungen als geradezu "revolutionaer" bezeichnet. Nachdem der Bericht gerade vor acht Tagen der Oeffentlichkeit zugaenglich gemacht wurde, ist er heute der Gegenstand langer Artikel und Leitartikel in jeder britischen Tageszeitung.

Der Vizevorsitzende des britischen Bergarbeiterverbandes fuehrte diese Kommission, der Vertreter fast jeder bedeutenden Industrie-gruppe in England angehorte. Diese Vertreter wurden durch den Gewerkschaftskongress selbst ausgewaehlt, wobei die Gewerkschaften dem Kongress verschiedene Vorschlaege unterbreitet hatten. Die

Reise durch die Vereinigten Staaten wurde durch die europäische Verwaltung für Zusammenarbeit (ERP) ermöglicht, die eine Abteilung der Marshallplanverwaltung ist.

Im Gegensatz zu allen anderen Kommissionen, die von den britischen Gewerkschaften zur Förderung des Marshallplans in die Vereinigten Staaten entsandt wurden, um dort die Rolle der Gewerkschaften im amerikanischen Wirtschaftsleben zu studieren, beschränkte sich diese Kommission einzig und allein darauf, einen einzigen, dafür aber umso wichtigeren Punkt zu studieren, nämlich die Beziehungen der Gewerkschaftspolitik zu der hohen Produktionsleistung und der Höhe des Lebensstandards genauer kennen zu lernen.

Die Bemerkungen der Kommission zu diesen Feststellungen wird die Grundlage einer Diskussion in der britischen Gewerkschaftsbewegung sein - aber auch in anderen Ländern Europas, in denen es freie Gewerkschaften gibt. Die Diskussionen selbst werden sich über längere Zeit erstrecken. Heute bereits hat jedoch die Kommission und im Anschluss daran die britische Presse in ihrer Reaktion auf diesen Bericht die Empfehlungen in den Vordergrund gerückt, die jene zehn Gewerkschaftsfunktionäre machten, damit die britischen Gewerkschaften künftig sich positiven Aktionen verschreibt, um den Feldzug für die Erhöhung der Produktionsleistung Britanniens gewinnen zu können.

Der entscheidendste der 22 Empfehlungen ist der Vorschlag, dass die Gewerkschaften künftig "bei der Anwendung wissenschaftlicher Massnahmen, auch wenn diese in exaktem Sinne keine rein wissenschaftlichen sind, einen wertvollen Beitrag zur Steigerung der Produktionsleistung leisten können. Um diese Zusammenarbeit zu verwirklichen, erklärt die Kommission, dass die britischen Gewerkschaften technische Produktionsabteilungen einrichten und Produktions-Ingenieure heranbilden müssen, damit diese in den einzelnen Provinz- oder Bezirksbüros der Gewerkschaften die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder, in weitestem Sinne gesprochen, unterstützen und fördern können.

Der Gewerkschaftskongress sollte, so fährt der Bericht fort, seinen eigenen technischen Stab vergrössern und die einzelnen Gewerkschaften unterstützen, ihre eigenen technischen und Forschungsabteilungen aufzubauen. Ebenso sollte der Kongress veranlassen, Gewerkschaftsmitgliedern zu helfen, die den Komitees zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den Gewerkschaften angehören, damit auch diese mit den britischen Produktionsproblemen besser bekannt werden.

Diese Produktionsexperten der Gewerkschaften und des Kongresses sollten weiter die Pflicht haben, die örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre der einzelnen Betriebe über die technischen und arbeitsmässigen Probleme zu unterrichten, damit auch hier die Wichtigkeit einer gemeinsamen Beratung auf der Ebene des einzelnen Betriebes erreicht wird.

Wenn Gewerkschafter wünschen, dass der Lebensstandard ständig höher werden soll, können sie niemals ein Widerstreben gegen die Einführung neuer oder modernisierter Maschinen für richtig halten. Wenn jedoch ein Übersteigern der erforderlichen Arbeitsweise sich bemerkbar macht, dann muss die Betriebsführung mit den Gewerkschaften sich an den Verhandlungstisch setzen, um gemeinsam "gerechte Arbeitsbedingungen auszuarbeiten". Sind diese jedoch gegeben, dann sollte auch einem verstärkten Gebrauch mechanischer Hilfsmittel für die Durchführung von Zeit- und Bewegungsstudien nichts im Wege stehen, wobei jedoch dann aber auch Möglichkeiten

gegeben sein muessen, um die Verdienstmoeglichkeiten maximal zu steigern.

Die Gewerkschaften muessen weiterhin ihre Kenntnisse verbessern, die sie in bezug auf Finanzpraktiken der Wirtschaft haben. Hierbei muss im Vordergrund die Moeglichkeit stehen, sofort Aktionen durchzufuehren, wenn die Verbraucherpreise eine unnoetige Hoehe erreichen. Ganz besonders sollen sich die Gewerkschaftsfunktionaere jedoch vergewissern, dass in allen Faellen, wo die Unternehmer sich weigern, ueberhoechte Verbraucherpreise herunterzuschrauben, die zugleich eine Gefahr fuer den Beschaeftigungsstand und den Verbrauch darstellen, die Gewerkschaften Musterfaelle vorbereiten, um sie solchen Koerperschaften wie dem Preisregulierungskomitee und dem Monopol- und Einschraenkungskomitee vorzulegen.

Des weiteren, so heisst es in dem Bericht, sollte die Gewerkschaft technische Ratschlaege und Unterstuetzung an solche Firmen geben, deren Gewinngrenze in einem solchen Grade gefallen ist, dass sie sowohl die Beschaeftigungssicherheit als auch den Lohnstand bedroht. In anderen Faellen koennten derartige Beratungsmethoden dazu fuehren, um Musterfaelle fuer Moeglichkeiten der Preisherabsetzung zu demonstrieren.

Sehr vieles von dem Geist dieses Berichtes ist in einem Paragraph zusammengefasst, in dem es heisst: Wo das Unternehmertum fortschrittlich denkt und bestrebt ist, wissenschaftlich-technische Arbeitsmethoden in einer vernuenftigen Weise einzufuehren, um die Produktion voranzutreiben, sollten sich die Gewerkschaften zu einer Zusammenarbeit bereiterklaeren. Wenn das Unternehmertum versucht, in dieser Produktionsankurbelung besonders scharf vorzugehen, ist eine wirklich aktive Gewerkschaft besonders von Noeten - nicht etwa um sich der neuen Entwicklung entgegenzustemmen, sondern um dafuer zu sorgen, dass Missbraeuche vermieden werden, und dass die Ungenauigkeiten der wissenschaftlichen Arbeitsmethoden sich nicht zum Nachteil der arbeitenden Kraefte auswirken. Wenn das Unternehmertum jedoch nicht genuegend Unternehmergeist zeigt und rueckschrittlich eingestellt ist, es nicht gewillt ist, wirtschaftliche Moeglichkeiten auszunutzen oder bestehende Maerkte durch niedrigere Preise sich zu erschliessen, muss die Gewerkschaft mit allen Mitteln dafuer Sorge tragen, dass diese Moeglichkeiten ausgenutzt werden."

Zum Schluss empfiehlt die Kommission einen staendigen und vergroesserten Kontakt zwischen amerikanischen und britischen Gewerkschaften, um einmal Erfahrungen auszutauschen und zum andern sich gegenseitig bei der Loesung bestimmter Probleme zu unterstuetzen.

Besonders typisch fuer die Zeitungsberichte ueber diese Gewerkschaftsdenkschrift war der des News Chronicle, in dem es heisst: "Hier zeigt sich eine Revolution in der bisherigen Theorie der Gewerkschaften. Es bleibt einem nur uebrig, fuer diesen Bericht unseren Dank auszusprechen."

17 WESTEUROPAEISCHE NATIONEN UNTERSTUETZEN BINNENWANDERUNGSPROGRAMM

Es sind weitreichende Anstrengungen gemacht worden, um die ueberseeische Wanderung aus den uebervoelkerten Laendern Westeuropas zu foerdern. 18 Marshallplan-Laender haben kuerzlich mit Hilfe von ECA-Mitteln ein Hilfsprogramm von einer Million Dollar unterzeichnet, um eine vollkommene internationale Wanderungsmaschinerie aufzubauen.

Waehrend bestimmte Laender bereits Versuchsprojekte durchfuehrten und Wanderungsabkommen trafen, will das neue Programm ein breites, auf Zusammenarbeit beruhendes Plansystem in Gang bringen, durch das es den westlichen Demokratien auf einer systematischen und wissenschaftlichen Basis moeglich wird, die Ueberbevoelkerung zu bekaempfen, in deren Gefolge chronische und langzeitige Arbeitslosigkeit und ein niedriger Lebensstandard zu finden sind.

Um einen umfassenden Angriff zu finanzieren, sind die Mitgliedstaaten des Bueros fuer europaeische wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECA) uebereingekommen, den Gegenwert von 200 000 Dollar in Landeswaehrung bereitzustellen, um damit die Kosten dieses Programms in ihrem eigenen Lande zu decken. Ebenso haben sie die ECA-Verwaltung gebeten, einen Betrag von schaeztungsweise 788 000 Dollar bereitzustellen, um jene Ausgaben zu decken, die sich in Verbindung mit der Ueberpruefung und der Schulung im Programm dieses Projektes ergeben.

Das ECA-Buero teilte kuerzlich mit, dass dieses Gesuch genehmigt wurde, und dass aus dem Marshallplan eine Million Dollar fuer dieses Programm bereitgestellt worden ist.

Die Laender, die bei diesem Projekt zusammenarbeiten, haben die Internationale Arbeits-Organisation gebeten, - dies ist eine Abteilung der Vereinten Nationen - die Verantwortung fuer die Verwaltung eines technischen Hilfsprogramms zu uebernehmen, das die Wanderungen erleichtern kann.

Zweck dieses Eine-Million-Dollar-Projekts ist die Gewaehrung technischer Ratschlaege an jene Laender, die als typisch fuer Ein- und Auswanderung angesehen werden koennen, damit sie die erforderlichen Dienste bei den Wanderungsbewegungen leisten koennen. Diese Dienste sollen umfassen: Festlegung der Gebiete mit ueberschuessiger oder mangelnder Arbeitskraft, Durchfuehrung von Eignungspruefungen fuer Bewerber in Auswanderungslaendern, nachdem die Arbeitsmoeglichkeiten in den Einwanderungslaendern genau analysiert wurden, Durchfuehrung von Berufsertuechtigungskursen, Betrauung von Fachleuten mit dem Studium von Wanderungsproblemen, wobei Regierungsstellen unterstuetzend eingreifen, und schliesslich die Einfuehrung von Praktiken, die die Transporte und die Wiederansiedlung der Wandernenden erleichtern.

Diese Bemuehungen sind aehnliche in der Richtung der Erzielung einer Vollbeschaeftigung und eines hoeheren Lebensstandards. In einigen Laendern, vor allem in Italien und in Westdeutschland, ist der Bevoelkerungsdruck derart stark, dass saemtliche Hilfsquellen nicht dazu beitragen koennen, dass die Bevoelkerung einen wuerdigen Lebensstandard erreicht - wobei es keine Rolle spielt, wie wirksam diese Hilfe und in welcher Hoehe sie gewahrt worden ist.

Die Anschauung der Arbeiterschaft und der Gewerkschafter in bezug auf das Problem der Uebervoelkerung spiegelt sich in einer Resolution wider, die auf der dritten Jahreskonferenz der ERP-Gewerkschaftsberatungskommission kuerzlich in Rom angenommen wurde. Die Konferenz erklaerte, dass die Gewerkschaften erkennen, dass, soweit einzelne Laender betroffen sind, wo die Ueberschuesse an Arbeitskraeften ein ausserordentliches Mass erreicht haben, die notwendigen Massnahmen in breitestem Masse die Form der Wanderung der Arbeitskraefte in weniger entwickelte, ueberseeische Laender erforderlich mache, seitdem der Abzug groesserer Massen auslaendischer Arbeiter in schneller Folge in hochindustrialisierte Laender Westeuropas die Gefahr der Entbloessung von Arbeitskraeften mit sich bringe.

Die erwaehte Konferenz in Rom empfahl eine gewisse binnen-europaeische Beweglichkeit der Arbeitskraefte, denn hieraus ergibt sich eine graduelle Wiederverteilung der Produktionskraefte auf grund der Liberalisierung der Handelsbeziehungen, die von den ERP-Laendern vorgesehen sind, und die notwendigerweise zu einer entsprechenden Beweglichkeit und Wiederverteilung der Arbeitskraefte fuehren muessen, von der die gegenwaertigen und zukuenftigen "Ueberschuesse" nicht ausgeschlossen werden duerfen.

Als die leitenden Koerperschaften der Internationalen Arbeitsorganisation die OEEC-Vorschlaege auf ihrer letzten Wanderungskonferenz und spaeter in der Genfer Verhandlung behandelten, ergab sich, dass die Delegierten der Gewerkschaften gemeinsam mit den Delegierten der Unternehmer und der Regierungen die Vorschlaege billigten. Amerikanische und deutsche Gewerkschaftszentralen haben lebhaft nach Loesungen gesucht, die die chronische Arbeitslosigkeit verhindern koennen, in deren Gefolge stets die allgemeinen Saetze des Lebensstandards herabgesetzt werden.

Die Dollarhilfe des Marshallplans wurde durch den Kongress der Vereinigten Staaten gebilligt, als die Auslandshilfsakte des Jahres 1950 genehmigt wurde. Als dem Verwalter des ECA-Fonds, Paul Hoffmann, die Genehmigung zur Verwendung der Summe gegeben wurde, nannte der Praesident der Vereinigten Staaten, Harry S. Truman, dieses Programm einen notwendigen Schritt zur Loesung eines der grundlegenden Probleme, das Westeuropa bei der Durchfuehrung seiner wirtschaftlichen Erholung stoert und sich dagegen auswirkt. Indem er seine Befriedigung ueber die Zusammenarbeit und die Verwirklichung dieses ECA-Hilfsprogramms durch die OEEC-Laender und die Internationale Arbeits-Organisation aussprach, nannte Praesident Truman dieses Vorhaben einen zusaetzlichen Beweis der Entschlossenheit der US-Regierung, in jeder Beziehung zusammenzuarbeiten, um die vollste Nuetzlichkeit der Vereinten Nationen und ihrer angeschlossenen Laender aufzuzeigen.

Die europaeischen Laender, die sich diesem Projekt angeschlossen haben, sind Oesterreich, Belgien, Luxemburg, Daenemark, Frankreich, die Westdeutsche Bundesrepublik, Griechenland, Island, Irland, Italien, die Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, die Schweiz, Triest, die Tuerkei und Grossbritannien.

FABRIKBAUKONTROLLE IN ENGLAND GELOCKERT

Bei der feierlichen Inbetriebnahme der Cabot-Fabrik in Merseyside kuendigte Harold Wilson, der Praesident der Handelsbehoerde an, dass die britische Regierung beschlossen habe, gewisse Bauprojekte im Rahmen des den Gemeinden zur Verfuegung stehenden Investitionskapitals weiterzufuehren, wenn dadurch in gewissen Bezirken, die von der Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht seien, vorwiegend maennliche Arbeitskraefte in Arbeit gehalten werden koennten, selbst wenn diese Projekte keine Dollars einbringen oder sparen wuerden.

In bestimmten Gebieten wuerde der Schiffsbau reduziert und Kohlengruben stillgelegt, weil die Kohlenvorraete erschoept sind, oder Stahl- und Eisenblechindustrien einer Neuorganisation unterzogen; infolgedessen sei mit ueberzaehlichen Arbeitskraeften zu rechnen, und die Probleme seien dort deshalb besonders ernst, erklarte Wilson. Weit mehr Hilfe waere fuer diese Bezirke erforderlich, als in dem Gesetz zur Verteilung der Industrie vorgesehen sei.

Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, dass auf diese Ankueundigung hin die Industriellen, die frueher bereit gewesen waeren, neue

Industrien in jenen Bezirken zur Beschaeftigung vorwiegend maennlicher Arbeitskraefte aufzubauen, die aber durch die einschraenkenden Bestimmungen der Kapitalinvestierung davon zurueckgehalten worden seien, nun erneut Gesuche einreichen moechten, die von der Handelsbehoerde jetzt guenstiger beurteilt wuerden, weil damit jenen Bezirken des Landes geholfen werden koennte, die fuer die Arbeitslosigkeit am anfaelligsten seien.

Die neue Fabrik wurde mit amerikanischem, von der ECA zur Verfuegung gestelltem Kapital aufgebaut, um die Arbeitslosigkeit zu bekaempfen, die in dem Bezirk Merseyside auszubrechen drohte, weil die oertliche Schiffsbauindustrie einen Rueckgang zu verzeichnen hatte.

Die Bauarbeiten wurden von englischen Arbeitern ausgefuehrt und nahmen wenig mehr als ein Jahr in Anspruch.

Mit einer Jahresproduktion dieser neuen Fabrik von 8 bis 10.000 Tonnen Russ wird Grossbritannien eine Million wertvoller Dollars sparen; Russ ist ein wichtiger Grundstoff in der Gummiherstellung, den England bisher aus den Vereinigten Staaten importieren musste.

Labour News Bulletin on ERP
VII/15 - VIII/15/50

KUPERS BESUCHT GRIECHISCHE GEWERKSCHAFTEN

Die freien Gewerkschaften Europas haben die Aufgabe, sich darueber Klarheit zu verschaffen, dass eine gesteigerte Produktion sich durch einen hoeheren Lebensstandard des Arbeiters bezahlt macht.

Evert Kupers, ein bekannter hollaendischer Gewerkschafter und Vorsitzender des Beratungskomitees der Gewerkschaften fuer das ERP, beglueckwuenschte die Gewerkschaften zu dieser Aufgabe auf einer Pressekonferenz, die vor wenigen Tagen in Athen stattfand. Als Vertreter des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (IBFG) hilft Kupers den griechischen Gewerkschaftsfunktionaeren bei der Vorbereitung des in Kuerze stattfindenden zehnten griechischen Gewerkschaftskongresses.

Die Gewerkschaften haben es niemals bedauert, so erklarte Kupers, sich fuer den Marshall-Plan eingesetzt zu haben.

"In meinem eigenen Lande wuerden die Arbeiter heute 25% weniger verzehren koennen, wenn es keine Marshall-Plan Hilfsmittel gaebe. In anderen Laendern wie Frankreich und Italien hat der Marshall-Plan praktisch den Unterschied zwischen der Erhaltung der Freiheit und dem Sieg des kommunistischen Totalitarismus bedeutet.

"Natuerlich muss die wirtschaftliche Wiederbelebung, die der Marshall-Plan ermoeeglicht hat, von einer Erhoehung des Lebensstandards der arbeitenden Klasse begleitet sein, wenn dieser Plan auf die Dauer gesehen erfolgreich sein soll. Das bedeutet jedoch, dass die Arbeiter selbst helfen muessen, diesen erhoehten Lebensstandard zu erreichen, indem sie ihre eigene Produktivitaet erhoehen.

"Die Arbeiter erhalten jedoch nicht automatisch die Vorteile einer gesteigerten Produktivitaet. Hier ist es Aufgabe der freien Gewerkschaften, dafuer Sorge zu tragen, dass die erhoehte Produktivitaet von einem hoeheren Lebensstandard begleitet wird."

Indem er in grossen Zuegen auf die Entwicklungen der internationalen Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegszeit einging, schilderte Kupers die Beherrschung dieser Organisation durch den Kommunismus, die zu dem Austritt der freien Gewerkschaften aus dem Weltgewerkschaftsbund fuehrte, der heute ein kommunistisches Rumpfgelbilde ist.

Die Spaltung musste kommen, als die Kommunisten sich weigerten, auch nur die Frage einer Unterstuetzung des Marshall-Plans durch die Arbeiter diskutieren zu lassen. "Die Sowjetunion widersetzte sich dem Marshall-Plan, weil sie nicht die Wiederherstellung eines gesunden Westeuropas mit einem hohen Lebensstandard wuenschte. Nur wenn es erwerbslose und notleidende Massen gibt, nur wenn die Arbeiterschaft keinerlei Hoffnungen fuer eine bessere Zukunft hegen kann, dann gibt es fuer die Kommunisten eine Chance."

Kupers erwaehnte dann, dass die Bestrebungen des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften und die des Marshall-Plans grundsatzlich in gleicher Richtung laufen - beide wuenschen die Verbesserung des Lebensstandards, die Zerschlagung der wirtschaftlichen Absperrungen zwischen den freien Voelkern und eine Erweiterung des Bereichs der Freiheit.

Der Internationale Bund freier Gewerkschaften hofft, dass der Kongress der griechischen Gewerkschaften zu einer staerkeren gewerkschaftlichen Bewegung fuehren werde, in der die griechischen Gewerkschaften der verschiedensten Berufszweige sich zusammenfinden. Nur eine starke und unabhangige Gewerkschaftsbewegung in engster Zusammenarbeit mit dem IBFG kann den griechischen Arbeitern helfen, die groesstmoeglichsten Nutzen durch den Marshall-Plan sicherzustellen.

NORWEGISCHE GEWERKSCHAFTEN STELLEN SICH HINTER DIE VEREINTEN NATIONEN

Die norwegischen Gewerkschaften haben an ihre Mitglieder einen Appell gerichtet, alle Massnahmen zu unterstuetzen, die von den Vereinten Nationen getroffen wurden, um der kommunistischen Aggression in Korea entgegenzutreten.

Ein langer und eingehender Bericht ueber die Vorgeschichte des Konflikts in Korea wurde vom "Arbeiderbladet" veroeffentlicht, das weiter ein zweifarbiges Flugblatt herausgab, das den Titel traegt "Krieg in Korea" und in 500 000 Exemplaren unter der norwegischen Arbeiterschaft verteilt wurde. Das Flugblatt zeigt auf, dass Norwegen, das an die Sowjetunion angrenzt, ebenfalls eines Tages das Ziel eines aehnlichen Angriffes sein kann und weist darauf hin, dass es die hoechste Zeit war, dass die Vereinten Nationen den sowjetischen Aggressionen entgegentreten. Der beste Weg, um den Frieden zu erhalten, ist eine feste, bestimmte Haltung, wobei gleichzeitig Raum fuer Verhandlungen bleiben muss.

Das Flugblatt stellt die Frage "Wer begann den Krieg?" und laesst sowohl die Erklaerung der Kommunisten als auch jene der Vereinten Nationen zu Worte kommen.

Aber bereits aus dieser Gegenueberstellung ergibt sich ohne jeden Zweifel, auf welcher Seite die Piraten des Friedens zu finden sind, wie es woertlich dort heisst. Weiter heisst es, dass nicht nur die Vereinten Nationen in Gefahr gebracht wurden, sondern alle friedliebenden Demokratien. Wenn auch weiterhin die Demokratien tatenlos zusehen, wie ein Land nach dem anderen durch Diktatoren geschluckt wird, dann muessen die demokratischen Voelker, vor allem jene in

Asien, jeden Glauben an eine Solidaritaet der Demokratien verlieren.

Und in Korea handelt es sich um eine Aggression. Der Artikel 42 der Satzungen des Sicherheitsrates sieht ausdruecklich vor, dass im Falle einer Aggression die Mitgliederstaaten verpflichtet sind, mit bewaffneten Kraeften zu Lande, zu Wasser und in der Luft dem bedrohten Staat zu helfen. Ruhe und Sicherheit muss wieder hergestellt werden. In Uebereinstimmung mit diesem Artikel hat Praesident Truman den Befehl gegeben, die Demokratie in Korea zu verteidigen.

Dieser Entschluss der Vereinten Nationen, gegen die Aggressoren in Korea vorzugehen, bringt eine Reihe Wagnisse mit sich. Aber die Vereinten Nationen haetten sich selbst aufgegeben, wenn sie diesem Angriff tatenlos zugesehen haetten, denn dann waere die Gefahr gegeben, dass ein demokratisch regierter Staat nach dem anderen "weggepickt" wuerde, je nachdem, wie die Umstaende sich ergeben.

Und dieses Risiko konnte nicht uebernommen werden. Gewiss bedeutet das Eingreifen der Vereinten Nationen in Korea, dass dort jetzt Krieg herrscht. Auf lange Sicht gesehen jedoch bedeutet dieser Schritt einen Dienst an der Sache der demokratischen Staaten, denn erst durch die Zurueckweisung der kommunistischen Aggression in Korea werden andere unmoeglich gemacht. Diese klare und ueberzeugende Demonstration fuer die Sache des Friedens wird die Freiheit und Unabhaengigkeit kleinerer Staaten schuetzen helfen - dies waere nicht der Fall, wenn die Vereinten Nationen die Aggression in Korea unbeantwortet gelassen haetten.

Das Flugblatt schliesst mit den Saetzen, dass der beste Weg, den Frieden zu erhalten, darin besteht, eine feste Entschlossenheit zu zeigen, sich im Falle eines Angriffs zu verteidigen, wobei jedoch fuer Verhandlungen durchaus Raum bleiben darf.

15 JAHRE SOZIALFUERSORGE IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

Bisher mehr als 15 Milliarden Dollar an Unterstuetzungen gezahlt.

Seit dem Jahre 1935, als das Sozialfuersorgesystem in den Vereinigten Staaten begruendet wurde, sind mehr als 15 Milliarden Dollar zugunsten der Sozialversicherten ausgezahlt worden, wie vor wenigen Tagen der Leiter der Bundesfuersorge, Oscar R. Ewing, mitteilte. Waehrend der ersten Amtsperiode des Praesidenten Franklin D. Roosevelt wurde das Gesetz fuer soziale Sicherheit in Kraft gesetzt, das ein sich ueber die ganze Nation erstreckendes zweigleisiges System der Sozialversicherung festlegte, um Lohnempfaenger und ihre Familien gegen den Verlust ihrer Verdienstmoeglichkeiten zu schuetzen, die durch Erwerbslosigkeit, hohes Alter oder Tod verloren gehen koennen.

Im wesentlichen koennen diese beiden Grundsysteme als Erwerbslosenhilfe und Altersversicherung bezeichnet werden. Bei der Arbeitslosenunterstuetzung werden dem Erwerbslosen woechentliche Zahlungen geleistet, die aus jenen Fonds herruehren, fuer die die Unternehmer eine Lohnsummensteuer zahlen. Die Unterstuetzungen bewegen sich zwischen 20 und 25 Dollar je Woche, wie es in den meisten Einzelstaaten der Fall ist, obgleich hier einige aendernde Faktoren zu verzeichnen sind. Waehrend des Monats Juni dieses Jahres betruugen die laufenden Unterstuetzungszahlungen auf grund des Erwerbslosenversicherungsprogramms insgesamt etwa 8 Milliarden Dollar.

Das zweite System, das der Altersversicherung, sieht monatliche Zahlungen fuer Pensionaere und Hinterbliebenenrenten fuer die Familie des Arbeiters vor, wenn dieser stirbt. Auf Grund dieses Plans erhalten gegenwaertig etwa 2 100 000 Pensionaere und 750 000 junge Muetter und Kinder Unterstuetzungen.

Gegenwaertig betraegt die monatliche Unterstuetzung fuer einen Pensionaer 26 Dollar, aber dieser Satz wird im Durchschnitt um 77% durch jene Gesetze erhoehrt werden, die jetzt durch den Kongress angenommen wurden.

Das Gesetz fuer Altersfuersorge sieht ein Anteilsystem vor, das gemeinsam von Arbeitern und Unternehmern getragen wird und dessen Mittel durch eine Steuer auf die Lohnsummen aufgebracht werden.

Ausser diesen beiden Hauptgesetzen sieht das Sozialfuersorgegesetz auch Hilfe fuer notleidende Personen vor, wie fuer verlassene Kinder, Blinde und gleichzeitig Zuschuesse fuer die Einzelstaaten, die diese fuer ihren Mutter- und Kindergesundheitsdienst, fuer verkrueppelte Kinder und Kinderwohlfahrtsausgaben aufwenden. Unter Bezugnahme auf die Fortschritte in der sozialen Sicherheit in den Vereinigten Staaten erklarte der Kommissionsvorsitzende Arthur J. Altmeyer: "Wir haben ein ordentliches, ueber die ganze Nation sich erstreckendes System sozialer Versicherungen, die Arbeiter und ihre Familien gegen Einkommensausfall schuetzt, wenn die Verdienstmoeglichkeiten aufhoeren, sei es auf grund des hohen Alters oder des Todes des Ernaehrers der Familie. Wir haben weiterhin ein ordentliches System der Unterstuetzung solcher Arbeiter, die zeitweise arbeitslos sind, das von den Einzelstaaten verwaltet wird, aber sich ueber die ganze Nation erstreckt. Grosse Fortschritte sind bereits gemacht worden, aber sie genuegen nicht fuer eine fortschrittliche Nation. Es gibt hier noch genuegend Moeglichkeiten fuer Verbesserungen."

OESTERREICHISCHE ARBEITSKAMMER BAUT LEHRLINGSHEIM

An der Stelle, wo das Wiener Rothschild Palais stand, das von den Nazis in eine Folterkammer umgewandelt wurde, wird von der oesterreichischen Arbeiterbewegung ein Lehrlingsheim errichtet werden.

Karl Mantler, der Praesident der Wiener Arbeitskammer, gibt bekannt, dass dort ungefaehr 200 bis 300 Lehrlinge Unterkunft finden werden. Das wird die Schwierigkeit beheben, vor der die jungen Leute, darunter viele Waisen, standen, als sie keine Lehrstelle fanden, weil sie nicht wussten, wo sie sich einquartieren sollten. Sie werden nun ein Heim haben und damit die Moeglichkeit, einen Beruf zu erlernen. Die Ausbildung der jungen Generation zu tuechtigen und leistungsfahigen Arbeitern ist fuer Oesterreich wichtig; es muss seine Leistungsfahigkeit steigern, um auf dem internationalen Markt konkurrenzfaehig zu sein. Das Grundstueck wurde gewaehlt, da es sehr zentral gelegen ist, gute Verkehrsverbindungen hat und durch seine Groesse die Moeglichkeit zur Einrichtung von Erholungsstaetten fuer die jungen Lehrlinge bietet. Das zerbombte Palais wird abgebrochen werden, um dem neuen Gebaeude Platz zu machen. Das Projekt wird durchgefuehrt und finanziert von der Wiener Arbeitskammer, einer rechtlichen Koerperschaft, die aus Beitraegen der Arbeiterschaft finanziert wird und deren Interessen in allen wirtschaftlichen, sozialen und gesetzgeberischen Fragen, sofern sie Arbeitsangelegenheiten betreffen, vertritt. Die Beamten der

Kammer werden in freier Wahl gewaehlt, an der alle Arbeiter berechtigt sind, teilzunehmen. Die Arbeitskammer arbeitet eng mit den Gewerkschaften zusammen.

Der Vorschlag zum Bau eines Lehrlingsheims wurde von der Jugendabteilung des oesterreichischen Gewerkschaftsbundes gemacht und von allen Mitgliedern der Kammer einstimmig angenommen.

Anton Proksch, der Sekretaer des oesterreichischen Gewerkschaftsbundes, begruesste diesen Entschluss mit folgenden Worten: "Es ist viel ueber Lehrlingserziehung gesprochen worden; das hier ist der erste praktische Schritt, der unternommen wurde. Die Arbeiterschaft ist sich der Dringlichkeit des Problems voll bewusst und wird alles tun, was in ihrer Macht steht, um den jungen Leuten bei ihrer Suche nach produktiven Arbeitsmoeglichkeiten zu helfen. Es handelt sich hier um ein Schluesselproblem unserer Wirtschaft. Wenn es uns gelingt, hochqualifizierte Arbeiter heranzubilden, wird unser Land in der Lage sein, mit anderen Laendern zu konkurrieren. Wenn es uns misslingt, wird Oesterreich nicht aus den Schwierigkeiten herauskommen. Alle Dienststellen und Einrichtungen des oeffentlichen Lebens muessen an der Loesung dieses Problems zusammenarbeiten."

Arbeitsmitteilungen der ECA
VIII/23/50

DIE GEWERKSCHAFTEN RUESTEN SICH FUER POLITISCHE MACHTANSPRUECHE

Die organisierte Gewerkschaftsbewegung der Vereinigten Staaten verstaerkte ihre Bemuehungen, um einen politischen Sieg anlaesslich der bevorstehenden Kongresswahlen sicherzustellen, die am 7. November durchgefuehrt werden.

Die "CIO-Nachrichten" haben in dieser Woche ihrer Zeitung eine 12-seitige Beilage beigefuegt, die einen Vorbericht ueber die diesjaehrigen Wahlen gibt. Der Schriftleiter bittet seine Leser, diesen Bericht als einen Leitfaden anzusehen, der dazu beitragen will, dass die Wahlen zu diesem Kongress "einen Beitrag zu den Noeten und Problemen des Arbeitenden" leisten. Eine genaue Aufstellung zeigt vom Standpunkt der CIO-Gewerkschaft aus an, ob der Abgeordnete "richtig oder falsch" bei besonderen wichtigen Anlaessen gestimmt hat.

In Ohio haben die Funktionaere der AFL und des CIO ihre Hilfsmittel zusammengelegt, um die Wahl von Joseph T. Ferguson (Demokratische Partei) sicherzustellen. Ferguson ist der Gegenkandidat des Senators Robert A. Taft (Republikanische Partei), der Mitbearbeiter des Taft-Hartley-Gesetzes. In der letzten Woche ergab sich jedoch eine Zersplitterung der Stellung der Gewerkschaften gegen Taft, als 265 Delegierte oertlicher Gewerkschaftsvereinigungen in Ohio angekueundigten, dass sie eine "Gewerkschaftsliga fuer Taft" bilden wuerden.

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 30

Frankfurt, 29. September 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Freie Gewerkschaftsbewegung entscheidend fuer Wiederaufbau - - - - -	1
Arbeitslosigkeit in Europa sinkt - - - - -	3
Negersaenger warnt seine Kollegen - - - - -	5
Amerikanische Gewerkschaften helfen ihren europaeischen Kollegen - - - - -	6
Die ECA-Verwaltung gibt 350 Millionen DM frei	7
Der 69. Kongress der American Federation of Labor - - - - -	8
Eric Johnston wuenscht Gewerkschafter im Diplomattendienst - - - - -	11
Weber die Terminologie des Produktivitaetsbegriffes - - - - -	13
Angestelltenproblem und IBFG - - - - -	15
Wiederaufbau Norwegens steigert Beschaeftigungsziffer und Produktion - - - - -	16

FREIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG ENTSCHEIDEND FUER WIEDERAUFBAU

Eine starke und unabhaengige Gewerkschaftsbewegung ist in den Marshallplanlaendern erforderlich, wenn sie ihre Produktivitaet wieder voellig herstellen sollen. Dies war die Quintessenz der Ausfuehrungen, die ein Beauftragter der Verwaltung fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit - ECA - anlaesslich des Jahreskongresses der American Federation of Labor in Houston/Texas den Delegierten vortrug.

Dieser Beauftragte war Bert M. Jewell, der Berater fuer Gewerkschaftsangelegenheiten bei der ECA, der an die AFL einen Appell richtete, "ihren Rat und ihre Hilfe" auch weiterhin den freien Gewerk-

schaften angedeihen zu lassen, damit diese auch in jenen Laendern Fuss fassen koennen, wo die Gewerkschaften heute noch unter der direkten oder indirekten Beeinflussung durch den Kreml zu leiden haben.

Das allgemeine Problem des Wiederaufbaus sowie die schwierigen Probleme der militaerischen Verteidigung koennen ganz allgemein in jenen Laendern am besten geloest werden, in denen es freie und unabhangige Gewerkschaften gibt.

In England, den skandinavischen Laendern, Holland und Belgien sind die Erfolge bereits deutlich sichtbar und sie werden sich auch weiterhin durch die Fruechte der vergroesserten Produktion und die Erhoehung der Kaufkraft fuer die Allgemeinheit zeigen.

Diese Laender verfuegen ueber starke und freie Gewerkschaften, die ausschliesslich fuer die Interessen der Arbeiterschaft taetig sind. In diesen Laendern besteht fuer die Schergen des Kremls keinerlei Moeglichkeit, sich in den Vordergrund zu spielen, geschweige dass sie die Kraft haben, die Arbeit der Gewerkschaften zu stoeren. In Frankreich, Italien und zu einem geringeren Grade in Westdeutschland gibt es in dieser Frage einige Probleme, weil in diesen Laendern der Kommunismus noch ueber einen gewissen Einfluss verfuegt.

Jewell betonte, dass Wiederaufbau, Frieden und Freiheit in jenen Laendern, wo der Kreml noch einige Anhaenger zaehlt, nicht auf einem sicheren Fundament ruhen, vor allem dort nicht, wo der Einfluss in gewissen Gewerkschaften sehr stark ist, die dann behaupten, fuer die Mehrzahl der Arbeiter zu sprechen.

Er nannte als Beispiel Frankreich, ein Land, in dem die Arbeiterschaft ausserordentliche Vorteile durch den Marshallplan erfahren hat, aber die Kaufkraft der Bevoelkerung und insbesondere der Arbeitenden nicht mit dem Tempo der allgemeinen Wirtschaftserholung Schritt gehalten hat. Der Kreml behauptet, fuer die Masse der franzoesischen Arbeiterschaft durch jene Gewerkschaften zu sprechen - aber der Kreml ist gegen jeden Wiederaufbau, gegen jede Freiheit, gegen jeden Frieden und jeden Wohlstand. Die freien, antikommunistischen Gewerkschaften in Frankreich sind heute noch nicht stark genug, um eine weitere und gleichmaessigere Verteilung der Wiederaufbaugewinne durchzusetzen, die bis heute erreicht werden konnten.

Die ECA und andere Koerperschaften der Vereinigten Staaten setzen sich energisch dafuer ein, dieses Problem zu loesen. Die franzoesische Regierung muss eine groessere Staerke zeigen, um mit diesen Fragen fertig zu werden. Regierungen sind jedoch eingeeengt durch Gesetze und parlamentarische Spielregeln. Die Gewerkschaftsbewegung wird jedoch durch derartige Dinge nicht behindert. Die Gewerkschaften muessen lernen, wie sie der Demokratie besser dienen koennen, vor allem auf wirtschaftlicher Basis.

Jewell berichtete dann dem Kongress, dass die ECA wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft die franzoesische Regierung beraten wird, ebenso jedoch die freien Gewerkschaften in den Grenzen der Gesetze. Aber die ECA-Aemter koennen nichts diktieren, sie koennen auch nicht in die internen Angelegenheiten eines freien Volkes eingreifen oder etwa intervenieren. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften, die internationalen Sekretariate, die verschiedenen Gewerkschaften sind die besten Strassen, auf denen die freien franzoesischen Arbeiter vorwaertsschreiten koennen, um eine bessere Gewerkschaftsbewegung aufzubauen.

Die freie Gewerkschaftsbewegung von praktisch allen Laendern der freien Welt hat klare und direkte Strassen, durch deren Beschreiten sie sich gegenseitig helfen koennen.

State Department Report
9/26/50

ARBEITSLOSIGKEIT IN EUROPA SINKT

Der Beschaeftigungsstand in den meisten europaeischen Staaten ist verhaeltnismaessig hoch geblieben. In jenen Laendern jedoch, wo die Arbeitslosigkeit besonders hoch gewesen ist, konnte in diesem Sommer ein bedeutender Rueckgang verzeichnet werden. Eine Uebersicht der Berichte der Gewerkschaften und der Behoerden zeigt auf, dass Norwegen, Schweden und Grossbritannien auch weiterhin einen hohen und stabilen Beschaeftigungsstand haben. Die Arbeitslosigkeit in diesen Laendern hat in den letzten drei Jahren niemals 2% ueberschritten, soweit es sich um nichtlandwirtschaftliche Berufe und Gehaltsempfaenger handelt.

In den Laendern, in denen eine hohe Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist, wie in Belgien, Westdeutschland und Italien, hat sich die Arbeitsmarktsituation seit kurzem gebessert. Hierzu hat nicht nur der Beschaeftigungsanstieg in der Sommersaison beigetragen, sondern auch die Schaffung neuer und staendiger Arbeitsplaetze, die vor allem in der verarbeitenden und in den Grundstoffindustrien zu verzeichnen war und die in erster Linie auf ECA-Hilfsprogramme zurueckzufuehren ist.

Dennoch bleibt die Arbeitslosigkeit in diesen Laendern eine sehr hohe, auch wenn eine Reihe von Rueckgaengen verzeichnet werden konnte.

Belgien. Die Arbeitslosigkeit wurde im Juli auf etwa 202,500 Erwerbslose geschaezt, nachdem ein stetiger und scharfer Rueckgang des Hoechststandes im Winter mit 310,000 Arbeitslosen festzustellen war. Der Stand im Juli 1950 ist um etwa 12,000 geringer als im Juli des vergangenen Jahres. Die hohen Winterzahlen bilden die Spitze des bestaendigen Anwachsens der Arbeitslosigkeit in Belgien, die im Herbst 1947 begann. Die fuer den Winter genannte Ziffer bedeutet, dass 11% aller Lohn- und Gehaltsempfaenger keinen Arbeitsplatz finden konnten.

Westdeutschland. Es kann ein staendiger Rueckgang der Arbeitslosigkeit seit Februar festgestellt werden. In diesem Monat wurde die Spitze mit 1,980,000 Arbeitslosen erreicht. Man schaezt, dass der Prozentsatz der Arbeitslosen seit jener Zeit von 13% auf weniger als 10% aller Beschaeftigten gesunken ist, obgleich Saisoneinfluesse und aehnliche rein zeitlicher Natur wesentlich zu diesem Rueckgang beigetragen haben. Ein wesentlicher Aufschwung der Beschaeftigungszahl konnte im Export, in der Metallindustrie und im Baugewerbe festgestellt werden, wobei das Ruhrgebiet an erster Stelle steht.

Die gegenwaertige Arbeitslosigkeit wird auf 1,450,000 geschaezt, waehrend es 1948 nur 600,000 waren. Diese ausserordentliche Erhoehung muss auch auf den Fluechtlingszustrom aus Ostdeutschland zurueckgefuehrt werden. Die Einreihung dieser Fluechtlinge wird auch weiterhin ein schwieriges Problem darstellen.

In den freien Westsektoren Berlins haben die vorgesehenen oeffentlichen Hilfsprogramme, die in erster Linie durch ECA-Gegenwert-

fonds finanziert werden, es ermöglicht, dass mehr als 40,000 Arbeitskraefte seit dem Juni wieder einen Arbeitsplatz gefunden haben. Dennoch ist die Arbeitslosigkeit in Westberlin besonders hoch.

Italien. Im Maerz hat die Regierung 1,970,000 Stellungsuchende registriert. Diese Zahl kann aber nur eine oberflaechliche Schaetzung der wirklichen Situation auf dem italienischen Arbeitsmarkt darstellen. Diese Ziffer ist immerhin um 160,000 geringer als im Maerz 1949 und um 290,000 geringer als im Maerz 1948.

Obwohl genaue Ziffern noch nicht erhaeltlich sind, kann in diesem Sommer sowohl ein saisonbedingter Ausschlag als auch ein verhaeltnismaessig stetiges Wachsen der Beschaeftigtenziffer in der Industrie festgestellt werden, vor allem im Wohnungsbau sowie im gesamten Baugewerbe. Die durch ECA-Mittel finanzierten landwirtschaftlichen Nutzungsarbeiten, die vor allem in Sueden grosse Projekte erfassen, versprechen fuer die Zukunft ebenfalls betraechtliche Rueckgaenge der Zahl erwerbsloser Landarbeiter.

Neben diesen beiden Laendern mit besonders hohen Arbeitslosenziffern und jenen der annaehernden Vollbeschaeftigung lassen sich noch zwei andere Gruppen ermitteln. Frankreich, Holland und die Schweiz erfreuen sich eines verhaeltnismaessig hohen Beschaeftigtenstandes, obwohl eine vor kurzem durchgefuehrte Erhebung der Vereinten Nationen im Mai 1950 unter dem Titel "Die wirtschaftliche Situation Europas" zeigt, dass seine Aufrechterhaltung als weit gefaehrdet angesehen werden muss als in Skandinavien oder Grossbritannien.

Oesterreich, Daenemark, Irland und Triest muessen sich ebenfalls mit Arbeitslosenproblemen beschaeftigen, aber der Bericht der Vereinten Nationen kennzeichnet die Situation in diesen Staaten als ungefaehrlich.

In Frankreich waren durch die Behoerden im Juni 126,000 Arbeitslose registriert. Diese Ziffer bildet nur einen sehr groben Beitrag zur Frage der Erwerbslosigkeit. Der Stand der Arbeitslosigkeit ist noch ungefaehr der gleiche wie im vergangenen Jahre, jedoch doppelt so hoch wie im Sommer 1948. Sie zeigt jedoch einen scharfen Rueckgang im letzten Winter auf, der die staerkste Erwerbslosenzahl seit dem Krieg aufwies. Die Zahl der in der Industrie Beschaeftigten ist weiterhin hoch und belaeuft sich auf etwa 7,5 Millionen.

Holland verzeichnete im Juni 62,000 Erwerbslose. Das sind 12,000 mehr als zur gleichen Zeit des vergangenen Jahres und mehr als doppelt so viel als im Sommer 1948. Die Zahl der Beschaeftigten ist jedoch weiterhin stabil und um etwa 10% hoeher als in der Zeit vor dem Kriege.

Die Schweiz berichtet einen scharfen Rueckgang der Erwerbslosigkeit in diesem Sommer, nachdem im Winter der Hoechststand erreicht war. 5% aller Beschaeftigten waren damals erwerbslos. Heute liegt diese Ziffer unter 1%. Der Beschaeftigungsstand ist verhaeltnismaessig konstant geblieben, obwohl die Periode des Marshallplans beruecksichtigt werden muss. Im ganzen liegt die Beschaeftigungszahl um 20 und 30% hoeher als vor dem Kriege.

Von jenen Laendern, in denen zwar eine Arbeitslosigkeit festzustellen ist, die aber keinen ernsten Charakter traegt, berichten Daenemark und Irland ueber keine besonderen Aenderungen. Die Zahl der Erwerbslosen belaeuft sich hier auf etwa 5-6% der Beschaeftigten, wobei die landwirtschaftlichen Arbeitskraefte und die Gehalts-

empfaenger nicht mitgezählt werden. Der Beschäftigungsstand hat sich nicht verringert und ist um ungefähr 25% höher als vor dem Kriege.

Oesterreich berichtet, dass im Juli 95,801 Erwerbslose zu verzeichnen waren. Dies bedeutet einen entscheidenden Rueckgang seit der schwierigen Situation im letzten Winter, obgleich die Zahl der Arbeitslosen noch um 70,000 höher ist als im Juni des vergangenen Jahres.

In Triest ging die Arbeitslosigkeit waehrend des Sommers nur wenig zurueck. Sie belief sich im Juli auf 18,251. Im grossen und ganzen hat sie damit den Stand des letzten Sommers trotz der Saisoneinflüsse des Winters wieder erreicht.

ECA Labor Information
FYI-146/8/30/50

NEGERSAENGER WARNT SEINE KOLLEGEN

Ein Negeresaenger teilte vor kurzem mit, dass er aufgefordert wurde, sich fuer die Kommunisten zu erklæaren, obwohl er selbst sich scharf gegen den Kommunismus wendet. Der Saenger Josh White sprach damit fuer die vielen Kuenstler in den Theatern und den Konzertsaelen, deren Talente von den Kommunisten ausgenutzt wurden, weil sie sich in politischer Hinsicht leicht taesuchen lassen.

"Kuenstler sind nicht immer sehr bewandert in politischen Dingen. Wir wissen sehr wenig ueber die verschiedenen Bewegungen und die Parteien. Aber wir wissen durchaus, dass wir mit unserem Herzen fuer die Sache der Gerechtigkeit und der Freiheit sind und uns daher sehr leicht taesuchen lassen koennen von jenen, die vorgeben, hierfuer zu kaempfen." White bat um die Moeglichkeit, vor dem Komitee fuer unamerikanische Betaetigungen sprechen zu koennen, weil er auf einer Konzertreise durch Europa gelesen hatte, dass er zur kommunistischen Front gehoere. Da er tatsaechlich entgegengesetzt handelte und ueberdies immer echt amerikanische Gedankengaenge verteidigte, betraf ihn diese Mitteilung sehr stark.

Er beendete daher seine Konzertreise, um in seine Heimat zurueckzukehren und hier diese Vorwuerfe zu entkraeften. "Ich habe niemals wissentlich zu einer Organisation gehoert oder diese etwa unterstuetzt, deren Ziel es ist, die Regierung der Vereinigten Staaten zu stuerzen. Aber ich erschien verschiedentlich auf Kundgebungen und Veranstaltungen, bei denen man mir zuvor zu erklæaren versuchte, dass es sich um foerderungswuerdige Begebenheiten handle." White bestaetigte, dass er noch immer auf der Seite der Gleichheit und der Naechstenliebe stehe. Er wurde in Suedkarolina geboren. Er war Zeuge von Lynchaktionen und er selbst wurde in seiner Kindheit gemein beschimpft. Die Tatsache jedoch, dass die Kommunisten derartige Beschwerden fuer ihre eigenen Zwecke ausbeuten, kann natuerlich solche Beschwerden unwirklich machen.

"Der Saenger Paul Robeson kann niemals fuer die Rasse der Neger sprechen," betonte White. "Ich hege fuer Robeson grosse Bewunderung, aber nur als Schauspieler und Saenger; und wenn das, was in den Zeitungen steht, wahr ist, muss ich mich ueber die Hilfe schaemen, die er einem Volke gibt, das Amerika vernichten will. Er hat das Recht, seine eigene Meinung zu haben, aber wenn er oder irgendein anderer behauptet, fuer eine ganze Rasse zu sprechen,

so wird er albern. Seine Feststellung, dass die Neger nicht fuer ihr Land gegen Sowjetrussland oder einen anderen feindlichen Staat kaempfen wuerden, ist ebenso falsch wie beleidigend. Ich bin jederzeit bereit, gegen Russland und jeden Feind Amerikas in den Kampf zu gehen.

"Es ist mir gesagt worden, dass es einige Kommunisten unter Negern gibt, genau so wie unter anderen Amerikanern, aber jene sprechen nicht fuer die uebrigen, ebenso wenig wie weisse Kommunisten fuer weisse Amerikaner sprechen koennen. Ich habe gehoert, dass der Anteil der schwarzen Mitglieder in der kommunistischen Partei eher kleiner ist als die Zahl anderer Rassen. Aber es wird eine Masse daraus gemacht, um bestimmten Zwecken zu dienen.

"Wenn Kommunisten und ihre Helfer ueber Demokratie und Gleichheit sprechen, so reden sie mit doppelten Zungen. Sie benutzen heute solche Worte in ihrer Manier, alles auf den Kopf zu stellen, um ihre schlechten Gedankengaenge zu verbergen. Auch fuer einfache Leute, die diese Kunst nicht kennen, jedes Wort im Munde umzudrehen, ist etwas Zeit notwendig, um hinter diese Dinge zu kommen."

White richtet sich mit seinem Rat vor allem an junge Saenger und Kuenstler, die gern bereit sind, sich fuer wuerdige Gelegenheiten verpflichtet zu lassen. Aber er warnt sie zugleich mit den Worten: "Man muss immer vorsichtig sein und hinter das Revers des Jackets schauen."

Labour News from the U. S.
9/14/50

AMERIKANISCHE GEWERKSCHAFTER HELFEN IHREN EUROPAEISCHEN KOLLEGEN

Zwei Projekte stehen vor der Vollendung, die die Entsendung amerikanischer Gewerkschafter vorsehen, um ihre europaeischen Kollegen in den verschiedenen Stadien gewerkschaftlicher Entwicklung zu beraten und zu unterstuetzen.

Der eine Plan sieht die Entsendung von 100 amerikanischen Gewerkschaftern nach Frankreich, Italien und Deutschland vor. Die amerikanischen Funktionaere werden vorbereitet, um in besonderen Besprechungen jenen Unterstuetzungsersuchen zu entsprechen, die ihnen in diesen europaeischen Laendern unterbreitet werden. Die Verwaltung fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECA) und von der AFL, dem CIO und der Internationalen Vereinigung der Maschinisten zusammengestellten beratenden Komitees werden sich gemeinsam an den Kosten dieses Programms beteiligen. Die Gewerkschaftsfunktionaere, die in den drei Staaten darueber Bericht erstatten werden, wie die Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten sich betaeligen, werden durch die beteiligten Gewerkschaftsverbaende und den Verband der Maschinisten gewaehlt werden.

Ein zweites Projekt, das von den Gewerkschaften selbst durchgefuehrt wird, betrifft die Entsendung von etwa 20 Gewerkschaftsvorsitzenden in solche Laender, die dem ECA-Programm angeschlossen sind. Die amerikanischen Gewerkschaftsvertreter werden wahrscheinlich ein Jahr im Ausland verbringen.

Eines der Ziele dieser beiden Projekte ist die Verankerung einer festeren Zusammenarbeit zwischen den amerikanischen und den europaeischen Gewerkschaften und damit die Foerderung der Sache der Mitglieder des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften.

DIE ECA-VERWALTUNG GIBT 350 MILLIONEN DM FREI

Der Chef der ECA-Mission fuer West-Deutschland, Robert M. Hanes, teilte mit, dass insgesamt 350 Millionen DM aus Mitteln des Marshallplan-Gegenwertfonds der deutschen Regierung zur weiteren Durchfuehrung ihres industriellen und landwirtschaftlichen Erweiterungs-Programms zur Verfuegung gestellt werde.

Dieser Betrag stellt einen Teil des von der Bundesregierung verkuendeten zweiten grossen Investitionsprogramms aus Mitteln des Gegenwertfonds dar, das insgesamt 1 150 Millionen DM fuer den deutschen Wiederaufbau vorsieht. ECA-Beamate gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass diese Gelder auf schnellstem Wege in die Hand derer gelangen wuerden, fuer die sie bestimmt sind. Entsprechend dem Grundsatz, zehn Prozent aller aus dem ECA-Gegenwertfond freigegebenen Mittel der Stadt Berlin zuzuteilen, werden 35 Millionen DM fuer Aufbauzwecke nach Berlin abgezweigt werden. Auch die deutschen Fluechtlinge werden bei der Vergebung der Summen Beruecksichtigung finden.

Diese erneute Freigabe von Geldmitteln, des dritten Postens von insgesamt 1 150 Millionen DM, wurde mit einem Brief Robert M. Hanes an den ERP-Minister Franz Bluecher bewilligt. Die Gelder werden verschiedenen deutschen Industriezweigen zugeteilt werden.

Fruehere Freigaben aus der Gesamtsumme von 1 150 Millionen DM wurden im vergangenen Juni (ebenfalls 350 Millionen DM) und im Mai (114 Millionen DM) bewilligt. Beamate der ECA-Mission fuehrten aus, dass die Restbetrage auf Ersuchen der Bundesregierung verfuegbar gemacht werden sollen, wenn die bisher bewilligten Gelder aufgebraucht sind.

Das Gesamtprogramm, das als Maximalbeitrag zur weiteren Produktivitaet, zur Arbeitsbeschaffung und zur Foerderung des europaeischen Handels und des Handels mit den Dollar-Gebieten gedacht ist, sieht die Zuteilung von ueber 425 Millionen DM fuer die Industrie und den Handel Westdeutschlands vor. Die kleineren Industriezweige und die Handwerksbetriebe, die Eisen- und Stahlindustrie, die Maschinenbauindustrie, die Elektroindustrie, sowie die chemische und die Textil-Industrie werden innerhalb des industriellen Sektors die groessten Zuweisungen erhalten.

ECA-Beamate erklaerten, dass die Investitionsfonds die Durchfuehrung der Modernisierungs- und Ausbau-Plaene ermoeglichen, die jetzt in Angriff genommen oder fortgesetzt werden koennen. Den Investitionen aus Mitteln des Gegenwertfonds stehen in den meisten Faellen private Investitionen gegenueber, sowie im Staatshaushalt vorgesehene Fonds der Bundesregierung und der Laenderregierungen.

Weitere 285 Millionen DM wurden fuer den Ausbau der westdeutschen Energiequellen, einschliesslich der Kohlenbergwerke und Elektrizitaetswerke, zur Verfuegung gestellt. Diese Gelder sollen durch Stromknappheit entstehende Produktionsverluste der Industrie verhindern und einen weiteren Ausbau der Industrie ueber den Vorkriegsstand hinaus ermoeglichen, wodurch wiederum der deutschen Wirtschaft finanzielle Einkuenfte zufließen werden, welche die fuer die Energiewirtschaft investierten Summen bei weitem uebersteigen.

179,5 Million DM werden fuer die Durchfuehrung von mehr als zehn Programmen auf dem Gebiete der Ernaehrung und Landwirtschaft bereitgestellt, die die Kapazitaet der Lebensmittelerzeugung erhoehen sollen. Hierzu gehoeren auch so lebenswichtige Plaene wie

die Ansiedlung von Fluechtlingen, die Urbarmachung von Land, Forschungsarbeiten, Mechanisierung, Verbesserungen im Viehbestand und der Weiden.

Fuer das Transportwesen, einschliesslich des Baues und der Reparatur von Hauptverkehrsstrassen, der Instandsetzung von Westdeutschlands Binnenschiffen und Wasserstrassen, sowie fuer Hafenausbesserungen werden 109,1 Millionen DM zur Verfuegung gestellt.

Um zur Entspannung der kritischen Lage auf dem Wohnungsmarkt beizutragen, wurden 122,8 Millionen DM fuer Neubauten bestimmt. Groessere Bauprojekte werden weiter aus Mitteln des Gegenwart-Fonds unterstuetzt werden. Diese Gelder sollen in erster Linie zur Behebung der Wohnungsnot in Industriegebieten dienen, welche die lebensnotwendige Produktion behindert. Neubauten und Reparaturen von im Kriege beschaedigten Haeusern und Wohnungen sind darin eingeschlossen.

Der Rest der Gesamtsumme von 1 150 Millionen DM, ungefaehr 27,5 Millionen, wird fuer verschiedene andere Zwecke zur Verfuegung gestellt werden, einschliesslich des westdeutschen "Feldzugs zur Exportsteigerung" (Dollar Drive) und der Markterforschung.

Von den obigen Betraegen wird Westberlin fuer die Ausweitung seines Industriepotentials und die weitere Durchfuehrung lebenswichtiger Projekte, einschliesslich des Wohnungsbaus, des Transportwesens und des Handels etwa 10%, d.h. 111,7 Millionen DM, erhalten.

Das 1 150 Millionen DM umfassende Programm stellt fuer die Bundesrepublik das zweite grosse Programm dieser Art dar. Der erste Investitionsplan grossen Stiles wurde im Dezember 1949 bekanntgegeben, als die ECA die deutsche Regierung ermachtigte, 1 036 Millionen DM in Gegenwartsmitteln zu investieren. Diese Summe ist inzwischen ganz fuer die deutsche Wirtschaft freigegeben worden.

Fruhere Freigaben aus Mitteln des Marshall-Plan-Gegenwertfonds wurden im September 1949 bewilligt. Sie bezogen sich auf 57 Millionen DM fuer die Eisenbahnen, Flusshaefen und oeffentlichen Anlagen der franzoesischen Zone; 44 Millionen DM waren fuer die BEWAG Elektrizitaetsgesellschaft in Berlin bestimmt und 50 Millionen DM fuer Kohlenbergwerke. Ausserdem wurden bis heute fuer verschiedene Investitions-Zwecke 445 Millionen DM aus dem GARIOA-Gegenwertfonds freigegeben.

Bericht der ECA-Verwaltung
9/20/50

DER 69. KONGRESS DER AMERICAN FEDERATION OF LABOR

Die AFL hielt in Houston (Texas) ihren 69. Kongress ab, zu dem 750 Delegierte von den verschiedensten angeschlossenen Gewerkschaftsorganisationen entsandt worden waren. Der Vorsitzende der AFL, William Green, betonte, dass dieser Kongress in einer optimistischen Stimmung abgehalten werde, weil aus Korea gute Nachrichten vorlaegen und diese Meldungen von den Delegierten offen begruesst werden. Green erklarte, dass die Taft-Hartley-Akte, die der gewerkschaftlichen Arbeit eine ganze Reihe Behinderungen auferlegt, eigentlich die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern regeln sollte. Dieses Gesetz ist an sich schlecht, aber durch die Art der Anwendung, wie sie von Robert Denham, dem Berater der Behoerde fuer Arbeitsbeziehungen, gepflogen wurde, wurde es untertraeglich. Auf Anordnung des Praesidenten Truman ist Denham jetzt entlassen worden. Green

wies darauf hin, dass es heute das Hauptanliegen der Gewerkschaften, vor allem der AFL und der in dieser Frage mit ihr einigen CIO sei, bei den bevorstehenden Wahlen "wirkliche Freunde der Gewerkschaften" zu wählen, die jenes Gesetz schleunigst ausser Kraft setzen.

Green erinnerte an die Prinzipien, die der Gruender der AFL, Samuel Gompers, verfolgte, und dessen Standpunkt umrissen werden kann mit den Worten "Alles, was der Gesetzgeber auferlegt, kann die Arbeiterschaft wieder verschwinden lassen." Die grossen Erfolge, die die Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten erringen konnte, wurden in erster Linie durch ihre wirtschaftliche Kraft gewonnen, durch die Kollektivvertraege und durch die Staerke ihrer Gewerkschaften - erst sie konnte die Errungenschaft aufrechterhalten und weitere Fortschritte erzielen. Eine solche Feststellung will jedoch nicht besagen, dass die AFL ihre politische Aktivitaet vermindern will, ganz im Gegenteil, eine umfangreichere und nachdruecklichere Aktion als je zuvor wird auf politischem Gebiet geplant. Diese Politik besagt, dass die Gewerkschaften ihren Glauben weder den Handlungen der Regierung noch den Gesetzen anvertrauen werden, sondern einzig und allein der Staerke ihrer Bewegung.

Der Bericht des Exekutivrates zeigt, dass diese Gewerkschaftsorganisation weiter gewachsen ist. Im vergangenen Jahrhundert zaehlte sie wenig mehr als 500 000 Mitglieder, heute sind es fast acht Millionen. Waehrend des vergangenen Jahres wurden 3 624 448 Dollar fuer die Organisation, fuer die Schulung und andere Aufgabengebiete ausgegeben, und diese Betraege wurden neben den Millionenbetraegen der angeschlossenen Organisationen aufgewendet.

Der 232-seitige Bericht, der dem Kongress am ersten Verhandlungstag unterbreitet wurde, verdient mehr Raum bei der Betrachtung internationaler Fragen als irgendein anderer Bericht der AFL seit ihrer Gruendung im Jahre 1881. Der Exekutivrat lenkt die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass der von den Kommunisten ausgeloeeste Kalte Krieg die internationalen Beziehungen beherrscht und klagt die Sowjetunion an, die Vereinten Nationen zu sabotieren, das Veto-recht zu missbrauchen und den Sicherheitsrat seiner Machtmittel zu berauben. Die AFL bekennt sich jedoch zum Atlantikpakt, der gegen den sowjetischen Imperialismus Verteidigungsschranken aufrichtet. Auch wenn auf die Vereinigten Staaten ein hoher Anteil dieser Verteidigungskosten entfaellt, so muessen diese Ausgaben uebernommen werden, um die imperialistischen Absichten der Sowjetunion zu unterbinden. Hierbei wird ein Wort Lenins zitiert: "Die Existenz einer kapitalistischen Nation, die irgendwo in der Welt existiert, bedeutet fuer den Kommunismus eine Bedrohung." Dieses Dogma regiert die sowjetische Politik, sodass die Kommunisten entschlossen sind, alle Nationen zu Fall zu bringen, auf die dieses Wort "kapitalistisch" zutrifft - und das sind in erster Linie die Vereinigten Staaten, aber auch alle demokratischen oder sozialistischen Staaten.

Der Bericht besagt weiter, dass der Marshallplan, der der Wiederherstellung Europas gilt, und der durch den Atlantikpakt und die militaerische Unterstuetzung Westeuropas seine Abrundung erfahrt, den Willen zum Widerstand in den freien Laendern gestaerkt hat, wobei nicht uebersehen werden darf, dass auch die Taetigkeit der Internationale der freien Gewerkschaften diese Bestrebungen unterstuetzt. Die Erholung waehrend der zwei letzten Jahre ist schlechthin erstaunlich. Zu einem nicht unerheblichen Teil ist dieser Fortschritt auf die Beteiligung der europaeischen und amerikanischen Gewerkschaften zurueckzufuehren. Die amerikanischen Gewerkschaften haben in vollstem Masse mit der Verwaltung fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit - ECA - gemeinsam gearbeitet, indem sie ihre Erfahrungen

ueber die Moeglichkeiten austauschten, die Produktivitaet zu steigern, und dies hat wiederum die Bande internationaler gewerkschaftlicher Bruederlichkeit wesentlich verstaerkt. Die wirtschaftliche Vollkommenheit der europaeischen Wirtschaft auf einer kontinentalen Basis wurde zeitweilig gestoert, aber sie bleibt die Endloesung, die gegebenenfalls auch erreicht werden wird. Der Glaube an die Demokratie und die Hoffnung auf die Zukunft laesst sich unter den freien Voelkern Europas nur langsam wieder herstellen.

Der Exekutivrat sprach sich erneut nachdruecklich dafuer aus, so schnell wie moeglich Friedensvertraege mit Oesterreich, Deutschland und Japan abzuschliessen, wobei gleichzeitig die Sowjetunion angeprangert werden soll, die so lange Zeit diese Friedensvertraege verhindert hat. Der Schumanplan fuer die Vervollkommnung der europaeischen Wirtschaft wurde im Prinzip gebilligt.

Gleichzeitig berichtete der Exekutivrat von den Fortschritten, die die Hilfe fuer die lateinamerikanischen Gewerkschaften in ihrem Kampf fuer die Demokratie bewerkstelligte. Hier wurde erneut klar gestellt, dass die AFL jegliche Kundgebungen des Totalitarismus und des Militarismus in der Alten Welt missbilligt, genau so wie sie aehnliche Entwicklungen an anderen Orten ablehnt, auch wenn ein solches Regime etwa in Suedamerika keine Bedrohung des Weltfriedens darstellt.

Die Leistungen der Internationalen Arbeits-Organisation - IAO - einer Zweigabteilung der Vereinten Nationen, das einzige Ueberbleibsel des entschlafenen Voelkerbundes, die durch den ersten Praesidenten der AFL, Samuel Gompers, gegruendet wurde, werden in dem Kongressbericht eingehend beschrieben. Dann folgt eine Uebersicht ueber die Organisation des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften, ebenso ueber die wichtige Aufgabe, die die amerikanische Gewerkschaftsbewegung hier erfuehlt. Erneut wird herausgestellt, dass eine der Hauptaufgaben des IBFG darin besteht, den Arbeitern im Fernen Osten, in Afrika und Suedamerika zu helfen, wie ueberall dort, wo freie Gewerkschaften Hilfe benoetigen und wo entweder der Faschismus oder der Kommunismus ihre Freiheiten bedroht, damit diese Gewerkschaften stark genug werden, um diesen Drohungen begegnen zu koennen.

Die Leitidee, die sich in diesem gesamten Berichtsteil verfolgen laesst, ist die Feststellung, dass die amerikanische Gewerkschaftsbewegung bereit und willens ist, ueberall und jederzeit der Arbeiterschaft zu helfen, nicht nur in dem Kampf gegen Faschismus und Kommunismus, sondern auch gegen Armut und Ungerechtigkeit. Die unaufhoerlichen Bemuehungen der AFL, die Sklavenarbeit in Russland der Weltoeffentlichkeit bekannt zu geben, werden ebenfalls erwaeht. Es wird dann berichtet, dass die UNESCO, die Organisation der Vereinten Nationen (UN) fuer Erziehung (E), Wissenschaft (S) und Kultur (C, O - Organisation) zwar etwas widerwillig, aber dennoch die Tatsache akzeptierte, dass die Welt geteilt ist in Demokratien und Totalitarismus, in Freie und Sklaven. Das Programm der UNESCO, das das Analphabetentum ueberwinden will, menschliche Rechte zu beschuetzen wuenscht, den ungehinderten Fluss der Nachrichten garantieren will, das bessere Verstehen der Voelker untereinander zu foerdern bestrebt ist, wird rueckhaltlos von der AFL gebilligt, waehrend das gleiche Programm von der Sowjetunion abgelehnt wird.

Rundfunksendung des US-Gewerkschafts-
senders, Sprecher M. Oak
9/20/50

ERIC JOHNSTON WUENSCHT GEWERKSCHAFTER IM DIPLOMATENDIENST

"Wir brauchen mehr Leute in der Regierung und im diplomatischen Dienst, die aus der Arbeiterbewegung kommen und ueber gewerkschaftliche Erfahrungen verfuegen, weil das Schlachtfeld oder besser gesagt das Feld der Entscheidungen heute der Lebensstandard des Arbeiters ist."

Diese Erklaerung gab vor kurzem Eric Johnston ab, der Vorsitzende der Vereinigung amerikanischer Tonfilmunternehmen und frueherer Vorsitzende der US-Handelskammer. Er veroeffentlichte seinen Aufsatz unter dem Titel "Die Gewerkschaften wissen, wie sie es anzustellen haben", im September im "American Federationist," dem monatlich erscheinenden Organ der AFL.

Johnston lenkt die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass die amerikanische Gewerkschaftsbewegung die besten Erfahrungen darueber verfuegt, wie mit den Kommunisten umgegangen werden muss. Die Gewerkschaften wissen, wie die Infiltration in ihren eigenen Reihen versucht worden ist, diese Versuche, ihre Abwehr und ihre Ueberwindung haben sie in der Praxis erlebt.

"Diplomatie ist gewoehnlich eine Art Pokerspiel zwischen den Regierungen, aber heute hat es die amerikanische Regierung direkt mit den Voelkern zu tun, so wie bisher keine andere Regierung mit ihnen zu tun hatte. Wir benoetigen daher unter unseren diplomatischen Vertretern Maenner und Frauen, die die Voelker kennen, sie verstehen und mit ihnen eng verbunden sind." Wir haben in dieser Richtung bereits einige Fortschritte gemacht, in einzelnen Schluesselstellungen der ECA-Verwaltung sind bewaehrte Gewerkschaftsfunktionaere taetig. Die Aufgabe, die heute vordringlich ist, liegt in der Wahl geeigneter Sprecher, die die beste Vertretung der Vereinigten Staaten im Ausland sind - und hier verfuegen gerade die Gewerkschaftsvertreter ueber eine ganze Reihe von Vorzuegen. So wissen unsere Gewerkschafter, wie sie zum Beispiel mit Leuten vom Schlage Jacob Maliks umzugehen haben. Mit dieser Type haben sie bereits seit Jahren zu tun gehabt, und zwar in einem etwas abgewandelten, gerade auf die amerikanischen Verhaeltnisse zugeschnittenen Stil. Die amerikanischen Gewerkschafter beherrschen somit diese Taktik und ihre Technik, und sie koennen ihr vor allem in ueberlegener Weise entgegentreten.

Der Sowjetvertreter Malik spricht russisch und seine Widersacher sprechen englisch. Aber sie sprechen nur dann eine gemeinsame Sprache, wenn eine lange Erfahrung mit dem kommunistischen Wortschatz eine sprachliche Verstaendigung moeglich macht. Und unsere Gewerkschaftsvertreter wissen, wie sie dem Kreml die Maske herunterreißen koennen."

ECA Labor Information
FYI 160 - 9/20/50

FIGARO SCHLAEGT PRODUKTIVITAETSMODELLE VOR

Der "Figaro", die konservative franzoesische Zeitung, hat einen Artikel veroeffentlicht, in dem vorgeschlagen wird, dass gewisse Fabriken ausgewaehlt werden sollten, um hier Methoden einzufuehren, durch die die industrielle Produktivitaet gesteigert werden kann. Durch solche Beispiele koennte der gesamten franzoesischen Industrie sehr gedient werden.

Diese Empfehlung an das franzoesische Komitee fuer die Steigerung der Produktivitaet ist in einem Artikel zu finden, der von

Francois Mennelot unterzeichnet ist. Er sagt hier, dass eine gesteigerte Produktivitaet das einzige Mittel ist, um franzoesischen Arbeitern einen vernuenftigen Lebensstandard zu sichern.

Mennelot erwaeht, dass der hoechste Mindestlohn, wie er kuerzlich von der Regierung festgesetzt wurde, sich fuer einen Arbeiter in Paris auf monatlich 16 800 Franken belaeuft. Der "Figaro" sagt hier ganz offen, dass es auf die Frage, ob irgendjemand mit diesem Betrage einigermassen anstaendig oder als Durchschnittsmensch leben koenne, es nur eine einzige Antwort geben koenne, naemlich eine verneinende.

Der "Figaro" sagt weiter, dass der Lebensstandard der Schluesel dazu ist, ob die Wiedergesundung der franzoesischen Wirtschaft weiter fortschreiten wird oder ob die Wirtschaft sich weiterhin im Stadium eines blossen Vegetierens bewegen wird.

Die Zeitung bekannte sich zu einer kuerzlichen Erklaerung des Premierministers René Pleven, dass die allgemeine Wiederbelebung der Wirtschaft abhaengig ist von einer Erhoehung der Kaufkraft der breiten Masse der Bevoelkerung - und das ist vor allem die Arbeiterschaft. Dann wiederholt der "Figaro" jene Beobachtungen, die ein franzoesischer Gewerkschafter der Oeffentlichkeit uebermittelte, als er aus den Vereinigten Staaten zurueckkehrte: Produktivitaet und ihre Steigerung bedeutet, dass ein Unternehmer, der seinen Arbeitern unter dem Druck der Gewerkschaften Lohnerhoehungen gewaehren muss, mit allen Mitteln bestrebt sein muss, zu rationalisieren und nicht seine Verkaufspreise zu erhoehen, denn die Vermeidung einer solchen Preiserhoehung ist fuer ihn von elementarer Bedeutung. Ein Unternehmer, der hier als Symbol gelten koennte, sagte zu Mennelot: "Wer kann schon meine Erzeugnisse kaufen, wenn der Arbeiter unzureichend bezahlt wird?" Auf der anderen Seite muessen die Arbeiter zumeist gegen das kommunistische Schlagwort Stellung nehmen, dass eine steigende Produktivitaet lediglich die Steigerung der Produktionsquoten bis zu einem sich toedlich auswirkenden Takt bedeutet. Hierbei bemerkt der "Figaro", dass Russland die eigentliche Heimat solcher Stossarbeiter ist. Aber auch wenn technische Verbesserungen die Einsparung einzelner Arbeitsplaetze zur Folge haben, muss der Arbeiter daran denken, dass auf der anderen Seite wiederum neue Arbeitsplaetze bereitgestellt werden, sei es durch die Produktion neuer Maschinen oder durch die Bedienung dieser Maschinen bei einm groesseren Ausstoss als bisher. Die oekonomische Zukunft haengt ebenso wie unsere soziale Zukunft davon ab, dass wir behaerrliche und groessere Anstrengungen machen, diese jedoch gemeinsam getragen werden muessen. Produktivitaet ist weder eine mythische Angelegenheit noch eine Art Kinderkrankheit, wie etwa unser alter Bestand an Ideologien sich noch immer bemueht, diese Mythen aufrechtzuerhalten. Angesichts hoher Loehne, die die amerikanischen Arbeiter durch den kaempferischen Geist ihrer Gewerkschaften erzielen konnten, wird der amerikanische Unternehmer gezwungen, jede nur moegliche Reformmethode in bezug auf arbeitstechnische oder allgemein technische Fragen anzuwenden. Diese bestaendigen Bemuehungen, eine Rationalisierung der Arbeit durchzufuehren, bedeutet, jede unnuetze Zeit auszuschalten, die deshalb sich so kostspielig auswirkt, weil Arbeit nun einmal teuer ist. Und hier liegen jene Moeglichkeiten durchaus offen, die auch in Frankreich durchgefuehrt werden koennen.

"Vor einiger Zeit wurde in Frankreich eine Produktivitaetskomitee gegruendet. Sein Schicksal wird das gleiche sein wie das zahlreicher anderer offiziellen Organisationen, wenn es nicht in aller Kuerze seine Arbeit auch wirklich aufnimmt. Was wir wuenschen, ist der Ausbau einer Reihe Fabriken im ganzen Lande, die

als Musterbeispiel dienen koennen, aber gleichzeitig begruessen wir es, wenn die Initiative jenes Komitees zur Steigerung der Produktivitaet nun endlich aufgenommen wuerde."

Am Schluss des Artikels wird den Unternehmern empfohlen, den Grundsatz zu beachten, dass jede Firma, die nicht binnen eines Jahres eine Verbesserung ihrer Erzeugnisse, ihrer Arbeitsmethoden oder eine Reduzierung der Produktionskosten erreichen konnte, sich darueber im klaren sein muss, dass dieses Unternehmen nur noch vegetiert und ueber kurz oder lang eingehen wird.

ECA Labor Information
LI-397 - 20/9/50

UEBER DIE TERMINOLOGIE DES PRODUKTIVITAETSBEGRIFFES

Das Wort "Produktivitaet" erhaelt haeufig ziemlich unterschiedliche Auslegung; Zweck dieser Zeilen ist, den Sinn festzulegen, in dem die Arbeitsgruppe des Rates der OEEC den Begriff "Produktivitaet der Arbeit" normalerweise anwendet. Gleichzeitig werden Bezugshinweise und kurzgefasste Definitionen fuer die von europaeischen Forschungswissenschaftlern gebrauchten Ausdruecke gegeben, die eine moeglichst genaue Vergleichsgrundlage fuer die Feststellungen schaffen, die sie in ihren Heimatlaendern durchzufuehren haben.

Produktivitaet ist der Quotient, den man erhaelt, wenn man die Produktionsleistung durch einen der Produktionsfaktoren teilt. Auf diese Weise ist es moeglich, von der Produktivitaet des Kapitals, der Investitionen oder des Rohmaterials zu sprechen, je nachdem, ob die Leistung auf Kapital, Investitionen oder Rohmaterial bezogen wird.

Die gebrauchlichste Anwendung des Begriffs Produktivitaet ist die der menschlichen Arbeit. Wird das Wort "Produktivitaet" ohne naehere Bestimmung gebraucht, dann ist die Produktivitaet der Arbeit gemeint. Produktivitaet der Arbeit (=Arbeitsproduktivitaet) ist der Mengenwert, der in einer bestimmten Arbeitszeit produziert wird. Dieses Verhaeltnis gewinnt dann wissenschaftliche Bedeutung, wenn die Art und die technischen Bedingungen der in dem Zaehler erscheinenden Produktionsleistung und die fuer den Nenner gewaehlten Faktoren festgelegt worden sind.

Es ist zu beachten, dass Arbeitsproduktivitaet ein Masstab der allgemeinen Wirksamkeit beim Einsatz der Arbeitskraefte und nicht der Arbeitsleistung ist. Sie wird beeinflusst durch das Zusammenwirken einer grossen Anzahl gesonderter, wenn auch miteinander verbundener Faktoren, wie Menge und Guete der verwandten Ausruestung, technische Verbesserungen, Leistungsfaeigkeit der leitenden Stellen, Zustrom von Material und andere Komponenten, wie die relativen Beitraege der Einheiten auf verschiedenen Ebenen der Wirksamkeit wie auch die Geschicklichkeit und Leistung der Arbeiter.

Relative Unterschiede in der Produktivitaet koennen gemessen werden durch den Vergleich der Leistung einer Firma, Industrie usw. in verschiedenen Zeitperioden oder zwischen verschiedenen Laendern oder Gebieten. Aber auch die Produktivitaet zweier oder mehrerer produzierender Einheiten kann verglichen werden (Betriebe, Firmen, Gesellschaften). Der Zweck des Vergleichs besteht darin, einen Anhaltspunkt zu geben, welche Stellung eine produzierende Einheit (eine Firma, eine Industrie oder eine Nation) gegenueber der Leistung anderer produzierender Einheiten oder ihrer eigenen Leistung in einem anderen Zeitraum einnimmt; die Analyse der Grundlagen des

Produktivitaetsniveaus, wie es auch sein mag, zu ermoeglichen und die Position dieser Einheit zu verbessern. Eine Messung der Produktivitaet und eine begleitende Analyse der Gruende und Faktoren koennte deshalb fuer die Zwecke einer allgemeinen wirtschaftlichen Analyse verwandt werden (z.B. bei der Beurteilung der gegenwaertigen und zukuenftigen Produktionsleistung eines Landes oder einer Industrie, des Bedarfs an Arbeitskraefte(n) oder die Wettbewerbsfaehigkeit). Sie dienen jedoch auch als Grundlage fuer die Beurteilung der Leistungsfahigkeit und Ziele der leitenden Stellen einzelner Betriebe und Firmen. Produktivitaetsmessungen koennen zusammengestellt werden entweder durch Verwertung der vorhandenen statistischen Unterlagen oder durch Angaben, die direkt fuer diesen Zweck gesammelt werden.

Die Leistung bezieht sich, je nachdem, wie der Fall liegt, auf das Leistungsprodukt einer einzelnen Maschine, oder einer Abteilung (Arbeitsgang), eines einzelnen Betriebes, einer Gesellschaft, einer Industrie oder auf die ganze Volkswirtschaft. Vorzugsweise sollte sie nach physischen Werten gemessen werden und auf den gleichen Arbeitsbereich bezogen werden. Sobald man sich jedoch von einer einzelnen Maschine, oder von einer einzelnen Abteilung oder Industrien mit einfacher Erzeugungsstruktur, bei denen die Produktion eines einzelnen homogenen Produktes gemessen wird, entfernt, werden rein physische Messungen schwieriger und andere als physische Messmethoden (in der Hauptsache messbare Werte, wie Waehrungen) muessen ueberhaupt oder zumindest beim Abwaegen angewandt werden, d.h. Summierung der Leistung verschiedener Sektoren einer Industrie oder Wirtschaft. Die Erfahrung zeigt, dass die Messung der Leistung das schwierigere Verfahren ist, und demzufolge wird die Genauigkeit der Messung der Produktivitaet weitgehend von der Art, in der Leistung gemessen wird, abhaengen.

Sowohl im Falle von Produktion pro Kopf und Stunde und pro Kopf und Jahr kann der Begriff "Arbeitskraefte" Arbeiter allein oder alle Beschaeftigten einschliessen. Im ersten Fall kann er unmittelbare oder mittelbare Produktionsarbeiter umfassen. Die Unterscheidung zwischen "koerperlich" und "nicht-koerperlich" Arbeitenden (wie Buero-, Verwaltungs-, und technischen Kraefte(n)) ist nicht absolut. Sowohl die tatsaechliche Handhabung in der Industrie als auch die statistische Handhabung sind je nach Land oder Firma verschieden. Der Unterschied kann in der Art der Entlohnung liegen (in der Regel werden Arbeiter woeentlich, andere Kraefte monatlich entlohnt) oder in der Stellung (Arbeiter umfassen die Stellen bis einschliesslich der Vorarbeiter). Einen Massstab fuer die Entscheidung ueber Granzfaelle unter den Arbeitern kann der Grad von Initiative abgehen, den die Arbeit verlangt.

Bei den Arbeitern kann unterschieden werden zwischen unmittelbaren Arbeitern, das sind die im eigentlichen Produktionsgang beschaeftigten Arbeiter, zum Unterschied von den mittelbaren Arbeitern, die sich mit anderen Taetigkeiten, wie Unterhaltung, Lagerung, innerbetrieblichen Transporten und allgemeinen Arbeiten befassen. Auch diese Unterscheidung kann wiederum je nach Land und sogar je nach der Firma verschieden sein.

Produktivitaet pro Beschaeftigter umfasst die Arbeit aller Personen einschliesslich z.B. der in Buchfuehrung oder Kassenwesen Taetigen. Bei der Messung der Produktivitaet in der Fertigenwareindustrie schliesst man am besten die Arbeit der im Vertrieb, sowie in Reklame und Werbung Taetigen aus. Bei Vergleichen zwischen Firmen ist es wesentlich, in allen Faellen die gleichen Funktionen mit ein- oder auszuschliessen. Wo die Grenzlinie gezogen wird, haengt von den Zwecken ab, fuer die diese Statistiken zusammengestellt werden.

Bei der Messung der Arbeitsleistung koennen gewoehnlich das Alter oder Geschlecht der Arbeiter oder die verschiedenartigen Fertigkeiten nicht beruecksichtigt werden, obwohl eine solche Unterscheidung wuensenswert waere.

Einige Wissenschaftler messen der Berechnung der Gesamtproduktivitaet, die nicht nur alle in den obigen Berechnungen eingeschlossenen Arbeitsstunden oder Beschaeftigten, sondern auch alle diejenigen umfasst, die die bei der Produktion verwendeten Kapitalgueter, Energie und Rohstoffe erzeugen, grosse Bedeutung bei. Hierbei wird letztere Kategorie in Arbeitsstunden oder Beschaeftigtenzahl umgewandelt.

Die Genauigkeit der Produktivitaetsmessung wird weitgehend von der Art abhaengen, in der die Leistung gemessen wird, aber auch von der Art, in der die Arbeit gemessen wird, und der Art, in der die Messung dieser beiden Faktoren verglichen werden kann. Je kleiner die Produktionseinheit ist, auf die sich die Messungen beziehen, und je unmittelbarer die Veranschlagung sowohl der Produktionsleistung als der Arbeit erfolgt, desto genauer ist die Berechnung. Es waere ratsam, der Berechnung moeglichst eine Scheatzung des Fehlerfaktors beizufuegen.

ERP-Beratungsausschuss des DGB
9/4/50

ANGESTELLTENPROBLEME UND IBFG

Fuer das kommende Jahr hat der Internationale Bund Freier Gewerkschaften eine Konferenz vorgesehen, bei der alle Fragen, die den Angestellten betreffen, behandelt werden sollen und die auf internationaler Basis die Loesung dieses Problems in Angriff nehmen soll. Die Konferenz wird in Bruessel stattfinden und zwar zu einem sehr fruehen Termin. Der IBFG hat ein vorbereitendes Komitee gebildet, das alle Vorbereitungen zu dieser Konferenz treffen soll. Es wird Wert darauf gelegt, dass auf dieser Konferenz auch jene Angestellten vertreten sind, die in der Privatindustrie und in Behoerden beschaeftigt sind, wobei aber auch Banken und Versicherungen erfasst werden sollen und vor allem jene Angestellten, die leitende Stellungen bekleiden. Hierbei sollen vor allem die Gewerkschaften der Journalisten, der Lehrer, der Angestellten, der Techniker, der Beschaeftigten der oeffentlichen Dienste, zu denen auch die Beamten gehoeren, der Flugzeugfuehrer und aehnlicher Gruppen ihre Unterstuetzung gewaehren, wie ueberhaupt jene Gewerkschaften, die zu ihren Mitgliedern zahlreiche Angestellte zaehlen, wie es etwa bei der AFL und dem CIO der Fall ist oder bei britischen und hollaendischen Gewerkschaften, dem franzoesischen CGT-FO und der Gewerkschaft der Werkmeister, den internationalen Berufssekretariaten der Transport- und Metallarbeiter, dem schwedischen TGO, dem deutschen DGB, den franzoesischen Post-, Telegraf- und Telefonbediensteten und aehnlichen Gewerkschaften, die dem IBFG angeschlossen sind.

Die folgenden allgemeingehaltenen Vorschlaege wurden dem beratenden Komitee bereits unterbreitet:

1. Jene Fragen zu bearbeiten, die fuer die nicht-handarbeitenden und berufstaetigen Arbeitenden eine besondere Bedeutung haben, einschliesslich der Probleme der Angestelltengewerkschaft und ihrer Organisation und alle geeigneten Schritte vorbereiten, die zur Loesung der besonderen Probleme dieser Gruppe der Arbeitenden beitragen koennen;

2. In gemeinsamer Zusammenarbeit mit dem IBFG die Gruendung besonderer internationaler Berufssekretariate voranzutreiben, fuer die eine nicht-handarbeitende Taetigkeit der Gewerkschaftsmitglieder charakteristisch ist und die bisher ohne eine eigene Stimme in den internationalen Gewerkschaften vertreten waren; eine solche Unterstuetzung wuerde vor allem fuer solche Berufskategorien wie Lehrer, Journalisten, Buehnen- und Filmfachkraefte von besonderer Bedeutung sein;

3. Besondere Probleme wie die der Schulung in bezug auf industrielle und produktivitaetssteigernde Leistung muessen hier behandelt werden;

4. Diesem Mitgliederkreis mit Unterstuetzung des IBFG eine besondere Vertretung fuer nicht-handarbeitende und berufstaetige Arbeitende in den Vereinten Nationen und in den besonderen Ausschuessen zu verschaffen.

Das Komitee unterbreitete diese Empfehlungen dem IBFG in Bruessel auf das Ersuchen J. H. Oldenbroeks, des Generalsekretaers der 50 Millionen nichtkommunistischer Mitglieder zaehlenden internationalen Gewerkschaftsorganisation. Mitglieder des Komitees sind Ernest Bell, britischer Gewerkschaftsbund (TUC) Vorsitzender, M. C. Bolle, Internationale Gewerkschaft oeffentlicher Bediensteten, Albin Karl, Deutscher Gewerkschaftsbund, R. Richard, franzoesische CGT-FO, R. Speyser, franzoesische CCC, M. van de Moortel, belgische CGSP, Kai Nissen und Einar Nielsen, daenische TUC, Walter Amann, schwedische TUC, W. G. Spiakman, Internationaler Verband der Angestellten und Techniker, Charles G. J. Everling, belgischer FGTS, Harry Martin, Vorsitzender der amerikanischen Journalisten-Gewerkschaft (CIO), Q. Valkeners, franzoesische Gewerkschaft der Post-, Telegraf- und Telefonbediensteten (PTT), J. H. Oldenbroek, G. de Muynck und Albert Heyer, IBFG und Elmer Cope, CIO. Das Mitglied des Komitees Irving Brown, AFL, war verhindert, an dieser Sitzung teilzunehmen.

ECA-Airgram A 333
9/5/50

WIEDERAUFBAU NORWEGENS STEIGERT BESCHAEFTIGUNGSZIFFER UND PRODUKTION

Die Beschaeftigungsziffer und die Produktion steigen in Norwegen staendig an.

Dem Bericht der norwegischen Regierung ueber die wirtschaftlichen Entwicklungen im ersten Quartal des Jahres 1950 zufolge ist damit zu rechnen, dass die Produktion fuer das ganze Jahr groesser sein wird, als im norwegischen Haushaltsplan geschaezt worden war.

Im Laufe des ersten Quartals dieses Jahres hat sich die Beschaeftigungsziffer um 14.5000 erhoehrt gegenueber einer Zunahme um 13.6000 im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres. Die Zahl der Industriearbeiter stieg um 6.400 und in der Land- und Forstwirtschaft vermehrte sich die Zahl der Lohnempfaenger um 3.600.

Die Steigerung der Produktion erstreckt sich auf fast alle Zweige der Wirtschaft. Die industrielle Produktion war zum Beispiel im ersten Quartal um 7% hoeher als im Vorjahr.

Labor News Bulletin
VII/15 - VIII/15/50

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 31

Frankfurt, 6. Oktober 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Europäische Wirklichkeiten - - - - -	1
Die Strategie der Gewerkschaften - - - - -	4
Bessere Löhne - die Hauptvoraussetzung fuer die Förderung der Demokratie in Asien - -	6
Wahrheit und Anständigkeit sind die Leitsätze der Gewerkschaftspresse - - - - -	9
Green fordert Preiskontrolle und Sondersteuern auf Kriegsgewinne - - - - -	9
Das Roosevelt-College in Chicago - - - - -	10
Neues rumänisches Arbeitsgesetz - - - - -	11

Arbeitsminister Maurice J. Tobin - USA:

EUROPAEISCHE WIRKLICHKEITEN

Niemals in der Geschichte war es fuer die Amerikaner wichtiger als heute, die Voelker Westeuropas zu kennen und zu verstehen. Wenn die Vereinigten Staaten jene Rolle im internationalen Geschehen spielen wollen, die die Vorbestimmung ihnen zugewiesen hat, so muss das amerikanische Volk das klarstmögliche Bild von den europäischen Hoffnungen und Wirklichkeiten haben.

Ueber den Regierungen und Voelkern Westeuropas lastet der bedrohliche Schatten des kommunistischen Imperialismus. Diese Bedrohung ist weniger furchterweckend geworden seit der wirtschaft-

lichen und militaerischen Unterstuetzung, die die Vereinigten Staaten gewaehren. Die moralische Staerke Westeuropas hat sich gehoben, seitdem Amerika seine Hilfe zur Verfuegung stellt. Ueberall finden sich Zeichen der Erholung - die Fortschritte sind in kleinerem und groesserem Ausmass zu bemerken.

Unsere europaeischen Freunde erkennen dies dankbar an. Sie schaeetzen auch durchaus die amerikanische Grosszuegigkeit. Aber trotzdem haben sie noch viele Sorgen. Wenn sie zum Beispiel sowjetische Propaganda hoeren, die darin ausmuendet, dass die Dinge in diesem Lande nicht recht vorwaertsgehen, fangen einige sich zu wundern an, ob die Bastion der Demokratie, die ihre Hauptstuetze ist, etwa ihre Staerke verliere

Deshalb ist es notwendig, die Quellen des amerikanischen Wohlstandes klarzulegen. Es muss an die verschiedenen Formen der Vorbeugungspolitik erinnert werden, die gegen wirtschaftliche Rueckschlaege aufgebaut wurden, an Altersrenten und freie oeffentliche Stellenvermittlungsdienste, an Arbeitslosenunterstuetzungen und die Garantierung der Sicherheit der Spargelder, an Mindestlohnvorschriften und Arbeitszeitverordnungen, an die Unterstuetzung der Landwirtschaft und an die Entwicklung bestimmter Hilfsquellen, an die grundsaeztliche Verantwortlichkeit fuer die Vollbeschaeftigung, an die Elektrifizierung auf dem Lande und an alle die anderen Massnahmen, die seit 1933 durchgefuehrt werden, um die Wirtschaft der Vereinigten Staaten stabil zu erhalten und damit zum Wohle des Volkes als ganzem zu wirken.

Aufgrund dieser Fortschritte werden die Vereinigten Staaten niemals wieder eine solch schwere Wirtschaftskrise durchmachen muessen wie es 1930 der Fall war. Im letzten Jahre drohte die Zahl der Erwerbslosen stark anzusteigen, es schien, dass sich die USA auf einem absteigenden Ast des Wirtschaftslebens befinden, wie es gewoehnlich mehr oder weniger schnell nach einem Krieg der Fall ist.

Aber die Flut, die alles zu ueberschwemmen schien, ging sehr schnell wieder zurueck. Die Vorsichtsmassregeln, die gegen die beginnende Krise in Anwendung kamen, setzten sich ausserordentlich wirkungsvoll und nachdruecklich durch. Die Vereinigten Staaten haben gelernt, wie die furchtbaren Folgen der Krisenzyklen sich vermeiden lassen.

Wer daran zweifelt, der sieht nicht mehr die Wirklichkeit. Die Zahl der Beschaeftigten hat ihren hoechsten Friedensstand in der Geschichte der USA erreicht - fast 62 Millionen sind in verschiedensten Stellungen taetig. Das Land steckt mitten in einem Wohnbau- und allgemeinen Bauprogramm, das die Bautaetigkeit in diesem Jahr zu neuen Hoechstziffern bringen wird. Die Stromerzeugung hat alle bisherigen Rekorde uebertroffen. Die Gesamtproduktion steht heute bei etwa 265 Milliarden Dollar im Jahre. Sieht das etwa danach aus, dass ein wirtschaftlicher Zusammenbruch bevorsteht.

Vom 3. April bis zum 31. Mai 1950 haben die Vereinigten Staaten durch ECA, das amerikanische Hilfsprogramm fuer Europa, so viel wie 9,115 Millionen Dollar fuer den Wiederaufbau einer gesunden Wirtschaft und die Wiederfestigung der Demokratie in der uebrigen Welt ausgegeben. Hier muessen 162,5 Millionen Dollar fuer das Deutschland-Programm hinzugefuegt werden - dann hat man einen Begriff von der wirtschaftlichen Unterstuetzung, die Amerika Europa gegeben hat. Weiter muss eine Schaetzung von etwa 1 Milliarde Dollar fuer militaerische Hilfe hinzugefuegt werden und jedermann

wird ueberzeugt sein, dass die europaeischen Voelker diesseits des Eisernen Vorhangs allen Grund zu dem Glauben haben, dass Amerika ihr Freund und Helfer ist.

Im Juni kam die Nachricht, dass die ferngesteuerten nordkoreanischen Streitkraefte in die friedliche Republik Suedkorea eingedrungen sind. Suedkorea hat amerikanische Unterstuetzung erhalten, es befand sich auf dem Wege zu Frieden, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, als die Vereinten Nationen ihm die Unabhaengigkeit gaben. Dieser brutale und nichtprovozierte Angriff erschuetterte die Voelker Westeuropas zutiefst. Sofort fragten sie: "Was wird Amerika unternehmen?" Das war die Frage, die zwei Tage alles ueberschattete. Dann antwortete Praesident Truman in einer Form, die die ganze Welt in Spannung versetzte.

Die eindeutige Stellungnahme Praesident Trumans wird von Europaeern dahin ausgelegt, dass hier der amerikanische Charakter und der amerikanische Verantwortungssinn triumphierte. Die demokratischen Staaten antworteten auf diesen Beweis der Verpflichtung und des Mutes nicht nur mit Lobpreisungen, sondern mit allen Zeichen des Bewusstseins ihrer eigenen Verantwortung, der kommunistischen Bedrohung entgegenzutreten.

Die Demokratien in Europa sind Amerikas Nachbarn, wie sie es bisher niemals gewesen sind. Die USA schulden ihnen und der gesamten freien Welt jede Unterstuetzung, die dieses Land mit seinem Reichtum und seiner Staerke bieten kann. Jede Unterlassung, diese Macht zugunsten des Guten der Menschheit einzusetzen, wuerde die groesste Suende der Undankbarkeit sein, die eine Nation wie die Vereinigten Staaten jemals begehen koennten. Die Vorsehung ist bisher so guetig gewesen - die Vereinigten Staaten wuerden zutiefst ihre Verpflichtung verkennen, wenn sie sich weigerten, das, was sie besitzen, zu teilen und die Sache der Gerechtigkeit und der Freiheit ueberall zu unterstuetzen.

Das ist eine unabaenderliche Pflicht. Aber man betrachte einmal, was es bedeutet haette, wenn die USA in dem gegenwaertigen Stand der Ereignisse in der Welt sich zurueckgehalten haetten. Man haette dem sowjetischen Imperialismus den Weg sehr leicht gemacht und zugesehen, wie demokratische Freunde versklavt wuerden. Und geradezu zwangslaefig wuerden die Folgen einer solchen Haltung vernichtend auf die Vereinigten Staaten zurueckschlagen. Denn aus dieser wachweichen Haltung, die sich aus dieser Untaetigkeit ergeben wuerde, ergaebe sich fuer den Kommunismus am Schluss eine ausgezeichnete Position, in der gleichen Weise mit den Vereinigten Staaten selbst zu verfahren. Indem diese den Demokratien helfen, sowohl wirtschaftlich als auch militaerisch staerker zu werden, befestigen sie ihre eigene Freiheit und die Vereinten Nationen koennen den Schlaegen und den Geschicken der kommenden Zeit besser widerstehen.

Die Vaterlandsliebe der Arbeiterschaft in allen westlichen Demokratien hat sich in unermesslicher Weise durch die Antwort verstaerkt, die der kommunistischen Herausforderung in Korea erteilt worden ist. Franzoesische Arbeiter und erst einmal Franzosen, bevor sie etwas anderes sind. Italienische Arbeiter sind in erster Linie Italiener und sonst nichts. Sie alle lieben ihre Heimat. Die Binden sind von ihren Augen gerissen. Wie freie Arbeiter ueberall, lassen sie sich nicht mehr von jenen Agenten zum Narren halten, die sich fuer die Feinde ihres eigenen Landes einsetzen.

Die Aktion, die durch die Vereinigten Staaten und die Vereinten Nationen durchgefuehrt wird, hat die Atmosphaere gereinigt und gleichzeitig den Weg gezeigt, der beschritten werden muss, wenn

die Freiheit gerettet werden soll. Die amerikanische Betrachtungsweise hat sich von der Verwirrung und den Zwistigkeiten in eine feierliche Uebernahme der Verantwortlichkeit geandert. Die USA sind heute vollkommen davon ueberzeugt und auch bereit, nicht nur die Dinge in Korea wieder in Ordnung zu bringen, sondern auch jede andere kommunistische Aggression zurueckzuschlagen, wo auch immer sie sich praesentieren mag.

Noch klammert sich jeder an das Ideal des Friedens. Die Hoffnung ist nicht aufgegeben, dass, nachdem die Rechte Suedkoreas wiederhergestellt sind, die Kommunisten keinem anderen Satellitenstaat zu irgendwelchen Aktionen veranlassen. Was aber noch immer geschehen mag - die Voelker muessen zu einem lebendigen Bewusstsein jener Rolle kommen, die sie in internationalen Angelegenheiten spielen muessen.

Als die rechte Hand der Vereinten Nationen muessen die USA unerschuetterlich sein in der Abwehr jeder Aggression. Das Schicksal aller freien Voelker der Erde ist ein unteilbares. Die USA werden in dieses Geschehen unweigerlich hineingezogen, wo bloss Kraft ueber Freiheit und Menschenrechte triumphiert, fuehlen die Voelker die Schlaege. Die Amerikaner wissen, dass sobald die Freiheit irgendwo ausgeloescht wird, die Glocke auch fuer sie bald schlagen wird.

DIE STRATEGIE DER GEWERKSCHAFTEN

Dieser Beitrag ist die Uebersetzung eines Artikels, der kuerzlich im "Populaire" erschienen ist, dem Organ der franzoesischen sozialistischen Partei.

Die Resultate, die in den letzten Monaten erreicht werden konnten, werfen ein staerkeres Licht auf die Aktivitaet und die Geschicklichkeit der amerikanischen Gewerkschaftsfuehrer. Hierbei muss jedoch in betracht gezogen werden, dass eine ganze Anzahl besonderer Ereignisse ihnen in ausserordentlichem Masse zugute kam. Dank der hohen Loehne, die es den Arbeitern ermoeglicht, auch verhaeltnismaessig hohe Beitraege zu zahlen, verfuegen die Gewerkschaften ueber hohe Kassenbestaende, die es ihnen erlauben, einen Streik viele Wochen hindurch zu finanzieren und die erforderlichen Streikunterstuetzungen zu zahlen. Die Gewerkschaften koennen weiterhin mit der Solidaritaet jener Arbeiter rechnen, die in anderen Werken weiterhin in Arbeit bleiben, weil diese Solidaritaet nicht auf freiwillige Gaben aufgebaut ist, sondern auf einem System zeitweiliger Sonderbeitraege, die von der Gewerkschaft erhoben werden. Dank dem System des "closed shops", bei dem der Unternehmer sich damit einverstanden erklaert, ausschliesslich solche Arbeitskraefte zu engagieren, die der Gewerkschaft angehoren, mit der der Tarifvertrag abgeschlossen worden ist, koennen die Gewerkschaften waehrend einer solchen Aktion nicht durch rivalisierende Gewerkschaften unterminiert werden.

Selbstverstaendlich machen die Gewerkschaften vollen Gebrauch von den Moeglichkeiten, Lohnerhoehungen durchzusetzen, denn bei der gegenwaertigen Konjunktur sind Arbeitskraefte unentbehrlich. Das ist gegenwaertig in der Automobilindustrie der Fall, morgen wird es in der gesamten Metall- und Ruestungsindustrie so sein, die gegenwaertige Wiederaufruestung fuehrt automatisch dazu.

Die Gewerkschaften haben weiterhin die Anwendung des Teilstreiksystems anzuwenden gelernt, durch die ein Schlüsselernternehmen lahmgelegt wird und die gesamte davon abhängige Industrie zur Untätigkeit gezwungen wird. Das gleiche gilt fuer den "Sitzstreik", den auch die Italiener kennen, ihn aber nur mit geringem Erfolg benutzen konnten, da er in erster Linie fuer politische Zwecke ausgenutzt werden sollte.

Und schliesslich haben es die Gewerkschaften mit Unternehmern zu tun, die nicht weniger profitgierig sind als ihre europaeischen Kollegen, wenn auch in einer etwas anderen Weise. Fuer den europaeischen Unternehmer ist der Arbeiter, wie es die Nationalsozialisten offen saeten, eine Art niedrigeren Wesens, der dazu verurteilt ist, in Elendsvierteln zu leben, aermliche Kleider zu tragen und minderwertige Nahrung zu sich zu nehmen. Fuer den amerikanischen Unternehmer ist der Arbeiter jedoch ein Verbraucher, ein Kunde, dem man genuegend Geld geben muss, damit er die produzierten Dinge auch wirklich kaufen kann. Die gesamte amerikanische Wirtschaft der letzten achtzig Jahre basiert auf diesem Grundsatz der hohen Loehne und des hohen Verbrauchs.

Aber alle diese Tatsachen, die eine Lektion fuer die Europaeer sein sollten, koennen nicht den Erfolg Amerikas erklaeren, wenn nicht die geistigen Faehigkeiten der leitenden Persoenlichkeiten in betracht gezogen wuerden. Die beiden Hauptpunkte hierbei sind die Tatsachen, dass sie weder politische noch metaphysische Persoenlichkeiten sind, wenigstens nicht in einem bemerkenswerten Grade. Das "Klima" der Vereinigten Staaten gestattet ihnen einfach nicht, sich als Politiker zu beschaeftigen. Amerika ist ein Land, in dem 50% der Waehler nicht an die Wahlurne gehen, in dem von seiten des Staates nur selten Vorteile erwartet werden, sondern im Gegenteil, nur aufgrund einer privaten Initiative. Es ist bedeutsam genug, dass die Alterspensionen der Arbeiter nicht vom Staat auf einer annehmbaren Hoehe festgelegt werden, sondern aufgrund besonderer Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern. Diese Methode ist voellig verschieden von der in Europa angewendeten. In Europa sind die Hauptgewinne, die die Arbeiter erzielen konnten, auf dem Wege der Gesetzgebung erreicht worden, das heisst also auf politischem Wege. Dieses System hat jedoch den Nachteil, dass die Arbeiter sogenannten schwachen Gewerkschaften nicht anzugehoeren brauchen, da sie ohnehin die gleichen Vorteile sich automatisch erwirken. Die Amerikaner sind jedoch weder Metaphysiker noch Theoretiker, soweit es sich um Gewerkschafter und Unternehmer handelt. Zweifellos haben sie ihre eigene Auffassung ueber Komplexe und "Entkomplexierungen" ueber Verwicklungen und Entwirrungen, sie sind sich auch darueber klar, dass jede Lohnbewegung in gewissem Sinne ein Rueckschlag ist; aber sie weigern sich absolut, eine Verwirrtheit zu erzielen, wie sie etwa hervorgerufen werden koennte durch ein geistiges Spinnwebennetz, das die kapitalistischen Unternehmer in ihren Diskussionen mit den Gewerkschaftsvertretern durchaus anzuwenden wussten.

Tatsaechlich sind aber diese Maenner wirkliche Realisten, die sehr genau ueber ihre eigene Kraft und Staerke informiert sind - aber genau so gut ist es auch der Gegner. Sie wenden sich sowohl an die Gerichte als an die Moeglichkeit, die Arbeit zu unterbinden. Vor allem John Lewis, der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, ist ein ausgezeichnete Kenner der Materie und ruft gern die Gerichte an. Es ist somit verstaendlich, dass diese Maenner die gegebenen Moeglichkeiten kennen und genau wissen, wie sie eine tuechtige Strategie zu entwickeln haben. Diese Maenner werden von den Arbeitern als wirkliche Persoenlichkeiten geschaezt und geachtet, sodass ihnen ohne Zoegern und ohne jede Vorbehalte zugestimmt und gefolgt wird.

Henry G. Fleischer:

BESSERE LOEHNE - DIE HAUPTVORAUSSSETZUNG FUER DIE FOERDERUNG DER
DEMOKRATIE IN ASIEN

John Brophy, der soeben von einer 50.000-km-Reise quer durch Asien zurueckgekehrt ist, brachte zum Ausdruck, dass die Amerikaner alles tun sollten, um Dutzenden nichtkommunistischer Laender zwischen Iran und Japan ihre Hilfe zur Verfuegung zu stellen.

Brophy, der Vorsitzende des industriellen Ausschusses des CIO und alter amerikanischer Gewerkschafter, fasste seine Beobachtungen in Asien wie folgt zusammen:

Die asiatischen Gewerkschaften gehen jetzt an die Arbeit. In vielen Laendern sind die Probleme, mit denen sie zu kaempfen haben, weit groesser als die, denen wir jemals gegenueber standen. Aber hier findet sich noch eine beträchtliche Begeisterung und wir haben die Verpflichtung, ihnen zu helfen, um auf demokratischen Wegen vorwaerts zu schreiten.

Brophy bereiste die asiatischen Laender als Mitglied einer Sondermission, die vom Internationalen Bund Freier Gewerkschaften beauftragt wurde, mit den nichtkommunistischen Gewerkschaften dieser Laender Kontakt aufzunehmen. Die Kommission verliess Bruessel, den Sitz des I.B.F.G., am 1. Juli und blieb zwei Monate in Asien. In diesen beiden Monaten sprach Brophy mit Dutzenden von Gewerkschaftsfunktionaeren, Regierungsvertretern und Unternehmern. Er erlebte, wenn auch nur fuer eine Stunde, eine Hitze von 57° auf dem Flugplatz von Basra, er sah einen Zirkus mit 62 Elefanten in Kandy auf Ceylon (Brophy will sie gezaehlt haben!) und hoerte einer Debatte im Parlament von Ceylon zu, jetzt eine sich selbst verwaltende Kolonie des britischen Imperiums. Zwei Mitglieder des Senats sind trotzkistische Kommunisten, einer stalistischer Kommunist, aber alle drei haben fuer die Vereinigten Staaten nichts uebrig.

Brophy vom I.B.F.G.-Komitee uebergab einen Bericht seiner Eindruecke dem Exekutiv-Komitee in Bruessel. Er enthaelt eine Uebersicht ueber die Gewerkschaftsbewegung und ihre Probleme in Asien, wobei gleichzeitig die Methodik erwaeht wird, wie die Organisationen der Arbeiterschaft gefoerdert werden koennen. Weitere Vorschlaege sehen die Gruendung mehrerer Gewerkschaftsbueros und gleichzeitig die Einrichtung von Schulen, um Gewerkschafter auszubilden, vor und schliesslich Empfehlungen, die kommunistische Propaganda und Infiltration zu bekaempfen.

Die demokratischen Kraefte in Asien werden sich erheblichen Schwierigkeiten gegenueber sehen, wenn ihre Freunde in Europa und Amerika nicht sofort Hilfe leisten koennen. Die Stimme Amerikas ist nicht viel mehr als ein leises Wispern in Asien, wenn man die ruecksichtslose Agitation der Kommunisten betrachtet. Leider glauben viele Asiaten, dass die Vereinigten Staaten ihre Unabhaengigkeit bedrohen koennen. Seit Jahren bemueht sich die kommunistische Propaganda, diese Schlagworte ueberall zu verbreiten, aber geeignete Massnahmen muessen ergriffen werden, und zwar durch Taten und durch Worte zugleich.

John Brophy sagte, dass seine Reise in Asien zwischen Iran und Japan ihn ueberzeugt hat, dass hier ein revolutionaerer Wirkungsstoff zu finden ist, allerdings verschiedene Grade der Intensitaet im gesamten Asien anzutreffen sind.

Brophy weist darauf hin, dass die Voelker Asiens Nationalisten sind, sie wuenschen fuer ihre Laender Unabhaengigkeit und Gleich-

heit mit den anderen Nationen der Welt. Dieses Streben nach nationaler Unabhaengigkeit war das Ziel revolutionaerer Bemuehungen der Kommunisten, um durch diesen Wirkstoff Volkstuemlichkeiten zu erhaschen, heute muessen sie aber die Voelker tauschen, um die asiatischen Nationalisten in das sowjetische Lager herueberzuziehen.

In fast allen Laendern sind die Gewerkschaften noch schwach, obgleich sie sich in Japan ausgezeichnet entwickelt haben. Das Fussfassen des I.B.F.G. in Asien hat einen neuen "Lebensanspruch" der Arbeiter bewirkt und einen neuen Begriff der Organisationsarbeit fuer viele asiatische Gewerkschaftsorganisationen bewirkt, von denen bereits ein grosser Teil dem I.B.F.G. angehoert.

Obgleich viele Gewerkschafter absolute Nationalisten sind und ihre Gewerkschaften in der nationalrevolutionaeren Bewegung eingliedert sind, interessieren sie sich auf der anderen Seite fuer den gewerkschaftlichen Internationalismus, wie ihn der I.B.F.G. vertritt und sie vertreten durchaus die Schaffung neuer oertlicher I.B.F.G.-Verbaende, um durch den Aufbau einzelner Gewerkschaftsgruppen eine machtvolle Organisation zu begruenden.

Die Milliarden Menschen, die auf dem asiatischen Kontinent leben, haben den niedrigsten Lebensstandard der Menschen der Welt. Wenn sie sich der Sache der weltweiten demokratischen Politik verschreiben wollen, so muss ein Beginn damit gemacht werden, ihren Lebensstandard zu verbessern.

Die Vertreter des Komitees erkannten sehr schnell, dass ihre gesamte Organisation den asiatischen Arbeitern helfen muss. Ein Weg, auf dem dies geschehen kann, ist die unter Drucksetzung europaeischer und amerikanischer Gesellschaften, die mit diesen Laendern geschaeftliche Beziehungen haben. Durch diesen Druck muss erreicht werden, dass sie sich zu einer Verbesserung der Lebenshaltung fuer Hunderttausende von Arbeitern bereit erklaeren.

Gerade jetzt koennten viele dieser Gesellschaften, die zum Beispiel mit Gummi, Oel, Zinn, Tee oder anderen kolonialen Guetern Handel traeben, wesentlich zu einer Steigerung der Lebenshaltung in Asien beitragen. Viele asiatische Arbeiter sind es gewohnt nur im Lichte dieser Gesellschaften Amerika zu beurteilen. Man kann sich dabei vorstellen wie die Eindruecke beschaffen sind, die sich hier gebildet haben.

Natuerlich benutzen die Kommunisten jeden Vorteil, der sich aus dieser Situation ergab und sie haemmern unablaessig auf diesem Thema des "amerikanischen Imperialismus" herum. Aber diese Artikel erscheinen in vielen nichtkommunistischen Zeitungen und Zeitschriften und sprechen zu einer weiten Oeffentlichkeit.

Ungluecklicherweise scheinen unsere Propagandisten diese Probleme nicht zu erkennen, dadurch wird die amerikanische Lebensauffassung in einer sehr engen Bahn dargestellt.

Die Russen jedoch haben eine wesentlich bessere Kenntnis der augenblicklichen Schwierigkeiten und der bestehenden Vorurteile und sie wissen sich dieser Moeglichkeiten sehr gut zu bedienen. Die meisten asiatischen Gewerkschaftsfuehrer glauben an eine Zukunft, in der sie die bestehenden Gesellschaften als eine Kombination des Gemeinbesitzes ansehen, in die die allgemeine Industrie und die der Grundstoffe einbezogen wird, wobei jedoch private Unternehmen weiter bestehen sollen.

Jeder Versuch, so warnt Brophy ausdruücklich, das freie Unternehmertum als das einzige Mittel des wirtschaftlichen Fortschrittes

hinzustellen, wuerde uns voellig in eine Sackgasse fuehren. Ganz Asien ist ausserordentlich an den verschiedenen Programmen interessiert, die mit technischer Unterstuetzungen den Lebensstandard verbessern sollen. Eine dieser Moeglichkeiten ist von Praesident Truman in seinem Punkt-Vier-Programm mit einem Anfangsbetrag von 25 Millionen Dollar in Gang gebracht worden. Die CIO-Vertreter haben von Anfang an scharfe Kritik an diesem Betrag geuebt, weil er viel zu gering erscheint, um sich auswirken zu koennen.

Die Briten arbeiten an einem aehnlichen Plan. Die Vereinigten Staaten haben eine ganze Anzahl Projekte laufen, um Gesundheitswesen, Handel, Landwirtschaft und Finanzfragen in verschiedenen asiatischen Laendern zu foerdern.

Die Delegation des I.B.F.G. bestand neben Brophy aus Gordon Chapmann von der AFL, J. W. Dalley von den britischen Gewerkschaften, Robert Dekeyzer von der belgischen Gewerkschaftsbewegung und Deven Sen vom indischen National-Kongress der I.B.F.G. Gewerkschaften. Sie wurden von Jay Krane vom I.B.F.G.-Vorstand begleitet, der frueher fuer den CIO in Europa arbeitete, und Richard Deverall, dem ehemaligen Schulungsleiter der Automobilarbeitergewerkschaft, der heute die AFL in Indien vertritt.

Bevor die Kommission nach Asien fuhr, besuchte sie Genf, um einer Konferenz der Internationalen Arbeits-Organisation beizuwohnen. Hier hatte sie Gelegenheit, mit einer ganzen Reihe asiatischer Gewerkschaftsvertreter zu sprechen, und konnte hier bereits ihre Reiseplaene und Vereinbarungen fuer Konferenzen festlegen.

Das I.B.F.G.-Komitee teilte sich in zwei Untergruppen, damit alle Staaten, die besucht werden sollten, auch tatsaechlich besucht wurden. Eine Gruppe ging nach Pakistan, Indien, Ceylon, Hongkong, Singapur, den Malaisischen Staaten, Siam, Philippinen, Japan und Formosa. In jeder Stadt wurde die Kommission durch die Vorsitzenden der oertlichen Gewerkschaftsbewegung willkommen geheissen, dann begannen eingehende Unterhaltungen, die in englisch oder mit Hilfe des Dolmetschers oertliche Gewerkschaftsprobleme zum Gegenstand hatten.

Durch diese Gespraechе sind fast alle Probleme zum Vorschein gekommen, die in Asien existieren. Alle diese Voelker arbeiten, sie denken nach und sind zu Experimenten bereit.

Sie sind ueberaus interessiert, zu hoeren, was unsere Gewerkschaften tun und sie legen grossen Wert auf Ratschlaege, was sie selbst tun koennen, um ihre eigenen Organisationen wirksam aufzubauen zu koennen.

In einigen Laendern sind natuerlich die wirtschaftlichen Fragen in erster Linie landwirtschaftlicher Art, in anderen besteht eine betrachtliche Industrie fuer Stahl, Textilien oder Gummi, und hier werden die Gewerkschaften auch nach und nach staerker. Ueberall jedoch waren die Leute sehr begeistert ueber den Schritt des I.B.F.G., und sie wollen noch mehr darueber erfahren. Es besteht eine ausgezeichnete Moeglichkeit, um den demokratischen Fortschritt zu sichern und eine moderne Gewerkschaftsbewegung in Asien zu gruenden. Es haengt allerdings viel davon ab, ob diese Moeglichkeiten sich in naechster Zukunft realisieren lassen.

CIO News
9/18/50

WAHRHEIT UND ANSTAENDIGKEIT SIND DIE LEITSAETZE DER GWERKSCHAFTS-PRESSE

Die Gewerkschaftspresse hat eine schwere Verantwortlichkeit gegenueber der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung zu erfuehlen. Ebenso wie die Gewerkschaftsbewegung muss die Gewerkschaftspresse immer daran denken, dass sie ueber jede Verdaechtigung erhaben sein muss. Die Gewerkschaftspresse hat grosse Fortschritte in der Hoehe der Auflage, ihrem Einfluss und ihrem Prestige waehrend der letzten 20 Jahre zu verzeichnen. Dieser wachsende Einfluss ist zum groessten Teil auf die wahren und ungeschminkten Berichte ueber alles Geschehen in den Gewerkschaften zurueckzufuehren, die die Gewerkschaftspresse in ihren Nachrichtenspalten den Lesern mitteilt. Jene Gewerkschaftsorgane, die Anzeigen aufnehmen, wachen darueber, dass keine unwahren, verdaechtigen und gegen die Gewerkschaftsbewegung gerichteten Berichte als bezahlte Anzeigen veroeffentlicht werden und da sie sich immer ihrer Verantwortlichkeit bewusst sind, den guten Namen der Gewerkschaftsbewegung zu erhalten, bemuehen sie sich, uebergenau zu sein, wenn der Eindruck entstehen koennte, dass eine Druckmassnahme angewendet wird oder eine Ungeschicklichkeit durch die Wirkung des Anzeigenteils entstehen koennte. Das wachsende Prestige der Gewerkschaftspresse wird dann und wann von skrupellosen Geschaeftsleuten zu stoeren versucht, die sich darum bemuehen, diese Anstrengungen dadurch zunichte zu machen, indem sie sogenannte "unabhaengige" Gewerkschaftszeitungen schaffen, deren einziger Zweck es ist, sich von solchen Unternehmen Anzeigen geben zu lassen, die nur wenig oder ueberhaupt nicht ueber die Dinge informiert sind und diesen sonderbaren Druckmethoden nachgeben. Niemals wuerde ein wirklicher Gewerkschaftsvertreter einer solchen Praxis irgendwelchen Raum geben, weil er weiss, dass er damit der Sache der Gewerkschaftsbewegung ausserordentlich schaden wuerde. Die Konferenz der Gewerkschaftspresse bestaetigte erneut ihren festen Entschluss, ihre bisherigen Methoden beizubehalten und sie weiter beizubehalten, um mit allen Mitteln den guten Namen der Gewerkschaften reinzuhalten und sich von allen Massnahmen gewissenloser und lediglich auf den Profit bedachter Einzelaenger abzusetzen. Die Konferenz der Gewerkschaftspresse bestaetigte, dass die ueberwiegende Majoritaet der Gewerkschaftsorgane sich ihrer Verantwortlichkeit bewusst ist und diese auch freiwillig sich auferlegt. Durch diese Massnahmen traegt auch die Gewerkschaftspresse dazu bei, dass die Macht und das Prestige aller Gewerkschaftszeitungen steigt. Die Konferenz der Gewerkschaftszeitungen begruesste die kuerzlichen Aktionen des Exekutivrats der amerikanischen Federation of Labor gegen den "Gewerkschaftskourier" und bittet nachdruecklich den Exekutivrat, weiterhin seine Untersuchungen gegen unwahre Praktiken fortzusetzen und geeignete und wirksame Massnahmen gegen jedes und alle sogenannten "Gewerkschafts"-Zeitungen durchzufuehren, ganz gleich ob sie bedeutender oder unbedeutender sind, sobald sie schuldig werden, unsaubere und schmutzige Praktiken in ihrem Anzeigenteil zu dulden.

AFL Weekly News Service
9/8/50

GREEN FORDERT PREISKONTROLLE UND SONDERSTEUERN AUF KRIEGSGEWINNE

Der wiedergewaehlte Vorsitzende der amerikanischen Federation of Labor, William Green, verlangte eine wirksame Preiskontrolle fuer die wichtigsten Waren und eine Steuer auf ueberhoehnte Gewinne, die zugleich eine wirksame finanzielle Hilfe sein kann, den Krieg in Korea zu beenden und eine verderbliche Inflation unmoeglich zu machen.

Diese Forderungen brachte Green in einer Ansprache zum Ausdruck, die er anlaesslich einer Tagung der Gewerkschaftsliga fuer politische Erziehung hielt. Der Vorsitzende des nationalen Sicherheitsausschusses, W. Stuart Symington, sprach hier ebenfalls und sagte: "Wenn Korea uns eins gelehrt hat, so ist es die Tatsache, dass eine friedliebende Demokratie nicht auf weitere Angriffsakte warten darf, um eine Mobilisierung durchzufuehren, die dieser Aggression begegnen soll. Wir muessen heute eine Verteidigung aufbauen, die ausreichend ist, um mit unseren Verbuedeten jene Entscheidungen der Vereinten Nationen durchzufuehren, die im Interesse eines Weltfriedens gemacht worden sind." Green fuehrte im einzelnen aus: "Ein tatsaechliches und wirksames Verteidigungsprogramm erfordert eine schnelle Umstellung unserer industriellen Kapazitaet und einen voelligen Wechsel unserer nationalen Wirtschaft. Dies ist keineswegs ein mueheloses Beginnen. Wir brauchen eine Sondersteuer fuer uebermaessige Gewinne, weil seit dem Beginn des Korea-Konfliktes sowohl unser Verteidigungsprogramm als auch jeder einzelne Verbraucher durch die sich in weitesten Kreisen breitmachende Profitsucht geschaedigt worden sind. Wir benoetigen Preiskontrollen fuer viele Waren und Dienstleistungen, weil die Preise waehrend der letzten sechs Wochen zuweilen wolkenkratzerae hnlich gestiegen sind. Unter Umstaenden koennen die Löhne stabilisiert werden, aber dies erscheint ziemlich unmöeglich, da die Loehne sich nicht veraendert haben, seitdem jene Notzeit begann. Der von mehr als 99% aller amerikanischen Arbeiter nach Hause gebrachte Lohn ist unveraendert geblieben, waehrend die Preise in die Hoehe geschossen sind. Wenn heute die Loehne auf dem alten Stand verbleiben sollten, so waere es eine Ungerechtigkeit, die gegenwaertigen Verhaeltnisse zu stabilisieren. Es muss eine Gelegenheit gegeben werden, die Loehne wieder auf einen paritaetischen Stand mit den gestiegenen Preisen zu bringen, ehe irgendein Versuch gemacht wird, eine Lohnkontrolle auszuueben. Die Ansprache des Vorsitzenden William Green war der Hoehepunkt einer Gedenkfeier in Chikago, an der 75,000 Personen teilnahmen. Bei Beginn der Feierlichkeiten wurde ein riesiges Portrait des Gruenders der AFL, Samuel Gompers, enthuehlt.

AFL Weekly News Service
9/8/50

Dan Smith:

DAS ROOSEVELT-COLLEGE IN CHIKAGO

Das College in Chikago ist die groesste Schule der Gewerkschaften. Unter den annaeherd 100 Universitaeten und Hochschulen, die jetzt Kurse ueber Gewerkschaftsfragen durchfuehren, steht das Roosevelt-College in Chikago an der Spitze. Das Roosevelt-College ist wahrscheinlich das am schnellsten grossgewordene Erziehungsinstitut. Es ist die einzige Hochschule, die fuer die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit eine eigene Schule zur Verfuegung stellt. Die Abteilung fuer gewerkschaftliche Schulung an dieser Hochschule hat denselben Status wie die Wirtschaftshochschule, die Hochschule fuer Kuenste und Wissenschaften und die Hochschule fuer Musik. Ihr Programm steht allen Arbeitern offen, ohne Ruecksicht auf eine akademische Qualifikation oder eine fruehere schulische Erfahrung. Heute nehmen ueber 700 Studenten an 23 gewerkschaftlichen Schulungskursen teil, fuer die 18 Lehrkraefte taetig sind, die teilweise aus den Gewerkschaften kommen, zum teil jedoch aus dem Dozentenstab der Hochschule gestellt werden, ein kleinerer Teil kommt aus der praktischen industriellen Arbeit. Der Verantwortliche fuer die gewerkschaftliche Schulungsarbeit ist Frank

McCallister. Die meisten Kurse werden einmal in jeder Woche an einem Abend in Gewerkschaftsräumen durchgeführt. Dies erfolgte auf das Ersuchen der Gewerkschaften, die ihre Mitglieder dieser Schulungsarbeit zuführen will. Darüber hinaus befinden sich vier Klassen in den eigenen Räumen der Hochschule im alten Auditorium Chikagos. Die hier abgehaltenen Kurse haben als Thema gewerkschaftlichen Journalismus, Wirtschaftswissenschaften, Zeit- und Bewegungsstudien und parlamentarische Formeln. Die ausserhalb der Hochschule durchgeführten Kurse führen in ihrem Vortragsprogramm Gewerkschaftsgeschichte und Funktionärschulung, Auswertung des Arbeitsplatzes und die Beziehungen der industriellen Technik zu Tarifverträgen und anderes. Obgleich die Hochschule mehr als 6 000 Studenten zählt, besteht sie erst fünf Jahre. Sie öffnete im September 1945 mit 1 200 Studenten ihre Pforten und zählte damals 84 Lehrkräfte. Die Gründung der Hochschule ist auf einen Streit zwischen Dr. Edwards J. Sparling, dem Gründer und Rektor, und dem Aufsichtsrat der zentralen Y.M.C.A.-Hochschule zurückzuführen, die damals Dr. Sparling leitete. Dr. Sparling uerwarf sich mit dem Aufsichtsrat der Y.M.C.A.-Hochschule, als dieser darauf bestand, ein Quotensystem fuer die Minoritätengruppen festzulegen. Ebenso wuenschte Sparling, ein Arbeiterschulungsprogramm an dieser Y.M.C.A.-Hochschule einzuführen, was jedoch von dem Verwaltungsrat abgelehnt wurde. Die meisten Lehrkräfte der Y.M.C.A.-Hochschule und eine grosse Anzahl der Studenten folgten Dr. Sparling in seine neue Hochschule. Heute sitzen zwei Gewerkschaftsangestellte im Aufsichtsrat. Der eine ist Morris Bialis vom Ortsausschuss der Chikagoer Damenoberbekleidungsarbeiter-Gewerkschaft, waehrend Harold Ickes Aufsichtsratsvorsitzender ist.

Studenten, die sich fuer gewerkschaftliche Schulungskurse einschreiben lassen, muessen eine Gebuehr von neun Dollar fuer jeden achtwoechigen Kursus zahlen, aber die gewerkschaftliche Schulungsabteilung greift hier oft helfend ein durch die Sonderbeitraege, die die Gewerkschaften entrichten. Die Gewerkschaft der Damenoberbekleidungs-Arbeiter ueberwies in diesem Jahre der Hochschule 2500 Dollar. Im vergangenen Dezember gelang es den Chikagoer Gewerkschaften 10,000 Dollar dadurch aufzubringen, dass sie ein Dinner fuer William O. Douglas vom amerikanischen Obersten Gerichtshof gaben, wobei jedes Gedeck 100 Dollar kostete. In seiner Gruendungsakte, die das Datum des 17. April 1945 traegt, hat die Hochschule ihre Absichten mit folgenden Worten niedergelegt: "Fuer diese Hochschule soll ein Lehrerkollegium geschaffen werden, das frei und unabhængig die Wahrheit lehrt und weitertraegt, und gleichzeitig die Schulungsmoeglichkeiten allen Menschen beider Geschlechter und der verschiedenen Rassen zu gleichen Bedingungen sicherstellt.

AFL Weekly News Service
8/22/50

NEUES RUMAENISCHES ARBEITSGESETZ

"Die Veroeffentlichung eines neuen Arbeitsgesetzes hat eine starke Beunruhigung unter den rumaenischen Arbeitern zur Folge gehabt."

Dies ist die Schlussfolgerung eines Aufsatzes in der Zeitung "Der Gewerkschafter im Exil", die von der Internationale der Freien Gewerkschaften im Exil in Paris herausgegeben wird. Der erwahnte Artikel entstammt der Feder Stere Inoescu-Visan, der frueher der Gewerkschaft der Berg- und Transportarbeiter in Bukarest angehorte. Der Artikel stellt heraus, dass nach dem neuen Arbeitsgesetz jedes einzelne Unternehmen besondere "interne Arbeitsregeln" festlegen muss, die nach dem Wortlaut des Gesetzes

"die Arbeitsorganisation und die Disziplin in den einzelnen Werken regeln muessen." (Artikel 24). Diese Regeln werden durch gemeinsame Vereinbarungen zwischen den "Gewerkschaften" und den Behoerden festgelegt, wie es sich aus dem Artikel 25 ergibt.

"Es koennte angenommen werden", so heisst es in dem Bericht, "dass diese Vereinbarungen mit den obwaltenden Begebenheiten in Uebereinklang stehen. Aber es muss darauf hingewiesen werden, dass in den volksdemokratischen Staaten die Gewerkschaften nicht durch die Arbeiter in freien Wahlen gebildet werden, sondern durch die kommunistische Partei "beauftragt" werden. Und koennen solche "ernannten" Leute gegen die Entscheidung ihres Unternehmers Staat handeln? Natuerlich nicht, und aus diesem Grunde richten sich die Arbeitsregulierungen ausschliesslich gegen die Arbeiterschaft."

Weiterhin "werden die Standardleistungen, die von diesen Organisationen festgelegt worden sind, staendig erhoehrt Nur die Verantwortlichkeit und die Verpflichtung der Arbeiter werden genau festgelegt, waehrend die Verpflichtungen der Unternehmer ueberhaupt nicht erwaeht werden. Kann ein solches Gesetz sich in irgendeiner Weise zugunsten der Arbeiterschaft auswirken?"

Nach einer Analyse der Lohnabzuege fuer irgendwelche "Verfehlungen", die in dem neuen Arbeitsgesetz ebenfalls enthalten ist, sei es, dass durch eine solche "Verfehlung" die festgesetzte Norm nicht erreicht wird, oder Arbeitsverweigerungen kleineren Massstabes oder Sachschaeden sich ergeben, immer buerdet das neue Arbeitsgesetz den Arbeitern eine Fuelle von Verpflichtungen auf, anstatt die Interessen der Arbeitenden in irgendeiner Weise zu beruecksichtigen. Das ganze Gesetz gibt ausschliesslich dem Staate Vorteile, einem Unternehmer-Staat, der die Arbeiter jeder Rechte beraubt und sie ruecksichtslos ausbeutet.

"Die Arbeiter freier Laender moegen hieran erkennen, dass die Arbeitsgesetzgebung in der rumaenischen Volksrepublik, ebenso wie in der UdSSR, die getreulich kopiert wird, eine voellig ueberholte Form der Arbeitsgesetzgebung in anderen Laendern ist."

"Der kommunistische Vorsitzende der rumaenischen Gewerkschaftsbewegung, der dieses Gesetz als ein leuchtendes Beispiel gegenueber gleichen Gesetzen in sogenannten kapitalistischen Staaten kennzeichnete, muss entweder diese Gesetze der kapitalistischen Staaten nicht kennen oder er hat andere Ursachen, die Wahrheit zu verschweigen."

- 12 -

Office of Labor Affairs, HICOG
APO 757-A

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 32

Frankfurt, 13. Oktober 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Griechenland braucht starke Gewerkschaftsbewegung	1
Arbeitsminister Tobin fordert Unterstützung der geknechteten polnischen Arbeiter - - - - -	2
Kubanische Gewerkschaft bricht mit Kommunisten -	3
Abschluss der AFL-Jahreskonvention - - - - -	4
Fast eine Million neue Wohnungen in den Vereinig- ten Staaten - - - - -	5
Norwegische Gewerkschaftsdelegation in Russland -	5
Niederlage der Kommunisten in einer oesterrei- chischen Gewerkschaft - - - - -	6
Shishkin berichtet der AFL vom Wiederaufbau Europas - - - - -	6
Schweden gibt 3000 Ausländern Arbeit - - - - -	8
Vereinigungsfreiheit in Venezuela beeinträchtigt	9
IBFG fordert internationale Preiskontrollen - - -	10
Amerikanische Stahlarbeiter fordern Lohnerhöhung	11
Gewerkschaften aus aller Welt billigen die Mass- nahmen der Vereinten Nationen in Korea - - - -	11
Funktionär des CIO vertritt IBFG bei den Vereinten Nationen - - - - -	12

GRIECHENLAND BRAUCHT STARKE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

In ihren Reden an den Zehnten Panhellenischen Gewerkschaftskongress ueberbrachten Evert Kupers und Percy Knight den griechischen Gewerkschaften die Gruesse des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und erklarten vor den 1800 Delegierten, dass ihre Beschluesse nicht nur fuer die griechische Arbeiterschaft, sondern fuer die Arbeiter der ganzen Welt von Bedeutung seien.

Beide Redner wiesen auf die Bedeutsamkeit einer starken Gewerkschaftsbewegung hin, die im Auftrag ihrer Mitglieder und unabhængig von der Regierung, den Arbeitgebern und den politischen Parteien freie Tarifverhandlungen fuehrt. In diesem Zusammenhang forderte Kupers insbesondere die Abschaffung derjenigen Gesetze, die einen Gewerkschaftspflichtbeitrag vorsehen, der der Regierung zugefuehrt wird, und die den Ministern fuer Arbeit und Finanzen die Festlegung der Lohne uebertragen. Sowohl er als auch Knight schlugen eine vereinfachte Organisation der griechischen Gewerkschaftsbewegung vor, wobei die Rolle der Landesverbaende der verschiedenen Berufsgruppen besonders unterstrichen werden muessen.

Kupers berichtete den Delegierten, wie der groesste Teil der demokratischen Gewerkschaftsgruppen nach dem Kriege versucht hat, mit den Arbeitern in den Laendern der sowjetischen Einfluss-sphaere zusammenzuarbeiten, und wie sie sich durch die Gruendung des Weltgewerkschaftsbundes mit ihnen vereinigten. Dann ging er zu den Versuchen der Kommunisten ueber, den Weltgewerkschaftsbund als ein Werkzeug zur Verwirklichung ihrer politischen Herrschaft zu gebrauchen. Er erzaehte, wie die freien Gewerkschaften schliesslich gezwungen waren, sich von dieser Organisation loszu-sagen und den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften ins Leben zu rufen, dessen Aufgabe es ist, die Bemuehungen der Arbeiter zur Erreichung eines hoeheren Lebensstandards zu koordinieren, eine Aufgabe, in der der Weltgewerkschaftsbund versagt hatte.

Der endgueltige Bruch mit dem Weltgewerkschaftsbund, erklarte Kupers, sei besiegelt gewesen, als die Kommunisten versuchten, den Marshall Plan zu unterbinden und dadurch den Wiederaufbau Europas zu sabotieren.

"Wir haben niemals bereut, dass wir den Marshall Plan unter-stuetzen," sagte er und wies darauf hin, dass die Arbeiter seines eigenen Landes, Hollands, ohne den Marshall Plan heute 25% weniger zu essen haetten. "Die ablehnende Haltung der Kommunisten dem Marshall Plan gegenueber ist auf deren Bestreben zurueckzufuehren, den Wiederaufbau eines wohlhabenden Westeuropas mit einem hohen Lebensstandard zu verhindern."

"Die kommunistischen Fuehrer wissen," fuehrte er weiter aus, "dass es ihnen niemals gelingen wuerde, die Demokratie durch ihren Totalitarismus zu ersetzen, wenn die Arbeiter der Demokratien unter anstaendigen Lebensverhaeltnissen leben."

Knight unterstrich ausserdem die Bedeutung, die der Hebung des Lebensstandards der Arbeiter im Kampf gegen den Totalitarismus zukommt. "Keine Nation, die bestrebt ist, mit dem Fortschritt anderer Nationen Schritt zu halten, kann es sich leisten, die schlechten Bedingungen, unter denen ihre Arbeiter ihr Tagewerk verrichten, und die Verhaeltnisse, unter denen sie leben, unbeach-tet zu lassen."

Arbeitsmitteilungen der ECA
X/2/50

ARBEITSMINISTER TOBIN FORDERT UNTERSTUETZUNG DER GEKNECHTETEN POLNISCHEN ARBEITER

"Die Arbeiter in Polen werden bald erkennen, dass sie weit davon entfernt sind, ihre eigenen Herren zu sein, wie es ihnen ihr Staat glauben machen moechte; ihr einziger Lebenszweck unter dem kommunistischen Regime ist die Produktion," erklarte der amerika-nische Arbeitsminister Maurice J. Tobin in einer Rundfunkansprache in den Vereinigten Staaten.

Tobin forderte die amerikanische Arbeiterschaft auf, das pol-nische Volk in seinen Freiheitsbestrebungen zu ermutigen. "Es ist an der Zeit, dass die freien Menschen der ganzen Welt gemeinsam bitten und arbeiten, um jene zu befreien, die der kommunistischen Aggression und Unterdrueckung hinter dem Eisernen Vorhang zum Opfer gefallen sind."

Bezugnehmend auf eine polnische Arbeitsverordnung, das Gesetz-journal Nr. 20, gab der Minister einige Beispiele zu Strafen, die in Polen wegen Verletzung der Arbeitsdisziplin verhaengt werden:

Wenn ein Arbeiter zum erstenmal ohne "Berechtigung" seinem Arbeitsplatz fernbleibt, wird er verwarnt oder zu einer Geldstrafe verurteilt, die einem Tagesverdienst entspricht. Dabei entscheidet der Ministerrat, was "berechtigt" und was "nicht berechtigt" ist.

Wenn er ohne Entschuldigung drei Tage lang oder zum drittenmal in einem Kalenderjahr abwesend ist, erhoeht sich die Strafe auf zwei Tagesloehne fuer jeden Tag der Abwesenheit. Es ist ausserdem sehr leicht moeglich, dass der Arbeiter an einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz gestellt wird.

Wenn ein Arbeiter vier Tage ununterbrochen oder vier Tage im Verlauf eines Kalenderjahres seiner Arbeitsstelle fernbleibt, wird er zu einer gerichtlichen Strafe verurteilt, die darin besteht, dass er bis zu drei Monaten mit einer Lohnkuerzung von 10 bis 25% die gleiche Arbeit verrichten muss.

Das Gesetz sieht ausserdem die Bestrafung eines Arbeitgebers vor, der den Arbeitern gegenueber zu nachgiebig ist. Er setzt sich einer Gefaengnisstrafe bis zu drei Monaten oder einer Geldstrafe bis zu 150.000 Zlotys (was einem Verdienst von 4 1/2 Monaten entspricht) oder auch beiden Strafen aus, wenn er "absichtlich und im Gegensatz zu den Tatsachen die Abwesenheit eines Arbeiters als gerechtfertigt befindet," keine Strafe verhaengt oder den Fall nicht zur Anzeige bringt.

"Dies soll ein Beispiel fuer Produktion und Fortschritte unter der Herrschaft der Kommunisten sein," fuehrte Tobin aus.

Der Minister wies darauf hin, dass es in Polen zwar Gewerkschaften gibt, diese jedoch keine Vertretergewerkschaften sind, deren Aufgabe die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Hebung des Lebensstandards ist, sondern die lediglich Organisationen von Arbeitskraefte darstellen, die die Ziele des kommunistischen Programms verfolgen.

"Die Gewerkschaften dienen nicht als Verhandlungsagenten oder Beschwerdeausschuesse und verhandeln nicht einmal Vertraege. Nein, ihr einziger Zweck besteht darin, fuer Arbeitsleistung und Arbeitskraefte zu sorgen und eine verwaltungsmaessige Kontrolle ueber die Arbeiter auszuueben. Es ist richtig, dass ein polnischer Arbeiter einer Gewerkschaft betreten kann. Tut er dies nicht, und stellt er sich nicht fuer den Produktionsprozess zur Verfuegung, dann geraet er in Schwierigkeiten. Es ist ihm erlaubt, sich den vielen Millionen "befreiter" Menschen anzuschliessen, die als Zwangsarbeiter fuer die Kommunisten schaffen."

Tobin sagte, er sei ueberzeugt, dass sich die amerikanische Arbeiterschaft, "die, wie Samuel Gompers vor 26 Jahren erklaeerte, immer fuer sich und fuer die Kinder der ganzen Welt gekaempft hat, um das Unrecht zu beseitigen und dem Recht zum Sieg zu verhelfen," sich der "ethischen Verpflichtung" von heute nicht entziehen wird, die von den Kommunisten unterjochten Menschen zu unterstuetzen.

Labor Press Service, US Department of
Labor

X/2/50

KUBANISCHE GEWERKSCHAFT BRICHT MIT KOMMUNISTEN

Der unabhaengige nationale Verband der Arbeiter der Elektrizitaets-, Gas- und Wasserwerke von Kuba hat sich auf seiner Jahres-

konvention einstimmig fuer den Abbruch aller Beziehungen zu den beiden kommunistischen Internationalen, dem Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbund und dem Weltgewerkschaftsbund, ausgesprochen. Dies teilte das Arbeitsministerium der Vereinigten Staaten von Amerika mit.

Die Gewerkschaft stimmte ausserdem einstimmig dafuer, alle, die als Kommunisten bekannt sind, aus der Organisation auszustossen.

Dieser Verband ist eine der wenigen bedeutsamen Gewerkschaften Kubas und war bisher nicht dem kubanischen Gewerkschaftsbund angeschlossen, der Mitgliedsverband des nichtkommunistischen Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften ist.

Labor Press Service, US Arbeitsministerium
X/2/50

ABSCHLUSS DER AFL-JAHRESKONVENTION

Vor der Jahreskonferenz der AFL, die am 23. September in Houston ihren Abschluss fand, gaben Beobachter der Gewerkschaftsbewegung aus der ganzen Welt einen Rueckblick auf die internationalen Entwicklungen in der Gewerkschaftsbewegung.

Irving Brown, der Vertreter der AFL in Europa, stellte folgende Forderungen: "Die ideologische Wiederbewaffnung", die die europaeischen Laender im Kampf gegen den kommunistischen Einfluss vereinigt, die Ablehnung jeglicher Buendnisse mit Diktaturen wie diejenigen Frankos und die industrielle und militaerische Mobilisierung zur Unterstuetzung der gemeinsamen Verteidigung Europas. Alojzy Adamczyk, der Praesident des Internationalen Freien Gewerkschaftszentrums im Exil, dankte dem Freien Gewerkschaftskomitee der AFL fuer die Hilfe, die es seiner Organisation zuteil werden liess.

Die Delegierten billigten den Bericht des AFL Ausschusses fuer internationale Arbeitsbeziehungen, in dem vorgeschlagen wird, dass die Vereinigten Staaten innerhalb der Organisation der Vereinten Nationen eine Kampagne zur Beseitigung "der letzten Spuren von Kolonialismus und imperialistischen Methoden" fuehren. Ausserdem wurde dem Marshall Plan Programm, dem Punkt-Vier-Programm Praesident Trumans und einem Vorschlag zur Schaffung einer staendigen Sicherheitsstreitmacht der Vereinten Nationen die Unterstuetzung zugesagt.

Fuer die Vereinigten Staaten selbst forderte der Arbeitsminister Maurice J. Tobin Selbstbeschraenkung in den Lohnforderungen der Gewerkschaften, um Preis- und Lohnkontrollen zu vermeiden. Er wies auf die drohenden Gefahren der Inflationsspirale hin, die durch steigende Loehne und damit verbundene Preissteigerungen in Bewegung gebracht wuerde. Die AFL billigte ein Wirtschaftsprogramm, nach dem sofortige Lohnkontrollen abgelehnt werden. Die Delegierten stimmten in der Auffassung ueberein, dass Produktionsleistung und Erhoehungen der Lebenshaltungskosten bei der Festlegung des Lohnstandes mitbestimmend sein muessen. Ausserdem wurde eine Resolution angenommen, in der Massnahmen zur Vereinigung zwischen AFL und CIO gutgeheissen werden.

Die Zahl der beitragszahlenden Mitglieder, die die Wahlstaerke der der AFL angeschlossenen Gewerkschaften widerspiegelt, ist um fast 100.000 niedriger als im vorigen Jahre. Die Mitgliederstaerke der AFL wurde von ihrem Praesidenten, William Green mit 8 Millionen

angegeben. Eine AFL Gewerkschaft hatte einen starken Rueckgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Es ist der Verband der Hotel- und Gaststaettenangestellten, der 63.000 Mitglieder verlor. Vier der groessten AFL Gewerkschaften, die der Fahrer, Zimmerleute, Damenoberbekleidungsarbeiter und Elektroarbeiter berichteten, dass sich die Zahl ihrer beitragszahlenden Mitglieder nicht veraendert hat. Die Gewerkschaften der Handlanger und der Angestellten im Gebauedienst hatten Erhoehungen ihrer Mitgliederzahlen um je 15.000 zu verzeichnen.

William Green wurde zum 27. Male zum Praesidenten wiedergewahlt. Auch George Meany, der Finanzsekretaer der AFL, und 13 Mitglieder des Exekutivausschusses wurden durch Wahl in ihren Stellungen bestaetigt.

FAST EINE MILLION NEUE WOHNUNGEN IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

Vorlaeufige Schaetzungen des statistischen Bueros des US Arbeitsministeriums zufolge haben Wohnungsbaufirmen im Verlauf des Monats August mit dem Bau von 141.000 neuen, staendigen, nicht-laendlichen Wohnungseinheiten begonnen. Damit erhoehrt sich die Gesamtzahl der in den ersten acht Monaten des Jahres 1950 begonnenen Wohnungsbauten auf 988.400.

Die Gesamtzahl aus den ersten acht Monaten des Jahres 1950 liegt um 54% hoeher als die der gleichen Monate des Vorjahres. Obwohl die Zahl der im August neubegonnenen Wohnungsbauten etwas niedriger als die des Monats Juli ist, ist sie um 42% hoeher als die des gleichen Monats im Jahre 1949.

Nach neuesten Berichten erhoehrt sich die Schaetzung fuer den Monat Mai auf 149.000, die hoechste Monatszahl des Jahres 1950.

Labor Press Service, US Arbeitsministerium
X/2/50

NORWEGISCHE GEWERKSCHAFTSDELEGATION IN RUSSLAND

Odvar Larsen, der Praesident der Eisenbahner-Gewerkschaft Norwegens, besuchte als Mitglied einer Gewerkschaftsdelegation Russland.

Nach seiner Rueckkehr nach Norwegen schrieb er einen Zeitungsbericht ueber diesen Besuch. Darin hatte er viel von der Sowjetunion zu berichten, Gutes und Schlechtes. Er sprach sich anerkennend ueber die Gastfreundlichkeit seiner Gastgeber, die interessanten Museen, von denen eines dem Zar gewidmet ist, und die schoenen Hotels aus. Zu beanstanden hatte er, dass zahlreiche Frauen schwere koerperliche Arbeiten verrichten, dass den Arbeitern moderne technische Hilfsmittel fehlen und das Arbeitstempo in den sowjetischen Betrieben ungesund ist. Auch die einheitlichen Gewerkschaftsvertreter, der allgemein niedrige Standard der Arbeitsloehne und der Mangel an Verbrauchsguetern fanden nicht seine Zustimmung. Enttaeuscht war er ausserdem ueber den Mangel an Informationen aus der uebrigen Welt.

Abschliessend erklarte Larsen in seinem Artikel: "Unsere Gastgeber haben uns aufgefordert, nach unserer Rueckkehr unseren

Landsleuten von allen unseren Eindruecken zu berichten."

Dies tat Larsen, aber seine Gastgeber hatten sich inzwischen anscheinend eines anderen besonnen. In einem Schreiben an die sowjetische Veroeffentlichung "Novoje Vremja" erklarte der Praesident der sowjetischen Eisenbahner-Gewerkschaft, dass Larsen einen "verlogenen und verleumderischen" Artikel geschrieben haette, ohne jedoch genau anzugeben, welche Feststellungen Larsens unzutreffend sind.

Arbeitsmitteilungen der ECA
IX/28/50

NIEDERLAGE DER KOMMUNISTEN IN EINER OESTERREICHISCHEN GEWERKSCHAFT

Eine kommunistische Resolution, die 50 000 Chemiewerker Oesterreichs dem kommunistisch beherrschten Weltgewerkschaftsbund wieder zugefuehrt hatte, ist auf dem zweiten Nachkriegskongress der Chemiewerker in Wien abgeschlagen worden. Delegierte, die 90% der oesterreichischen Arbeiter der Chemie-, Papier-, Gummi-, Seifen-, Arznei-, Teer-, Asphalt- und Streichholzindustrien vertreten, lehnten ebenfalls eine gegen die Atombombe gerichtete kommunistische Resolution nach der Art des Stockholmer Friedensappells ab.

Dr. Bruno Pittermann, ein sozialistisches Mitglied des oesterreichischen Parlaments, erklarte vor den Delegierten, dass schwere soziale Konflikte bevorstuehenden, wenn die oesterreichischen Arbeitgeber die Forderung weiterhin unbeachtet liessen.

Die Gewerkschaften unterstuetzten das europaeische Wiederaufbauprogramm, weil es eine fuer die Wiedergesundung der oesterreichischen Wirtschaft unerlaessliche Blutuebertragung sei. Bei der Verteilung der ECA Hilfe muesste jedoch besonders durch Berufsausbildung und Wohnungsbauprogramme zu niedrigen Preisen den Interessen der Arbeiter mehr Beachtung geschenkt werden.

Er sagte ausserdem, dass die Weigerung massgebender Kreise, mit der Arbeiterschaft zusammenzuarbeiten, fuer die Schwaeche der oesterreichischen Republik gegenueber des von Hitler ausgeuebten Druckes vor dem Kriege mitverantwortlich sei. Dies haette zu Arbeitslosigkeit, zivilen Konflikten und dem Aufstieg der Nazis gefuehrt.

"Heute," so erklart Pittermann, "wuerden die gerechten Forderungen der Arbeiter nach verbesserten Loehnen und Lebensbedingungen in aehnlicher Weise ignoriert. Man haette es versaeumt, Anti-Trust-Gesetze zu erlassen, und die Aus- und Einfuhrpolitik wuerde ohne Beruecksichtigung der Interessen der Arbeiterschaft betrieben.

Die oesterreichischen Arbeiter, fuehrte er abschliessend aus, wuerden sich der uneingeschraenkten Profitmacherei ebenso entschlossen wie dem Totalitarismus widersetzen.

Arbeitsmitteilungen der ECA
IX/27/50

SHISHKIN BERICHTET DER AFL VOM WIEDERAUFBAU EUROPAS

In einem Bericht an die 69. Jahreskonvention der AFL hat Boris Shishkin, der Direktor der Arbeitsabteilung fuer Europa in der

Verwaltung fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit, die bisher erzielten Erfolge und zukuenftigen Probleme der an dem europaeischen Wiederaufbauprogramm beteiligten Arbeiter dargelegt.

Shishkin sprach in Houston (Texas). Er dankte der AFL dafuer, dass sie dem Marshall Plan wertvolle Unterstuetzung leistet, und bezeichnete die uebliche Behauptung der Kommunisten, dass der Arbeiter an den Gewinnen aus dem Wiederaufbau nicht beteiligt sei, als eine "unverfaelschte Luege."

Er berichtete von den Vorteilen, die die europaeischen Arbeiter aus dem ERP gezogen haben, und wies in diesem Zusammenhang auf die grossen Mengen importierter Nahrungsmittel bei Beginn des Programms hin, als die Lebensmittel knapp waren, auf die Rohmaterialien und Maschinen, durch die die Betriebe wieder eroeffnet werden konnten, und durch die eine unheilvolle Arbeitslosigkeit in allen westeuropaeischen Laendern vermieden werden konnte. Er sagte, dass die grundlegenden Ziele des Marshall Planes allmaechlich erreicht wuerden, wodurch der Inflation Einhalt geboten, die Waehrungen wiederhergestellt und der Handel zwischen den Teilnehmerstaaten angeregt wurde.

Shishkin berichtete ferner von den einzelnen Arbeitsprogrammen, die von der ECA noch weiter ausgedehnt werden, wie z.B. der Austausch von Studiengruppen von Gewerkschaftern zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, die Zusammenarbeit der Arbeitsaemter der Teilnehmerstaaten, die Aufstellung von Berufsausbildungsprogrammen fuer Arbeiter und die Verwendung von Gegenwertfonds zur Durchfuehrung billiger Wohnungsbauprojekte.

Diese Erfolge, so betonte er vor seiner amerikanischen Zuhuerschaft, seien sowohl durch die direkte amerikanische Hilfe als auch durch die gegenseitige Zusammenarbeit der europaeischen Laender und ihre eigenen Programme der Selbsthilfe ermoeeglicht worden. Die Gewerkschaften haetten sich an allen Phasen dieses Wiederaufbauprogramms beteiligt.

Diese Erfolge koennten jedoch nicht ueber die Tatsache hinwegtauschen, dass der europaeische Arbeiter noch schwierigen Problemen gegenuebersteht. So herrsche in Italien und Westdeutschland infolge der Ueberbevoelkerung bedenkliche Arbeitslosigkeit, und die ECA sei bemueht, durch Umwanderung, Neuansiedlung und die Schaffung neuer Arbeitsplaetze diese Schwierigkeiten ueberwinden zu helfen.

Und vor allem bliebe das grundlegende Problem des zu niedrigen Lebensstandards und besonders der niedrigen Realloehne. "Es steht ausser Frage," sagte der amerikanische Gewerkschafter, "dass in einigen Laendern - vor allem in Frankreich - Schritte unternommen werden muessen, um den wirklich niedrigen Lebensstandard der Arbeiter schneller zu heben."

"Es ist jedoch auch wichtig, sich vor Augen zu halten, dass die demokratischen Regierungen dieser Laender und nicht die ECA fuer die Massnahmen und Programme verantwortlich sind, mit denen diese Ziele erreicht werden koennen."

"Die ECA kann und darf nicht fuer die gesetzliche Festlegung der Loehne verantwortlich gemacht werden. Die Verbesserung der Loehne in Frankreich und anderen Laendern ist eine Aufgabe, die die freien Gewerkschaften durch Kollektivverhandlungsverfahren loesen muessen."

"Die staerkste Macht, die heute in Westeuropa als Bollwerk gegen den Kommunismus besteht, sind die freien Gewerkschaften. Sie

ihrer grundlegenden Macht - naemlich der Kollektivverhandlung - dadurch berauben zu wollen, dass die Regierung allein die Lohnbestimmung vornimmt, waere nach unserer Auffassung die Zerstoerung der Lebensader der freien Gewerkschaftsbewegung."

"In der Organisation fuer die wirtschaftliche Entwicklung Westeuropas und in der Organisation der westeuropaeischen Verteidigung gegen Aggressionen sind Massnahmen dringend notwendig, die eine gerechte Besteuerung gewaehrleisten und die Ausdehnung der Monopolherrschaft ueber die europaeischen Industrieunternehmer verhindern."

"Diese Massnahmen, Reformen und Verbesserungen muessen jedoch," so hob Shishkin hervor, "aus den europaeischen Laendern selbst kommen und von der freien, organisierten Arbeiterschaft unterstuetzt werden."

Ohne die grosszuegige Unterstuetzung seitens der Arbeiterschaft Amerikas waere der Marshall Plan unmoeglich gewesen, sagte Shishkin, und die wichtigste Aufgabe bestuende fuer die amerikanische Gewerkschaftsbewegung nun darin, den freien Gewerkschaften Europas weiterhin zu helfen und damit die Gewerkschaftsbewegung der gesamten freien Welt zu staerken.

Arbeitsmitteilungen der ECA

SCHWEDEN GIBT 3000 AUSLAENDERN ARBEIT

Schweden, eines der groessten Einfuhrlaender fuer Arbeitskraefte in Europa, beabsichtigt etwa 3000 auslaendischen Arbeitern in den kommenden zwei Monaten Arbeitsplaetze zu verschaffen.

Hierzu gehoeren 600 Facharbeiter aus Italien fuer die Metall- und Elektro-Industrien, 300 ungelernte, meist weibliche Arbeitskraefte aus Schleswig-Holstein, 300 Arbeiter aus Daenemark fuer die Eisenindustrie, 500 Waldarbeiter aus Finnland fuer die Holzindustrie, 1000 weibliche Hausangestellte, die zum groessten Teil aus Deutschland kommen, und 100 Aerzte aus Oesterreich.

Ausserdem wird Schweden 150 Lungenkranke aus Italien und Oesterreich zur Behandlung in schwedischen Sanatorien aufnehmen. Nach ihrer Genesung werden sie in Schweden beschaeftigt werden.

Ausser den auf normalem Wege rekrutierten Arbeitern fuehlt ein staendiger Zustrom von Fluechtlingen aus Laendern hinter dem Eisernen Vorhang die Reihen der Fremdarbeiter. In der Zeit vom 1. Juli 1949 bis 1. Juli 1950 sind 1650 Fluechtlinge, die zum groessten Teil aus den baltischen Laendern Estland, Lettland und Litauen kamen, in Schweden aufgenommen worden. Die meisten von ihnen haben dort Arbeitsplaetze gefunden.

Schweden nimmt auslaendische Arbeiter auf, weil seine Beschaeftigungsziffer sehr hoch ist. Sie betraegt gemäss den im Mai 1950 veroeffentlichten Zahlen etwa 98%. Inzwischen hat sich der Beschaefigungsstand noch erhoehrt.

Die Importierung von Arbeitskraeften wuerde wahrscheinlich in noch groesserem Masstabe durchgefuehrt, wenn in Schweden nicht ein ernsthafter Mangel an Wohnungsmoeglichkeiten bestuende. Es koennen jeweils nur soviel Arbeiter aufgenommen werden wie passende Wohnungen zur Verfuegung stehen.

Seit einer Reihe von Jahren hat Schweden Arbeitskraefte eingefuehrt, und die Zahl der auslaendischen Arbeiter belaeuft sich nun auf etwa 90 000. Die groessten nationalen Gruppen stammen aus Finnland, Daenemark, den baltischen Laendern, Norwegen, Deutschland, Polen und Italien. Seit 1947 sind etwa 1500 italienische Arbeiter nach Schweden gekommen.

Fast die Haelfte der auslaendischen Arbeiter in Schweden sind in der Industrie und zum groessten Teil in den Metall- und Textilindustrien und die uebrigen in der Landwirtschaft, Schiffahrt und dem Hotel- und Gaststaettengewerbe beschaeftigt.

Zur Anheuerung von Arbeitern schickt der koenigliche Arbeitsmarktausschuss der schwedischen Regierung Werbebeamte ins Ausland, denen sich die Antragsteller vorstellen, und die Vorkehrungen zu ihrer Ueberfuehrung nach Schweden treffen.

Die Zulassung auslaendischer Arbeiter muss von der fuer die betreffende Industrie zustaeendigen schwedischen Gewerkschaft bewilligt werden. Obwohl die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft nicht erforderlich ist, hat man festgestellt, dass sich die meisten Arbeiter einer schwedischen Gewerkschaft anschliessen. Nach dem schwedischen Gesetz werden alle auslaendischen Arbeiter nach den im Lande gueltigen Lohnтарifen bezahlt.

Arbeitsmitteilungen der ECA
IX/29/50

VEREINIGUNGSFREIHEIT IN VENEZUELA BEEINTRAECHTIGT?

In einem Bericht der Sonderkommission der Internationalen Arbeitsorganisation fuer Venezuela, der vom Internationalen Arbeitsamt veroeffentlicht wurde, heisst es, dass "die Vereinigungsfreiheit in Venezuela weit davon entfernt ist, vollstaendig zu sein."

Die Mission, die von Jef Rens, dem ersten stellvertretenden Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation gefuehrt wurde, hielt sich auf Einladung der venezuelischen Regierung im Sommer des Jahres 1949 sieben Wochen lang in diesem Lande auf, um sich "vollstaendige und unparteiliche Informationen ueber die sozialen Probleme, die allgemeinen Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Industrien, die Einkuenfte und den Schutz, der den Arbeitern nach den bestehenden Gesetzen von der Regierung gewahrt wird, und ueber die Entwicklung und die Arbeit der Gewerkschaften in Venezuela" zu beschaffen. Diese Einladung erfolgte, nachdem sich die Gewerkschaftskonferenz von Venezuela (CTV) bei der Internationalen Arbeitsorganisation darueber beschwert hatte, dass die Vereinigungsfreiheit in diesem Lande beeintraechtigt sei. Die Mission uebersandte dem Exekutiv Ausschuss der IAO einen Bericht, und es wurde auf der Konferenz im Juni 1950 von diesem Ausschuss beschlossen, diesen Bericht zusammen mit jeglichen Stellungnahmen, die die venezualische Regierung noch einreichen koennte, zu veroeffentlichen. Diese Stellungnahmen werden bei ihrem Erscheinen der Oeffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden.

Die Mission unterhielt sich mit Gewerkschaftsfunktionaeren, Unternehmervetretern und Regierungsbeamten. Sie wurde in jeder Hinsicht bei der Durchfuehrung ihrer Untersuchungen unterstuetzt. Lediglich die Erlaubnis wurde versagt, mit gewissen, in Haft befindlichen Gewerkschaftsfuehrern zu sprechen.

Der Bericht enthaelt genauere Informationen ueber die gegenwaertige Desorganisation der Gewerkschaftsbewegung des Landes und

die sich hieraus ergebenden Gefahren fuer die wirklich fortschrittlichen venezuelischen Schutzgesetzvorschlaege, deren Verwirklichung zum grossen Teil von den Gewerkschaften abhaengt.

Die Mission schlug "in Anbetracht der von ihr ueberprueften Lage" vor, dass die venezuelische Regierung den folgenden Massnahmen "vollste und ernsthafteste Beachtung schenkt, Massnahmen, die das normale Arbeiten einer gesunden Gewerkschaftsbewegung ermoeglichen sollen:

1. Die Wiederwahl ehemaliger Mitglieder von Gewerkschaftsausschuessen der Unternehmer muss verboten werden.

2. Die Verpflichtung, dass zur Abhaltung einer Gewerkschaftskonferenz vorherige Genehmigung eingeholt werden muss, muss abgeschafft werden.

3. Den Gewerkschaften muss wieder das Recht zugesprochen werden, in voller Unabhaengigkeit nationale Verbaende und Buende zu bilden.

4. Das Recht zu streiken und auszusperrern muss innerhalb der im Arbeitsrecht niedergelegten Grenzen wiederhergestellt werden.

5. Die Zusammenarbeit aller an der Produktion Beteiligten, die durch freie, starke und unabhaengige Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen vertreten sind, muss auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet gefoerdert werden."

Seit der Abreise der Mission hat die Regierung folgende Massnahmen getroffen, soweit sie nicht den oeffentlichen Frieden gefaehrden: die Korrespondenz und das Heim wurden wieder fuer unverletzlich erklart, jeder kann frei reisen und seinen Wohnsitz wechseln, und alle politischen Gefangenen, einschliesslich der Gewerkschafter, wurden befreit; ausserdem sind alle Erwachsenen berechtigt, an allgemeinen Wahlen teilzunehmen. Die Mission nahm in ihrem Bericht zu diesen Massnahmen Stellung und erklarte, dass sie "einen bedeutenden Schritt vorwaerts darstellten, jedoch nur ein Meilenstein auf dem Wege zur Wiedererrichtung der verfassungsmaessigen Garantien seien, ohne die die Gewerkschaftsbewegung nicht frei ihren Pflichten nachgehen kann."

IBFG FORDERT INTERNATIONALE PREISKONTROLLEN

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften hat internationale Preis- und Marktkontrollen fuer wesentliche Verbrauchsgueter vorgeschlagen, durch die den durch die kommunistische Aggression in Korea verursachten inflationistischen Tendenzen begegnet werden soll.

Der Notfallsausschuss des IBFG hat auf einer Konferenz in Bruessel vor kurzem an die Vereinten Nationen die Aufforderung gerichtet, die Regierungen der einzelnen Laender anzuweisen, internationale Vereinbarungen ueber Verbrauchsgueter zu treffen.

"Der Hauptzweck dieser Vereinbarungen", heisst es in der Erklaerung des IBFG, "soll darin bestehen, die Preise und den Absatz erstrangiger Gueter, die auf internationalen Maerkten gehandelt werden, unter strenger internationaler Kontrolle zu halten. Die an solchen Abkommen beteiligten Laender sollen zu einem gemeinsamen Fonds beitragen, aus dem Subventionen gezahlt

werden koennen, um die Preise erstrandiger Verbrauchsgueter niedrig zu halten."

Diese Massnahme sei notwendig, erklarte der IBFG, weil die Lebenshaltungskosten seit der Invasion Suedkoreas durch kommunistische Streitkraefte infolge panischer Angstkaeufe, militaerischer Versorgung und spekulativer Einkaufe lebenswichtiger Produkte rapide in die Hoehe gegangen sind.

Inlaendische Massnahmen zur Bekaempfung der Inflation muessen durch internationale Massnahmen ergaenzt werden, weil dieser Anstieg der Preise fuer Verbrauchsgueter ueber die ganze Welt verbreitet ist und sich besonders bei wesentlichen Verbrauchsguetern, die auf internationaler Basis gehandelt werden, bemerkbar macht.

"Die Vereinten Nationen sind verpflichtet, die durch die kommunistische Aggression verursachten wirtschaftlichen und sozialen Gefahren ebenso entschlossen zu bekaempfen, wie sie sich der militaerischen Aggressionen widersetzt haben," heisst es abschliessend in der Verlautbarung des IBFG.

Arbeitsmitteilung der ECA
IX/27/50

AMERIKANISCHE STAHLARBEITER FORDERN LOHNERHOEHUNG

Die vereinigten Stahlarbeiter von Amerika (CIO) fordern von den 1400 Fabrikanten und stahlerzeugenden Gesellschaften hoehere Loehne. Sie greifen damit den nach den gueltigen Vertraegen, die etwa 650.000 Arbeiter umfassen, neuzueroeffnenden Tarifverhandlungen vor.

Der Exekutivausschuss der Vereinigten Stahlarbeiter stimmte diesen Forderungen zu, weil auch in anderen Industrien, besonders in der Automobilindustrie, unlaengst Lohnerhoehungen vorgenommen wurden, um die Loehne den steigenden Lebenshaltungskosten anzunassen. Philip Murray, der Praesident der Stahlarbeiter, versicherte jedoch, dass die Forderungen der Gewerkschaft ueber eine Angleichung an die Lebenshaltungskosten hinausgingen. Der Lebensstandard der Arbeiter koenne auf diese Weise niemals verbessert werden. Man nimmt an, dass auf einer zweitaegigen Konferenz des Ausschusses fuer Lohnpolitik die Lohnziele der Stahlarbeitergewerkschaft festgelegt werden.

Inzwischen hat die Gewerkschaft ein freiwilliges Angebot der Aluminiumkompanie von Amerika angenommen, welches eine Lohnaufbesserung um 10% mit Wirkung vom 1. Oktober vorsieht. Bei der Annahme dieses Angebots hat die Stahlarbeitergewerkschaft jedoch erklart, dass immer noch ungerechtfertigte Ungerechtigkeiten und Verschiedenheiten bestuenden und hat um weitere Besprechungen zur Loesung dieser Probleme ersucht. Nahezu 20.000 Arbeiter, die in der Gewerkschaft vertreten sind, werden gemaess dem Angebot der Kompanie einen Aufschlag von 15 Cents auf ihre Stundenloehne erhalten.

GEWERKSCHAFTEN AUS ALLER WELT BILLIGEN DIE MASSNAHMEN DER VEREINTEN NATIONEN IN KOREA

In einer gemeinsamen Erklaerung haben die grossen Gewerkschaftsbuende von Kanada, der Berufs- und Gewerkschaftskongress (AFL) und

der kanadische Gewerkschaftskongress (CIO), den Vereinten Nationen in ihren Handlungen in Korea ihre uneingeschraenkte Unterstuetzung zugesagt.

In Stockholm hat der Internationale Verband der Bergarbeiter einstimmig eine Resolution angenommen, in der die "Politik und die Handlungen der Vereinten Nationen in bezug auf Korea" gebilligt werden.

Der Gewerkschaftskongress Englands nahm auf seiner Jahreskonferenz, die am 4. September eroeffnet wurde, mit einer Mehrheit von 10:1 eine Entschliessung an, in der zur Unterstuetzung der Vereinten Nationen aufgefordert und Nordkorea als der Angreifer bezeichnet wird.

In Norwegen ruft die norwegische Gewerkschaftsbewegung in einer Broschuere mit dem Titel "Krieg in Korea" die Arbeiterschaft auf, die Handlungen der Vereinten Nationen zu unterstuetzen, und weist darauf hin, dass die Verteidigungsmassnahmen in Korea von den Vereinten Nationen und nicht von den Vereinigten Staaten eingeleitet wurden.

FUNKTIONAER DES CIO VERTRITT IBFG BEI DEN VEREINTEN NATIONEN

John Brophy, ein langjaehriger Funktionaer des CIO, ist in das New Yorker Buero des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften berufen worden, welchem die Vertretung des IBFG in der Organisation der Vereinten Nationen obliegt.

Brophy ist vom CIO beurlaubt worden, um diese Ernennung beim IBFG annehmen zu koennen. In den vergangenen Jahren war er Direktor der Industriegewerkschaftsraete des CIO.

Dem IBFG ist im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen der zur Mitberatung berechtigende Status der "Kategorie A" zuerkannt worden. Mitgliederorganisationen der "Kategorie A" sind berechtigt, an den Konferenzen des Rates teilzunehmen, Diskussionspunkte fuer die Tagesordnung des Rates vorzuschlagen und den Konferenzen der neun Kommissionen des Rates beizuwohnen.

Weekly Press Service, US-Arbeitsministerium
X/2/50

- 12 -

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757

OFFICIAL

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 33

Frankfurt, 20. Oktober 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Das Problem der alten Leute in den USA - - -	1
Brief an einen "Friedenspartisanen - - - - -	3
Der sowjetische Seemann - - - - -	6
Praesident Truman gegen Taft-Hartley-Gesetz	8
IAO startet technisches Hilfsprogramm - - -	9
Indien braucht Bauern und Gewerkschafter - -	10
Livingston widerlegt kommunistische Vorwuerfe	13
Die Aussenpolitik der amerikanischen Gewerk- schaften - - - - -	14

DAS PROBLEM DER ALTEN LEUTE IN DEN USA

Eine kuerzlich abgehaltene Konferenz ueber das Lebensalter der Bevoelkerung wurde in den Vereinigten Staaten als der erste Schritt zu einer koordinierten Loesung eines Problems fuer die ganze Nation bezeichnet, das den Gewerkschaftsfuehrern schon lange Sorgen bereitet. Dieses Problem ist der zunehmende Prozentsatz alter Leute an der amerikanischen Bevoelkerung.

Mehr als 800 Delegierte der an dem Problem interessierten Gruppen, einschliesslich der Gewerkschaften, kamen auf Einladung Praesident Trumans in Washington zusammen. Sie empfahlen u.a. einen Landesausschuss zu bilden, der die Arbeiten der zahlreichen

Gruppen koordinieren soll, die versucht haben, dieser Situation zu begegnen, die sich in den folgenden Zahlen widerspiegelt:

1. Vor 50 Jahren war unter 25 Amerikanern einer, der ueber 65 Jahre alt war; heute ist das Verhaeltnis 1:13, und die Zahl der alten Leute steigt weiterhin an.

2. Von 150 Millionen Amerikanern sind etwa 11.5 Millionen ueber 65 Jahre alt; davon sind 8.5 Millionen ohne Beschaeftigung, was auf die festgesetzten Altersgrenzen zurueckzufuehren ist, bei deren Erreichen die Arbeiter in den Ruhestand treten muessen.

3. Mehr als die Haelfte dieser bejahrten Amerikaner haben ein Bareinkommen von weniger als 1000 Dollar im Jahr, was selbst bei einer Unterstuetzung seitens ihrer Familien in einer Wirtschaft mit hohen Preisen ein ernstes Problem darstellt.

Hand in Hand mit der Erhoehung der Zahl alter Leute ging eine zunehmende Industrialisierung innerhalb der amerikanischen Gesellschaftsordnung vor sich. Dies hat zu einer Abnahme der Zahl kleiner Familien und kleiner Staedte gefuehrt; in dem schnelleren Tempo einer Grosstadt ist das Leben fuer aeltere Leute sehr oft nicht leicht, denn die Moeglichkeit ist fuer sie geringer, mit ihren Familien oder engeren Freunden zusammenleben zu koennen, und oft muessen sie ihren Lebensunterhalt nur mit ihrem eigenen Einkommen bestreiten.

Die Gewerkschaften waren um dieses Problem besonders besorgt, weil die Arbeiter meistens nur wenig Geld fuer ihre alten Tage sparen konnten. Aus diesem Grunde haben die Gewerkschaften den erfolgreichen Kampf um Altersrenten gefuehrt, die von der Regierung bezahlt werden. Vor kurzem haben sie damit begonnen, Alterspensionen direkt in die Vertraege zwischen Gewerkschaft und Unternehmer aufzunehmen; Vertraege mit grossen Automobilgesellschaften, die Pensionen von mehr als 100 Dollar monatlich (einschliesslich der Renten der Regierung) vorsehen, sind Meilensteine dieser Entwicklung.

Die einzelnen Bemuehungen von Gewerkschaften und anderen interessierten Gruppen sind niemals zentral geplant worden, und diese Erkenntnis fuehrte zu der von dem Praesidenten einberufenen Konferenz. Die Konferenz ist ein Beweis dafuer, dass eine Demokratie entstehende Probleme loesen und ihre Loesung auf kooperativer Grundlage vorbereiten kann.

Ausser Vorschlaegen fuer verbesserte Pensionen und aertzliche Betreuung fuer alte Leute hat die Konferenz empfohlen:

1. Einen Landesausschuss zum Austausch von Informationen und zur Koordinierung von Plaenen der an der Unterstuetzung alter Leute interessierten Gruppen;

2. Eine Ueberpruefung der Pensionspolitik der Regierung, um festzustellen, ob nicht zuviel Leute gezwungen werden, in den Ruhestand zu treten, waehrend sie noch arbeitsfaehig sind, und damit zum Nichtstun verurteilt werden. Man ist der Ansicht, dass die Regierung anderen Arbeitgebern beispielgebend vorangehen muesse, indem sie die Pensionierung als ein Problem betrachtet, das individuell behandelt werden muss und nicht durch die schiedsrichterliche Festsetzung der Altersgrenzen fuer die Pensionierung.

3. Eine Kampagne, in der alle Arbeitgeber aufgefordert werden, sich von ihrem Vorurteil gegen die Einstellung alter Leute frei zu machen.

4. Geplante Programme der einzelnen Lokalbehoerden, die den aelteren Leuten Erholung und Ausbildungsmoeglichkeiten bieten.

5. Eine intensivierete Ausbildung beruflicher Experten, die sich mit den physischen und psychologischen Problemen alter Leute befassen.

Arbeitsmitteilungen der ECA
IX/26/50

BRIEF AN EINEN "FRIEDENSPARTISANEN"

Der Generalsekretaer des kommunistisch beherrschten, franzoesischen Transportarbeiterverbandes der CGT richtete ein Schreiben an den Nationalen Transportarbeiterverband der Force Ouvrière (Mitgliedsverband der ITF), in dem er letztere Organisation um ihre Unterstuetzung bei der Sammlung von Unterschriften fuer den sogenannten "Stockholmer Friedensappell" ersuchte. Die Antwort, die Sekretaer Felce vom Nationalen Transportarbeiterverband auf dieses Schreiben hin gab, scheint uns so interessant zu sein, dass wir sie unseren Lesern zur Kenntnis bringen moechten. Die Uebersetzung des Briefes hat folgenden Wortlaut:

"Sehr geehrter Herr:

Ich bestaetige den Empfang Ihres Briefes. Mit der Adresse "An die Kameraden, Praesidenten und Sekretaere der Transportarbeitergewerkschaft des CFTC - CGC - Force Ouvrière", zeugt er von einem stark entwickelten Sinn fuer Humor, obwohl dies - ich beileibe mich, es hinzuzufuegen - eine etwas grausige Art von Humor ist.

Uebergangen wir, dass ich in Ihrer Achtung um einen Grad gestiegen zu sein scheine. Gestern "ein imperialistischer Lakai", habe ich heute die Ehre - denn dies muss doch wohl als Ehre angesehen werden, nicht wahr? - zu Ihren "Lieben Freunden" zu gehoeren. Wenn ich nicht an jenes Gleichnis denken muesste, das gewisse Umarmungen mit dem Tod durch Ersticken gleichsetzt, wuerde ich ohne weiteres dieses Kompliment erwidern. Ich bin von Natur aus eher geneigt, meinen Naechsten als "lieben Freund" anzusprechen, als ihm unfreundliche Absichten zu unterstellen. In Ihrem Falle jedoch - denn es ist noch nicht genug Zeit verflossen, um alle Erinnerungen der Vergangenheit auszuloeschen - besteht fuer mich noch Grund, argwoehnisch zu sein. Bevor ich mich deshalb als "Ihr Kamerad" bezeichne, muss ich noch eine Aufklaerung ueber Ihre wirklichen Gefuehle verlangen. Indem ich dies so offen zum Ausdruck bringe, mache ich mich vielleicht eines Verstosses gegen die guten Sitten schuldig. Sie werden mir jedoch, die Sie die Offenheit zweifellos schaeetzen, hierfuer dankbar sein.

Doch gehen wir nun zum eigentlichen Thema Ihres Schreibens ueber. Sie sind, wie Sie sagen, ueber den Verlauf, den die Welt ereignisse nehmen, beunruhigt. Sie fuerchten, dass sich der Konflikt in Korea ausdehnen und die ganze Welt in Mitleidenschaft ziehen koennte. Sie fuerchten ebenfalls eine Bedrohung der gesamten Menschheit durch die etwaige Anwendung der Atombombe, und Sie rufen deshalb alle Menschen guten Willens auf, sich gemeinsam dafuer einzusetzen, damit diese fuerchtbare Katastrophe vermieden wird, deren Vorzeichen bereits den Horizont verdunkeln.

Diese Beunruhigung und diese Furcht, die Sie an den Tag legen, wird von mir in gleichem Masse geteilt. Ihre Methode jedoch, fuer den Frieden zu sprechen, erschreckt mich noch mehr als das Vorhandensein von Vorräeten an Atom- oder bakteriologischen Waffen in dem einen oder anderen Lande. Selbst Ihr Kampf fuer den Frieden - auch hier lassen Sie mich in brutaler Weise offen sein - scheint mir eine jener Kriegslisten zu sein, die von Raeubern und Fanatikern so bereitwillig angewendet wurden, um die Wachsamkeit ihrer ausgesuchten Opfer zu unterminieren oder die Skeptiker zu ueberzeugen.

In Bezug auf Ihr Schreiben habe ich bereits erwaeht, dass es ein Meisterstueck schauerlichen Humors ist. Es duerfte Ihnen klar sein, dass ich es auch als ein Meisterstueck der Heuchelei betrachte. Ich habe hierzu folgende Gruende:

1. Als ob es fuer Sie zu offensichtlich waere, um Ihre Zeit damit zu vergeuden, dies zu beweisen, behaupten Sie, dass die amerikanische Politik die einzige Gefahr fuer den Frieden darstelle. "Die amerikanische Armee", sagen Sie, "mischt sich in die Ereignisse in Korea ein und droht damit, die Atombombe zur Anwendung zu bringen. Die dadurch heraufbeschworene Lage kann sehr leicht den Krieg in Korea erweitern und sich auf die ganze Welt ausdehnen."

2. Als ob es fuer Sie zu offensichtlich waere, um Ihre Zeit damit zu verschwenden, es zu beweisen, bezeichnen Sie die Atombombe als die einzige wirklich zerstuerende Kriegswaffe.

3. Und als ob es wiederum zu augenscheinlich fuer Sie waere, um Ihre Zeit damit zu vergeuden, es zu beweisen, erheben Sie "die sofortige und totale Aechtung der Atomwaffe" zur wesentlichen und einzig moeglichen Bedingung zur Erhaltung des Friedens.

Oh, nein! Die Gefahr, die Ursache dieser Gefahr und die Mittel zu ihrer Beseitigung sind nicht - wie Sie sehr wohl wissen - jene, die Sie genannt haben. Die Gefahr ist nicht durch das heraufbeschworen, was Sie "die Einmischung der amerikanischen Armee in Korea" zu nennen belieben. Sie ist auch nicht durch das blosse Vorhandensein von Waffen entstanden (Atom-, biologische, chemische Waffen etc.).

Die Gefahr kommt von der brutalen und offenen Aggressionspolitik, die jene betreiben, die Sie bewundern, und denen Sie dienen. Jene, die russische Panzer geschickt haben, die von koreanischen Haenden gesteuert werden und durch die Taeler Sued-Koreas rollen, sind die wahren Kriegstreiber. Jene, die sich weigern, dem von den Vereinten Nationen erlassenen Befehl des Feuereinstellens Folge zu leisten, sind die wahren Kriegstreiber. Jene, die zwischen "sauberen" und "schmutzigen" Kriegen unterscheiden, sie sind die wahren Kriegstreiber. Auch Sie, die Sie die Erfolge dieser gleichen koreanischen Panzer bewundern, die Sie die Handlung der Vereinten Nationen als "imperialistisch" bezeichnen, die Sie jeden Krieg als "gerecht und gut" proklamieren, der mit dem "Segen und der Unterstuetzung" des "begnadeten und geliebten Fuehrers des internationalen Proletariats" gefuehrt wird, Sie sind ebenfalls ein Kriegstreiber.

Und gerade Sie, der willige und begeisterte Komplize dieses groessten Kriegstreibers, den die Welt je gekannt hat, Sie wollen uns erzaehlen, wie ein Krieg am besten vermieden werden kann?

Wie wollen Sie das tun? Sie behaupten, die Forderung nach einer sofortigen und totalen Aechtung der Atomwaffe wuerde genuegen?

Was bedeutet dies eigentlich? Sind Sie der Ansicht, dass das Vorhandensein von Vorräten von Atomwaffen in irgendeinem Teil der Welt die Kriegsgefahr vergrößert und dass die Nationen weniger kriegslustig wären, wenn diese Vorräte nicht mehr beständen?

Oder meinen Sie, dass ein Krieg, der ohne die Atomwaffe geführt wird, annehmbar sei, und dass wir uns mit allem (Granaten, gewöhnlichen Bomben und Genickschüssen), nur nicht mit der Atombombe abfinden könnten?

Ihre Auffassung ist nur mit einer dieser beiden Vorstellungen zu erklären. Sie bleibt jedoch immer noch, ganz gleich, wie man sie versteht, sinnlos.

Die Kriegsgefahr hat niemals zu der zerstörenden Kraft bestehender Waffen in einem Verhältnis gestanden. Eine ziemlich weit verbreitete Anschauung, nämlich die von Pasteur, besagt, dass die Kriegsgefahr im umgekehrten Verhältnis zur Zerstörungsfähigkeit der Kriegswaffen stünde, und es besteht durchaus Grund zu der Annahme, dass die uns gegenwärtig bedrohende Katastrophe gerade deshalb nicht über uns hereinbrechen wird, weil sie zu vollständig und nicht wieder gutzumachen wäre.

Seien wir ganz offen. Die Atomwaffe hat zumindest den Vorteil, dass sie selbst die Kriegslustigsten unter uns zwingt, Vorsicht walten zu lassen; und diejenigen, die andernfalls geneigt wären, den Krieg gegen andere zu riskieren, werden es nicht tun, weil ihr Sieg mit zu hohem Kostenaufwand erkauft werden müsste.

Ist die Atomwaffe demnach eine Kriegsursache? Im Gegenteil. Sie zwingt die Menschen zu überlegen, bevor sie losschlagen. Die Sache lohnt sich nicht mehr, und es wird deshalb keinen Krieg geben.

Die schreckliche Angst, die der Gedanke an einen Krieg unter den Menschen all jener Länder verbreitet, wo das Recht der freien Rede garantiert ist, zwingt ihre Regierungen, eine Friedenspolitik zu verfolgen.

Leider ist es wahr, dass nicht alle Menschen im Besitze dieses Rechtes sind. Millionen schmachten noch unter der totalitären Tyrannei, und diese gleiche totalitäre Gewaltherrschaft ist deshalb eine ständige Ursache sowohl kalter als auch heißer Kriege.

Die Idee der Freiheit gewinnt jedoch unter den Völkern der Welt an Boden. Die diktatorischen Staatsgebilde können schon jetzt nur noch dadurch bestehen, dass sie sich einer demokratischen Schaufensterkunst bedienen, und der Zeitpunkt naehert sich, an dem die versklavten Massen die stählernen Bande brechen werden, die sie zu erdrücken drohen. Die freie Gewerkschaftsbewegung und die Kämpfer, die ihr ihre Schlagkraft verleihen, werden gewiss alles tun, was in ihrer Macht steht, um den Anbruch dieses Tages zu beschleunigen. Dies ist der wertvollste Beitrag, den sie zur Verteidigung, oder besser zur Erreichung des Friedens, leisten können.

ITF - Press Report
X/9/50

DER SOWJETISCHE SEEMANN

Omer Becu, der Generalsekretär des Internationalen Transportarbeiterverbandes, erklärte unläugend, dass der Lebensstandard der Seeleute, die unter panamesischer, polnischer und russischer Flagge fahren, weit niedriger als in anderen Ländern sei. Der Internationale Transportarbeiterverband sei entschlossen, die Seeleute auf panamesischen Schiffen zu organisieren und höhere Löhne für sie zu erringen. Für die sowjetischen und polnischen Seeleute könne jedoch nichts unternommen werden, weil sie keine freien Gewerkschaften hätten.

Becu berichtete ausserdem, dass die russischen und polnischen Schiffe, die zwischen Gdynia und Schweden verkehren, nur halb so hohe Frachtkosten verlangten wie die schwedischen Schiffe verlangen müssten, wenn sie einen Gewinn erzielen wollten. Ein Grund hierfür liegt darin, dass den Seeleuten auf den polnischen und russischen Schiffen Löhne gezahlt werden, für die kein schwedischer Seemann arbeiten würde.

Die schwedische Seeleutegewerkschaft versuchte vor kurzem, sich bei russischen und polnischen Seeleuten Informationen über die Arbeitsbedingungen auf ihren Schiffen einzuholen. Man musste jedoch feststellen, dass dies auf dem normalen Wege, nämlich durch eine Aussprache von Mann zu Mann, nicht möglich war. Die Seeleute erklärten, es sei ihnen streng verboten, irgendwelche Auskünfte zu geben. Darüberhinaus werden die sowjetischen Seeleute ständig bewacht und haben Angst, frei zu sprechen. Sie sind isoliert, damit die Welt nichts von den Verhältnissen in der Sowjetsphäre erfahren kann, und damit diese Leute nicht zu viel von der sogenannten kapitalistischen Welt hören.

Unter den Tausenden und aber Tausenden von Flüchtlingen aus Sowjetrußland und seinen Satellitenstaaten sind jedoch auch zahlreiche Seeleute, die trotz der Wachsamkeit ihrer Offiziere in ausländischen Häfen von ihren Schiffen desertierten. Einer von ihnen, ein Estländer namens Enno Kustin, flüchtete von dem russischen Schiff "Tosno", während es in Vasteras lag. Er berichtete dem Magazin "Sjomannen", dem Organ der schwedischen Seeleutegewerkschaft, von seinen Erfahrungen, und seine Geschichte wurde im "Seafarers Log" in USA wiederveröffentlicht.

Seine Geschichte ist die gleiche wie die von Dutzenden baltischer, russischer und polnischer Seeleute, die in anderen Häfen ihre Schiffe verlassen haben. Hierzu gehören auch die 100 Polen, die im Februar 1949 im Hafen von New York von der "Sobieski" flohen. Dieser polnische Dampfer verkehrte zwischen Italien und New York. Die Seeleute hatten in Erfahrung gebracht, dass ihr Schiff an Sowjetrußland überwiesen werden sollte, und sie entkamen, bevor sie in ihre Heimat zurückgebracht werden sollten. Die "Sobieski" fährt nun unter Hammer und Sichel auf dem Schwarzen Meer. Diese polnischen Seeleute sind nun in Amerika sicher, haben Arbeit gefunden und sich gut eingelebt. Sie sind empört über das, was sie "den Raub der 'Sobieski' durch Sowjetrußland" nennen. Sie erzählen, dass ihr altes Schiff in "Gruzia" umgetauft wurde und als einer der sechs Luxusdampfer des Schwarzen Meeres, auf denen die Sowjetelite ihre Ferien verbringt, zwischen Odessa und Batum kreuzt.

Sie bestätigen ebenfalls die Richtigkeit der Aussagen Enno Kustins. Da in den Sowjetländern Seeleuten höhere Löhne gezahlt werden als Fabrikarbeitern, ist die Rivalität um Arbeitsplätze

auf Schiffen besonder gross. Um angeheuert werden zu koennen, muss man zuerst eine Seemannsschule besuchen, berichtet Kustin. Ausserdem ist eine schriftliche Empfehlung von drei Parteimitgliedern, ein Zeugnis eines der letzten Arbeitgeber (in diesem Falle der Leiter eines staatseigenen Betriebes) und eine Bescheinigung des lokalen Polizeichefs erforderlich. Der Bewerber muss genaue Auskunft ueber seine Verwandten geben. Diejenigen, die keine Verwandten im Ausland haben, und deren Eltern in Sowjetrussland oder Polen leben, werden bevorzugt. Wenn sie dort Frau und Kinder haben, dann sind die Chancen, eine Anstellung zu bekommen, noch groesser. Die Bewerber werden schliesslich von einer politischen Kommission genau geprueft.

Kustin beendete seine Ausbildung im Jahre 1948 und arbeitete auf verschiedenen Kuestenfahrzeugen. Schliesslich gelang es ihm, einen Pass zu bekommen, und er wurde einem Schiff zugeteilt, das nach einem schwedischen Hafen fuhr. Er liess sich diese Gelegenheit nicht entgehen und fluechtete. Das war jedoch nicht leicht. Sowjetische Seeleute duerfen sich an Land nur in Gruppen bewegen und werden von einem politischen Kommissar streng bewacht. Dieser wird schwer bestraft, wenn ein Mitglied seiner Mannschaft entflieht.

Eine Beschaeftigung in der Seeschifffahrt ist besonders begehrt, und zwar nicht nur, weil die Loehne viel hoeher sind als in den Fabriken, sondern auch weil sie den Gegnern des Regimes eine Gelegenheit bietet, zu fluechten. Viele Seeleute sind der kommunistischen Partei nur beigetreten, um auf ein Schiff zu kommen und fliehen zu koennen. Das ist unklug, wie hier lebende Polen erklaert haben, weil die Gesetze der Vereinigten Staaten und vieler anderer Laender Kommunisten die Einreise versagen.

Als gewoehnlicher Seemann verdiente Kustin im Monat 465 Rubel. Das entspricht einer Kaufkraft von etwa 40 Dollar, dem Wochenverdienst eines ungelernten Arbeiters der niedrigsten Einkommensgruppe in Amerika. Der amerikanische Seemann verdient funfmal soviel wie der russische, naemlich 200 und in einigen Faellen sogar 230 Dollar. Ein Viertel von Kustins Lohn wurde fuer Einkommensteuer, Gewerkschaftsbeitrag, Staatsanleihen und andere Abgaben abgezogen. Die Abgaben amerikanischer Seeleute fuer vergleichbare Zwecke sind weit geringer.

Der Rubel hat auf dem Weltmarkt keinen Tauschwert, sodass russische Seeleute ihre Rubel nicht in auslaendische Waehrungen umwechseln koennen. Dies ist ueberdies nur in den Haefen der sowjetischen Satellitenstaaten erlaubt. Diese Staaten sind gezwungen, den Rubel zu einem sehr unguenstigen Tauschkurs anzunehmen, der so festgesetzt ist, dass sowjetische Buerger und die Regierung zu billigen Preisen einkaufen und zu hohen Preisen verkaufen koennen. Den Seeleuten werden manchmal kleine Summen der in den angelaufenen Haefen gueltigen Waehrungen ausgezahlt, damit sie sich bestimmte Waren kaufen koennen.

Wenn sowjetische Seeleute Landurlaub haben - der nur sehr schwer zu bekommen ist - gehen sie an Land, um einzukaufen. In einer besonderen Liste ist angegeben, welche Gegenstaende gekauft werden duerfen. Alle Einkaeufe muessen schriftlich angegeben werden. Nichtangegebene Artikel werden beschlagnahmt. Ein Grund zur Beschraenkung der Einkaeufe ist darin zu sehen, dass die Kommunisten nicht wuenschen, dass die Seeleute ihren Verwandten in Russland erzaehlen, im Ausland sei alles und zu niedrigen Preisen zu bekommen. Selbst in den Satellitenstaaten gibt es viel mehr und viel billigere Waren als in Russland.

Der Kapitän eines Schiffes ist dem politischen Kommissar unterstellt. Der Kommissar ist verantwortlich fuer die politische Schulung der Mannschaft, fuer die Durchfuehrung des Stachanowsystems und fuer das Verhalten der Seeleute in auslaendischen Haefen. Zu seinen Aufgaben gehoert das Einschmuggeln und Verteilen kommunistischer Literatur im Ausland. Er nimmt ausserdem, wie die zahlreichen gefluuchteten Seeleute versichern, geheimes Material in Empfang, das von russischen Spionen und Angehoerigen der Fuenften Kolonne gesammelt wurde, und uebermittelt ihnen Anweisungen.

"Auf Gewerkschaftskonferenzen stehen niemals die Arbeitsbedingungen und Löhne zur Debatte," berichtet Kustin. "Es ist gefaehrlich, solche Probleme anzuschneiden oder Beschwerden zu erwahnen." Der Kommissar gibt den Mitgliedern Anweisungen, nimmt Berichte entgegen ueber die, die ihre Arbeitsnormen erfuehlt oder nicht erfuehlt haben, und organisiert sogenannte sozialistische Wettbewerbe. Er ist verpflichtet, die Mannschaft von den Seeleuten und anderen Arbeitern der freien Welt isoliert zu halten, sie unter Druck zu setzen und bis zum Ende ihrer Kraefte auszubeuten.

All dies erklart, warum der Lebensstandard der russischen und polnischen Seeleute zwar hoeher als der der Fabrikarbeiter in ihrer Heimat, aber niedriger als der der schwedischen und anderer Seeleute ist, die unter dem Schutz freier Gewerkschaften stehen. Es erklart uns, warum russische und polnische Schiffe ihre Frachtsaetze weit unter denen der Schiffe demokratischer Laender halten koennen.

News Section, Talks Unit
X/3/50

PRAESIDENT TRUMAN GEGEN TAFT-HARTLEY GESETZ

Praesident Truman erklarte der 69. Konvention der AFL, dass die Mitglieder der AFL unbedingt im Recht seien, wenn sie die Aufhebung des Taft-Hartley Gesetzes forderten. Es folgt der Wortlaut der Botschaft des Praesidenten:

Sehr geehrter Mr. Green,

Uebermitteln Sie bitte den Funktionaeren, Delegierten und Mitgliedern, die an der 69. Jahreskonvention der AFL teilnehmen, meine herzlichen Gruesse. Waehrend es mir die internationale Lage nicht ermoeeglicht, ihre Einladung anzunehmen und zu der Konvention zu sprechen, wuensche ich Ihnen allen im Interesse der ihrer Organisation angehoerenden Arbeiter und der Staedte und Gemeinden von Kueste zu Kueste, denen diese Organisation so rechtschaffen dient, zu dieser Konferenz Erfolg.

Die AFL kann auf eine lange Geschichte zurueckblicken, in deren Verlauf sie den Arbeitern diente und es ihnen ermoeeglichte, ihren Arbeits- und Lebensstandard in einem so bemerkenswerten Grade zu verbessern, dass sie damit der Nation als Ganzes einen grossen Dienst erwiesen hat. Die gemeinsamen Bemuehungen der organisierten Arbeiterschaft zur Erreichung eines Programms der Gesetzgebung, das den Arbeitern, Bauern, der Industrie, den Geldanlegern und der Oeffentlichkeit zugute kommt, haben mitgeholfen, uns zur wohlhabendsten und fortgeschrittensten Nation der Weltgeschichte zu machen.

Seit Ihrer letzten Konvention ist das Sozialversicherungsgesetz von 1935, ein bedeutender Bestandteil unseres vorwaertsstrebenden Gesetzgebungsprogramms, durch den 81. Kongress dadurch ver-

bessert worden, dass die Versicherungsbeträge verdoppelt und 10 Millionen Menschen mehr in das Sozialversicherungssystem einbezogen wurden - einschliesslich derjenigen, deren Versicherungsansprüche durch den 80. Kongress aufgehoben worden waren. Das Taft-Hartley Gesetz, ein weiteres Werk des 80. Kongresses, ist jedoch noch in Kraft. Ihre Mitglieder und andere Arbeiterorganisationen sind unbedingt im Recht, wenn sie sich den fuer die Arbeiterschaft ungerechten Bestimmungen dieses Gesetzes widersetzen. Es muesste, wie ich bereits wiederholt erklart habe, im Interesse der arbeitenden Maenner und Frauen, die in ihren auf dieses Ziel gerichteten Bemuehungen nicht nachlassen, abgeschafft werden.

Inzwischen werden die amerikanischen Arbeiter, dessen bin ich gewiss, alles daransetzen, um unsere Gesamtproduktion zu steigern, damit wir uns selbst bewaffnen und mithelfen koennen, die freie Welt zu bewaffnen. Auf diese Weise werden wir den Vereinigten Staaten und den demokratischen Nationen die noetige Macht verleihen, um dem kommunistischen Imperialismus, der heute die Welt bedroht, entgagetreten zu koennen.

Unsere Arbeiter werden sich mit der Industrie und den Bauern in der gemeinsamen, amerikanischen Anstrengung vereinigen, um das zu produzieren, was unsere Streitkraefte und die Vereinten Nationen brauchen, um die gegenwaertige Weltlage meistern zu koennen. Diese Aufgabe wird noch besser als im zweiten Weltkrieg geloesst werden, als wir alle Produktionsrekorde brachen und dadurch mithelfen, die Gefahr zu bannen, die der Freiheit der freiheitsliebenden Voelker drohte.

Unsere Kapazitaet ist heute noch groesser, die Gefahr droht noch immer, und wir sind wie immer in unserer Geschichte entschlossen, die amerikanische Lebensweise fuer unsere Kinder und Kindeskinde zu erhalten. Wir werden dies tun, indem wir zusammenarbeiten und die Opfer bereitwillig gemeinsam tragen, damit die Einrichtungen der Demokratie erhalten bleiben, denen wir als Nation unser Glueck verdanken.

Ihr Harry Truman.

IAO STARTET TECHNISCHES HILFSPROGRAMM

Die Internationale Arbeitsorganisation hat damit begonnen, im Rahmen des Programms der Fachorganisationen der Vereinten Nationen fuer die wirtschaftliche Entwicklung unterentwickelter Laender ihren Mitgliedstaaten technische Unterstuetzung zur Verfuegung zu stellen.

Der Beitrag der IAO zu diesem Programm wird von dem Ausschuss fuer technische Unterstuetzung mit den Arbeiten der uebrigen Stellen koordiniert. Dieser Ausschuss wurde auf eine Resolution hin gebildet, die vom Wirtschaft- und Sozialrat und von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen worden war.

54 Regierungen haben zur Finanzierung dieses Programms bis zum 31. Dezember 1951 Dienstleistungen im Gesamtwerte von 20 Millionen Dollar zugesagt. Davon werden rund 2 Millionen Dollar der IAO zugeteilt werden.

Die Unterstuetzung der IAO erstreckt sich auf die Gebiete der Berufsberatung und Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung, Schleusung von Arbeitskraeften, Arbeitsstatistik, handwerkliche Berufe, Wohlfahrt in der Industrie, Arbeitskontrolle, Arbeitsgesetzgebung, Betriebsklima in der Industrie, Arbeits- und Lebensbedingungen in

der Landwirtschaft, Sozialversicherung, Gesundheitsschutz und Gesundheitspflege in der Industrie. Auch bei der Loesung besonderer Probleme in bestimmten Industriezweigen oder Personengruppen wird die IAO helfend eingreifen.

Die technische Unterstuetzung wird durch Missionen geleistet, die sich aus Sachverstaendigen zusammensetzen, und wird durch Seminare, Ausbildungsinstitute, Konferenzen fuer den Informationsaustausch und auf sonstige Art und Weise vervollstaendigt.

Seit den fruehesten Jahren der Organisation hat die IAO ihren Mitgliedsstaaten in technischen Fragen helfend zur Seite gestanden. Durch die im Rahmen dieses neuen Programms zur Verfuegung gestellten Geldmittel haben sich die Moeglichkeiten, diese Arbeit der Organisation auszudehnen, erheblich erweitert.

Zu den Laendern im Verantwortungsbereich der IAO, die um technische Unterstuetzung ersucht haben, gehoeren Burma, Ceylon, Kolumbien, Ecuador, Indien, Indonesien, Iran, Israel, Libanon, Pakistan, Siam und die Tuerkei.

Vorlaeufige Arbeiten an einigen der von diesen Laendern vorgeschlagenen Projekte sind von dem Ausschuss fuer technische Unterstuetzung in die Wege geleitet worden. Einige Projekte werden von der IAO in Zusammenarbeit mit einer oder mehreren anderen internationalen Organisationen, die an dem Programm beteiligt sind, ausgefuehrt.

Schritte zur Ausfuehrung eines Abkommens sind unternommen worden, das verschiedene Formen der technischen Unterstuetzung vorsieht und von einer gemeinsamen Mission der UNESCO und IAO, die vor kurzem Ecuador besuchte, und der Regierung dieses Landes unterzeichnet worden war.

Verschiedene Projekte zur Unterstuetzung der iranischen Regierung bei der Ausfuehrung ihres 7-Jahresplanes werden zur Zeit ueberprueft.

Ein von der UNESCO und IAO ernannter technischer Berater, wird in Kuerze nach Libanon abreisen, um festzustellen, welche Unterstuetzung dieses Land auf dem Gebiet der Erziehung, Berufsberatung und Berufsausbildung benoetigt.

Es ist beschlossen worden, einen oertlichen Repraesentanten fuer technische Unterstuetzung in Pakistan zu ernennen, der bei der Abfassung der Gesuche um technische Unterstuetzung und der Korrdinierung der Unterstuetzungsprogramme der verschiedenen Teilnehmerorganisationen dieses Landes behilflich ist.

Die UNESCO und die IAO werden gemeinsam eine Mission nach Siam schicken, die sich aus vier Experten fuer Erziehung und Berufsausbildungsfragen zusammensetzt, und die die technische Unterstuetzung dieses Landes bewerkstelligen soll.

ILO News Service
IX/X/50

Arnold Beichman, New Yorker Korrespondent des AFL Nachrichtendienstes:

INDIEN BRAUCHT BAUERN UND GEWERKSCHAFTER

Ein staemmiger, laechelnder Irlaender aus Brooklyn ist aus dem Osten zurueckgekommen und berichtete, was in Asien vor sich

geht und brachte ein Schock Vorschlaege, was dort zu tun ist, mit.

Der Ire ist Dick Deverall, der zum Stab des freien Gewerkschaftskomitees der AFL gehoert und die Aussenposten im Pazifik als Gesandter der Arbeiterschaft bereiste. Er kam zurueck, um dem 69. Kongress der AFL in Houston (Texas) von den Dingen zu berichten, ueber die er sich masslos aergerte, naemlich - Hollywood-Filme, Gangstergeschichten und Sexualromane.

Deverall erklaerte vor dem Kongress der AFL, dass ein grosser Teil seiner Arbeit darin bestuende, dem indischen Volk und jenen anderen Voelkern klarzumachen, wie das amerikanische Leben in Wirklichkeit aussieht. Dieser Experte mit dem kurzgeschorenen, blonden Haar sagte dann:

"Hollywood-Filme, Sexualromane und Gangstergeschichten richten in Asien heute den groessten Schaden an. Die Menschen in Asien muessen unseren Filmen entnehmen, dass kein Amerikaner arbeitet, und dass er staendig von einem schwarzen Mann bedient wird. Sie sehen Filme, in denen der weisse Mann auf Indianer - amerikanische Indianer - schieisst, und diese werden immer ueberwunden. Man legte mir in Indien fortwaehrend die Frage vor, wann wir endlich aufhoeren wuerden, unsere Indianer zu massakrieren . . .

"Die Inder sind Alkoholgegner und wuenschen ein Alkoholverbot. Trotzdem schickt ihnen Hollywood einen Film wie "Das verlorene Wochenende", der in jenem Teil der Welt eine fuerchterliche Resonanz zur Folge hatte.

"Wenn die angesehene indische Presse ueber die amerikanischen Gangstergeschichten und Sexualromane berichtet, nennt sie dies immer einen Teil der Kultur des "Onkel Sham", so ist es recht, Onkel Sham - sham heisst Schwindel.

"Ein gefaehrlicher Verbrecher wird in der indischen Presse immer als ein typischer 'Chikago-Gangster' bezeichnet. Man stellt sich in Indien vor, dass es in Amerika keine Armut und keine Elendsviertel gibt, und dass der Durchschnittsamerikaner nicht arbeitet.

"Wenn wir ihnen einmal Filme schicken, die ihnen das wirkliche Amerika zeigen sollen, sind es solche wie "Eine Reise mit Greyhound durch Kalifornien" oder "Eisbrecher im Nordatlantik" und obendrein noch in englischer Sprache.

"Die Sowjetunion sendet den Indern Filme, in denen das Leben des kleinen Mannes beschrieben wird, und diese Filme sind nicht in Russisch, sondern in einer Sprache, die die meisten Inder verstehen, naemlich Hindostani."

Deverall ist 38 Jahre alt und Mitglied der Gewerkschaft der Bueroangestellten (AFL). In Columbia hat er Technik studiert. Von 1946 bis 1948 war er Leiter des Bueros fuer Arbeit und Schu- lung in Japan.

Um sicher zu sein, dass die Uebersetzer seine Reden an die japanischen Arbeiter nicht entstellten, erlernte er ihre Sprache, die er nun lesen und schreiben kann.

1949 begann er in Bombay mit seiner Arbeit fuer das Freie Gewerkschaftskomitee der AFL. Seine Aufgabe war, mit den nicht-kommunistischen Gewerkschaftern jenes asiatischen Nebenkontinents Verbindung aufzunehmen und sie davon zu ueberzeugen, dass die amerikanischen Arbeiter weder Wall-Street Agenten noch Kriegstreiber sind.

Die der AFL angeschlossenen Gewerkschaften haetten in hervorragender Weise mit ihm zusammengearbeitet, erklarte Deverall, und haetten ihm auf sein Ersuchen hin 50 bzw. 100 Kopien aller Veroeffentlichungen geschickt - Satzungen, Tarifvertraege, Broschueren, Zeitungen und aehnliches. Mehr als eine Tonne Material amerikanischer Gewerkschaften ist ihm von AFL-Organisationen uebersandt worden; es wurde zur Errichtung von Buechereien in jedem Gewerkschaftszentrum indischer Staedte verwandt. Auch die Buechereien der zehn groessten Universitaeten Indiens wurden mit diesem Material versorgt.

Weiter wurden Broschueren ausgearbeitet, die besonders fuer die indische Gewerkschaftsbewegung bestimmt und mit allem Verstaendnis fuer die Kulturhoehe des indischen Volkes geschrieben waren. Es handelt sich um Handbuecher, in denen beschrieben wird, wie eine Gewerkschaftskonferenz abgehalten werden kann, dann werden Erlaeuterungen ueber das Tarifverhandlungswesen gegeben, das Betriebsratssystem und die Organisation der Berufs- und Industriegewerkschaften sind eingehend erklart.

"Die Gewerkschaftsbewegung Indiens gewinnt mehr und mehr an Bedeutung," sagt Deverall. "So ist zum Beispiel das Kastensystem in diesem Lande ein sehr ernstes Problem, an das nicht geruehrt werden darf. Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung kann man jedoch bereits Abweichungen von diesem System feststellen.

"Waehrend der Unruhen in Kalkutta im Februar und Maerz waren es Gewerkschaftsfuehrer aller Konfessionen, die Moslems und Hindus aufforderten, friedlich und vernuenftig zu sein.

"Wir muessen mehr Durchschnittsamerikaner und zwar Leute aus dem Volk nach Indien schicken. Je mehr dieser Leute wir dorthin schicken, umso besser ist es fuer unsere Aussenpolitik.

"Leider kommt die koloniale Haltung zahlreicher amerikanischer Arbeitgeber den Kommunisten zustatten. Sie beschaeftigen z.B. einen Amerikaner und einen ebenso faehigen Inder, ueide verrichten die gleiche Arbeit, dem Amerikaner werden 1000, dem Inder jedoch nur 50 Rupien gezahlt.

"Diese Form der Lohndiskriminierung wird als Beispiel amerikanischer Demokratie hingestellt, um zu zeigen, wie betraegerisch sie ist. Die asiatischen Voelker hassen geradezu unseren Ausspruch, dass "wir sie retten wollen", weil er ebenso grosspurig wie herablassend erscheint.

"Was wir nach Indien schicken muessen, sind Bauern, die die praktische Arbeit kennen, Experten der Genossenschaften, Leute aus Kreditinstituten und viele Gewerkschafter. Diese Maenner haetten etwas zu bieten - sie koennten den Indern erklaren, wie sie sich selbst helfen koennen, wie man die Arbeitsmethoden in der Landwirtschaft verbessert, wie man mit den Kreditgebern fertig wird, die das Volk aussaugen, und wie der Lebensstandard der indischen Arbeiter gehoben werden kann.

"Ich denke, es ist noch Zeit genug, um dort drueben eine gute Arbeit zu leisten, und einige Laender wie Malaya, die Philippinen, Indien, Ceylon, Pakistan und Thailand schreien geradezu nach dieser Form der Hilfe. Geben wir sie ihnen, solange wir die Moeglichkeit dazu haben."

AFL Weekly News Service
IX/29/50

LIVINGSTON WIDERLEGT KOMMUNISTISCHE VORWUERFE

An alle Vorsitzenden der Lokalgewerkschaften der Automobil-
arbeitergewerkschaft(CIO):

"Die kommunistische Partei, kommunistische Veroeffentlichungen und andere, die im Dienst der kommunistischen Partei stehen, fuehren eine Kampagne, in der sie fortwaehrend eine Erklaerung falsch auslegen, die ich im Namen der Delegation der Vereinigten Automobilarbeiter des CIO, die vor kurzem Europa besuchte, abgegeben hatte.

Diese Kampagne der falschen Auslegung soll durch die Entstellung von Tatsachen und durch die absichtliche Uebergehung anderer Euch und die Oeffentlichkeit zu dem Glauben bringen, dass Eure Delegation den Marshall Plan und das Europaeische Wiederaufbauprogramm fuer fehlgeschlagen ansieht.

Nichts ist der Wahrheit ferner als diese Behauptung. Mit den anderen Fuehrern und Mitgliedern der Automobilarbeitergewerkschaft des CIO haben wir die Grundprinzipien des Marshall Planes und des Europaeischen Wiederaufbauprogramms unterstuetzt und werden es auch weiterhin tun. Wir wuenschen, dass das Volk der Vereinigten Staaten auch in Zukunft durch seine Regierung die notwendigen Geldmittel bereitstellen laesst, um den im Krieg verarmten Wirtschaften Europas auf die Beine zu helfen und ihren Voelkern zu zeigen, dass demokratische Einrichtungen fuer die Wohlfahrt aller Menschen arbeiten koennen.

Der grundlegende Unterschied zwischen dem Grundsatz der Automobilarbeitergewerkschaft und dem der kommunistischen Partei und ihrer Verbuedeten besteht darin, dass wir wuenschen, dass der Marshall Plan so arbeitet, wie es beabsichtigt war, waehrend die Kommunisten ihn zum Scheitern bringen wollen.

Wir uebten in dem vollen Bewusstsein Kritik, dass die Kommunisten versuchen wuerden, diese Kritik zur Rechtfertigung ihres Standpunktes zu gebrauchen. Kritik musste jedock geuebt werden. Der Kommunismus kann niemals die Herzen, Seelen und die Treue der europaeischen Arbeiter gewinnen, wenn sie nicht infolge eines Versagens der Demokratie dieser schrecklichen Alternative in die Arme getrieben werden. Die Arbeiter koennen ihre Familien nicht mit Schlagworten ueber Freiheit ernaehren. Die Arbeiter werden nicht durch verlogene Propaganda der kommunistischen Verklavung zum Opfer fallen, wenn sie wissen, dass sie in der Demokratie beides, Brot und Freiheit, haben koennen.

Wir von der Automobilarbeitergewerkschaft des CIO bestehen darauf, dass die Marshall-Plan-Hilfsmittel fuer diesen Zweck verwendet werden, und wir bereiten diesbezugliche Vorschlaege an die zustaendigen Behoerden unserer Regierung vor, die, wenn sie angenommen werden, die vom amerikanischen Volk zur Verfuegung gestellten Geld- und Hilfsmittel zu einem maechtigen Werkzeug zur Erreichung dieses Zieles machen werden.

Diejenigen Leute in unserem Lande und in Europa, die dafuer verantwortlich sind, dass die aus dem Wiederaufbau entstehenden Gewinne nicht dem europaeischen Arbeiter zugutekommen, sind die besten Verbuedeten des Kommunismus. Wir, die wir ein besseres Leben und einen hoeheren Lebensstandard fuer die Arbeiter der ganzen Welt wuenschen, sind Feinde des Kommunismus. Und die Kommunisten wissen das.

Wir haben bereits gesagt, und wir sagen es erneut, dass die Arbeiter in Europa nicht ihren gerechten Anteil an den Gewinnen erhalten, waehrend sich die Profite der Industriellen staendig mehren. Dies muss aufhoeren. Es darf nicht zugegeben werden, dass der Kommunismus aus Hunger und Armut Nutzen zieht, um sein totalitaeres Regime ueber die Voelker Europas auszubreiten.

Mit kollegialem Gruss

Euer

John W. Livingston
Internationaler Vizevorsitzender

DIE AUSSENPOLITIK DER AMERIKANISCHEN GEWERKSCHAFTEN

Die amerikanischen Gewerkschaften, insbesondere die AFL, haben die Aussenpolitik der amerikanischen Regierung scharf kritisiert. Diese Kritik bezog sich vor allem auf die Vorgaenge im Fernen Osten. Umso staerker begruessten es die Gewerkschaften, dass in der amerikanischen Aussenpolitik eine entscheidende Wendung zu verzeichnen ist, die sich dem Standpunkt der Gewerkschaften genaehert hat und die Vorgaenge im Fernen Osten jetzt staerker unter dem Blickwinkel des dortigen Arbeiters betrachtet.

In einem Rundfunkinterview wies der stellvertretende Vorsitzende der amerikanischen Foederation der Arbeit, kurz AFL genannt, auf die beiden grundlegenden Prinzipien hin, die die amerikanische Aussenpolitik zu beachten hat. Einmal darf die Regierung der Vereinigten Staaten keinerlei imperialistische Neigungen in irgend einer Form an den Tag legen, zum anderen muss sie jenen Laendern, die sich in wirtschaftlichen Noeten befinden, eine staendige und zunehmende Hilfe zur Verfuegung stellen. Nur in dieser Form koennen die Gefahren beseitigt werden, die durch die kommunistische Aggression entstehen. Der Aufbau einer freien Gewerkschaftsbewegung ist das staerkste Bollwerk fuer eine demokratische Entwicklung und bedeutet zugleich eine Steigerung des Lebensstandards. Wenn auf der anderen Seite die Vereinten Nationen ihren Prinzipien treu bleiben und jeden Missbrauch ausschliessen, so formen sie eine sichere und entschlossene Abwehr gegen jegliche Aggression. Natuerlich muessen auch Agrarreformen und soziale Fortschritte vorangetrieben werden, um jene Ungerechtigkeiten abzuschaffen, auf die kommunistische Kreise immer wieder hinweisen. Im Vordergrund muss aber eine festere Einigkeit aller freien Voelker stehen.

Wirtschaftlicher Fortschritt, militaerische Staerke und politische Einigkeit, das sind die drei Grundprinzipien, zu denen sich die amerikanischen Gewerkschaften bekennen.

Die Vorschlaege, die die Jahreskonvention der AFL in dieser Richtung macht, sind dazu bestimmt, die Voraussetzung zu staerken, so dass auch in militaerischer Hinsicht durch die Sowjets keinerlei Aggressionen mehr moeglich sind.

Wir fordern die amerikanische Regierung auf, die amerikanische Delegation im Rat der Vereinten Nationen zu veranlassen, eine Deklaration der Rechte und Pflichten der Mitgliedsstaaten zu erlassen. In dieser Deklaration muss zum Ausdruck kommen, dass die Vorbereitungen, die Organisierung und die Unterstuetzung sogenannter "Buergerkriege" und Unruhen durch irgend einen Staat im Gebiet eines anderen Staates als ungesetzlich erklaert wird. Um solche Massnahmen durchzufuehren, fordern die amerikanischen Gewerkschaften die Einrichtung einer staendigen Kommission der Vereinten Nationen, die

beauftragt wird, derartige Beschwerden im Augenblick und sofort zu behandeln und gleichzeitig geeignete Schritte zu unternehmen, um solche Verletzungen des Friedens zu verhindern. Aus diesem Grunde richtet die AFL an alle Gewerkschaften, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, die Bitte, eine gleiche Forderung ihren Regierungen vorzulegen, um zu veranlassen, dass die einzelnen Delegationen der Vereinten Nationen den Vorschlag unterstützen.

Die Kominform und der Weltgewerkschaftsbund haben nicht nur die bewaffnete Aggression in Korea durchgefuehrt, sie fuehren darueber hinaus eine systematische Sabotage der Vereinten Nationen durch. Es sei nur an die zersetzenden politischen Streiks in den verschiedenen Laendern erinnert, an die Gewalttaetigkeiten in Indien, an den Buergerkrieg in Indo-China, an die Propagandawellen in Asien und Afrika, die einen Rassenhass heraufbeschoeren, die Wirtschaftssabotage in Gross-Britannien, Westdeutschland, Frankreich und Italien, die militaristischen Drohungen in Persien, die Verfolgung der Gewerkschaften, der Kirchen und unablaessige gesetzwidrige Vorgaenge in den Satellitenstaaten, und schliesslich eine weltweite Verleumdungskampagne gegen das amerikanische Volk. Diese Aktionen der Kominform und des Weltgewerkschaftsbundes haben im Grunde alle den gleichen Zweck. Sie dienen der von Moskau befohlenen Eroberungssucht und Weltherrschaftsgeluesten und schliesslich der Unterwerfung der gesamten Menschheit unter die Sklaverei des kommunistischen Totalitarismus. Es bedarf keiner besonderen Begrueendungen, dass diesen Bemuehungen ein Ende gesetzt werden muss.

Beim Ausbruch des Korea-Konfliktes haben alle friedliebenden Nationen, die in den Vereinten Nationen zusammengeschlossen sind, den Entschluss gefasst, diese Verletzungen des Friedens mit allen Mitteln zurueckzuweisen. Die freien Voelker Asiens haben zum ersten Mal gemeinsam mit den demokratischen Staaten der uebrigen Welt ein Verteidigungsprogramm angenommen, das alle teilhabenden Voelker ohne Ruecksicht auf Glauben oder Rasse in gleicher Weise beschuetzen soll, um ihnen allen eine aehnliche Sicherheit zu geben, wie sie fuer das freie Europa durch den Atlantikpakt garantiert wird.

Die AFL begruessert auch aus diesem Grunde die schnelle und nachdrueckliche Hilfeleistung, die im Rahmen des Truman-4-Punkte-Programms allen jenen Gebieten zugute kommt, die in industrieller Beziehung zurueckgeblieben sind und deren Wirtschaft sich mit entsprechenden Hilfsmassnahmen in beträchtlichem Masse weiterentwickeln liesse. Die amerikanischen Gewerkschaften sind der Meinung, dass dieses Wirtschaftsprogramm weitergefuehrt werden sollte auf einer Basis, die jenen Laendern auch moderne Schulen und Erziehung, Kultur und Gesundheitsfuersorge, Sozialmassnahmen und Berufsausbildung zugute kommen laesst. Gleichzeitig muessen hier die Rechte der Arbeiterschaft gesichert und der Lebensstandard erhoehrt werden. Bei der Ausarbeitung dieses Programms sollten fortschrittliche Persoenlichkeiten der einzelnen Laender einschliesslich der Gewerkschaftsfuehrer herangezogen werden, damit in jedem Lande eigene und geeignete Stimmen zu Wort kommen, um bei der Planung dieser Massnahmen und ihrer Durchfuehrung zu helfen.

Als Beispiel sei hier erwaeht, dass die Vereinten Nationen nicht nur die Unabhaengigkeit und die Einheit der Republik Korea garantieren sollen, sondern auch alles daransetzen muessen, um das durch den Krieg verwuestete Land wieder aufzubauen und damit zugleich den guten Willen der friedliebenden Nationen demonstrieren.

Im Rahmen des Marshall-Plans spielt die Gewerkschaftsbewegung bereits eine staendig wachsende Rolle. Die gleichen Prinzipien der wirtschaftlichen Hilfe muessen auch auf Asien, Afrika und Latein-

Amerika angewendet werden. Dabei muss jedoch vorausgesetzt werden, dass bei der Festlegung dieser Politik und bei der verwaltungsmässigen Durchfuehrung dieser Hilfsmassnahmen die Gewerkschaften ein gleichberechtigter Partner neben der Regierung und dem Unternehmertum sein müssen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat bereits ein weitreichendes Programm ausgearbeitet, um freie Gewerkschaftsbewegungen in diesen Gebieten zu entwickeln und zu festigen. Die Gewerkschaften sind nicht nur das beste Bollwerk gegen den Totalitarismus; ihre Arbeit ist ebenso wichtig, um den Lebensstandard der Massen zu steigern, die heute in Not und Elend darben. Der Internationale Gewerkschaftsbund will bei diesem unblutigen Krieg gegen Armut, Ungerechtigkeit und Unsicherheit in der vordersten Frontlinie kaempfen, damit auch dort der Kommunismus nicht mehr gedeihen kann.

Die AFL haelt es hierbei fuer bedauerlich, dass diese wirtschaftliche Hilfe nicht auch auf China ausgedehnt wird, denn hier ist die Regierung durch auslaendische Intrigen und militaerische Interventionen an die Macht gekommen. Um so nachdruecklicher muessen sich daher die Gewerkschaften fuer den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in jenen Laendern einsetzen, in denen die Demokratie gegen den Totalitarismus verteidigt werden muss. Es ist deshalb auch erforderlich, dass die Gewerkschaften aller Laender einen Druck auf ihre Regierung ausueben, um endlich die Friedensvertraege mit Westdeutschland und Japan zu unterzeichnen und gleichzeitig den ungerechten Vertrag beseitigen, den Italien kurz nach Beendigung des II. Weltkrieges annehmen musste. Es ist weiterhin unbedingt notwendig, kollektive Sicherheitsmassnahmen zu schaffen, indem die gesamte Arbeitskraft der freien Welt mobilisiert wird und eine machtvolle Verteidigungsmaechinerie aufgebaut wird, die von vornherein jeden Aggressor entmutigen muss. Durch diese Massnahmen fuer die Sicherung des Friedens wird jede Aggression von vornherein unzweckmaessig. Westdeutschland ist ein entscheidender Teil der wirtschaftlichen und politischen Einheit Westeuropas. Das deutsche Volk sollte seine volle Souveraenitaet wiedererhalten und als Gleicher unter Gleichen im Kreis der freien Nationen behandelt werden. Die Deutschen sollten veranlasst werden, ihren Anteil an der Verantwortung zu tragen, dem Totalitarismus zu widerstehen. Aber ebenso oellten sie sich auch aller Vorteile einer kollektiven Sicherheit erfreuen.

Bisher haben die sowjetischen Delegierten in den Vereinten Nationen das Vetorecht 45mal benutzt, um Entscheidungen unwirksam zu machen. Die AFL setzt sich deshalb dafuer ein, dass die Vereinten Nationen eine Sonderkommission gruenden, die eine Revision der Grundsaeetze vorbereitet und gleichzeitig Vorbereitungen trifft, um eine staendige Sicherheitsstreitkraft zu schaffen. Natuerlich muessen dabei die Prinzipien geaendert werden, die das Vetorecht betreffen. Denn nur dadurch koennen jene unangenehmen Erfahrungen der Vergangenheit beseitigt werden und fuer die Zukunft ein besseres und schnelleres Funktionieren der Vereinten Nationen zugunsten der ihr angeschlossenen Laender sicherstellen.

Das Volk in Korea hat eine harte Lehre kennengelernt. Waehrend die Kommunisten dort herrliche Versprechungen machten, beweist heute ihre abgrundtiefe Niedertracht, dass sie Luegner und Heuchler sind. Die Arbeiter Ost-Europas und der Sowjet-Union haben diese Lektion schon laengst hinter sich. Die amerikanischen Arbeiter blicken mit ihnen in die Zukunft, sie wissen, dass diese Voelker sich nach der Stunde der Befreiung sehnen, nach der Stunde, in der wieder freie Gewerkschaften im Geiste wirklicher Internationalitaet gegrueudet werden koennen. Nur auf diesem Weg koennen die Arbeiter der ganzen Welt ihrem Ziel entgegen gehen: Dem Frieden und dem Wohlstand in Freiheit.

AFL-Rundfunksendung

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 34

Frankfurt, 27. Oktober 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Der blutige Weg der Kommunisten Italiens - - -	1
Oesterreichische Gewerkschafter berichten von Amerika - - - - -	3
Oldenbroek begründet die Politik des IBFG - -	5
Die internationale Transportarbeiterfoederation zum Marshall-Plan - - - - -	8
Die Gewerkschaftsbewegung ist ihrer Aufgabe gewachsen - - - - -	12
Methoden und Verfahren der Beschaeftigungs- sicherheit - - - - -	15

DER BLUTIGE WEG DER KOMMUNISTEN ITALIENS

„Ein Kommunist,“ schrieb Lenin, „muss bereit sein, jedes Opfer zu bringen, und darf, wenn noetig, vor keiner Verschwörung und keiner List zurueckschrecken, er muss illegale Methoden anwenden und die Wahrheit verbergen, wenn es darum geht, in die Gewerkschaften einzudringen, darin zu bleiben und in ihnen revolutionaer zu wirken.“

Was diese „Verschwörungen, Listen und illegalen Methoden“ fuer die freien Arbeiter in Wirklichkeit bedeuten, ist erneut

in einem Weissbuch des italienischen Gewerkschaftsbundes CISL aufgedeckt worden.

Mehr als 50 Faelle kommunistischer Gewalttaetigkeiten gegen freie Gewerkschaftsmitglieder sind in dieser grausigen Liste aufgefuehrt, die der Konvention der AFL unlaengst vorgelegt wurde. Zwei italienische Gewerkschafter, Enrico Parri und Luigi Morelli, erklaeerten den Amerikanern, dass die italienischen Kommunisten "einen Krieg des Terrors fuehrten, wie er in der Geschichte der Gewerkschaften ohne Beispiel sei. Er sei durch jede Art der Gewalttaetigkeit, von der unglaublichsten Misshandlung bis zum vorsaetzlichen und kaltbluetigen Mord gekennzeichnet.

In dem Dokument wird ebenfalls die kommunistische Methode angeprangert, Unruhen anzustifen und dann die Opfer als Maertyrer zu preisen.

Medina, eine Stadt in der Poebene, war der Schauplatz einer solchen Unruhe. Im Januar vorigen Jahres organisierten die kommunistischen Fuehrer einen Demonstrationszug, den sie in einen Aufstand umwandelten, bei dem sechs Arbeiter getoetet wurden.

Zwei Tage spaeter riefen sie einen Streik im ganzen Lande aus, leiteten eine Kampagne zur Unterstuetzung der Witwen und Waisen dieser Opfer ein und brachten in einer Sammlung 40,000 Dollar zusammen. Sechs Monate spaeter wurde ein Ortsfunktionaer des kommunistisch beherrschten italienischen allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGIL) wegen missbraeuchlicher Verwendung dieses Geldes verhaftet. Man stellte fest, dass die Familien der Getoeteten weniger als 10,000 Dollar erhalten hatten. Der Rest war dem CGIL und der kommunistischen Partei zugeflossen.

Dies ist nur ein Beispiel aus diesem Weissbuch. Die Kommunisten suchten auf dem Lande, in den Fabriken und Doerfern die aktivsten Mitglieder der freien Gewerkschaften aus, um sie zu misshandeln oder zu ermorden.

So starb Guiseppe Fanin mit 24 Jahren. Auf einer Farm geboren und grossgezogen, promovierte er an der Universitaet Bologna und hatte die Absicht, die Bauern zu organisieren. Er schloss sich der freien Gewerkschaftsbewegung an. Die Bauern hoerten ihm interessiert zu, wenn er von der Demokratie sprach. Als er vor zwei Jahren am Abend des 4. November mit dem Rad nach Hause fuhr, wurde er von vier Maennern ueberfallen und starb wenige Stunden spaeter. Drei Wochen danach bekannten sich vier kommunistische Funktionaere zu dieser Tat.

Dies ereignete sich in dem Bezirk Bologna-Emilia - der "roten Hochburg". Parri und Morelli nennen diesen Bezirk eine "blutgetraenkte Gegend". Und dies hat seinen Grund.

Sechs Landarbeiter wurden von einer 100koeppigen Menge geschlagen und gezwungen, ihre Arbeitsplaetze zu verlassen. Ein Arbeiter und seine Frau, eine werdende Mutter, wurden gesteinigt und misshandelt. Zwei Maenner wurden von 120 Demonstranten gezwungen, ihre Arbeit auf dem Lande aufzugeben. Zehn Landarbeiter wurden von den Feldern vertrieben, ein anderer Arbeiter wurde von sechs Maennern ueberfallen. Bei einem Ueberfall einer Bande von tausend Kommunisten auf 35 Erntearbeiter wurden zwei Frauen schwer misshandelt. Vier Maenner wurden auf dem Wege zur Arbeit entfuehrt. Ein anderer, der mit Landaufbesserungsarbeiten beschaeffigt war, wurde gesteinigt und musste zwei Tage im Krankenhaus behandelt werden.

In allen Faellen wurden diese Untaten veruebt, weil die Betroffenen Mitglieder freier Gewerkschaften waren.

Die Liste hoert jedoch hier noch nicht auf. Im gleichen Gebiet wurde ein Bauer von neun Maennern verpruegelt, weil er freie Gewerkschafter beschaeftigt hatte. Der Sekretaeer einer Gewerkschaft wurde geschlagen und beinahe gelyncht. Der Wald eines Bauern, in dem Mitglieder der freien Gewerkschaftsbewegung als Holzfaeller arbeiteten, wurde besetzt und zerstoert. Die Bueros des CISL in Mesola wurden voellig vernichtet.

Dieses Regime des Terrors, das von den beiden Gewerkschaftern als eine "ernste Gefahr fuer die Organisation der freien Gewerkschaften bezeichnet wird," hat zur Folge, dass die Arbeiter davor zurueckschrecken, sich und ihre Familien derartigen Gewalttaetigkeiten auszusetzen, in denen die Kommunisten so gute Meister sind.

Und doch trotzen freie Arbeiter immer wieder dieser Gefahr. Das beweisen die Vorfaele in dem Gebiet von Bologna-Emilia, von denen in ganz Italien erzaehlt wird.

Piemont, eine Winternacht vor zwei Jahren:

Luigi Leonarduzzi, ein Vertreter der freien Gewerkschaften, begab sich zu einer Konferenz des Komitees fuer Arbeitslosenunterstuetzung. Er wurde ueberfallen und schwer verletzt. Im Fruehjahr 1949 arbeitete Maria Vincenti in einem Geschaeft, in dem freie Gewerkschafter zugelassen waren. Sie wurde ueberfallen und schwer verletzt. Im Fruehjahr des folgenden Jahres folgte Giovanni Arrigoni, ein Freiheitskaempfer waehrend des Krieges, nicht dem Befehl kommunistischer Demonstranten, seine Arbeit in einer Saegemuehle niederzulegen. Er wurde verletzt.

Lombardei, Ende des Jahres 1948: Das Buero des Bezirksvorstandes des CISL wird durch eine Bombe zerstoert. Fruehjahr 1949: Ein Mann wird vor den Toren seiner Arbeitsstaette niedergeschlagen. Mai dieses Jahres: Ein Gewerkschaftsdelegierter, der bei der Besprechung eines Problems von allgemeinem Interesse eine Meinung vertritt, die den Kommunisten nicht gefaellt, wird von drei Maennern misshandelt. Im gleichen Monat des gleichen Jahres: Fuenf Gewerkschafterinnen werden von einer bewaffneten Bande angegriffen.

In ganz Italien nichts als Gewalttaetigkeiten, wo immer man der kommunistischen Linie nicht folgt und das demokratische Gewerkschaftswesen unterstuetzt. In ganz Italien sind es dennoch nur wenige Leute, die die gewalttaetige Lehre des stalinistischen Kommunismus dem friedlichen Dienst an der Sache der italienischen Arbeiter voranstellen.

Arbeitsmitteilungen der ECA
X/11/50

OESTERREICHISCHE GEWERKSCHAFTER BERICHTEN VON AMERIKA

Sechs oesterreichische Gewerkschaftsfuehrer kehrten von einer Reise nach den Vereinigten Staaten zurueck und erklaerten, dass der Marshallplan der Faktor Nr. 1 im wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramm ihres Landes sei, dass die Zukunft jedoch in den Haenden der Oesterreicher selbst laege.

Sie sagten, sie "kaemen zurueck, um sich fuer die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa einzusetzen. Wenn Europa das

langersehnte Ziel des Wohlstandes erreichen soll, muessen die bestehenden nationalen Grenzen verschwinden. Dies ist die Hoffnung Oesterreichs und aller europaeischen Laender."

Die Gruppe kam gerade von einer sechswoechigen Reise zurueck, die sie zum Studium des Gewerkschaftswesens und der Produktivitaetsmethoden in den Vereinigten Staaten und der Schirmherrschaft des Marshallplanes unternommen hatte.

"Ein Amerikaner fragte mich, wie es in Europa aussieht," erklaerte Pius Schneeberger, der Vorsitzende der oesterreichischen Land- und Forstarbeiter-Gewerkschaft. "Ich sagte ihm, er solle sich die 48 Staaten der USA als getrennte nationalistische Laender vorstellen, dann wuerde er unsere Probleme kennen." Die Gruppe war der Auffassung, dass die Vereinigten Staaten die volle Bedeutung des Wortes Zusammenarbeit erkannt haben.

Die Besucher wurden in Le Havre von Vertretern der bedeutenden franzoesischen freien Gewerkschaften, der "Force Ouvrière", der Christlichen Arbeitergewerkschaft und des Vorarbeiter-Verbandes bei ihrer Ankunft in Europa gerade in dem Zeitpunkt begruesst, als der kommunistische Versuch, Oesterreich in einen Generalstreik zu stuerzen, klaeglich gescheitert war.

Die Gruppe erklaerte, dass sie mit der gegenwaertigen Lage nicht vertraut sei, dass sich aehnliche Vorfaelle jedoch in jedem Jahre so sicher "wie der Herbst" wiederholten. Die grosse Mehrheit der oesterreichischen Gewerkschafter, einschliesslich derer, die in der Sowjet-Zone wohnen, steht nicht unter dem Einfluss der Kommunisten. Selbst in Industrien, die sich in russischem Besitz befinden, gibt es Betriebe, in denen nicht mehr als 20% der Belegschaft kommunistischen Gewerkschaften angehoren. Die Oesterreicher wissen nur zu gut, dass ihr Land unter der Herrschaft der Kommunisten zu einem Satellitenstaat werden wuerde. Sie sind der Auffassung, dass die oesterreichischen Kommunisten von Oesterreich selbst in Schach gehalten werden koennen, wenn sie nicht von einer Fremdmacht direkt unterstuetzt werden.

Die Oesterreicher berichteten, dass sie ein wirkliches Freundschaftsverhaeltnis zwischen der amerikanischen und ihren eigenen freien Gewerkschaften festgestellt haetten. "Wir waren erstaunt darueber," sagten sie, "dass amerikanische Gewerkschaftsorganisationen, die sich mit eigenen Problemen zu beschaeftigen haben, so sehr an der gegenwaertigen Weltlage interessiert und sich ihrer internationalen Verantwortlichkeiten vollauf bewusst sind. Wir kommen mit dem Bewusstsein zurueck, dass wir jenseits des Ozeans wirkliche Brueder besitzen, deren Freundschaft nicht nur in schoenen Worten besteht."

Die Gewerkschaftsfuehrer kamen mit einem gefestigten Glauben an die Lebensweise der westlichen Welt aus Amerika zurueck, wo sie sahen, wie die organisierte Arbeiterschaft schnell zu einem maechtigen demokratischen Bollwerk einer freien Gemeinschaft werden kann.

Ignaz Koock, der selbst in der russischen Zone beheimatet und Sekretaer des bundesstaatlichen Sekretariats des Gewerkschaftsbundes ist, zeigte an Hand eines Beispiels, wie frei die amerikanische Lebensgemeinschaft ist: "Wenn ich hierfuer niemals einen Beweis hatte, so erhielt ich ihn, als ich eine Textilfabrik in Tennessee besuchte, wo von 1300 Arbeitern nur ein einziger nicht Gewerkschaftsmitglied war und niemand versuchte, ihn zum Eintritt in die Gewerkschaft zu zwingen. Das ist wahre Demokratie!"

Die oesterreichischen Besucher reisten von New York nach Chikago und dann in den Sueden bis nach Texas und waren begeistert ueber die umfassenden Erziehungsprogramme der amerikanischen Gewerkschaften, die sie fuer ihre Mitglieder durchfuehren. Als direktes Ergebnis hiervon seien sich die amerikanischen Gewerkschafter nicht nur der Vorteile einer hohen Produktionsleistung bewusst, sondern in vielen Faellen sei es die Gewerkschaft selbst, die bei der Rationalisierung der Produktion zur Erreichung hoher Produktivitaetsziele eine bedeutende Rolle spiele.

Ihre Eindruecke umfassend erklarten die oesterreichischen Gewerkschaftsfuehrer, dass nichts vollkommen sei, und auch das amerikanische System gewisse Fehler enthalte. "Diese stehen jedoch in keinem Verhaeltnis zu den bereits erzielten Erfolgen."

Die Mitglieder der oesterreichischen Besuchergruppe waren: Pius Schneeberger, Ignaz Kooock, Edmund Holzfeind, der Zentralsekretaer der Post- und Telegraphenarbeiter, Leopold Wolff als Vertreter der Chemiewerker, Edmund Hofeck, Vize-Praesident der Arbeitskammer und Fritz Matzner, der Landeshauptmann der Provinz Steiermark und Fuehrer der dortigen Gewerkschaftsbewegung.

Arbeitsmitteilungen der ECA
X/10/50

OLDENBROEK BEGRUENDET DIE POLITIK DES IBFG

J. H. Oldenbroek, der Generalsekretaer des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, hat eine ausfuehrliche Erklaerung abgegeben, warum die freien Arbeiter die Aggression in Nord-Korea und andere folgenschwere Handlungen des Kominform, wie die Bewaffnung Albaniens an der jugoslawischen Grenze, ablehnen.

Oldenbroek ueberbrachte der 82. Jahreskonferenz des britischen Gewerkschaftskongresses die Gruesse der 50 Millionen Mitglieder des IBFG und wies erneut darauf hin, dass diese Organisation die Verteidigungsmassnahmen der Vereinten Nationen in Korea und den Marshall-Plan unterstuetzt.

Er berichtete ausserdem von der zunehmenden Staerke des IBFG in seinem weltweiten Konkurrenzkampf mit der kommunistischen Marionettenorganisation, dem Weltgewerkschaftsbund. Er ist der Auffassung, dass die Hauptaufgabe in Korea in der Loesung der Frage besteht, ob eine Aggression gegen die Vereinten Nationen unbeantwortet bleiben soll oder nicht.

"Es geht nicht um die Frage, welche Art von Regierung in Suedkorea bestand," sagt Oldenbroek. "Diese Regierung wurde in geheimer Wahl unter Aufsicht der Kommission der Vereinten Nationen fuer Korea gewaehlt, die von den Kommunisten daran gehindert wurde, freie Wahlen in Nordkorea abzuhalten."

"Die Aggression ist es, die die freien Arbeiter verwerfen," erklarte er. "Wir sind grundsuetzlich gegen eine Aggression, und wir lehnen sie ausserdem ab, weil sie zu einem neuen Krieg fuehren kann. Aus diesem Grunde befuerworten wir die Massnahmen der Vereinten Nationen. In den Panzerschraenken des Kominform liegen Plaene bereit, und in einer Reihe von Laendern hegen die Menschen die Befuerchtung, dass sie als naechste an der Reihe sein koennten."

"Wenn die Aggression gegen Korea erfolgreich verlaufen waere, was waere dann aus Finnland, Jugoslawien, Persien, der Tuerkei und Oesterreich geworden?" fragte der Gewerkschaftsfuehrer. "Denken wir einmal an Oesterreich mit seiner wohlorganisierten und starken Gewerkschaftsbewegung. Wer verhindert den Abschluss eines Staatsvertrages mit Oesterreich? Niemand anderes als die Sowjetunion."

"Was Jugoslawien betrifft, so moechte ich nicht Fuersprecher dieses Staates sein, aber ich moechte auch nicht, dass er das Opfer einer Aggression wird. Und dann stelle ich an dieser Stelle die Frage, warum Waffen und Munition mit polnischen Schiffen von Gdingen und anderen Haefen nach Albanien transportiert werden, das von russischen, polnischen und anderen Statthaltern beherrscht wird?"

Auf die kommunistischen Friedensappelle bezugnehmend, in denen die demokratischen Laender aufgefordert werden, ihre Atomwaffen sofort zu zerst hoeren, sagte Oldenbroek: "Die Atombombe, Wasserstoffbombe oder sonstige Bomben und Waffen duerften natuerlich nicht zur Anwendung kommen. Dies ist jedoch nur moeglich, wenn eine internationale Kontrolle ausgeuebt werden kann. Die Vorschlaege der westlichen Welt zur Durchfuehrung einer internationalen Kontrolle sind in den Vereinten Nationen von der Sowjetunion abgelehnt worden."

"Ausser dem Missbrauch wissenschaftlicher Erkenntnisse kennen wir jedoch auch den Missbrauch des menschlichen Gehirns fuer verwerfliche Zwecke, wie ich die angewandte Psychologie bezeichnen moechte. Man will den Menschen durch Einhaemmern zu jeder Stunde bei Tag und bei Nacht glauben machen, dass die Amerikaner die Eindringlinge in Korea sind. Es ist die gleiche endlose Beschuldigung, die man auch gegen Jugoslawien richtet, das den Mut hatte, sich dem Kominform zu widersetzen. Es ist der Aufruf des Weltgewerkschaftsbundes an die Arbeiter der Post und des Rundfunks in allen Laendern, dass sie sich weigern sollen, jegliches Material, das die Haltung der Sowjetregierung kritisiert, weiterzuleiten."

"Und dabei ist das Recht der freien Rede und der Pressefreiheit im Programm des W.G.B. verankert! Die Kommunisten fordern jeden auf, zu streiken und vor allem sich an Generalstreiks zu beteiligen. In ihren eigenen Laendern jedoch haben sie das Streikrecht abgeschafft. Sie erheben somit den Betrug zur hoechsten Tugend." In Bezug auf den kommunistisch beherrschten Weltgewerkschaftsbund erkl aerte Oldenbroek ausserdem, dass es zwar keine Moeglichkeit gaebe, die Taetigkeiten der Kommunisten hinter dem Eisernen Vorhang zu pruefen, ihre Behauptung jedoch, in Frankreich fuenf Millionen und in Italien fuenfeinhalb Millionen Mitglieder zu besitzen, 'vollkommen unsinnig' sei.

Im Gegensatz hierzu steige die Mitgliederzahl des IBFG staendig an, und bis zum Kongress im naechsten Jahre wuerde sich die Zahl der Mitgliederstaaten von 50 auf 60 erhoehrt haben, was eine Zunahme um mehrere Millionen der gegenwaertigen Mitgliederzahl von 50 Millionen zur Folge haben wird.

Oldenbroek wies auf das wachsende Interesse und die Machtstellung des IBFG in Asien und Latein-Amerika hin, wo der Weltgewerkschaftsbund nach der Herrschaft strebte. In diesen Gebieten muesse die Arbeit des IBFG dezentralisiert werden. Regionale Kommissionen werden es ermoeeglichen, die allgemeine Politik des IBFG so durchzufuehren, wie es die Menschen der betreffenden Ge-

bierte in besserer Kenntnis der lokalen Verhältnisse als am günstigsten erachten.

Oldenbroek erklärte dem britischen Gewerkschaftskongress, dass sich der IBFG für baldige nationale Freiheit und Selbstregierung aller Menschen einsetze und dieses Streben auch seinem Interesse an unterentwickelten Gebieten zugrundeliege. Er kündigte an, dass der IBFG im Januar nächsten Jahres in Mexiko einen internationalen Kongress für Latein-Amerika und zu einem späteren Zeitpunkt, wenn möglich vor Ende nächsten Jahres, eine asiatische regionale Konferenz abhalten wird.

Eine europäische regionale Tagung wird ebenfalls in Kürze stattfinden, und mit dem Hinweis auf zahlreiche Tätigkeiten des IBFG in Europa erklärte Oldenbroek, dass die Organisation eine aktivere Rolle beim Marshall-Plan spielen wird, "der soviel geleistet hat und vor allem zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, der Verbesserung des Lebensstandards, der Steigerung der Produktion und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau beigetragen hat."

"Wir wünschen nicht, dass sich aus dem Schumanplan ein Kartell entwickelt, und wir werden unsere Unterstützung dieses Planes von der Beteiligung der freien Gewerkschaften an diesem grossen Wagnis abhängig machen."

Der IBFG überprüfe die Probleme der besoldeten Angehörigen freier Berufe und erwarte die Bildung internationaler Berufsekretariate für Lehrer, Journalisten und Schauspieler. Die internationale Körperschaft beabsichtige in Kürze eine Konferenz über Arbeiterbildung durchzuführen. Die Führer des IBFG forderten die europäischen Regierungen auf, ihre Arbeiter gegen jegliche Steigerungen der Lebenshaltungskosten zu schützen, die als Folgeerscheinung der koreanischen Krise auftreten könnten.

Der IBFG bleibe allen Formen der Diktatur abgeneigt. "Wir werden unseren Kampf sowohl gegen die militaristischen und faschistischen als auch gegen die Methoden der Unterdrückung in den sogenannten "Volksdemokratien" fortsetzen."

"Wir lehnen alle Zugeständnisse an Franko-Spanien ab, dem ein beträchtlicher Kredit - um es genau zu sagen, 62 1/2 Millionen Dollar - für seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau versprochen wurde."

Auf die Unterschiede zwischen den Gewerkschaften in kommunistischen und den in demokratischen Ländern hinweisend bemerkte Oldenbroek, dass für das ursprüngliche Programm des W.G.B. zur Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiter nichts getan worden sei. Dieses Programm ist von freien Gewerkschaftern aufgestellt worden, als sie noch Mitglieder dieser Organisation gewesen seien.

Als die Kommunisten sich geweigert hatten, am Marshall-Plan mitzuhelfen, hätten sich die freien Arbeiter gezwungen gesehen, aus dem Weltgewerkschaftsbund auszutreten. Seitdem sei zur Verwirklichung des WGB-Programms nichts mehr unternommen worden.

"Und nachdem sich die freien Gewerkschaften vom Weltgewerkschaftsbund getrennt hatten und diese Organisation zu nichts weiter als einem Werkzeug des Kominform geworden ist, wird sie nichts mehr für die Verwirklichung ihrer Programmpunkte tun. Die konstruktive Arbeit ist und wird immer von freien Gewerkschaften geleistet werden müssen und nicht von totalitären Organisationen, die nur das eine Ziel verfolgen, die Befehle ihrer Herren auszu-

fuehren, und die deshalb keine Zeit fuer konstruktive Arbeit haben, sondern sich nur zersetzenden und umstuerzlerischen Aufgaben widmen."

Telegramm der ECA
IX/8/50

DIE INTERNATIONALE TRANSPORTARBEITERFOEDERATION ZUM MARSHALL-PLAN

Europas Transportsystem hat unter dem zweiten Weltkrieg vielleicht mehr gelitten als jede andere Industrie. Nach Beendigung der Feindseligkeiten sah es sich vor grosse Probleme des Wiederaufbaus und der Neuorganisierung gestellt. Die Internationale Transportarbeiterfoederation wusste, dass zu allererst das Strassen-, Eisenbahn- und Wassertransportsystem Europas wieder instandgesetzt werden musste, bevor ein allgemeiner wirtschaftlicher Wiederaufbau beginnen konnte. Lange vor Beendigung des Krieges beschaeftigte sich die ITF mit den Problemen, die sie nach dem Kriege zu loesen hatte. Sie entwickelte Plaene zur rationellen Entwicklung der europaeischen Transportverhaeltnisse, die, so hoffte sie, zu einer europaeischen Wirtschaftseinheit und zur Zusammenarbeit fuer den Frieden fuehren wuerden.

Zuerst mussten die dringendsten Instandsetzungsarbeiten ausgefuehrt werden. Die Bemuehungen der europaeischen Laender, die von der zum grossen Teil von den USA finanzierten UNRRA unterstuetzt wurden, hatten 1947 bereits so gute Ergebnisse gezeitigt, dass schaeztungsweise 80% der dringendsten Aufgaben geloest waren. Die Transportarbeiter legten in jenen Jahren ein grosses Pflichtbewusstsein an den Tag. Die ITF ist jedoch der Ansicht, dass bessere und schnellere Ergebnisse haetten erzielt werden koennen.

Waehrend des Krieges und kurz nach Kriegsende hegte sie den Gedanken, dass die europaeischen Laender ihre Hilfsquellen zusammenlegen und nach einem gemeinsamen Plan arbeiten muessten. Zu diesem Zweck wurden eine Reihe Vorschlaege ausgearbeitet. Auf der Konferenz des Ausschusses der Internationalen Arbeitsorganisation fuer Binnentransport, die im Dezember 1945 in London stattfand, bekannten sich die Vertreter der Regierungen und der Arbeitgeber zu den Vorschlaegen der ITF und fassten viele von ihnen in einer Entschliessung zusammen. Diese Entschliessung blieb jedoch, im ganzen gesehen, ein toter Schemen. Mit diesen Vorschlaegen hatte die ITF groessere Ziele als nur den physischen Wiederaufbau im Auge. Sie wuenschte naemlich, dass die Europaeer gemeinschaftlich zusammenarbeiten und in dieser kritischen Zeit einen Plan der Zusammenarbeit entwerfen wuerden, der auch fuer die langfristige Aufgabe des wirtschaftlichen Wiederaufbaus beispielhaft haette sein koennen.

Einige langfristige Instandsetzungsarbeiten und dringende Programme der Neuausruestung wurden im Jahre 1946 begonnen; die Hilfsquellen der verschiedenen europaeischen Laender reichten jedoch nicht aus, um alle notwendigen Investierungen durchfuehren zu koennen. Schon drohte die gesamte europaeische Wiederaufbau-bewegung zusammenzubrechen, da kamen im Sommer 1947 Nachrichten ueber ein amerikanisches Unterstuetzungsprogramm fuer den Wiederaufbau Europas von der anderen Seite des Atlantiks.

Die Fuehrer des ITF hatten schnell die Bedeutung der Marshallplan-Vorschlaege erkannt. Zu jener Zeit konnte sich die ITF dank der Tatsache, dass sie ihre Unabhaengigkeit gegenueber dem Weltgewerkschaftsbund bewahrt hatte, zum Marshallplan bekennen, der vom Weltgewerkschaftsbund abgelehnt wurde.

Auf einer Konferenz im November 1947 in London wurde vom Generalrat des ITF eine Entschliessung gefasst, in der der Marshallplan als eine "Gelegenheit zur Zusammenarbeit, besonders auf dem Gebiet des Transportwesens, zur Sicherung einer fortschrittlichen und zivilisierten Zukunft Europas," herzlich willkommen geheissen wurde. Der Generalrat erkannte, dass den Transportarbeitern bei der Verwirklichung dieses Planes eine bedeutende Rolle zufiel. Wenige Monate spaeter wurde eine Tagung der Transportarbeitergewerkschaften der 16 beteiligten Laender einberufen, auf der die Auswirkungen des Planes auf die Gewerkschaftsmitglieder erortert wurden.

Die im April 1948 in Luxemburg abgehaltene Konferenz erwies sich als ein Markstein in der Einstellung der europaeischen Gewerkschaften zum Marshallplan. Die Konferenz sprach ihre Anerkennung ueber "die Grosszuegigkeit der amerikanischen Regierung aus, die im Rahmen des ERP wirtschaftliche Hilfe in bisher ungekanntem Ausmasse angeboten hatte." Zahlreiche Delegierte bedauerten, dass der kommunistisch gefuehrte Teil der europaeischen Gewerkschaftsbewegung den Marshallplan aus politischen Gruenden ablehnte, und alle versprachen im Namen ihrer Gewerkschaften, den Gedanken der internationalen Solidaritaet, der diesem Programm zugrundelag, zu unterstuetzen.

Die bedeutendsten Fachgruppen der ITF folgten bald diesem Beispiel. Ein Monat nach der Luxemburger Konferenz wurde auf einer internationalen Konferenz der Autobus- und Strassenbahnarbeiter erklart: "Diese Konferenz sieht in dem Gelingen des Marshallplans die Moeglichkeit, die wirtschaftlichen Verhaeltnisse und den Lebensstandard in den beteiligten Laendern zu verbessern und damit ihre Freiheit und ihre demokratische Lebensform zu erhalten." Einige Monate spaeter brachte die internationale Konferenz der Dockarbeiter und Seeleute ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, alle kommunistischen Versuche, den Marshallplan durch zersetzende Taetigkeiten in europaeischen Haefen zu sabotieren, abzuschlagen.

Die bejahende Einstellung der ITF dem Marshallplan gegenueber beruhte auf den folgenden fuenf triftigen Gruenden:

1. Die Wiederherstellung der europaeischen Haefen, Eisenbahnen und Strassen musste die Arbeit der Transportarbeiter erleichtern und ihren Arbeitsplatz fuer die Zukunft sichern.
2. Indem der Marshallplan den allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas unterstuetzte, musste er den Lebensstandard aller Arbeiter verbessern.
3. Der wirtschaftliche Wiederaufbau, der bessere soziale Verhaeltnisse schafft, staerkt die Demokratie in Europa und hilft mit, die Gefahr irgendeiner Form der Diktatur zu beseitigen.
4. Dadurch, dass amerikanische Gewerkschaften den Marshallplan unterstuetzen, wird die Zusammenarbeit der amerikanischen Arbeiterschaft mit europaeischen Gewerkschaften gefoerdert - ein Ziel, nach dem die ITF schon lange strebte.
5. Die ITF hoffte, dass der Marshallplan den Zusammenschluss des europaeischen Transportsystems anregen und damit den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Europas erleichtern wuerde.

Waehrend der beiden ersten 2 1/4 Jahre des Marshallplanes sind dem europaeischen Transportwesen 330 Millionen Dollar an

direkten Aufwendungen zur Verfügung gestellt worden. Der grösste Teil hiervon wurde fuer Ausruestungen wie Motorfahrzeuge, Lokomotiven und Flugzeuge verwendet. Ausserdem haben europaeische Laender aus Gegenwertfondsmitteln etwa 550 Millionen Dollar fuer den Wiederaufbau von Eisenbahnen, Strassen, Bruecken, Wasserwegen, Hafenanlagen und Flugplaetzen freigegeben.

Die Marshall-Hilfe fuer das Transportwesen beschraenkte sich jedoch nicht nur auf Europa. Von besonderem Interesse fuer die Transportarbeiter war der Ausbau Abidjous, eines Hafens an der franzoesischen Westafrika-Kueste, der bereits als Afrikas "Hafen der Zukunft" bezeichnet wurde.

Ein anderes, besonders erwaehnungswertes Bauvorhaben, fuer das 9 Millionen Dollar der ECA und 15 Millionen aus Gegenwertfonds zur Verfügung gestellt wurden, ist die Umbettung des Rheins auf einer Strecke von 65 Meilen oberhalb Strassburgs.

Der 21. Kongress der ITF nahm einstimmig eine Resolution des Dankes fuer die Marshallplan-Hilfe an: "Dieser Kongress bringt dem amerikanischen Volk und besonders den amerikanischen Arbeitern gegenueber seine Anerkennung fuer die zur Foerderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Europa geleistete Hilfe zum Ausdruck."

Die ITF war jedoch nicht mit dem Platz zufrieden, der ihr bei den ueberstaatlichen Besprechungen ueber die neue Organisierung und die vorausschauende Planung des europaeischen Transportwesens eingeraeumt wurde. J. H. Oldenbroek, der fruhere Generalsekretaer der ITF und jetzige Generalsekretaer des IBFG, hat erklart, dass der wichtigste Faktor des Marshallplanes darin bestehe, die "Notwendigkeit einer inter-europaeischen Planung hervorzuheben; und dieser Gesichtspunkt erscheint in unseren Augen noch wichtiger als die sofortige Unterstuetzung, die uns der Marshallplan bringt."

Seit ihrem Hamburger Kongress im Jahre 1924 hat sich die ITF fuer die Sozialisierung des europaeischen Transportwesens als den ersten Schritt zur Beseitigung der wirtschaftlichen Uebel des Kontinents eingesetzt, um eine weitere Sicherheit gegen Kriege in Europa zu schaffen. Auf den folgenden Kongressen wurde im einzelnen zu diesem Thema Stellung genommen und 1935 eine Erklaerung abgegeben, in der es heisst, dass es "Pflicht der Transportarbeiter sei, dieser Forderung die groesstmoeglichste Unterstuetzung zu geben. In anbetracht der Tatsache, dass sie als erste unter chaotischen Verhaeltnissen im Transportwesen zu leiden haben, sind sie diejenigen, die gleichzeitig sowohl ihre eigenen Interessen als auch die der uebrigen Menschheit vertreten."

Alle Moeglichkeiten einer europaeischen Zusammenarbeit und Einheit wurden zu jener Zeit durch die Ausbreitung des Faschismus zunichtegemacht. Diese Vorschlaege sind jedoch Vorlaeufer der von der ITF waehrend und nach dem zweiten Weltkrieg entworfenen Plaene fuer ein vereinigtetes Transportsystem.

Anfang des Jahres 1943 veroeffentlichte das Organ der ITF einen Leitartikel mit dem Titel "Ein vereinigtetes Transportsystem fuer Europa". Hierin wurde zur Schaffung eines Transportausschusses fuer Europa aufgerufen, der einen Plan zur Organisierung des Transportwesens unter Zugrundelegung einer europaeischen Wirtschaftseinheit entwerfen sollte.

Die Fachabteilung der ITF fuer Eisenbahner schlug zu einem spaeteren Zeitpunkt des Jahres 1943 vor, dass die ITF selbst einen solchen Plan entwerfen solle. Ein Programm wurde aufge-

stellt und von der ITF angenommen. Ihm lag die Forderung nach einer europaeischen Transportbehoerde mit der notwendigen Befugnis zur Kontrolle und Bestimmung der Politik in Bezug auf das europaeische Transportwesen zugrunde. Die ITF war sich zu jener Zeit bewusst, dass Europa nach dem Kriege wieder zu einem Kontinent vieler Staaten werden wuerde, erklarte jedoch in ihrem Programm, dass das endgueltige Ziel der europaeischen Transportbehoerde sein solle, dafuer zu sorgen, dass der Transport der Verwirklichung einer groesseren Einheit des europaeischen Lebens dienen soll. Im Programm wurde ausserdem die Forderung erhoben, dass die Gewerkschaften bei der nach dem Kriege notwendigen Neuorganisation eine wichtige Rolle zu spielen haben.

Die im Kriege gemachten Erfahrungen und die Arbeit der ITF fuehrten dazu, dass die alliierten Regierungen zwar weniger kuehne, aber doch aehnliche Absichten hegten. 1942 bildeten die Alliierten den interalliierten technischen Beratungsausschuss fuer Landtransport, der sich vorlaeufig mit aehnlichen Fragen dieser Art befassen sollte. Dieser Ausschuss wurde spaeter in "Landtransportkomitee" umbenannt und mit groesseren Befugnissen ausgestattet. Die ITF empfahl die Schaffung einer europaeischen Transportorganisation. Eine vorlaeufige Organisation - die europaeische Zentralorganisation fuer Landtransport - wurde 1945 von den Regierungen zwolf verschiedener Laender ins Leben gerufen.

Sie hatte die Aufgabe, die europaeischen Laender bei der Wiedererrichtung ihrer inlaendischen Transportsysteme zu unterstuetzen. Die ITF sicherte sich eine Vertretung in dieser Organisation, die die Aufgabe hatte, bei der Eroerterung von Arbeitsfragen im Transportwesen beratend mitzuwirken. Bei der Aufloesung der Organisation im Jahre 1947 bestanden zwischen der ITF und der europaeischen Zentralorganisation fuer Landtransport sehr freundschaftliche Beziehungen.

An ihre Stelle trat die europaeische Transportkommission - eine Zweigorganisation der europaeischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen. Aufgrund ihres mitberatenden Statuts beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen ist der ITF eine Vertretung in dieser Koerperschaft und das Recht, den Standpunkt der Arbeiter zu vertreten, zugesprochen worden.

Dann wurde die Organisation fuer europaeische Wirtschaftszusammenarbeit (OECE) gegrueudet, die in erster Linie die Programme des Marshall-Planes der westeuropaeischen Laender koordinieren soll. Einer internationalen Gewerkschaftsunterorganisation, dem Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss fuer das ERP, ist von der OECE ein mitberatendes Recht zugebilligt worden. Die Gewerkschaftsverbaende der Teilnehmerstaaten sind diesem Ausschuss angeschlossen. Die ITF ist jedoch der Auffassung, dass sie zu den beiden Transportkomitees der OECE direkten Zutritt haben muesse. Bis jetzt ist diese Forderung abgelehnt worden.

Obwohl die Fuehrer der ITF ueber den Erfolg des Marshall-Plans erfreut sind, der in der Wiederherstellung der Transportmoeglichkeiten der verschiedenen Laender besteht, sind sie darueber enttauscht, dass die Moeglichkeit, eine europaeische Transporteinheit zu verwirklichen, nur in geringem Masse wahrgenommen wurde. Ihr Vorschlag, eine europaeische Transportbehoerde ins Leben zu rufen, wird von der beratenden Versammlung des Europarates in Strassburg zur Zeit ercertert.

Arbeitsmitteilungen der ECA

U. S. Arbeitsminister Maurice J. Tobin:

DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IST IHRER AUFGABE GEWACHSEN.

Im Jahre 1924 erklarte Samuel Gompers: "Die amerikanische Arbeiterschaft ist zu dem Zwecke organisiert, gegen das Unrecht und fuer das Recht zu kaempfen - und zwar nicht nur in den Vereinigten Staaten. Ueberall, wo Ungerechtigkeiten auftreten, gibt es Arbeit fuer uns; und ueberall, wo ein Recht noch nicht besteht, gibt es ebenfalls Arbeit fuer uns."

Diese Theorie von der internationalen Verantwortung der Gewerkschaftsbewegung hat heute eine besondere Bedeutung. Die Hundertjahrfeier des Geburtstags Samuel Gompers trifft die Gewerkschaften in einer Weltkrise an, die in ihrer Geschichte einmalig ist. Die Vereinigten Staaten waren schon frueher schweren Gefahren ausgesetzt, aber niemals unter den gleichen Umstaenden, wie sie heute die Welt erschuettern.

Die amerikanischen Gewerkschaften haben erklart, dass sie die von der US-Regierung getroffenen Massnahmen zum Schutze der freien Voelker und zur Erhaltung des Weltfriedens von ganzem Herzen unterstuetzen. Praesident Truman erklarte, dass die Bedeutung Koreas in dem Entschluss der freien Welt liege, "einer gesetzwidrigen Aggression mit Gewalt zu begegnen." Unmittelbar danach kuendigte eine "Einheitskonferenz" von Sprechern der AFL und des CIO in Washington die "voellige Entschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung an, der Regierung der Vereinigten Staaten in dieser kritischen Zeit uneingeschraenkte und gemeinsame Unterstuetzung zu gewaehren." Dieser Entschluss steht im Einklang mit dem Kampf der Gewerkschaftsbewegung gegen den Kommunismus im eigenen Lande und im Ausland.

Die von amerikanischen Gewerkschaften auf internationalem Gebiet geleistete Arbeit verdient die Anerkennung aller freiheitlich Denkenden. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung ist eine der staerksten Waffen, mit der verhindert wird, dass auslaendische Gewerkschafter der kommunistischen Propaganda erliegen. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung, die immer im Brennpunkt des Kampfes stand, beteiligte sich an der Gruendung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, der im Ausland als demokratische Macht aktiv taetig ist, den Kommunisten entgegenarbeitet und die Lehre der freien Gewerkschaften in einer freien Welt verbreitet.

Die Bemuehungen der Gewerkschaftsbewegung in dieser Richtung werden durch die amerikanische Lebensweise gefoerdert. Die amerikanischen Lohnempfaenger sind weit davon entfernt, Arbeitssklaven kommunistischer Praegung zu sein. Sie sind freie Menschen, die einen staendig wachsenden Einfluss auf die Funktion der amerikanischen Demokratie ausueben. Die Arbeiter erfreuen sich in Amerika der Vorteile sozialen und wirtschaftlichen Wohlstandes. Die Gewerkschaftsbewegung hat sich ihren Platz im amerikanischen Leben gesichert - einen Platz der Ehre und Macht gemaess dem amerikanischen, traditionellen Grundsatz: Gleiche Moeglichkeiten fuer Alle. Im Gegensatz zu dieser vorbildlichen Praxis kann der Kommunismus den Arbeitern nur Sklaverei und Ketten bieten.

Soeben sprach ich von den Vorteilen, die der amerikanische Arbeiter fuer sich buchen kann. Lassen Sie mich vor allem die sich staendig verbessernden Loehne und den sich steigenden Lebensstandard erwahnen. Im Jahre 1910 betrug der durchschnittliche Wochenverdienst der Industriearbeiter rund 10 Dollar fuer 51 Ar-

beitsstunden, 1950 dagegen liegt der durchschnittliche Wochenverdienst ueber 59 Dollar fuer eine 40-Stunden Woche. Was den Lebensstandard betrifft, so hat die durchschnittliche amerikanische Familie in bezug auf die ihr zur Verfuegung stehenden Waren und Dienstleistungen, die sie sich durch ihre finanziellen Mittel leisten kann, eine Stufe erreicht, die noch vor einer Generation unvorstellbar gewesen waere. Der materielle Fortschritt des amerikanischen Volkes ist so schnell und so vollkommen vor sich gegangen, dass die amerikanischen Lebensverhaeltnisse heute einzigartig dastehen.

Ich moechte hierauf naeher eingehen. Eine Ueberpruefung der Kaufkraft der Stundenloehne in den Vereinigten Staaten und 18 anderen Laendern zeigt, dass der russische Arbeiter im Fruehjahr 1949 fuef bis siebenmal solange arbeiten musste wie der amerikanische Arbeiter, um eine bestimmte Menge Lebensmittel kaufen zu koennen. Der Arbeiter in Moskau musste 25 Minuten arbeiten, um ein Pfund Brot kaufen zu koennen, der amerikanische Arbeiter dagegen nur sechs Minuten. Fuer ein Pfund Rindfleisch arbeite der russische Arbeiter 254 Minuten oder 4 $\frac{1}{2}$ Stunden, der amerikanische Arbeiter 29 Minuten. Ein Dutzend Eier entspricht dem Verdienst des russischen Arbeiters in 158 Minuten, dem des amerikanischen Arbeiters aber in 27 Minuten. Dieser Vergleich scheint mir eine deutliche Sprache zu sprechen. Und die Kommunisten wollen uns erzaehlen, dass ihr Land ein Paradies der Arbeiter ist.

Die fuehrende Stellung, die die Gewerkschaften heute in den Vereinigten Staaten errungen haben, ist nicht nur ein Ausdruck ihrer festgelegten oder ausgeuebten Macht. Sie zeigt vielmehr, bis zu welchem Grade die Gewerkschaften zum schoepferischen Faktor im amerikanischen Leben geworden sind. Sie spielen nicht nur die Hauptrolle im Kampf gegen den Kommunismus im Ausland, sondern leisten ihren eigenen unerlaesslichen Beitrag bei der Loesung der Probleme des eigenen Landes.

Die Gewerkschaftsfuehrer weigern sich mehr und mehr, in ihrem Handlungsbereich sich einengen zu lassen, weil sie wissen, dass die Wohlfahrt des Landes von vielen Faktoren abhaengig ist. Sie fordern wirtschaftliche Gerechtigkeit, weil nur auf dieser Grundlage die Demokratie am besten gedeihen kann. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung hat einen umfassenden Begriff von der Arbeit, die sie in einem Staate leisten kann und muss, in dem die freie Wirtschaft nach sozialen Gesichtspunkten gehandhabt wird.

Weil sich die amerikanische Arbeiterschaft als ein Glied der demokratischen Gemeinschaft betrachtet, ist sie darauf bedacht, ihren Kollegen in der ganzen Welt zu helfen, sich vor den Uebergriffen der Tyrannei zu schuetzen. Weil die freie Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten ein Symbol der politischen und wirtschaftlichen Freiheit ist, fuehlen sich die Arbeiter Amerikas mit den Arbeitern anderer Laender, die im Kampf gegen den Kommunismus stehen, verbunden.

Unlaengst ist die Alters- und Hinterbliebenenversicherung in den Vereinigten Staaten wesentlich erweitert worden. Dies ist ein bemerkenswerter Fortschritt in der Loesung des Pensionsproblems. Bemerkenswert dabei ist die Tatsache, dass diese Neuregelung mit verhaeltnismaessig wenig Schwierigkeiten vom Kongress gebilligt wurde. Selbst die Konservativen schienen froh zu sein, hierbei mithelfen zu koennen. Was sie im Jahre 1935 als furchtbar ansahen, ist nun in ihren Augen eine Staerkung der Wirtschaft und eine Kraftquelle von grossem sozialem Wert.

Es waere zu wuenschen, dass auch bei der Verbesserung der Arbeitslosenversicherung in diesem Geiste gehandelt wird; und es waere ausserdem zu wuenschen, dass in demselben Geist gegen den Zusatzantrag von Knowland vorgegangen worden waere. Praesident Truman hat sich gegen diesen Zusatzantrag ausgesprochen und nannte ihn ebenso ungluecklich wie unbegrundet. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass er bald aus den Gesetzbuechern wieder gestrichen werden moege.

Der Zusatzantrag von Knowland hindert den Arbeitsminister daran, seiner Verpflichtung nachzukommen, dass die Staatsgesetze den vom Kongress festgesetzten Normen entsprechen.

Nachdem der Zusatzantrag von Knowland nun in Kraft getreten ist, muessen Tausende Arbeiter sich damit abfinden, dass man ihnen die Arbeitslosenunterstuetzung verweigert, weil sie es ablehnen, Streikbrecherarbeit zu leisten oder in bestreikten Betrieben eine andere bezahlte Arbeit anzunehmen, oder Vertraege zu unterschreiben, in denen sie verpflichtet werden, keiner Gewerkschaft beizutreten, oder bei ihrem Eintritt in eine Gewerkschaft sich mit ihrer Kuendigung einverstanden erklaren. Unsere Nation kann es sich nicht leisten, die Lohnempfaenger um ihre wohlverdienten Gewinne zu bringen.

In unserer Demokratie geht es um die Behauptung der Rechte der Arbeiterschaft. Ihre Erfolge muessen geschuetzt werden, wenn sie nicht staendigen Angriffen ausgesetzt sein soll. Wir koennen nicht zugeben, dass unsere Arbeitsgesetze unterminiert werden. Wir koennen es uns nicht leisten, ein so wichtiges Bollwerk unserer Wirtschaft wie es die Arbeitslosenversicherung darstellt, so umzuwandeln, dass sie nicht mehr ihren urspruenglichen Zwecken entspricht.

So wie wir uns den Problemen der Zukunft widmen und uns gegen die Bedrohung des sowjetischen Imperialismus ruesten, muessen wir auch dafuer sorgen, dass unsere eigene Demokratie erhalten bleibt. Die beste Verteidigung gegen den Kommunismus ist eine wirklich dynamische Demokratie - einer Demokratie, die in ihren Zielen und Idealen dem eigenen Volke Form und Inhalt gibt. Was wir nicht vergessen duerfen, ist, dass unsere Demokratie auf die Probe gestellt ist: Ausschlaggebend ist allein ihre Verwirklichung. Die Zeit ist vorueber, in der schoene Worte galten.

Aus diesem Grunde fordere ich die Arbeiter dieses Landes und ihre Freunde auf, sich dafuer einzusetzen, dass der Zusatzantrag von Knowland beseitigt wird. Bei der naechsten Sitzung des Kongresses muss dieser verlorengegangene Boden wiedergewonnen werden und zwar nicht nur, weil der Zusatzantrag von Knowland einen Nachteil fuer die Lohnempfaenger darstellt, sondern weil er zu weiteren und groesseren Uebergriffen in die Rechte der amerikanischen Arbeiter fuehren koennte.

Die Gewerkschaftsbewegung ist an der Mobilisierung unserer Hilfsquellen voll beteiligt, zu der wir durch die Vorgaenge in Korea gezwungen sind. Die Arbeiterschaft wird Seite an Seite mit der Unternehmerschaft bei der Planung und auch bei der Ausfuehrung der Programme zur Mobilisierung unseres Industriepotentials ihren rechtmassigen Platz einnehmen. In Anbetracht der gegenwaertigen Weltlage muessen wir unseren Arbeitseffekt erweitern und unsere Produktionsleistung steigern. Ich weiss, dass wir bei der Mobilisierung unserer Industrie auf die Unterstuetzung der Arbeiterschaft zaehlen koennen.

Keine andere Gruppe in unserem Lande wird, dessen bin ich gewiss, weniger geneigt sein, den feindseligen Angriffen, die unsere Nation in ihrem Beschluss schwächen soll, sich der kommunistischen Aggression zu widersetzen, irgendwelche Beachtung schenken. Ich denke hier an den "Stockholmer Friedensappell", der an dieses Land und an die ganze Welt gerichtet ist und sich angeblich an alle Menschen guten Willens wendet. Diese Forderung ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein kommunistischer Propagandatrick, indem die Kommunisten an den Friedenswillen der Menschheit appellieren, hoffen sie, die Bevoelkerung der Vereinigten Staaten in einen Zwiespalt zu stuerzen.

Unsere auswaertige Politik ist auf die Erhaltung des Friedens ausgerichtet. Innerhalb der Vereinten Nationen setzen wir uns fuer dieses Ziel ein, um einen wahren Frieden zustande zu bringen und die Menschen der ganzen Welt von der Bedrohung aggressiver Kraefte zu befreien. Die Zukunft dieses sogenannten Friedensappells besteht nicht darin, den Frieden zu festigen, sondern die freie Welt in ein falsches Gefuehl der Sicherheit zu wiegen und umso leichter eine Beute zukuenftiger kommunistischer Aggressionen zu werden.

Ich glaube nicht, dass sich viele Amerikaner durch diesen offenkundigen Betrug irremachen lassen. Ich bin jedoch beunruhigt ueber eine andere Quelle der Schwaeche in unserem Volk: seine Selbstsucht. Wir preisen unser System des Privatunternehmens. Wenn wir jedoch jede Sabotage in unserem eigenen Lande vermeiden wollen, muessen diesem System moralische Sanktionen auferlegt werden. Ich denke hier an jene Spekulanten, die die Preise fuer Rohmaterialien in die Hoehe treiben, an Hersteller, die die Preise einer Kontrolle entziehen wollen, und an Lieferanten, die die Zeit fuer gekommen halten, grosse Gewinne einzustreichen. All jene und eine grosse Zahl Warenhoerter erkennen nicht die gefaehrlichen Folgen ihrer Selbstsucht.

Wir muessen die ethische Aufgabe dieser Stunde erkennen. Diese Aufgabe erfordert von uns Patriotismus im gleichen Masse wie uns der Bestand unserer Nation wert und teuer ist. Ich zweifle nicht daran, dass dieser Ruf von den meisten Amerikanern edelmuetig beantwortet wird. Ich weiss, dass wir hierbei in erster Linie auf die amerikanische Arbeiterschaft zaehlen koennen, die, wie Samuel Gompers vor 26 Jahren sagte, fuer sich selbst und fuer die Menschheit der ganzen Welt stets fuer das Recht und gegen das Unrecht gekaempft hat.

US Arbeitsministerium
IX/4/50

METHODEN UND VERFAHREN DER BESCHAEFTIGUNGSSICHERHEIT

Die Arbeiterschaft ist sich der bedeutenden Rolle voll bewusst, die der Teilnahme des gesamten Volkes an der Entwicklung eines Programms der Beschaeftigungssicherheit zukommt. Der wirtschaftliche Erfolg jedes Unternehmens kann durch das Vertrauen und den guten Willen der Gemeinschaft, der es dient, bestimmt werden. Fachmaennisches Koennen auf diesem Gebiet kann nicht von einem Tage zum andern erreicht werden.

Mit der Einfuehrung der allgemeinen Tauglichkeitspruefung im Mai 1947 wurde der Berufsberatung ein hoechst fachmaennisches und wertvolles Werkzeug in die Hand gegeben. Die Erfahrungen mit diesem Beratungssystem auf dem allgemeinen Gebiet der Berufswahl haben seinen Wert ausser Frage gestellt.

Gegen Ende des Jahres 1947 wurden Plaene entworfen, um dieses neue System bei der Entwicklung eines kooperativen Schulungsprogramms fuer die Arbeitsplatzvermittlung zu verwenden. Ziel dieses Programms ist es, vor allen den Jugendlichen so frueh wie moeglich an den fuer ihn passenden Arbeitsplatz zu lenken. Dies ist viel besser, als so lange zu warten, bis diese jungen Menschen zusammen mit zahlreichen ruhelosen und unzufriedenen Personen zu den Vermittlungsstellen kommen und niemals den rechten Platz in der Industrie finden, fortwaehrend ihren Arbeitsplatz wechseln und auf der Suche nach etwas sind, worueber sie im Grunde selbst nicht orientiert sind.

Eine Reihe Schwierigkeiten trat mit der Durchfuehrung dieses Systems auf. Die eine bestand darin, dass fuer die einzelnen Arbeitsaemter eine Ausbildung in diesem Beratungssystem noetig war. Bis zu jener Zeit war die Tauglichkeitspruefung nur in einem Viertel der staatlichen Bueros angewandt worden, die man auf Grund bestimmter Faktoren wie zum Beispiel zahlreiche Einstellungs-moeglichkeiten, entsprechenden Personals und ausgebildeter Berater durchfuehren konnte. Eine Anwendung im ganzen Staate machte die Ausbildung vieler zusaetzlicher Pruefungskommissionen notwendig, um die Pruefung richtig durchfuehren zu koennen und es den Beratern zu ermoeglichen, die Pruefungsergebnisse auszuwerten. Diese Ausbildung fuer alle Staaten war im Mai 1948 durchgefuehrt.

Fuer die Durchfuehrung der Schulungsarbeit fuer den Stellenvermittlungsdienst wurde eine Vereinbarung ausgearbeitet und durch besondere Arbeitsmethoden und Verfahren ergaenzt. Waehrend die Unterzeichnung dieser Vereinbarung weder fuer die Schule noch fuer das Amt fuer Arbeitsvermittlung obligatorisch ist, dient sie dennoch dazu, ein gegenseitiges Uebereinkommen und eine Einigung ueber die Frage zu erreichen, wie die jungen schulentlassenen Menschen von dem Amt fuer Arbeitsvermittlung unterstuetzt werden sollen und welche Rolle die Schulen und das Amt fuer Arbeitsvermittlung bei der Verwirklichung eines wohlabgerundeten Programms spielen soll.

Jede hieran beteiligte Schule wird mit Abschriften der Fragebogen des Amtes der Arbeitsvermittlung versorgt, die von den zur Entlassung kommenden Schuelern auszufuellen sind. Hieraus ersehen die Beratungsstellen die Zahl der Schueler, die nach ihrer Entlassung in den Arbeitsmarkt einzutreten beabsichtigen.

Die meisten dieser Neulinge auf dem Arbeitsmarkt haben keinen wirklichen Begriff von ihren eigenen beruflichen Faehigkeiten, zumeist nicht einmal von ihren Interessen. Die Teilnahme der Jugendlichen an diesem Programm ist jedoch voellig freiwillig. Da viele auswertigen Schulen gross sind und die Zahl des ansaessigen Lehrpersonals beschraenkt ist, ist es oft notwendig, die Pruefungen auf eine repraesentative Elitegruppe zu beschraenken, wobei darauf zu achten ist, dass nicht eine Gruppe ausgesucht wird, die nur bestimmte Problemgebiete vertritt.

Dieses Programm besteht jetzt bereits zwei Jahre. Am Ende des Fruehjahrens 1949/50 haben mehr als 60% der Schulentlassenen den Wunsch ausgedrueckt, nach ihrem Examen ein Arbeitsverhaeltnis einzugehen. Der Wunsch der Unternehmer, qualifizierte Jugendliche einzustellen, wird durch die Berufsberatungsstellen unterstuetzt. Dies geschieht durch Einladungen an die Unternehmer, die Arbeit der Beratungsstellen zu beobachten, wie ueberhaupt allen nur moeglichen Kontakt in dieser Richtung, wobei andere Hilfsmittel wie Briefpropaganda, Pressenachrichten und Rundfunkaufrufe unterstuetzend eingreifen.

Employment Security Review
6/50

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 35

Frankfurt, 3. November 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Union-Shop-Klauseln in der Statistik - - - -	1
Britische Gewerkschafter berichten, was sie von Amerika lernen koennen - - - - -	3
Hoehere Bauarbeiterloehne in Amerika - - - -	5
Japanische Gewerkschaften im Jahre 1950 - -	6
IAO unterstuetzt europaeische Umsiedler - -	10
Marshall-Plan muss Loehne der Arbeiter Euro- pas verbessern - - - - -	11
Fortschritte des Punkt-Vier-Programms - - -	11
Zwei Resolutionen der AFL gegen das Taft- Hartley Gesetz - - - - -	15

UNION-SHOP-KLAUSELN IN DER STATISTIK

Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung unterscheidet in ihrer Arbeit drei Betriebsformen, den "closed-shop", den "union-shop" und den "open-shop". Ueberall, wo ein "closed-shop" besteht, muessen alle Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert sein, um ueberhaupt in diese Betriebe eingestellt zu werden. Wenn eine neue Stelle frei wird, so muss der Unternehmer sich an die zustaendige Gewerkschaft wenden, die ihm dann geeignete Bewerber in Vorschlag bringt. Dort, wo "union-shops" vorhanden sind, muss der eingestellte Arbeitnehmer sich innerhalb einer bestimmten Frist, die meist zwischen 30 und 90 Tagen schwankt, entscheiden, ob er der fuer ihn zustaendigen Gewerkschaft beitreten will. Verweigert er seinen Beitritt, so muss er aus dem Betrieb wieder ausscheiden. In dem "open-shop" bestehen derartige Klauseln nicht. Hier kann der einzelne Arbeitnehmer der Gewerkschaft angehoren oder ihr fernbleiben. Es ist selbstverstaendlich, dass in den gewerkschaftlich gut organisierten Berufen der "open-shop" nur sehr selten anzutreffen ist. Als neue Form hat sich in der letzten Zeit

der "preferential-shop" entwickelt. Der "preferential-shop" ist insofern eine Erweiterung des "union-shops", als auch hier der Arbeitgeber nicht selbstaendig freie Stellen besetzen kann, sondern erst die zustaendigen Gewerkschaften um entsprechende Vorschlaege ersuchen muss. Erst wenn die Gewerkschaften keine geeigneten Bewerber stellen koennen, kann der Unternehmer auf dem freien Arbeitsmarkt sich die gewuenschten Fachkraefte besorgen.

Das Bureau fuer Arbeitsstatistik in Washington veroeffentlicht einen Bericht ueber die "union-shops" und stellt fest, dass bei der Auswertung eines typischen Musterbeispiels, das 215.9 Vertraege mit mehr als 4 Millionen Arbeiter umfasst, festgestellt wurde, dass ueber die Haelfte der Betriebe die Form des "union-shop" haben. Die der AFL angeschlossenen Gewerkschaften haben 47% dieser Klauseln unterzeichnet, die CIO Gewerkschaften 40% (hierbei sind die spaeter ausgeschiedenen Gewerkschaften mitberuecksichtigt), waehrend auf die selbstaendigen Gewerkschaften 13% entfallen.

Zwei grundsaeztliche Klausel-Typen liessen sich bei den Tarifvertraegen der "union-shop" Betriebe feststellen:

1. Neueingestellte, die noch nicht waehrend des Zeitpunktes der Einstellung Gewerkschaftsmitglieder waren, muessen diesen innerhalb einer bestimmten Zeit beitreten, nachdem sie ihre Arbeit aufgenommen haben. Diese Voraussetzung war in 987 dieser Vereinbarungen anzutreffen. Hierbei war in 120 Faellen eine modifizierte Form des "union-shop" festgelegt, die eine gewisse Gruppe Neueingestellter von den Vereinbarungen ausschloss. In weiteren 163 Faellen wurden Gewerkschaftsmitgliedern der Vorrang gegeben, wenn neue Stellungen zu besetzen waren.

2. Neu Einzustellende muessen Gewerkschaftsmitglieder sein, bevor die Arbeit aufgenommen wird. In weniger als 1/10 (93) aller "union-shop"-Vereinbarungen ist diese Klausel anzutreffen. In einigen Vereinbarungen wird nicht besonders hierauf hingewiesen, aber die festgelegten Einstellungsbedingungen waren in einer Form gehalten, dass die grosse Mehrzahl der einzustellenden Arbeiter Gewerkschaftsmitglieder sein muss. Das Bureau fuer Arbeitsstatistik beschreibt die anderen gewerkschaftlichen Sicherheitsvereinbarungen in seinem Bericht als "Mitglieder-Bevorzugungstyp" oder den Typ des "unabdingbaren" Tarifs. Die erste Form beruht darauf, dass alle Eingestellten, die Gewerkschaftsmitglieder waren, als ein Tarifvertrag wirksam wurde oder die einer Gewerkschaft beitreten, waehrend der Tarifvertrag Gueltigkeit hat, Gewerkschaftsmitglieder bleiben muessen, solange das Abkommen Gueltigkeit hat. 21% (444) aller Vereinbarungen der verschiedenen Art des Musterbeispiels waren in dieser Form abgeschlossen. "Unabdingbare" Tarifvertragsvereinbarungen sind jene, in denen die Gewerkschaften das Recht erhalten, fuer alle Beschaeftigten eines Betriebs einen Tarifvertrag abzuschliessen, ganz gleich, ob der Einzelne Mitglied der Gewerkschaft ist oder nicht. 29% der Vereinbarungen (635) beruhten auf dieser Moeglichkeit. Der Einzug der Gewerkschaftsbeitraege durch die Lohnbuchhaltung war in 64% aller analysierten Kontrakte festzustellen, aber diese Form des Beitragseinzugs ist nicht notwendigerweise ein Teil irgend einer Type der gewerkschaftlichen Sicherheitsvorkehrungen. Der Beitragseinzug verpflichtet den Unternehmer, den Beschaeftigten bestimmte gewerkschaftliche Verpflichtungen aufzuerlegen, die auch in Geldbussen fuer etwaige Verletzungen der gewerkschaftlichen Disziplin bestehen koennen und die der Arbeitgeber von dem Lohn des Beschaeftigten ebenso wie die Beitraege an die Gewerkschaft abfuehren muss.

Labor Press Service
8/28/50

Lewis Wright:

BRITISCHE GEWERKSCHAFTER BERICHTEN, WAS SIE VON AMERIKA LERNEN
KOENNEN

Lewis Wright, der Verfasser dieses Aufsatzes und Sekretar der Textilarbeiter-Gewerkschaft, besuchte Amerika, um Produktionsmethoden zu studieren. In diesem Artikel erlaeutert er einige der Probleme, die sich aus der gesteigerten Erzeugung ergeben. Gleichzeitig berichtet er ueber seine Eindruecke ueber die Form der Zusammenarbeit. Der Aufsatz wurde im FORWARD veroeffentlicht, dem Wochenorgan der Britischen Arbeiterpartei fuer Schottland.

Mein Besuch in den Vereinigten Staaten fuehrte mich zu der Erkenntnis, dass an erster Stelle Unternehmer und Betriebsfuehrer etwas lernen koennen. Dies ergibt sich bereits aus den Berichten der 15 britischen Besuchergruppen, die die dortigen Verhaeltnisse studiert haben. Das besagt jedoch nicht, dass unsere Gewerkschaften nichts zu lernen haetten. Im Gegenteil, die amerikanischen Gewerkschaften koennen uns sehr vieles lehren, aber die vitale und fundamentale Basis der ueberaus hohen Produktivitaet liegt in Amerika bei der Betriebsfuehrung.

Es hat sich bisher nicht die Notwendigkeit gezeigt, dass die amerikanischen Gewerkschaften mit den Unternehmern zusammenarbeiten. Es genuegt ihnen, jeweilige Gruende zum Kampf zu haben, um einen so grossen Anteil wie moeglich an dem wachsenden Wohlstand zu erkaempfen, der durch neue Maschinen und neue Methoden erworben werden konnte. Nur selten muessen sie darauf bestehen, die Betriebsfuehrung zur Einfuehrung technischer Aenderungen und neuer Maschinen zu veranlassen. Sie haben genug zu tun mit den weitreichenden Aenderungen, die sich aus der dynamischen Kraft und den Bedrohungen der Unternehmer ergeben.

Der amerikanische Unternehmer baut auf mit dem Arbeitsplatz. Jede neue Maschine, vor allem jede arbeitssparende Moeglichkeit, wird sofort genutzt. Es spielt dabei keine Rolle, ob diese eines Tages doch unmodern werden und spaeter entfernt werden muessen. Der Druck der immer staerker werdenden Vervollkommnung zwingt ihn, einen hohen Prozentsatz der Profite wieder in sein Geschaeft zurueckfliessen zu lassen. Er muss einen groesseren Grad an Wirksamkeit suchen, weil er ihn finden muss. Er muss den Anlagen und dem Strom des Geschehens seine volle Aufmerksamkeit schenken. Er muss seinem Unternehmen die Hilfe aller modernen und wirtschaftlichen Gedankengaenge sichern. Er weiss, dass er nicht mit niedrigen Loehnen davonkommen kann, er muss irgendwelche anderen Wege finden, - und er hat sie gefunden.

Es ist Tatsache, dass dieser staendige technische Fortschritt an bestimmten Stellen Verluste an Arbeitsplaetzen mit sich bringt. Der amerikanische Arbeiter glaubt jedoch, dass neue arbeitssparende Maschinen und Methoden zwar einen zeitweiligen Verlust von Arbeitsmoeglichkeiten mit sich bringen, auf die Dauer gesehen jedoch bedeutet das eine hoehere Zahl Arbeitsplaetze. Insoweit, wenn auch mit gewissen Grenzen, ist dieser Weg gegangen worden.

Die amerikanischen Gewerkschaften akzeptieren die Unvermeidbarkeit des hohen Angebotes an Waren und Dienstleistungen als eines Mittels, einen hoeheren Lebensstandard zu erreichen. Das hohe Alter eines Teiles der Beschaeftigten bedeute dagegen fuer den jungen Arbeiter eine Buerde. Er ist der beweglichste in einer beweglichen Bevoelkerung. Insoweit wird der Ueberfluss entscheidend beeinflusst durch den hohen Anteil der hoeheren Altersstufen.

Gross-Britannien verlaesst sich auf einen internationalen Markt, wo der Kunde immer recht hat und er keineswegs das kaufen wird, was wir zu verkaufen wuenschten. Die industrielle Ausrichtung der beiden Laender ist voellig verschieden. Es ist klar, dass das einfache Kopieren amerikanischer Methoden uns ebenso schaden koennte, wie ihre Nichtbeachtung. Dies vor allem muessen unsere Unternehmer lernen.

Der erste Punkt ist, dass billige Arbeit keine Foerderung der technischen Neuausstattung ist. Blut ist nicht billiger als Maschinen. Amerika hat laengst entdeckt, dass dies nichts mit ethischen Erwaegungen zu tun hat, sondern mit wirtschaftlichen.

In Gross-Britannien pflegen die Unternehmer in Redewendungen zu denken wie: "Erhalten wir auch eine angemessene Verzinsung des Kapitals?" In Amerika steht im Vordergrund: "Arbeiten wir wirksam genug, wie es moeglich sein koennte?" Die amerikanische Industrie ist gewohnt, sich nach effektiven und finanziellen Ergebnissen zu richten. In Gross-Britannien genuegt es dagegen, wenn die Verzinsung des Kapitals eine ausreichende ist. Der amerikanische Unternehmer fragt nicht nach einer ausreichenden Nutzung der Arbeitskraft, bis seine Fabrik und seine Anlagen alle Voraussetzungen erfuellen. Er sorgt dafuer, die besten Maschinen fuer die einzelnen Arbeitsplaetze zu bekommen und achtet darauf, dass dies auch wirklich der Fall ist. Erst dann fordert er eine Pruefung der Arbeitsleistung.

In Gross-Britannien macht sich eine wachsende Tendenz vieler Unternehmer bemerkbar, in einer besseren Arbeitsleistung und in festgelegten Zeitstudien, die der Himmel oder Amerika einmal geliefert hat, Moeglichkeiten zu technischen Verbesserungen zu sehen. Wir muessen jedoch ihre Koepfe von diesen Meinungen reinigen.

Was kann der Arbeiter daraus lernen? Der amerikanische Arbeiter arbeitet nicht um der Arbeit willen. Er wuenscht eine 40-Stundenlohnwoche und gute Loehnung, um die vielen Konsumgueter kaufen zu koennen. Er wuenscht keine Kantinen, er wuenscht so wenig Zeit wie moeglich in den Fabriken zu verbringen und so schnell wie moeglich sich aus ihnen wieder zu entfernen. Der Einfuehrung neuer Maschinen widersetzt er sich nicht, auch wenn dies weniger Arbeitsplaetze bedeuten wuerde. Er glaubt jedoch, dass dadurch letzten Endes mehr Arbeitsmoeglichkeiten geschaffen werden. Er ist genuegend Pragmatiker, um in Zeitstudien einzuwilligen, weil er weiss, dass er auch unter ihnen leben kann.

Wie weit koennen wir in dieser Richtung gehen? Schichtarbeit kann nach und nach eingefuehrt werden. Es gibt in diesem Lande eine Reihe sozialer Schwierigkeiten, denen bisher nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. In Amerika ist die Schichtarbeit jedoch seit langer Zeit bekannt und die soziale Angleichung hat mit dieser Aenderung Schritt gehalten. Amerikanische Schichtarbeiter wissen, dass fuer ihre Beduerfnisse gesorgt wird und dass die Schichtarbeit, auch wenn sie hier besondere Beachtung findet, doch im Zusammenhang mit den auftauchenden sozialen Problemen gebracht werden muss.

Wir muessen jedoch der Tatsache netgegentreten, dass, wenn wir heute eine moderne Maschinerie mit hohen Kapitalkosten fordern, wir nicht darauf bestehen koennen, dass sie nur 40 Stunden in der Woche laufen darf, waehrend sie in Amerika und in anderen Laendern 120 Stunden arbeitet. Ein solches Missverhaeltnis des Wettbewerbs kann nur durch niedrige Loehne ausgeglichen werden.

Es gibt noch einige weitere Beispiele jener Weigerungen, arbeitssparende Maschinen zu verwenden, weil zeitweilig Arbeitsplaetze ausfallen. Kann man eine solche Einstellung ueberhaupt noch billigen?

Die amerikanischen Gewerkschaften widersetzen sich den Zeitstudien nicht unbedingt. Die meisten Gewerkschaften haben sich ausserordentlich scharf gegen die "wissenschaftlichen Betriebsstudien" gewandt. Sie behaupten, dass sie keineswegs wissenschaftlich sind, sondern lediglich ein Werkzeug der Betriebsfuehrung seien und in sehr vielen Faellen sind diese Zeitstudien auch tatsaechlich nur darauf abgestellt, die Geschwindigkeiten zu erhoehen. Aber wie es bei empfindlichen Leuten der Fall ist, gehen sie einfach ueber Dinge hinweg, die sie in Betracht ziehen muessen. Viele Gewerkschaften haben Studien- und Ingenieur-Abteilungen errichtet, auch wenn es sich hierbei lediglich um Verteidigungsmassnahmen handelt. Es wuerde gefaehrlich sein, die Lektion allzu stark zu vereinfachen, die hier gelernt werden koennte, aber wenn dies moeglich waere, wuerde ich die folgenden Punkte herausstellen: Dem Unternehmer wuerde ich sagen, verwende moderne Maschinen und benutze Anlagen mit einer genuegenden Leistung. Dem Arbeiter wuerde ich sagen, innerhalb des Rahmens der Gewerkschaften solltest Du Dich damit einverstanden erklaren, in den bestmoeglichen Gebrauch der Arbeitskraft, die notwendig ist, um eine vernuenftige Belastung anzuerkennen, einzuwilligen. Weder der Unternehmer noch der Ausfuehrende ist berechtigt, allein das eine oder das andere zu tun. Sie muessen zusammenarbeiten. Ob es uns passt oder nicht ist dies der Weg, den wir gehen muessen, sei es in einer kapitalistischen oder in einer sozialistischen Wirtschaft. Die Mechanik der Produktion ist unter jedem politischen System die gleiche.

Alles in allem: Die Ergebnisse, die diese Besuchergruppen mitbrachten, erscheinen sehr mager, aber die Entscheidungen zeigen Gemeinschaftssinn. Durch die Gewerkschaften ist die Arbeiterschaft in diesen Laendern gross genug, stark genug und gesichert genug, um der Entwicklung mit Vertrauen entgegenzusehen.

Das schlechteste, was wir tun koennen, waere, Amerika einfach nachzuaeffen. Der dortige Lebensweg unterscheidet sich stark von dem unsrigen. Dort sind die Probleme andere, das Klima ist ein anderes, die Leute dort sind anders.

Amerika ist kein besseres Land als das unsrige. Es ist ein anderes Land. Es kann die Gueter in seiner eigenen Weise produzieren. Es liegt an uns, das Schlechte zu vermeiden und das Gute anzuerkennen. Wir koennen dies tun, wenn wir nur den Willen dazu haben.

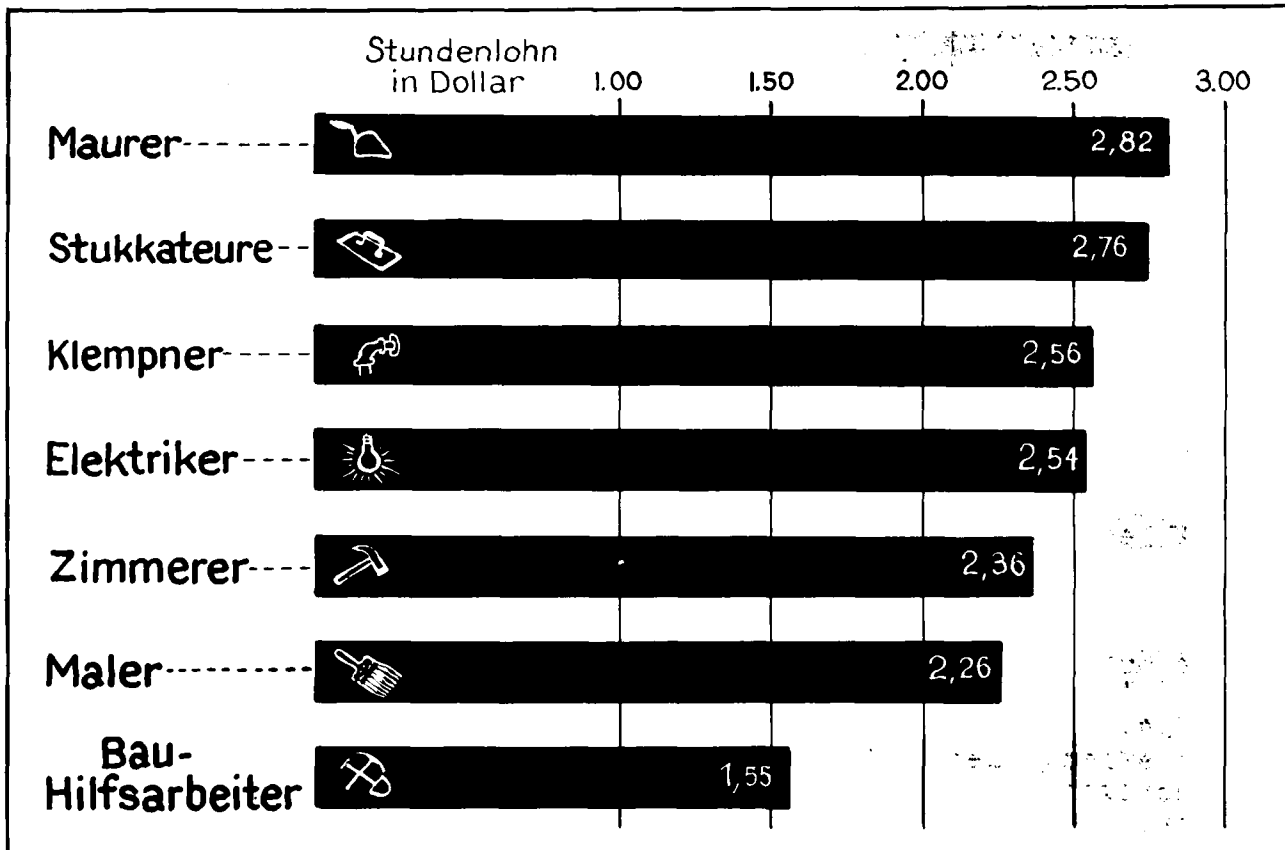
ECA Labor Information
FYJ 159-29/9/20/5

HOEHERE BAUARBEITERLOEHNE IN AMERIKA

Die vierteljaehrliche Untersuchung, die das Statistische Bureau des US-Arbeitsministeriums ueber die sieben wichtigsten Berufe des Baugewerbes in 85 Staedten anstellt, hat ergeben, dass die Lohnstarife in den gewerkschaftlich organisierten Berufen des Baugewerbes im zweiten Quartal des Jahres 1950 um 2 1/2% in die Hoehe gegangen sind, was die groesste Aufbesserung der Loehne im Baugewerbe seit dem mit dem 1. April 1948 beginnenden Quartal darstellt.

Fuer mindestens eine Berufsgruppe in 61 der 85 beruecksichtigten Staedte haben sich die Lohntarife zum Nutzen von zwei Fuenfteln der 525.000 in der Erhebung beruecksichtigten Arbeiter erhoehrt. Nach Schaetzungen des statistischen Bueros belief sich der durchschnittliche Stundenlohn aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Baugewerbes am 3. Juli 1950 auf 2,27 Dollar.

Die Tarife der Gewerkschaften sind Mindestlohntarife, die in Kollektivverhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften vereinbart wurden. Ueberstunden, die die Hoechststundenzahl pro Tag oder pro Woche ueberschreiten, sind nicht beruecksichtigt. Auch Lehrlingstarife oder Praemientarife sind in den Tabellen nicht enthalten.



Als Folge der zunehmenden Bautaetigkeit und der sich hieraus ergebenden Nachfrage nach Handwerkern haben sich die oertlichen Tarife in dem mit dem 3. Juli 1950 endenden Quartal zum grossen Teil erhoehrt. Am haeufigsten ist eine vereinbarte Aufbesserung von 10 oder 12 1/2 Cents pro Stunde festzustellen. Die Lohnaufbesserung fuer die Zimmerleute steht mit einem Durchschnitt von 7,7 Cents pro Stunde an der Spitze, fuer Stukkateure und Maurer ist sie im Durchschnitt etwas geringer.

Labor Information Bulletin
US-Arbeitsministerium
IX/1950

JAPANISCHE GEWERKSCHAFTEN IM JAHRE 1950

Die bedeutendsten Entwicklungen des letzten Jahres in der japanischen Gewerkschaftsbewegung sind die voellige Neuorientierung der Gewerkschaften nach gemeinsamen Gesichtspunkten und ihre Neu-

organisation unter verantwortlicheren Funktionaeren.

Bemerkenswert ist ausserdem die Intensivierung und Erweiterung der Arbeitererziehung mit dem Ziele, die Gewerkschaftsmitglieder zu einer staerkeren Aktivitaet und einem hoeheren Verantwortungsbewusstsein zu erziehen, sowie die Verbesserung und Erweiterung des Kollektivverhandlungswesens, wozu auch die Umgrenzung und Anerkennung der Vorrechte der Arbeitgeber und Gewerkschaften gehoert.

Seit dem Kriege haben Minderheitsgruppen wiederholt versucht, die japanische Gewerkschaftsbewegung als Mittel zur Gewinnung politischer Macht und zur Stoerung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus des Landes zu missbrauchen. Waehrend die Zahl der Gewerkschafter, die mit radikalen Elementen sympathisieren, immer sehr gering gewesen ist, ist es gutorganisierten Minderheiten in zahlreichen Gewerkschaften zeitweilig gelungen, Funktionaere und Sprecher in den Vordergrund zu stellen, die die Gewerkschaften zu Taetigkeiten verleiteten, die nicht mehr rein gewerkschaftlicher Natur waren und gelegentlich zu Spannungen fuehrten.

In diesem Zusammenhang waeren der Nationalkongress der Industriegewerkschaften (Sanbetsu) und der Nationale Verbindungsrat der Gewerkschaften (Zenroren) zu nennen. Der Sanbetsu, einer der beiden fuehrenden Gewerkschaftsbuende der Nachkriegszeit, wurde Mitte des Jahres 1946 organisiert. Auf der Hoehe seiner Macht wurde er von mehr als 1 1/4 Millionen Arbeitern aus 19 nationalen Industriegewerkschaften unterstuetzt. Der Zenroren, der dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossen war, wurde unter der Schirmherrschaft des Sanbetsu zu dem offen zugegebenen Zweck gegrundet, die japanische Gewerkschaftsbewegung zu "vereinigen." Fuer kurze Zeit erfreute sich diese Organisation der Unterstuetzung der meisten fuehrenden Gewerkschaftsgruppen.

Gegen Ende des Jahres 1948 wurde die sogenannte "Demokratisierungs"-Bewegung von den gemaessigten Gewerkschaftsfuehrern ins Leben gerufen, die in gemeinsamem Bemuehen sich der wachsenden Kontrolle der Gewerkschaften durch Minderheitsgruppen entledigen wollten. Die neue Bewegung wurde schnell groesser und vereinigte gegen Ende des Jahres 1949 mehr als vier Millionen Gewerkschafter, das heisst sie hatte ungefaehr 2/3 der gesamten organisierten Arbeiterschaft hinter sich. Der groesste Teil der japanischen Arbeiterschaft unterstand damit endgueltig gemaessigten Gewerkschaftsfuehrern. Die Anhaenger der neuen Bewegung setzten sich zum groessten Teil aus Leuten zusammen, die mit der Politik des Sanbetsu, des Zenroren und mehrerer grosser anderer unabhængigen Industriegewerkschaften nicht einverstanden waren, die bis dahin von extremen Elementen beherrscht war. Ein anderer grosser Teil der japanischen Arbeiterschaft, der sich spaeter dieser Bewegung anschloss, war durch den Allgemeinen Bund Japanischer Gewerkschaften vertreten, dem ersten Gewerkschaftsbund der Nachkriegszeit, der im Jahre 1946 von Funktionaeren des japanischen Gewerkschaftsbundes der Vorkriegszeit "Sodomei" gegrundet worden war. Nach dem Krieg hatte der Sodomei im Jahre 1948 mit mehr als einer Million seine hoechste Mitgliederzahl erreicht.

Die neu orientierte Mehrheit der japanischen Arbeiterschaft entsandte mit Begeisterung fuenf Delegierte zum Gruendungskongress des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und schloss sich dieser Organisation an. Drei japanische Delegierte wurden in die Ausschuesse des IBFG gewaehlt, um die Interessen der asiatischen Laender in dieser Organisation zu vertreten.

Fruehere Versuche des Sanbetsu und des Zenroren, die japanischen Gewerkschaften zu vereinigen, waren fehlgeschlagen, weil der groesste Teil der Gewerkschaftsbewegung den Vorschlaegen dieser radikalen Organisationen nicht zustimmte. Der Erfolg der gemeinschaftlichen Gewerkschaft jedoch, die sich der Unterstuetzung der Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft erfreute und Japans Mitarbeit im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften sichern konnte, hat erneut Veranlassung gegeben, eine Vereinigung anzustreben. Bemerkenswerte Fortschritte sind in dieser Hinsicht bereits gemacht worden.

Ein Generalrat Japanischer Gewerkschaften (Sohyogikai) ist im Juli 1950 gegruendet worden. Er besteht gegenwaertig aus etwa 20 groesseren japanischen Industriegewerkschaften und Verbaenden, die annaeherd 4 1/2 Millionen Arbeiter repraesentieren. Andere grosse Gewerkschaftsgruppen treffen Vorbereitungen zum baldigen Anschluss an diese Organisation.

In der Satzung dieses Gewerkschaftsrates ist festgelegt - und das ist auch die Absicht seiner Funktionaere - dass er einen gewissen Grad an Autoritaet ueber die angeschlossenen Gewerkschaften haben soll. Der Zweck dabei ist, die bestehende chaotische Struktur der japanischen Gewerkschaftsbewegung zu beseitigen, die Organisationsform zu vereinfachen und starke Industriegewerkschaften aufzubauen.

Ein weiterer Auftrieb zur Vereinigung wurde durch den Beschluss der Funktionaere des Sohyogikai gegeben; ihre Organisation aufzuloesen und dafuer einzutreten, dass sich ihre Mitgliederorganisationen dem Gewerkschaftsrat anschliessen sollen. In vollem Einverstaendnis mit den Absichten des Gewerkschaftsrates haben die Funktionaere des Sodomei versprochen, ihre Industriegewerkschaften mit anderen verwandten Industriegewerkschaften zu vereinigen.

Der freiwillige Entschluss der Funktionaere dieser groessten Gewerkschaftsorganisation, die ueber 848,000 Arbeiter repraesentiert, ihre Organisation aufzuloesen, um die Vereinigung der Gewerkschaftsbewegung zu foerdern, war entscheidend fuer den spaeteren Zusammenschluss. Er veranlasste viele noch zoegernde Gewerkschaftsgruppen, an der Vereinigung mitzuarbeiten und die gemeinschaftlichen Gewerkschaftsfuehrer zu unterstuetzen. Dass die alten und hoechst einflussreichen Funktionaere des Sodomei die Bestrebungen des Gewerkschaftsrates zur Vereinigung unterstuetzten, erweckte das Vertrauen, dass diese Bemuehungen ernstgemeint und wert waren, unterstuetzt zu werden.

Die Minderheit, die die Politik der Extremisten beguenstigten, blieb auch weiterhin in einigen dem Rat angeschlossenen grossen Gewerkschaften bestehen: die demokratischen Elemente besitzen jedoch jetzt eine genuegende Mehrheit, um die Kontrolle ueber ihre Gewerkschaften ausueben zu koennen.

Die Opposition hat jetzt einen Gegenschachzug gefuehrt, um ihre Kraefte zu vereinigen und zu staerken. Im April 1950 beschloss der Sanbetsu, dessen Mitgliederzahl auf 1/4 Million zusammengeschrumpft war, die Organisation aufzuloesen und vereinigte sich mit dem Zenroren, der seinerseits neu organisiert werden sollte.

Diese Organisation, deren Mitgliederzahl Anfang 1950 auf weniger als 1/2 Million zurueckgegangen war, sollte in einem Gewerkschaftsbund als linksgerichteter Gegenspieler des allgemeinen Gewerkschaftsrates umgewandelt werden.

Die Tarifverhandlung ist in den Wechselbeziehungen zur Industrie zum allgemein anerkannten Verfahren geworden, obwohl viele Phasen dieses Verfahrens und viele Verhandlungsprozesse noch im Anfangsstadium stehen oder nicht voellig verstanden sind. Alle Arbeiter mit Ausnahme von etwa 1,6 Millionen Regierungsangestellten sind gesetzlich berechtigt, formelle Tarifvertraege abzuschliessen. Am 1. Januar 1950 standen von jenen Gewerkschaften und ihren Mitgliedern, die die Berechtigung zum Abschluss von Tarifvertraegen hatten, ueber 60%, oder 23.805 Lokalgewerkschaften und mehr als 80%, oder 651.000 Gewerkschafter unter formellen Tarifvertraegen.

Waehrend des Jahres 1949 bestand auf der Seite der Unternehmer die Tendenz, beim Abschluss von neuen Tarifvertraegen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen, der Vorrechte der Arbeiter und ihrer Loehne auf wesentlich niedrigeren Normen als denen frueherer Tarifvertraege zu bestehen. Diese Tendenz ist zum Teil darauf zurueckzufuehren, dass die Unternehmer versuchten, einige der Zugestaendnisse rueckgaengig zu machen, die sie gegeben hatten, als sie sich ihrer veraenderten Stellung nach dem Kriege bewusst wurden. Zum andern ist sie durch die Schwierigkeit der gegenwaertigen wirtschaftlichen Verhaeltnisse bedingt. Im Verlaufe der Verhandlungen werden die Rechte der Arbeiter und Unternehmer jedoch genau festgelegt. Beim Abschluss von Vertraegen neigt man im allgemeinen dazu, langfristige Vertraege zustandezubringen und Einrichtungen zur Bearbeitung von Beschwerden, schiedsrichterliche Schlichtung von Streitigkeiten und Auslegungsunterschiedlichkeiten der Vertraege und eine Fristgewaehrung im Falle von Arbeitsniederlegungen in den Bestimmungen der einzelnen Vertraege vorzusehen.

Die Einrichtungen zur Regelung der Wechselbeziehungen zur Industrie werden Tag fuer Tag in Anspruch genommen. Im vergangenen Jahre wurde die Arbeit der zentralen und der Bezirkskommissionen fuer Wechselbeziehungen zur Industrie dadurch unterstuetzt, dass das Gesetz zur Angleichung der Wechselbeziehungen der Arbeit revidiert und das Gesetz zur Angleichung der Wechselbeziehungen der Arbeit in Gesellschaften der Oeffentlichen Hand verkuendet wurde. Die zentralen und praefektoralen Kommissionen waren massgeblich an der Verhinderung und Beilegung aller wichtigeren Streitigkeiten beteiligt und haben mitgeholfen, auch fast alle kleineren Streitigkeiten zu schlichten.

Es wird berichtet, dass die unsichere wirtschaftliche Lage Japans nach dem Kriege und die Verworrenheit der japanischen Lohnstruktur im letzten Jahre dazu beigetragen haetten, die Errichtung eines sich aus drei Partnern zusammensetzenden Lohnausschusses zu verhindern, wie er im Gesetz fuer Arbeitsnormen vorgesehen war. Dieser Ausschuss haette die Aufgabe gehabt, einen Mindestlohn vorzuschlagen. Waehrend dank des wirtschaftlichen Stabilisierungsprogramms eine relative Stabilitaet der Loehne erzielt wurde, ist die Verworrenheit der Lohnstruktur geblieben. Diese Tatsache hindert zusammen mit anderen wirtschaftlichen und politischen Faktoren die japanische Regierung an dem Versuch, einen Mindestlohn festzusetzen. Der Druck der Gewerkschaften laesst jedoch nicht nach, und die Regierung wird es wohl fuer ratsam erachten, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen.

Obwohl von keinem Fortschritt auf dem Wege zu einem Mindestlohn berichtet werden kann, ist es ermutigend, festzustellen, dass im vergangenen Jahr eine Verbesserung der Realloehne und der Kaufkraft der japanischen Arbeiter eingetreten ist. Im Maerz

1949 lag der Index der Löhne in der Herstellerindustrie, wenn ein Vorkriegsstand von 100 zugrundegelegt ist, bei 231, während er sich für Verbraucherpreise in Tokio auf 314 belief, was einem Verhältnis von 62% der Löhne aufgrund des Vorkriegsstandes von 1934-1936 gleichkommt. Von März 1949 bis März 1950 erhöhten sich die Löhne in der Herstellerindustrie um 14%, während die für Tokio gültigen Verbraucherpreise um 9% zurückgingen, wodurch das Lohnverhältnis in Anbetracht der Preise auf 77% des Vorkriegsstandes gebracht wurde. Während diesen Zahlen lediglich ein Vergleich mit den Verbraucherpreisen in Tokio zugrunde liegt, weil nur für dieses Gebiet einigermaßen zuverlässige Angaben über Verbraucherpreise der Vorkriegszeit vorhanden sind, verbesserten sich die Reallohnne der Arbeiter tatsächlich in ganz Japan.

International Labor Review
Vol. LXII/No. 1

IAO UNTERSTÜTZT EUROPÄISCHE UMSIEDLER

Die 18 Marshall-Plan Länder haben ein Hilfsprogramm im Werte von einer Million Dollar begonnen, das mithelfen soll, die internationale Umsiedlungsmaschinerie zu vervollkommen.

Das neue Programm wird ein grossangelegtes, kooperatives Unternehmen ermöglichen, an dem sich alle westeuropäischen Demokratien beteiligen werden, indem sie systematisch und mit wissenschaftlichen Mitteln der Überbevölkerung zu Leibe gehen, die chronische und ständige Arbeitslosigkeit und einen niedrigen Lebensstandard zur Folge hat.

Zur Finanzierung dieses umfassenden Unternehmens haben sich die Mitgliedernationen der OEEC bereit erklärt, in ihrer eigenen Währung einen Betrag im Werte von 200.000 Dollar für die Durchführung des Programms im eigenen Lande zur Verfügung zu stellen.

Ausserdem hat die Marshall-Plan-Verwaltung eine Million Dollar gewährt, mit denen die Aufwendungen für Erhebungen und Ausbildungsprojekte im Rahmen des Programms gedeckt werden sollen.

Die Nationen, die an diesem Projekt mitarbeiten, haben die Internationale Arbeitsorganisation - eine Fachorganisation der Vereinten Nationen - gebeten, die Verantwortung für die Verwaltung eines technischen Hilfsprogramms zu übernehmen, das die Umsiedlung von Arbeitskräften erleichtern soll.

Der Zweck dieses Millionen-Projektes ist, die Länder mit Aus- und Einwanderungsmöglichkeiten bei der Entwicklung der notwendigen Einrichtungen im Zusammenhang mit der Umsiedlung in technischen Fragen zu unterstützen.

Diese Einrichtungen haben die Aufgabe, die Gebiete festzulegen, die einen Überschuss bzw. Mangel an Arbeitskräften haben, sowie die Arbeitsmöglichkeiten in den Einwanderungsländern zu untersuchen, Dienststellen einzurichten, die einen Nachweis über offene Arbeitsplätze führen, Stipendien an Beauftragte der Regierungen zu vergeben, um ihnen das Studium der Umsiedlungsprobleme zu ermöglichen, und eine Organisation aufzubauen, die die Wanderung und Wiederansiedlung von Umsiedlern erleichtern soll.

Auch dieses Vorhaben ist darauf ausgerichtet, eine Vollbeschäftigung und einen höheren Lebensstandard zu erreichen. In

einigen Laendern, besonders in Italien und der deutschen Bundesrepublik, ist das Problem der Ueberbevoelkerung so dringend, dass alle Hilfsquellen selbst bei groesstmoeglicher Intensivierung nicht ausreichen, um der Bevoelkerung einen angemessenen Lebensstandard zu sichern.

AFL Weekly News Service
IX/15/1950

MARSHALL-PLAN MUSS LOEHNE DER ARBEITER EUROPAS VERBESSERN

Drei amerikanische Gewerkschafter, die soeben eine Ueberpruefung der Industriezentren Frankreichs im Auftrag der ECA beendet haben, sind der Auffassung, dass der Marshall-Plan sofort umfassender und besser gestaltet werden muesse, um die Loehne der freien Gewerkschafter Europas erhoehen zu koennen. Es handelt sich um Carmen Lucia, der zweiten Vorsitzenden der Hutmachergewerkschaft der AFL, Harold Gibbons, dem Kassierer der Ortsgewerkschaft Nr. 688 der Fahregewerkschaft der AFL, und J. William Belanger, dem Vorsitzenden des Industriegewerkschaftsrates von Massachusetts.

"Der Lebensstandard der franzoesischen Arbeiter muss erhoehrt werden, wenn Frankreich eine Hochburg der Demokratie in Westeuropa bleiben soll," sagten sie in ihrer Erklaerung. "In den ersten beiden Jahren des Marshall-Planes musste Frankreich notwendigerweise mit Lebensmitteln, Rohmaterialien und Maschinen versorgt werden, um seine Industrie wieder aufbauen zu koennen. Dieses Ziel ist zum groessten Teil erreicht worden. Wenn jedoch jetzt kein Programm in die Wege geleitet wird, das die drei grundlegenden Faktoren des Lebensstandards, naemlich Ernaehrung, Bekleidung und Wohnung verbessert, wird das franzoesische Volk nicht stark genug sein, sich einer totalitaeren Aggression zu widersetzen. Diese Aufgabe muss von der ECA, der franzoesischen Regierung, der franzoesischen Industrie, von den Vereinigten Staaten beraten und unterstuetzt, der Organisation fuer europaeische Wirtschaftszusammenarbeit (OEEC) und von den Gewerkschaften in Angriff genommen werden."

Der Vorsitzende der AFL, William Green, hatte im April dieses Jahres erklart, dass seine Organisation mit den Arbeitern Westeuropas sympathisiere, die um hoehere Loehne kaempfen, und hatte ihnen die volle Unterstuetzung der AFL zugesichert.

Weekly News Service, AFL
IX/15/50

Capus M. Waynick, Administrator des Amtes fuer Technische Zusammenarbeit und Unterstuetzung:

FORTSCHRITTE DES PUNKT-VIER-PROGRAMMS:

Durch das Punkt-Vier-Programm werden anderen Voelkern unsere Erfahrungen und Kenntnisse angeboten, um ihnen zu helfen, bessere Lebensbedingungen fuer sich zu schaffen. Das Programm wird uns in diesem ersten Jahre 34 1/2 Millionen Dollar kosten, das ist weniger als 0,1% der 36 Milliarden Dollar, die Praesident Truman fuer den Gesamthaushalt bewilligt hat. Dieser verhaeltnismaessig kleine Betrag wird jedoch eine grosse kooperative Bewegung einleiten, in deren Rahmen viele Nationen gemeinsam mit ihren Kenntnissen und Hilfsquellen dazu beitragen werden, die Welt fuer ihre Bewohner besser zu gestalten.

Dieses Programm muss unsere Antwort auf den Wunsch der Voelker sein, sich ein besseres Leben zu sichern. Sie muessen mit ihren eigenen Augen sehen und am eigenen Leib erfahren, was die Demokratie fuer sie und ihre Familien bedeuten kann.

Das Punkt-Vier-Programm ist die Antwort auf den Kommunismus fuer lange Sicht. Die Programm-Ziele gehen ueber die gegenwaertige Auseinandersetzung hinaus und bestehen darin, fuer die Dauer Friede und Wohlstand fuer jene Menschen zu schaffen, die dies wuenschen. Der konstruktive Wert des Punkt-Vier-Programms ist die neue Hoffnung und der neue Mut fuer Millionen Menschen in vielen Teilen der Welt.

Das Problem einer grossen Anzahl dieser Laender besteht nicht darin, die physischen Grenzen zu oeffnen, sondern den Menschen zu helfen, die Ketten abzuschuettern, in denen sie gefangengehalten werden. Sie sind krank und hungrig und elend, weil sie furchtbar arm sind. Sie sind arm, weil sie zu wenig Nahrungsmittel und zu wenig Waren produzieren; sie produzieren zu wenig, weil sie unterernaehrt, kraenklich und des Lesens und Schreibens unkundig sind, und weil es ihnen an Erfahrung und Kapital fehlt.

Wie kann dieser sich selbst schaedigende Kreislauf aufgebrochen werden? Die Antwort hierauf gab Praesident Truman in seiner Ansprache anlaesslich der Einfuehrung des Punkt-Vier-Programms:

"Hoehere Produktion ist der Schluessel zu Wohlstand und Frieden. Und der Schluessel zur hoeheren Produktion ist eine vielseitigere und bessere Anwendung des modernen wissenschaftlichen und technischen Wissens."

Das ist die Loesung, die das Punkt-Vier-Programm diesen Menschen bietet.

Aber selbst mit dieser Hilfe koennen sich die Menschen der wirtschaftlich rueckstaendigen Gebiete nicht ueber Nacht einen hoeheren Lebensstandard sichern. Dies ist eine Aufgabe von laengerer Dauer, das darf uns jedoch nicht entmutigen.

Auch unser eigener hoher Lebensstandard konnte nicht ueber Nacht errungen werden. Aber die Dringlichkeit ist gross und die wirtschaftliche Entwicklung nimmt viel Zeit in Anspruch. Je frueher wir jedoch damit beginnen, umso besser ist es. Es gibt Leute, die die Frage stellen, ob wir nicht eine Konkurrenz schaffen, die unsere eigenen Produzenten eines Tages ruinieren wird, wenn wir anderen Voelkern helfen, ihre Wirtschaft zu entwickeln. Ich bin der Auffassung, dass diese Furcht unbegrundet ist. Ginge es uns besser oder schlechter, wenn die hochentwickelten Industriestaaten wie Kanada und Gross-Britannien, die die gleichen Dinge herstellen wie wir, ploetzlich aufhoerten, Industriestaaten zu sein und auf das wirtschaftliche Niveau der unterentwickelten Gebiete absinken, wuerden?

Alle Statistiken zeigen, dass die hochentwickelten Laender, die ueber eine hohe Kaufkraft verfuegen, die besten Abnehmer und die besten Nachbarn sind, wenn die Demokratie in ihnen nicht untergraben wird. Je schneller die rueckstaendigen Gebiete entwickelt werden koennen, um so groesser wird die Moeglichkeit sein, sich am Welthandel zu beteiligen, und umso mehr Geld wird den Menschen in diesen Gebieten zum Ankauf von Waren zur Verfuegung stehen.

Technische Unterstuetzung ist eine ziemlich abstrakte Bezeichnung fuer eine sehr praktische Angelegenheit, die darin besteht, dass man Menschen lehrt, wie bestimmte Dinge zu tun sind und Methoden

anzuwenden, die sie zuvor nicht kannten. Es ist eine alte Form der Erziehung: die Uebermittlung von Erfahrungen und technischen Koennens an andere. In diesem Falle sollen besondere Kenntnisse und jene Faehigkeiten ausgetauscht werden, die ein besseres Leben ermoeöglichen. Hier muss jedoch der Unterschied und die Schwierigkeiten beachtet werden, dass der Austausch dieser Erfahrungen mit Menschen vieler verschiedener Nationen stattfinden muss.

Im Rahmen des Punkt-Vier-Programms schicken wir amerikanische Techniker der Landwirtschaft ins Ausland, um dort verbesserte Arbeitsmethoden vorzufuehren, die immer den oertlichen Verhaeltnissen angepasst werden muessen. Wir werden Aerzte und Krankenschwestern entsenden, um den Menschen dort die elementarsten Gesundheitsregeln mitzuteilen und ihnen zu zeigen, wie man vermeidbare Krankheiten, wie zum Beispiel die Malaria, bekaempfen kann, indem eine den Gesundheitsvorschriften entsprechend bessere Wasserversorgung und ein zweckmaessiges Kanalisationssystem hergestellt wird. Wir werden amerikanische Erzieher ins Ausland schicken, die den Lehrern in anderen Laendern helfen sollen, bessere Methoden zur Ueberwindung des Analphabetentums zu ermitteln, das in einigen Laendern die erschreckende Zahl von 90% erreicht hat. Wir werden auch weiterhin intelligente und vorwaertsstrebende Menschen aus jenen Laendern zu ihrer technischen Ausbildung nach den Vereinigten Staaten bringen.

Das Punkt-Vier-Programm setzt sich aus zwei ineinandergreifenden Faktoren zusammen: Die technische Unterstuetzung und die Kapitalinvestierung. Das Programm fuer die technische Unterstuetzung ist vom Kongress genehmigt worden, der fuer diesen Zweck 34 1/2 Millionen Dollar bewilligt hat. Von diesem Betrag werden wir 12 Millionen Dollar fuer das technische Hilfsprogramm der Vereinten Nationen zur Verfuegung stellen. 49 andere Laender haben gemeinsam weitere 8 Millionen Dollar bereitgestellt. Damit hat sich der Betrag auf 20 Millionen Dollar erhoehrt, der fuer das technische Hilfsprogramm der Vereinten Nationen und ihrer Fachorganisationen zur Verfuegung gestellt worden ist.

Wenn die verschiedenen Ansuchen um technische Unterstuetzung beim Aussenministerium eingegangen sind, werden sie von jedem Gesichtspunkt aus sorgfaeltig geprueft werden. Wir werden feststellen, ob die einzelnen Vorschlaege mit dem Zweck des Punkt-Vier-Programms vereinbar sind und ob das betreffende Land die angeforderte Unterstuetzung tatsaechlich gut verwenden kann. Wir werden pruefen, ob das vorgeschlagene Projekt mit einem anderen sich ueberschneidet oder einem anderen entgegenlaeuft, das von den Vereinten Nationen oder irgendeiner anderen internationalen Behoerde geplant ist.

Mit den vom Kongress bewilligten Geldmitteln muessen wir in der Lage sein, in diesem ersten Jahre des Punkt-Vier-Programms mehr als 1000 amerikanische Techniker mit Auftraegen fuer technische Unterstuetzung ins Ausland zu schicken. Wir rechnen damit, mehr als 10000 geeignete Personen aus diesen zu unterstuetzenden Laendern zur technischen Ausbildung in die Vereinigten Staaten zu holen. Die Regierung wird ausserdem mit amerikanischen privaten Unternehmen Vertraege abschliessen, um die technischen Hilfsmassnahmen noch staerker zu intensivieren und sich zugleich zu bemuehen, ebenfalls geeignete Persoenlichkeiten als Wegbereiter heranzuziehen, und sich an der Ausbildung auslaendischer Techniker in den Vereinigten Staaten zu beteiligen.

Sehr oft jedoch wird noch mehr benoetigt, als nur eine technische Unterstuetzung, um das gewuenschte Ziel zu erreichen. Dieses "mehr" ist die Investierung von Kapital. In einigen Faellen ist

das Kapital fuer Projekte der wirtschaftlichen Entwicklung mit Recht von der Regierung zur Verfuegung gestellt worden, wie zum Beispiel durch die Kredite der Export-Import Bank in Washington und der Welt-Bank. Praesident Truman hat jedoch klar herausgestellt, dass der groesste Teil der fuer die Investierung in unterentwickelten Gebieten benoetigten Kapitalien aus privaten Quellen kommen muss.

Tatsache ist, dass in zahlreichen wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten die Anlagemoeglichkeiten fuer private Investitionen augenblicklich nicht guenstig sind.

Diese unguenstigen Bedingungen koennen zum Teil rechtzeitig durch den Einsatz technischer Unterstuetzungsmassnahmen ausgeglichen werden. Unsere eigenen Erfahrungen, die wir vor 50 Jahren in Kuba, Kanada und auf den Philippinen machten, haben bewiesen, dass nach einer Reform der gesundheitlichen und sanitaeren Verhaeltnisse sowie der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen Privatkapitalien in einem Land angelegt werden koennen, und neue Unternehmen, neue Arbeitsplaetze und neue Moeglichkeiten ins Leben gerufen werden koennen. Eine der grossen Werte der technischen Unterstuetzung besteht darin, dass sie dazu beitraegt, eine Umgebung zu schaffen, die dem gesteigerten Fluss von Investitionskapitalien foerderlich ist. Der Investition von Kapital sind jedoch in einigen rueckstaendigen Gebieten sowohl durch die Regierung als auch durch die natuerlichen Verhaeltnisse Grenzen gesetzt. Einige Regierungen haben strenge und offensichtlich laestige Beschraenkungen fuer die Investition auslaendischen Kapitals eingefuehrt. Schwierigkeiten in der Transferierung der Waehrungen verursachen zusaetzliche Probleme. Das Aussenministerium ist mit allen Mitteln bestrebt, die Schwierigkeiten zu beseitigen, die einer groesseren Investition amerikanischen Kapitals im Ausland im Wege stehen. Wir sind dabei, neue Handelsvertraege mit einer Reihe von Laendern abzuschliessen, die Bestimmungen enthalten, die eine gerechte Behandlung sowohl der amerikanischen Kreditanleger als auch der Laender, in denen sie ihre Investitionen vornehmen, gewaehrleisten sollen.

Aber dies ist im besten Falle ein langwieriger Vorgang. Um den Fluss amerikanischen Kapitals ins Ausland zu beschleunigen, hat die Verwaltung des Punkt-Vier-Programms empfohlen, die Export- und Import-Bank zu ermaechtigen, begrenzte Buergschaften fuer ausserordentliche Risiken zu uebernehmen, denen im Ausland investiertes Kapital unterworfen ist. Es ist vorgeschlagen, dass die Bank gegen einen gewissen Zins im Ausland investiertes Kapital gegen Enteignung ohne ausreichende Verguetung und gegen die Moeglichkeit versichert, dass dieses Kapital und die Gewinne in anderen Waehrungen nicht in Dollar tranferiert werden koennen. Derartige Investitionen sollen dagegen nicht gegen gewoehnliche Gewschaeftrisiken gesichert werden.

Unsere Regierung bietet mit diesen Vorschlaegen neuen Boden; und sie wird eine Formel suchen, die sich sowohl fuer die amerikanischen Investitionen als auch fuer die auslaendischen Regierungen als zufriedenstellend erweisen wird. Wir moechten den amerikanischen Kapitalanlegern einen angemessenen Schutz und eine gerechte Behandlung zusichern. Wir moechten jedoch auf der anderen Seite vermeiden, besondere Vorrechte fuer die im Ausland investierten amerikanischen Kapitalien und die Anleger zu beanspruchen.

The Department of State Bulletin
IX/25/50

ZWEI RESOLUTIONEN DER AFL GEGEN DAS TAFT-HARTLEY GESETZ

Der Amerikanische Gewerkschaftsbund (AFL) fuehrt zur Zeit seinen groessten Feldzug, um die Wahl eines liberalen Kongresses zu sichern, der das gewerkschaftsfeindliche und ungerechte Taft-Hartley Gesetz abschaffen soll.

Die Mitglieder der AFL sind aufgerufen, diejenigen Kandidaten zu unterstuetzen, die fuer den Widerruf dieses Gesetzes stimmen werden. Millionen von Worten sind zu diesem Zwecke geschrieben und gesprochen worden.

Das Wesentliche des Standpunktes der AFL ist in zwei Resolutionen zusammengefasst, die von der 69. Konvention in Houston (Texas) angenommen wurden. Den acht Millionen Gewerkschaftsmitgliedern der AFL, den Berichterstattern der Zeitungen, den Kommentatoren des Rundfunks und der Oeffentlichkeit soll die klare und unzweideutige Stellungnahme der AFL zum Taft-Hartley Gesetz zur Kenntnis gebracht werden, warum und wie sie versuchen wird, dieses Gesetz im 82. Kongress, der am 7. November gewaehlt wird, abzuschaffen:

Der Text dieser Resolution Nr. 30 - die von dem Delegierten Thomas A. Murray vom Gewerkschaftsbund des Staates New York eingebracht wurde, lautet:

Weil das Gesetz ueber die Arbeitgeber-Arbeitnehmer Beziehungen des Jahres 1947, das unter dem Namen Taft-Hartley Gesetz besser bekannt ist, die demokratischen Rechte der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung verletzt und sie ihrer fundamentalen Freiheit und Organisationsmoeglichkeiten beraubt und deshalb von der gesamten Gewerkschaftsbewegung ausnahmslos abgelehnt wird, und

Weil das Gesetz seit seinem Inkrafttreten die rechtmassigen gewerkschaftlichen Taetigkeiten eingeschraenkt und gewisse Unternehmer ermutigt hat, im Vertrauen auf bestimmte Hintertueren im Gesetz, die es ihnen erlauben, sich ihrer Verantwortlichkeit zu entziehen, sich den Forderungen der Gewerkschaften kompromisslos und hartnaeckig zu widersetzen, tatsachenentstellende Forderungen der Unternehmer zu befuerworten, Unternehmergewerkschaften im geheimen aufzustellen und den Gewerkschaften ohne Begruendung unfaires Verhalten vorzuwerfen, und

Weil, ungeachtet der ablehnenden Haltung des ganzen Landes diesem Gesetz gegenueber, was durch die Wiederwahl Praesident Trumans bewiesen ist, eine reaktionaere Koalition von Republikanern und Sueddemokraten jeden Versuch, den Widerruf durchzusetzen, unterbunden hat, und

Weil dieser fortwaehrende Missbrauch unvermeidbar zu der Untermierung des Gebaeudes unserer Demokratie fuehren und letzten Endes die freie Gewerkschaftsbewegung, die immer ein Bollwerk gegen Reaktion und Totalitarismus gewesen ist, in Misskredit bringen wuerde, wird hiermit beschlossen,

Dass diese Konvention die Politik mit allen Mitteln unterstuetzt, die von der AFL und den gewerkschaftlichen Kraeften in unserem Lande in dem Bestreben eingeschlagen wurde, das amerikanische Volk ueber die gefaehrlichen Uebergriffe der Kraefte der Reaktion und des Totalitarismus aufzuklaeren, und

Dass wir unsere unabaenderliche ablehnende Haltung dem Taft-Hartley Gesetz gegenueber und unsere Entschlossenheit erneut zum

Ausdruck bringen, unaufhoerlich gegen diesen ruchlosen Akt der Gesetzgebung zu kaempfen, und

Dass wir unsere Repraesentanten im Kongress und im Senat der Vereinigten Staaten auffordern, den Willen des amerikanischen Volkes zu respektieren und mitzuhelfen, das Taft-Hartley Gesetz rueckgaengig zu machen, und

Dass wir den Kongress der Vereinigten Staaten, und die Politiker beider Parteien auffordern, dieses verhasste Gesetz aus unseren Verfassungsbuechern zu streichen.

* * *

Die zweite Resolution traegt die Nummer 88 - und wurde von den Delegierten Jack Wieselberg, Norman Zukowsky, Edward Friss und Morris Fuchs von der Gewerkschaft der Sattler und Portefeullier eingebracht. Sie lautet:

Weil der organisierten Arbeiterschaft in ihrem Kampf um die Erhaltung ihrer Grundrechte von reaktionaeren Elementen erbitterter Widerstand geleistet wird, und

Weil in dem Wagner-Gesetz, das mit Recht die Magna Charta der Gewerkschaften genannt wurde, den Arbeitern das Recht zuerkannt wurde, sich frei zu organisieren und Tarife abzuschliessen, und

Weil die reaktionaeren Elemente, die den 80. Kongress beherrschten und eine Kombination von Tory-Republikanern und Dixiecrat-Demokraten darstellten, der organisierten und nichtorganisierten Arbeiterschaft mit dem Erlass des schaedlichen Taft-Hartley Gesetzes einen schweren Schlag versetzten, und

Weil die Waehler unseres Landes geschlossen ihre Entruestung ueber dieses Gesetz zum Ausdruck brachten, indem sie Harry S. Truman wieder zum Praesidenten waelhten, nachdem er ihnen versprochen hatte, sich dafuer einzusetzen, dass das Taft-Hartley Gesetz widerrufen wird, und

Weil der gegenwaertig bestehende Kongress fortwaehrend gezeigt hat, dass er den mit der Wiederwahl zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes nicht achtet, und

Weil jede fruehere Konvention der AFL eindringlichst die sofortige Abschaffung des Taft-Hartley Gesetzes verlangt hat,

Wird von der 69. Konvention der AFL beschlossen, dass wir die unverzuegliche Beseitigung des Taft-Hartley Gesetzes und den Neuerlass des Wagner-Gesetzes in der Weise verlangen, wie es von Praesident Truman in seiner Botschaft an den 81. Kongress empfohlen wurde.

AFL Weekly News Service

X/17/50

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 36

Frankfurt, 10. November 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Automobilarbeitergewerkschaft Amerikas gegen Krediteinschraenkungen - - - - -	1
Die Gewerkschaften in den Kolonien erwarten Hilfs- massnahmen - - - - -	2
Der Kongress der "Force Ouvrière" - - - - -	5
Die Arbeitsweise der Gewerkschaften in Amerika -	6
Entwicklungen in der gesamtamerikanischen Gewerk- schaftsbewegung - - - - -	9
Die chilenischen Gewerkschaften - - - - -	10
Die Gewerkschaftsbewegung Schwedens - - - - -	11
Warum die Arbeiter ihren Arbeitsplatz verlassen -	14
Englische Amerikabesucher fuer Normung der Produktion - - - - -	15
Schweizerische Gewerkschaften fuer den Marshall- plan - - - - -	16

AUTOMOBILARBEITERGEWERKSCHAFT AMERIKAS GEGEN KREDITEINSCHRAENKUNGEN

Die Automobilarbeitergewerkschaft des C.I.O. hat zum Ausdruck gebracht, dass sie die neuen Richtlinien ueber Beschraenkung der Wohnungsbau- und Anschaffungskredite ablehnt.

In einem Schreiben an den Vorsitzenden des Bundesausschusses zur Ueberwachung und Sicherung der Hilfsquellen des Landes (National Security Resources Board), W. Stuart Symington, haben Funktionaere dieser Gewerkschaft gefordert, dass diese Bestimmungen, die von der Bundesstaatlichen Verwaltung fuer Waehrungskontrolle herausgegeben wurden, solange nicht in Kraft gesetzt wuerden, bis die von der Regierung einberufene Konferenz von Arbeitnehmern und Arbeitgebervertretern der betreffenden Industrien Vorschlaege hierzu gemacht haette.

Die Funktionaere bezeichneten diese neuen Bestimmungen als einen "Dolchstoss in den Ruecken der amerikanischen Familien mit niedrigem Einkommen."

"Durch die Bestimmungen soll in erster Linie das Problem der Materialverknappung gelöst werden," heisst es in dem Schreiben; "sie erfüllen jedoch ihren Zweck einfach dadurch, dass sie den Verbrauchern mit niedrigem Einkommen die Möglichkeit nehmen, sich Wohnungen, Autos und andere Anschaffungsgegenstände zu kaufen."

Die Automobilarbeitergewerkschaft ist der Auffassung, dass die Probleme der Wohnungsbau- und Anschaffungskredite durch eine Erweiterung der Produktion gelöst werden müssen.

Die Einschränkungen, besonders der Wohnungsbaukredite, wurden von Symington als eine wirksame Waffe im Kampf gegen die Inflation verteidigt. "Wir befinden uns in einer Zeit der Mobilisierung," sagte er, "und direkte Lohn-Preiskontrollen würden die gesamte Wirtschaft in eine Zwangsjacke stecken. Wenn jedermann mithilft, auch die Unternehmer und Gewerkschaften, wäre es einfach, indirekte Kontrollen auszuüben." Symington verurteilte ausserdem die grossen Profite, die nach seiner Aussage im dritten Quartal dieses Jahres höher waren als in irgendeinem anderen Lande zu irgendeinem Zeitpunkt in der Weltgeschichte.

Leon Keyserling, der Vorsitzende des Ausschusses wirtschaftlicher Berater, forderte eine weitere Steuererhöhung, um die Kaufkraft zu absorbieren. Keyserling befürwortete ausserdem in einer Rundfunkansprache die Errichtung eines Büros zur Kontrolle von Löhnen und Preisen, die man schnell in Aktion setzen könnte, wenn die inflationistische Tendenz bestehen bliebe.

Auch Bernhard Baruch hat sich für höhere Steuern und Kontrollen ausgesprochen und warnend erklärt, dass die Auffassung, Kontrollen der Regierung könnten durch freiwillige Einschränkungen vermieden werden, eine bequeme Selbsttäuschung sei.

Am gleichen Tage sagte Cyrus Ching, der Vorsitzende des neuen Ausschusses für Lohnstabilisierung, dass es ausschliesslich die Schuld der Gewerkschaften und der Industrie wäre, wenn Lohn- und Preiskontrollen bald eingeführt würden. "Ich habe niemanden gesehen, der nicht Lohn- und Preiskontrollen bejaht hätte, - aber für andere und nicht für sich selbst," sagte er.

Man erwartet demnächst weitere Kontrollen für Warenkredite grosser Kaufhäuser und für private Gelddarlehen. Symington setzt sich bei der Bundesstaatlichen Verwaltung für Währungskontrolle für diese Einschränkungen ein.

Daily News Service, Labor Press Association
X/23/50

DIE GEWERKSCHAFTEN IN DEN KOLONIEN ERWARTEN HILFSMASSNAHMEN

Der Aufstieg der Gewerkschaftsbewegungen in den Kolonien unter den Nichteuropäern ist ebenso rasch wie bemerkenswert. In den britischen Kolonien gehen mit einigen Ausnahmen in Westindien die frühesten Entwicklungen auf 10 bis 12 Jahre zurück.

Die Ausdehnung der Gewerkschaftsbewegung hat sich so schnell vollzogen, dass gegenwärtig rund 1.000 Gewerkschaften in britischen Kolonien mit einer Gesamtmitgliederzahl von etwa 600.000 zu verzeichnen sind. Nach europäischen Begriffen sind sie zahlenmässig noch ziemlich unbedeutend, ihre Mitgliederzahlen belaufen sich im Durchschnitt auf einige Hundert oder höchstens einige Tausend.

Die Lage dieser jungen und kaempferischen Organisationen in den Kolonien erinnert an die Anfaenge der britischen Gewerkschaftsbewegung vor 150 Jahren. Jede Gleichsetzung mit den Urspruengen der britischen Gewerkschaften waere jedoch irrefuehrend. Wie die Pioniere in diesem Lande sahen sich die Gewerkschaften in den Kolonien ungeheuren Problemen gegenueber, die durch die Armut und Un-erfahrenheit verursacht sind; auf der anderen Seite jedoch hatten sie nicht im gleichen Masse unter der feindseligen Haltung oder Unterdrueckungsmassnahmen durch die Regierungen zu leiden.

Diesen Gewerkschaften fehlen lediglich Anregungen, Ratschlaege und Unterstuetzung. Zwar sind bisweilen in kritischen Situationen schwere Fehler gemacht worden, im allgemeinen jedoch konnten diese Gewerkschaften mit der Ruecksichtnahme und sogar einer gewissen Ermunterung durch die Regierungen oder das Kolonialamt rechnen. Immer konnten sie sich jedoch auf die Unterstuetzung des Britischen Gewerkschaftskongresses (TUC) verlassen.

Waehrend dieser Phase der Vorbereitung hat der TUC ununterbrochen und regelmaessig mit den neuen Organisationen in Verbindung gestanden. Obwohl diese Verbindungen aus der Zeit vor 1939 datieren, konnten erst nach Kriegsende viele der urspruenglichen Absichten verwirklicht werden.

Ueber einen Kolonialen Beratungsausschuss, der zwei Jahre vor dem Kriege gebildet wurde und sich aus einigen besonders befaehigten Experten in Kolonialfragen und aus Mitgliedern des Generalrates zusammensetzt, die alljaehrlich ernannt werden, hat der TUC in seiner Gewerkschaftsarbeit in den Kolonien im wesentlichen zwei Ziele verfolgt: erstens in staendiger taetiger Verbindung mit den neuen Kolonialgewerkschaften zu bleiben und ihnen sowohl auf direktem Wege als auch ueber das Kolonialamt Rat und Unterstuetzung zu vermitteln; und zweitens Gewerkschafter aus den Kolonien in die Ideen und Methoden des Gewerkschaftswesens in England einzufuehren.

Das Erziehungsprogramm, das in frueheren Jahren nur auf oberflaechlicher Basis durchgefuehrt wurde, ist seit 1945 staendig weiter ausgebaut worden. In sieben Kolonien sind Gewerkschafter von ihren eigenen Organisationen gewaehlt worden, die ein Jahr lang Universitaeten oder Schulen in England besuchen sollen.

Ausserdem wird an Hand der Briefkurse der Ruskin-Hochschule Unterricht erteilt. Die Gewerkschafter aus den Kolonien und die eingeborenen Funktionaere der kolonialen Arbeitsaemter, die von ihren Regierungen zur Ausbildung nach England geschickt wurden, werden zu den einmonatigen Ausbildungskursen der Erziehungsabteilung des britischen Gewerkschaftskongresses zugelassen. Auch an den Wochenend- und Sommerschulen des TUC sind Plaetze fuer diese Gewerkschafter aus den Kolonien bereitgestellt worden.

Um die Organisierung der neugegruendeten Gewerkschaften zu unterstuetzen, wurden Handbuecher in grossen Mengen gedruckt und verschickt. Die beste Form der Hilfe, die vom TUC in Zusammenarbeit mit der Regierung geleistet wird, ist sehr wahrscheinlich die, dass man britische Gewerkschaftsfunktionaere als Gewerkschaftsberater auf Posten im Kolonialdienst berufen hat.

Das Kolonialamt hat seit der Einfuehrung dieses Planes im Jahre 1942 bereits 23 erprobte Gewerkschafter ernannt, was sich besonders bei der Lenkung der neuen Gewerkschaften als aeusserst fruchtbar erwiesen hat. Die Zahl der Kollektivvertraege, die zum erstenmal in den Kolonien abgeschlossen wurden, ist hierfuer ein schlagender Beweis. In Arbeits- und Wirtschaftsfragen der Kolonien ist zwischen den Vertretern des Generalrates des TUC in zwei Kolo-

nialausschuessen und der Regierung eine staendige Zusammenarbeit festzustellen. Es sind dies der Beratungsausschuss fuer koloniale Arbeitsfragen und der Ausschuss fuer koloniale Wirtschaft und ihre Entwicklung. Der TUC hat ausserdem schon vor dem Kriege mit den sechs Sonderkommissionen fuer bestimmte Kolonien regelmassig in Verbindung gestanden.

Der TUC hat nicht versucht, die Verbindungen der Kolonialgewerkschaften mit der uebrigen Welt einzuschraenken. Sie wurden im Gegenteil tatkraeftig unterstuetzt, um es ihnen zu ermoeeglichen, sich an der Nachkriegsentwicklung der Internationalen Gewerkschaftsbewegung positiv zu beteiligen. Ihre Verbindung mit dem Weltgewerkschaftsbund, die erst seit 1945 besteht, war zu kurz, um sich im guten oder im schlechten Sinne fuer sie auswirken zu koennen. Ein beträchtlicher Teil der Gewerkschaften in den Kolonien hat sich laengst dem IBFG angeschlossen.

Die Absicht des IBFG, Landesorganisationen ins Leben zu rufen, wird sich unmittelbar auf die Gewerkschaften in den Kolonien auswirken. Dieses Landesprogramm wird jedoch keinesfalls der aktiven Politik des TUC im Wege stehen, die in engster Verbindung mit der Gewerkschaftsbewegung in den britischen Territorien betrieben wird.

Als die Delegierten aus den Kolonien beim ersten Kongress des IBFG mit dem kolonialen Beratungsausschuss des TUC im Dezember des vergangenen Jahres zusammenkamen, wurden die dringlichsten Probleme der Gewerkschaften in den Kolonien eingehend ercoertert. Die Delegierten wiesen hierbei auf die drei wichtigsten Notwendigkeiten hin:

1. Den Besuch britischer Gewerkschafter in den Kolonien, um die Verhaeltnisse an Ort und Stelle kennenzulernen und Anregungen zu geben.
2. Buero- und Werbematerial sowie Kraftfahrzeuge zur Verfuegung zu erhalten; und schliesslich
3. eine regelmassige und ausreichende Versorgung mit brauchbaren Veroeffentlichungen.

Wie sehr gewerkschaftliches Lesematerial in den Kolonien erwuenscht ist, beweist die Tatsache, dass Westindien hundert Exemplare der Gewerkschaftsgeschichte von Webbs angefordert hat. Um passende Buecher und sonstige Literatur vor allem fuer Leser in den Kolonien zur Verfuegung zu stellen, konnten ohne Schwierigkeiten 5000 Pfund Sterling aufgewendet werden. Diese Hilfe ist sehr willkommen. Weit besser waere es jedoch, in jede Kolonie einen erfahrenen Gewerkschafter zu schicken, der dort die oertlichen Verhaeltnisse und Schwierigkeiten studiert und sofort beratend eingreifen kann. Jeder Besuch dieser Art wuerde etwa 50 Pfund Sterling kosten. Ausserdem muessen die einmal aufgenommenen Beziehungen aufrechterhalten werden. Zur Finanzierung eines Anfangsprogramms fuer die beiden naechsten Jahre hat der Generalrat des TUC den Delegierten des Kongresses eine Summe von annaeherd 27,000 Pfund Sterling vorgeschlagen und fuer die folgenden Jahre einen weiteren Betrag von je 10,000 Pfund Sterling.

Die bis jetzt geleistete Arbeit ist aus einem Sonderfonds finanziert worden, der im Jahre 1947 durch eine Spende von 500 Pfund Sterling aus Geldern des TUC und verschiedener anderer Zuwendungen angeschlossener Gewerkschaften in Hoehe von 2700 Pfund Sterling entstanden ist. Diese Mittel sind viel zu gering, um wirksam zu sein. In dem Sonderbericht an den Kongress heisst es: "Die finanziellen Belastungen sind gross; im Verhaeltnis zu der lebens-

wichtigen Aufgabe, die erfuehlt werden muss, sind sie jedoch keinesfalls uebertrieben. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in den Kolonien ist zum grossen Teil durch das Beispiel der Gewerkschaftsorganisationen Grossbritanniens gelenkt worden. Vor allem aufbaumaessig koennen diese Gewerkschaften aus der Erfahrung des TUC lernen. Man darf jedoch nicht vergessen, dass sich die Bewegung in Grossbritannien im Lichte eigener Verhaeltnisse entwickelt hat und damit nicht fuer die Kolonien als Beispiel gelten kann. Die industriellen, sozialen und im allgemeinen auch die schulungsmaessigen Normen sind dort verschieden.

In England hat sich die Bewegung auf rein industrieller Basis entwickelt. Dagegen koennen, was auch tatsaechlich vorgekommen ist, die Gewerkschaften in den Kolonien von Leuten missbraucht werden, die in diesen industriellen Organisationen eine Moeglichkeit sehen, ihre persoenlichen politischen Wuensche zu erfuehlen. Die Zeit fuer eine erfolgreiche Entwicklung der Gewerkschaften ist noch zu kurz, wenn man unter Gewerkschaften auch dort Arbeiterorganisationen versteht, die danach trachten, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zu wahren, und unabhaengige Organisationen zu sein, die ihre Politik selbst bestimmen und unabhaengig handeln. Sie brauchen die Hilfe und Anleitung durch Sachverstaendige, um die sie uns gebeten haben.

Labor
IX/50

DER KONGRESS DER "FORCE OUVRIERE"

Ein entscheidender Schritt zur Einigung mit anderen nichtkommunistischen, franzoesischen Gewerkschaften wurde von 1000 Delegierten der franzoesischen Gewerkschaft "Force Ouvrière" auf einem Kongress in Paris getan.

Die Delegierten, die eine Million Mitglieder Frankreichs und seiner Kolonien vertreten, kamen vom 25. - 28. Oktober zusammen, um zu beraten, wie sie ihre Gewerkschaft staerken koennten. "Force Ouvrière" ist ein nichtkommunistischer Gewerkschaftsbund, der seit drei Jahren besteht und sich vom kommunistisch beherrschten Allgemeinen Gewerkschaftsbund (Confédération Général du Travail) getrennt hat.

Die Delegierten beschlossen, Mitglieder anderer, nichtkommunistischer Gewerkschaften einzuladen, an ihren Sitzungen teilzunehmen. Ausserdem wandten sie sich mit der Bitte um Vereinigung der franzoesischen Gewerkschaftsbewegung an diese anderen nichtkommunistischen Gruppen, vor allem an die Gewerkschaft der Christlichen Arbeiter (C.F.T.C.) und den Verband der Vorarbeiter (C.G.C.). Hierzu wurden die folgenden drei Forderungen gestellt:

1. Gruendung eines staendigen, gemeinsamen Gewerkschaftskomitees, das die Moeglichkeiten der Vereinigung eroertern soll.
2. Wirkliche Zusammenarbeit der Gewerkschaften, um gemeinsam die Forderungen der Arbeiter vertreten zu koennen.
3. Der Vorschlag darf die Gewerkschaften nicht ihrer Selbststaendigkeit und des Rechtes berauben, vor Abschluss eines allgemeinen Abkommens eigene Entscheidungen zu treffen.

Die Delegierten beschlossen ausserdem:

1. Die Gewerkschafts- und Aufnahmebeitraege zu verdoppeln, die damit 50 Franken im Monat, beziehungsweise 20 Franken betragen.

2. Mit anderen Gewerkschaftsgruppen im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften enger zusammenzuarbeiten.

3. Die Löhne vom Lebenshaltungskostenindex und der Produktionsleistung abhaengig zu machen. Diese bewegliche Tabelle war die positivste Massnahme, die von den Delegierten in ihrem Wirtschafts- und Sozialprogramm getroffen wurde.

4. Die einsichtigeren franzoesischen Arbeitgeber zu ermutigen, nicht nur darauf bedacht zu sein, Gewinne zu erzielen, sondern auch die Produktion zu steigern und die Gestehungskosten zu senken.

5. Das Kartell zur groessten Gefahr fuer wirksame Verhandlungen der Arbeitnehmer zu erklaren.

6. Sich die Kenntnisse zunutze machen, die sich Besuchergruppen bei amerikanischen Gewerkschaften im Rahmen des Programms zur technischen Unterstuetzung erworben haben.

7. Fuer ein vereinigtes Europa als Vorbedingung fuer einen hoeheren Lebensstandard zu arbeiten.

Der Kongress wies mit Stolz auf die von der "Force Ouvrière" erzielten Erfolge hin.

1. Sie hat den franzoesischen Arbeiter von der Sinnlosigkeit einer Steigerung der Nominalloehne ueberzeugt.

2. Sie hat die Löhne von der Kontrolle der Regierung befreit.

3. Sie hat das Tarifverhandlungswesen eingefuehrt und

4. hat sie ein Gesetz erlassen, dass einen Mindestlohn von 159 Franken pro Stunde festsetzt.

Die Delegierten dankten ausserdem dem amerikanischen Arbeiter fuer die Marshallplan Hilfe. Als Gewerkschaftsdelegierte aus dem Ausland waren anwesend:

J. H. Oldenbroek, der Generalsekretaer des I.B.F.G., Irving Brown, der Vertreter der A.F.L. in Europa, Elmer Cope, der C.I.O.-Repraesentant in Europa, Victor Reuther von der Automobilarbeitergewerkschaft des C.I.O., Paul Finet, der Praesident des I.B.F.G., Giulio Pastore, der Generalsekretaer des italienischen Gewerkschaftsbundes C.I.S.L., Hans vom Hoff aus Deutschland, Alfred Roberts, der Vorsitzende des britischen Gewerkschaftsbundes T.U.C. und Korte aus Norwegen.

ECA Labor Information

DIE ARBEITSWEISE DER GEWERKSCHAFTEN IN AMERIKA

Auf Grund "sehr freundschaftlicher, kooperativer und hoechst konstruktiver Aussprachen" ist die Stimme der 15 Millionen organisierter Arbeiter jenseits des Atlantiks heute staerker denn je. Die Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten arbeiten aber auch unter Anwendung von Methoden, die, wie der nachstehende Artikel beweist, von den westeuropaeischen gaenzlich verschieden sind.

Mit dem Wunsch, ueber die seit 14 Jahren bestehende Kluft zwischen ihren beiden Organisationen eine Bruecke zu schlagen, sind vor kurzem Funktionaere des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL

und des Kongresses der Industrieverbaende (CIO) zusammengetreten, um zu beraten, wie sie in wirksamer Weise gemeinsam handeln koennten. Diese Beratungen haben zu einer engeren Zusammenarbeit gefuehrt, aus der eines Tages eine vereinigte Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten entstehen koennte.

Man wurde sich darueber einig, dass Meinungsverschiedenheiten in Organisationsfragen am besten am gemeinsamen Verhandlungstisch beseitigt werden koennten, um alle Fragen zu politischen Massnahmen von hoechster Stelle aus gemeinsam zu bearbeiten. Man bildete einen staendigen "Vereinigungsausschuss" und ein Komitee, die auf friedlichem Wege alle anderen Fragen behandeln soll, ueber die die beiden Organisationen geteilter Meinung sind.

Gleichzeitig sind andere Ursachen dieser Spaltung zwischen den beiden nationalen Gewerkschaftsgruppen in schnellem Verschwinden begriffen. Der Konflikt begann im Jahre 1936 mit einer Ablehnung gegen die zoegernde Haltung der Berufsgewerkschaften, die rapide aufbluehenden Industrien der Massenproduktion organisatorisch zu durchdringen, und heute nimmt der CIO in seine eigenen grossen Mitgliederverbaende der Gummi-, Automobil-, Stahl-, Glas- und Elektroindustrie Berufsgewerkschaften auf. Auf der anderen Seite vereinigt die AFL Industrieverbaende mit den Berufsgewerkschaften, die seit langem in ihren Reihen bestehen.

Darueberhinaus sind sich beide Organisationen in ihrem organisatorischen Aufbau bereits sehr aehnlich. So wie der britische Gewerkschaftskongress (TUC) sind sie beide Verbaende auf der Basis der einzelnen Staaten, die sich aus angeschlossenen Gewerkschaften zusammensetzen, die ihrerseits weitgehend autonom sind. Beide organisieren in ganz Amerika und Kanada die Arbeiter in ihren sogenannten "internationalen" Gewerkschaften. Beide bieten den ihnen angeschlossenen Verbaenden von einer Zentralstelle aus Dienstleistungen. Und die Gewerkschaften beider Organisationen haben als Grundlage ihres organisatorischen Aufbaus die Einzelgewerkschaft oder "Lokalgewerkschaft", deren Mitgliedschaft sich in den Industrieverbaenden aus der gesamten Belegschaft eines Betriebes, gleich welchen Ranges oder Berufes, und in den Berufsgewerkschaften aus den Handwerkern und Angehoerigen einer bestimmten Berufsgruppe zusammensetzt; letztere gehoeren in der Regel kleineren Betrieben in irgendeinem bestimmten Gebiet an.

Was die amerikanische Lokalgewerkschaft so sehr von der britischen unterscheidet, ist der Grad ihrer Selbstaendigkeit. Mit ihren eigenen Bueros und ihrem eigenen Verwaltungs- und Bueropersonal bearbeiten die Lokalgewerkschaften Streitigkeiten und Beschwerden. Haeufig arbeiten sie Richtlinien aus unter Beachtung der gewerkschaftlichen Grundsaeetze und Entscheidungen, die auf Konferenzen getroffen wurden. Da man jedoch in den Vereinigten Staaten Tarifverhandlungen auf industrieweiter Basis im allgemeinen ablehnt, fuehren sie auch Verhandlungen mit "ihren" Unternehmen.

Verschiedene Faktoren haben zu dieser weitgehenden Selbstaendigkeit des Handelns beigetragen. Kollektivverhandlungen werden dann auf betrieblicher Ebene durchgefuehrt, wenn die Belegschaft durch Abstimmung entschieden hat, welche Gewerkschaft sie fuehren soll. Wenn die Mitglieder einer Lokalgewerkschaft an einer einzigen Arbeitsstelle zusammengefasst sind, ist es leicht, eine Fuehlungnahme und personliche Beziehungen herzustellen, im uebrigen hat die Lokalgewerkschaft sehr oft nur mit einem einzigen Unternehmen zu tun.

Praktisch besteht der einzige Unterschied der meisten Lokalgewerkschaften nur in der Zahl der Arbeitnehmer der Betriebe, fuer

die sie zustaendig sind. In der Stahlindustrie schwanken die Mitgliederzahlen der Lokalgewerkschaften zwischen 15 und 15.000. Die Lokalgewerkschaft Nr. 600 (Ford) der Automobilarbeitergewerkschaft des CIO zaehlt 62.000 Mitglieder und hat 16 verschiedene Referate.

Zur Deckung ihrer Verwaltungskosten hat jede Gewerkschaft bestimmte Mitgliedsbeitraege festgesetzt, die, wie in England, in den einzelnen Organisationen verschieden sind, aber im allgemeinen sowohl in der AFL als auch dem CIO zwischen vier und zehn DM im Monat liegen. Aber an Stelle des Kassierers, der bei den Mitgliedern die Beitraege abholt, wendet man das sogenannte "check-off" System an, nach dem die Arbeitgeber die Beitraege von den Loehnen abziehen und auf das Konto der Gewerkschaften ueberweisen.

Etwa alle sechs Monate kommen eigens dafuer vorgesehene Rechnungspruefer zu den Lokalgewerkschaften, um die Konten und Geschaeftsbuecher zu ueberpruefen und die Gewerkschaftsstatistiken auf dem laufenden zu halten. Das einkassierte Geld wird fuer Zwecke der Verwaltung, Forschung, Wohlfahrt, Renten, Schulung und Presse verwendet. In der Regel behaelt die Lokalgewerkschaft etwa die Haelfte der Beitraege ein, den Rest ueberweist sie an die Zentralstelle der Gewerkschaft, die ihrerseits wieder bestimmte Beitraege fuer ihre Mitgliedschaft zu leisten hat. Diese betragen im CIO etwa 0.30 DM pro Mitglied und in der AFL 0.15 DM.

Britische Gewerkschafter, die vor kurzem in Amerika waren, haben berichtet, dass mit Ausnahme einiger hoeher bezahlter Gewerkschaftsvorsitzender die dortigen Gewerkschaftsfunktionaere nur wenig mehr oder ebensoviel verdienen wie ihre Kollegen diesseits des Atlantiks, wenn man den Unterschied in den Lebenshaltungskosten beruecksichtigt.

Zu den anderen Auslagen der Gewerkschaften gehoeren Wohlfahrtsunterstuetzungen und Krankengelder sowie die Erstattung von Krankenhauskosten, Sterbegeldern und Pensionen. Arbeitslosenunterstuetzungen sind nur in wenigen Faellen vorgesehen.

Was die Alterspensionen betrifft, so haben sich einige Gewerkschaften mit Erfolg fuer zusaetzliche Pensionen aus Arbeitgeberfonds eingesetzt, die durch Tarifvertraege festgelegt sind. In der Stadt New York haben die Maler und Elektriker zum Beispiel mit ihren Unternehmern Vereinbarungen getroffen, wonach diese Betraege in Hoehe von 2% ihres Lohnlistenbetrages in die Pensionskassen der Gewerkschaften zahlen. Auch die Forderung der Stahlarbeiter nach einer Sonderpension neben der von der Regierung gezahlten ist von den Unternehmern angenommen worden.

Auf dem Gebiet der Arbeiterbildung sind einige amerikanische Gewerkschaften viel weiter fortgeschritten als die Mehrzahl der Gewerkschaften in England und Westeuropa - in erster Linie deshalb, weil man in England keine Arbeiterbildungsvereinigung und keinen Nationalrat der Gewerkschaftsschulen hat. Das Referat fuer Arbeiterbildung in der AFL zum Beispiel organisiert Hunderte von Lehrgaengen, erteilt Vorlesungen, stellt Studiengruppen im ganzen Lande zusammen, arbeitet gemeinsam mit den oeffentlichen Buechereien, stellt Redner zur Verfuegung und gibt Ratschlaege ueber Filme und Rundfunksendungen. Aehnlich wie die Automobilarbeitergewerkschaft des CIO haben sich auch andere Gewerkschaften auf die Schulung der in den Ortsgewerkschaften arbeitenden Funktionaere in alltaeglichen Problemen konzentriert.

Film, Rundfunk und Beziehungen zur Oeffentlichkeit sind andere Gebiete, fuer die Gewerkschaftsgelder verwendet werden. Filmvor-

fuehrungen und Lichtbildvortraege gewinnen in der Schulungsarbeit der Gewerkschaften immer mehr an Bedeutung, und mit erhoelter Aufmerksamkeit ist man darauf bedacht, sich die Unterstuetzung der Oeffentlichkeit fuer gewerkschaftliche Probleme durch eine "gute Presse" zu sichern. Und einige Gewerkschaften, wie die Automobilarbeitergewerkschaft oder die Damenoberbekleidungsarbeitergewerkschaft, bedienen sich des Rundfunks in der Ueberzeugung, dass er in allernaechster Zeit einen tiefen Einfluss auf die Hoerer, die Gewerkschaftsmitglieder sind, und auf die Oeffentlichkeit ueberhaupt haben wird.

Fuer eine Sache geben die amerikanischen Gewerkschafter jedoch kein Geld aus, und zwar fuer irgendeine politische Partei, der sie vielleicht sogar angehoren. Es gibt in Amerika keine "politischen Abgaben" der Gewerkschaften. Auch gibt es keine Arbeiterpartei, die von den organisierten Arbeitern direkt unterstuetzt wuerde oder eine Politik betriebe, an deren Formulierung sie beteiligt waeren.

Es sind jedoch Anzeichen dafuer vorhanden, dass die amerikanischen Gewerkschafter der Auffassung sind, dass ihnen die "pressure group" Methode in Washington und in den Hauptstaedten der einzelnen Staaten nicht dienlich genug ist. Schon seit einiger Zeit macht sich der CIO durch sein politisches Aktionskomitee bemerkbar, das sowohl Roosevelt als auch Truman zum Einzug ins Weisse Haus verholfen hat. Als neueste Massnahme kommt nun diese wichtige Vereinbarung zwischen AFL und CIO hinzu, politisch gemeinsam zu handeln und gegen die kommunistischen Umtriebe in ihren Organisationen aeusserst wachsam zu sein.

Als gutes Vorzeichen fuer die Zukunft ist ausserdem der Einsatz fuer die Gruendung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften durch die freie Weltarbeitskonferenz im Dezember vorigen Jahres zu deuten, wo zum erstenmal auf einer internationalen Konferenz Delegierte des CIO und der AFL Seite an Seite standen und gemeinsam am Aufbau einer wirksamen demokratischen Organisation mitarbeiteten.

* * *

Ausser diesen beiden grossen Organisationen (AFL mit etwa acht und CIO mit rund sechs Millionen Mitgliedern) gibt es in den Vereinigten Staaten noch andere unabhaengige gewerkschaftliche Organisationen. Die bedeutendsten hiervon sind die Organisationen der Eisenbahner, die in der "Railway Brotherhood" zusammengefasst sind, die Vereinigten Bergarbeiter von Amerika und die Internationale Gewerkschaft der Maschinisten. Die letztgenannte trifft jedoch Vorbereitungen, um sich der AFL anzuschliessen.

Labour
X/1950

ENTWICKLUNGEN IN DER GESAMTAMERIKANISCHEN GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Drei bedeutende mexikanische Gewerkschaftsorganisationen und Kolumbiens staerkster Gewerkschaftsbund sind Ende des Jahres 1949 und zu Anfang des Jahres 1950 aus dem Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbund (CTAL) ausgetreten, der als Parallele zum kommunistisch orientierten Weltgewerkschaftsbund (WGB) fuer die westliche Hemisphaere anzusehen ist. Im Mai 1950 hatte der CTAL einen regionalen "Kongress des Suedens" abgehalten, der den Zweck hatte, "Arbeitsprobleme der suedamerikanischen Laender zu eroertern" und zur "moralischen Solidaritaet der Arbeiterschaft in den Vereinigten Staaten und Kanada" aufzurufen. Der Exekutivausschuss des Inter-

amerikanischen Gewerkschaftsbundes (CIT), der im Juli 1950 zusammentrat, kündigte an, dass geplant sei, in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften auf einer regionalen Konferenz einen neuen Gewerkschaftsbund fuer die amerikanische Hemisphaere zu gruenden.

Der Mexikanische Gewerkschaftsbund (CTM), die groesste und eine der aeltesten Gewerkschaftsorganisationen in Mexiko, fuehrte auf seinem Landeskongress im April 1950 die Satzungsaenderungen durch, die fuer seine internationale Mitgliedschaft und fuer seinen Austritt aus dem Weltgewerkschaftsbund und dem Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbund (CTAL) notwendig sind. Ein neues Landeskomitee wurde fuer sechs Jahre gewaehlt, das befugt ist, zukuenftige Mitgliedschaften in internationalen Organisationen nach eigenem Ermessen zu bestimmen. In Gewerkschaftskreisen Mexikos erwartet man allgemein, dass sich der Mexikanische Gewerkschaftsbund in Kuerze dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften anschliessen und einer der Hauptteilnehmer an dem bevorstehenden regionalen Konvent des IBFG in der Stadt Mexiko sein wird. Unter der Fuehrung von Vincente Lombardo Toledano hatte der CTM den CTAL im Jahre 1936 gegruendet und blieb das Bollwerk fuer diese Organisation, bis Lombardo Toledano im Jahre 1948 ausgestossen wurde.

Auf ihrem Nationalkongress im Dezember 1949 hatte sich auch die Gewerkschaft der mexikanischen Petroleumarbeiter (STPRM) vom Weltgewerkschaftsbund und vom Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbund zurueckgezogen und einen nichtkommunistischen Exekutiv Ausschuss gewaehlt, um die Funktionaere zu ersetzen, die mit allen Mitteln versucht hatten, einen kommunistisch gelenkten lateinamerikanischen Gewerkschaftsbund der Petroleumarbeiter zu organisieren. Zur gleichen Zeit war die Organisation aus der Allgemeinen Union der Arbeiter und Bauern Mexikos (UGOCM) ausgetreten; diese Union war im Juli 1949 von dem Vorsitzenden des CTAL Lombardo Toledano kurze Zeit nach seinem Ausschluss aus dem Interamerikanischen Gewerkschaftsbund (CIT) gegruendet worden. Die Gewerkschaft der mexikanischen Petroleumarbeiter war seit Bestehen der Allgemeinen Union der Arbeiter und Bauern Mexikos eine der Hauptstuetzen dieser Organisation gewesen.

Die Nationale Gewerkschaft der Berg- und Metallarbeiter Mexikos - die als einzige noch der Allgemeinen Union der Arbeiter und Bauern Mexikos angeschlossen war - sprach sich auf ihrem letzten Landeskongress fuer ihren Austritt aus dieser Organisation und aus dem Interamerikanischen Gewerkschaftsbund aus. Der Kongress waehlte einen nichtkommunistischen Gewerkschaftsvorstand.

Notes on Labor Abroad
8/50

DIE CHILENISCHEN GEWERKSCHAFTEN

Die Taetigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Tarifverhandlungen hat in Chile im Jahre 1949 zu Lohnaufbesserungen gefuehrt, denen jedoch fortwaehrende Steigerungen der Lebenshaltungskosten gegenueberstehen. Die wichtigste sozialpolitische Taetigkeit der Regierung bestand in der Erstellung billigen Wohnraums. Der Wohnraumangel stellt noch immer eines der groessten Probleme Chiles dar.

Die chilenische Gewerkschaftsbewegung ist noch in eine Reihe konkurrierender und politisch entgegengerichteter Gruppen gespalten, und es gibt bisher keine zentrale Organisation, die von der Mehrheit der chilenischen Arbeiter unterstuetzt wuerde. Ueber den

Prozentsatz der organisierten Arbeiter Chiles sind keine statistischen Angaben verfuegbar. Die wichtigste organisatorische Entwicklung im Verlauf des Jahres 1949 war das Anwachsen der Foederation der Privatangestellten (CEPCH) und der Nationalgewerkschaft der Angestellten (JUNECH) - beides Angestelltengewerkschaften.

Das Fehlen einer vereinigten Gewerkschaftsbewegung und der von der Regierung ausgeuebte Druck, um Streitigkeiten vor Ausbruch eines Streiks beizulegen, hatten zur Folge, dass im vergangenen Jahre verhaeltnismaessig friedliche Arbeitsbeziehungen herrschten. Von 792 formellen Forderungen, die den Unternehmern von den Gewerkschaften unterbreitet wurden, und die sich auf etwa 114.000 Arbeiter und Angestellte bezogen, wurden 543 Forderungen in direkten Verhandlungen oder unter Zuhilfenahme staendiger Schlichtungsausschuesse stattgegeben; 68 blieben unberuecksichtigt, weil man entweder Hintertueren im Gesetz anwandte, oder weil die interessierten Parteien nicht auf ihren Forderungen bestanden. 33 wurden von besonderen Schiedsausschuessen beigelegt und die uebrigen standen gegen Ende des Jahres in Schiedskommissionen zur Debatte. Praktisch gab es keinen ernsthaften Streik. An den insgesamt 23 Streiks waren offiziellen Angaben zufolge 8.700 Arbeitnehmer beteiligt. Obwohl keine Schaetzungen ueber den durch Streiks verursachten Verlust an Arbeitszeit vorliegen, waren die meisten Streiks von verhaeltnismaessig kurzer Dauer.

Durch die Beilegung der Streitigkeiten kamen etwa 79.100 Arbeitern 405 Millionen Pesos in Form von Loehnen oder sonstigen Verguetungen zugute. Statistische Angaben der Regierung besagen, dass die Tagesloehne in den verschiedenen Industriezweigen zwischen 81.88 Pesos fuer die Arbeiter in der Lederindustrie und 173.06 Pesos fuer die in der Papier- und Kartonagenindustrie Beschaeftigten schwanken. Der durchschnittliche Tageslohn belief sich auf 120.20 Pesos. Die in den meisten neuen Arbeitsvertraegen vorgesehenen Lohnaufbesserungen des Jahres 1949 lagen zwischen 16 und 24%, sie waren somit nicht hoeher als der Anstieg der Lebenshaltungskosten. Trotz der Bemuehungen der Regierung, den Anstieg der Lebenshaltungskosten aufzuhalten, stieg er ungefaehr um den gleichen Satz wie in den vorangegangenen drei Jahren.

Obwohl keine erschoeffenden Statistiken ueber Beschaeftigtenziffer und Erwerbsbevoelkerung vorliegen, kann mit Sicherheit angenommen werden, dass Chile einen hohen Beschaeftigungsstand zu verzeichnen hat. Im Baugewerbe herrschte eine gewisse Arbeitslosigkeit, in der Schuhindustrie und im Kupferbergwerk kam es verschiedentlich zu Betriebsstillegungen. Ein ernsthaftes Arbeitslosigkeitsproblem besteht jedoch nicht. Die Zahl der bei den Arbeitsvermittlungsaemtern registrierten Personen betraegt 4.792, nach den Angaben des chilenischen Arbeitsministeriums muss mit weiteren 12.000 Arbeitslosen gerechnet werden, die bei den Arbeitsvermittlungsaemtern der Regierung nicht registriert waren.

Notes on Labor Abroad
8/50

DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG SCHWEDENS

Die Erwerbsbevoelkerung in Schweden zaehlt drei Millionen, wovon etwa 1/2 Million selbstaendige Arbeiter sind. Die Arbeitslosigkeit unter Gewerkschaftsmitgliedern wurde im Jahre 1949 mit 2,7% beziffert, im Mai 1950 mit 1,4%, im Gegensatz zu einem Vorkriegsdurchschnitt von 9 - 10%. Diese geringfuegige Arbeitslosigkeit ist z.T. durch Arbeitsplatzwechsel und z.T. durch Wohnraum-

mangel bedingt. In ganz Schweden herrscht Vollbeschaeftigung und fuer bestimmte Fachberufe sogar ein Mangel an Arbeitskraeften. Der Durchschnittsstundenlohn in der Industrie betrug im vorigen Jahre fuer maennliche Arbeiter 2,61 schwedische Kronen und fuer Frauen 1,85 schwedische Kronen. Der durchschnittliche Jahresverdienst maennlicher Industriearbeiter belief sich auf 5.784 schwedische Kronen. Im allgemeinen hat die Arbeitswoche in der schwedischen Industrie 43 Arbeitsstunden. In einigen Industrien, wie z.B. im Untertagebergbau, ist sie kuerzer. Der satzungsmassig festgelegte bezahlte Urlaub von zwei Wochen soll in allernaechster Zukunft auf drei Wochen erhoehrt werden.

95 - 98% aller Industriearbeiter in Schweden sind in Gewerkschaften organisiert, die dem Schwedischen Gewerkschaftsbund (L.O.) angehoren. Die Gesamtmitgliederzahl dieser Organisation belaeuft sich zur Zeit auf annaeherd 1.256.000 und umfasst sowohl die Angestellten der Eisenbahnen, des Staates und der Gemeinden als auch die landwirtschaftlichen Arbeiter. Angestellte und Angehoerige freier Berufe sind in zwei Gewerkschaften organisiert, die der Zentralorganisation der Angestellten (T.C.O.) angeschlossen sind. Diese Berufsgruppen sind zu 50 bis 55% gewerkschaftlich organisiert, die Mitgliederzahl des T.C.O. betraegt augenblicklich 260 000.

Enge Beziehungen bestehen zwischen der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratischen Partei. Der T.C.O. jedoch betreibt auf Grund der Tatsache, dass ein grosser Teil seiner Mitglieder anderen politischen Parteien angehoeert, eine ueberparteiliche Politik. Die nationalen Gewerkschaften des L.O. und die grosse Mehrheit der Lokal-Gewerkschaften stehen unter sozialdemokratischer Fuehrung. Viele lokalen Gewerkschaften gehoeren geschlossen der Partei an, doch steht es den einzelnen Mitgliedern frei, anderen oder keiner Partei anzugehoeren. Axel Strand, der Vorsitzende des L.O., und Walter Aman, der Direktor des T.C.O., sind beide Mitglieder des Schwedischen Parlaments (Riksdag) und haben infolgedessen die Moeglichkeit, den Standpunkt ihrer Organisationen in diesem Forum zu vertreten.

Sowohl der L.O. als auch der T.C.O. haben sich dem neuen Internationalen Bund Freier Gewerkschaften angeschlossen. Der L.O. hat die Internationalen Berufssekretariate, besonders den Internationalen Transport-Arbeiter-Verband, tatkraeftig unterstuetzt. Seine ihm angeschlossenem Landesgewerkschaften halten inoffizielle, aber enge Beziehungen mit den entsprechenden Gewerkschaftsgruppen in anderen skandinavischen Laendern und Finnland aufrecht.

Der Arbeitsmarkt Schwedens ist im allgemeinen unabhaengig und die schwedische Regierung betreibt eine Politik der Nichteinmischung, die sowohl von den Unternehmern als auch von den Gewerkschaften gebilligt wird. Der Arbeitsgesetzgebung liegen die folgenden drei Hauptgrundsaeetze zugrunde:

1. Das Recht der Arbeitnehmer oeffentlicher und privater Unternehmen, sich zu organisieren und Tarifvertraege abzuschliessen, ist garantiert.

2. Ein Schlichtungsdienst der Regierung ist gesetzlich festgelegt, die Entscheidungen der Schlichter sind jedoch nicht bindend.

3. Die Arbeitsgerichtsbarkeit wurde zu dem Zweck ins Leben gerufen, die Auslegung der bestehenden Vertraege zu eroertern. Seine Entscheidungen sind endgueltig und bindend fuer die Vertragspartner.

Die grundlegenden Richtlinien ueber die Wechselbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern fuer ganz Schweden sind in Abkommen zwischen dem schwedischen Arbeitnehmerverband, dem L.O. und dem T.C.O. niedergelegt. Industrieweite Vereinbarungen zwischen Arbeitgebervereinigungen und Landesgewerkschaften regeln Lohntarife, Ueberstunden und andere Einzelheiten. Ein solches Abkommen wurde z.B. zwischen der schwedischen Vereinigung der Eisen- und Stahlwerke und der schwedischen Metallarbeitergewerkschaft abgeschlossen. Der "closed shop" als solcher besteht in Schweden nicht, die weitgehend organisierte Gewerkschaftsbewegung laeuft jedoch praktisch auf dasselbe hinaus.

Die Gewerkschaftsbewegung in Schweden spielt eine hoechst verantwortliche Rolle im Staate, was durch die Tatsache bewiesen ist, dass L.O. und T.C.O. Ende 1948 und 1949 in Unterstuetzung der Stabilisierungspolitik der schwedischen Regierung ihre angeschlossenen Gewerkschaften gebeten haben, keine Lohnaufbesserungen fuer die Jahre 1949 und 1950 zu fordern. Alle Landesgewerkschaften erklaerten sich hiermit einverstanden. Die Regierung verpflichtete sich ihrerseits, die Lebenshaltungskosten zu stabilisieren, was ihr im allgemeinen auch gelungen ist. Fuer 1951 ist eine Aufhebung der Lohnkontrolle in begrenztem Umfang vorgesehen, wobei sich die Gewerkschaften eine Selbstbeschraenkung auferlegen und die Regierung fortfahren soll, die Freiskontrolle so wirksam wie moeglich auszuueben.

Seit dem grossen Metallarbeiterstreik im Jahre 1945 hat kein bedeutender Streik stattgefunden. Ein paar voellig belanglose Streiks wurden zum groessten Teil von den Kommunisten angestiftet und dauerten nur wenige Stunden.

Wie zu erwarten war, haben die Kommunisten einen grossen Teil ihrer Propaganda auf die Tatsache gestuetzt, dass die Gewerkschaften mit der Regierung bei dem Stabilisierungsprogramm zusammenarbeiten. Trotzdem jedoch ist der kommunistische Einfluss in den Gewerkschaften im Laufe der letzten vier Jahre staendig zurueckgegangen. Dieser Rueckgang steht ungefaehr im Verhaeltnis zu den Wahlniederlagen der Kommunisten gegen Ende des Jahres 1950, als sie nur 50% ihrer Stimmen von 1946 erhielten. Waehrend die Kommunisten niemals irgendeinen Einfluss auf die Fuehrung des Gewerkschaftsbundes hatten, setzten sie sich in der Mitgliedschaft der Metallarbeitergewerkschaft durch und beherrschten bis vor kurzem sogar die beiden groesseren Ortsgewerkschaften Stockholm und Goeteborg. Sie fuehrten den langwierigen Metallarbeiterstreik im Jahre 1945 erfolgreich durch. Zur Zeit beherrschen sie nur etwa 150 der fast 9.000 Ortsgewerkschaften im L.O., die jedoch alle nur klein sind. Etwa 10% saemtlicher Mitglieder des L.O. gehoeren der kommunistischen Partei an.

In Schweden besteht kein allgemeines staatliches Arbeitslosenversicherungssystem. Die schwedische Regierung ueberwacht und unterstuetzt jedoch Arbeitslosenversicherungsprogramme, die von den einzelnen nationalen Gewerkschaften aufgestellt werden.

Seit vielen Jahren gibt es in Schweden Alterspensionen. Jeder Buerger bezieht heute im Alter von 67 Jahren eine Pension von 1.000 Kronen. Die Hoechstpension, die einem Ehepaar gezahlt wird, betraegt 1.600 Kronen. Kinderbeihilfen werden in Hoehe von jaehrlich 265 Kronen je Kind gezahlt. Fuer die Alterspensionen und auch die Kinderbeihilfen bedarf es keines Nachweises ueber die Beduerftigkeit.

Ein umfassendes System einer allgemeinen obligatorischen Krankenversicherung, das vom Reichstag unmittelbar nach dem zweiten

Weltkriege verfügt wurde und 1950 in Kraft treten sollte, wurde auf 1951 verschoben. Inzwischen hat man beschlossen, es bis zu dem Zeitpunkt aufzuschieben, an dem das notwendige medizinische Personal und die erforderlichen Einrichtungen verfügbar sind. In der Zwischenzeit sind etwa 60% der Bevölkerung bei örtlichen Versicherungsgesellschaften, die von der Regierung finanziell unterstützt werden, freiwillig gegen Krankheit versichert.

Information
S. 11

Arbeitsmitteilungen der ECA
10/18/50

WARUM DIE ARBEITER IHREN ARBEITSPLATZ VERLASSEN

Welcher Betrieb haelt seine Arbeiter am laengsten - der kleine oder der grosse?

Die meisten werden sagen: der kleine Betrieb. Dort ist der Besitzer zugleich Betriebsleiter. Er kennt seine Arbeiter persoenlich, sieht sie haeufig und ist in der Lage, Schwierigkeiten schnell und an Ort und Stelle zu beseitigen.

Dies mag noch immer zutreffen, aber die von dem britischen Institut fuer Betriebsleitung festgestellten Tatsachen ergeben ein anderes Bild. Dieses Institut hat 227 Firmen aus 36 verschiedenen Industriezweigen, die ueber 300.000 Arbeiter beschaeftigen, einer sechs-monatigen Studie unterzogen und ist zu der folgenden Schlussfolgerung gekommen: je kleiner der Betrieb, umso groesser die jaehrliche Zahl der Arbeitsplatzwechsel. Mit anderen Worten, in den kleinen Unternehmen verlassen mehr Arbeiter ihren Arbeitsplatz als in den grossen. Die Ueberzaehligkeit von Arbeitskraefte in diesen Betrieben spielt hierbei natuerlich eine grosse Rolle. Der kleine Betrieb kann es sich nicht wie der grosse leisten, Arbeiter zu bezahlen, wenn keine Arbeit fuer sie vorhanden ist. Auch ist es in einem grossen Betrieb leichter, fuer einen ueberzaehligem Arbeiter einen anderen Arbeitsplatz im gleichen Unternehmen zu finden.

Die Grundursachen fuer Arbeitsplatzwechsel, die von dem Institut angefuehrt werden, koennen in zwei Worten zusammengefasst werden: Entlassungen und Arbeitsniederlegung durch den Arbeitnehmer. Ueberzaehligkeit und Nichteignung fuehrten zu Entlassungen. KuenDIGungen durch den Arbeitnehmer waren durch Unzufriedenheit mit Loehnen und Arbeitsbedingungen oder durch schlechtes Einvernehmen mit den Vorarbeitern oder Arbeitskollegen und schliesslich durch persoenliche Umstaende bedingt.

In den ueberprueften Fabriken war unter zehn Arbeitern, die ihren Arbeitsplatz verliessen, einer, der unzufrieden war. In einem von acht Faellen war er ueberzaehlig. Eine von je sechs Frauen verliess ihren Arbeitsplatz, um ihren Verpflichtungen im Haushalt nachkommen zu koennen. Aber in nur einem von je zehn Faellen war Ueberzaehligkeit der Grund der Entlassung. Von einem grossen Teil der Maenner und Frauen, die ihren Arbeitsplatz aufgaben, wurde als Grund "Verlassen des Wohnorts" angegeben. Dies ist in Anbetracht des Wohnraummangels ueberraschend. Ermutigend ist die Tatsache, dass nur wenige ihren Arbeitsplatz verliessen, weil sie sich mit ihren Vorgesetzten oder Meistern nicht verstanden.

Waehrend in allen beruecksichtigten Betrieben die Durchschnittsquote fuer Arbeitsplatzwechsel 27,6% fuer Maenner und 45,4% fuer Frauen betraegt, ist sie in den einzelnen Industrien natuerlich sehr verschieden. Die niedrigste Quote wurde in der Oel- und Petroleumindustrie, die hoechste im Baugewerbe und bei Vertragsfirmen festgestellt.

Die Untersuchung des Instituts hat weiterhin ergeben, dass in den ueberprueften Industrien von fuenf maennlichen Arbeitnehmern, die ihren Arbeitsplatz verliessen, einer und bei Frauen von je sieben eine ihren Arbeitsplatz weniger als vier Wochen inne hatten.

Das Institut weist darauf hin, dass diese Zahlen eine Lehre fuer die Unternehmer enthalten. "Zwar moegen alle Arbeitsniederlegungen, die auf die Arbeitsbedingungen zurueckzufuehren sind, nicht unvermeidbar oder durch den Arbeitgeber verschuldet sein, aber sie sollten ihn veranlassen, Untersuchungen anzustellen und die notwendigen Abhilfemassnahmen zu treffen."

Labour 10/50

ENGLISCHE AMERIKABESUCHER FUEER NORMUNG DER PRODUKTION

Wenn eine Besuchergruppe der britischen Industrie die Vereinigten Staaten bereist, um dort Fragen der Produktivitaet zu studieren, dann bringt sie in erster Linie neue Ideen und neue Anregungen mit. Ihre Berichte sind wertvolle Fingerzeige fuer alle, die sie lesen. Dann aber kommt der dritte entscheidende Abschnitt: es muessen geeignete Massnahmen getroffen werden, um die gemachten Vorschlaege auch zu verwirklichen.

Seit einem Jahr besuchen britische Produktivitaetsgruppen die Vereinigten Staaten. Sie besuchen Fabriken, halten Konferenzen ab und unterhalten sich mit der Industrie und der Arbeiterschaft, um spaeter den Inhalt ihrer Berichte der Oeffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen.

Eine Besuchergruppe ist noch weitergegangen. Durch Vermittlung des Anglo-Amerikanischen Produktivitaets-Ausschusses hat sie von ihren Taetigkeiten seit ihrer Rueckkehr aus den Vereinigten Staaten berichtet und zu den Problemen Stellung genommen, die sich im Laufe dieser Beratungen ergeben haben.

Diese Gruppe von Sachverstaendigen, die sich vor allem mit den Problemen der Normung beschaeftigte und darueber berichtete, hat festgestellt, dass man ihr in erster Linie drei Fragen vorlegte:

Wuerde eine Normung, d.h. eine Reduzierung der in einer Firma hergestellten Typen, den Kaeufer nicht benachteiligen? Wuerde sie sich auf die Exportbestrebungen hinderlich auswirken? Wuerde sie die Schwierigkeiten der Verkaeufer noch vergroessern, die bestrebt sind, groessere Auftraege einzubringen?

Auf die erste Frage gibt es eine eindeutige Antwort: Die Furcht, dass eine Normung letzten Endes zu einer unzureichenden Auswahl fuer den Abnehmer fuehren wuerde, ist unbegrundet. Betriebe, die die gleichen Erzeugnisse herstellen, muessen nicht unbedingt den gleichen Typ produzieren und koennen die Zahl ihrer verschiedenen Arbeitsprozesse verkleinern.

Auch die Vorstellung, dass Normung schlechtere Qualitaet bedeuten muss, entspringt einer allzu gelaefigen Selbsttaeuschung, die zweifellos auf die Tatsache zurueckzufuehren ist, dass Massenprodukte manchmal wertlos sind. Qualitaet ist ebenfalls eine Frage festgesetzter Normen, an die man sich halten muss.

In diesem Falle kann der Konstrukteur helfen. Eine wirksame Politik der Normung sollte schon im Stadium des Entwurfs beginnen.

Was die Auswirkungen der Normung auf das Exportprogramm eines Betriebes betrifft, so ist die Gruppe der Ansicht, dass man hier schwerlich eine allgemeine Linie ziehen kann. Die Wuensche der auslaendischen Absatzmaerkte sind sehr verschieden, und es duerfte einige Zeit in Anspruch nehmen, um die Kaeufer in Uebersee von den Vorteilen einer geringeren Auswahl an Produkten zu ueberzeugen.

Die Gruppe hat ausserdem die Loesung eines Problems gesucht, das sich dann ergibt, wenn die Verkaufsabteilung eines Betriebes mehr Sorten verlangt und gleichzeitig eine Preissenkung erwartet, waehrend die Hersteller eine groessere Auswahl ablehnen, weil hoehere Gestehungskosten damit verbunden sind. Die Loesung dieses Problems bestehe darin, dass die Betriebsleitung eine engere Zusammenarbeit zwischen Verkaeufer und Hersteller verlangen muesse. Eine genaue Kenntniss der Absatzmaerkte muesse ausserdem gewaehrleistet sein, und die Gestehungskosten muessten so ueberprueft werden, dass ein guenstiger Preis gesichert ist.

Die Gruppe wendet dieser Frage der Gestehungskosten besondere Aufmerksamkeit zu. Eine nutzlose Vielfaeltigkeit an Sorten wird von zahlreichen Firmen beibehalten, weil die Gestehungskosten nicht genau genug kalkuliert sind.

Firmen jedoch, die ihre Gestehungskosten sorgfaeltig ausarbeiten, sind in der Lage, ihre Preise zu senken, weil sie genau wissen, wo eine Verschwendung stattfindet und wo ein Mangel an Produktivitaet zu suchen ist, aber auch wie sie beseitigt werden koennen.

Labour
X/50

SCHWEIZERISCHE GEWERKSCHAFTEN FUER DEN MARSHALLPLAN

"Der Marshallplan ist fuer uns lebenswichtig. Ohne dieses Wiederaufbauprogramm waere Europa laengst vom Kommunismus ueberannt worden."

Dieser bedeutsame Ausspruch stammt von Ernst Bircher, der Mitglied des Exekutiv-Ausschusses des schweizerischen Gewerkschaftsbundes und Vorsitzender der Gewerkschaft der Bekleidungs- und Lederarbeiter ist. Er sprach vor kurzem auf dem Gewerkschaftskongress in Luzern, auf dem die Gewerkschaften den Anschluss an den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften billigten.

Bircher erklaerte, dass der Marshallplan einigen auslaendischen Konkurrenten schweizerischer Industrien wieder auf die Beine geholfen hat, dass "wir jedoch diese Konkurrenz vorziehen und uns inmitten von Laendern sehen, die frei sind und sich auf dem Weg zum Wohlstand befinden, als inmitten eines kommunistischen Kontinents zu "leben" oder vielleicht auch zu sterben."

Der Gewerkschaftsfuehrer der traditionsmaessig neutralen Schweiz sagte, dass es fuer die Gewerkschaften seines Landes unmoeglich gewesen waere, ausserhalb der Reihen des IBFG zu stehen, weil diese Weltgewerkschaftsorganisation an einem wirksamen Programm im Interesse aller freien Arbeiter arbeite.

Bircher und der Generalsekretaer des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Giacomo Bernasconi, betonten, dass die Gewerkschaften der Schweiz entschlossen seien, mit den freien Gewerkschaften in anderen Laendern eine solidarische Front zu bilden.

ECA Labor Information
11/3/50

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 37

Frankfurt, 17. November 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Die Gewerkschaftsbewegung der Philippinen - - - - -	1
IBFG Konferenz plant Errichtung internationaler Gewerkschaftsschulen - - - - -	2
Mitgliedsstaerke der dem IBFG angeschlossenen Gewerkschaften - - - - -	3
Japanische Arbeitsprobleme - - - - -	7
Regierung und Gewerkschaften - - - - -	10
Marshallplan foerdert griechische Fischerei - - - -	15
Berufssekretariate fuer Geistesarbeiter im IBFG - -	15

DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG DER PHILIPPINEN

Verwirrung, Ziellosigkeit und Chaos herrschen noch immer innerhalb der Gewerkschaftsbewegung der Philippinen, eine freie Gewerkschaftsbewegung, die nicht der Bevormundung der Regierung und der Einmischung der Unternehmer unterliegt und nicht von gewissenlosen angeblichen Gewerkschaftsfuehrern missbraucht wird, befindet sich noch im Anfangsstadium. Dieser kaempfernden aber ehrlichen Bewegung muss jede nur moegliche Hilfe geleistet werden, da sie die einzige Garantie dafuer bietet, dass Unternehmer und Arbeiter ihre Beziehungen durch eine wirkliche Gewerkschaft regeln, die ausserdem von kommunistischer Beherrschung frei ist.

Nur eine starke, freie demokratisch orientierte Gewerkschaftsbewegung bietet eine Gewaehr dafuer, dass Machtstellungen in Gewerkschaftsorganisationen nicht missbraucht werden und dass die Arbeiterschaft einer Gewerkschaftsbewegung ihr Vertrauen entgegenbringen kann. Das Gesetz muss darueber hinaus direkt vorschreiben, auf welche Loehne und Praemien die Arbeiter Anspruch haben. Dies darf nicht auf dem Wege ueber einen angeblichen "Vermittler" geschehen, sondern die Arbeiter muessen das erhalten, was sie tatsaechlich verdient haben.

Selbst unter den aufrichtigen Gewerkschaftern herrscht ein fuehlbarer Mangel an Erfahrung in der Organisation freier Gewerkschaften und die Festlegung vernuenftiger Tarifvertraege. Eine kleine Gruppe tuechtiger Gewerkschafter aus Amerika, die die Gewerkschaften der Philippinen in diesen Fragen unterstuetzen und beraten koennten, waere ein gutes Mittel, das Verantwortungsbe-
wusstsein zu entwickeln und den kommunistischen Einfluss in der philippinischen Gewerkschaftsorganisation zu beseitigen. Eine solche Gruppe muesste sich aus drei Personen zusammensetzen, die die AFL, den CIO und die Eisenbahnergewerkschaft vertreten.

Die Gewerkschaften der Philippinen haben es verabsaeumt, eine wirkliche Schulung ihrer Mitglieder durchzufuehren. Der Begriff Lehrlingsausbildung scheint hiernach gaenzlich unbekannt zu sein. In einigen Berufsgruppen fehlt es zur Zeit an gelernten Handwerkern, und es ist schwierig, eine Uebersicht zu gewinnen, wie die Industrialisierung des Landes ohne eine groessere Anzahl angelernter Arbeitskraefte vorangetrieben werden kann. Die Ausbildung der Arbeiter findet fast immer erst am Arbeitsplatz statt. Unter der Anleitung der Regierung muessten die Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit den Unternehmern ein Lehrlingsprogramm entwickeln, sodass die erforderlichen Facharbeiter fuer die Industrie herangebildet werden koennen.

Ein solches Programm koennte eine wertvolle Ergaenzung der Berufsschulung sein. Die vorgeschlagene Gruppe amerikanischer Gewerkschafter koennte bei der Aufstellung eines solchen Lehrlingsprogramms eine wertvolle technische Hilfe leisten.

OILA-Memorandum

I/11/12/50

IBFG KONFERENZ PLANT ERRICHTUNG INTERNATIONALER GEWERKSCHAFTS-SCHULEN

Die Errichtung internationaler Gewerkschaftsschulen als Teil eines allgemeinen Programms zur Erweiterung der Schulung der Arbeiterschaft ist von der europaeischen Konferenz fuer Erziehungsfragen befuerwortet worden.

Die Konferenz, die vom Internationalen Bund Freier Gewerkschaften einberufen wurde, fand dieser Tage in Bruessel statt.

Hans Gottfurcht, Sachbearbeiter der Abteilung fuer Erziehung des IBFG, berichtete, dass derartige Schulen in verschiedenen Teilen der Welt geplant seien. Er kuendigte ausserdem an, dass nach diesem Plan bis zum Sommer naechsten Jahres mindestens zwei Schulen in Europa eingerichtet wuerden.

An der Konferenz nahmen mehr als 60 Delegierte aus 15 Laendern teil.

Die Delegierten, die eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen hatten, eroerterten die Rolle der Gewerkschaftsbewegung in der allgemeinen Erziehung, der Schulung von Erwachsenen und die Rolle des Arbeiterbildungswesens innerhalb der Gewerkschaftsbewegung.

"Der IBFG wuenscht, zu der fortschrittlichen Entwicklung des Erziehungswesens beizutragen," erklaeerten die Delegierten in einer von der Konferenz gebilligten offiziellen Verlautbarung. Die Erklaeerung, die einen Ueberblick ueber die Taetigkeiten des IBFG auf dem Gebiet der Erziehung geben soll, erstreckt sich auch auf die allgemeine Erziehung in jenen Gebieten, fuer die die Arbeiterschaft ein besonderes Interesse zu haben scheint.

"Ueberzeugt von der Tatsache, dass gewerkschaftliche und Arbeitererziehung von der allgemeinen Erziehung nicht getrennt werden kann," heisst es in der Verlautbarung, "ist die Gewerkschaftsbewegung auf Landesbasis und internationaler Ebene an allen Gebieten der Erziehung interessiert und wird sich aktiv an der Planung allgemeiner Erziehungsprojekte beteiligen. Es muss zur Gewohnheit werden, dass fuer alle Ausschuesse und Koerperschaften, die sich mit Verbesserungen oder Veraenderungen des Erziehungswesens befassen, Gewerkschaftsvertreter herangezogen werden. Das Wissen der technischen Experten, die eine Hochschulbildung genossen haben in allen Fragen der Erziehung muss durch die praktische Erfahrung der Gewerkschaftsvertreter ergaenzt werden."

An der Konferenz nahmen Gewerkschaftsvertreter aus Belgien, Daenemark, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Holland, Italien, Luxemburg, Malta, Norwegen, Oesterreich, dem Saargebiet, Schweden, der Schweiz und Spaniens teil, ausserdem waren Vertreter verschiedener internationaler Berufssekretariate zugegen.

Man rechnet damit, dass in Verbindung mit dem Generalkongress des IBFG in Kuerze eine weitere Konferenz ueber Erziehungsfragen stattfinden wird.

Arbeitsmitteilungen der ECA

MITGLIEDSSTAERKE DER DEM IBFG ANGESCHLOSSENEN GEWERKSCHAFTEN

(Stand Oktober 1950)

<u>Land</u>	<u>Organisation</u>	<u>Mitgliedsstaerke, wie sie dem IBFG im August 1950 mitgeteilt wurde</u>
Argentinien	Arbeiterkomitee fuer unabhaengige Gewerkschaftsaktion (Comite Obrero Accion Sindical Independiente-COASI) - <u>Im Exil</u>	40.000
Barbados	Arbeiterunion von Barbados	10.000
Baskenland	Solidaridad de Trabajadores Vascos	5.000
Belgien	Allgemeiner Belgischer Gewerkschaftsbund (Fédération Générale du Travail de Belgique - FGTB)	550.000
Bolivien	Bolivianischer Gewerkschaftsbund (Confederacion Boliviana de Trabajadores - CBT)	12.500 *
Brasilien	Landesfoederation der Arbeiter des Handels (Confederacion Nacional dos Trabalhadores na Comercia - CNTC)	1.200.000

* Zuverlaessigen kuendlichen Informationen zufolge hat sich diese Organisation vor kurzem dem IBFG angeschlossen. Sie wird noch nicht in den offiziellen Mitgliederlisten gefuehrt, die von der Zentralstelle des IBFG in Bruessel herausgegeben werden. Die Mitgliedsstaerke fuer November 1949 wurde mit 12.500 beziffert.

Brasilien	Landesfoederation der Industriearbeiter (Confederacion Nacional dos Trabalhadores na Industria - CNTI)	2.000.000
	Landesfoederation der Hafenarbeiter (Federacao Nacional dos Trabalhadores em Transportes Maritimos - FNTM)	100.000
	Landesfoederation der Eisenbahnarbeiter (Federacao dos Trabalhadores em Empresas de Carris Urbanos - CNTCU)	75.000
	Landesfoederation der Fahrer (Federacao Nacional dos Conductores de Veiculos Rodoviaros)	200.000
	Landesfoederation der Angestellten des Fremdenverkehrsgewerbes und der Krankenhaeuser (Federacao Nacional dos Empregados de Turisme e Hospitalidade)	200.000
Britisch-Guyana	Arbeiterunion von Britisch-Guyana	1.500
Britisch Honduras	Allgemeine Arbeiterunion	2.000
Kanada	Berufs- und Arbeiterkongress Kanadas (Trades and Labour Congress of Canada - TLC)	400.000
	Kanadischer Gewerkschaftskongress (Canadian Congress of Labour - CCC)	350.000
Ceylon	Gewerkschaftskongress von Ceylon	50.000
Chile	Chilenischer Gewerkschaftsbund (Confederacion del Trabajo - CTCH)	115.000
China	Chinesischer Gewerkschaftsbund - Arbeiterliga des Freien China	473.998
Kolumbien	Gewerkschaftsbund von Kolumbien (Confederacion de Trabajadores de Colombia - CTC)	150.000
	Union der Arbeiter Kolumbiens (Union de Trabajadores de Colombia - UTC)	250.000
Costarica	Arbeiterfoederation von Costarica (Confederacion Constarricense del Trabajo "Rerum Novarum" - CCT)	20.000
Kuba	Kubanische Arbeiterfoederation (Confederacion de Trabajadores de Cuba - CTC)	800.000
Cypern	Arbeiterfoederation Cyperns	4.000
Daenemark	Daenischer Gewerkschaftsbund (De samvirkende Fagforbund - D.s.F.)	615.000

Deutschland	Deutscher Gewerkschaftsbund - DGB	4.850.000
Frankreich	Allgemeiner Gewerkschaftsbund "Force Ouvrière" (Confédération Générale du Travail - Force Ouvrière CGT-FO)	1.000.000
Gambia	Gewerkschaftsunion von Gambia	2.000
Griechenland	Allgemeiner Griechischer Gewerkschafts- bund - GSEE	200.000
Grossbritannien	Gewerkschaftskongress - TUC	7.937.091
Grenada	Arbeiterunion von Grenada	2.000
Hollaendisch- Guyana	Arbeiterorganisation von Surinam (Surinaamse Werknemers Organisatie)	18.000
	Bergarbeiterunion von Surinam (Surinaamse Mijnwerkers Unie)	4.000
Hong-Kong	Allgemeine Gewerkschaft von Hongkong und Kowloon	80.700
Indien	Hind Mazdoor Sabha	668.000
	Indischer Nationaler Gewerkschafts- kongress	1.320.804
Italien	Foederation Italienischer Gewerk- schaften (Confederazione Italiana dei Sindacati dei Lavoratori - CISL)	1.702.000
Japan	Generalrat Japanischer Gewerkschaften (Sohyogikai)	4.100.000
Korea	Suedkoreanische Gewerkschafts- foederation	800.000
Libanon	Liga Libanesischer Gewerkschaften	14.000
Luxemburg	Allgemeine Gewerkschaftsfoederation (Confédération Générale du Travail - CGT)	20.000
Malta	Allgemeine Arbeiterunion	15.400
Mauritius	Gewerkschaftsrat von Mauritius	16.000
Mexiko	Nationale Arbeiterfoederation (Confederacion Nacional de Trabajadores - CNT)	11.235
	Nationale Proletarierfoederation (Confederacion Proletaria Nacional - CPN)	250.000
Neuseeland	Neuseelaendische Gewerkschaftsfoedera- tion	200.000 **

** 200.000 Mitglieder zaehlte diese Organisation zur Zeit ihres Anschlusses an den IBFG im Mai 1950. Inzwischen sind 70.000 Mitglieder aus der Neuseelaendischen Gewerkschaftsfoederation ausgetreten, sodass sich die gegenwaertige Mitgliedsstaerke auf etwa 130.000 belaeuft.

Niederlande	Niederlaendischer Gewerkschaftsverband (Nederlands Verbond van Vakverenigingen - NVV)	359.993
Norwegen	Norwegischer Gewerkschaftsbund (Arbeidernes Faglige Landsorganisasjon i Norge - NFLN)	450.000
Oesterreich	Oesterreichischer Gewerkschaftsbund	1.260.000
Persien	Gewerkschaftsfoederation Persischer Arbeiter (Union Syndicale des Travailleurs et Agriculteurs - ESKI)	120.000
Peru	Peruanische Arbeiterfoederation (Confederacion de Trabajadores del Peru - CTP)	350.000
Puerto Rico	Allgemeine Arbeiterfoederation von Puerto Rico, Inc. (Confederacion General de Trabajadores de Puerto Rico, Inc.)	100.000
	Freie Foederation der Arbeiter von Puerto Rico (Federacion Libre de los Trabajadores de Puerto Rico)	20.000
Saargebiet	Einheitsgewerkschaft	105.000
Schweden	Landesorganisation Schwedischer Gewerkschaften (Landesorganisationen i Sverige - LO)	1.255.000
	Zentralorganisation der Angestellten (Teanstemannens Centralorganisation - TCO)	253.304
Sierra Leone	Gewerkschaftsrat von Sierra Leone	10.000
Spanien	Allgemeine Union Spanischer Arbeiter (Union General de Trabajadores de Espana - UGT) - <u>Im Exil</u>	20.000
St. Kitts	Gewerkschaftsunion von St. Kitts-Nevis	1.686
St. Lucia	St. Lucia Workers' Union (Gewerkschaftsunion von St. Lucia)	4.000
Schweiz	Schweizerischer Gewerkschaftsbund (Union Syndicale Suisse - USS)	376.000
Triest	Vereinigte Arbeitskammer (Camera Confederale del Lavoro - CdL)	63.800
Trinidad	Gewerkschaft der Seeleute und Hafenarbeiter (Seamen and Waterfront Workers' Trade Union)	4.000
	Eisenbahnergewerkschaft (Railwaymen's Union)	
Uruguay	Koordinationskomitee Unabhaengiger Gewerkschaften (Comite de Coordinacion de Sindicatos Autonomos)	20.000

USA	AFL	7.000.000
	CIO	6.300.000
	Bergarbeitergewerkschaft	600.000
Venezuela	Arbeiterfoederation von Venezuela (Confederacion de Trabajadores de Venezuela) - <u>La Exil</u>	200.000

Department of Labor
11/50

JAPANISCHE ARBEITSPROBLEME

Die bemerkenswerteste Entwicklung in der japanischen Wirtschaft im vergangenen Jahre war der Umschwung auf dem Arbeitsmarkt. Seit Kriegsende ist das Problem der ueberzaehligen Arbeitskraefte in Japan immer ernster geworden. Diese Entwicklung hat nicht in einer grossen Zahl Arbeitsloser, die Arbeit suchen, ihren Niederschlag gefunden und die Lage war auch nicht so kritisch wie etwa in den Laendern des Westens. Die Ursachen hierfuer sind zwei Faktoren des sozialen Lebens in Japan: erstens ist es ueblich, dass Hilfsbeduerftige von ihren Verwandten unterstuetzt werden, und zweitens sorgen die Arbeitgeber dafuer, dass ihre Arbeiter auf den Lohnlisten weitergefuehrt werden, selbst wenn sie nicht fuer die Produktion gebraucht werden.

Doch im vergangenen Jahre war es selbst unter diesen Bedingungen unmoeglich, die entstandenen Lasten zu tragen. Die Familien konnten es sich nicht leisten, Verwandte mitzuernaehren, und die Unternehmer waren aufgrund der Einsparungen, zu denen das wirtschaftliche Stabilisierungsprogramm seit Dezember 1948 besonders in jenen Industrien, die auf internationalen Maerkten konkurrieren, aufgerufen hatte, gezwungen, Arbeiter in grosser Zahl zu entlassen. Infolgedessen hat sich seit Mitte 1949 die Zahl der bei behoerdlichen Dienststellen arbeitssuchenden Personen gesteigert; die Zahl der offenen Stellen in der Privatindustrie ist dagegen geringer geworden, und der Arbeitsmarkt in der Industrie hatte tatsaechlich einen Stillstand zu verzeichnen.

Die Regierung hat Vorbeugungsmassnahmen getroffen und Programme ausgearbeitet, um die Arbeitslosen vor schwerer Not zu bewahren. Das Arbeitslosenproblem, das auf die Umstellung der Wirtschaft zurueckzufuehren ist, kann zur Zeit noch gemeistert werden. Im Februar 1950 waren in 152,679 Unternehmen, die fuenf oder mehr Personen beschaeftigten, 5,673,799 Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit versichert. Dieses im Jahre 1947 eingefuehrte Arbeitslosenversicherungssystem bestand seine erste schwere Probe in der Zeit von Februar 1949 bis Februar 1950, als sich die Zahl der Arbeiter, die Arbeitslosenunterstuetzung beanspruchten, auf annaeherd 293,000 verzehnfachte. Die Arbeitsaemter bewaeltigten diese Riesenaufgabe mit nur geringen Erweiterungen ihres Personalstabes, und im allgemeinen sind keine Faelle bekannt, in denen die faellige Arbeitslosenunterstuetzung nicht rechtzeitig gezahlt worden waere.

Gegen Ende 1949 wurde die Arbeitslosenversicherung auch auf nichtstaendige Arbeiter ausgedehnt. Das Kontrollsystem, das nach dem britischen Stempelplan gehandhabt wird, ist in den Arbeitsaemtern eingefuehrt, die Unterstuetzungen werden in den lokalen Bueros in bar ausgezahlt. Unterstuetzungen fuer nichtstaendige Arbeiter werden fuer 13 bis 17 Tage in einem Monat gewaehrt. Die Arbeiter koennen jeden Monat erneut ein Gesuch stellen, und sie

sind unterstuetzungsberechtigt, wenn sie waehrend der zwei vorhergehenden Monate 32 Tage lang beschaeftigt waren. Frueher waren die nichtstaendigen Arbeiter von allen offiziellen sozialen Versicherungssystemen ausgeschlossen, und sie waren somit von professionellen Agenten oder solchen Unternehmern abhaengig, die die Notlage dieser Arbeiterschaft ausnutzten, um sie auszubeuten. ("labour bosses") Der durch Arbeitslosen- und Unfallversicherung nunmehr gewaehrte Schutz wird mithelfen, diese Kategorie Arbeiter von einem derartigen Abhaengigkeitsverhaeltnis zu befreien.

Im Mai 1949 wurde das Notstandsgesetz fuer Gegenmassnahmen zur Bekaempfung der Arbeitslosigkeit erlassen. Nach diesem Gesetz stellt der Arbeitsminister die tatsaechliche und potentielle Arbeitslosigkeit auf bezirklicher Basis fest, arbeitet wirtschaftlich wertvolle Arbeitsprojekte fuer solche Gegenden aus, in denen die Arbeitslosigkeit besonders gross ist, und unterstuetzt, wenn es erforderlich ist, finanziell die Durchfuehrung derartiger Projekte auf dem Weg ueber die lokalen Behoerden. Dieses System steht in enger Verbindung mit dem Arbeitsvermittlungsdienst. Fuer das laufende Haushaltsjahr wurden Geldmittel genehmigt, die die Beschaeftigung von 100,000 Arbeitern fuer ein Jahr lang an Arbeitshilfsprojekten ermoeglichen. Man hat nicht einer begrenzten Zahl von Bewerbern Vollbeschaeftigung geboten, sondern die im Rahmen dieser Projekte zur Verfuegung stehende Arbeit wurde unter alle Arbeitslosen und vornehmlich solche verteilt, die eine Familie zu ernaehren und um die Unterstuetzung der Arbeitsaemter gebeten haben.

Kurz nach Kriegsende konnte man feststellen, dass die fuer die Gesundheit und die Wohlfahrt der Bevoelkerung erforderlichen Erzeugnisse und Materialien weitgehendst vermehrt werden konnten, wenn man bestimmte Arten von Bauprojekten in die Wege leitete. Ein koordiniertes oeffentliches Arbeitsprogramm befindet sich seit Herbst 1946 in Ausfuehrung. Die fuer das laufende Haushaltsjahr genehmigten Mittel uebersteigen bei weitem die frueheren, und man erwartet, dass durch oeffentliche Bau- und Instandsetzungsarbeiten annaeherd eine Million Arbeitsjahre zur Verfuegung gestellt werden koennen.

Ausser diesen oben angefuehrten Massnahmen wird die allgemeine industrielle Entwicklung durch die Freigabe von Gegenwertfondsmitteln der von den Vereinten Staaten geleisteten Hilfe in Form von Krediten fuer die Regierung und fuer Geschaeftsunternehmen gefoerdert, um z.B. Eisenbahnen und Wasserkraftwerke bauen zu koennen. Hierdurch werden nicht nur die potentielle Produktivitaet der Nation gesteigert, sondern auch die Wirtschaftstaetigkeit angeregt und neue Beschaeftigungsmoeglichkeiten geschaffen.

Gegen die sogenannten "Labour Bosses" ist man mit Erfolg vorgegangen. Ihre Methoden hatten sich allgemein eingebuergert, aber trotzdem sind schaezungsweise etwa die Haelfte der 2 1/2 Millionen Arbeiter, die vorher unter der Kontrolle solcher Unternehmer standen, inzwischen von ihnen befreit worden. Etwa 200,000 hiervon wurden dank der Bemuehungen der Arbeitsaemter in der Zeit von Maerz 1949 bis Maerz 1950 befreit.

Im vergangenen Jahre haben zahlreiche Industrielle festgestellt, dass es vorteilhaft fuer sie ist, die Gesetze gegen diese Ausbeuter zu unterstuetzen. Sie waren sich ausserdem bewusst, dass die Vorteile hieraus nicht nur ihren Arbeitern, sondern auch ihnen selbst zugutekamen. Waehrend frueher Arbeitsagenten Arbeiter fuer eine gewisse Geldsumme zur Verfuegung stellten, haben heute die Unternehmer die Arbeiter auf ihre eigenen Lohnlisten gesetzt, und sie haben herausgefunden, dass sie sich in der Versor-

gung mit nichtstaendigen Arbeitskraefte auf die Arbeitsaemter verlassen koennen.

Wesentliche Fortschritte wurden im vergangenen Jahre ausserdem bei der Durchfuehrung eines Planes gemacht, der die Arbeitsagenten in den Haefen beseitigen soll. Nach den Bestimmungen dieses Planes, der sich in einem grossen Hafen derartig erfolgreich bewaehrt hat, dass er jetzt in allen anderen grossen Haefen Japans Anwendung findet, sollen sich die Arbeitgeber der Hafen- und Dockarbeiter ihre Arbeitskraefte dadurch sichern, dass sie sich entweder an das Arbeitsamt wenden, oder die erforderlichen Arbeitskraefte von anderen Unternehmern leihweise uebernehmen. In dem Hafen, in dem dieser Plan zum erstenmal angewendet wurde, ist ein besonderer offizieller Arbeitsvermittlungsdienst mit erfahrener Personal eingerichtet worden, das in der Lage ist, die angeforderten Arbeitskraefte in kurzer Zeit zu beschaffen. Die Vermittlung ist unentgeltlich, und die Arbeitgeber haben zum Ausdruck gebracht, dass sie mit dem Plan zufrieden sind. Offene Arbeitsplaetze werden im allgemeinen nach einem sogenannten "Rotationssystem" besetzt, das jedem Arbeiter seinen gerechten Anteil an den anfallenden Arbeiten sichert. Die Arbeiter ziehen es ausserdem vor, ihren vollen Lohn direkt von ihrem Arbeitgeber zu erhalten.

Die Frau betaetigt sich heute in Japan immer staerker auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet. Mehr und mehr Frauen ueben freie Berufe aus oder bekleiden Stellungen im hoeheren Staatsdienst, im Erziehungswesen oder auf anderen Gebieten. Eine vor kurzem durchgefuehrte Erhebung hat ergeben, dass zu Ende des Jahres 1949 nahezu 20% saemtlicher Regierungsangestellten Frauen waren. Im Jahre 1940 machte ihre Zahl dagegen nur 8% aus. Von den 682 weiblichen Regierungsangestellten waren 85% in den Jahren 1948 und 1949 eingestellt worden.

Die 1 1/2 Million Frauen, die gewerkschaftlich organisiert sind, spielen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung eine aktivere Rolle und sind in den Exekutivorganen ihrer Gewerkschaften gut vertreten. Die Frauenabteilungen, die ihre hauptaufgabe in der Ausbildung der Frauen sehen, damit sie sich an der Gewerkschaftsarbeit beteiligen koennen, haben diese Entwicklung sehr gefoerdert.

Die ungesetzliche Beschaeftigung von Kindern ist abgeschafft. Junge Arbeiter sind von Arbeitsplaetzen entfernt worden, die als schaedlich oder gefaehrlich befunden wurden, ihre Arbeitszeit ist genau festgelegt.

Ohne zu uebertreiben, kann man behaupten, dass in grossen Unternehmen die ungesetzliche Kindesarbeit ueberhaupt nicht mehr besteht, und dass sich die kleinen und mittleren Betriebe mehr und mehr an die einschraenkenden Bestimmungen auf diesem Gebiete halten. Viele der bedauerlichen Methoden, die sich in Japan eingebuergert hatten, wie z.B. Arbeitsvertraege, in denen die Arbeiter durch Vorauszahlung ihrer Loehne verpflichtet wurden, oder gewisse Restriktionen der Freiheit der Arbeiter, die in Schlaefsaelen untergebracht waren, oder die Ausbeutung von Frauen und Kindern, sind in raschem Verschwinden.

Das Buero fuer Frauen und Minderjaehrige, das seit 2 1/2 Jahren besteht, hat sehr viel fuer die Besserstellung der Frau in allen Berufen und fuer den Schutz junger Arbeiter getan. In seinen Zentral- und Bezirksstellen wird aktiv an der Schulung und Aufklaerung der Arbeiterschaft gearbeitet. Plakate, Flugblaetter, Broschueren und Filme sind dem Bedarf entsprechend zur Verfuegung gestellt worden. Besondere Kampagnen wurden organisiert, wie die

"Woche der Frau" und die "Woche zum Schutz jugendlicher Arbeiter", um die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf diese Probleme zu konzentrieren.

In Verbindung mit der "Woche der Frau" wurden von einer Landeskonferenz die wichtigen Fragen der gleichen Bezahlung, der Verbesserung der Lebensverhaeltnisse auf dem Lande und der Reform des Familiensystems erörtert. Das Buero beschaeftigt sich ausserdem mit Sonderprogrammen, die sich um Fragen wie die Selbstbestimmung der Arbeiter in Schlafsaelen - um nur ein Beispiel fuer die Besonderheit der Probleme in Japan zu geben - die Mitwirkung der Gewerkschaft, der Erweiterung der Beschaeftigungsmoeglichkeiten und Verbesserung der sozialen Einrichtungen drehen.

Probleme, die fuer die Frauen und jugendlichen Arbeiter von besonderem Interesse sind, hat man studiert und dabei die Arbeitsbedingungen in Seidenspinnereien, die Beschaeftigung von Frauen im Staatsdienst, die Probleme der Jugendlichen im Strassenhandel, Arbeitsbedingungen fuer Krankenschwestern und die industrielle Heimarbeit untersucht.

International Labour Review, ILO
VII/50

Arbeitsminister Maurice J. Tobin:

REGIERUNG UND GEWERKSCHAFTEN

Die beruehmten Briefe der Paepste Leo XIII. und Pius XI. haben durch die Aufforderung zur sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit im System der freien Wirtschaft mehr getan als jede andere Erklaerung, die im letzten Jahrhundert in diesem Zusammenhang abgegeben wurde.

Die paepstlichen Rundschreiben sind von einer unmittelbaren Bedeutung, weil sie den Arbeitern das uneingeschraenkte Recht einraeumen, sich zu organisieren, waehrend das Taft-Hartley Gesetz darauf hinzielt, die wachsende Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten auf einen Bruchteil zu verkleinern - im Vergleich natuerlich zu dem Umfang, den die Bewegung angenommen haette, wenn dieses Gesetz nicht im Wege gestanden haette.

"Rerum Novarum", die Enzyklika des Papstes Leo ueber "Die Lage der Arbeiterschaft" erschien im Jahre 1891. Zu dieser Zeit war der Marxismus im Werden begriffen. Die Ursache hierfuer war die missliche Lage, in der sich die Arbeiter befanden, und hierdurch ergab sich ihre Aufgeschlossenheit fuer den Ruf zum Sozialismus. Deshalb und weil die Kirche immer schon befaehtigt war, ihre Lehre von der Naechstenliebe und Gerechtigkeit auf neue Verhaeltnisse abzustimmen, gab Papst Leo XIII. diese ausgezeichnete Erklaerung ab.

Er wuenschte, den erbitterten Klassenkampf zu beseitigen, indem er den Menschen, die im Dunkel wandelten, wieder Hoffnung und Staerke gab. Er sah, dass dem System der freien Wirtschaft, des Kapitalismus und des Besitztums eine ethische Richtung gegeben werden musste. Er glaubte, dass das moralische Gesetz auf wirtschaftlichem Gebiet ebenso bindend sein muesse wie auf jedem anderen Gebiet menschlichen Strebens.

Er erlaeuterte deshalb in seiner Erklaerung die gegenseitigen Rechte und Pflichten des Kapitals und der Arbeiterschaft angesichts der Verhaeltnisse, die der Industrialismus geschaffen hatte. Er sprach fuer das freie Unternehmen, versicherte aber auch, dass es

dem Arbeiter freistehen muesse, sich zum eigenen Schutze in Gewerkschaften zusammenzuschliessen. Er ging noch weiter und erklarte, dass es Pflicht des Staates sei, dort einzugreifen, "wo eine bestimmte Klasse in Not oder bedroht sei."

Das war vor 60 Jahren; aber die damals aufgeworfenen Fragen sind heute noch akut. Die Probleme, denen die amerikanische Regierung heute gegenuebersteht, wurden bereits von Papst Leo behandelt, und die Loesungen dieser Probleme sind in diesem beruehmten Dokument enthalten.

Gewisse Kreise, die mit der Politik der Regierung nicht einverstanden sind, haben ein ziemliches Geschrei ueber "Sozialismus" und den "Wohlfahrtsstaat" angestimmt. Es ist eine historische Ironie, dass die auf diese Weise angegriffene Politik bereits vor zwei Generationen von einem Papst geistig vor Augen gefuehrt wurde, der die steigende Flut des Sozialismus aufzuhalten bemueht war.

Papst Leo sagte: "Es ist unbestreitbar, dass die Wohlfahrt der Nationen keiner anderen Quelle als der Arbeit der Arbeiter entspringt. Es ist deshalb nicht mehr als gerecht, wenn die Regierung dafuer sorgt, dass der Arbeiter das erhaelt, was er mit seiner Arbeit fuer die Allgemeinheit verdient, und dass er eine Wohnung und Kleidung besitzt und sozial so gesichert ist, dass er ein Leben ohne Not leben kann. Deshalb muessen alle Massnahmen beguenstigt werden, die in irgendeiner Weise die soziale Lage der Arbeiterschaft verbessern koennen. Dadurch waere nicht nur niemandem geschadet, sondern eher waere allen geholfen."

Papst Leo ging noch weiter. Er sagte, dass die Arbeiter unter dem besonderen Schutz und der Fuersorge des Staates stehen und von jeder wilden Profitgier befreit werden muessen. Er forderte Schutz fuer die berufstaetige Frau und die Kinder und warnte vor den Gefahren, die sich aus der Beschaeftigung von Kindern ergeben. Er forderte nicht nur freie Tarifverhandlungen, sondern bestand auch darauf, dass diese in einer moralischen Atmosphaere gefuehrt wuerden. Es genuege nicht, die freie Zustimmung der Verhandlungspartner zu besitzen, sagte er, sondern die Loehne muessten wirklich ausreichen, um dem haushaelterischen und anstaendigen Arbeiter seinen Lebensunterhalt zu sichern. "Wenn ein Arbeiter haertere Bedingungen annimmt, weil sie der Arbeitgeber oder der Vertragspartner fordern, dann unterwirft er sich damit einer Gewalt, die jeglichem Gefuehl fuer Gerechtigkeit Hohn spricht."

Am 1. Mai 1931, genau 40 Jahre nach dem Erscheinen des von Papst Leo verfassten Briefes, erliess Papst Pius seine Enzyklika "Quadragesimo Anno", "ueber die Wiederherstellung der sozialen Ordnung". Papst Pius bestaetigte die Doktrin seines Vorgaengers und brachte sie in eine direktere Form. Vieles hatte sich inzwischen ereignet: ein Weltkrieg, eine Inflation, Krisen - und die Gefahren, die zur Zeit Papst Leos bestanden, waren noch groesser geworden. Was im Jahre 1891 eine schwere Gefahr zu sein schien, war zurungeheuren Krise geworden. Die Zeit fuer eine Verwirklichung der Grundsaeetze Papst Leos war gekommen.

Dieser hatte erklart, dass das Recht, Eigentum zu besitzen, nicht bedeutet, dass man es willkuerlich verwenden kann. Er hatte gesagt, dass ein Arbeiter soviel Lohn haben muss, dass er sich und seiner Familie ein annehmbares Leben bieten kann. Er hatte ausserdem gesagt, dass der Arbeiter vor allem nicht als Mittel zum Geldverdienen dienen darf und nicht ausgebeutet werden soll. Papst Pius stellte erneut diese Forderungen auf und passte sie den neuen Verhaeltnissen an.

Er vertrat die Auffassung, dass der Wohlstand, der durch sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt staendig vergroessert wird, zur Foerderung der gemeinsamen Sache allen Menschen zugute kommen muss. Das bedeutet, dass Besitztum den Eigentuemern dazu verpflichtet, es anerkannt sozialen Zwecken zur Verfuegung zu stellen. Mit der Feststellung, dass die Macht unter einem System der uneingeschraenkten, freien Konkurrenz nur wenigen in die Haende gelegt war, kam Papst Pius zu der Schlussfolgerung, dass unter diesem System nur diejenigen bestehen koennten, "die am staerksten sind, was sehr oft bedeutet, dass es jene sind, die am ruecksichtslosesten kaempfen und den Geboten des Gewissens am wenigsten Gehoer schenken." Das sei fuer das Wirtschaftssystem ebenso schaedlich, wie es vom moralischen Standpunkt aus zu verurteilen ist.

Die 40 Jahre, die zwischen diesen beiden paepstlichen Rundschreiben liegen, sind durch grosse Misstaende gekennzeichnet. Im Jahre 1919 war jedoch das Programm des Bischofs veroeffentlicht worden, das sich fuer den sozialen Wiederaufbau ausspricht. Dieses Programm, das unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg bekannt wurde, war von Vater Ryan ausgearbeitet worden, der versuchte, der Erklaerung Papst Leos eine besondere amerikanische Note zu geben. Hierbei wurde Vater Ryan eine besondere amerikanische Note zu geben. Hierbei wurde Vater Ryan selbst von katholischer Seite vorgeworfen, er sei zu weit gegangen. Die Enzyklika des Jahres 1931 war in ihrer Auswirkung eine Bestaetigung des Programms des Bischofs und damit eine Rechtfertigung der Arbeit Vater Ryans.

Dies war nicht nur eine Ehre fuer einen grossen Priester, sondern brachte seine Vision auch der Verwirklichung einen Schritt naeher. Es ist nicht uebertrieben, wenn man behauptet, dass das Programm des Bischofs fuer den sozialen Wiederaufbau eine Erklaerung ist, die in keinem Verhaeltnis zu den Fruechten steht, die sie zur sozialen Verbesserung des amerikanischen Lebens beigetragen hat. Vater Ryan legte die allgemeinen Grundsaeetze, die in der Enzyklika Papst Leos enthalten sind, als Forderungen fuer konkrete soziale Reformen aus. Seine Vorschlaege waren somit Vorlaeufer des New Deal und Fair Deal.

Vierzehn Jahre vor dem Amtsantritt Franklin D. Roosevelts forderte Vater Ryan eine grosse Anzahl der Gesetze, die nach dem 4. Maerz 1933 erlassen wurden. Die Erfolge, die diese Gesetzgebung seit jenem Tag erzielt hat, bestehen in den Arbeitsvermittlungsdiensten, dem oeffentlichen Wohnungsbau, dem Gesetz ueber Mindestloehne, der Sozialversicherung gegen Arbeitslosigkeit und Alter, der gesetzlichen Verankerung des Rechtes der Arbeiter, sich zu organisieren, und in einer Wirtschaft, deren Wohlstand sich auf die Massenkauftkraft gruendet. All das und noch mehr wird bereits in dem Programm des Bischofs vorgeschlagen und in Betracht gezogen.

Das Taft-Hartley Gesetz ist mit den Grundsaeetzen der erwahnten paepstlichen Rundschreiben unvereinbar. Was wir brauchen, ist ein Gesetz, das mit den Zielen der wirtschaftlichen Demokratie vereinbar ist. Danach muss unser Streben gerichtet sein.

Die Kritik, die im allgemeinen an dem Taft-Hartley Gesetz geuebt wird, sollte vermieden werden. Es genuegt zu sagen, dass ihm eine falsche Voraussetzung zugrundeliegt. Wenn seine Verfasser es auch nicht zugeben wollen, so sollte es doch ein Mittel zur Einschraenkung der gewerkschaftlichen Rechte sein. Es ist somit praktisch gegen die Gewerkschaftsbewegung gerichtet. Es widerspricht dem Geist unserer Zeit. Es ist nicht nur undurchfuehrbar,

sondern stellt auch eine Gefahrenquelle fuer das Verhaeltnis der Gewerkschaften zu den Unternehmern dar.

Es bedarf keines besseren Beweises fuer seine ihm anhaftende Schwaeche als die Tatsache, dass Senator Taft selbst mehr als 20 Aenderungungen dieses Gesetzes vorgeschlagen hat. Die Verzettelung der Funktionen des Bundesausschusses fuer Arbeitsfragen hat eine so missliche Lage geschaffen, dass man sie nicht mit Worten bezeichnen kann. Wenn jemals eine Einrichtung in entgegengesetzte Bestandteile aufgespalten wurde, dann ist es diese hoffnungslose Zersplitterung in einen Ausschuss und in rein juristische Komplexe.

Praesident Truman hat das Richtige getroffen, als er forderte, dass diese Spaltung aufgehoben und dem Bundesausschuss fuer Arbeitsfragen erlaubt wird, sich wie andere Verwaltungsbehoerden seiner Aufgaben nach einem festgelegten Schema zu entledigen, wobei seine Befugnisse klar und eindeutig umrissen werden muessen. Stattdessen herrscht unter dem gegenwaertigen System eine starke Verwirrung, da die einzelnen Funktionen sich ueberschneiden. Solange dieser Misstand fortbesteht, werden weder die Gewerkschaften noch die Unternehmer zu ihrem Recht kommen. Ein vorbildliches Regieren, ein erspriessliches gegenseitiges Verstaendnis und eine bessere Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Unternehmern sind unmoeglich, wenn der Bundesausschuss fuer Arbeitsfragen aufgespalten bleibt.

Die paepstliche Enzyklika betont den Grundsatz, dass die Arbeiter Anspruch auf den besonderen Schutz der Regierung haben. Das Taft-Hartley Gesetz bewirkt das Gegenteil. Ihm liegt die Voraussetzung zugrunde, dass die Gewerkschaften nur Vereinigungen von Arbeitermassen sind, die ueberwacht und gelenkt werden muessen. Es stellt eine Reihe Verbote auf, die ein gutes Verhaeltnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verhindern. Mit der Vorgabe, es solle ein Gleichgewicht zwischen der Macht der Gewerkschaften und der Unternehmer hergestellt werden, schraenkt es in Wirklichkeit die schwer erkaempften Rechte der Gewerkschaftsbewegung ein und verleiht der anderen Seite damit Vorrechte, die ihr nicht zustehen. Dies ist nicht der Weg, der zu friedlichen Arbeitsbeziehungen fuehrt. Dieses Gesetz ist somit nichts weiter als ein Anreiz zur betonten Feindseligkeit.

Mit dem Taft-Hartley Gesetz kam es wieder zur Ausuebung des Streikverbots durch die Regierung, eine alte und unwuerdige Methode, um Streiks zu brechen. Die Taft-Hartley Methode, durch derartige Zwangsanwendung nationale Notstaende zu ueberwinden, ist im Kohlenstreik auf die Probe gestellt worden und hat klaeglich versagt.

Es ist wirklich an der Zeit, bessere Methoden anzuwenden, um mit solchen Schwierigkeiten fertigzuwerden. Das Taft-Hartley-Gesetz muss beseitigt werden. Man sollte sich dagegen auf den Kollektivverhandlungsweg einigen. Es ist klar, dass waehrend des langwierigen Kohlenstreiks beide Parteien im Schatten des Taft-Hartley-Gesetzes handelten. Das heisst, keiner der beiden Partner war bestrebt, sich an wirklichen Kollektivverhandlungen zu beteiligen. Sie handelten dagegen so, als ob die im Gesetz enthaltenen Beschraenkungen und Moeglichkeiten ein entscheidender Faktor waeren. Das ist keine Atmosphaere fuer aufrichtige und ernsthafte Verhandlungen.

"Soll das gesamte Leben eines Landes wegen eines Streiks in bestimmten wichtigen Industrien zum Stillstand gebracht werden? Was geschieht, wenn der Streik nicht durch Tarifverhandlungen beigelegt werden kann?" Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten.

Die Vereinigten Staaten sind demokratisch, und es ist deshalb unmöglich, allein durch Autoritaet regieren zu wollen. Amerika ist ein Land, dessen Buerger die groesstmoegliche, mit der Wohlfahrt des Staates zu vereinbarende Freiheit geniessen, eine Nation, die den menschlichen Werten und menschlichen Freiheiten den ersten Platz einraeumt.

Unter einem solchen System gibt es keinen "Gaensemarsch", das heisst, man folgt weder blindlings noch automatisch; und kein Konzentrationslager. Die Arbeiter haben politische und soziale Rechte, die denen anderer Gruppen nicht untergeordnet werden duerfen. Dies koennte zu Konflikten fuehren, die eine Industrie zum Stillstand bringen. Und damit koennte die Ordnung eines ganzen Landes erschuettert werden. Dies ist jedoch bis zu einer bestimmten Grenze der Preis, den wir um der Freiheit willen, d.h. der Freiheit der Gewerkschaftsbewegung, zahlen muessen.

Die Frage ist jedoch "Wo liegt diese bestimmte Grenze?" Natuerlich gibt es Faelle, in denen das Interesse der Allgemeinheit den Forderungen der Arbeiter oder Unternehmer voranzustellen ist. Um einer schweren Krise vorzubeugen, kann Praesident Truman einen Ausschuss einsetzen, der auch bei der Beilegung des Stahlstreiks eine so bedeutende Rolle spielte. Dieser Ausschuss hoerte beide Seiten an, studierte die Probleme und verfasste einen Bericht, der Empfehlungen enthielt, die die oeffentliche Meinung zutiefst beeindruckten. Ein Gesetz, das die ueber Tarife und Lohnbedingungen streitenden Gewerkschaften und Unternehmer verpflichtete, sich an einen solchen objektiven Ausschuss zu wenden, waere durchaus angebracht.

Das beste Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten und der Erzielung friedlicher Beziehungen in der Industrie ist die Kollektivverhandlung, die, wenn sie in dem richtigen Geist und mit dem wirklichen Wunsch gefuehrt wird, zu einer Einigung zu kommen, auch zu Erfolgen fuehrt. Die Tragweite dieser Kollektivverhandlungen ist viel groesser, als sich die meisten Menschen es vorstellen. Schlagzeilen ueber angebliche Gewaltakte und Gegenwehraktionen, die vereinzelt vorkommen moegen, fallen mehr ins Auge als die grosse Zahl der auf friedlichem Wege erzielten Abkommen, die in den meisten Industrien zur Selbstverstaendlichkeit geworden sind.

Friedliche Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind in vielen Industrien laengst das uebliche, wobei alle Beteiligten auf den wirtschaftlichen Erfolg der Arbeit der Industrie bedacht sind. Das gilt fuer die Arbeiter nicht weniger als fuer die Unternehmer. Hier zeigt, was dort bereits geleistet werden konnte, wo die Gewerkschafter hinter der Idee ihrer Funktionaere stehen.

Und das ist immer dort moeglich, wo der Grundsatz der Gerechtigkeit herrscht, gepaart mit der sich selbst auferlegten Bereitwilligkeit, sich gegenseitig Zugestaendnisse zu machen, um Ordnung und Zufriedenheit zu schaffen, anstatt Streit und Verwirrung heraufzubeschworen. Die katholische Philosophie, die in den paepstlichen Rundschreiben verankert ist, besagt, dass diesem fairen Verhalten und dieser Art Selbstbestimmung Prinzipien zugrundeliegen muessen, die dem menschlichen Fortschritt den Vorrang geben. Die Demokratie hat in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern das gleiche Ziel vor Augen.

U.S. Arbeitsministerium
IV/4/50

MARSHALLPLAN FOERDERT GRIECHISCHE FISCHEREI

Einem griechischen Fischfangunternehmen in Kalamata ist aus Marshallplan-Fondsmitteln ein Kredit in Hoehe von 12 Millionen Drachmen (34.000 DM) zur Verfuegung gestellt worden. Diese Massnahme hat sich auf die gesamte Industrie des suedlichen Peloponnes positiv ausgewirkt.

Die Firma Gebr. Dragonas erhielt vor fast zwei Jahren diesen Kredit und richtete damit Kuehlwagentransporte fuer Fische ein. Frueher war Fisch ein teures Nahrungsmittel in dieser Gegend, weil erstens der Fischfang mit primitiven Booten sehr kostspielig ist, und zweitens die Fischer nicht eher wieder in See fahren konnten, bis sie ihren letzten Fang restlos verkauft hatten. Das heisst, die Fischer verkauften wenig Ware fuer hohe Preise anstatt grosse Mengen zu niedrigeren Preisen abzusetzen.

Das Bild hat sich voellig geaendert. Wo dieses Unternehmen vor Erhalt des Kredites mit einem Fischfangboot operierte und taeglich etwa 500 Kilo Fische fing, setzt es heute neun Dampfboote ein, die durchschnittliche Tagesausbeute betraegt jetzt 12.000 Kilo.

Waehrend der Preis fuer ein Pfund Fisch in der Hafenstadt Kalamata frueher etwa 50 Pfennige betrug, wird die gleiche Menge heute in den Gebirgsdoerfern fuer 15 bis 20 Pfennige verkauft.

Die Fische werden jetzt von Kalamata schnell nach den Gebirgsdoerfern verfrachtet und dort zu niedrigen Preisen in grossen Mengen abgesetzt. Das Geschaefit der Firma Gebr. Dragonas blueht und die Verbraucher werden taeglich in ausreichendem Masse mit Frischfisch versorgt; auch auf dem Speiseplan der Bewohner der Gebirgsdoerfer nimmt dieses Nahrungsmittel jetzt einen bedeutenden Platz ein. Infolge der reichlichen Versorgung der Maerkte mit Fischen ist der Preis fuer Fleisch zurueckgegangen.

Dank der Marshallplan-Hilfe fangen heute mehr Fischer - schaeztungsweise 30.000 - in den griechischen Gewaessern mehr Fische als je zuvor. Waehrend vor dem Kriege jaehrlich 25 Millionen Kilo gefangen wurden, waren es im vergangenen Jahre 45 Millionen Kilo, und die 50 Millionen Grenze duerfte in diesem Jahre ueberschritten werden.

Rund 40% der griechischen Fischdampfer wurden waehrend des Krieges zerstoert und die Einrichtungen vernichtet. Von der UNRRA und aus Mitteln des Marshallplans sind 10 Millionen Dollar fuer den Aufbau der griechischen Fischereiflotte zur Verfuegung gestellt worden.

Marshallplan News
I/Nr. 4

BERUFSSSEKRETARIATE FUER GEISTESARBEITER IM IBFG

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften wird vom 18.-21. April 1951 in seiner Zentralstelle in Bruessel eine Weltkonferenz fuer Angestellte abhalten.

Auf einer Tagung des neuen Konsultativausschusses des IBFG fuer Referenten, Angestellte im Verwaltungsdienst und Handel und Vorgesetzte wurden die Termine fuer das erste Welttreffen der Geistesarbeiter festgelegt. Sie werden unmittelbar vor dem Weltkongress am 16. und 17. April zusammentreten und ausserdem eine

ausserordentliche Planungskonferenz am 21. und 22. Dezember in Bruessel abhalten.

Inzwischen werden den Plaenen dieses Ausschusses zufolge die ersten entscheidenden Schritte zur Errichtung internationaler Sekretariate fuer Lehrerorganisationen unternommen werden, die entweder kurz vor oder kurz nach der Tagung der Angestellten im April zusammenkommen werden. Nachdem die amerikanischen (CIO), franzoesischen (Force Ouvrière), oesterreichischen, italienischen und deutschen Gewerkschaften der Journalisten und Schriftsteller ihre Teilnahme zugesagt haben, hat der Ausschuss das Sekretariat des IBFG ermachtigt, eine vorlaeufige Konferenz der Journalistengewerkschaften anzuberaumen, die sich mit den Moeglichkeiten des Aufbaus einer neuen Internationale fuer Presseangestellte befassen wird, die an die Stelle der alten, kommunistisch beherrschten Internationalen Organisation der Journalisten treten soll.

Der Ausschuss hat ausserdem die Funktionaere des IBFG ersucht, bei der britischen Journalistengewerkschaft und den gleichen Verbänden der Beneluxstaaten und Skandinaviens vorstellig zu werden und sie um ihre Teilnahme an einer derartigen vorbereitenden Konferenz zu bitten. Man vereinbarte, dass die Teilnahme an diesen vorbereitenden Besprechungen fuer alle Journalistenorganisationen der einzelnen Nationen unverbindlich sein soll, und dass sie sich nach dieser ersten Konferenz selbst entscheiden sollen, ob sie der neuen Organisationen sich anschliessen wollen.

Der Konsultativausschuss legte die Berufskategorien fest, aus denen die einzelnen Landesgewerkschaftsbewegungen Delegierte zu der Tagung der Geistesarbeiter im April entsenden koennen:

1. Saemtliche Lehrberufe.
2. Gruppe Unterhaltung (Schauspieler, Artisten, Musiker usw.)
3. Gruppe Schrifttum (Journalisten, Pressephotographen usw.)
4. Gesundheitsdienst (Aerzte, Zahn aerzte, Apotheker, Optiker, Krankenpfleger und Krankenhauspersonal)
5. Angestellte des oeffentlichen Dienstes.
6. Industrie, Handel und Uebermittlungsdienste (Wissenschaftler, Techniker und Verwaltungspersonal)

Ernest Bell vom Britischen Gewerkschaftskongress (TUC), der Vorsitzender des Ausschusses in der Zeit seines vorlaeufigen, nichtoffiziellen Bestehens war, wurde zum staendigen Vorsitzenden gewaehlt, als dem neugegruendeten Konsultativausschuss vom Notstandsausschuss des IBFG seine Satzung im September ueberreicht wurde.

Der oberste Ausschuss des IBFG gab dem Konsultativausschuss folgende Anweisungen:

1. Fragen zu eroertern, die fuer die Geistesarbeiter von besonderem Interesse sind, sich mit ihren Arbeitsbedingungen und Organisationsproblemen zu beschaeftigen und bestrebt zu sein, eine einheitliche Linienfuehrung in den Bemuehungen zur Loesung der Probleme dieses Personenkreises zu erzielen.

2. In Zusammenarbeit mit dem IBFG die Errichtung internationaler Berufssekretariate fuer Geistesarbeiter zu unterstuetzen, die gegenwaertig noch ohne eine internationale gewerkschaftliche Stimme sind. Hierzu soll die Mitarbeit von Lehrkraeften, Journalisten, Theater- und Filmschauspielern etc. sichergestellt werden.

Weiter sollen die Angestellten Vertretungen des IBFG in bestimmten UN-Organisationen eingebaut werden sowie spezielle Berufsfragen beraten und bearbeiten.

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 38

Frankfurt, 24. November 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Das zunehmende Lebensalter und die damit verbundenen wirtschaftlichen Probleme - - - - -	1
Die Knowland-Gesetzesvorlage - - - - -	4
Wohnungen fuer Rentner - - - - -	7
Kaufleute fordern wirtschaftliche Zusammenarbeit der freien Welt - - - - -	8
Steigerung der Kaufkraft - die beste Abwehr des Totalitarismus - - - - -	9
Amerikanische Gewerkschaften und europäisches Wiederaufbauprogramm - - - - -	11
Labour Partei Englands billigt Walter Reuthers Plan	12
Mangel an Facharbeitern in Amerika - - - - -	13
"CIO staerker als je zuvor" - - - - -	14
Hoechster Staudamm der Welt entsteht in den franzoesischen Alpen - - - - -	16
Billigere Schuhe - - - - -	16

DAS ZUNEHMENDE LEBENSALTER UND DIE DAMIT VERBUNDENEN WIRTSCHAFTLICHEN PROBLEME

Als Ergebnis des grossen Fortschrittes der medizinischen Wissenschaft und der allgemeinen Hebung des Lebensstandards ist das durchschnittliche Lebensalter bemerkenswert angestiegen. Zur gleichen Zeit haben eine Reihe sozialer und wirtschaftlicher Faktoren dazu beigetragen, dass die Betaetigung alter Leute auf dem Arbeitsmarkt zurueckgeht. Dies trifft besonders auf Personen zu, die mehr als 65 Jahre alt sind. Das bedeutet, dass sich fuer den Durchschnittsarbeiter der Zeitraum verlaengert hat, in dem er seine Lebenshaltungskosten aus einer anderen Quelle als seiner eigenen Haende Arbeit decken muss.

Um sich an Hand von Zahlen einen Ueberblick ueber diese Entwicklung verschaffen zu koennen, hat man fuer das Jahr 1900 Schaetzungen ueber die durchschnittlich zu erwartende Zeit der Arbeitsfaehigkeit angestellt. Es ist jedoch zu bemerken, dass

diese Schaetzungen nicht genau mit denen von 1940 und 1949 verglichen werden koennen, weil im Jahre 1900 in den elf Staaten, in denen die Registrierung von Todesfaellen Pflicht war, nur die Angehoerigen der weissen Rasse registriert wurden. Trotzdem sind diese Schaetzungen ein klarer Beweis fuer die Zunahme der Zeitspanne, in der alte Leute sich nicht mehr selbst ernaehren koennen.

Unter Zugrundelegung der Sterblichkeitsziffern und der Zahlen ueber die Dauer der Erwerbstaetigkeit hatte ein junger Mann der weissen Rasse damals im Alter von 20 Jahren eine durchschnittliche zusaetzliche Lebensspanne von 42,2 Jahren; die Dauer seiner Arbeitsfaehigkeit betrug 39,4 Jahre. Er musste demnach damit rechnen, 2,8 Jahre lang nicht erwerbstaetig sein zu koennen. In der Zeit von 1900 bis 1940 steigerte sich die zu erwartende Lebensdauer eines weissen Mannes im Alter von 20 Jahren um 5,5 Jahre. Die Dauer seiner zu erwartenden Arbeitsfaehigkeit wurde jedoch nur um 2,6 Jahre groesser. Die Spanne zwischen der zu erwartenden Gesamtlebensdauer und der Zeit der Arbeitsfaehigkeit hatte sich demnach auf 5,7 Jahre erweitert - etwa doppelt soviel wie im Jahre 1900.

Fuer diejenigen, die ein Alter von 60 Jahren erreichten, ist dieser Unterschied ebenso verblueffend. Waehrend die Lebenserwartung eines 60 Jahre alten Mannes in der Zeit von 1900 bis 1940 fast um ein Jahr anstieg, ging seine zu erwartende durchschnittliche Dauer der Arbeitsfaehigkeit um mehr als zwei Jahre zurueck, was auf die allgemeine Tendenz zur frueheren Versetzung in den Ruhestand zurueckzufuehren ist. Beide Vergleiche zeigen also eine betonte Erweiterung der zu erwartenden Zeitspanne des Ruhestandes im Verlauf der vier Dekaden auf.

Wenn diese Tendenz lediglich ein Ergebnis der Tatsache waere, dass die Arbeiter es vorziehen, sich zeitiger pensionieren zu lassen, und dazu finanziell besser in der Lage sind, so wuerde sie kein ernsthaftes soziales Problem darstellen. Die Bedeutung dieser Entwicklung ist jedoch in der entgegengesetzten Richtung zu suchen. Wenn es fuer die aelteren Arbeiter heute schwieriger ist, eine Beschaeftigung zu finden, so sind hierfuer eine ganze Reihe Faktoren verantwortlich zu machen. Die Beschaeftigungsmoeglichkeiten wurden mehr und mehr von landwirtschaftlichen Taetigkeiten auf nichtlandwirtschaftliche Industrieberufe und von kleineren Familienbetrieben auf grosse Geschaeftsunternehmen uebertragen. Die moderne Industrie, die ruecksichtslosere und unpersoenlichere Massstaebe anlegt, die groesseren Wert auf Schnelligkeit legt, und in der es ueblich ist, willkuerlich Altersgrenzen fuer die Einstellung und die Versetzung in den Ruhestand festzulegen, bietet Arbeitern in vorgeschrittenem Alter verhaeltnismaessig geringe Beschaeftigungsmoeglichkeiten. Hinzu kam die Massenarbeitslosigkeit der Dreissiger Jahre, die viele aeltere Leute veranlasste, die Suche nach Arbeit aufzugeben, selbst wenn sie noch in der Lage waren, produktiv in der Wirtschaft taetig zu sein.

Diese langzeitige Entwicklung steht in krassem Gegensatz zu den Erfahrungen, die man in der Zeit von 1940 bis 1947 machen konnte. Der Uebergang von einer Depression in eine Wirtschaft der Vollbeschaeftigung hatte zur Folge, dass wesentlich mehr Personen im fuenften und sechsten Lebensjahrzehnt erwerbstaetig waren. Infolgedessen wurde von 1940 bis 1947 trotz der beachtlichen Zunahme des Lebensalters die durchschnittliche Dauer der Nichtbeschaeftigung nicht groesser.

Auf grund der Vorkriegstendenz und der neueren Erfahrungen waehrend der letzten Dekade koennen fuer die Zukunft zwei verschiedene Auffassungen ueber die Dauer der Arbeitsfaehigkeit aufgestellt werden. Zur besseren Veranschaulichung sind zwei Schaetzungen fuer

die zu erwartende Dauer der Arbeitsfaehigkeit im Jahre 1975 aufgestellt worden. Der ersten Schaetzung legt man den Anteil der juengeren Altersgruppen an der Erwerbsbevoelkerung von 1940 und den staendig zurueckgehenden Prozentsatz der Erwerbstaetigen von 55 Jahren und darueber nach den Zahlen der Zeit von 1920 bis 1940 zugrunde. Bei der zweiten Schaetzung setzt man voraus, dass sich der zahlenmaessige Anteil an der Erwerbsbevoelkerung von 1947 nicht aendert.

Bei beiden Voraussetzungen nimmt man an, dass die guenstige Tendenz in der Sterblichkeit auch weiterhin anhaelt, was auch aus den Vorausbestimmungen der Bevoelkerungszahlen zu ersehen ist, die vom statistischen Buero der Vereinigten Staaten unlaengst veroeffentlicht wurden. Demnach betraegt im Jahre 1975 die Lebenserwartung eines 20-jaehrigen Mannes fast 73 Jahre im Vergleich zu 68 Jahren im Jahre 1947; im Alter von 60 Jahren wuerde sein durchschnittliches Lebensalter auf fast 77 Jahre erhoehrt, das sind $1 \frac{1}{2}$ Jahre mehr als im Jahre 1947.

Wenn man von der ersten Moeglichkeit ausgeht, die darin besteht, dass der Zeitpunkt der Versetzung in den Ruhestand immer weiter vorverlegt wird, dann wuerde das durchschnittlich zu erwartende Arbeitsalter eines 20-jaehrigen Mannes im Jahre 1975 das gleiche sein wie im Jahre 1947, naemlich etwas weniger als 43 Jahre. Die durchschnittliche Lebenserwartung im Ruhestand wuerde sich jedoch auf fast 10 Jahre erweitern, verglichen mit fuenf Jahren im Jahre 1947 und weniger als drei Jahren (fuer maennliche Arbeiter der weissen Rasse) im Jahre 1900.

Im Alter von 60 Jahren ist der Kontrast ebenso betont. Der sechzigjaehrige Arbeiter, der im Durchschnitt noch fast 17 Jahre zu leben hat, kann damit rechnen, nur noch acht Jahre erwerbstaetig zu bleiben und neun Jahre im Ruhestand zu leben. Es ist daher zu erwarten, dass die Dauer der Arbeitstaetigkeit mehr und mehr zurueckgeht und der Zeitraum, in dem sich der Arbeiter im Ruhestand befindet, immer groesser wird.

Die zweite Moeglichkeit, die sich auf die Zusammensetzung der Erwerbsbevoelkerung aus dem Jahre 1947 gruendet, fuehrt zu voellig verschiedenen Ergebnissen. Die Zunahme der Gesamtlebensdauer wuerde hauptsaechlich der Dauer des Arbeitslebens hinzugefuegt werden. Fuer einen Zwanzigjaehrigen wuerde sich das durchschnittlich zu erwartende Arbeitsleben im Vergleich zu 1947 um mehr als drei Jahre steigern, und die Dauer des Ruhestandes ginge um $1 \frac{1}{2}$ Jahre in die Hoehe. Die zukuenftige Dauer des Arbeitslebens wuerde sich im Vergleich zu 1947 um fast ein ganzes Jahr erhoehen.

Bei diesen Vergleichen sind natuerlich nicht alle Faktoren beruecksichtigt, die die jeweilige wirtschaftliche Last abhaengiger alter Leute beeinflussen koennen. Veraenderungen in der Altersstruktur der Bevoelkerung werden z.B. von erheblicher Bedeutung sein und von den zukuenftigen Tendenzen der Geburtenziffer, der Zahl der Einwanderer und der gesteigerten Lebenserwartung beeinflusst werden. Die voraussichtlichen Kosten fuer Alterspensionen und aehnliche Programme werden auch davon abhaengen, wie sich die Unterstuetzungsansprueche, die Unterstuetzungsbetraege und andere Bestimmungen dieser Programme veraendern. Veraenderungen des durchschnittlichen Einkommens- und Produktivitaetsstandes werden sich ebenfalls auf die entsprechenden Kosten der Unterstuetzungsprogramme fuer alte Leute auswirken.

Diese Vergleiche konzentrieren jedenfalls die Aufmerksamkeit auf einen der wesentlichsten Gesichtspunkte des Problems der Versorgung alter Leute. Im einzelnen und im allgemeinen werden in den

kommenden Dekaden wichtige Beschlüsse in bezug auf die letzten Lebensjahre und auf die Pensionierung und die fortgesetzte Erwerbstätigkeit getroffen werden. Diese Beschlüsse wiederum werden wesentliche Auswirkungen auf die Zahl der Erwerbsbevölkerung des Landes, das Sozialprodukt und auf den künftigen Lebensstandard des amerikanischen Volkes zur Folge haben.

Tables of Working Life
US Arbeitsministerium
VIII/50

John W. Gibson, stellvertretender Arbeitsminister:

DIE KNOWLAND-GESETZESVORLAGE

Nach dem bundesstaatlichen System der Arbeitslosenversicherung sind die einzelnen Staaten verpflichtet, sich an bestimmte Mindestnormen zu halten. Die Zahl dieser festgesetzten Normen ist sehr gering. Eine davon ist jedoch von größter Bedeutung für die Arbeiterschaft: die sogenannten Arbeitsnormen. Nach diesen Bestimmungen kann ein Einzelstaat einem Arbeiter die Arbeitslosenunterstützung nicht verweigern, wenn dieser einen neuen Arbeitsplatz nicht annehmen will, der infolge eines Streiks oder anderer Arbeitsstreitigkeiten unbesetzt ist, oder wenn Löhne, Arbeitszeit und andere Arbeitsbedingungen weit unter denen liegen, die in dem Bezirk vorherrschen, oder wenn er mit seinem Arbeitsantritt gezwungen wäre, einer Betriebsgewerkschaft beizutreten oder aus einer Gewerkschaft auszutreten, für die er sich bereits entschieden hat.

Die Knowland-Gesetzesvorlage bringt Vorlagen über die Abänderung der Sozialversicherungsgesetze. Sie könnte, wenn sie zum Gesetz würde, die bundesstaatlich festgelegten Normen im Arbeitslosenversicherungssystem ernsthaft gefährden. Insbesondere würde sie dem Arbeitsminister jegliche Intervention verbieten, wenn ein Staat diese Normen nicht einhält, es sei denn, dass dieser Nichteinhaltung eine Abänderung des einzelstaatlichen Gesetzes durch die gesetzgebenden Organe des Einzelstaates zugrundeliegt. Senator Knowland behauptete, dass seine Gesetzesvorlage einzig und allein den Zweck hätte, den Arbeitsminister zu zwingen, solange zu warten, bis ein derartiges Vorkommnis der Nichteinhaltung des Gesetzes von den staatlichen Gerichtshöfen bearbeitet sei. Wenn man die Gesetzesänderung jedoch genauer studiert, stellt man fest, dass der Arbeitsminister nur dann Einspruch erheben kann, wenn die staatliche Behörde für Beschäftigungssicherheit die Beschlüsse des höchsten staatlichen Gerichtes nicht befolgt hat; dabei ist es gleichgültig, ob diese Beschlüsse den bundesstaatlichen Bestimmungen entsprechen oder nicht. Mit anderen Worten, jeder Staat könnte diese Bestimmungen verschiedenartig auslegen, ohne dass der Arbeitsminister etwas hiergegen unternehmen könnte. Die Knowland-Gesetzesvorlage kann infolgedessen die einzige auf bundesstaatlicher Ebene geregelte Bestimmung der Arbeitslosenversicherung, nämlich die der Arbeitsnormen, unterminieren. Wenn diese Gesetzesvorlage zum Gesetz würde, wäre es unmöglich, die von Präsident Truman vorgeschlagenen zusätzlichen Arbeitslosenunterstützungen gesetzlich festzulegen, deren Höchstsatz wöchentlich 30 Dollar zuzüglich der Beihilfen für unterstützungsbedürftige Angehörige betragen soll, und die 26 Wochen lang gezahlt wird. Den Befürwortern der Knowland-Gesetzesvorlage würde es bei einer etwaigen Bewilligung ohne Zweifel gelingen, die neuen bundesstaatlichen Bestimmungen zu unterhöheln.

Wer steht hinter der Knowland-Gesetzesvorlage? Sie wurde von dem Arbeitgeberverband an der Küste des Pazifiks und den Reedern der Westküste geschaffen, weil der Arbeitsminister sie daran gehin-

dert hatte, die Arbeiter gelegentlich mehrerer Streiks im Jahre 1948 zu uebervorteilen. Die Arbeitgeber der Kueste Kaliforniens und Washingtons hatten es naemlich fertiggebracht, dass die Appellationsgerichte dieser Staaten beschlossen, allen Gewerkschaftsmitgliedern, ob sie an den Streiks beteiligt waren oder nicht, die Arbeitslosenunterstuetzung zu verweigern, selbst wenn sie schon vor dem Streik arbeitslos waren und Unterstuetzungen bezogen. Die gleiche Methode wurde bei einm Streik der Zimmerleute in Spokane (Washington) angewandt. Nachdem man sich beim Arbeitsminister hierueber beschwert hatte, stellte dieser fest, dass sich der Staat Washinton nicht an die bundesstaatlichen Vorschriften gehalten hatte, worauf die Gerichte sofort ihre Beschluesse fuer ungueltig erklaeerten. Da die Entscheidungen der kalifornischen Berufungsgerichte nicht zur allgemeinen Anwendung kamen und versichert wurde, dass den Arbeitern, die nicht am Streik beteiligt waren, die Arbeitslosenunterstuetzung nicht verweigert wuerde, wurde das Verfahren gegen den Staat Kalifornien eingestellt.

Die erfolglosen Arbeitgeber der pazifischen Kueste haben sich im Kampf um die Durchsetzung der Knowland-Gesetzesvorlage im Hintergrund gehalten und liessen ihre Interessen durch Stanley Rector, den Kulissenschieber im Dienste der Vereinigung fuer Berater in Arbeitslosenunterstuetzungsfragen (Unemployment Benefit Advisors, Inc.) vertreten. Diese Vereinigung ist eine von den Arbeitgebern finanzierte Organisation, die urspruenglich in Wisconsin zu dem Zweck ins Leben gerufen wurde, die Arbeitgeber des Staates Wisconsin zu beraten, wie sie sich der Verpflichtung zur Zahlung von Betraegen zur Arbeitslosenunterstuetzung entziehen koennten. Rector war vorher Rechtsberater der Abteilung fuer Arbeitslosenunterstuetzung in der Industriekommission von Wisconsin. Er hatte diese Position aufgegeben, um fuer die Organisation in Washington die Gesetzgebung zugunsten der Unternehmer zu beeinflussen, eine Aufgabe, die ihm jaehrlich 20.000 Dollar einbringt, und der er sich seit Jahren gewidmet hat; er hat alles moegliche getan, um ein wirksames Sozialversicherungsprogramm zu sabotieren und zu zerstoeren.

Offiziellen Angaben zufolge, ueber die der Kongress nach dem Gesetz ueber die Registrierung von Rechtsvertretern der Arbeitnehmerververbaende verfuegt, hatte die Vereinigung fuer Berater in Fragen der Arbeitslosenunterstuetzung, die Rector als ihren Direktor bezeichnet, im Jahre 1949 Einnahmen in Hoehe von 102.415 Dollar und 36.175 Dollan an Ausgaben zu verzeichnen. In einem einzigen Quartal des Jahres 1949 hatte diese Vereinigung Zuwendungen von 499 Dollar und mehr von jedem einzelnen der 24 groessten Unternehmen des Landes gemeldet. Die General-Motors in Detroit hat z.B. 3.500 Dollar an die Gesellschaft gezahlt, und die Zuwendungen der folgenden grossen Unternehmen betruagen in jedem Einzelfall mehr als 1.000 Dollar: J. Schitz Brewing Co., Milwaukee; Allis-Chalmers Manufacturing Company, Milwaukee; Atlantic Refining Company, Philadelphia; J. L. Hudson Company, Detroit; Marshall Field Company, Chicago; American Cynamid Company, New York; und die American Can Company, New York. Nicht zu vergessen sind Briggs und Stratton in Milwaukee, die in einem einzigen Quartal mit je 800 Dollar diese "wohltaetige" Organisation unterstuetzten, die dazu bestimmt ist, der Arbeiterschaft die Lebensader abzuschneiden.

Rector hat mehrere Schreiben abgefasst, in denen er den Zweck der Knowland-Gesetzesvorlage entstellt und die Handlungsweise des Arbeitsministers bei den Vorfaellen in den Staaten Kalifornien und Washington kritisiert. In diesen Schreiben hat Rector absichtlich die Tatsachen in einer Weise gefaelscht, dass sich die Unternehmer benachteiligt glauben muessen. Rector behauptete, in Kalifornien und Washington habe man den Mitgliedern der Seeleutegewerkschaften

Harry Bridges' die Arbeitslosenunterstuetzungen verweigert. In Wirklichkeit war keine der vier streikenden Gewerkschaften weder offiziell noch im geheimen mit Harry Bridges verbunden. Rector deutete ausserdem an, dass "das Arbeitsministerium, um sich die Staaten gefuegig zu machen, seine umfassenden willkuerlichen Vollmachten immer dann anwenden wuerde, wenn der Standpunkt der Gewerkschaften nicht mit dem der staatlichen Behoerden zu vereinbaren sei. Er behauptete ausserdem, dass der Arbeitsminister nicht dem Beispiel des fruerehen Beauftragten fuer Sozialversicherung, Arthur J. Altmeyer, folge und mit der Bearbeitung von Problemen nicht warte, bis die staatlichen Gerichtshoefe hierzu Stellung genommen haetten. In Wirklichkeit waren zu der Zeit, als das Programm fuer Beschaeftigungssicherheit von Altmeyer verwaltet wurde, viele Streitfragen direkt bearbeitet worden, ohne dass die Gerichtshoefe davon in Kenntnis gesetzt wurden. Die gleichen Leute, die unter Altmeyer gearbeitet hatten, deckten die Uebertretungen der Bundesgesetze in Kalifornien und Washington auf und unterrichteten den Arbeitsminister darueber.

In einem Schreiben an seine Arbeitgeber behauptete Rector, das Arbeitsministerium lasse es sich Tausende von Dollars kosten, um auf dem Wege ueber die Administratoren der Behoerden fuer Beschaeftigungssicherheit die einzelnen Staaten davon abzubringen, seine Gesetzesvorlage zu unterstuetzen. Er erklaerte ausserdem woertlich: "Es ist anzunehmen, dass diese Geldzuwendungen den bundesstaatlichen Behoerden fuer die Kontrolle der Finanzen einzelstaatlicher Behoerden nicht unbekannt sind." Keine dieser Behauptungen entspricht der Wahrheit. Nicht das Aussenministerium wendet Tausende von Dollars auf, sondern die Administratoren der Einzelstaaten selbst, die sie fuer Telegramme an ihre Senatoren und Repraesentanten und fuer persoenliche Besuche in Washington fuer die Knowland-Gesetzesvorlage verwenden. Was die Behauptung betrifft, durch bundesstaatliche Geldzuwendungen an die Einzelstaaten wuerde ein Druck auf die Behoerden der Einzelstaaten ausgeuebt, so ist dazu zu sagen, dass der Exekutivausschuss der interstaatlichen Konferenz in einer Resolution im vorigen Winter offiziell erklaerte, dass Geldzuwendungen des Bueros fuer Beschaeftigungssicherheit niemals dazu verwendet wurden, auf die Einzelstaaten in irgendeiner Weise einen politischen Druck auszuueben, und die Konferenz kann dies zu jeder Zeit erneut versichern.

Das Arbeitsministerium ist gegen jede finanzierte Unterstuetzung dieser Gesetzesvorlage. Auf Rectors Betreiben haben die Unternehmer eine Unzahl von Briefen geschrieben, in denen sie sich fuer die Gesetzesvorlage aussprechen und die schlimmsten Dinge prophezeien, falls sie nicht bewilligt werden sollte. Ein Kongressmitglied hat uns z.B. einen Brief eines Unternehmers gezeigt, in dem es heisst, dass das System der Arbeitslosenversicherung auf bundesstaatliche Ebene ausgedehnt und die Unterstuetzungen erhoehrt und die Unterstuetzungszeiten verlaengert wuerden, wenn die Knowland-Gesetzesvorlage nicht zum Gesetz wuerde. Ich persoenlich wuerde eine solche Entwicklung begruessen. Die Bewilligung der Knowland-Gesetzesvorlage dagegen wuerde die Arbeitslosenversicherung zu einer Waffe machen, die in den Haenden der Unternehmer dazu geeignet waere, Streiks ruecksichtslos zu brechen.

Einige Administratoren der einzelstaatlichen Arbeitslosenversicherungen arbeiten mit Rector Hand in Hand, weil sie natuerlich froh waeren, von jeglicher bundesstaatlichen Kontrolle oder Ueberwachung frei zu sein - obwohl sie ihre Stellungen und die Gesetze an erster Stelle der bundesstaatlichen Gesetzgebung zu verdanken haben. Die meisten einzelstaatlichen Administratoren der Arbeitslosenversicherung, die im ganzen Lande eingesetzt sind, werden von Rector und seiner Vereinigung fuer Berater in Arbeitslosenunterstuetzungsfragen an der Nase herumgefuehrt. Sie unterstuetzen und

und begünstigen, sie ermöglichen deshalb durch ihre Handlungsweise und die der interstaatlichen Konferenz eine antigewerkschaftliche Tätigkeit. Nur wenn die organisierte Gewerkschaftsbewegung durch sofortiges Handeln, durch Telegramme und persönliches Vortritt bei den Senatoren und Kongressmitgliedern und besonders bei den Mitgliedern der Konferenzen über die Abänderung der Sozialversicherungsgesetze dieser Sabotage entgegenarbeitet, können wir hoffen, dass der Bestand des bundesstaatlichen Systems der Arbeitslosenversicherung gesichert bleibt.

Ich kann nicht genug darauf hinweisen, dass es bei allen Besprechungen im Verlaufe dieses Kongresses wichtig ist, sich der lügnerischen Propaganda bewusst zu werden, die in diesem Lande von Interessen getrieben wird, die denen unserer bundesstaatlichen Verwaltung in Washington genau entgegengesetzt sind. Zum Abschluss möchte ich dazu auffordern, das Fair Deal Programm zu unterstützen, weil es zu grösserem Wohlstand derer führen muss, die sich ihren Lebensunterhalt erarbeiten müssen. Dieses Programm allein wird dem amerikanischen Volke letzten Endes eine stärkere Wirtschaft und einen höheren Lebensstandard geben können.

US Arbeitsministerium
VII/19/50

WOHNUNGEN FÜR RENTNER

Heutzutage wird den Problemen der älteren Leute in England eine besonders sorgfältige Beachtung geschenkt. Die seit 1945 erlassenen Gesetze sind weitgehend darauf ausgerichtet, ihnen bessere Wohnmöglichkeiten zu bieten.

Nach Paragraph 21 des Fuersorgegesetzes sind die obersten Bezirksbehörden verpflichtet, alten Leuten, die nicht mehr selbst für sich sorgen können, Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Die Wohnungen müssen ihnen bestimmte Erleichterungen, wie die unentgeltliche Inanspruchnahme von Hauswäschereien, bieten. In einigen Fällen ermöglicht man ihnen sogar Ferienaufenthalte.

Natürlich würden viele alte Leute lieber in den Wohnungen bleiben, die sie sich selbst eingerichtet haben, statt in die besonders für sie vorgesehenen Wohnblocks zu ziehen, obwohl diese genügend Raum für alle bieten.

Als weitere Dienstleistung sieht das Fuersorgegesetz vor, dass die örtlichen Behörden irgendwelche freiwilligen Organisationen unterstützen, die die Kosten für Erholungsaufenthalte und Mahlzeiten mittragen.

Ausserdem sollen die örtlichen Behörden dafür sorgen, dass den alten Leuten in bürgerlichen Restaurants Mahlzeiten zum Selbstkostenpreis verabreicht werden können. Einige Behörden haben es eingerichtet, dass Diabetiker und Magenkranke mit den für sie erforderlichen Lebensmitteln versorgt werden, oder sie treffen mit den Krankenhäusern Abmachungen, damit diese Leute durch die Diätkekuchen beköstigt werden können.

Die Unterstützung im Haushalt ist nicht vergessen worden. Man schätzt, dass Dreiviertel jener Hilfen, wie sie im Paragraph 29 des Gesetzes für den Gesundheitsdienst vorgesehen ist, den ständig Arbeitsunfähigen und den alten Leuten zugutekommt.

Arbeitssparende Wohnungen sind für alte Leute besonders wichtig. Das Leben und Arbeiten in diesen kleinen Wohnungen erfordert ein Minimum an körperlicher Anstrengung. Es gibt keine Stufen und

keine dunklen Ecken. Die Mieten richten sich nach den Einkommen aller Mieter, und fortschrittliche Wohnungsämter übernehmen häufig einen Teil der Kosten.

Um einen Mindestlebensstandard zu gewährleisten, hat der Fuersorgeausschuss erklärt, dass er zu niedrige Einkommen aus eigenen Mitteln aufbessern wird.

In Zukunft kann jeder, dessen Einkommen nach Abzug der Miete unter 43 1/2 Schillingen (etwa 25.50 DM) fuer ein Ehepaar liegt, Unterstuetzung beantragen. Ein Ehepaar, das z.B. nach dem Versicherungsgesetz nur 42 Schillinge bezieht, wuerde eine zusaetzliche Unterstuetzung von ein Schilling sechs Pence und seine Miete erhalten.

Jeder, der nach dem Fuersorgegesetz Anspruch auf Unterstuetzung hat, kann sie erhalten. Wenn auch die Fuersorgebeamten wissen wollen, wie hoch die Miete ist, und wieviel ein einzelner oder eine Familie gespart hat, so wird diese Fuersorge doch ganz anders gehandhabt als zu der Zeit, als die aelteren Arbeiter die verhasste Ueberpruefung ihrer Mittel ueber sich ergehen lassen musste.

Heute braucht niemand mehr Schlange zu stehen, um den Fuersorgebeamten von seinen Noeten berichten zu koennen. Diese Beamten haben jetzt eine Sonderausbildung genossen und behandeln die Faelle mit allem Wohlwollen unter Beachtung der Bestimmungen des Fuersorgegesetzes. Wenn es gewuenscht wird, so besucht er einen Antragsteller auch zu Hause.

Um ein Beispiel zu geben, wie man das Vermoegen berechnet, greifen wir ein Ehepaar heraus, das von seiner Pension lebt. Wenn das Ehepaar weniger als 350 Pfund Sterling an Kriegsanleihen pro Person besitzt, wird dieser Betrag nicht beruecksichtigt. Das gleiche gilt fuer sonstige Ersparnisse bis zu einem Betrag von 74 Pfund Sterling.

Ein Ehepaar kann deshalb 774 Pfund Sterling besitzen, ohne dass dieses Vermoegen beruecksichtigt wird. Alle darueberliegenden Betraege werden so berechnet, dass jeder weitere Betrag von 25 Pfund Sterling einem woechentlichen Einkommen von einem halben Schilling entspricht.

Zahlreiche andere Einkommensarten koennen ausserdem bei den Berechnungen der Fuersorgebeamten unberuecksichtigt bleiben; so z.B. bis zu 10 1/2 Schillingen woeentlich an Pensionen oder Krankengeldern aus einer Gewerkschafts- oder Wohlfahrtskasse; 20 Schillinge woeentlich an Pensionen fuer Arbeitsunfaehige und 20 Schillinge woeentlich, wenn es sich um keine staendigen Einkommen handelt. In keinem Falle jedoch duerfen diese Einnahmen den Betrag von 20 Schillingen ueberschreiten.

Gewerkschafter und alle anderen aktiven Buerger muessen sich dafuer einsetzen, dass alle alten Leute in den Genuss dieser Hilfeleistungen kommen. Weil sie nicht selbst so fuer sich sorgen koennen, wie es ihnen gebuehrt, muessen sie auf diese Weise unterstuetzt werden.

Labour, TUC Magazine
VI/50

KAUFLEUTE FORDERN WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT DER FREIEN WELT

Um eine Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern, ist es notwendig, nach und nach die internationalen Handelsschranken zu be-

seitigen und eine hoehere Produktionsleistung der freien Welt anzustreben, erklarten kuerzlich die Delegierten des 37. Landeskonvents fuer Aussenhandel in New York in einer Verlautbarung, die von dem Konvent gebilligt wurde.

Dieses Ziel laesst sich nur durch gemeinsames Handeln der freien Nationen der Welt ermoeeglichen, heisst es in der Erklaerung weiter. Die Ruestungs- und Zivilproduktion, die fuer den Freiheitskampf unerlaesslich sei, muesse von anderen Nationen und den Vereinigten Staaten gemeinsam unterstuetzt werden.

Mehr als 2.000 Aussenhandelskaufleute und Investoren nahmen an dem dreitaegigen Jahreskonvent teil, der von dem Nationalen Handelsausschuss einberufen worden war.

In den von dem Konvent gebilligten Empfehlungen wird erklart, dass trotz der grossen Hilfsquellen und trotz des dynamischen Wirtschaftssystems der Vereinigten Staaten diese allein der Aufgaben nicht Herr werden koennten, die der freien Welt gestellt sind.

Der Kongress hob hervor, dass sich die freie Welt angesichts der kommunistischen Aggression der Wiederaufruestung widmen muesse, dass jedoch die wirtschaftlichen Erfolge, die durch den Marshall-Plan erzielt worden seien, nicht aufs Spiel gesetzt werden duerften.

Die Delegierten verurteilten in scharfen Worten die engstirnigen Methoden, die eine fortschrittliche wirtschaftliche Entwicklung in Europa verhindern. In der Resolution hierzu heisst es: "Es ist mehr als je zuvor ein Gebot der Stunde, dass die engstirnigen Methoden des wirtschaftlichen Nationalismus einer wirksameren Zusammenarbeit unter den Nationen weichen, und dass die wirtschaftliche Traegheit, ob sie nun ein Ergebnis des Sozialismus oder des monopolistischen Kapitalismus ist, durch ein Streben und einen Drang nach einer dynamischen Konkurrenzwirtschaft ersetzt wird. Nur auf diese Weise wird es moeglich sein, die Produktionsziele zu erreichen, die notwendig sind, um der Nachfrage nach Ruestungs- und Zivilprodukten in dieser kritischen Zeit der Wiederaufruestung genuegen zu koennen.

Der Konvent forderte, dass die Handelskontrollen auf ein Minimum beschraenkt, die Zollverfahren vereinfacht, Exportkontrollen auf Mangelwaren beschraenkt und laestige Restriktionen, wie Visa und polizeiliche Bescheinigungen, aufgehoben werden.

Er forderte ausserdem die freie Konvertierbarkeit der Waehrungen und die Beseitigung der Kontrollen im Zahlungsverkehr als wesentliche Ziele anzustreben.

Das Punkt-Vier-Programm wurde von dem Konvent gutgeheissen, man verlangte weiter, dass ein staendiger Kapitalfluss zur Investierung in unterentwickelten Gebieten gesichert und gefoerdert wird.

ECA Labor Information
XI/16/50

STEIGERUNG DER KAUFKRAFT - DIE BESTE ABWEHR DES TOTALITARISMUS

Durch den Marshall Plan, dem amerikanischen Hilfsprogramm zur Wiedergesundung der demokratischen Nationen Europas, ist eine erstaunliche Wandlung der Dinge eingetreten.

Dieser Plan besteht seit ueber zwei Jahren. Er hat viel zum Wiederaufbau beigetragen, aber in einigen Laendern sind die Riesengewinne hieraus allein den Geschaeftsleuten und der Industrie zugeflossen. Fuehrende Beamte der Marshall-Plan-Verwaltung haben nun erkluert, dass hier eine Aenderung eintreten muesse. Einige Beamte haben auf ihren Auslandsreisen festgestellt, dass der Kommunismus nicht besiegt werden kann, wenn die amerikanische Hilfe nur den Unternehmern groessere Gewinne einbringt, ohne die Kaufkraft der Arbeiterloehne zu steigern.

Diese Erkenntnis hat dazu gefuehrt, dass der neue Leiter der Marshall-Plan-Verwaltung, William C. Foster, ein ehemaliger Industrieller der Stahlindustrie, den europaeischen Unternehmern rundweg erkluerte, dass sie den Lebensstandard des Volkes heben muessten, wenn sie wirklich den Wunsch haetten, die kommunistische Gefahr abzuwenden.

Funktionaere amerikanischer Gewerkschaften und Gewerkschaftsvertreter innerhalb der Marshall-Plan-Verwaltung haben dies schon vor langer Ziet betont, und sie sind selbstverstaendlich erfreut, wenn Industrielle wie Foster ihren Standpunkt jetzt teilen.

Foster gab seine sensationelle Erkluerung vor einer Gruppe europaeischer Betriebsleiter der Eisenbahnen und jener Fabriken ab, die Ausruestungsgegenstaende fuer die Eisenbahnen herstellen. Die Gruppe hatte sechs Wochen lang in den Vereinigten Staaten die Methoden der Eisenbahngesellschaft "Iron Horse" und der Zubringerindustrien fuer die Eisenbahn studiert.

Der Leiter der ECA sagte, er hoffe, dass sie die treibende Kraft erkannt haetten, die hinter der amerikanischen Wirtschaft stehe - das heisst, die staendig sich steigernde Massenproduktion, mit der ein Massenabsatzmarkt beliefert wird, in dem jeder einzelne ueber eine hohe Kaufkraft verfuegt.

Wir legen grossen Wert darauf, dass die Fruechte der Produktionsleistung gerecht verteilt werden. Diese gerechte Verteilung ist zumindest teilweise den von den Gewerkschaften gefuehrten Verhandlungen mit den Unternehmern zu verdanken.

"Wenn nur wenige Leute in den Genuss der Fruechte der Massenproduktion kommen, koennen auch nur wenige etwas kaufen," erkluerte Foster warnend. "Bittere Erfahrungen haben uns zu dieser Erkenntnis gebracht."

Er betonte darauf, dass sich die Industriellen Europas diese Erkenntnis zunutze machen sollten und die Gewinne aus der gesteigerten Produktionsleistung durch hoehere Loehne bei kuerzerer Arbeitszeit gerecht verteilen.

Mr. Leon Dayton, der Leiter der Marshall Plan-Mission fuer Italien, sprach eine aehnliche Warnung aus. Er sagte den italienischen Unternehmern unumwunden, dass sie Gefahr liefen, den Kommunisten die Macht in die Haende zu spielen, wenn sie der grossen Masse des Volkes nicht mehr Kaufkraft in die Haende gaeben.

Er warf einigen italienischen Unternehmern vor, zu grosse Gewinne erhaschen zu wollen und Preise festzusetzen, die das Fuenffache der Gestehungskosten betragen.

Vor den Eisenbahnunternehmern sprach in Washington ausserdem Bert M. Jewell, ein altes Mitglied der Eisenbahnergewerkschaften. Jewell ist jetzt erster Berater fuer Arbeitsfragen bei der Marshall-Plan-Verwaltung. Jahrelang fuehrte er die Eisenbahnerabtei-

lung der AFL und ist seit fast einem halben Jahrhundert Mitglied der Kesselbauergewerkschaft.

Woertlich sagte Jewell zu der Unternehmergruppe: "Die Arbeiter der amerikanischen Eisenbahnen haben sich schon immer fuer gesteigerte Produktion und hoehere Produktionsleistung eingesetzt, sie haben aber auch auf ihrem ihnen zustehenden Anteil an den Gewinnen bestanden."

Die Gewerkschaften haetten sich ihre Erfolge allerdings schwer erkaempfen muessen; die Streitigkeiten mit den Unternehmern haetten dazu gefuehrt, dass die Eisenbahnen heute nominell in den Haenden der Regierung liegen.

Jewell fuegte hinzu, er wuensche nicht, diese Spannungen zu verbergen, aber ebenso muesste man auch wissen, dass zwischen Gewerkschaften und Eisenbahngesellschaften in Fragen, die fuer beide Teile von Bedeutung und Interesse sind, eine gute Zusammenarbeit geleistet worden ist.

Er fuehrte zahlreiche Beispiele aus der Gesetzgebung und anderen Gebieten an, in denen die beiden Vertragspartner erfolgreich zusammengearbeitet haben.

Labor
X/28/50

AMERIKANISCHE GEWERKSCHAFTEN UND EUROPAEISCHES WIEDERAUFBAUPROGRAMM

Der Direktor der Abteilung fuer Arbeitsfragen in der Marshall-Plan-Verwaltung in Europa, Boris Shishkin, der als amerikanischer Gewerkschafter eine fuehrende Stellung in der Marshall-Plan-Verwaltung bekleidet, befand sich vor kurzem in den Vereinigten Staaten, um Praesident Truman Bericht zu erstatten. In seiner an die arbeitende Bevoelkerung der Vereinigten Staaten gerichtete Ansprache erklarte Boris Shishkin:

"Die durch den Marshall-Plan erzielte Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiterschaft muss beibehalten und gesteigert werden, wenn die Verteidigungsbemuehungen der freien Welt von Erfolg sein sollen. Diese Verbesserung stellt einen Faktor der inneren Sicherheit Westeuropas dar, der ebenso wichtig ist wie die aeussere Sicherheit.

"Die Gewerkschaftsprogramme des ERP gewinnen mehr und mehr an Bedeutung. Die Marshall-Plan-Verwaltung baut einige dieser Programme weiter aus, wie z.B. den Austausch europaeischer und amerikanischer Studiengruppen, die Koordinierung der Arbeitsvermittlungsaemter der Teilnehmerstaaten, die Berufsausbildung der Arbeiter und die Verwendung der Gegenwertfondsmittel fuer die Durchfuehrung billiger Wohnungsbauprojekte.

"Die franzoesischen und italienischen Arbeiter verstanden anfaenglich nicht, dass dieser Plan ihnen helfen sollte. Nachdem jedoch diese Programme, die Maschinen und andere Hilfeleistungen der ECA dazu beigetragen haben, die Produktion zu steigern und den Lebensstandard der Arbeiter zu verbessern, beginnen sie einzusehen, dass der Marshall Plan keine leere Phrase ist, sondern den Zweck hat, ihnen unter Wahrung des Rechtes zu helfen, freie Franzosen und Italiener zu bleiben.

"Trotzdem besteht noch immer das grundlegende Problem des niedrigen Lebensstandards und besonders der zu geringen Realloehne.

Zweifelloos muessen in bestimmten Laendern und vornehmlich in Frankreich Massnahmen ergriffen werden, um den zu niedrigen Lebensstandard der Arbeiter schneller zu heben.

"Man muss sich jedoch darueber im klaren sein, dass die demokratischen Regierungen dieser Laender und nicht die Marshall-Plan-Verwaltung die Verantwortung fuer diese Programme und fuer ihre Durchfuehrung zu uebernehmen haben. Die Verbesserung der Loehne in Frankreich und den anderen Laendern ist eine Aufgabe, die von den freien Gewerkschaften durch Kollektivverhandlungen geloest werden muss.

"Zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Verteidigung Westeuropas gegen Aggressionen ist dringend eine Politik erforderlich, die eine gerechte Besteuerung gewaehrleistet und die Ausbreitung von Monopolen, die die europaeische Industrie beherrschen, verhindert.

"Aber diese politischen Programme und diese Verbesserungen und Reformen muessen von den europaeischen Laendern selbst unter tatkraeftiger Unterstuetzung der freien Gewerkschaftsbewegung eingeleitet werden."

Gewerkschaftliches Nachrichtenblatt des
Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses des ERP
XI/10/50

LABOUR PARTEI ENGLANDS BILLIGT WALTER REUTHERS PLAN

Zwanzig Parlamentsmitglieder der Labour-Partei haben in dieser Woche der britischen Labour-Regierung den Plan des Vorsitzenden der Automobilarbeitergewerkschaft des CIO, Walter Reuther, fuer eine "Totale Friedensoffensive" unterbreitet.

Zu den 20 Abgeordneten gehoeren R. Sorensen und Fenner Brockway, zwei altbewaehrte Sprecher der Labour-Partei fuer die Rechte der Kolonialvoelker. Die Abordnung schlug in einer Ergaenzung der Rede des Koenigs vor, dass die Regierung die ausfuehrlichen und schoepferischen Vorschlaege Walter Reuthers vom Kongress der Industrieverbaende der Vereinigten Staaten in Betracht ziehen und hierzu bald eine Erklaerung abgeben moege.

Die Rede des Koenigs, mit der jede Eroeffnungssitzung des englischen Parlaments beginnt, wird fuer ihn von der Regierung aufgesetzt. In ihr werden wichtige Gesetze behandelt, die die Regierung waehrend dieser Parlamentssitzung einzufuehren beabsichtigt, und die Regierung nimmt ausserdem zu wichtigen Tagesfragen Stellung.

In der Rede des Koenigs wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Regierung die Bemuehungen der Fachabteilungen der Vereinten Nationen zur Verbesserung des Lebensstandards in verarmten oder rueckstaendigen Gebieten unterstuetzt. Die Regierung verpflichtete sich ferner, weiterhin Plaene zu studieren, die die wirtschaftliche Entwicklung Sued- und Suedostasiens foerdern. "Meine Regierung," sagte der Koenig, "wird sich auch in Zukunft um die Entwicklung der Kolonialgebiete und die Wohlfahrt dieser Menschen kuemmern und durch entsprechende Gesetzgebung die fuer diesen Zweck nach dem Gesetz fuer koloniale Entwicklung und Wohlfahrt (1945) zur Verfuegung gestellten Summen ergaenzen."

Der wesentlichste Punkt des Reuther-Planes ist ein Vorschlag an die Vereinigten Staaten, den Vereinten Nationen jaehrlich 13 Milliarden Dollar zur Verfuegung zu stellen, um "den Menschen in

anderen Laendern/ zu helfen, durch Entwicklung und Erweiterung ihrer wirtschaftlichen Hilfsquellen und Moeglichkeiten sich selbst zu helfen." Den Vereinten Nationen soll die uneingeschraenkte Kontrolle ueber diese Fonds uebertragen werden.

Der Nachtrag zur Koenigsrede wurde von H. C. Usborne vorge-
tragen. Er wurde befuerwortet von Sorensen, Brockway, Douglas
Houghton, A. C. Manual, einem langjaehrigen Funktionaer der Eisen-
bahningenieure und Vorarbeiter, Charles Grey, ein Bergarbeiter aus
Durham, Rhys Davies, ein ehemaliger Funktionaer der Gewerkschaft
der Arbeiter des Verteilergewerbes und aehnlicher Berufe und einer
der ersten Organisatoren der Fabrikarbeiter Englands, W. T. Procter,
ein fruherer Funktionaer der Nationalgewerkschaft der Eisenbahner,
und mehreren bekannten Journalisten, darunter Michael Foote, dem
Herausgeber der "Tribune", und R. H. S. Crossman.

Mittlerweile beschaeftigt sich die Forschungsabteilung der
Labour-Partei eifrig mit der Ausarbeitung des "Weltplans fuer gegen-
seitige Hilfe," ueber die kuerzlich in der Erklaerung der Labour-
Partei, "Gewerkschaften und die moderne Gesellschaft" berichtet
wurde. In diesem Zusammenhang wird die "Totale Friedensoffensive"
Walter Reuthers ausfuehrlich eroertert.

Informationsabteilung der ECA Mission
fuer England

XI/9/50

MANGEL AN FACHARBEITERN IN AMERIKA

Waehrend die Produktionsleistung des einzelnen Arbeiters in
Amerika ihren hohen Stand beibehaelt und die Arbeitgeber bestrebt
sind, Arbeitskraefte fuer die Ruestungsproduktion zu finden, macht
sich in den Industriezentren des Landes der Mangel an Facharbeitern
immer staerker bemerkbar. Im vergangenen Monat ist die Zahl der
zur Verfuegung stehenden Arbeitsplaetze weiterhin leicht angestie-
gen. Besonders fuer die Metallberufe herrscht eine grosse, schwer
zu befriedigende Nachfrage nach Facharbeitern. Dieser staendige
Mangel in der Metallindustrie in einer Zeit verhaeltnismaessig ge-
ringer Ruestungsproduktion ist besonders kennzeichnend fuer die
zu geringen Facharbeiterreserven in Amerika.

Die Zahl der nichtbesetzten Arbeitsplaetze in nichtlandwirt-
schaftlichen Berufen, die den arbeitsstatistischen Aemtern der ein-
zelnen Staaten gemeldet wurden, erhoehrte sich um annaeherd ein
Viertel auf insgesamt 32.934. Hiervon waren wenig mehr als 10%
bei den oeffentlichen Arbeitsvermittlungsaemtern registriert.

In den gelernten und angelernten Berufen war die Zunahme der
offenen Arbeitsplaetze am augenfaelligsten. Der Bedarf an Arbeits-
kraeften in diesen Berufsgruppen betraegt gegenwaertig zwei Drittel
der gesamten Zahl der offenstehenden Arbeitsplaetze, wobei der
Bedarf in der Kategorie der gelernten Berufe am groessten ist.
Die Zahl des zur Verfuegung stehenden Buero- und Verkaufspersonals
und der ungelernten Arbeitskraefte belaeuft sich auf 8% der Gesamt-
nachfrage. In der Landwirtschaft hat sich die Zahl der nichtbe-
setzten Arbeitsplaetze um 7.500 auf ueber 39.000 gesteigert. Der
groesste Teil hiervon erstreckt sich auf landwirtschaftliche Helfer
fuer Baumwollfarmen, vornehmlich in Arkansas und Arizona.

Der Mangel an gelernten und angelernten Arbeitern hat sich
auf eine beschraenkte Zahl von Berufsgruppen konzentriert. In
zehn verschiedenen Arten gelernter Berufe, die mehr als die Haelf-
te aller offenstehenden Arbeitsplaetze umfassen, war die Steigerung
der Nachfrage nach Arbeitskraeften am groessten. Ein besonders

grosser Mangel an Maschinisten herrscht vor allem in Pennsylvania, Kansas und Oregon.

In etwa 26 Staaten ist kaum damit zu rechnen, dass die Nachfrage nach fast 1.000 Werkzeug- und Mustermachern gedeckt werden kann. Ueber 20 Staaten, darunter vor allem Pennsylvania, Connecticut, Ohio und Wisconsin berichten von oertlichen ungedeckten Nachfragen nach Drehern und Fraesern. In Kansas und Kalifornien herrscht ein beträchtlicher Mangel an gelernten Arbeitern fuer den Flugzeugbau. Verhaeltnismaessig gross ist auch die Zahl der fehlenden Facharbeiter fuer den Kraftfahrzeugmotorenbau, die Flugzeugmechanik und -reparatur, die Blech- und Elektroindustrie, die Formerei und Giesserei.

Die bedeutsamste Entwicklung in der Kategorie der angelernten Berufe ist die Zunahme der offenstehenden Arbeitsplaetze fuer Holzfaeller, Floesser und Arbeiter der Holzverarbeitenden Industrie, deren Zahl sich von 3,600 auf insgesamt 5.000 gesteigert hat. Vier Fuenftel dieser Arbeiter werden in dem Staate Maine benoetigt.

Ebenso gross ist die Nachfrage nach Elektro- und Maschineningenieuren, nach gelernten Krankenschwestern und Zeichnern. An Buero- und Verkaufsberufen sind die der Stenographen und Stenotypisten am meisten gefragt. Etwa 29 Staaten berichten von 1.758 offenen Arbeitsplaetzen fuer diese Berufe; die groesste Nachfrage wird aus Ohio, Illinois, Minnesota, Virginia, Iowa und dem Bezirk Columbia gemeldet.

The Labor Market and Employment Security
X/50

"CIO STAERKER ALS JE ZUVOR"

"Der Kongress der Industrieverbaende (CIO) ist staerker, einiger und entschlossener als je zuvor, die demokratischen Grundsaeetze zu verwirklichen," erklarte Praesident Philip Murray in seiner Eroeffnungsrede zum 12. Kongress des CIO in Chikago.

Der CIO ist eine der bedeutendsten Gewerkschaftsorganisationen der Vereinigten Staaten mit einer Gesamtmitgliedzahl von etwa sechs Millionen, in der viele Arbeiter der Grundstoffindustrien organisiert sind.

In seinem Jahresbericht an den Kongress hielt Murray einen Rueckblick auf die Erfolge der Organisation in in- und auslaendischen Angelegenheiten. Er erklarte den Mitgliedern, dass "sie auf die Tatsache stolz sein koennen, in einer schweren Zeit der amerikanischen Geschichte eine Organisation aufgebaut zu haben, die zum Bollwerk der demokratischen Gesellschaftsordnung geworden ist." Er erinnerte daran, dass er kurz nach Beginn der Aggression in Korea Praesident Truman mitgeteilt habe, dass "der CIO alle Anstrengungen unterstuetze, die darauf gerichtet sind, dieser kommunistischen Aggression einen Riegel vorzuschieben und den Frieden in Asien wiederherzustellen. Wir billigen ebenfalls die Entschliessung der Vereinten Nationen, diesen Friedensbruch durch die nordkoreanische Regierung abzulehnen, und wir billigen es, dass Sie dieser Entschliessung prompt ihre Zustimmung zugesichert haben."

"Mit der Ablehnung dieser kommunistischen Aggression in Korea haelt der CIO an seiner traditionellen Gewohnheit fest, sich Kriegstreibern zu widersetzen und fuer den Weltfrieden zu arbeiten."

Murray erinnerte ausserdem daran, dass der CIO die auslaendischen Hilfsprogramme der Vereinten Nationen immer unterstuetzt hat, die den Zweck haetten, die Lebensbedingungen der Arbeiter anderer Laender zu verbessern und die Demokratie gegen die Propagandaversprechungen der kommunistischen Bewegung zu staerken.

Bezugnehmend auf das europaeische Wiederaufbauprogramm wies er darauf hin, dass Funktionaere des CIO eine Reihe von Vorschlaegen zur Verbesserung dieses Programms angeboten haetten, "damit die amerikanische Hilfe den Arbeitern und Bauern zugutekommt - den beiden Gruppen, die unsere Hilfe am dringendsten benoetigen."

Zum Punkt-Vier-Programm Praesident Trumans fuer die wirtschaftliche und technische Unterstuetzung unterentwickelter Gebiete erklaerte Murray:

"Seit der kommunistischen Aggression in Korea hat dieses Programm staendig an Bedeutung gewonnen. Obwohl der CIO von der Notwendigkeit eines umfassenden Ruestungsprogramms zur Verteidigung der freien Welt gegen Aggressionen voellig ueberzeugt ist, hat er unaufhoerlich gefordert, dass wir die Programme zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen fortsetzen muessen, wenn wir unsere Ziele erreichen wollen."

Wie in frueheren Jahren forderte Murray, dass den Gewerkschaften in den hohen Exekutivausschuessen der Regierung eine staerkere Vertretung gewahrt wird:

"Die Fuehrer der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung sind mit der Forderung nach einer groesseren Beteiligung der Gewerkschaften an der Aussenpolitik bestrebt, die Errungenschaften zu wahren, die jedem amerikanischen Buerger wert und teuer sind: Demokratie und Freiheit."

In einer Stellungnahme zu dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, der im vorigen Jahre von Gewerkschaftsvertretern aus 53 verschiedenen Laendern in London gegrundet wurde, bemerkte Murray, dass sowohl der CIO als die AFL, die beiden bedeutendsten Gewerkschaftsvereinigungen der Vereinigten Staaten, sich als Mitglieder und rueckhaltlose Unterstuetzer dieser neuen internationalen Organisation fuehlen.

"Wir sind ueberzeugt," sagte er, "dass der IBFG in den kommenden Jahren bedeutsame und konstruktive Beitraege zur Wohlfahrt der Gewerkschaftsbewegungen in allen Teilen der Welt leisten wird, und dass seine Taetigkeit fuer Millionen von Menschen von Nutzen sein werde."

Zu den Vorgaengen im Inland berichtete Murray, dass der CIO die kommunistische "Hemmungskampagne" ueberwunden habe, die der Organisation in der Vergangenheit dadurch hinderlich gewesen sei, dass man seit dem Kongress von 1949 elf kommunistisch beherrschte Mitgliedsorganisationen ausgestossen und die kommunistischen Durchdringungsversuche voellig vereitelt habe.

"Ich bin gewiss, dass binnen kurzem der Einfluss der kommunistischen Partei in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung endgueltig und vollkommen beseitigt sein wird."

Zu den Fortschritten der Organisation auf wirtschaftlichem Gebiet versicherte der Praesident des CIO, dass das "Programm seiner Organisation einen bisher ungekannten Grad an Sicherheit und Stabilitaet in Millionen amerikanischer Familien gebracht hat."

Auf die Erhoehung der Stundenloehne in den Herstellerindustrien von 66.1 Cents im Jahre 1940 auf 1,43 Dollar in der ersten Haelfte des Jahres 1950 und auf die Steigerung der Wochenloehne von 25,20 auf 57,12 Dollar eingehend, sagte Murray:

"Die von den Gewerkschaften des CIO aufgestellten Masstaebe wurden auf Millionen von Lohn- und Gehaltsempfaengern im ganzen Lande ausgedehnt. Bestimmungen ueber Krankenunterstuetzungen und Pensionen sind in den letzten Jahren zu einem selbstverstaendlichen Bestandteil der Tarifvertraege des CIO geworden. Fast in allen Industrien gibt es bezahlten Urlaub und Ueberstundenbezahlung fuer Sonnabend-, und Sonntags- und Feiertagsarbeit.

Daily Wireless Bulletin
XI/20/50

HOECHSTER STAUDAMM DER WELT ENTSTEHT IN DEN FRANZOESISCHEN ALPEN

Der hoechste Staudamm der Welt wird von der franzoesischen Elektrizitaetsgesellschaft "Electricité de France" bei Tignes in den franzoesischen Alpen gebaut. Der Bau wird ohne die ueblichen unterstuetzenden Strebepfeiler ausgefuehrt; die Hoehe des Dammes betraegt 187 Meter, das sind 0,30 m mehr als der groesste amerikanische Staudamm gleicher Bauweise. Zwei franzoesische Ingenieure, Jean Audy und F. Combe, haben im Rahmen des Marshall-Plan-Programms fuer technische Unterstuetzung eine neunwoechige Studienreise nach den Vereinigten Staaten unternommen, um festzustellen, wie die Arbeit an dem neuen Staudamm in Tignes beschleunigt werden kann. Sie studierten amerikanische Maschinen, die den in Tignes angewendeten gleich sind, und hielten sich 15 Tage lang an dem Staudamm "Hungry Horse" in Glory Hole, Montana, auf. Dieses Bauprojekt ist ebenfalls dem Projekt in Tignes sehr aehnlich.

Marshall Plan News
I - 4

BILLIGERE SCHUHE

Das Programm fuer technische Unterstuetzung der Marshallplan-Verwaltung hat bei verhaeltnismaessig geringem Kostenaufwand gute Ergebnisse gezeitigt. So verbrachten zum Beispiel 18 Experten aus der franzoesischen Schuhindustrie im Fruhjahr dieses Jahres sechs Wochen in den Vereinigten Staaten. Fuer das Projekt waren 22.000 Dollar erforderlich, einschliesslich der Kosten fuer drei Dolmetscher. Unter den Besuchern befand sich Bernard Charrois von der Schuhfabrik Picard. Er ist technischer Direktor und fuer den Entwurf der Modelle und die Planung der Produktion verantwortlich. Nach seiner Rueckkehr entwarf er neue Modelle unter Beruecksichtigung der in den Vereinigten Staaten festgestellten Prinzipien. Allein durch diese Aenderung konnte er den Preis fuer ein Paar Schuhe, der vorher 3.000 Francs betrug, um 600 Francs oder 20% reduzieren.

Marshall Plan News
I - 4

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 39

Frankfurt, 1. Dezember 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Kriegsgewinne verstaatlichter britischer Stahl- industrie unmöglich - - - - -	1
Die Lage der Gewerkschaften in Venezuela - - -	3
Das US-Arbeitsministerium und seine Funktionen	5
50 Jahre Kanadische Gewerkschaften - - - - -	9
Berufsschulen in Holland - - - - -	11
Der CIO zum Europäischen Wiederaufbauprogramm	14
Produktionssteigerung verhindert Inflation - -	15

KRIEGSGEWINNE VERSTAATLICHTER BRITISCHER STAHLINDUSTRIE UNMOEGLICH

Groessere Produktion, hoehere Leistungsfahigkeit und Ausschliessung jeglicher Gewinne bei der Wiederaufruestung sind die drei grossen Vorteile, die die britische Labour-Partei in der Verstaatlichung der britischen Stahlindustrie sieht.

Die Regierung wird am 15. Februar 1951 die Aktien und Schuldverschreibungen von 92 Eisen- und Stahlgesellschaften uebernehmen. Die Besitzer werden Schuldverschreibungen der Regierung erhalten, die mit 3% verzinst werden. Vorher wurden ihnen durchschnittlich funf bis sechs Prozent Zinsen gezahlt. Die Regierung ist jedoch der Ansicht, dass der neue Zinssatz in Anbetracht der groesseren Sicherheit der neuen Aktien durchaus gerechtfertigt ist.

Die Anhaenger der Labour-Partei erklaren, die Verstaatlichung sei notwendig, um die Stahlindustrie erweitern und den Bedarf fuer

die Wiederaufrüstung und die zivile Wirtschaft decken zu können und ausserdem die umfangreichen Pläne zur Entwicklung der rückständigen Unternehmen durchzuführen zu können, die die Gewerkschaften ausgearbeitet haben. Sie weisen darauf hin, dass sich die Stahlmagnaten vor dem Kriege einer Erweiterung und Modernisierung ihrer Industrie mit Erbitterung widersetzen. Schliesslich haben sie sich jedoch angesichts der drohenden Nationalisierung eines besseren besonnen. Aber die Wohlfahrt des Landes, sagen die Mitglieder der Labour-Partei, dürfe nicht von den Entscheidungen einer Handvoll reicher Leute abhängen.

Auch die grössere Leistungsfähigkeit ist ein Ziel der Labour-Partei. Die Gesellschaften werden so, wie sie sind, uebernommen, und im Anfang werden auch keine wesentlichen Änderungen vorgenommen. Mit der Zeit werden sie jedoch mehr und mehr kombiniert werden, damit ihre Leistungsfähigkeit gesteigert werden kann. Veraltete Betriebe sollen aufgegeben und modernere gebaut werden. Die durchschnittliche Grösse der englischen Stahlunternehmen ist so, dass die 92 Betriebe zusammen nur halb soviel erzeugen wie ein einziges amerikanisches Unternehmen, die "US Steel", und nur wenig mehr als das Unternehmen "Bethlehem".

Die Labour-Partei sagt ausserdem, dass sich die englischen Arbeiter mit grösserer Energie an den Wiederaufrüstungsanstrengungen beteiligen würden, wenn sie wissen, dass privaten Aktienbesitzern nicht noch mehr Geld in ihre Taschen fliesst. Die Stahlindustrie ist massgebend fuer die gesamte Wiederaufrüstung. Mit der Uebertragung ihrer Besitzrechte an die Oeffentlichkeit wird die Tatsache umso staerker hervorgehoben, dass man sich zum Schutze der Demokratie in England und nicht zum Vorteil des Grosskapitals zur Wiederaufrüstung entschlossen hat.

Wie steht es nun mit den Stahlarbeitern selbst? Das Verhaeltnis zwischen ihnen und ihren Arbeitgebern ist lange nicht so schlecht wie in den Bergwerken vor ihrer Verstaatlichung. Seit einer Generation hat es tatsaechlich keinen bedeutenden Streik gegeben. Die Stahlarbeitergewerkschaften sind jedoch seit 1932 bestrebt, die Stahlindustrie zu verstaatlichen, und die Kandidaten der Labour-Partei haben sich in den grossen Industriestaedten der Stahlindustrie bei den Wahlen im Februar die meisten Stimmen sichern können.

Die grosse Sorge der Stahlarbeiter ist die Gefahr der Betriebsstilllegung in Zeiten wirtschaftlicher Depressionen. Um ihren Teil zu den Wiederaufbaubemuehungen beizutragen, haben sich die Gewerkschaften im Jahre 1948 entgegen ihrem Programm mit einem sieben-taegigen ununterbrochenen Arbeitsgang an den Hochoefen einverstanden erkluert. Die Gewerkschafter der Stahlindustrie wuenschen jedoch nicht, eines Tages keine Arbeit mehr zu haben. Sie sehen deshalb, kurz gesagt, in der Verstaatlichung eine grössere Sicherheit fuer ihre Arbeitsplaetze.

Churchill und seine konservativen Anhaenger haben damit gedroht, die Stahlindustrie wieder in Privatbesitz ueberzufuehren, wenn sie die naechsten Wahlen gewinnen sollten. Das Volk ist zum grossten Teil jedoch hiermit nicht einverstanden. Der Durchschnittsenglaender sieht in der Verstaatlichung der Stahlindustrie keine Gefahr fuer seine Lebensweise und seine Lebenshaltung.

Daily News Service
Labor Press Association
X/24/50

DIE LAGE DER GEWERKSCHAFTEN IN VENEZUELA

Weder in den Kreisen der Regierung noch der Industrie Venezuelas leugnet man es ab, dass die Gewerkschaftsfuehrer dieses Landes Repressalien ausgesetzt sind. Waehrend die Gewerkschafter jedoch der Ansicht sind, dass diese Massnahmen ihre Bewegung zerstueren sollen, behauptet die Regierung, die Gewerkschaftsbewegung sei nur deshalb in Mitleidenschaft gezogen, weil sie zu enge Beziehungen zu der Partei fuer Demokratische Aktion unterhalte. Der Arbeitsminister versicherte, er sei sich der Tatsache bewusst, dass die Koalitionsfreiheit im engen Sinne des Wortes im Vergleich zu den hochentwickelten Laendern Europas und Nordamerikas in Venezuela nicht bestehe, und dass sich an dieser Lage solange nichts aendern werde, bis die Gewerkschaftsbewegung so wie in den erwaehten Laendern den ihr gebuehrenden Kurs einschlage und unabhaengig von politischen Parteien sei.

Die grundlegenden Arbeitsbestimmungen in bezug auf die Organisationsfreiheit und die Garantie des Rechtes, sich zu organisieren, entsprechen den meisten Prinzipien der Konvention der Internationalen Arbeits-Organisation. Nach dem venezolanischen Arbeitsgesetz von 1936 ist der "closed-shop" gestattet, und unter Wahrung der Selbststaendigkeit der Gewerkschaften ist ihr Taetigkeitsbereich genau festgelegt. Legale Gewerkschaften koennen ihre Mitglieder registrieren und sie vertreten, um die Einhaltung der Bestimmungen dieses Gesetzes zu gewaehrleisten, Tarifvertraege abzuschliessen usw. Die Registrierung kann auf unwiderruflichen Beschluss eines Gerichtshofes fuer ungueltig erklaert werden, wenn sich die Gewerkschaften anderen als mit ihren legalen Zielen zu vereinbarenden Taetigkeiten widmen. Die politische Betaetigung in Verfolgung dieser Ziele wird als rechtmaessig betrachtet, wenn "die Verfolgung politischer Ziele" nicht der einzige Zweck der Organisation ist. Eine Organisation kann durch Rechtsprechung nur dann aufgeloeset werden, wenn sie sich einer nationalen oder internationalen politischen Vereinigung oder Partei anschliesst.

Im November 1948 waren 1.014 Gewerkschaften, in Landes- und Industrieverbaende unterteilt, registriert. Das war ein aussergewoehnlicher Erfolg seit den Anfaengen der Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1936. Vier Fuenftel der organisierten Arbeiterschaft gehoerten dem Venezolanischen Gewerkschaftsbund an, der im November 1947 von 17 Landes- und sieben Industrieverbaenden gegruendet worden war, die fast ausnahmslos eine Zusammenarbeit mit der die Regierung bildenden Partei fuer demokratische Aktion beguenstigen. Eine Reihe Funktionaere des Venezolanischen Gewerkschaftsbundes wurden in die gesetzgebende Behoerde Venezuelas gewaehlt. Die Arbeitnehmerorganisationen wuchsen viel schneller an als die der Arbeitgeber, woraus ein falsches Kraefteverhaeltnis in den Wechselbeziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern entstand.

In der Zeit von November 1948 bis Februar 1949 hat die dann an die Macht gekommene Militaer-Junta die folgenden vier Massnahmen durchgesetzt:

1. Bestimmte verfassungsmaessige Garantien wurden durch eine Verordnung bis zu der Zeit aufgehoben, in der die Lage sich geaendert hat, auf grund derer diese Verordnung erlassen wurde. Damit war die Regierung befugt, Korrespondenz, Dokumente, Finanzen, Veroeffentlichungen und Konferenzen der Gewerkschaften zu kontrollieren, Haussuchungen in den Bueroraeumen der Gewerkschaften und den Wohnungen der Mitglieder durchzufuehren und Gewerkschaftsfunktionaere die sich gesetzlich nicht genehmigten Taetigkeiten widmeten, auszuweisen oder zu inhaftieren. Die Behoerden unterrichteten die Internationale Arbeits-Organisation darueber, dass die Aufhebung

dieser verfassungsmaessigen Garantien auch die Suspendierung des Streikrechtes mit einschliesse.

2. Das Gerichtswesen wurde einer Revision unterzogen. Weil die Gerichtshoefe bei der Registrierung oder Aufloesung der Gewerkschaftsorganisationen eine aeusserst wichtige Rolle spielten, bestand die Gefahr, dass die staatlichen Behoerden ueber Sein oder Nichtsein der Gewerkschaften willkuerlich entscheiden konnten.

3. Der Venezolanische Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Organisationen wurden aufgelooest. Ein Sprecher der Regierung hatte erkluert, dass dieses "kuenstliche Gerippe" von der Partei fuer Demokratische Aktion (im Dezember 1948 aufgelooest) nach Verfolgung der unabhaengigen Organisationen aufgestellt worden sei und weiterhin das politische Werkzeug dieser Partei bliebe. Obwohl die oertlichen Gewerkschaften nicht aufgelooest und die wenigen, nichtangeschlossenen Organisationen nicht in Mitleidenschaft gezogen wurden, hatte diese Aufloesung die schwersten Folgen fuer die Gewerkschaftsbewegung.

4. Die oertlichen Gewerkschaften wurden aufgefordert, neue Vorstaende zu waehlen, da ihre Funktionaere nicht dazu berechtigt seien, ein Amt zu bekleiden. Gewerkschaftsversammlungen, die anfaenglich verboten waren, wurden zu dem einzigen Zwecke genehmigt, neue Vorstaende zu waehlen und die Finanzberichte zu ueberpruefen. Diese Konferenzen mussten jedoch im voraus von den staatlichen Behoerden genehmigt werden und wurden von der Polizei und Gewerkschaftsinspektoren beaufsichtigt, die sich in zahlreichen Faellen sogar einmischten. Vielen Gewerkschaften, besonders in den laendlichen Bezirken, war es nicht moeglich, die fuer die Abhaltung der Konferenzen gestellten Bedingungen zu erfuellen. Ebenso bedeutsam war die Unmoeglichkeit, die gesetzlich anerkannten Gewerkschaften zu vereinigen. Landesverbaende wurden von der Regierung zwar nicht verboten, aber sie hatten mit den gleichen Schwierigkeiten zu kaempfen, die auch den Gewerkschaften zu schaffen machten. Die Errichtung eines neuen Zentralverbandes wurde nicht gestattet.

In einer Stellungnahme zu den Auswirkungen der Massnahmen der Militaer-Junta auf das Tarifverhandlungswesen hat die Internationale Arbeits-Organisation erkluert, dass das Tarifverhandlungswesen zwar nicht direkten Beschraenkungen unterworfen sei, aber doch stark geaendert zu sein scheine, und dass weitere Verbesserungen durch Tarifverhandlungen aeusserst schwierig, wenn nicht unmoeglich geworden seien. Nur durch die Wiedereinfuehrung des Rechtes, sich gewerkschaftlich zu organisieren, und durch andere, wesentliche Garantien koenne dem Tarifverhandlungssystem wieder seine volle Wirksamkeit verliehen werden.

Bis jetzt waren Tarifvertraege in Venezuela von grosser Bedeutung. Dem Arbeitsgesetz zufolge muss ein Unternehmer einen Tarifvertrag abschliessen, wenn dies von einer Gewerkschaftsorganisation oder sonstigen Gruppen verlangt wird, die dann darum ersuchen kann, wenn mindestens 75% ihrer Mitglieder es wuenschen. Die Zahl der registrierten Vertraege ging zu Anfang des Jahres 1949 stark zurueck, und nur wenige der abgelaufenen Vertraege wurden erneuert. (Viele Vertraege erloschen in den Jahren 1949 und 1950). Die Behoerden teilten der Internationalen Arbeits-Organisation mit, dass die Tarifvertraege weiterhin in Kraft blieben, selbst wenn sie nicht erneuert wuerden. Wenn dies zutrifft, so sind die Verhaeltnisse zum mindesten stabilisiert. Nach dem Arbeitsgesetz sind die Gewerkschaften an erster Stelle mit der Aufgabe betraut, die Anwendung der Tarifvertraege zu ueberwachen. Diese Aufgabe faellt

sodann der Arbeitsverwaltung und schliesslich den besonderen Arbeitsgerichten zu. Es ergibt sich die Frage, ob die auf sich gestellten Gewerkschaften, die von keinem Gewerkschaftsverband unterstuetzt werden, tatsaechlich von ihren gesetzlich verankerten Rechten vollen Gebrauch machen koennen.

Das Arbeitsgesetz sieht obligatorische Schlichtung und freiwillige Schiedssprechung durch Ausschuesse vor, in denen die beiden in Streitigkeiten verwickelten Parteien vertreten sind. Die Verfahren der Schiedssprechung und Schlichtung, soweit sie noch weiterbestehen, bieten den Arbeitern jedoch nicht mehr die gleichen Garantien wie unter normalen Bedingungen. Das Kampfmittel eines Streiks oder einer Aussperrung ist jetzt ausgeschlossen, und die in dem Arbeitsgesetz beschriebene Verhandlungsmaschinerie laeuft Gefahr, paralysiert zu werden, selbst wenn der Wortlaut des Gesetzes unveraendert bleibt.

Monthly Labor Review
X/50

Maurice J. Tobin:

DAS US-ARBEITSMINISTERIUM UND SEINE FUNKTIONEN

Das Arbeitsministerium wurde im Jahre 1913 von dem Kongress mit folgendem Auftrag gebildet: "Zweck des Arbeitsministeriums soll sein, die Wohlfahrt der Lohnempfaenger in den Vereinigten Staaten zu foerdern und zu entwickeln, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Moeglichkeiten fuer eine eintraegliche Beschaeftigung zu steigern."

Der Begriff "Lohnempfaenger" umfasst mehr als nur die organisierte Arbeiterschaft. Er umschliesst die ueberwaeltigende Mehrheit aller Amerikaner, weil die meisten von ihnen in einem Arbeitsverhaeltnis stehen. Das Arbeitsministerium befasst sich unmittelbar mit dem Wohlergehen der Arbeiter im allgemeinen und beschaeftigt sich indirekt mit allen Dingen, die das Leben des amerikanischen Volkes verbessern koennen.

Dem Arbeitsministerium wird haeufig der Vorwurf gemacht, es sei parteilich und wuerde beeinflusst. Dieser Vorwurf ist unbegrueudet und jeder, der gewohnt ist, mit Zahlen umzugehen, wird dies einsehen. Von der Voraussetzung ausgehend, dass das Arbeitsministerium versucht, seine urspruengliche Aufgabe zu erfuehlen, und wenn man beruecksichtigt, dass die Lohnempfaenger in den Vereinigten Staaten fast die Haelfte der gesamten Bevoelkerung darstellen, wird man einsehen, dass es unmoeglich ist, dass das Arbeitsministerium nur eine besondere Schicht des Volkes vertritt.

Das Ministerium wird haeufig beschuldigt, das Werkzeug der organisierten Arbeiterschaft des Landes zu sein. Das Ministerium hatte jedoch immer nur das Wohl des gesamten Volkes im Auge und seine Funktionen waren dementsprechend festgelegt. Das Amt fuer Arbeitsstatistik und das Buerro fuer Arbeitsnormen haben staendig auf objektiver Grundlage gearbeitet. Deshalb werden ihre Entscheidungen von den Arbeitgebern akzeptiert, und ihre Hilfe ist deshalb wertvoll und begehrt. Niemand kann behaupten, dass sich das Arbeitsministerium nicht immer streng an die Gesetze gehalten hat, wozu es als eine vom Kongress fuer einen bestimmten Zweck gebildete Behoerde verpflichtet ist.

Wenn es sich mit den Rechten und der Wohlfahrt der Lohnempfaenger befasst, dann sollte dies ein Beweis dafuer sein, dass

das Ministerium nicht gewillt ist, das Wohl des ganzen Landes zum Vorteil einer besonderen Klasse zu opfern. Die Lohnempfänger der Vereinigten Staaten bilden nicht nur fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung, sondern sie stellen auch den grössten Teil der Verbraucher des Landes dar. Ihr Wohlergehen findet im Wohlstand oder der Depression des Landes seinen direkten Niederschlag.

Wer behauptet, das Arbeitsministerium sei lediglich eine Art Fuersprecher fuer die Lohnempfänger der Vereinigten Staaten, laesst die Bedeutung, die der Arbeiterschaft in einer Demokratie zufaellt, voellig ausser acht. Es waere das gleiche, wenn man annaehme, dass das, was fuer die Arbeiter gut ist, fuer die Industrie schlecht sei, obwohl gerade das Gegenteil der Fall ist. Es waere das gleiche, wenn man annaehme, Arbeiter und Unternehmer seien unvermeidlich Gegner, obwohl sie in Wirklichkeit nur verschiedene Finger an einer Hand sind, die nach dem gleichen Ziel streben.

Die Lehre von dem unvermeidlichen Konflikt zwischen Arbeitern und Unternehmern muss somit zurueckgewiesen werden. Wenn das Arbeitsministerium die Sache der Lohnempfänger foerdert, dann leistet es einen Beitrag zur allgemeinen Wohlfahrt. Selbst im Kongress, wo haeufig eine scharfe Kritik am Arbeitsministerium geuebt wird, laesst sich eine allgemeine Veraenderung in der Einstellung beobachten. Auch aus diesem Grunde gewinnt das Ministerium, das in den vergangenen Jahren viele seiner Funktionen verloren hatte, dieselben nun wieder zurueck. Die Untersuchungskommission Hoovers, die staendig die Zusammenlegung der Funktionen gefordert hat, hat hierbei mitgeholfen. Ihre Empfehlungen waeren vom Kongress jedoch nicht gutgeheissen worden, wenn sich die alte Behauptung, dass das Ministerium der Interessenvertreter einer kleinen Gruppe sei, inzwischen nicht als falsch erwiesen haette.

Dem Arbeitsministerium wurde im vorigen Jahre das Buero fuer Beschaeftigungssicherheit wieder angeschlossen, das den Arbeitsvermittlungsdienst und das Buero fuer Arbeitslosenversicherung umfasst.

Fraesident Truman hat vor kurzem dem Kongress den Reorganisationsplan No. 19 uebersandt, der einen weiteren Vorschlag der Hoover-Kommission enthaelt, nach dem die Funktionen des Bueros fuer Unfallversicherung dem Arbeitsministerium uebertragen werden sollen, dessen Programme Sterbegelder und Unterstuetzungen bei Arbeitsunfaehigkeit vorsehen und sich auf 2 Millionen Arbeiter der Bundesregierung, 500.000 Hafenarbeiter, 250.000 Industriearbeiter im Bezirk Columbia und etwa 100.000 Arbeiter privater Vertragsfirmen in Ueberseehaefen der Vereinigten Staaten erstrecken. Mit der Genehmigung dieses Vorschlages durch den Kongress ist zu rechnen.

Das Arbeitsministerium wird also groesser, und wenn das Taft-Hartley-Gesetz aufgehoben wird - dies waere fuer ein besseres Verhaeltnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wuensenswert - wird das Ministerium wieder den Vermittlungs- und Schlichtungsdienst uebernehmen, auf den es nach allen Regeln einer logischen und guten Verwaltung Anspruch hat. Wenn diese Zeit kommt, wird dem Arbeitsminister die Aufgabe zufallen, ueber Streiks zu entscheiden; unter dem Taft-Hartley-Gesetz war dies bisher unmoeglich.

Die Anpassung der Arbeitsvertraege an niedrigere Gestehungskosten ist eine Frage, die dringend einer Loesung bedarf. Im grosen und ganzen wird die Frage der Produktionskosten von den Arbeitgebern und den meisten Gewerkschaften als ein Vorrecht des Unter-

nehmertums betrachtet. Damit werden sie nicht direkt bei den Tarifverhandlungen und den Tarifverträgen berücksichtigt. Indirekt jedoch ist das Tarifverhandlungsverfahren in den Augen der meisten Gewerkschaften und vieler Unternehmer ein Faktor, der bei der Reduzierung der Produktionskosten eine wesentliche Rolle spielt. Friedliche Wechselbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern reduzieren die Zahl kostspieliger Streiks und unnötiger Streitigkeiten innerhalb eines Betriebes und tragen damit zur höheren Produktionsleistung und zu niedrigeren Gestehungskosten bei.

Einige Gewerkschaften, besonders die der Damenoberbekleidungsarbeiter (AFL), der Vereinigten Bekleidungsarbeiter von Amerika (CIO), der Vereinigten Stahlarbeiter von Amerika (CIO) und der Vereinigten Automobilarbeiter (CIO) haben technische Abteilungen, die auf Wunsch die Unternehmer in technischen Fragen beraten.

In der Bekleidungsindustrie haben die Gewerkschaften der Damenoberbekleidungsarbeiter und der Bekleidungsarbeiter von Amerika wiederholt mitgeholfen, die Arbeitsgänge zu rationalisieren, um es den Unternehmern zu ermöglichen, die Produktionskosten zu senken. In einigen Fällen ist diese Zusammenarbeit durch direkte finanzielle Unterstützung der Gewerkschaft in Form von Krediten ergaenzelt worden, die es den Unternehmern ermöglichten, ihr Geschäft auf einträglicher Basis weiterzuführen.

Der Scanlon-Plan zeigt einen neuen Weg, die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu regeln. Dieser Plan ist nach Joe Scanlon benannt, der nicht nur Produktionskostenprüfer, sondern auch Berufsboxer war und direkt am Hochofen arbeitete. Nun nimmt er im Technologischen Institut von Massachusetts eine führende Stellung ein. Im Jahre 1936 arbeitete Scanlon für eine Stahlgesellschaft und wurde nicht nur Präsident der Ortsgewerkschaft der Vereinigten Stahlarbeiter, sondern fand auch eine Möglichkeit, eine Idee auf die Probe zu stellen, die vielleicht von revolutionärer Bedeutung für die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sein kann. Mit seinen Erfahrungen als Produktionskostenprüfer und Industriearbeiter entwarf er einen Plan, der die Aufmerksamkeit Clinton Goldens, des Vize-Präsidenten der Stahlarbeitergewerkschaft, auf sich zog und zur Veröffentlichung des Buches "Die dynamischen Kräfte der Demokratie in der Industrie" führte, das von Golden und Harold Ruttenberg geschrieben wurde.

Der Scanlon-Plan ist ein Produktivitätsplan der Gewerkschaften und der Unternehmer, der den Arbeitern eine Prämie für fühlbare Einsparungen in den Gestehungskosten bietet. Dieses Programm steht nicht nur auf dem Papier. Es ist mehrere Male auf die Probe gestellt worden und hat sich in großen und kleinen Unternehmen bewährt.

Der Plan von Scanlon gründet sich auf die Beteiligung der Arbeiter, und zwar eine Beteiligung nicht im Sinne allzu zahlreicher Unternehmer, sondern diese besteht darin, Mittel und Wege zu finden, um die Arbeiter für jede Steigerung der Produktionsleistung zu entschädigen und diesen Grundsatz zu einer wirksamen Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern auszubauen, die sie zu einer Interessengruppe mit gemeinsamen Zielen werden lässt. Wenn dies gelungen ist, wird man feststellen, dass die Produktionsleistung zum Hauptinteresse nicht nur der Unternehmer, sondern auch der Arbeiter wird.

Um den Plan von Scanlon erfolgreich anwenden zu können, müssen die normalen Betriebskosten für ein Unternehmen festgesetzt

und danach eine Methode ausgearbeitet werden, um die Arbeiter an den Gewinnen zu beteiligen. Es muss also eine Beziehung zwischen dem Arbeiter und der Produktionsleistung des ganzen Betriebes hergestellt werden. Angesichts des unterschiedlichen Produktionsschemas der Industrie ist dies eine besonders wichtige Aufgabe fuer die Produktionskostenpruefer.

Nachdem eine Formel gefunden ist, werden alle Faktoren nach ihr ausgerichtet. Die Einsparungen an Gesteungskosten kommen den Arbeitern zugute, und die Gewinne der Unternehmer ergeben sich aus dem gesteigerten Absatz. Die Praemien werden allen Arbeitern gezahlt und nicht nur einzelnen, die wertvolle Vorschlaege gemacht haben.

Um den Scanlon-Plan moeglichst erfolgreich gestalten zu koennen, muss eine Gewerkschaft vorhanden sein. Es ist jedoch stets ein Unterschied zwischen gewerkschaftlichen Fragen und Fragen der Produktionsleistung zu machen. Beschwerden werden getrennt von geschaeftlichen Fragen behandelt, mit denen sich Produktivitaetsausschuesse der Gewerkschaft und Unternehmer befassen. Manchmal wird dieser Plan in die Tarifvertraege aufgenommen, haeufig geschieht dies jedoch nicht. Immer jedoch stellt der Plan die Gemeinschaft in einem Betrieb her, die den Arbeiter zu einem Bestandteil des Unternehmens werden laesst, und die die moderne Massenproduktion durch die Initiative des einzelnen foerdert, die eine Zeitlang voellig zu fehlen schien.

Um ein solches Ziel erreichen zu koennen, muessen Unternehmer und Gewerkschaftsfunktionaere natuerlich den Willen zur Zusammenarbeit und gegenseitiges Verstaendnis zeigen, und sie muessen bestrebt sein, in einem Unternehmen die besten Ergebnisse zu erzielen. Der Arbeiter ist damit mehr als nur eine beschaeftigte Arbeitskraft. Er wird selbst sozusagen Unternehmer. Auch der Gewerkschaftsfunktionaer wird dadurch veranlasst, sich weniger auf die Gewalt als auf die Staerke zu verlassen, die die wirkliche wirtschaftliche Gleichberechtigung dem Arbeiter verleiht. Entscheidungen werden nach Besprechungen unter gegenseitigen Zustaendnissen in wahrhaft demokratischer Weise getroffen.

Auf diese Weise arbeitet die Demokratie in der Industrie. Die Tarifverhandlung ist keine halsabschneiderische Taetigkeit mehr, sondern wickelt sich in einer Atmosphaere des guten Willens ab, dem gute Arbeit zu Grunde liegt. Das "Klima" in einem Betrieb, in dem wirklich zusammengearbeitet wird, in dem die Arbeiter das Interesse haben, die Gesteungskosten niedrig zu halten, und in dem die Unternehmer jeden Grund haben, die Mitarbeit ihrer Arbeiter zu begruessen, muss von einer solchen Art sein, wie sie bisher in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch ziemlich unbekannt war. Arbeiter, die zu der Erkenntnis gekommen sind, dass sie wirklich zu dem Betrieb gehoeren, werden entsprechend handeln. Sie werden zu schoepferischen Mitarbeitern werden - dies wurde bisher innerhalb der Industrie selbst fuer unmoeglich gehalten.

Joe Scanlon hat ein neues Blickfeld eroeffnet, das grenzenlose Moeglichkeiten bietet. Wenn der Arbeitsfriede zur Wirklichkeit werden soll, darf ein anspornender Faktor nicht vergessen werden, der von noch groesserer Bedeutung ist als Geld oder eine gute Stellung. Dieser Ansporn besteht darin, dass man der schoepferischen Taetigkeit des Arbeiters Moeglichkeiten bietet und ihn als menschliches Wesen anerkennt, das bereit ist, sich sein eigenes Glueck und sein eigenes Wohlergehen zu gestalten. Dieser Ansporn liegt darin begruedet, dass sich die Unternehmer ihrer moralischen Verantwortlichkeit und den Regeln der Demokratie unterwerfen.

Aber auch die Arbeiterschaft hat Verpflichtungen, die sie genau so wie die Unternehmer einhalten muss und denen sie sich nicht entziehen kann. Wenn das System der freien Wirtschaft erhalten bleiben soll, muss es Gewinne geben. Die Art und Weise jedoch, in der sie erzielt und verteilt werden, in der Arbeiter und Unternehmer eine Moeglichkeit finden, gerecht belohnt zu werden, und das Verhaeltnis, das zwischen ihnen besteht - ob als Brueder in gemeinsamem Streben oder als erbitterte Gegner - all dies wird darueber entscheiden, ob die Arbeiterschaft und das ganze Volk unter chaotischen Verhaeltnissen weiterleben oder den sozialen und wirtschaftlichen Frieden erlangen werden.

Pressemitteilung des U.S.
Arbeitsministeriums
IV/12/50

50 JAHRE KANADISCHE GEMERYSCHAFTEN

Mit der Verkuendung des Schlichtungsgesetzes im Juni des Jahres 1900 wurde das heutige Arbeitsministerium Kanadas gegrundet.

50 Jahre spaeter, im September dieses Jahres, brachte das Arbeitsministerium aus diesem Anlass eine Jubilaumsausgabe der "Labour Gazette" heraus.

Natuerlich wird in dieser Ausgabe der "Labour Gazette", die Monat fuer Monat aus offiziellen Quellen und meist an Hand von Zahlen von den Geschehnissen berichtet, die fuer die Arbeiterschaft von Bedeutung sind, eine illustrierte Beschreibung der Geschichte des Arbeitsministeriums und der Arbeitsverhaeltnisse in der ersten Haelfte des 20. Jahrhunderts gegeben.

Es ist dies eine der besten Beschreibungen der fuer die Arbeiterschaft Kanadas so bedeutungsvollen Entwicklung, die ueberhaupt besteht.

Es ist eine sachliche Darstellung der allmaechlichen Umwandlung eines Landwirtschaftsgebietes, das eine Kolonie Grossbritanniens war, in einen Staat, der im wesentlichen industriell ist und dessen Wirtschaftsfaeden in New York zusammenlaufen.

Auch von den Gesetzen wird berichtet, die in das Buch der Verfassung im Laufe der Zeit aufgenommen wurden, und die den Menschen eines Industriestaates ihr Los erleichterten.

Die Veraenderungen der Loehne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen sind ebenfalls niedergelegt.

Die Tatsache findet Beruecksichtigung, dass Kanada ein Einwandererstaat ist. Die Geschichte des Volkes, das dieses Land aufgebaut hat, beginnt mit den 28 franzoesischen Ansiedlern, die sich in Quebec einschanzten, um den ersten kanadischen Winter im Jahre 1682 zu ueberleben. Sie endet mit der heutigen Zeit, in der noch immer Platz fuer neue Ansiedler ist und hollaendische Bauern sich gegenwaertig im Lande niederlassen.

Natuerlich werden auch die historischen Entwicklungen der kanadischen Gewerkschaftsbewegung in ausgezeichnete Weise wiedergegeben.

Die Nachteile dieses Werkes sind nicht so gross, dass man sie nicht uebersehen koennte. Einmal besteht die Tendenz, das Arbeitsministerium und nicht die Wohlfahrt der Lohnempfaenger als Zweck

aller Taetigkeiten des Ministeriums hinzustellen. Zum andern werden die historischen Ereignisse, die die Erfolge der Arbeiter Kanadas kennzeichnen, so beschrieben, als ob sie einem parlamentarischen Ausschuss oder den Eingebungen MacKenzie Kings entstammten. Ausser einer voellig unzutreffenden Bemerkung ueber den Generalstreik in Winnipeg, deren drei Illustrationen den Text jedoch widerlegen, bleiben die Bemuehungen der kanadischen Arbeiter, ihr eigenes Los zu verbessern, im grossen und ganzen unerwaehnt.

Und hier einige Auszuege aus dem Bericht der "Labour Gazette" ueber die Gewerkschaftsorganisationen:

Bericht der Koeniglichen Kommission ueber Kapital und Arbeiterschaft im Jahre 1889.

"Gewerkschaftsorganisationen sind notwendig, um den Arbeitern es zu ermoeeglichen, auf gleichberechtigter Basis mit ihren Unternehmern zu verhandeln. Ihre Beauftraetzten empfehlen, dass diese Organisationen in Anbetracht dessen, was sie bereits fuer die Arbeiterschaft geleistet haben, mit allen gesetzlichen Mitteln gefoerdert werden; und dass ein Tag im Jahr als "Tag der Arbeit" von der Regierung zum gesetzlichen Feiertag erkluert wird."

Stellungnahme der Koeniglichen Kommission zu den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Jahre 1919.

"Bei den Unternehmern sind drei verschiedene Gruppen zu unterscheiden: erstens diejenigen, die ihren Arbeitnehmern das Recht verweigern, sich gewerkschaftlich zu organisieren; zweitens diejenigen, die ihren Arbeitnehmern dieses Recht zwar nicht verweigern, aber die Organisationen ihrer Arbeitnehmer nicht anerkennen wollen; und drittens diejenigen, die ihren Arbeitnehmern das Recht, sich zu organisieren, nicht nur zugestehen, sondern die Organisationen auch anerkennen und mit ihnen verhandeln.

".... wir sind der Auffassung, dass es nicht mehr angebracht ist, dass die Unternehmer ihren Arbeitern nicht gestatten, sich zu organisieren. Wir glauben, dass eine der schwerwiegendsten Ursachen des Unfriedens beseitigt waere, wenn die Unternehmer dieses Recht offen anerkennen wuerden."

Offizielle Erklarung des Nationalen Ausschusses fuer Arbeitsfragen in Kriegszeiten (National War Labour Board) aus dem Jahre 1943.

".... die grosse Masse der Unternehmer hat bis vor verhaelt-nismaessig kurzer Zeit noch alle ihr zur Verfuegung stehenden Waffen eingesetzt, um die Gewerkschaftsbewegung zu bekaempfen und sie zu entmutigen. Es muesste zur Pflicht gemacht werden, sich an das Prinzip der Tarifverhandlung zu halten ..."

Die Lebensbedingungen vor 50 Jahren im Jahre 1900

"Es gab fast keine Sozialversicherung. Erziehung und andere Moeglichkeiten des Gemeinwesens waren in ihrem Umfang begrenzt. Die Arbeitszeit der meisten Arbeiter war sehr lang. Fuer Hygiene, Gesundheitspflege und Erholungsaufenthalte wurde sehr wenig getan. Es gab keine Autobusse, die die Arbeiter zur Arbeitsstelle und wieder nach Hause brachten, und Kohleoellampen und Holzofen waren Standardeinrichtungsgegenstaende in den Wohnungen der Arbeiter.

"Der Durchschnittslohn eines Fabrikarbeiter im Jahre 1900 betrug sieben Dollar woeentlich, im Jahre 1950 44 Dollar. Die Gesamtzahl der Fabrikarbeiter belief sich im Jahre 1900 auf 280.000, im Jahre 1950 auf 1.300.000 Dollar.

Das Volumen der industriellen Produktion hat sich um das zehnfache gesteigert. Die Zahl der Arbeiter ist etwas mehr als viermal so hoch.

Die Arbeitswoche zaehlte im Jahre 1900 im Durchschnitt 60 Stunden, im Jahre 1950 44 Stunden.

Der erste Abschnitt der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung beginnt etwa mit dem Jahre 1827, als Arbeitergruppen oertliche Handwerkerorganisationen bildeten, die ueber Loehne verhandelten und ausserdem den Zweck hatten, sich gegenseitig zu unterstuetzen. Hieran waren vor allem die Drucker, Kuefer, Maurer und Schuhmacher beteiligt.

Der zweite Abschnitt der kanadischen Gewerkschaftsgeschichte ist durch den Anschluss kanadischer Lokalgewerkschaften an die US-Gewerkschaften der Former, Drucker, Eisenbahner und Schuhmacher gekennzeichnet.

Nachdem die Drucker im Jahre 1872 einen Streik gefuehrt hatten, um ihrer Forderung nach dem Neunstundentag Nachdruck zu verleihen, der seinen Hoehpunkt in der Festnahme der Gewerkschaftsfuehrer fand, wurde das Gewerkschaftsgesetz erlassen, das die Gewerkschaften fuer legal erklaerte.

Im dritten Abschnitt der kanadischen Gewerkschaftsgeschichte vollzieht sich der Zusammenschluss der Organisationen in Landesverbaenden. Der erste war die kurzlebige kanadische Gewerkschaftsunion, es folgte der Gewerkschaftsbund "Knights of Labour" (Ritter der Arbeit), und im Jahre 1886 wurde der Berufs- und Arbeiterkongress von Kanada (Trades and Labour Congress of Canada) gegrueudet, der heute noch besteht.

Die Ausstossung der Organisationen des Gewerkschaftsbundes "Knights of Labour" und anderer Gewerkschaften, die als Rivalen der internationalen Gewerkschaften des Berufs- und Arbeiterkongresses angesehen wurden, fuehrte zur Gruendung des Kanadischen Berufs- und Arbeiterkongresses, des Vorlaeufers des Kanadischen und Katholischen Gewerkschaftsbundes, der sich mit den Gewerkschaften des CIO zusammenschloss, um den letztgenannten Gewerkschaftsbund von heute zu bilden.

Der Kanadische und Katholische Gewerkschaftsbund begann sein Dasein mit einer Aussperrung der Schuhmacher in Quebec im Jahre 1900. Unter dem Einfluss des Erzbischofs Begin nahm er im Jahre 1912 Formen an, und die gegenwaertige Organisation entstand auf einer Konferenz in Chicoutimi im Jahre 1920.

Die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder Kanadas belaeuft sich heute auf eine Million.

UAW-CIO Ammunition
X/50

BERUFSSCHULEN IN HOLLAND

Jan van der Bend will Dreher werden. Er ist ein stattlicher junger Mann mit geschickten Haenden. Er hatte keine Gelegenheit, waehrend des Krieges einen Beruf zu erlernen. Nach der Befreiung arbeitete er fuer kurze Zeit als Buerangestellter, konnte an dieser Taetigkeit jedoch keinen Gefallen finden.

Im Jahre 1945 trat er in die hollaendische Armee ein und diente vier Jahre lang, zum Teil auch in Indo-China.

Nun ist Jan wieder Zivilist und einer der 4.000 jungen Hollaender, die an den sogenannten hollaendischen Staatsschulen fuer Berufsausbildung unterrichtet werden. Wie die uebrigen Schueler der 34 Schulen in 33 hollaendischen Staedten wird er solange die Schule besuchen, bis er einen Beruf erlernt hat. Danach wird er nach sechsmonatiger praktischer Arbeit seinen Gesellenbrief erhalten, vorausgesetzt, dass er die Lignungspruefung besteht.

Es handelt sich hier um eine Handwerkerschule, an der Zimmerleute, Maurer und Tischler ausgebildet werden. Die Zimmermanns- und Maurerlehrlinge arbeiten drei Wochen lang taeglich eine Stunde mit ihren Werkzeugen, aber ohne Material. Zimmerleute z.B. lernen, in immer schnellerem Rhythmus Naegel einzuschlagen. Diese Ausbildung dauert fuer Tischler zwei Wochen.

Die Verwaltung fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit hat vor kurzem ein Gesuch der hollaendischen Regierung bewilligt, 3.000.000 Gulden aus Gegenwertfonds fuer Berufsschulen zu verwenden. Diese Fonds sind Gelder, die von hollaendischen Abnehmern der Marshallplan Produkte in ihrer Landeswaehrung bezahlt und von der hollaendischen Regierung fuer Projekte verwendet werden, die die Marshallplan-Verwaltung fuer vorteilhaft fuer die wirtschaftliche Zukunft des Landes erachtet.

Derartige Berufsschulen bestanden in Holland in kleinerem Umfang bereits vor dem Kriege. Sie wurden in verschiedenen Gegenden des Landes wieder eroeffnet, sobald dies nach der Befreiung moeglich war. An diesen Schulen sind schaezungsweise 17.000 junge Leute ausgebildet worden, um den dringenden Bedarf Hollands an Facharbeitern decken zu koennen.

Zur Zeit herrscht grosser Mangel an Facharbeitern fuer Wiederaufbauprojekte. Auch Arbeiter zum Aufbau von Wohnungen, Schulen und Fabriken sind gesucht, um das Problem der Ueberbevoelkerung in Holland bewaeltigen zu koennen. Auf Grund der hohen Geburtenziffer und der niedrigen Sterbeziffer nimmt die Bevoelkerung Hollands schneller zu als in irgendeinem anderen Lande. Holland muss seine Wirtschaft industrialisieren, wenn sein Bestand gesichert sein soll. Es braucht ausserdem eine noch groessere Zahl gelernter Arbeiter, wenn es in der Lage sein soll, zur gegenseitigen Verteidigung Westeuropas beizutragen.

Die Anzahl der die Schule besuchenden Schueler hat den Rekordstand von 3.000 erreicht. Wenn man jedoch in Schichten unterrichten wuerde, koennten noch weitere 3-4.000 Schueler aufgenommen werden. Die Lehrplaene sind genormt, sodass die Schueler mitten in einem Lehrgang von einer Schule auf die andere umwechseln koennen. Nicht alle Schulen unterrichten in saemtlichen Lehrfaechern. Die Wahl der Faecher haengt von dem Bedarf der jeweiligen Gegend ab. Die Lehrer sind tuechtige Fachleute, die ueber eine langjaerige Erfahrung in der Privatindustrie verfuegen.

Die bestbesuchten Lehrgaenge sind die der Mechaniker und Zimmerleute. Die ersteren dauern 4 - 5 Monate, waehrend die angehenden Zimmerleute die Schule im allgemeinen 7 - 8 Monate besuchen muessen.

Die Regierung bezahlt die Schueler waehrend ihrer Ausbildung. Die Schule prueft saemtliche Bewerber, um sich ueber ihre Faehigkeiten zu informieren. Haeufig beraten sie die Bewerber auch, welches Handwerk sie auf Grund ihrer Faehigkeiten, die in den Befaehigungspruefungen festgestellt wurden, waehlen sollen.

Nehmen wir den Fall Jan. Nachdem er vergeblich Arbeit gesucht hatte, kam er vor etwa sechs Wochen zur Schule. Er wollte einen Beruf erlernen, wusste aber nicht welchen. Die Pruefungen ergaben, dass er die Eignung fuer einen Maschinendreher besass, und damit begann seine Ausbildung. Seine Lehrer sagen, dass er gute Fortschritte macht. Jan selbst liebt seine Arbeit. Er spricht etwas englisch, das er in Glasgow gelernt hatte, als seine Einheit dort sechs Monate lang stand.

Jan bekommt waehrend seiner Ausbildung woechentlich 32,50 Gulden. Im Vergleich zur Kaufkraft entspricht dieser Betrag etwa 30 Dollar in den Vereinigten Staaten. Jan bekommt etwas mehr als die uebrigen Schueler, weil er aelter ist.

Viele Schueler stehen im fortgeschrittenen Alter. Die meisten sind 20 und mehr Jahre alt. Einige sind verheiratet und wenige haben Kinder. Jan ist der Sohn eines Friseurs und wohnt bei seinen Eltern, einem aelteren Bruder und einer Schwester. Sein Bruder ist Buchhalter. Auf Grund seines jugendlichen Alters nahm Jan nicht am Kriege teil. Er hatte jedoch wie seine uebrigen Altersgenossen keine Gelegenheit, einen Beruf zu erlernen.

Mit 230 anderen Schuelern der Schule hat er in der Woche 45 Stunden Unterricht. Sein Lehrgang dauert 4 - 5 Monate. Er muss alle Gebiete der Metallbearbeitung kennenlernen. Gegenwaertig nimmt er an einem kurzfristigen Schweisser-Lehrgang teil. In Kuerze werden die Schueler lernen, mit Maschinen umzugehen.

Spaeter werden sie das Bohren erlernen und danach wird man sie mit saemtlichen Werkzeugen eines Maschinendrehers vertraut machen. Sie muessen lernen, ihre eigenen besonderen Werkzeuge selbst herzustellen. Auch in den Sicherheitsbestimmungen werden sie genauestens unterrichtet. Zum Schluss werden sie zahlreiche Gegenstaende auf der Drehbank herstellen und lernen, wie sie ihre Maschinen reparieren und die fuer derartige Reparaturen erforderlichen Einzelteile herstellen.

In einem angrenzenden Raum arbeiten andere junge Leute mit elektrischen Hobeln und Saegen, die sie eines Tages als Zimmerleute verwenden werden. Angehende Mechaniker beschaeftigen sich mit Bohrern. Eine andere Gruppe erlernt das Elektroschweissen, waehrend eine Bauarbeiterklasse draussen im Hof einen Teil eines Baues errichtet und Eisentraeger hochwindet. Eine andere Klasse mauert mit Ziegelsteinen und Moertel. Da der Moertel nicht haltbar ist, koennen die Steine wieder abgenommen und von einer anderen Klasse verwendet werden.

Nach der Beendigung ihrer Lehrgaenge lassen sich die Berufsschueler bei den Arbeitsvermittlungsaemtern der Regierung registrieren. Dies ist zwar keine Garantie dafuer, dass sie einen Arbeitsplatz bekommen, aber viele Arbeiter haben auf diese Weise schon Arbeit gefunden.

Coert T. Hertzinger, Beauftragter fuer Berufsschulen, erklarte: "Wir koennen behaupten, dass unsere Absolventen das noetige Ruestzeug haben, um in die Industrie zu gehen. Sie verfuegen ueber ein allgemeines Wissen in ihren Berufen und es fehlt ihnen nur die praktische Erfahrung, die notwendig ist, um ihre Kenntnisse anwenden zu koennen."

ECA Labor Information
XI/7/50

DER CIO ZUM EUROPAEISCHEN WIEDERAUFBAUPROGRAMM

Der CIO stellt mit grosser Genugtuung fest, dass fuer das Europaeische Wiederaufbauprogramm in den meisten Teilnehmerstaaten ununterbrochene Erfolge erzielt werden. Der CIO hat den Marshallplan von Anfang an unterstuetzt. Die Enttaeusungen, die die in einigen Laendern erzielten Ergebnisse hervorgerufen haben, stehen in krassem Gegensatz zu dem allgemeinen Gelingen des Planes in den meisten Teilnehmerstaaten. Der Kongress des CIO sichert deshalb dem ERP erneut seine Unterstuetzung zu, fordert jedoch gleichzeitig energische Massnahmen, um eine gerechtere Verteilung der Einkommen in den einzelnen Laendern zu gewaehrleisten.

Der CIO fordert, dass Massnahmen ergriffen werden, die den Lebensstandard der Arbeiter der Marshallplan-Teilnehmerstaaten, besonders in Italien, Frankreich und Westdeutschland verbessern, wo die Notwendigkeit am dringlichsten ist, gesetzgeberische und wirtschaftliche Reformen durchzufuehren, die den arbeitenden Menschen eine groessere Beteiligung an den Gewinnen aus dem Wiederaufbau sichern. Gleichzeitig fordert der CIO die Unterstuetzung des Aufbaus starker und freier Gewerkschaftsbewegungen in diesen Laendern und dient damit dem grundsuetzlichen Zweck dieses Kongresses, der darin besteht, das Wachstum aller demokratischen Kraefte zu foerdern.

Der CIO erkennt die Tatsache an, dass die Marshallplan-Verwaltung mitgeholfen hat, die wirtschaftliche Erholung aus dem Chaos des zweiten Weltkrieges zu verwirklichen; er ist jedoch der Auffassung, dass diese Behoerde ihr Programm nun darauf abstimmen muss, den Lebensstandard als einen wesentlichen Faktor des Programms der gegenseitigen Verteidigung zu verbessern. Es ist erforderlich, dass man den Arbeitern Frankreichs, Italiens und Westdeutschlands eine Lebensweise bietet, die es wert ist, verteidigt zu werden, wenn man auf ihre Beteiligung an einem Widerstand gegen die Gefahr einer kommunistischen Aggression zaehlen will. Die Marshallplan-Verwaltung muss deshalb darauf bestehen, dass die Regierungen der Teilnehmerstaaten so handeln, dass eine gerechte Verteilung der Fruechte des Wiederaufbaus an alle Schichten der Voelker gesichert ist.

In Italien ist ein grossangelegtes Programm zur Landreform von wesentlicher Bedeutung, weil es Millionen armer Bauern die Moeglichkeit einer Eingliederung in das Wirtschaftssystem dieses Landes bietet. Die Massnahmen, die erfreulicherweise von der Marshallplan-Verwaltung in dieser Hinsicht bereits ergriffen wurden, muessen so schnell wie moeglich erweitert werden. Die franzoesische Regierung muss sich darueber im klaren sein, dass das Geld, das weiterhin von amerikanischen Steuerzahlern zur Verfuegung gestellt wird, im Interesse aller Menschen verwendet werden muss, wobei der dringenden Notwendigkeit einer allgemeinen Revision der Steuergesetze, der Modernisierung der Industrie, ihrer Neuorientierung in bezug auf die Wechselbeziehungen zwischen Arbeit und Produktionsleistung, der Bedeutung eines grossangelegten Programms zur Erstellung geeigneten Wohnraums fuer die Arbeiter und zur Beseitigung der Konzerne und anderer hinderlicher Methoden, die eine Wirtschaft mit niedrigen Preisen und hohen Loehnen unmoeglich machen, besondere Beachtung geschenkt werden muss.

Der CIO kennt und billigt im allgemeinen das Bestreben der Marshallplan-Verwaltung, eine Einmischung in die internen Angelegenheiten der befreundeten europaeischen Nationen zu vermeiden. Er ist jedoch der Ansicht, dass die amerikanischen Buerger nicht laenger mit zusehen koennen, wenn amerikanische Steuergelder dazu verwendet werden, um die Gewinne einiger Weniger anzuhaeuften und

eine feudalistische Wirtschaftsordnung zu erhalten, anstatt den Lebensstandard und die Arbeitsbedingungen der breiten Masse zu verbessern. Es ist die feste Ueberzeugung des CIO, dass bei der Bewilligung von Marshallplan-Geldern Bedingungen gestellt werden muessen, die eine gerechte Verteilung der Gewinne gewaehrleisten.

Solange die Regierungen Italiens, Frankreichs und Westdeutschlands keine derartigen Schritte unternehmen, ist es zweifelhaft, ob ein dauernder Wohlstand, gegrundet auf eine hohe Kaufkraft der Verbraucher, erzielt werden kann.

Und wenn man zugibt, dass die wirtschaftliche Demoralisierung der Arbeiter, die auf die immer groesser werdende Spanne zwischen Preisen und Loehnen zurueckzufuehren ist, weiter um sich greift, werden die Kommunisten die einzigen Nutzniesser sein.

Das Problem der Ueberbevoelkerung ist in Europa und besonders in Italien und Westdeutschland von dringender Bedeutung und verzoeiert den Wiederaufbau Europas auf einer gesunden Wirtschaftsgrundlage. Der CIO fordert, dass Geldmittel der Marshallplan-Verwaltung dazu verwendet werden, die Umschichtung der europaeischen Arbeitskraefte und die Loesung oertlicher Probleme der Ueberbevoelkerung zu unterstuetzen. Um das europaeische Wiederaufbauprogramm zu foerdern, fordert der CIO von der US-Regierung, dass sie sich auf internationalen Konferenzen aktiv fuer die Foerderung von Plaenen zur Umsiedlung und Auswanderung von Arbeitern einsetzt. Der CIO ist der Ansicht, dass der Kongress die Einwanderungsgesetze und -bestimmungen der Vereinigten Staaten dahingehend abaendern muss, dass es diesem Land moeglich ist, zusammen mit anderen freien Nationen zur Loesung dieses Problems beizutragen.

Der CIO unterstuetzt das militaerische Hilfsprogramm, mit dem die Regierung den befreundeten Nationen in Europa hilft. Dieses Programm und die eigene Entschlossenheit, an der Verteidigung der Weltdemokratie teilzunehmen, kann Europa die fuer seinen Wiederaufbau notwendige Zuversicht geben. Dieses Programm laeuft parallel mit der staendigen Hilfe fuer Friedenszwecke, kann diese jedoch in keiner Beziehung ersetzen. Der CIO verlangt, dass das Programm fuer militaerische Unterstuetzung verwirklicht wird, ohne dass den weniger beguenstigten Teilen der Bevoelkerung ungebuehrende Opfer auferlegt werden. Der CIO teilt die Auffassung Paul Hoffmans, dass Westeuropa hierzu imstande ist; Amerika muss dafuer sorgen, dass die entsprechenden Planungen durchgefuehrt werden.

ECA Labor Information

PRODUKTIONSZUWACHS VERHINDERT INFLATION

W. Stuart Symington, der Vorsitzende des US-Verteidigungsausschusses zur Ueberwachung und Sicherung der Hilfsquellen des Landes und der oberste Leiter der industriellen Mobilisierung, ist Geschaeftsmann. Ueberraschenderweise ist er jedoch der Ansicht, dass in Kriegszeiten selbst Geschaeftsleute anstaendig sein muessen.

Viele Leute halten es vielleicht fuer richtig, in normalen Zeiten an ihrem Lande und der Oeffentlichkeit zu profitieren. Symington meint jedoch, dass zu einer Zeit, in der Amerikaner auf fremden Schlachtfeldern ihr Leben hingeben und die Menschen in der Heimat Opfer bringen, um ihr Land gegen eine weltweite Bedrohung zu verteidigen, auch die Geschaeftsleute ein faires Spiel durchfuehren muessen.

Viele von ihnen tun dies natuerlich. Symington ist jedoch ungehalten, weil er festgestellt hat, dass einige profitsuechtige Industrielle immer noch bestrebt sind, die Produktion niedrig zu halten, um die Preise hochtreiben zu koennen. Seinen Unwillen hierueber brachte er in einer Rede in Houston (Texas) zum Ausdruck. Er sprach ausserdem die Warnung aus, dass diese geldgierigen Leute nicht unbestraft bleiben.

In einer frueheren Warnung vor uebertriebenen Formen der Gewinnsucht hatte Symington versprochen, dass er die Namen schuldiger Personen und Unternehmen nennen wuerde. Seine Freunde glauben, dass er den Mut hat, diese Drohung wahrzumachen, wenn die Zeit hierzu gekommen ist. In Houston haette er es beinahe schon getan.

Er sprach zum Beispiel von einer Gesellschaft, wahrscheinlich aus der Stahlindustrie, die sich entschlossen hatte, keine Produktionserweiterung vorzunehmen, weil sie dachte, es sei guenstiger, die Waren knapp zu halten. Die Gewinne dieses Unternehmens hatten sich in der Zeit von 1945 bis 1950 um mehr als 750% gesteigert!

Den Betriebsleitern dieser Gesellschaft sei von ihren Wirtschaftsberatern erklart worden, der Bedarf der Vereinigten Staaten an Automobilen sei gedeckt, und es sei deshalb nicht zweckmaessig, die Produktion zu erweitern. Symington ist jedoch der Auffassung, dass das "amerikanische Volk und nicht irgend eine Industrie oder Industriegruppe darueber zu entscheiden hat, wieviel Automobile im Lande hergestellt werden koennen."

Symington berichtete dann von dem Betriebsleiter eines Kupferwerkes, der glaubte, die Produktion niedrig halten zu muessen, zugleich sich jedoch nicht seine Gewinnmoeglichkeiten nehmen lassen wollte, denn die Einnahmen seines Unternehmens betruagen allein im zweiten Quartal des Jahres 1950 weit mehr als im gesamten Rechnungsjahr 1945.

Das Bestreben, die Preise zu steigern, nur um hoehere Gewinne zu erzielen, muss unwillkuerlich zu Preiskontrollen fuehren. Die Regierung hat versucht, derartige Kontrollen zu vermeiden. Wenn sie jedoch notwendig werden, wird die Regierung die Preisentwicklungen seit Korea in den einzelnen Industrien und fuer die einzelnen Produkte genau untersuchen.

Die Profitmacher sollten dann nicht ueberrascht sein, wenn sie gezwungen wuerden, ihre Preise herabzusetzen.

Obwohl Symington kein Politiker und nicht darauf bedacht ist, Stimmen fuer sich zu gewinnen, und in seinem ganzen Leben niemals einer Stellung nachgelaufen ist, brachte er erneut zum Ausdruck, dass er die Notwendigkeit anerkennt, die Arbeiter vor steigenden Preisen zu schuetzen.

"Die Arbeiterschaft behauptet, dass diese Preissteigerungen in ihrer Auswirkung Lohnsenkungen bedeuten, und diese Behauptung ist richtig."

Um diesen Preissteigerungen zu begegnen, koennen die Loehne der Arbeiter heraufgesetzt werden. Fuer ein aelteres Ehepaar jedoch, das von einer Pension lebt, ist die Lage viel schwieriger. Und noch schwerer hat es eine Kriegerwitwe, die monatlich um 60 Dollar bekommt.

Labor
XI/11/50

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 40

Frankfurt, 8. Dezember 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Beschleunigte Preisindex-Revision fuer Verbrauchs- gueter - - - - -	1
CIO fordert Gewerkschafter im Aussenministerium - -	2
Automatische Angleichung der Loehne an die Lebens- haltungskosten in den USA - - - - -	3
Gewerkschaften Englands fordern Lohnerhoehung - - -	4
Dies ist unsere groesste Aufgabe - - - - -	5
Weltkrise und Facharbeitermarkt in Amerika - - - -	7
Aussenpolitische Erklaerung des CIO - - - - -	8
Ein Jahr IBFG - - - - -	9
Sonderberater Trumans fordert Fortsetzung der Europahilfe nach 1952 - - - - -	10
Der argentinische Diktator tritt in die Fusstapfen Hitlers - - - - -	12
US-Gewerkschaften gegen 45-Stunden Woche - - - - -	14
Der Gewerkschaftskongress der Schweiz - - - - -	15

BESCHLEUNIGTE PREISINDEX-REVISION FUER VERBRAUCHSGUETER

Die Revision des Lebenshaltungskostenindex', die fuer den Sommer naechsten Jahres vorgesehen war, ist beschleunigt worden und wird gegen Ende dieses Jahres beendet sein.

Ewan Clague, der Beauftragte des Bueros fuer Arbeitsstatistik, erklarte, dass der revidierte Index die Kosten fuer viele neue Verbrauchsgueter anzeigen werde, darunter Konserven, Nahrungsmittel fuer Saeuglinge, Dauerwellen, Fernsehgeraete und Broetroester; auch Krankenhauskosten und die juengsten Mietpreiserhoehungen wuerden beruecksichtigt.

Die Revision, sagte Clague, sei aufgrund des Krieges in Korea und der neuen Wirtschaftskontrollgesetze "unbedingt notwendig."

Der revidierte Index wird den Experten fuer wirtschaftliche Stabilisierung sowie Gewerkschafts- und Unternehmervertretern bei Tarifverhandlungen ein genaueres Bild der Preisentwicklungen fuer Verbrauchsgueter geben. Die Zahl der Gewerkschaftsvertraege, in denen die Loehne von dem Index abhaengig gemacht werden, nimmt staendig zu. Den neuesten Schaetzungen zufolge fallen eine Million Arbeiter unter die Bestimmungen derartiger Vertraege. Regierungsbeamte sind gesetzlich verpflichtet, bei der Ausarbeitung der Wirtschaftsprogramme den gegenwaertigen Preisen im Vergleich mit denen vom 25. Juni, als die Kommunisten nach Suedkorea eindringen, "sorgfaeltige Beachtung" zu schenken.

Die Revision haette schon lange vorgenommen werden muessen. Die Gewerkschaften beschwerten sich bereits waehrend des Zweiten Weltkrieges und danach darueber, dass der Index ueberholt sei und ein falsches Bild von den Lebenshaltungskosten gaebe. So ist bis jetzt zum Beispiel die Bevoelkerungszahl von 1942 zugrundegelegt worden. Die Veraenderungen in den Gewohnheiten des Einkaufens und der Ernaehrung sind nur wenig beruecksichtigt worden. Einige durchaus uebliche Ausgaben im Haushalt einer Familie wurden ueberhaupt nicht mitberechnet.

Mit der Ankuendigung einer beschleunigten Revision des Lebenshaltungskosten-Index berichtete Clague ausserdem, dass der Preisindex fuer Verbrauchsgueter trotz eines Rueckgangs der Nahrungsmittelpreise in den vier Wochen vor dem 15. September um 1/2 Prozent angestiegen sei.

Zu dieser Zeit stand der Index auf 173.8. Clague kuendigte an, dass mit einem weiteren Anstieg im Verlauf des gesamten kommenden Winters zu rechnen sei.

Daily News Service
Labor Press Association
10/24/50

CIO FORDERT GEWERKSCHAFTER IM AUSSENMINISTERIUM

Der CIO ist der festen Ueberzeugung, dass es fuer die USA von direktem Vorteil sein wird, wenn sie Maenner und Frauen aus den Reihen der Gewerkschaftsbewegung fuer einflussreiche Stellungen in den Planungs- und Exekutivabteilungen des Aussenministeriums heranbildet. Eine derartige Schleusung gewerkschaftlich gesinnter Buerger in die Aussenpolitik wuerde bedeuten, dass man sich endlich der Notwendigkeit bewusst ist, jedes Mittel, das den USA zur Verfuegung steht, zur Loesung der ungeheuer bedeutungsvollen Probleme zu verwenden, die sich der Regierung in der ganzen Welt bieten. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung verfuegt ueber genuegende Beziehungen und Verbindungen mit anderen Laendern, deren Auswertung fuer die erfolgreiche Durchfuehrung einer demokratischen Aussenpolitik Amerikas wesentlich ist.

Die Beteiligung der Gewerkschaften am Marshallplan hat zum grossen Teil zu den Erfolgen des Wiederaufbauprogramms beigetragen. Den gewerkschaftlichen Aufrufen an die Moral der Arbeiter und ihrer Erfahrung ist es zu verdanken, dass eine Politik vermieden wurde, die das Verstaendnis der breiten Masse der europaeischen Arbeiter fuer den Marshallplan haette schwaechen koennen.

Es ist wesentlich, dass sich die Delegationen der Vereinigten Staaten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen, dem Wirtschafts- und Sozialrat und den verschiedenen Kommissionen und Fachbehoerden die Erfahrungen der amerikanischen Gewerkschaften zunutze machen.

Der groesste Fehler der amerikanischen Aussenpolitik besteht darin, dass die amerikanische Arbeiterschaft in den obersten Ausschuessen nicht vertreten ist. In fast allen Nationen spielt die organisierte Gewerkschaftsbewegung in wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten eine immer bedeutungsvollere Rolle. Es ist offensichtlich, dass die USA-Regierung Leute braucht, die die Gewerkschaftsbewegungen anderer Laender verstehen und mit ihnen zusammenarbeiten. Die amerikanischen Gewerkschaften koennen aus ihren eigenen Reihen faehige Experten zur Verfuegung stellen, die der Regierung und der demokratischen Bewegung wertvolle Dienste leisten koennen.

ECA Labor Information

AUTOMATISCHE ANGLEICHUNG DER LOEHNE AN DIE LEBENSHALTUNGSKOSTEN IN DEN USA

Aufgrund der Bekanntmachung, dass die Lebenshaltungskosten in den Vereinigten Staaten eine Rekordhoehe erreicht haben, werden Hunderttausende amerikanischer Arbeiter automatische Lohnaufbesserungen erhalten.

Diese Erhoehungen sind in den sogenannten "gleitenden" Klauseln der Gewerkschaftsvertraege vorgesehen, die bestimmen, dass die Loehne gesteigert werden muessen, wenn das statistische Buero des Arbeitsministeriums eine Steigerung der Lebenshaltungskosten feststellt.

Die ersten Gewerkschaftsvertraege, die eine automatische Lohnaufbesserung vorsehen, wurden im vorigen Jahre von Walter Reuthers Automobilarbeitergewerkschaft (CIO) abgeschlossen und sind seitdem von vielen anderen grossen Gewerkschaften uebernommen.

Es war fuer die Entwicklung der neuen Elektroarbeitergewerkschaft James B. Careys von wesentlicher Bedeutung, dass sie derartige Klauseln in ihre Tarifvertraege aufnahm. Sie trugen zu den Erfolgen der neuen Elektroarbeiterorganisation bei, die sich von der alten Gewerkschaft der Vereinigten Elektroarbeiter losgeloeht hatte, die als kommunistisch beherrschte Organisation vor einem Jahr aus dem CIO ausgeschlossen wurde.

Sprecher der Unternehmer erklarten, dass sich die Kosten fuer diese automatischen Lohnaufbesserungen fuer eine Dauer von drei Monaten, beginnend mit dem 1. Dezember, allein fuer die Automobilindustrie auf rund 17 Millionen Dollar belaufen wuerden. Die Aufbesserung der Stundenloehne betraegt drei Cents. In den letzten drei Monaten ist der Lebenshaltungskostenindex von 172.5 auf 174.8 gestiegen.

Mit der Ankuendigung dieser Lohnaufbesserungen wurde zugleich von wesentlichen Lohnsteigerungen fuer die Arbeiter der Schwerindustrie berichtet. Das erste Abkommen kam zwischen der Gewerkschaft der Vereinigten Stahlarbeiter, deren Vorsitzender der CIO-Praesident Philip Murray ist, und der US Steel Corporation zustande, die der groesste Stahlproduzent der Vereinigten Staaten ist.

Dieses Abkommen sieht eine Stundenlohnerhoehung von 16 bis 13 Cents vor. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass durch dieses Abkommen jede Unterbrechung in der Metallproduktion, die das Rueckgrat der Ruestungsproduktion bildet, von vornherein unmoeglich gemacht wird.

Arbeitgebervertreter des Stahlunternehmens Bethlehem haben sich nach Pittsburgh begeben, um mit Murray und seinen Verhandlungs-

kollegen zu beraten. Man erwartet, dass sie in Kuerze aehnliche Vertraege abschliessen werden.

Es wird ausserdem damit gerechnet, dass eine Preissteigerung fuer Stahl von sechs Dollar pro Tonne dem Abschluss der Vertraege unmittelbar folgen wird. Die Beauftragten fuer wirtschaftliche Stabilisierung werden vereinbarungsgemaess gegen diese Preiserhoehung keinen Einspruch erheben.

Cyrus S. Ching, der Vorsitzende des neuen Ausschusses fuer Lohnstabilisierung, erklarte waehrend einer Besprechung ueber die automatischen Lohnaufbesserungen und die neuen Tarifvertraege in der Stahlindustrie, dass das Buero fuer Arbeitsstatistik die Tendenzen der Lebenshaltungskosten in den naechsten Monaten nur oberflaechlich uebersehen koenne. Allem Anschein nach ist mit einer weiteren Steigerung zu rechnen.

Als Walter Reuther die Lohnaufbesserungen fuer seine Automobilarbeiter im Rahmen der "gleitenden" Klauseln ankuendigte, kritisierte er in scharfen Worten die Steigerung der Lebenshaltungskosten, die diese Loehnerhoehungen notwendig gemacht haetten. Er bezeichnete die Indexspirale als "gefaehrlich und inflationistisch" und fuegte hinzu, "dass dieser neueste Anstieg der Lebenshaltungskosten ein Vorgeschmack dessen sei, was noch kommen koenne, wenn die Regierung nicht schnell wirksame Massnahmen ergreife."

Mitteilungen des U.S. Aussenministeriums
XI/30/50

GEWERKSCHAFTEN ENGLANDS FORDERN LOEHNERHOEHUNG

Der Beschluss des Britischen Gewerkschaftskongresses, seine Lohnstabilisierungspolitik zu beenden, hat die ersten Ergebnisse gezeitigt.

Am 12. Oktober hatte bereits nahezu die Haelfte der acht Millionen Mitglieder der britischen Gewerkschaften Loehnerhoehungen gefordert oder sie in Betracht gezogen. Zugleich rechnete man mit weiteren Lohnforderungen. Inzwischen hatte sich die Labour-Party auf ihrer Jahreskonferenz mit sichtlichem Widerwillen mit der Aenderung der Politik des britischen Gewerkschaftskongresses (TUC) einverstanden erklart.

Sprecher von 37 Organisationen, die zu dem Verband der Schiffbau- und Technikergewerkschaften gehoeren, wiesen die Angebote der Unternehmer ab, die ihnen fuer 2.500.000 Mitglieder Lohnaufbesserungen vorschlugen, und sprachen sich durch Abstimmung fuer eine schiedsrichterliche Entscheidung ueber ihre Forderung nach einem Pfund Sterling Loehnerhoehung je Woche aus.

Es sah so aus, als ob auch der Exekutivausschuss der britischen Bergarbeitergewerkschaft ein Angebot des Nationalen Gerichtshofes der verstaatlichten Kohleindustrie ablehnen wuerde. Dieses Angebot sollte sich auf rund 10 Millionen Dollar fuer 400.000 der in Frage kommenden Arbeiter mit niedrigeren Loehnen beziehen.

Fuer den Fall, dass der Arbeitsminister nicht rechtzeitig eine Schlichtung oder Schiedssprechung anordnen wuerde, stuede es den Angehoerigen der Lokomotivfuehrer und Heizergewerkschaft frei, fuer 72.000 Arbeiter um eine Loehnerhoehung von 15% zu erkaempfen.

Die Gewerkschaft der Transportarbeiter und der Arbeiter des oeffentlichen Dienstes hatte beschlossen, fuer 226.000 Autobus-

und Strassenbahnarbeiter und fuer 70.000 Dockarbeiter ebenfalls Lohnerhoehungen zu fordern.

Auch die maechtige britische Medizinische Vereinigung, das Gegenstueck der American Medical Association, drohte damit, 19.000 Aerzte aus dem gebuehrenfreien Gesundheitsprogramm der Regierung herauszunehmen, wenn sie keine bessere Bezahlung erhielten.

Mit Ausnahme des Falles der Aerzte herrscht wenig Zweifel, dass Lohnerhoehungen fuer die englischen Arbeiter schon lange faellig waren. Nach genauen Schaetzungen haben sich die Einkommen der Aerzte verdoppelt, waehrend die Loehne der Arbeiter durch die seit zwei Jahren betriebene Lohnstabilisierungspolitik, von der niemand geglaubt hatte, dass sie fuer immer bestehen bleiben wuerde, sich unveraendert erhielten. Ausserdem stiegen die Preise, wenn auch nicht so rapid an wie in den Vereinigten Staaten.

Es wird angenommen, dass ein neues Lohnniveau durch Tarifverhandlungen oder Schiedssprechung mit einem Minimum an Schwierigkeiten und Streitigkeiten sich aufstellen laesst. Ob die britische Wirtschaft die neue Kaufkraft absorbieren kann, wird letzten Endes, so glaubt man, ganz allgemein von dem Produktionsstand und der Produktionsleistung des einzelnen Arbeiters abhaengen.

Was die Aerzte betrifft, so nehmen nur wenige ihre Drohung, ihre Arbeit niederzulegen, ernst. Alle Parteien, ob Labour, Konservative oder Liberale, wuerden eine solche Handlungsweise mit Befremden aufnehmen. Man zweifelt uebrigens daran, ob die britische medizinische Vereinigung ueberhaupt in der Lage ist, die angedrohte Rueckziehung durchzufuehren.

Daily News Service
X/13/50

DIES IST UNSERE GROESSTE AUFGABE

In den unterentwickelten Laendern der Welt leben zwei Drittel der Weltbevoelkerung staendig im Schatten des Hungers, der Krankheiten und der Armut - ein breites Band des Elends, das die Erdkugel von Mittel- und Suedamerika ueber Afrika und den Mittleren Osten bis zu den Laendern Suedostasiens umspannt. In all diesen Gebieten liegt die Kindersterblichkeit weit ueber dem Durchschnitt, die Zahl der Analphabeten ist erschreckend, der Lebensmittelverbrauch ist gering. Armut und Rueckstaendigkeit entspringt zahlreichen Ursachen, deren bedeutendste die schwierigen klimatischen Verhaeltnisse und der Mangel an natuerlichen Hilfsquellen sind.

Das Land selbst ist haeufig unfruchtbar. Raubbau und Erosion haben in weiten Gebieten diese Schwierigkeiten vermehrt. Primitive Methoden und eine rueckstaendige soziale Organisation haben jede Steigerung der Produktion verhindert, ohne die keine Besserung des Lebensstandards und keine Erweiterung der sozialen Betreuung und der oeffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen moeglich ist. In weiten Gebieten Afrikas zum Beispiel haben Mangel an Wasser und Seuchen, die durch Insekten uebertragen werden und Menschen, Tiere und Ernten staendig gefaehrden, die Arbeit in der Landwirtschaft zu einem unaufhoerlichen grimmigen Kampf gegen Hunger und Krankheit werden lassen. Das Leben spielt sich dadurch auf einem sehr niedrigen Niveau ab.

Die Menschen dieser Gebiete sind allein nicht dazu in der Lage, den Stand der sozialen und wirtschaftlichen Taetigkeit zu heben. Sie verfuegen weder ueber die erforderlichen Hilfsquellen noch ueber das notwendige technische Wissen. Sie muessen von beguenstigten Laendern unterstuetzt werden. Seit dem Jahre 1945 hat man diese Notwendigkeit immer staerker erkannt. Weltwohlstand und Weltfriede sind aber immer zwei unzertrennliche Begriffe.

Die freien Nationen der Welt haben die doppelte Aufgabe, den unterentwickelten Gebieten zu helfen, ihren Lebensstandard zu verbessern und zugleich diese Menschen fuer ein neues demokratisches Weltsystem zu gewinnen, das noch ausgebaut werden muss. Eine Welt, aufgespalten in industriell fortgeschrittene Laender, die sich eines hohen Lebensstandards erfreuen, und in rueckstaendige Laender, in denen Millionen in furchtbarer Armut leben; waere eine Welt der Furcht, der Erbitterung und des Hasses.

Man muss sich vor Augen halten, dass die Koloniennicht arm und rueckstaendig sind, weil sie Kolonien sind. Die politische Struktur unterentwickelter Laender hat mit ihren grundlegenden wirtschaftlichen Problemen nur wenig zu tun. Solange nicht fuer ausreichende Erziehungsmoeglichkeiten, eine genuegende soziale Versorgung und einen angemessenen Lebensstandard gesorgt ist, kann eine wirksame demokratische Selbstregierung nicht verwirklicht werden. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, bei der wirtschaftlichen Entwicklung jede nur moegliche Hilfe zu leisten.

Kuerzlich kamen auf einer Konferenz in Sydney die Vertreter von sechs Staaten des Commonwealth zusammen, um ein Unterstuetzungsprogramm auszuarbeiten, das eine erste Hilfeleistung fuer die Voelker Suedostasiens sein soll. Man beschloss, die im Gange befindlichen Vorbereitungen zur technischen Unterstuetzung durch ein Acht-Millionen-Dollar-Programm zu ergaenzen, das von einem in Colombo zu errichtenden Amt des Commonwealth verwaltet werden soll.

Die Wirtschaft der unterentwickelten Gebiete und die der Industriestaaten ergaenzen sich. Ein besserer Lebensstandard der "rueckstaendigen" Voelker wuerde eine groessere Nachfrage nach Fertigprodukten zur Folge haben. Ein groesserer Ausstoss an Rohmaterialien und Halbfertigwaren zu niedrigeren Preisen wuerde auch die Preise fuer Fertigwaren verbilligen. Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten, die natuerlich von einem Nachlassen der Nachfrage nach Erzeugnissen aus den Tropen begleitet waere, wuerde wie in der Zeit zwischen den beiden Kriegen zu einer Warenanhaeuung in den Kolonien fuehren. Die Unterstuetzung rueckstaendiger Gebiete kann deshalb zu einem bedeutenden Faktor in einer sich ausdehnenden Weltwirtschaft werden, der den Lebensstandard in der ganzen Welt verbessern kann.

Die Vereinigten Staaten haben durch das Punkt-Vier-Programm Praesident Trumans, das eine umfassende technische Unterstuetzung fuer Laender vorsieht, bewiesen, dass sie um die Wohlfahrt der Menschen in diesen Gebieten besorgt sind. Die fuer dieses Programm zur Verfuegung gestellten Geldmittel belaufen sich auf etwa 20 Millionen Dollar. Im Rahmen des Marshall-Plans, der von der Verwaltung fuer Wirtschaftliche Zusammenarbeit verwaltet wird, sind britische Ueberseegebiete durch Zurverfuegungstellung technischer Experten und durch Dollarkredite zum Ankauf von amerikanischem Ausruestungsmaterial fuer Erschliessungsprojekte unterstuetzt worden. Die Verwaltung fuer Wirtschaftliche Zusammenarbeit verfuegt zu diesem Zweck ueber einen Reservefonds von etwa 20 Millionen Dollar.

Durch die den Vereinten Nationen angeschlossenen Fachorganisationen wie die Weltgesundheitsorganisation, die Organisation fuer Ernaehrung und Landwirtschaft, die Internationale Arbeitsorganisation, usw. beteiligen sich viele Nationen an diesem guten Werk. Im Juni 1950 wurde von den Vereinten Nationen ein erweitertes Programm der technischen Unterstuetzung mit einem Geldaufwand von rund 20 Millionen Dollar gestartet, eine Summe, die sich aus Zuwendungen etwa 50 verschiedener Mitgliederstaaten zusammensetzt. Es ist bedeutsam, dass weder Russland noch irgendein anderes Land des russischen Blocks einen Beitrag hierzu geleistet hat.

Die Labour-Party hat in ihrer neuen politischen Erklarung "Labour und die Neue Gesellschaft" einen Vorschlag fuer einen Weltplan ausgearbeitet, der eine Kombinierung der Hilfsquellen der fortgeschrittenen Nationen zur Bekampfung der Armut vorsieht. Dieser glueckliche Gedanke koennte, wenn er verwirklicht wuerde, zu dem groessten Erfolg des 20. Jahrhunderts werden.

FACT
The Labour Party Bulletin
IX/50

WELTKRISE UND FACHARBEITSMARKT IN AMERIKA

Waehrend das nationale Verteidigungsprogramm der Vereinigten Staaten eine immer groessere Bedeutung gewinnt und die zivile Wirtschaft auf vollen Touren arbeitet, macht sich der Mangel an Facharbeitern staendig mehr bemerkbar. Das Buero fuer Beschaeftigungssicherheit meldet aus allen bedeutenden Industriebezirken des Landes, dass der Mangel an Facharbeitern, insbesondere in der Metallverarbeitung, dem Baugewerbe, der mechanischen Fertigung und des Reparaturgewerbes, zunimmt. Der groessere Bedarf an gelernten Arbeitskraefte stellt die wesentlichste Entwicklung der vergangenen Monate dar, die in einer neueren Zaehlung der unbesetzten offenen Arbeitsplaetze von dem Buero fuer Beschaeftigungssicherheit festgestellt wurde, das seine Informationen von den ihm angeschlossenen oertlichen Behoerden der Einzelstaaten erhaelt.

Den August-Zaehlungen 23 verschiedener Staaten zufolge hat sich die Zahl der offenstehenden nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsplaetze in den beiden letzten Monaten nahezu verdoppelt und ist seit dem 28. Juni von 13.306 auf 26.373 angestiegen. Am staerksten ist die Nachfrage nach gelernten Arbeitern (etwa 40% aller offenen Stellen).

In den Fachberufen besteht vor allen in den Staaten Ohio, Kalifornien, Connecticut und Illinois eine grosse Nachfrage nach Maschinisten und Einrichtern; ferner besteht eine grosse Nachfrage nach Werkzeugmachern vornehmlich in Michigan. Dreher und Fraeser sind vor allem in den Staaten Kalifornien, Ohio, Michigan, Minnesota, Connecticut, Wisconsin und Illinois gesucht.

Etwa 22 Staaten berichten von einem Bedarf an insgesamt 786 Zimmerleuten, waehrend sich der Mangel an Maurern besonders in New York, Ohio und Delaware bemerkbar macht. Offene Arbeitsplaetze fuer Eisenblechfacharbeiter werden aus 29 Staaten gemeldet, wobei die Flugzeugindustrie in Kalifornien ueber die Haelfte des Gesamtbedarfs zu verzeichnen hat. Gefragt sind ausserdem Automechaniker und Reparaturmechaniker fuer Karosserien, und die meisten zur Verfuegung stehenden unbesetzten Arbeitsplaetze werden aus

Washington gemeldet. In Georgia und Kalifornien sind Radiomechaniker, Instandsetzungsmechaniker, Dieselmechaniker und Instrumentenmacher sehr gesucht.

Die Herstellung von Dauer- und Verbrauchsgueteren konnte bisher noch der gesteigerten Nachfrage der Verbraucher gerecht werden, sie wurde jedoch durch die Korea-Krise und die Besorgnisse einer Verknappung und einer Materialrationierung weiterhin angeregt. Der Mangel an Facharbeitern in der Metallverarbeitung und dem Baugewerbe, der sich in weiten Teilen des Landes bemerkbar machte, hat sich im allgemeinen bislang noch nicht nachteilig auf die Produktion ausgewirkt.

Der Mangel an gelernten Arbeitern des Baugewerbes, der im Mai nur aus wenigen Gegenden gerichtet wurde, hatte sich bis zum Juli fast auf alle Bezirke ausgedehnt. An naechster Stelle auf der Liste der fehlenden Berufe stehen Maschinen-, Elektro- und Flugzeugingenieure, Maschinisten, Werkzeugmacher und Werkzeugzeichner. Auch die meisten Zentren der Flugzeugindustrie klagten ueber Facharbeitermangel. In einem Falle fehlte es sogar an angelernten Monteuren. Weitere Schwierigkeiten ergaben sich fast in allen Bezirken in der Suche nach gelernten Giessereiarbeitern, Konstrukteuren und Facharbeitern in der Bekleidungsmaschinenindustrie, Automechanikern und erfahrenen Bueromaschinenarbeitern, aber auch Buerofachangestellten und Stenografen. Die ausserbezirkliche Werbung von gelernten Arbeitskraefte[n] nahm mit Ausnahme der Bauberufe zu, von denen man weiss, dass sie in allen Bezirken knapp sind.

US Department of Labor
Buereau of Employment Security:
The Labor Market and Employment Security
50/9 Washington

AUSSENPOLITISCHE ERKLAERUNG DES CIO

Der CIO-Kongress gab zur Aussenpolitik der Vereinigten Staaten folgende Erklaerung ab:

1. Der CIO unterstuetzt die Vereinigten Staaten und die Vereinten Nationen in ihrem "Kampf gegen die kommunistische Aggression in Korea und gegen jede weitere Aggression der rotchinesischen Marionetten der Sowjet-Union."
2. Er unterstuetzt die Vereinten Nationen in ihren Handlungen, die ein dauerhaftes System der kollektiven Sicherheit zum Ziel haben.
3. Er unterstuetzt ferner alle aufrichtigen Bemuehungen um eine allgemeine Abruestung, einschliesslich der internationalen Kontrolle der Atomenergie, weist jedoch mit Verachtung die falschen Friedensappelle zurueck, wie sie in Stockholm, Sheffield und Warschau verkuendet wurden. Diese Friedensplaene sind kommunistische Propagandamanoeover, die ueber die expansionistische Aggression der Sowjetunion hinwegtauschen sollen.
4. Der CIO befuerwortet positive Friedensaktionen durch energische soziale und wirtschaftliche Massnahmen, wie sie besonders im Punkt-Vier-Programm Praesident Trumans enthalten sind, und begruesst als "einen Schritt in der gleichen Richtung die unlaengst abgehaltene britische Commonwealth-Konferenz, auf der Methoden zur Unterstuetzung der wirtschaftlichen Entwicklung Suedostasiens ausgearbeitet wurden."

5. Der CIO billigt den Schuman-Plan als ein Mittel zur Staerkung der Einheit Europas und als ein Programm zur uebernationalen Koordinierung der Schwerindustrien des Kontinents, das den sofortigen Abschluss eines Friedensvertrages mit Westdeutschland notwendig macht. In der Resolution heisst es jedoch, dass es "ein Verrat am deutschen Volke sei, wenn einige deutsche Industrielle die kommunistische Partei durch Reklame in der kommunistischen Presse finanziell unterstuetzen.

6. Der CIO billigt den Beschluss, Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung in hohe aussenpolitische Ausschuesse zu berufen, "weil sich der Appell der Kommunisten an die Arbeiter richtet, und von den Arbeitern selbst am besten abgeschlagen werden kann."

7. Der CIO fordert die Berufung von Maennern und Frauen aus der Gewerkschaftsbewegung in die planenden, legislativen und exekutiven Abteilungen des Aussenministeriums. Er fordert, dass die Erfahrungen aus der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung in der Delegation der Vereinigten Staaten beim Generalrat der Vereinten Nationen, in ihrem Wirtschafts- und Sozialausschuss und in den verschiedenen Kommissionen und Fachorganisationen verwendet werden. "Die groesste Unzulaenglichkeit der amerikanischen Aussenpolitik besteht darin, dass die amerikanische Gewerkschaftsbewegung in den obersten Ausschuessen des Landes nicht vertreten ist." Die Tatsache, dass die Gewerkschaftsbewegung an der Verwaltung fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECA) beteiligt ist, hat viel zu den populaeren Erfolgen des Wiederaufbauprogramms beigetragen.

8. Der CIO unterstuetzt die Bemuehungen des Aussenministeriums, mit den wirklich demokratischen Kraeften der ganzen Welt zusammenzuarbeiten und sie zu ermutigen.

9. Er fordert die Einstellung der wirtschaftlichen Unterstuetzung der totalitaeren Diktaturen Franco-Spaniens und Peron-Argentinens.

Mitteilung des US Aussenministeriums
9/23/50

EIN JAHR IBFG

Gemeinsam mit den freien Gewerkschaftern der ganzen Welt wuerdigten die arbeitenden Maenner und Frauen Amerikas das einjaehrige Bestehen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften.

Spitzenfunktionaere der amerikanischen Gewerkschaften sprachen sich anerkennend ueber die Fortschritte aus, die der IBFG im vergangenen Jahre bei der Foerderung der wirtschaftlichen Sicherheit und des Weltfriedens zu verzeichnen hatte.

Der CIO, der sechs Millionen amerikanische Arbeiter vertritt, erklaerte, dass sich der IBFG in den zwolf Monaten seines Bestehens "die Achtung ueberall da gesichert habe, wo er bekannt ist - und das ist von einem Ende der Welt bis zum anderen."

Der CIO hat zusammen mit der AFL und anderen grossen Gewerkschaften der Vereinigten Staaten mitgeholfen, den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften zu gruenden, der der Aufgabe dient, den Zielen und Sehnsuechten der freien arbeitenden Menschheit im Gegensatz zu dem kommunistisch beherrschten Weltgewerkschaftsbund Stimme und Gehoer zu verleihen.

Besonders anerkennenswert ist die Tatsache, schreibt das Organ des CIO, "The CIO News", dass der IBFG praktische Ziele verfolgt und nicht lediglich von der negativen Absicht als reine Opposition zum Kommunismus beherrscht wird.

Dieses Organ zitierte eine Erklärung des IBFG, in der es hiess: "Der IBFG und die ihm angeschlossenen Organisationen widersetzen sich zweifellos der Zersetzungspolitik, die die Kommunisten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung verfolgen. Sie bekämpfen diese Politik jedoch nicht als ein besonderes Ziel oder als spezielle Aufgabe, sondern nur insofern, als sie der Gewerkschaftsbewegung in ihrem Streben nach wirtschaftlicher Sicherheit, Friede und Freiheit im Wege steht."

Heute sind nahezu 50 Millionen Gewerkschafter in 36 verschiedenen Ländern im IBFG vertreten, obwohl er erst ein Jahr besteht.

In dem ersten Jahr ihres Bestehens ist dieser Organisation das mitberatende Statut in der Internationalen Arbeitsorganisation, dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen und der Organisation fuer Erziehung, Wissenschaft und Kultur in der gleichen Organisation (UNESCO) zuerkannt worden. Sie hat in der Schweiz ein Verbindungsbüro zur Internationalen Arbeitsorganisation eröffnet.

Auch in der Errichtung regionaler Organisationen sind Fortschritte erzielt worden. So wurden auf einer Konferenz in der Stadt Mexiko eine interamerikanische Organisation und später in Karachi in Pakistan eine asiatische Organisation in Angriff genommen, eine regionale Organisation fuer Westeuropa ist bereits durchgeführt worden.

Eine Mission des IBFG bereiste Asien, eine andere wird in Kürze Afrika besuchen. Auf Grund des Besuchs in Asien wird zur Zeit ein Informationsbüro in Singapur errichtet.

Daily Wireless Bulletin
12/6/50

SONDERBERATER TRUMANS FORDERT FORTSETZUNG DER EUROPÄHILFE NACH 1952

Der ehemalige Heeresminister Gordon Gray hat vor kurzem in einem Bericht an Praesident Truman die Fortsetzung der nichtmilitärischen, wirtschaftlichen Hilfe der Vereinigten Staaten fuer Westeuropa ueber das Jahr 1952 hinaus, in dem der Marshall Plan abläuft, empfohlen und zu den Zielen der wirtschaftlichen Aussenpolitik der USA Stellung genommen.

Praesident Truman hatte vor einiger Zeit Gray nach seinem Austritt aus der Armee gebeten, das umfassende Gebiet der Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten im Ausland zu ueberpruefen und ueber etwaige zukuenftige Massnahmen Bericht zu erstatten.

Waehrend der Gray-Ausschuss an der Arbeit war, starteten die nordkoreanischen Kommunisten ihren Angriff in Korea. Wie es in dem Bericht heisst, "ist diese Aggression ein Beweis fuer die unmittelbare militaerische Gefahr und die Notwendigkeit, die Kraefte zur Verteidigung der freien Welt zu staerken."

Natuerlich bedeutet dies, wie es auch offen im Bericht von Gray zum Ausdruck kommt, Wiederaufruestung unter den freien Nationen; es bedeutet jedoch auf keinen Fall, dass der wirtschaftliche Fortschritt ueber einer uebertriebenen Wettproduktion von Maschinen-

gewehren vergessen werden muss. "Auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet muessen die freien Nationen in der Offensive bleiben," heisst es in dem Bericht, der sodann die Grundlage der Aussenpolitik der Vereinigten Staaten in den Worten zusammenfasst: "Mithelfen, die wirtschaftlichen Bedingungen und Beziehungen zu schaffen, die zum Aufbau demokratischer Staaten notwendig sind, die sich selbst verteidigen und ihren Lebensstandard verbessern koennen." Der Bericht geht dann naeher auf die mit dieser zweifachen Aufgabe verbundenen besonders verwickelten Probleme ein - naemlich einmal die Demokratien zu verteidigen und zweitens Demokratien mit besseren sozialen Verhaeltnissen zu schaffen - und enthaelt die folgenden Vorschlaege:

1. "Um die erforderliche Ausdehnung des westeuropaeischen Verteidigungssystems in Uebereinstimmung mit gemeinsamen Plaenen zu erleichtern, muessen die Vereinigten Staaten bereit sein, ihre Hilfslieferungen, abgesehen von Kriegsmaterial, weitere drei oder vier Jahre hindurch fortzusetzen. Der Umfang der benoetigten Hilfe haengt von den gegenwaertigen Wiederaufruestungsbemuehungen der einzelnen Laender und von deren Auswirkungen auf einzelne Wirtschaften ab. Diese beiden Faktoren werden in erster Linie von den Planungsbehoerden fuer Wirtschaft und Produktion innerhalb der Organisation des Nordatlantikkpakes berechnet."

2. "Die Hilfe fuer Westeuropa muss auf der Grundlage des allgemeinen Bedarfs und nicht an Hand einzelner Projekte geplant und getrennt von der militaerischen Unterstuetzung durch Waffenlieferungen verwaltet werden"

3. "Die Hilfe muss so gegeben werden, dass dadurch die volle Nutzung der europaeischen Hilfsquellen, eine gesteigerte Handels-taetigkeit unter den europaeischen Laendern und der Zusammenschluss der Wirtschaften Westeuropas gefoerdert wird; insbesondere wird in dem Bericht gefordert, dass die Vereinigten Staaten weiterhin die europaeische Zahlungs-Union unterstuetzen, die die Konvertierbarkeit der Waehrungen der Laender Westeuropas erleichtert."

4. "Bei der gemeinsamen Planung der Sicherheitsprogramme, besonders in der Unterstuetzung Westeuropas zur Staerkung seiner Verteidigungskraefte, muss der Bedeutung eines grossen europaeischen Exportvolumens besondere Beachtung geschenkt werden, das das einzige Mittel darstellt, wirtschaftlich selbstaendig zu werden, obwohl sich natuerlich die internen Verpflichtungen, die die Wiederaufruestung mit sich bringt, auf den Verbrauchs- und Investitionsstand auswirken werden."

5. In Anbetracht der Bedeutung der britischen Waehrung auf dem Weltmarkt ist es besonders wichtig, Mittel und Wege zu finden, um England bei der Wiederaufruestung zu unterstuetzen, ohne dass sich seine wirtschaftliche Position im Ausland ernstlich verschlechtert.

Welche Zukunft bietet sich nun den Wirtschaften Westeuropas angesichts der durch die stalinistische Aggression aufgezwungenen Wiederaufruestungsbemuehungen?

"Westeuropa," so heisst es in dem Bericht, "duerfte sich auf die Moeglichkeit vorbereiten, dass die Kosten fuer seine Importe steigen, waehrend die Preise fuer seine Exporte zurueckgehen, so dass sein gegenwaertiger Fortschritt auf dem Wege zur wirtschaftlichen Selbstaeendigkeit in Frage gestellt werden kann. Diese Entwicklungen bergen die grosse Gefahr der Inflation in den westeuropaeischen Laendern in sich und koennen ihre Bemuehungen zur Verteidigung unterminieren."

"Die Schwierigkeiten der westeuropaischen Laender bestehen nicht mehr darin, Absatzmaerkte im Ausland zu finden, sondern genuegend Waren zu produzieren, um den neuen und groesseren Bedarf an Kriegsmaterial und den Mindestbedarf der Zivilbevoelkerung, einschliesslich der fuer die wirtschaftliche Selbstaendigkeit noetigen Exporte zu decken."

"Im Interesse der gemeinsamen Verteidigung koennen und werden sich die westeuropaischen Laender Einschränkungen im Verbrauch und den Investitionen auferlegen; es gibt jedoch Grenzen, unter die sie nicht heruntergehen duerfen, wenn sie nicht die gesunde Struktur ihrer Wirtschaft und ihren politischen Zusammenhalt gefaehrdet wollen. Eine ausreichende Herstellungsquote von Kriegsmaterial wuerde diese Grenzen wahrscheinlich ueberschreiten, und in dem Masse, in dem die Exporte reduziert werden muessen, verringert sich die einzige Moeglichkeit, die diese Laender haben, um wirtschaftlich selbstaendig zu werden."

Deshalb heisst es in dem Bericht von Gray: "Vorausgesetzt, dass sich die westeuropaischen Laender in angemessenem Masse der Verteidigung widmen, werden wir bereit sein, eine weitere Dollarhilfe zu leisten, um ihnen die Buerde ihrer eigenen Produktion an Kriegsmaterial tragen zu helfen, soweit sie die Opfer uebersteigt, die diese Laender zu bringen imstande sind."

"Vom Standpunkt unserer eigenen Sicherheit und der Sicherheit der freien Welt aus ist Westeuropa das kritischste Gebiet."

In dem Bericht wird ausserdem der Frage grosse Beachtung geschenkt, wie man es anderen Nationen leichter machen kann, mit den Vereinigten Staaten und untereinander Handel zu treiben. Die Vereinigten Staaten werden aufgefordert, ihr Programm der gegenseitigen Handelsabkommen fortzusetzen, durch das die Zollgebuehren reduziert werden, ferner voruebergehend Gesetze zu bewilligen, die fuer besondere Verbrauchsgueter eine Herabsetzung der Zollgebuehren ermöglichen, und die umfassenden Reformen der Zollverfahren der Vereinigten Staaten weiterzufuehren. In dem Bericht wird ausserdem eine allmaehliche Reform der amerikanischen Subventionspolitik fuer landwirtschaftliche Erzeugnisse und der Verteilung ueberzaehliger Erzeugnisse empfohlen, wenn diese die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland behindern.

Weitere Vorschlaege erstrecken sich auf internationale Zusammenarbeit bei der Absatzplanung knapper Rohmaterialien, die fuer die Ruestungsproduktion erforderlich sind, und auf eine einzige amerikanische Behoerde, die sich mit auslaendischen Hilfs- und anderen Wirtschaftsprogrammen befassen soll, anstelle der zahlreichen zur Zeit bestehenden Dienststellen uebertragen wird.

Der Ueberschuss der Exporte ueber die Importe der Vereinigten Staaten ist im Laufe dieses Jahres, als die stalinistische Aggression das Weltbild so sehr veraenderte, geringer geworden. In dem Bericht wird festgestellt, dass der bisherige stetige Exportueberschuss tatsaechlich verschwunden ist, was teilweise auf die Tatsache zurueckzufuehren sei, dass Amerika aufgrund der Anregung der Marshall-Plan-Verwaltung in Europa wieder Einkaeufe taetigt.

ECA Labor Information
11/17/50

DER ARGENTINISCHE DIKTATOR TRITT IN DIE FUSSTAPFEN HITLERS

Der Diktator Juan Peron von Argentinien tritt jetzt in die Fusstapfen eines anderen Tyrannen der Neuzeit.

So wie Hitler es in Deutschland vorexerzierte, so war Peron von Anfang an bestrebt, die freien Gewerkschaften zu zerstören, heisst es in "Free Labour World", dem Monatsblatt des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften. Ein Beweis hierfür ist die Tatsache, dass der 90-tägige Streik der Gewerkschaft der Seefahrer und verwandter Berufe mit einer Niederlage geendet habe.

In einigen Beziehungen ist Peron schlauer als Hitler. Durch Bestechung und Versprechungen hat die Ein-Mann-Regierung Argentiniens eine Anzahl Gewerkschaftsführer für sich gewonnen, "die sich selbst die Ketten anlegen, die Peron für sie bereithält." Um seine Ziele zu erreichen, hat Peron aber auch Gewalt und Mord angewendet.

Die Foederation der Seefahrer, eine Gruppe von 20 Seefahrer- und Hafnarbeitergewerkschaften, war zu der Zeit, als der Streik begann, die letzte freie argentinische Gewerkschaftsorganisation, die noch uebriggeblieben war. Sie verfolgte mit ihrem Streik folgende Ziele: Die Wiedereinstellung der Arbeiter, die von der grossen, in Regierungsbesitz befindlichen Schiffahrtsgesellschaft Dodero entlassen worden waren; die Durchfuehrung eines Abkommens, das vom Transportministerium unterzeichnet war, und nach dem ein gemeinsames Komitee zu bilden war unter Anerkennung des Rechtes der Gewerkschaften, ihre eigene Gewerkschaftspolitik zu betreiben.

Die Internationale Transportarbeiterfoederation, der die argentinische Foederation angeschlossen war, sagte sofort ihre Unterstuetzung in diesem Streik zu. Sie erklaerte einen Boykott gegen argentinische Schiffe in allen Haefen der Welt. Hafnarbeiter anderer Laender weigerten sich, auf argentinischen Schiffen zu arbeiten. Trotzdem gelang es Peron, die streikenden Gewerkschaften nach 90 Tagen zum Nachgeben zu zwingen. Die Gewerkschaften erklaeerten, dass ihre wirtschaftliche Widerstandskraft erschöpft sei. Und so war es tatsaechlich.

Peron und seine beruehmte Frau Evita wandten einige bewaehrte Methoden an, um den Streik zu brechen. Auf der einen Seite wurde die traditionsgemaess stark antikommunistische Internationale Transportarbeiterfoederation als "offenkundig kommunistisch durchsetzte Organisation" verschrieen. Auf der anderen Seite bezeichnete dagegen Evita den Seefahrerstreik selbst als eine "vorwiegend kapitalistische Machenschaft." Zufaellich ist Evita der Arbeitsminister ihres Mannes fuer alle praktischen Zwecke.

Die Seefahrerfoederation war die letzte freie Gewerkschaftsgruppe, nachdem Peron mit Evitas Hilfe andere grosse Streiks gebrochen und die Gewerkschaften zerschlagen hatte. Im November 1949 streikten die Arbeiter der Zuckerindustrie der Provinz Tucuman, um hoehere Loehe zu erzielen. Unlaengst wurden sieben Arbeiter festgenommen, weil sie eine "illegale" Versammlung abgehalten hatten. Sie wurden von Perons Leuten misshandelt, sie versuchten "Gestaendnisse" aus ihnen herauszupressen. Ein Arbeiter namens Carlos Aguirre wurde hierbei getoetet. Sein verstuemelter Leichnam wurde von einem der Polizisten "gefunden", die ihn festgenommen hatten. Vor diesem Streik wurde bereits ein Ausstand der Gewerkschaft der Arbeiter der Fleischverarbeitungsindustrie niedergeschlagen.

Die falschen Vorstellungen, die man sich ueber Peron gemacht hatte, brachen vor drei Jahren zusammen, als Vertreter der AFL und der amerikanischen Eisenbahnergewerkschaften auf eine persoenliche Einladung des Diktators Argentinien besuchten. Peron dachte naetuerlich, dass er alles gut verborgen habe, sonst haette er die Amerikaner nicht nach Argentinien gerufen. Hierin hatte er sich jedoch getauescht. Die amerikanischen Gewerkschafter stellten ihn in einem Bericht ueber ihre Reise voellig bloss.

Die Amerikaner entdeckten, dass Peron zwei Methoden anwandte, um die Kontrolle ueber die Gewerkschaften zu erhalten. Einmal versagte er ihnen die gesetzliche Anerkennung, die sogenannte "personeria gremial", die argentinische Gewerkschaften benoetigen, um legal zu sein. Zum andern beauftragte er seine eigenen "administratoren" mit der Leitung der Gewerkschaftsangelegenheiten. Die Administratoren entzogen entweder den gewaehlten Funktionaeren einer Gewerkschaft alle Macht oder sie liessen solange waehlen, bis solche Kandidaten einen Wahlsieg davontrugen, die der Regierung genehm waren. Selbst Josef Stalin haette dies nicht viel besser fertig bringen koennen.

SHORTS
Labor Press Association
X/27/50

US-GEWERKSCHAFTEN GEGEN 45-STUNDEN WOCHE

Die Gewerkschaftsbewegung hat sich gegen die 45-Stunden Woche ausgesprochen, die von dem Praesidenten der General Motors C. E. Wilson vorgeschlagen worden war. Die Gewerkschaften sind gewillt und bereit, zu den Verteidigungsbemuehungen beizutragen, aber die Gewerkschaftsfuehrer sind der Meinung, dass die Industrie in der Lage ist, fuer die laengere Arbeitszeit die uebliche Ueberstundenbezahlung zu gewaehren.

Wilsons Vorschlag, in der jetzigen Zeit des Notstands erst bei 45 Stunden mit der Ueberstundenbezahlung zu beginnen und nicht bei 40 Stunden, wie es die geltende bundesstaatliche Gesetzgebung vorsieht, sollte eine Loesung des Problems des Mangels an Arbeitskraefte darstellen. Seit Mitte des Jahres belief sich die durchschnittliche Arbeitswoche der 12.900.000 Arbeiter der US-Industrie auf ueber 41 Stunden. Die Sprecher der Gewerkschaften wiesen darauf hin, dass sich die Gesteuerungskosten mit der Verlaengerung der Arbeitswoche senkten, und bewiesen an Hand statistischer Unterlagen aus dem Zweiten Weltkrieg, dass sich die Gesteuerungskosten selbst bei beträchtlichen Ausgaben fuer Ueberstundenarbeit nicht erhoehen.

Ein Vertreter der AFL erinnerte daran, dass der Kongress der AFL in Houston in Anbetracht der notwendigen Massnahmen zur Verteidigung seine Resolution fuer die Durchfuehrung der 30-Stunden Woche aufgeschoben habe.

Die Vereinigten Automobilarbeiter des CIO erklaeerten sofort, dass sie mit dem Vorschlag Wilsons nicht einverstanden seien. Der Sekretaer der VAA, Emil Masey, sagte woertlich: "In dem bundesstaatlichen Gesetz ueber Lohne und Arbeitszeit und in den Vertraegen der Automobilarbeitergewerkschaft gibt es keine Bestimmung, die die Industrien darin hindert, mehr als 40 Stunden in der Woche arbeiten zu lassen, um den zivilen Bedarf und den fuer die Verteidigung erforderlichen zu decken."

"Der Praesident der General Motors Wilson schlaegt lediglich vor, die Arbeiter woeentlich fuef Stunden laenger arbeiten zu lassen, ohne ihnen diese Ueberstunden bezahlen zu wollen, wozu die Gesetze und Vertraege die Unternehmen verpflichten."

"Die Automobilarbeitergewerkschaft hat zweimal in diesem Monat darauf hingewiesen, dass die Gewinne der Automobil- und Automobilzubehoerproduzenten skandaloesse Ausmasse angenommen haben. Wenn dauernde Ueberstundenarbeit notwendig wird, reichen diese Profite gewiss bei weitem aus, um die Unkosten decken zu koennen,

ohne dass die Regierung oder Privatkäufer fuer Automobile hoehere Preise zahlen muessen."

Mazey vertrat die Auffassung, dass Krediteinschraenkungen, die den Verkauf von Automobilen gedrosselt haetten, ferner der Mangel an Stahl und anderer Materialien sowie noch nicht erteilter Ruestungsauftraege "zumindest fuer eine gewisse Zeit Betriebsstillegungen und Arbeitslosigkeit, aber keinen Mangel an Arbeitskraefte zur Folge haetten."

Am darauffolgenden Tage berichtete die Lokalgewerkschaft Nr. 600 der Automobilarbeitergewerkschaft (Ford-Betriebe), dass die Ford Motor Company beabsichtige, "sofort" eine Betriebsstillegung vorzunehmen, wodurch 15% der 65.000 Arbeiter der Fabrik Rouge ihre Arbeit verlieren wuerden.

In Telegrammen an Praesident Truman, W. Stuart Symington, den Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsausschusses zur Ueberwachung und Sicherung der Hilfsquellen des Landes, an Henry Ford II und Walter Reuther, den Vorsitzenden der Automobilarbeitergewerkschaft, erklarte der Vorsitzende dieser Lokalgewerkschaft, Carl Stellatox: "Wir stehen vor sofortigen Entlassungen unserer Mitglieder auf Grund der angekuendigten Produktionskuerzungen fuer Automobile."

Stellatox stellte folgende Forderungen: Die Aufhebung der Kontrollen fuer Kredite mit einem Drittel Anzahlung und 15 Monaten Abzahlungsfrist; die Erweiterung der Produktionskapazitaet privater Stahlfirmen mit der von der Regierung gesteuerten Stahlerzeugung als Alternative; eine Ueberpruefung der Ruestungsauftraege, um zu verhueten, dass zur Zeit arbeitende Betriebe Arbeiter entlassen muessen; festzustellen, inwieweit Mangel an allen wesentlichen Materialien herrscht; und schliesslich eine groessere Beteiligung der Gewerkschaften an den Entscheidungen, die mit der Kriegs- und Zivilproduktion in Zusammenhang stehen.

Sprecher der Gesellschaften erklarten, die Betriebsstillegungen seien nur voruebergehender Natur und durch Umstellungen auf neue Modelle bedingt.

SHORTS
Labor Press Association
X/27/50

DER GEWERKSCHAFTSKONGRESS DER SCHWEIZ

Interne Angelegenheiten der Schweiz und der Anschluss an den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften beschaeftigten den 31. Jahreskongress der schweizerischen Gewerkschaften.

Der Beschluss, dem IBFG beizutreten, fuer den mit 325 gegen 22 Stimmen gestimmt worden war, war der letzte Akt einer dreitaegigen Sitzung, die in der Kongresshalle in Luzern stattfand.

Nahezu 500 Personen nahmen an den Sitzungen teil, von denen 375 Delegierte waren, die fast 400.000 organisierte Arbeiter der Schweiz repraesentierten.

Einer kleinen kommunistischen Gruppe gelang es nicht, die Arbeit des Kongresses zu behindern. Zu Beginn der Sitzungen hatten die Kommunisten bei einer Abstimmung ueber eine Resolution, die die bundesstaatlichen Finanzreformen unterstuetzte, den 335 Stimmen 16 ablehnende gegeneuberstellen koennen. Dieser Resolution lag die

Ueberzeugung der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung zugrunde, dass das Steueraufkommen der Zentralregierung nicht ausreicht, um die lebenswichtigen allgemeinen Beduerfnisse decken zu koennen, und dass die einzelnen Kantone ueber zuviel Steuergewalt verfuesen. Die Resolution fordert insbesondere, dass die Gewerkschaften diese Steuerreformen unterstuetzen, wenn das Schweizer Volk in einer Urabstimmung ueber sie zu entscheiden hat.

Der Generalsekretaer des Kongresses Giacomo Bernasconi ist der Ansicht, dass die Kommunisten durch ihre fruehzeitige und ueberwaeltigende Niederlage mutlos wurden. Infolgedessen wurden alle uebrigen Resolutionen zu internen Fragen einstimmig angenommen. Auch der Verwaltungsbericht der Exekutive fuer die vergangenen drei Jahre fand die Zustimmung des Kongresses.

In den vom Kongress angenommenen Resolutionen wurde eine Gesetzgebung gefordert, die

1. allen Kollektivvertraegen eine gesetzliche Grundlage gibt. Gegenwaertig unterliegen nur einzelne, von der Regierung anerkannte Vertraege der Gerichtsbarkeit der Gerichtshoefe.

2. die verschiedenen Arbeitsgesetze in einem umfassenden, modernen Gesetz zusammenfasst, das vor allem die Verkuerzung der Arbeitszeit entsprechend der jeweiligen Entwicklungsstufe der Industrie vorsieht, den jungen Arbeitern in Uebereinstimmung mit den bestehenden internationalen Konventionen den vorgesehenen Schutz gewaehrt, den Arbeitern die Beteiligung an der Verwaltung der sozialen Einrichtungen sichert und die Unfallversicherung verbessert.

3. die staatliche Kontrolle ueber das private Transportgewerbe in bezug auf Tarif-, Ladungs-, und Entfernungsbestimmungen erweitert, um eine bessere Grundlage fuer die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften zu schaffen.

4. die Lebensversicherungspraemien fuer selbstaendige Arbeiter senkt und groessere Sicherheit gegen eine missbraeuchliche Verwendung der Lebensversicherungsfonds fuer andere Zwecke bietet.

5. die Bestimmungen ueber Arbeitslosigkeit revidiert, damit die Unternehmer groessere Beitraege an die Arbeitslosenversicherung zahlen und zwar als Kopf- und nicht als Pauschalbetraege, und die gegen den Missbrauch der Arbeitsvermittlungsbueros gerichtet ist, die an Arbeitslose Arbeitsplaetze vermitteln sollen.

In einer anderen Erklaerung von internationaler Bedeutung brachte der Kongress warnend zum Ausdruck, dass der Konflikt in Korea und seine wirtschaftlichen Folgen die Stabilitaet der Preise in der Schweiz gefaehrdet und die bisherigen Erfolge im Kampf gegen die Inflation in Frage stellt. Durch die Wiederaufruestung, heisst es in einer einstimmig angenommenen Resolution, stiegen die Preise an, und die Regierung hat noch keine Gegenmassnahmen ergriffen. Die Gewerkschaften waren mit der Aufhebung der Preiskontrollen nicht einverstanden und sprachen die Warnung aus, dass sie sich das Recht vorbehielten, die Loehne zukuenftigen Steigerungen der Lebenshaltungskosten anzupassen.

ECA Labor Information

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 41

Frankfurt, 15. Dezember 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Besteuerung uebermaessiger Unternehmergewinne in den USA gefordert - - - - -	1
Regierungspolitik, Gewerkschaften und Schlüsselindustrien - - - - -	3
Eugenie Anderson spricht zu daenischen Gewerkschaftern - - - - -	7
Mehr Kapitalien fuer Anlagegueter verfuegbar - -	10
Pensionsfonds fuer hollaendische Bauarbeiter - -	12
Hauptziel des Punkt-Vier-Programms ist Produktionssteigerung - - - - -	12
Leiter der ECA fordert gerechteren Anteil fuer die Arbeiter - - - - -	13
William Green fordert sofortige Preiskontrollen	14
Parkman: Weltfriede haengt von der Haltung europaeischer Arbeiter ab - - - - -	16

BESTEUERUNG UEBERMAESSIGER UNTERNEHMERGEWINNE IN DEN USA GEFORDERT

Der amerikanische Finanzsekretaer John B. Snyder hat den zustaendigen Ausschuss des Repraesentantenhauses ersucht, eine Steuer auf uebermaessige Gewinne grosser Gesellschaftsunternehmen zu bewilligen.

Diese Steuer soll dann auferlegt werden, wenn die Gewinne eines Unternehmens 75% seiner in den drei besten Jahren des Zeitraums 1946 - 1949 erzielten Profite ueberschreiten. Auch das investierte Kapital soll bei der Berechnung der Steuer zugrundegelegt werden, wenn die Gewinne des Unternehmens auf dieser Basis einfacher zu errechnen sind.

Obwohl Snyder eine vorbereitete Erklaerung vorlas, die eine meisterhafte Darlegung vieler Gesichtspunkte darstellte, die im

Zusammenhang mit einer Steuer fuer uebermaessige Gewinne eine Rolle spielen, stellte er, nachdem Kongressmitglieder Fragen an ihn richteten, erneut unter Beweis, dass er im Grunde ein konservativer Finanzmann ist. Vor seiner Berufung ins Kabinett war er Bankier in St. Louis.

Snyder brachte seinen Antrag ein, nachdem Praesident Truman am Tage zuvor den Vorsitzenden des Ausschusses, Bob Doughton aus Nord-Karolina, ersucht hatte, eine Steuer fuer uebermaessige Gewinne rueckwirkend bis zum 1. Juli 1950 einzufuehren. Snyder weiserte sich jedoch, dieses Datum der Rueckwirkung zu befuehrt werden, und man weiss, dass er damit nicht einverstanden ist. Seine Antworten auf verschiedene Fragen bewiesen ausserdem, dass er in bezug auf dieses Gesetz kein uneingeschraenkter Fuersprecher des Fair Deal ist.

Snyders Erklarungen zufolge wuerde die Verwirklichung des Regierungsvorschlags das Steueraufkommen des mit dem 1. Juli 1950 beginnenden Haushaltsjahres 1951 um vier Milliarden Dollar erhoehen. Er forderte jedoch, dass der Kongress keinen Termin festlegt, an dem das Steuerprogramm beendet sein soll, das sich ueber eine Reihe von Jahren erstrecken wird. Er wies darauf hin, dass dieser Vorschlag zu einer Besteuerung uebermaessiger Gewinne nur ein Vorlaeufer anderer, noch einschneidenderer Vorschlaege sei, mit denen man rechnen muesse, sobald das Verteidigungsprogramm im Gange sei.

Die Gewinnsteuer wuerde auf folgende Weise berechnet werden: ein Gesellschaftsunternehmen, das wesentliche Gewinne bei der Kriegsmaterialproduktion erzielt, muesste sich zuerst entscheiden, ob drei Jahre des Zeitraums 1946 - 1949 oder sein investiertes Kapital (in den Unternehmen investiertes Geld einschliesslich "einbehaltener Ersparnisse") als Steuergrundlage verwendet werden sollen.

Nehmen wir an, dass man sich fuer einen Zeitraum entschieden und herausgefunden hat, dass die Jahre 1947 bis 49 dem Unternehmen nach dem Kriege die meisten Gewinne eingebracht hat. Nehmen wir weiter an, dass sich die Gewinne in diesen Jahren durchschnittlich auf zehn Millionen Dollar beliefen. 75% dieses Betrages sind 7.500.000 Dollar. Alle Jahresgewinne ueber diesen Betrag hinaus unterliegen einer Besteuerung fuer uebermaessige Gewinne, die ueber 75% hinausgehen. Die "normalen" Gewinne dagegen werden nach der regulaeren Gesellschaftseinkommensteuer mit 45% versteuert.

Snyder lehnte die Vorschlaege des Komitees fuer Wirtschaftliche Entwicklung und Nationalen Fabrikantenverbandes (National Association of Manufacturers) ab. Das Komitee fuer Wirtschaftliche Entwicklung hatte eine einfache Erhoehung des Steuersatzes fuer Unternehmereinkommen vorgeschlagen. Snyder erwiderte, dass damit alle Gesellschaftsunternehmen unterschiedslos eine Steuer von 57% zahlen muessten, wodurch "sich das Verteidigungsprogramm noch unterschiedlicher auswirken und solchen Unternehmen, deren Einkommen zurueckgehen, besondere Haerten auferlegen wuerden." Er erklarte ausserdem, er habe zusammen mit seinen Mitarbeitern einen Vorschlag des Nationalen Fabrikanten-Verbandes "in Betracht gezogen", der vorsieht, keine Steuer auf uebermaessige Gewinne einzufuehren, den gegenwaertigen Steuersatz fuer Unternehmereinkommen zu senken und den Unternehmern eine Umsatzsteuer aufzuerlegen, die letzten Endes die Verbraucher bezahlen muessten.

Der Sekretaer fuehrte weiter aus, dass der Praesident mit der Steuer fuer uebermaessige Gewinne drei Ziele zu erreichen gedenke:

Die gesteigerten Kosten fuer die Produktion von Kriegsmaterial zu decken, der Inflation zu begegnen und die grossen Gewinne bei der Kriegsmaterialproduktion zu versteuern. Er wollte jedoch nicht den Eindruck erwecken, dass er sich den Wuenschen des Praesidenten anschliesse.

Daily News Service
11/5/50

John W. Gibson, stellvertretender US-Arbeitsminister:

REGIERUNGSPOLITIK, GWERKSCHAFTEN UND SCHLUESSELINDUSTRIEN

Es ist noch garnicht allzu lange her, dass das Interesse der amerikanischen Regierung am Tarifverhandlungswesen, offen gesagt, ziemlich negativer Art gewesen ist. Jene Arbeiter, die sich zu Beginn des vorigen Jahrhunderts zu gewerkschaftsaehnlichen Vereinigungen zusammenschlossen, wurden als Verschworer gegen ihre Arbeitgeber gerichtlich verfolgt. Diese wirksamen Gegenmassnahmen fuehrten dazu, dass jene Maenner und Frauen, die nach Gerechtigkeit bei den Maennern suchten, an deren Maschinen sie arbeiteten, in ihren Bemuehungen behindert und enttaeuscht wurden.

Vor mehr als einhundert Jahren wurde diese negative Einstellung der Regierung zum erstenmal durchbrochen. Im Jahre 1841 erklaerte ein staatlicher Gerichtshof in Massachusetts, dass der Zusammenschluss der Arbeiter in Gewerkschaften eine legale Handlung sei. Doch selbst nach dieser Zeit wurden die Unternehmer in ihrer antigewerkschaftlichen Taetigkeit natuerlich keineswegs behindert. Von 1841 bis zum Beginn des New Deal wandelte sich die urspruenglich gewerkschaftsfeindliche Haltung der Regierung in gleichgueltige Neutralitaet. Rein technisch gesehen hatten die Arbeiter das Recht, sich zu organisieren; gleichzeitig jedoch waren die Unternehmer berechtigt, alle Arbeiter zu entlassen, die von diesem ihrem Recht Gebrauch machten. Angesichts der grosseren wirtschaftlichen Staerke der Unternehmer hoben sich diese beiden Rechte nicht nur gegenseitig auf, sondern die "neutrale" Haltung der Regierung war in ihrem Endeffekt praktisch eine Unterstuetzung der Unternehmer. Die Zeit der sogenannten Neutralitaet fand mit der Bewilligung des Gesetzes von Norris LaGuardia im Jahre 1932 ihr Ende, in dem die unglueckseligen, sogenannten "yellow-dog"-Vertraege ("gelbe Hunde") fuer ungesetzlich erklaert und es den privaten Vertragspartnern unmoeglich gemacht wurde, gesetzliche Streikverbote gegen die Gewerkschaften durchzusetzen.

("Yellow-dog"-Vertraege enthalten die Bestimmung, dass der Arbeiter keiner Gewerkschaft angehoren darf, andernfalls er sich mit seiner Entlassung einverstanden erklaert).

Mit Beginn des New Deal begann ein neuer Abschnitt in der Entwicklung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, eine Zeit, in der die Regierung keine uninteressierte neutrale Haltung mehr in der Frage der Kollektivverhandlungen einnahm. Sie erklaerte stattdessen eindeutig und unverbruechlich, dass sie gewillt sei, das Koalitionsrecht der Gewerkschaften zu schuetzen. Garantiert wurde dieses Recht zum erstenmal im Nationalen Wiederaufbau Gesetz (National Recovery Act). Innerhalb von 40 Tagen, nachdem dieses Gesetz fuer verfassungswidrig erklaert worden war, unterzeichnete Praesident Roosevelt dann das Gesetz zur Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (National Labor Relations Act). Dieses Gesetz, das gewoehnlich als Wagner-Gesetz bezeichnet wird, ist seitdem fuer die Bevoelkerung der Vereinigten Staaten der Ausgangspunkt fuer eine fortschrittliche Arbeitsgesetzgebung gewesen.

Es hat der nationalen Politik eine neue Form gegeben, indem es die Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, die naturgemäss die Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen, in die Interessensphaere der Bundesregierung einbezog. In dem Gesetz wird festgestellt, dass unzuulaengliche Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf die Weigerung der Unternehmer zurueckzufuehren sind, ihren Arbeitnehmern das Tarifverhandlungsrecht zuzugestehen. Es heisst darin nicht nur, dass Tarifverhandlungen erlaubt sind - diese Politik war seit vielen Jahren betrieben worden - sondern der Kongress ging weiter und erklarte, die Regierung beguenstige Tarifverhandlungen. In der Zwischenzeit waren die Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den Vereinigten Staaten einer Untersuchung unterzogen worden, die die Ursachen dieser Streitigkeiten und ihre nachteiligen Auswirkungen auf die Wirtschaft als Gesamtheit beleuchtet hatte. Diese Ergebnisse fuehrten zu der Folgerung, dass die Arbeiter ermutigt werden muessen, sich Organisationen anzuschliessen, die fuer sie mit den Arbeitgebern verhandeln. Das Gesetz stellte jedoch nicht nur eine blosser Erklaeerung zu der neuen Politik der Regierung dar. Es errichtete ausserdem einen Rahmen, in dem diese Politik zur Ausfuehrung kommen sollte. So wurde der Bundesausschuss fuer Arbeitsfragen (National Labor Relations Board) geschaffen, der seine Entscheidungen im Falle einer Verletzung dieser Rechte zu treffen hatte, und dem es oblag, eine Einrichtung in Funktion zu setzen, deren Aufgabe es war, eine demokratische Schlichtungsmethode auszuarbeiten, durch die mit Hilfe von Abstimmungen ueber Tarifverhandlungen und unter Vermeidung von Streiks festzustellen war, ob die Arbeitnehmer wuenschen, durch eine Gewerkschaft in Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern vertreten zu werden.

Bei einer solchen Neuerung musste natuerlich mit einer hartnaeckigen Opposition gerechnet werden. Diese Opposition kam zwei Jahre spaeter zum Erfolg, als es ihr gelang, die Bewilligung des Taft-Hartley-Gesetzes durchzusetzen. Das Wagner-Gesetz hatte jedoch auf die Gemueter der arbeitenden Menschen der Vereinigten Staaten einen solchen Eindruck gemacht, dass die Urheber des Taft-Hartley-Gesetzes nicht umhin konnten, wenigstens nach aussen hin die Ziele des Wagner-Gesetzes zu uebernehmen. Sie taten dies, indem sie die in dem Wagner-Gesetz enthaltene Erklaeerung aufrechterhielten, die besagt, dass Tarifverhandlungen im Sinne der Politik der Vereinigten Staaten gefoerdert werden muessen. Die Bestimmungen des Taft-Hartley-Gesetzes widersprechen jedoch den in diesem Gesetz festgelegten Zielen.

Um eine Basis zu schaffen, von der aus die Arbeitspolitik der US-Regierung eroertert werden kann, muss gezeigt werden, in welcher Hinsicht das Taft-Hartley-Gesetz der in ihm zum Ausdruck gebrachten Absicht widerspricht, das Koalitionsrecht der Arbeiter schuetzen zu wollen. Nach dem Wagner-Gesetz waren die Unternehmer verpflichtet, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Nachdem die beiden Parteien jedoch uebereingekommen sind, bleiben sie nach diesem Gesetz bei der Bearbeitung ihrer Probleme sich selbst ueberlassen. Nach dem Taft-Hartley-Gesetz dagegen bleibt die Regierung bei den Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften nicht ausgeschlossen, sondern sie zwingt den beiden Parteien ihre Entscheidungen selbst dann auf, wenn die Verhandlungen schon im Gange sind. Die Regierung ist in dieser Lage mit einer unerwuenschten Schwiegermutter zu vergleichen, die den Jungverheirateten nach der Hochzeit nicht von der Seite weicht und dadurch den Neuvermaehlten die verabredeten Plaene vereitelt.

Experten auf dem Gebiet der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind der Ansicht, dass, nachdem die Rechte beider

Parteien stabilisiert sind und sie von diesen Rechten freien Gebrauch machen koennen, die Regierung bei Tarifverhandlungen solange nichts zu suchen hat, bis es die Umstaende erfordern, dass sie sich einschaltet, um die Streitfragen schlichten zu helfen. Wie verschieden sind aber die Ziele, die man mit dem Taft-Hartley-Gesetz verfolgt:

Nach seinen Bestimmungen mischt sich die Regierung in die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ein und erklart zum Beispiel, sie sollten sich nicht auf die sogenannte "closed-shop" Betriebsform einigen, selbst wenn sich dieses System in ihrer Industrie jahrelang bewahrt hat. (Ein "closed-shop" ist ein Betrieb, in dem jeder gewerkschaftlich organisiert sein muss). Die Regierung erklart den Gewerkschaften - nicht den Unternehmern - dass sie ihren Finanzbericht der einen Behoerde und eidesstattliche, schriftliche Erklaerungen ueber die Nichtzugehoerigkeit der Funktionaere zur kommunistischen Partei einer anderen vorlegen muessen, bevor sie die Regierung um eine Zusicherung ihrer Rechte ersuchen. Sie erklart der Gewerkschaft ausserdem, dass sie einen "union-shop" Vertrag nur dann beantragen kann, wenn zuvor eine Abstimmung stattgefunden hat, bei der sich die Mehrheit aller Wahlberechtigten dafuer ausgesprochen hat, dass die Gewerkschaft eine derartige Vertragsbestimmung beantraegt. Auf diese und viele andere Arten des Einflusses sitzt die Regierung am Verhandlungstisch und mehrt an die Rechte beider Parteien. Die Regierung ist damit zum erstenmal in der Geschichte der USA in die Substanz und nicht nur in das Verfahren der Tarifverhandlung eingedrungen. Dies ist ein fuer die Arbeiterschaft und auch fuer die Unternehmer gefaehrlicher Praezedenzfall.

Es ergibt sich nun die Frage, welcher Platz der Regierung auf dem allgemeinen Gebiet der Kollektivverhandlung zukommt. Die Regierung selbst stellt eine Verschmelzung zweier entgegengesetzter Tendenzen dar. Auf der einen Seite ist sie "ein Monopol des Zwangs" - sie legt den Buergern Beschraenkungen in ihren Taetigkeiten auf, wenn diese Taetigkeiten mit den Freiheiten anderer nicht zu vereinbaren sind. Unter diesem Blickwinkel sind diejenigen, die am wenigsten regiert werden, am besten regiert. Die entgegengesetzte Tendenz ist die der Zusammenarbeit. Die Regierung hilft den Buergern, sich gegenseitig zu helfen. Die Verschmelzung dieser beiden Tendenzen bestimmt den Charakter einer jeden Regierung. In einer Demokratie werden die Aspekte des Zwangs, den die Regierung ausuebt, auf ein Minimum reduziert, und die Momente der gegenseitigen Selbsthilfe auf ein Maximum ausdehnt.

Die allgemeine Politik der USA-Regierung in der Arbeitsgesetzgebung muss aus zwei Gruenden durch eben diese Betonung der gegenseitigen Selbsthilfe gekennzeichnet sein: sie ist dadurch demokratischer, und sie funktioniert besser.

Als Charles E. Wilson, der Praesident der General Motors, im Jahre 1947 vor dem Senatsausschuss fuer Arbeitsfragen sein Gutachten erstattete, wies er auf die Tatsache hin, dass seine Gesellschaft von dem Nationalen Ausschuss fuer Arbeitsfragen (National War Labor Board) in der Kriegszeit gezwungen worden war, eine Bestimmung in ihren Vertrag mit der Gewerkschaft aufzunehmen, nach der die Arbeiter verpflichtet waren, ihre Mitgliedschaft in der Gewerkschaft aufrechtzuerhalten. Er wies auf seine damalige Erklarerung hin, in der er sich gegen die Annahme einer solchen Vertragsbestimmung ausgesprochen hatte:

"Die General-Motors Gesellschaft ist der Auffassung, dass die Gesetze der Vereinigten Staaten so beschaffen sind, dass jeder freie wahlen kann, ob und welcher Gewerkschaft er angehoren will. Und

damit halten wir an unserer Ueberzeugung fest, dass es unangebracht ist, eine Gesellschaft zu zwingen, ihren Arbeitnehmern die Aufrechterhaltung ihrer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft als Beschaeftigungsbedingung aufzuerlesen."

Nach dem Kriege war das gleiche Unternehmen und die Gewerkschaft in einen langwierigen Streik verwickelt. Einer der umstrittensten Punkte war die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft. Dieses Problem wurde schliesslich dadurch geloeset, dass sich die Gewerkschaft mit der Beibehaltung des Systems der Einziehung der Gewerkschaftsbeitraege durch das Lohnbuero einverstanden erklarte. Das Verfahren der Kollektivverhandlung in einer freien Gesellschaftsordnung hat die Haltung der beiden Parteien inzwischen jedoch soweit geaendert, dass sie sich in dem ausgezeichneten Fuenfjahresvertrag auf eine Bestimmung ueber gewerkschaftliche Sicherheit einigen konnten, die noch wesentlich weiter geht als die Klauseln, gegen die Wilson waehrend und unmittelbar nach dem Kriege Einspruch erhoben hatte. In einer Ansprache an den Nationalen Presseklub in Washington konnte Wilson sagen:

"Wir sind der Auffassung, dass die Vertragsbestimmungen ueber die gewerkschaftliche Sicherheit, die das Problem der "union-shop" Betriebsform loesen, praktisch und durchfuehrbar sind, und im Sinne unserer bestehenden Arbeitsgesetzgebung liegen, sie entsprechen auch den Wuenschen der Mehrzahl unserer Arbeitnehmer, die unter die Bestimmungen dieses Vertrages fallen."

Ein anderer Gesichtspunkt dieser Politik, die weit eher auf Zusammenarbeit als auf Zwang beruht, ist die Forderung, dass die Regierung groesseren Wert darauf legt, Streitigkeiten auf den Grund zu gehen als Streiks beizulegen. Ein positives Programm zur Vermeidung eines Streiks ist wichtiger als die Erfolge in der Beilegung von Streiks. Es ist Professor Feinsinger in seinem interessanten Artikel ueber die Entwicklung der Arbeitsgesetzgebung in der letzten Jahrhunderthaelfte ausserordentlich gut gelungen, diesen Gesichtspunkt in Worte zu fassen. Professor Feinsinger sagt:

"Der industrielle Unfriede im Jahre 1950 kann nicht dadurch behoben werden, dass man Streiks und Aussperrungen verbietet. Wie die Erfahrung hier und im Ausland gelehrt hat, waere dieser Kurs nicht nur undemokratisch, sondern auch unwirksam. Die Erfahrung hat ebenfalls gezeigt, dass auf dem heiklen Gebiet der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Gewalt nur noch staerkere Gegenkraefte erzeugt und nicht nur wirkungslos bleibt, sondern die Achtung vor dem Gesetz untergraebt."

Was die Streitigkeiten in den Schluesselindustrien betrifft, so wird mancher sagen, "es sei recht schoen, von freiwilligen Loesungen der Probleme zwischen Arbeitern und Unternehmern zu sprechen; wie verhalte es sich jedoch mit jenen wichtigen Industrien, die vor der Oeffentlichkeit einen Streik nicht verantworten koennen? Ist in jenen Faellen ein gewisser Zwang nicht unvermeidlich?" Zwang waere als Loesung moeglich, wenn er nicht zwei Grundprinzipien der allgemeinen Politik der USA widersprechen wuerde. So schwer es auch erscheinen mag, muss die Anwendung einer schnellen Heilmethode vermieden werden; es muss mit allen Mitteln daran gearbeitet werden, Vorkehrungen zu schaffen, durch die Streiks vermieden werden koennen.

Das Taft-Hartley Gesetz enthaelt eine Streikbestimmung fuer Notfaelle, die jedoch erst dann wirksam wird, nachdem der Meiste

Schaden angerichtet ist. Man darf nicht auf Notfuelle warten, um zu handeln. Vor allem ist es sehr schwierig, zu definieren, was ein Notfall ist. Die gleiche Streitigkeit in einer Schluesselindustrie kann oder kann auch nicht ein Notfall sein, was von den folgenden drei Bedingungen abhaengt: erstens kann die vorherrschende wirtschaftliche Lage darueber entscheiden, ob es sich um einen Notfall handelt oder nicht. Ein Eisenbahnerstreik kann zum Beispiel viel eher zu einem Notstand fuehren als ein Stahl- oder Kohlestreik im Sommer. Zweitens kann auch die politische Atmosphaere, in der die Streitigkeiten gefuehrt werden, darueber entscheiden, ob ein Notstand vorliegt. In Anbetracht der heutigen internationalen Spannungen kann ein Streik in der Flugzeugindustrie viel eher einen Notstand heraufbeschwoeren als beispielsweise vor 15 Jahren. Ein dritter entscheidender Faktor ist der Grad der gewerkschaftlichen Organisation der in die Streitigkeit verwickelten Gewerkschaft. Wenn nur zehn Prozent der Arbeiter einer wichtigen Industrie organisiert sind und mit Streik drohen, ist es bei weitem nicht so bedeutungsschwer, als wenn die gesamte Erwerbsbevoelkerung droht, die Arbeit niederzulegen. Auf der anderen Seite kann eine kleine Gruppe Arbeitnehmer in einer Schluesselstellung in der Industrie das Schicksal der gesamten Industrie in ihren Haenden halten.

Das Interesse der Oeffentlichkeit an der Behandlung der Streitigkeiten in Schluesselindustrien entstammt der in den letzten zwanzig Jahren um sich greifenden Tendenz, Schluesselindustrien zu zentralisieren, und die bereits recht starken Gewerkschaften in diesen Industrien noch zu vergraessern. Industrie und Gewerkschaften betreiben in zahlreichen Schluesselindustrien eine eng koordinierte Arbeitspolitik.

Pressemitteilung des US-Arbeitsministeriums
6/29/50

EUGENIE ANDERSON SPRICHT ZU DAENISCHEN GEWERKSCHAFTLERN

Eugenie Anderson ist Gesandtin der Vereinigten Staaten in Daenemark. Es ist bezeichnend genug, dass das amerikanische Aussenministerium eine Frau nach Kopenhagen delegierte. Die daenischen Gewerkschaften schaeetzen Eugenie Anderson, obwohl sie mit der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung nur geringe Beruehrungspunkte hatte.

Eugenie Anderson berichtete in ihrer Rede zu daenischen Gewerkschaftern in Kopenhagen ueber die Fortschritte, die die amerikanischen Gewerkschaften in den letzten 15 Jahren erzielt haben. Von 150 Millionen Amerikanern sind 15 Millionen gewerkschaftlich organisierte Gewerkschafter, 1930 waren es nur drei Millionen. Im Gegensatz zu Daenemark und auch zu Deutschland gibt es in den Vereinigten Staaten fuef groessere Gewerkschaften: Die amerikanische Foederation der Arbeit (AFL) mit acht Millionen Mitgliedern, den Kongress der industriellen Organisationen (CIO) mit sechs Millionen Mitgliedern, die Bruderschaft der Eisenbahner, die Vereinigte Bergarbeitergewerkschaft und die Unabhaengige Maschinistengewerkschaft.

Alle diese Gewerkschaften arbeiten gemeinsam mit den uebrigen kleineren Verbaenden unablaessig an der wirtschaftlichen Besserstellung der Arbeiterschaft. Dies ist jedoch nicht nur auf dem Wege ueber Tarifverhandlungen geschehen, sondern auch durch den Einfluss der Gewerkschaften auf die Arbeitsgesetzgebung. So betrug die Zahl der Arbeitsstunden in der Woche bereits im vergangenen Jahr durchschnittlich 40 Stunden, waehrend vor 50 Jahren im Durchschnitt 59 Stunden das uebliche waren. Die Loehne des Jahres 1900 sind schwer mit denen von heute, in Dollar gerechnet, zu ver-

gleichem, aber der heutige Durchschnittswochenlohn von 57 Dollar fuer einen Fabrikarbeiter ist, in Kaufkraft gerechnet, mehr als doppelt so hoch als im Jahre 1900.

Andere gewerkschaftliche Erfolge wurden vor allem auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen und der Sozialversicherung erzielt. Heute konzentriert sich das Interesse der Gewerkschaften auf Unterstuetzungseinrichtungen, auf Kranken- und Rentenversicherungen. Im vergangenen Jahr haben die Stahl- und die Automobilarbeiter neue Tarifvertraege unterzeichnet, in denen eine Mindestpension von 100 Dollar im Monat festgelegt ist.

Die Gewerkschaften waren sich sehr frueh darueber im klaren, dass nur dann Erfolge bleibender Natur erzielt werden koennen, wenn auch auf das politische Geschehen Einfluss genommen wird. Sie blieben aber voellig undoktrinaer in ihrem politischen Charakter, sie konnten somit auch nicht sozialistisch orientiert sein. Die sozialistische Partei ist in den Vereinigten Staaten ebenso klein und einflusslos wie andere Splitterparteien, sie hat weder im Kongress noch im Senat auch nur einen einzigen Vertreter. So ergab sich fuer die amerikanischen Gewerkschaften das eigenartige Bild, das sie in dem einen Staat fuer die Kandidaten der demokratischen, in dem anderen fuer den der republikanischen Partei sich einsetzten. Die Hauptsache war nicht die Partei, sondern die Persoenlichkeit - zeigte sich diese als Freund der Arbeiterschaft und als Gegner des Unternehmertums, so war sie der Unterstuetzung der Gewerkschaften sicher.

Diese Periode der gewerkschaftlichen politischen Arbeit erfuehr jedoch eine Aenderung, als 1946 das Taft-Hartley-Gesetz angenommen wurde, das die Gewerkschaften, wie von ihrer Seite aus immer wieder betont wird, in ihrer Arbeit schwer behindert. Seit jener Zeit wurden immer staerker die Demokraten unterstuetzt. Hier haben die Gewerkschaften auch im Laufe der Zeit einen nicht unbetraechtlichen Einfluss gewonnen. Der Gedanke, eine eigene Arbeiterpartei zu gruenden, ist immer wieder verworfen worden, da allgemein die Ansicht vorherrschte, es sei besser, in einer der bestehenden Parteien eine genuegende Staerke zu entwickeln. Zu gleicher Zeit begannen die Gewerkschaften damit, die praktische Schulungsarbeit einzufuehren und die Organisation weiter auszubauen.

Heute beschaeftigen die groesseren gewerkschaftlichen Verbaende hauptamtliche Sekretaere, die einzig und allein fuer die politische Arbeit verantwortlich sind. Sie verfuegen ueber einen Stab hauptamtlicher Sekretaere, die auch in der Zeit zwischen den Wahlen ununterbrochen taetig sind. In besonderen Kursen wird die politische Situation erlaeutert, aber im Vordergrund steht die politische Schulung, wobei die Hoerer nicht nur in die Gesetzgebung und die kommende politische Entwicklung eingefuehrt werden, sondern zugleich die Technik und die Praxis des Wahlkampfes kennen lernen. Diese konsequente politische Schulungsarbeit hat dazu gefuehrt, dass die Vorstaende der Demokratischen Partei der meisten grossen noerdlichen Industriestaaten entweder Gewerkschaftsfunktionaere oder Persoenlichkeiten sind, die mit den Bestrebungen der Gewerkschaften stark sympathisieren. Die fruehere Form der Partei-maschinerie besteht im Grunde nicht mehr, wie es noch vor zehn Jahren der Fall war. Heute stehen an der Spitze der oertlichen Parteiorganisation der Demokraten sehr haeufig Gewerkschafter, die die sogenannte Kleinarbeit durchfuehren und vor allem die Werbetrommel ruehren. Es kommt hinzu, dass neben dem gewerkschaftlichen Einfluss in den einzelnen Ortsgruppen auch auf der Landesbasis eine staendige Einvernahme zwischen Gewerkschaften und demokratischen Politikern die Regel ist.

Noch auf einen anderen Erfolg der Gewerkschaften muss hingewiesen werden, auch wenn diese Politik fuer den Aussenstehenden nicht allzu wichtig erscheint. Die gewerkschaftliche Arbeit ist immer staerker in den Gemeinden zu verspuehen. Zwar ist diese Entwicklung nur allmaehlich vor sich gegangen. Es muss vorausgeschickt werden, dass es in den einzelnen Gemeinden eine groessere Anzahl Buergervereinigungen gibt, die nicht selten ziemlich offen recht eigennuetzige Ziele verfolgen. Sie verfuegen oft ueber nicht allzu viele Mitglieder, die jedoch durch eine geschickte und zweckmaessige Publizitaet mehr als wettgemacht wird. Gerade diese Zersplitterung der Interessen, die Vielfalt und die gegenseitige Konkurrenz der Buergervereine erleichterte es den Gewerkschaften, sich in der Kommunalarbeit sehr schnell durchzusetzen. Heute sprechen die Stadtvaeter zumeist zuerst mit den Gewerkschaften ueber ihre Plaene, um ihre Unterstuetzung zu gewinnen. Willigen die Gewerkschaften ein, wobei nicht selten die Plaene einige Aenderungen erfahren, so werden die Gewerkschaftsmitglieder ueber die Projekte unterrichtet und sie helfen dann, dass diese Projekte verwirklicht werden koennen. Die Gewerkschaften selbst sorgen dann fuer die notwendige Propaganda, wobei auch die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfuegung gestellt werden.

Die Arbeit in den Kommunalverbaenden hat indirekt den Wirkungsbereich der Gewerkschaften beträchtlich vergrößert. Es liegt auf der Hand, dass sich in den kommunalen Koerperschaften Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmer begegnen. In diesen Verhandlungen waren die beiden Interessentenvertreter oft der gleichen Meinung, wenn es sich um Antraege handelte, die dem wohlverstandenen Nutzen der Gemeinde diene. Die in diesen Verhandlungen zutage tretende Atmosphaere der gegenseitigen Achtung und Wertschaetzung fuehrte dazu, dass auch bei Tarifverhandlungen eine entspanntere Situation gegeben war. In jedem Falle haben die Gewerkschaften durch ihre uneigennuetzige Taetigkeit in den Gemeinden sich sehr viele Sympathien erworben. Den Beweis hierfuer lieferte der grosse Streik der Stahl- und Automobilarbeiter im Jahre 1946, der bei den Gemeindevertretern eine wohlwollende Sympathie fand - frueher bedeutete jeder Streik fuer den Buenger eine scheussliche Angelegenheit. Ebenso ist der wachsende Einfluss der Orts-gewerkschaften auf die Unzahl der Buergervereine nicht zu verkennen, mit der Unterstuetzung der Gewerkschaften geht es zumeist leichter und flotter. Natuerlich buerden sich die Gewerkschaften mit diesem neuen Arbeitsgebiet eine viel groessere Verantwortlichkeit auf, aber sie foerdern damit indirekt ihren organisatorischen Einfluss und ihre Staerke.

Die amerikanischen Gewerkschaften haben aber nicht nur in der Innenpolitik eine wichtige Rolle gespielt, sie haben nach dem Kriege einen ebenso bedeutungsvollen Einfluss auf die Aussenpolitik erzielt. Als Beispiel sei nur erwaeht, dass Minister Marshall, kurz nachdem er die Idee des Marshallplanes herausstellte, er eine seiner ersten eingehenderen Reden ueber diesen Plan auf dem CIO-Kongress hielt. Der CIO unterstuetzt trotz aller wuetenden Angriffe der Kommunisten diesen Plan, die damals noch ueber eine nicht unbedeutende Anhaengerschaft verfuegten. Die Gewerkschaften hatten somit eine umfassende Aufklaerungsarbeit zu leisten, um ihre Mitgliedschaft von dem Zweck und dem Nutzen des Marshallplans zu ueberzeugen. Das war umso notwendiger, als dieser Plan fuer die amerikanische Bevoelkerung hoehere Steuern und hoehere Preise bedeutete - die Gewerkschaften setzten ihren ganzen Apparat ein, um jedem zu erklaren, dass dieser Plan eine absolute Notwendigkeit sei, wenn die Freiheit weiter am Leben bleiben soll. Und der amerikanische Gewerkschafter und der amerikanische Buenger begriffen sehr bald, dass in seinem Lande nur dann Sicherheit und Freiheit gewaehrleistet

ist, wenn auch anderen Voelkern und Staaten Freiheit und Sicherheit erhalten bleibt.

In der Washingtoner Zentrale der Marshallplanverwaltung bildet die Abteilung der Arbeitsattachés eine der wichtigsten. Jeder ECA-Mission gehoeren wiederum mehrere Arbeitsattachés an, die zu meist fruere fuehrende Gewerkschaftsfunktionaere sind und im Interesse der Sache diese Posten uebernommen haben. Der Einfluss der Arbeitsattachés hat auf die Aussenpolitik der amerikanischen Regierung starke Wirkungen ausgeuebt, zumal die Leiter der auslaendischen ECA-Missionen ebenfalls haeufig massgebliche Gewerkschafter waren. Auch die Vereinten Nationen, die Amtsstellen des Atlantikpaktes, die des Militaerischen Hilfsplans und aehnlicher Organisationen auf uebernationaler Basis zaehlen in ihren Reihen bekannte Gewerkschafter, sie werden alle von den Gewerkschaften unterstuetzt und gefoerdert. Und diese Foerderung ist keineswegs nur platonischer Natur oder ein blosses Lippenbekenntnis, der gesamte gewerkschaftliche Schulungsdienst widmet sich der Aufklaerungsarbeit fuer diese Aktionen und Plaene, wobei naturgemaess der gewerkschaftliche Standpunkt herausgestellt wird.

Diese unablaessige Schulungsarbeit hat bereits dazu gefuehrt, dass die amerikanischen Gewerkschaften bestimmte Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen konnten, die sich nach und nach in der amerikanischen Gesamtpolitik auch durchsetzten. Heute ist es bereits Allgemeingut geworden, dass wirtschaftliche Sicherheit gekoppelt sein muss mit Vollbeschaeftigung und einem zunehmenden Lebensstandard; erst diese Verbindung ergibt die Basis fuer eine gesunde Demokratie. Wirtschaftlicher Wohlstand allein kann jedoch niemals die Sicherheit der freien Voelker garantieren, die durch Aggressionen bedroht werden. Und hier ist die Basis fuer den Atlantikpakt gegeben, denn nur in der Zusammenarbeit liegt die Staerke. Wenn der Frieden erhalten bleiben soll, dann muss in gemeinschaftlichem Handeln alles geschehen, um jede Aggression zu vermeiden.

Eugenie Anderson wies an dieser Stelle darauf hin, dass es fuer sie eine Ermutigung ist, dass auch Daenemark wie so viele anderen freien Laender sich dem Atlantikpakt angeschlossen haben. Die daenischen Gewerkschaften wie auch jene der anderen freien Demokratien haben diesen Bestrebungen ihre volle moralische Unterstuetzung gewahrt. Die Politik der Gewerkschaften dient der Sicherung des Friedens, aber auch dem Prinzip Freiheit und Brot fuer jeden Buerger. Die Gewerkschaften wissen aber ebenso gut, dass nur eine gegen jede Aggression gerichtete Politik sie vor dem Schicksal bewahren kann, Instrumente eines autoritaeren Staates zu werden, dem Freiheit und Sicherheit des einzelnen ueberhaupt nichts mehr bedeuten.

In diesem Kampf stehen die Gewerkschaften jedoch keineswegs allein, sie werden unterstuetzt von der breiten Masse der Buerger aller demokratischen Staaten - und dadurch haben sich die Gewerkschaften innerhalb von zehn Jahren eine Achtung und Wertschaetzung erworben, die einen staendig groesser werdenden Einfluss auf das weltpolitische Geschehen zur Folge hat. Mit ihrem tiefen Glauben an die Demokratie, an Freiheit, Sicherheit und Brot haben sie den Weg gemeinsamer Zusammenarbeit vorgezeichnet, der von den daenischen wie allen anderen westeuropaeischen und aussereuropaeischen Gewerkschaften voller Eintracht beschritten ist.

Labor Information FYI 170

MEHR/KAPITALIEN FUER ANLAGEGUETER VLFUEGBAR

Die allgemeine Aufwaertsentwicklung ist eines der Hauptmerkmale der Markterweiterungspolitik und dem Kapitalinvestierungsprogramm

der amerikanischen Wirtschaft. Steigende Umsätze und Gewinne im Verein mit den drohenden Beschränkungsmaßnahmen haben angesichts der internationalen Situation dazu beigetragen, auf die Investitionsentschlüsse einen massgeblichen Einfluss zu gewinnen.

Der Anlagewert der im zweiten Halbjahr 1950 geplanten Anlagen hat einen Gegenwert von 9,8 Milliarden Dollar, er liegt somit in gleicher Höhe mit jenem Höchstwert des Jahres 1948 und ist etwa 9% höher als die Spitzenwerte der letzten sechs Monate des Jahres 1949.

Die ausgearbeiteten Pläne für das dritte und vierte Quartal des Jahres 1950 sind in jeder Industrie ausserordentlich bedeutsame, sie betreffen sowohl die Anlagen als auch die Ausrüstung der gesamten Industrie.

Die Ausgaben für das dritte und vierte Quartal 1950 werden auf 4,8 bis 5,1 Milliarden Dollar geschätzt. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Kosten für Neukonstruktionen und Ausrüstungen stark angestiegen sind, nachdem in den ersten Monaten des Jahres 1950 ein geringes Absinken dieser Kosten festzustellen war. Aus diesen gestiegenen Kosten ergibt sich, dass wahrscheinlich nur drei Fünftel der Erweiterungspläne im Vergleich zu dem Jahre 1949 durchgeführt werden, da zu jener Zeit die Kosten wesentlich geringer waren und damals für die Gesamtplanungen nur ein Betrag von 4,4 bis 4,6 Milliarden Dollar hatte aufgewendet werden müssen.

Da aber auch aus anderen Gründen mit gewissen Beschränkungen gerechnet werden muss, erscheint es sehr wahrscheinlich, dass ein beträchtlicher Teil der für die Planungen bereitgestellten Kapitalbeträge überhaupt nicht für diese Zwecke verwendet werden kann. Aus diesen Gründen rechnet man in Industriekreisen bereits damit, dass die Kapitalflüssigkeit Anfang 1951 eine besonders hohe sein wird.

Wenn sich die gegenwärtigen Pläne noch durchführen lassen und das letzte Vierteljahr des Jahres 1950 noch der Durchführung dieser Planungen dienen konnte, dann werden sich die Gesamtausgaben für neue Anlagen und Neuausrüstungen in den Industrien der Vereinigten Staaten auf rund 17,9 Milliarden Dollar belaufen, das ist nur 1% weniger als im Jahre 1949, wenn nur der Dollarbetrag als solcher zugrunde gelegt wird, da die Werte selbst sich nicht mehr vergleichen lassen. Das Investitionsprogramm des Jahres 1950 schliesst vor allem die gewerblichen Industrien ein sowie die Strom- und Gaserzeugungsanlagen, hier wurde für das Jahr 1950 ein um 8% höheres Kapital als im Vorjahr den Planungen zugrundegelegt. Angesichts der gestiegenen Kosten bedeutet dies Ergebnis natürlich, dass diese Planungen hinter den vorangehenden Werten zurückbleiben müssen.

Einschliesslich der gewerblichen Industrie liegen alle Planungen der Industrie wesentlich über den Vorjahrskapitalziffern. Eine Ausnahme bilden hierbei jedoch die Textil- und Apparateindustrie, die Petroleumindustrie und die Industrie nicht-automatischer Transportmittelausrüstung. Die bedeutungsvollsten Investitionen des Jahres 1950 sind in der Automobil-, der Elektroindustrie sowie in dem Industriezweig der Steine und Erden zu finden - es sind zugleich auch jene Industriezweige, in denen gegenwärtig die Nachfrage und damit die sehr hohen Gewinne besonders günstig sind.

Labor Market 10/50

PENSIONSFONDS FUER HOLLAENDISCHE BAUARBEITER

Zweihunderttausend hollaendische Bauarbeiter, die bei dem industriellen Pensionsfonds fuer Bauarbeiter in Holland registriert sind, werden in Kuerze Anspruch auf Alterspensionen haben. Unternehmer und Arbeiter werden jaehrlich Praemien in Hoehe von 20 Millionen Gulden hierfuer zahlen muessen.

Der Pensionsbeitrag betraegt woeentlich 2 1/2 Gulden. Die Haelfte dieses Betrages wird von dem Unternehmer gezahlt. Mit Inkrafttreten des Pensionsfonds werden die Bauarbeiter eine Lohnerhoehung erhalten, damit sie diesen Beitrag ohne Einkommensverlust zahlen koennen. Die Pension wird den Arbeitern gewaehrt, sobald sie ein Alter von 65 Jahren erreicht haben.

ECA Labor Information
11/16/50

HAUPTZIEL DES PUNKT-VIER-PROGRAMMS IST PRODUKTIONSSTEIGERUNG

Henry G. Benett erklaerte in seiner ersten oeffentlichen Rede als Administrator des amerikanischen Punkt-Vier-Programms zur technischen Unterstuetzung, dass es der Hauptzweck dieses Programmes sei, mitzuhelfen, die Produktionsleistung der Arbeiter in den unterentwickelten Gebieten der Welt zu steigern.

"Wenn ein Volk im Hoechstmass produzieren kann, stehen ihm auch Waren im Hoechstmass zur Verfuegung," sagte Benett in einer Rede vor einer Gruppe amerikanischer Geschaeftsleute. "Es ist dies eine einfache Lehre, die wir Amerikaner gelernt haben. Sie hat fuer die ganze Welt Gueltigkeit."

Benett, der frueher Praesident der Hochschule fuer Landwirtschaft und Technik in Oklahoma war, wurde in der vorigen Woche von dem Senat der Vereinigten Staaten als Administrator des Punkt-Vier-Programms bestaetigt.

An seinem Programm arbeiten gegenwaertig 350 amerikanische Techniker an Projekten in 36 Laendern. Hierzu gehoeren auch die Projekte, die bereits in Bearbeitung waren, bevor das erweiterte Programm fuer technische Zusammenarbeit in Kraft getreten war, und solche, die im Rahmen von Punkt-Vier-Vertraegen begonnen wurden, die innerhalb der letzten drei Monate abgeschlossen wurden.

Benett wies darauf hin, dass das Punkt-Vier-Programm der Vereinigten Staaten "ein bescheidenes Programm mit einem bescheidenen Budget von 34.500.000 Dollar fuer das laufende erste Haushaltsjahr ist. Das Programm ist in Wirklichkeit erst drei Monate alt. Das erste Jahr des Programms war vornehmlich der Planung, Personalauswahl und Stellenbesetzung fuer die neuen Projekte gewidmet. Wir hoffen, im naechsten Jahr und den darauffolgenden Jahren in der Lage zu sein, den Bedarf an Technikern zu decken und die Gelegenheiten auszunutzen, die sich uns bieten."

Benett bezeichnete das Punkt-Vier-Programm fuer den Bestand der Nation als "nicht weniger machtvoll und nicht weniger wesentlich" als die militaerische Verteidigung.

"Die militaerische Wiederaufruestung ist eine unglueckselige Notwendigkeit. Aber die wirtschaftliche Entwicklung ist nicht nur eine Notwendigkeit, sondern auch eine einzigartige Gelegenheit, die uns grosse Moeglichkeiten bietet. Es ist eine Gelegenheit, die Saat der Demokratie unter den Voelkern zu saeen,

die sich nicht mehr laenger damit abfinden, dass Armut, Krankheit und Unwissenheit unvermeidliche Bestandteile des Lebens sein sollen. Es ist eine Gelegenheit, ihren Fortschritt zu foerdern, nicht, indem man ihnen die amerikanische Lebensweise aufzwingt, sondern ihnen hilft, sich selbst zu helfen. Es ist eine Gelegenheit, neuen Wohlstand zum Nutzen aller freien Menschen zu schaffen."

"Lateinamerika, Afrika, der Mittlere und der Ferne Osten verfuegen ueber ungekannten Reichtum an natuerlichen Hilfsquellen, die darauf warten, erkannt, genutzt und in den Dienst der Menschheit gestellt zu werden," fuhr Benett fort. "Die Menschen dieser Gebiete benoetigen den Reichtum an Nahrungsmitteln und Rohstoffen, der sie umgibt, gerade so wie wir. Auch die Europaer brauchen ihn, deren Industrien und deren Lebensweise von den wichtigsten Produkten dieser Gebiete abhaengen."

"Wenn man natuerliche Hilfsquellen besitzt, braucht man zur wirtschaftlichen Entwicklung Kapital," fuehr er fort und wies insbesondere darauf hin, dass Kapital zur Schaffung der notwendigen Transportmoeglichkeiten notwendig ist. Er erinnerte an die entscheidende Rolle, die auslaendisches Kapital bei der Entwicklung der Vereinigten Staaten spielte und sagte: "Ohne dieses Kapital, ohne Wagnisse, Phantasie und Vertrauen waere es moeglich gewesen, dass dieser hochindustrielle, zusammengeschlossene Kontinent Amerika bis zum heutigen Tage ein unterentwickeltes Gebiet geblieben waere."

Benett deutete an, dass das Punkt-Vier-Programm selbst das beste Mittel sein koenne, um den Kapitalfluss in Gang zu bringen, und das "konkrete Ergebnis" der Zusammenarbeit wuerde guenstige politische und wirtschaftliche Bedingungen schaffen.

Selbst wenn natuerliche Hilfsquellen und Kapital vorhanden waeren, bliebe der Kern des Problems der wirtschaftlichen Entwicklung bestehen: "Die Produktionsleistung des Einzelnen, die Lebensmoeglichkeit, das berufliche Koennen und der Unternehmungsgeist, die es den Menschen ermoeglichen, sich ein Leben in Wohlstand zu erarbeiten."

Es sei das Ziel der technischen Experten der Vereinigten Staaten, anderen Voelkern bei der Steigerung ihrer Produktionsleistung zu helfen. Er ging auf ihre Taetigkeit ein und erklaerte: "Sie arbeiten hauptsaechlich auf drei Gebieten: Gesundheit, Nahrungsmittelerzeugung und Erziehung. Es ist ein Missverstaendnis, wenn die Allgemeinheit der Auffassung ist, dass durch das Punkt-Vier-Programm Fabriken, Staudaemme und Kraftwerke gebaut werden. Eines Tages vielleicht, aber noch nicht jetzt. Wir muessen mit den einfachen, notwendigsten Beduerfnissen beginnen. Wir muessen dort beginnen, wo es um den Menschen geht."

Daily Wireless Bulletin
XII/13/50

LEITER DER ECA FORDERT GERECHTEREN ANTEIL FUER DIE ARBEITER

William C. Foster, der Administrator der ECA, hat vor dem hoechsten Planungsausschuss des europaeischen Wiederaufbauprogramms erklaert, dass die westeuropaeischen freien Gewerkschaften mit Recht eine gerechtere Verteilung der Fruechte der gesteigerten Produktionsleistung fuer die Arbeiter forderten.

In einer Rede vor dem Ministerrat der Organisation fuer die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC), der die Verwendung

der Marshall-Plan-Gelder plant, erörterte Foster die gegenwaertige wirtschaftliche Lage in Westeuropa und ging in besonderen auf die Probleme der freien Arbeiterschaft ein.

"Eine gerechtere Verteilung der Fruechte der Produktionsleistung ist ein sehr bedeutungsvolles Problem, dem Westeuropa heute gegenuebersteht. Die freien Gewerkschaften koennen mit Recht darauf bestehen, dass die Arbeiter fuer ihre produktivere Arbeit gerecht belohnt werden. Nur wenn das Los aller Menschen der Welt verbessert wird, kann die Demokratie auf einer stetigen fortschrittlichen Grundlage ihren Krieg gegen den Totalitarismus gewinnen."

Auf die wirtschaftlichen Probleme eingehend, die sich mit der Notwendigkeit der Wiederaufruestung fuer Westeuropa ergeben haben, betonte Foster, dass ein gesundes Gleichgewicht zwischen militaerischen Ausgaben und denen, die die zivile Wirtschaft staerken helfen, gehalten werden muss.

"Der Fabrikarbeiter ist nicht weniger als der Soldat darauf angewiesen, dass er genug zu essen hat. Wir brauchen Brot und Waffen."

Foster forderte ausserdem die Vertreter der OEEC auf, sich dafuer einzusetzen, den Wert der westeuropaeischen Produktion bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Marshall-Plan im Jahre 1952 enden soll, um 100 Milliarden zu erweitern. Europa koenne dieses Ziel erreichen, wenn auch in Zukunft mit dem gleichen Lifer und dem gleichen Geist der Zusammenarbeit wie bisher an dem Wiederaufbauprogramm weitergearbeitet wird.

"Die wirtschaftliche Staerke, die in dieser Ziffer zum Ausdruck kommt, koennte nicht nur einen viel besseren Lebensstandard fuer die Menschen Europas zur Folge haben, sondern auch eine militaerische Staerke, vor der jeder Aggressor unbedingt Halt machen duerfte."

In Beantwortung einer auf einer Pressekonferenz gestellten Frage betonte Foster, dass die ECA fortfahren werde, einen besseren Lebensstandard in Europa als einen wesentlichen Teil der Verteidigung der Demokratie gegen die Aggression anzustreben.

Er begruesste insbesondere, dass Marshall-Plan-Gelder bereits fuer die Erstellung billiger Arbeiterwohnungen verwendet wurden, und gab der Hoffnung Ausdruck, dass die europaeischen Regierungen aehnliche Projekte dieser Art in Angriff nehmen. Wiederaufbauprojekte koennten im Rahmen der kooperativen Struktur des Programms nur durchgefuehrt werden, wenn die westeuropaeischen Regierungen darum ersuchten.

ECA Labor Information
12/4/50

WILLIAM GREEN FORDERT SOFORTIGE PREISKONTROLLEN

William Green, der Vorsitzende der AFL, forderte die Delegierten zweier AFL-Kongresse auf, fuer die sofortige Einfuehrung von Preiskontrollen und fuer Lohnerhoehungen zu kaempfen, um das Preis-Lohnverhaeltnis wie vor Korea wiederherzustellen.

Er sagte, das amerikanische Volk sei bereit, Opfer zu bringen, um den sowjetischen Imperialismus aufzuhalten, es verlange

jedoch "gleiche Opfer von allen" und verwerfe es, dass seine Steuern erhoeht wuerden, waehrend die Unternehmer uebermaessige Gewinne anhaeuften.

Er erklarte ausserdem, dass mit der Lohnstabilisierung in irgendeiner Form zu rechnen sei, die Loehne aber nicht eher gestoppt wuerden, als bis sie den Preisen angeglichen waeren.

"Die Form der Lohnstabilisierung ist besonders wichtig," sagte Green. "Wir lehnen grundsatzlich alle ruecksichtslosen Methoden ab, die Lohnveraenderungen mit Veraenderungen der Lebenshaltungskosten verbinden wuerden. Es muss immer genug Spielraum fuer Lohnveraenderungen bleiben, um Ungleichheiten innerhalb der Betriebe und der Industrie zu beseitigen und die Loehne bei gesteigerter Produktionsleistung erhoehen zu koennen."

Green sagte ferner, die weniger wichtigen Sektoren der Bauindustrie sollten abgebaut werden, noch bevor das Wohnungsbauprogramm reduziert wuerde. Die AFL wuerde ihren Kampf um ein angemessenes Wohnungsbauprogramm fortsetzen.

Der AFL-Vorsitzende forderte die Delegierten der Elektroarbeitergewerkschaft auf, sich an dem Kampf gegen das Taft-Hartley-Gesetz zu beteiligen. Dieses Gesetz stuende den Verteidigungsbemuehungen im Wege, indem es den Gewerkschaften verbiete, Arbeiter fuer Arbeitsplaetze heranzuziehen, die schwer zu besetzen sind.

"Der groesste Beitrag, den der Kongress zu den Verteidigungsbemuehungen leisten koennte," sagte er, "waere der sofortige Widerruf des Taft-Hartley-Gesetzes. Man hat uns den Vorwurf gemacht, wir weigerten uns, in Bezug auf dieses Gesetz Zugestaendnisse zu machen. Warum sollten wir uns auf Kompromisse einlassen? Wuerden wir mit dem Kommunismus oder irgendeiner anderen Macht, die bestrebt ist, uns zu vernichten, Kompromisse schliessen? Es waere nicht nur unklug, es zu tun, sondern auch unmoralisch."

Eine starke Gewerkschaftsbewegung ist eine der Garantien da fuer, dass wir in den Vereinigten Staaten niemals wieder eine grosse wirtschaftliche Depression erleben muessen, erklarte der amerikanische Arbeitsminister Maurice J. Tobin vor einer Versammlung der Elektroarbeitergewerkschaft. Weitere Garantien gegen eine Depression sind: Eine ausreichende Arbeitslosenversicherung, die den Arbeitslosen hilft, ihre Kaufkraft zu erhalten; Gesetze ueber Mindestloehne, die die Lohnstruktur bei einem Ueberangebot an Arbeitskraefte nach unten begrenzen; ein widerstandsfahiges Banksystem; gesicherte Einkommen in der Landwirtschaft, die nicht von den Schwankungen der Preise fuer Verbrauchsgueter abhaengig sind; und schliesslich eine Regierung, die nicht laenger untaetig mitansieht und zulaesst, dass die Wirtschaft des Landes in ihren alten Bahnen weiterlaeuft, so wie es ihr beliebt.

Tobin riet den Delegierten dringend, gegen die Inflation und die Behauptung anzukaempfen, dass hoehere Steuern unvermeidlich waeren. Die Gefahr einer Inflation sei nicht in dem Augenblick beendet, in dem die amerikanischen Soldaten Korea verliessen, weil bereits Milliarden Dollar fuer Ruestungszwecke bestimmt seien.

Er erklarte ferner, der Praesident muesse wahrscheinlich gewisse Kontrollen auferlegen, aber eine wirksame Lenkung durch Unternehmer und Gewerkschaften koenne ihre nachteilige Wirkung abschwachen und den Umfang der Kontrollen einschraenken.

Daily News Service
X/17/50

PARKMAN: WELTFRIEDE HAENGT VON DER HALTUNG EUROPÄISCHER ARBEITER AB

"Die Verteidigung der freien Welt und folglich auch der Friede in der freien Welt haengen zum grossen Teil von der Haltung der europaeischen Arbeiter ab," erklarte Henry Parkman, der Leiter der ECA-Mission fuer Frankreich.

In einer Rede in Marseilles brachte Parkman unlaengst erneut zum Ausdruck, dass die Marshall-Plan-Beauftragten in einem hoeheren Lebensstandard der Arbeiter auch weiterhin ein Hauptziel des Wiederaufbauprogramms sehen werden.

"Wir haben Frankreich geholfen, sich aus seinen Ruinen zu erheben, seine Industrie neu auszuruesten und zu modernisieren. Die Menschen jedoch, fuer die diese Industrie besteht, naemlich die kleinen Leute auf der Strasse, haben immer noch das Gefuehl, dass sie am Rande eines Abgrundes leben. Sie leben zwar besser, aber immer noch nicht gut genug. Es scheint mir, dass sie der Ueberzeugung sind, an den Fruechten des Wiederaufbaus ihres Landes nicht so beteiligt zu werden, wie sie es verdient haben."

Dieses Problem, so hob der Leiter der ECA-Mission hervor, sei in Anbetracht der gespannten internationalen Lage kein rein internes Problem mehr der einzelnen Laender.

"Der Weltfriede haengt, wie ein Agent des Kremls vor einiger Zeit erklarte, nur noch an einem Faden," fuehrte Parkman aus. Er hat Recht. Ich moechte hinzufuegen: die Verteidigung der freien Welt und demnach auch der Weltfriede haengen zum grossen Teil von der Haltung der europaeischen Arbeiter ab. Armut ist, wie wir alle wissen, die beste Brutstaette fuer den Fanatismus."

Parkman verurteilte die Machenschaften der Stalinisten, die versuchten, die franzoesische Gewerkschaftsbewegung in einem Augenblick zu schwaechen, in dem sie gegebene Gelegenheiten wahrnehmen muesste, den Lebensstandard der Arbeiter zu verbessern. Eine erhoelte Kaufkraft sei sowohl fuer die Arbeiterschaft als auch fuer die Unternehmer von grosster Wichtigkeit, weil die Industrie ohne eine Erweiterung der Kaufkraft sich nicht ausdehnen koenne.

Der Wohnungsbau sei ebenfalls ein wesentlicher Faktor in den Wiederaufbaubestrebungen, fuhr Parkman fort, und seine Verwaltung "begruesse mit grosser Genugtuung den Vorschlag der franzoesischen Regierung, zwolf Milliarden Franken aus Gegenwartsmitteln fuer den Bau billiger Wohnungen bereitzustellen. Dies scheint der Anfang einer wirklich grossen Anstrengung auf diesem Gebiete zu sein."

"Der europaeische Wiederaufbau ist nicht nur ein technisches und materielles, sondern auch ein psychologisches und moralisches Problem. Es ist notwendig, fuer den Wohlstand des Landes zu arbeiten, und die Arbeit fuer den Wohlstand ist auch eine Arbeit fuer die Sicherheit. Die Buerger werden dadurch staerkere und einleuchtendere Gruende haben, zur Verteidigung ihres bedrohten Erbes zu kaempfen."

ECA Labor Information
10/31/50

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Hohen Kommission für Deutschland, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

III - 42

Frankfurt, 22. Dezember 1950

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Gewerkschaftliche Einigkeit ist notwendig - -	1
Die Gewerkschaftsbewegung in Uruguay- - - -	5
Nationalkonferenz fuer Arbeitsgesetzgebung tritt zusammen - - - - -	6
Die Jugend muss beim Eintritt in das Berufs- leben unterstuetzt werden - - - - -	7
IBFG erfolgreich im Kampf gegen den Kommunismus - - - - -	9
Die Hilfe fuer Jugoslawien, China und Argen- tinien und der Standpunkt der AFL - - - -	10
Verbesserungen der Sozialversicherung Amerikas gefordert - - - - -	12
Aussenpolitische Erklarung des CIO zur Vereinigung Europas - - - - -	12
Selbstaendigkeit der Marshall-Plan-Laender ist garantiert - - - - -	13
ECA-Leiter fordert hoeheren Lebensstandard fuer Europa - - - - -	14
ILGWU wuenscht neues Invalidenschutzgesetz -	16

Al Hayes, Vorsitzender der Nationalen Maschinisten Gewerkschaft:

GEWERKSCHAFTLICHE EINIGKEIT IST NOTWENDIG

Jeder von uns ist an der Gestaltung unserer Geschichte beteiligt. Wenn wir keinen konstruktiven Einfluss auf sie ausueben, so beeinflussen wir sie durch eigene Schuld in negativem oder schaedlichem Sinne. Das Lebenswerk Samuel Gompers war die Schaffung der organisierten Gewerkschaftsbewegung Amerikas. Es ist sein Vermachtnis an die Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten. Dieses Vermachtnis ist nicht auf eine bestimmte Gruppe Gewerkschaften beschraenkt. Es stellt vielmehr die allgemeine Einstellung der

Gewerkschaftsbewegung einer Anzahl Prinzipien und dem Kollektivverhandlungswesen gegenueber dar. Es steht im Zusammenhang mit der Solidaritaet der Arbeiterschaft auf der ganzen Welt. Die Philosophie Gompers gruendete sich auf die Erkenntnis "Einigkeit macht stark." Und diesen Rat gab er freimuetig allen Arbeitern der ganzen Welt.

Diese Wahrheit beleuchtet das ungeheure Problem, dem die Gewerkschaften zur Zeit gegenueberstehen, und stellt die uebrigen Probleme der Gewerkschaftsbewegung weit in den Schatten.

Die organisierte Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten bildet keine vereinigte Organisation, und diese Desorganisation hindert sie daran, sich ihrer historischen Verantwortung der Arbeiterschaft gegenueber zu unterziehen. Ausserdem macht diese Spaltung innerhalb der Reihen es der Gewerkschaftsbewegung unmoeglich, ihre rechtmassige Rolle zu spielen und eine demokratische Regierungsform in den Vereinigten Staaten und sonstwo in dieser ausserst zerruetteten und tragischen Welt zu erhalten.

Wie verheerend sich eine Gewerkschaftsbewegung, die gegen sich selbst aufgespalten ist, auswirken kann, ist fast bei jeder normalen Organisierungskampagne in den Vereinigten Staaten ersichtlich. Wenn sich dieser Werbefeldzug auf eine beträchtliche Anzahl unorganisierter Arbeiter erstreckt, konkurrieren im allgemeinen zwei oder drei oder manchmal noch mehr verschiedene Gewerkschaften miteinander. Sie bemuehen sich um die Aufmerksamkeit und die Gefolgstreue der Arbeiter fuer eine bestimmte Gewerkschaft und nicht fuer alle Gewerkschaften. In jedem Falle besteht die Moeglichkeit, dass die Mehrheit dieser Arbeiter der Gewerkschaftsbewegung voellig fremd gegenuebersteht. Wie kann eine Gewerkschaft in einer solchen Situation ihre Werbung so durchfuehren, dass sie nicht die Grundlagen der Solidaritaet unterminiert, auf denen die Gewerkschaftsbewegung ruhen muss?

Warum vergeudet die Gewerkschaftsbewegung ihre Energie und opfert ihren Einfluss und ihre Schlagkraft, indem sie sich um einige zehntausend bereits organisierte Arbeiter streitet, wenn noch 43 Millionen Arbeiter nicht organisiert sind? Dies sind sehr unangenehme Fragen, weil es keine vernuenftigen Antworten darauf gibt.

Fruerher wandten gewerkschaftsfeindliche Unternehmer viel Energie und Geld auf, um die Gefolgstreue der Arbeiter zur Gewerkschaftsbewegung zu erschuettern. Sie waren im allgemeinen bestrebt, Zwietracht zu stiften und dadurch die Arbeiterschaft zu beherrschen. Heutzutage spalten und erschuettern einzelne Gewerkschaften selbst ihre eigenen Grundsaeetze, ohne dass sie hierzu von einem feindlich gesinnten Arbeitgeber gezwungen waeren. Wie lange dauert es, um die Wunden eines erbitterten Konkurrenzkampfes der Gewerkschaften zu heilen? Wie lange dauert es noch, bevor eine wirklich machtvolle Gewerkschaft beanspruchen kann, eine geeinigte Organisation zu sein? Man frage nur irgendeinen praktischen Organisator, der heutzutage diese Ziele erstrebt. Wie wirken sich diese Spaltung und Erbitterung auf die Verhandlungen mit den Unternehmern aus? Man frage irgendjemanden, der fuer seine Gewerkschaft Verhandlungen fuehrt und nach einer solchen Kampagne einen Vertrag ausarbeitet.

Wie ganz anders waere es, wenn eine Gewerkschaft oder eine Gruppe verwandter Gewerkschaften ohne die Einmischung einer konkurrierenden Gewerkschaft arbeiten koennten. Die Tatsache, dass

jeder einzelne in jeder Situation organisatorisch taetig sein muss, duerfte ein Beweis dafuer sein, mit welchem Erfolg dies getan werden kann, wenn die Zwietracht in der Gewerkschaftsbewegung nicht bestuende. Es gibt noch andere entscheidende und dringende Gruende fuer die Notwendigkeit, die Gewerkschaftsbewegung zu einigen.

Tatsaechlich steht die Arbeiterschaft seit Beendigung des letzten Krieges in der Defensive. Alle Kraft und einen grossen Teil der Hilfsquellen muessen aufgewendet werden, wenn kein Boden verlorengelassen und Schritt fuer Schritt langsam vorwaertsgekommen werden soll. Die amerikanische Arbeiterschaft befindet sich in einer anti-gewerkschaftlichen Atmosphaere, die vor kurzem noch pro-gewerkschaftlich gestimmt war und den Gewerkschaften die guenstigste Stellung einraeumte, die sie je in den Vereinigten Staaten innehatte. Was durch die eigene Zwietracht verloren geht, ist vor allem dann zu ermassen, wenn ueberlegt wird, wie stark die Gewerkschaften trotz der Spaltung in ihren eigenen Reihen noch immer sind. Es ist nicht schwierig, sich vorzustellen, um wieviel staerker der Kampf gegen gewerkschaftsfeindliche Kreise waere, wenn die Arbeiterschaft einig waere. Heutzutage sind rund 15 Millionen arbeitende Maenner und Frauen in festgefuegten und verantwortungsbewussten Gewerkschaften organisiert. Diese Gewerkschaften repraesentieren und handeln praktisch fuer alle Arbeitnehmer der lebenswichtigsten Industrien. Ihre Mitglieder bilden das hochgeschulte Schluesselpersonal der amerikanischen Industrie gemeinsam mit der weniger geschulten, aber deshalb nicht weniger wesentlichen Erwerbsbevoelkerung. Abgesehen von der strategischen Bedeutung ihrer Funktionen innerhalb der Industrie bilden sie als Sektor der Bevoelkerung die groesste organisierte Gruppe der Wirtschaft.

Welche Rolle muesste eine Organisation solchen Umfangs normalerweise und besonders in der heutigen Zeit in den Vereinigten Staaten spielen, in der die Nation in eine internationale Krise verwickelt ist, die so schwierig und so gefaehrlich ist wie nie zuvor in der Geschichte unseres Landes! Die Antwort auf diese Frage heisst: Die Gewerkschaftsbewegung muss eine Rolle spielen, die an Bedeutung und Einfluss hinter keiner anderen Gruppe zurueckstehen darf.

In der internationalen Krise gibt es besondere Gruende fuer eine derartige Rolle der Gewerkschaftsbewegung. Dieses Weltringen dreht sich um die Lebensweise. Es dreht sich um die Regierungsformen und ist eine Kraftprobe zwischen Demokratie und Totalitarismus, ein Kampf zwischen Amerika und Russland.

Wo ist der Platz der Gewerkschaftsbewegung in diesem Kampf? In welcher Beziehung steht die Zwietracht zu diesem viel groesseren Problem? Was haben die kleinen Streitigkeiten zwischen den Gewerkschaften mit diesem grossen Konflikt zu tun? Hierueber kann es nur eine Meinung geben!

Um ihrer Verantwortung gegenueber den amerikanischen Arbeitern und Amerika gerecht zu werden, muss die Gewerkschaftsbewegung die Interessen der Arbeiterschaft bei jeder Gelegenheit in der diplomatischen oder politischen Weltkontroverse vertreten. Hierzu ist sie aufgrund der Besonderheit dieser Streitigkeiten verpflichtet. Die Interessen der Arbeiterschaft stehen im Vordergrund vor allen anderen Interessen. Russland appelliert in seinem Streben um die Weltmacht direkt und ausschliesslich an die Arbeiterschaft.

Nie zuvor in der amerikanischen Geschichte lag es im Interesse der Wohlfahrt des ganzen Landes so wesentlich begründet wie jetzt, dass die Gewerkschaftsführung vor der Welt demonstriert, was eine aktive, freie Demokratie ist, und was sie fuer die Zukunft der Welt bedeuten kann. Die freien Gewerkschaften auf der ganzen Welt werden von ihren Regierungen und von den historischen Kraef-ten der Logik und Notwendigkeit gemahnt, ihre eigene Freiheit und die der Welt vor dem Untergang zu retten.

Seit 150 Jahren arbeitet die schaffende Bevoelkerung der Ver-einigten Staaten an der Verbesserung und Vertiefung der Demokra-tie. Sie hat ihre Erfahrungen in den Gewerkschaftsversammlungen gesammelt. Sie hat ihr Ziel trotz ununterbrochener Anfeindungen anderer Schichten der Bevoelkerung verfolgt, die im Verlauf der Geschichte die Gewerkschaftsbewegung immer missverstanden oder sogar verleumdet haben, so wie sie es heute noch tun.

Von grosser Bedeutsamkeit ist an dieser Stelle ausserdem die Frage, wie sich die Gewerkschaften eine demokratische Regierungs-form in den Vereinigten Staaten vorstellen. Ihre Auffassung, dass die Demokratie durch Tarifverhandlungen auch den Weg in die Indu-strie finden kann, verbesserte nicht nur ihr eigenes Los, sondern breitete sich auch aus und wurde von der gesamten Bevoelkerung des Landes gebilligt.

Hauptsaechlich aus diesem Grunde ist eine freie organisierte Gewerkschaftsbewegung fuer alle Menschen mit reifem Verstand eine wesentliche Voraussetzung fuer den Neuaufbau einer zivilisierten Gesellschaftsordnung mit Hilfe des Marshall-Plan-Wiederaufbaupro-gramms.

Die Mitglieder der Gewerkschaften wissen, was Freiheit und Demokratie bedeuten, und sie wissen es, weil die Vorfahren die-ser Mitglieder in der Vergangenheit und die Mitglieder selbst in der Gegenwart sich Freiheit und Demokratie selbst erarbeiten mussten. Dies ist eine der groessten Leistungen, die die Gewerk-schaftsbewegung zum Wohle der Vereinigten Staaten vollbracht hat.

Der Weltkampf drehte sich praktisch um die Demokratie. Sie befindet sich in einer wirklichen gefaehrlichen Krise. Die De-mokratie in der Welt ist bedroht.

Die Notwendigkeit einer einigen amerikanischen Gewerkschafts-bewegung ist heute so offensichtlich, dass man hierueber kaum zu argumentieren braucht. Die Gewerkschaften koennen sich nicht mehr den Luxus der Genugtuung erlauben, etwas besser als eine an-dere Gewerkschaft zu sein. Die Zeit ist laengst gekommen, so zu handeln, wie es anderen staendig gepredigt wird.

Die Hindernisse, die einer allgemein geeinigten Gewerkschafts-bewegung zur Zeit im Wege stehen - und moegen sie gegenwaertig noch so unueberwindlich erscheinen - sind recht gering im Vergleich zu der Art und dem Umfang der Hindernisse, die die Zwietracht dem Fortschritt der Arbeiterschaft in den Weg stellt. Wenn die Ur-sachen der Zwietracht geprueft und ihnen auf den Grund gegangen wird, muss man feststellen, dass es sich nicht um unloesbare Pro-bleme handelt. Es ist fuer viele Gewerkschafter die feste Ueber-zeugung, dass die Funktionaere der verschiedenen Gewerkschaften, die jetzt gegeneinander argumentieren, es aufrichtig wuenschten, Mittel und Wege finden zu koennen, um ihre organisatorischen Unterschiede auszugleichen, die Gewerkschaftsbewegung zu vereini-gen und die Interessenkonflikte im Rahmen einer vereinigten Ge-werkschaft beizulegen.

Die Mitglieder aller in Frage kommenden Gewerkschaften werden mit Begeisterung einen derartigen Vorschlag begruessen und ihm ihre Unterstuetzung nicht versagen.

Die Vertreter der heutigen Gewerkschaftsbewegung koennen den Namen "Samuel Gompers" nicht besser ehren als durch die Vereini-gung der Gewerkschaftsbewegung. Auf diese Weise bekennen sich alle Gewerkschafter zu seinem Wahlspruch: "Einigkeit macht stark."

The Machinist
XII/14/50

DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN URUGUAY

Die Gewerkschaftsbewegung Uruguays blickt auf eine ebenso de-mokratische Tradition zurueck wie das Land selbst. Uruguay konn-te sich lange ruehmen, eine der demokratischsten Nationen des sued-amerikanischen Kontinentteils zu sein, woran sich auch in den letzten Jahren trotz ernsthafter wirtschaftlicher Probleme nichts geaendert hat. Von 1943 bis 1948 erfreute sich dieses Land - wie alle uebrigen Laender Latein-Amerikas - aufgrund der Entwicklung und der Vielseitigkeit seiner Landwirtschaft und seiner Industrien eines unbegrenzten Wohlstandes. Im Sommer des Jahres 1948 stand es jedoch vor einer schweren wirtschaftlichen Krise, die durch die Steigerung der Preise und eine starke Arbeitslosigkeit gekennzeich-net war.

Die Forderungen der Arbeiter nach hoeheren Loehnen, die auf-grund der erhoekten Lebenshaltungskosten berechtigt waren, stell-ten den Lohnausschuessen schwere Aufgaben, die seit Ende des Zwei-ten Weltkrieges in Uruguay bestehen. Diese Ausschuesse setzen sich aus drei Vertretern der Regierung und je zwei Delegierten der Gewerkschaften und Unternehmer zusammen. In jedem Industrie- und Handelszweig gibt es einen derartigen Ausschuss, und die Ge-werkschafts- und Unternehmervvertreter in diesen Koerperschaften werden alle zwei Jahre von den Arbeitern und Unternehmern des be-treffenden Industriezweiges gewaehlt. Die Ausschuesse setzen nicht nur die Loehne, sondern auch die Arbeitsbedingungen fest und regeln auch andere Fragen in bezug auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter.

Die Lohnausschuesse haben im allgemeinen versucht, die Loehne mit den Lebenshaltungskosten auf einer Stufe zu halten. Hiergegen leisteten die Unternehmer jedoch besonders in den letzten Monaten hatnaeckigen Widerstand und in den Ausschuessen wurden langwie-rige Verhandlungen gefuehrt. In einigen Faellen kam es zu mehr oder weniger ernsthaften Streiks. Unter anderem traten die Taxi-chauffeure, die Fleischverpacker, die Baecker und die Arbeiter der Woll- und der Metallindustrie in den Ausstand. In jedem Falle wurde der Streik beendet, nachdem sich die Regierung einverstan-den erklart hatte, die erforderlichen Lohnaufbesserungen zu gewaeh-ren. Die Arbeiter wissen jedoch, dass hiermit die Loesung des Lohnproblems nur hinausgeschoben ist.

Trotz dieser Schwierigkeiten zaehlen der Lebensstandard und die soziale Sicherheit der Arbeiter Uruguays zu den besten Latein-amerikas. Wie die uebrige Bevoelkerung des Landes bekennt sich auch die Gewerkschaftsbewegung zu den Ideen der politischen und sozialen Demokratie, und diese demokratische Gewerkschaftsbewegung ist in dem Koordinierungsausschuss der unabhaengigen Gewerkschaf-ten zusammengefasst.

Bis jetzt war es nicht moeglich, dieses Komitee in einen richtiggehenden Gewerkschaftsbund umzuwandeln. Der Grund hierfuer ist vor allem die Tatsache, dass die uruguayische Gewerkschaftsbewegung eine der aermsten des Kontinents ist und praktisch keine bezahlten Gewerkschaftsfunktionaere kennt. Infolgedessen ist sie gezwungen, die Funktionaere in ihrer Freizeit fuer die Gewerkschaft arbeiten zu lassen. Man hofft jedoch, dass bis zur Regionalkonferenz des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften im Januar 1951 in Mexiko ein Bund der unabhaengigen Gewerkschaften Uruguays bestehen wird.

Interamerican Labor News
XII/50

NATIONALKONFERENZ FUER ARBEITSGESETZGEBUNG TRITT ZUSAMMEN

Der amerikanische Arbeitsminister Maurice J. Tobin forderte die Delegierten der 17. Nationalkonferenz fuer Arbeitsgesetzgebung auf, sich mit allen Mitteln dafuer einzusetzen, dass ihre Staaten wirksame Programme ausarbeiten, mit denen der fuer die Verteidigung notwendige Bedarf an Arbeitskraeften gedeckt werden kann.

Die dreitaegige Konferenz fand im Bezirksauditorium in Washington statt. An ihr nahmen Vertreter der Gouverneure der staatlichen Aemter fuer Arbeitsangelegenheiten und Delegierte der Gewerkschaftsbewegung teil. Abgeordnete aus 41 Staaten, dem Distrikt Columbia, Puerto Rico und Alaska waren zugegen.

William L. Connolly, der Direktor des Amtes fuer Arbeitsnormen im US-Arbeitsministerium, der den Vorsitz fuehrte, verlas eine Botschaft des Praesidenten an die Konferenz. In dieser Botschaft hiess es:

"Sie treten in einer Zeit zusammen, in der Arbeitskraefte fuer die Ruestungsproduktion von lebenswichtiger Notwendigkeit fuer unsere Nation sind, die sich in einem grossen Kampf gegen die Aggression zur Erhaltung des Friedens befindet. Niemals ist die Zusammenarbeit des ganzen Volkes notwendiger denn jetzt, wenn unsere Anstrengungen von Erfolg sein sollen. Aus diesem Grunde sind die Erfahrungen und Ratschlaege der Vertreter der Gouverneure auf dieser Konferenz von so besonderer Notwendigkeit, um angemessene Arbeitsnormen fuer eine ununterbrochene Produktion auf lange Sicht in den einzelnen Staaten zu sichern.

"Ihre Erfindungsgabe und Ihre Erfahrungen koennen mithelfen, die Staaten und die gesamte Nation bei der Ausarbeitung der Richtlinien und Methoden zu unterstuetzen, die unsere Produktionsmaschinerie auf dem schnellsten Wege zu hoechster Leistungsfaeigkeit bringen kann. Wir erwarten voll Ungeduld ihre Vorschlaege und Empfehlungen."

Arbeitsminister Tobin, der die Eroeffnungsrede hielt, erklarte: "Es ist jetzt erforderlich, dass unsere Ideen und unsere Energie darauf ausgerichtet werden, unsere Nation stark und unverwundbar zu machen. Zu diesem Zweck muessen wir bestrebt sein, die grosse produktive Staerke Amerikas zu mobilisieren. Natuerlich ist diese Staerke von den Maennern und Frauen abhaengig, die im Arbeitsprozess stehen und die Maschinen bedienen, die die Mittel zu unserer Verteidigung herstellen.

"Es ist unsere Aufgabe, unsere Ruestungsproduktion so schnell wie moeglich zu erweitern und gleichzeitig die Zivilproduktion auf

einen hohen Stand zu halten. Es wird nicht leicht sein, die Arbeitskraefte fuer die Ruestungsproduktion, fuer die militaerischen Streitkraefte und fuer die Zivilproduktion zugleich zu sichern und dabei noch die richtigen Leute zur rechten Zeit an den richtigen Platz zu stellen. Deshalb muessen wir versuchen, den Anforderungen der Zukunft bereits jetzt gerecht zu werden. Ich betone erneut, dass wir damit nicht solange warten koennen, bis die Krise ueber uns hereinbricht."

Die fruehere Leiterin des Arbeitsministeriums Frances Perkins, die waehrend ihrer Amtszeit die erste Nationale Konferenz fuer Arbeitsgesetzgebung einberief, ergriff ebenfalls das Wort. Frau Perkins, die jetzt Mitglied der Staatsdienstkommission der Vereinigten Staaten ist, gab einen Rueckblick auf die Geschichte dieser Konferenz und wies besonders auf die Vorteile hin, die dem amerikanischen Arbeiter aus dem Gedanken- und Erfahrungsaustausch ueber die Arbeitsprobleme in den einzelnen Staaten erwachsen sind.

Ein Vorschlag der Konferenz zur sofortigen Wiedereinfuehrung einer bundesstaatlichen systematischen Verwaltung der oeffentlichen Arbeitsvermittlungsaemter wurde lebhaft diskutiert. Fuer den Fall, dass eine derartige verwaltungstechnische Zusammenfassung eintreten sollte, empfahl die Konferenz dringend, die Verwaltung der oeffentlichen Arbeitsvermittlungsaemter dem Arbeitsministerium der Vereinigten Staaten zu ueberlassen.

Die Konferenz billigte ausserdem einen Vorschlag, wonach der Mindeststundenlohn, der im Gesetz fuer gerechte Arbeitsnormen festgelegt worden war, von 75 Cents auf einen Dollar erhoeht wird und allen Arbeitnehmern, die noch nicht unter die Bestimmungen dieses Gesetzes fallen, dieser Schutz gewaehrt werden soll.

Labor Press Service
US-Department of Labor
12/11/50

Robert C. Goodwin, Direktor des Amtes fuer Beschaeftigungssicherheit:

DIE JUGEND MUSS BEIM EINTRITT IN DAS BERUFSLEBEN UNTERSTUETZT WERDEN

Kuerzlich wurde ich gefragt: "Warum sind Sie so sehr an einem zweelfmonatigen Berufsvorbereitungsprogramm fuer die schulentlassene Jugend interessiert? Letzten Endes koennen die jungen Menschen, die in das Berufsleben eintreten, sich selbst helfen. Die Arbeitgeber wuenschen doch, dass neues Blut in ihre Betriebe kommt. Die aelteren Leute sind es, denen wir unbedingt helfen muessten, Arbeit zu finden."

Ja, es besteht die allgemeine Auffassung, dass es fuer die jungen Leute verhaeltnismaessig leicht sei, eine bestimmte berufliche Laufbahn zu beginnen. Und es ist gewiss richtig, dass ein aelterer Arbeiter, der seinen Arbeitsplatz verloren hat, besondere Schwierigkeiten hat, einen neuen zu finden. Aber untersuchen wir einmal die Tatsachen und stellen fest, warum wir in den Arbeitsvermittlungsaemtern unsere besondere Aufmerksamkeit den Jugendlichen, die in das Berufsleben eintreten, und den aelteren Arbeitern, die einen neuen Arbeitsplatz suchen, widmen muessen.

Vor allem wissen wir, dass jaehrlich mindestens 1 1/2 Millionen junge Menschen in den auf Konkurrenz basierenden Arbeitsmarkt eingereicht werden. Es ist ausserdem allgemein bekannt, dass junge Menschen, die Arbeit suchen, um einen Anfang fuer ein produktives

Arbeitsleben zu finden, einen zahlenmaessig grossen und bedeutsamen Teil der Arbeitslosen unseres Landes darstellen. Das bedeutet, dass diese jungen Menschen verhaeltnismaessig groessere Schwierigkeiten haben, eine Beschaeftigung zu finden als irgendeine andere Altersgruppe, und dass es den jungen Leuten nahegelegt werden muesste, solange in der Schule zu bleiben, wie es fuer sie von Vorteil ist. Ausserdem wissen wir, dass viele junge Leute, die als beschaeftigt registriert sind, nur als Lueckenbuesser eingesetzt sind oder Arbeiten verrichten, die ihnen kein angemessenes Einkommen einbringen oder keine Moeglichkeit des Fortkommens bieten.

Weshalb interessiere ich mich also so sehr fuer ein zweelfmonatiges Berufsvorbereitungsprogramm fuer die schulentlassene Jugend? Weil ich glaube, dass es die Pflicht und die Verantwortung unseres gesamten Systems der Arbeitsvermittlungsaemter ist, diese Kluft zwischen der Schulentlassung und dem Beginn einer geeigneten beruflichen Laufbahn fuer Hunderttausende junger Leute zu ueberbruecken. Es ist in moralischer Hinsicht voellig falsch, die Jugendlichen auf einer ziellosen Suche nach einer Arbeitsmoeglichkeit umherirren zu lassen, bevor wir Schritte unternehmen, um diesem Misstand abzuhelfen. Auch erfuellen wir nicht unsere Pflicht als oeffentliche Arbeitsvermittlungsbehoerde, wenn wir bis zur letzten Woche vor Schulschluss warten, um Vorkehrungen fuer die Registrierung der Schulentlassenen zu treffen.

Wir koennen die Probleme jener jungen Arbeitssuchenden am besten dadurch loesen, dass wir sie im Voraus in Angriff nehmen und Plaene ausarbeiten, die einen geeigneten Uebergang von der Schule auf den Beruf gewaehrleisten. Das verstehe ich unter einem zweelfmonatigen Berufsvorbereitungsdienst fuer die Jugend, der, wie ich es sehe, folgendermassen aussehen muss:

Mit den hoeheren Schulen und Universitaeten muessen Vereinbarungen getroffen werden, die den Verantwortungsbereich beider Gruppen genau festlegen.

Mit allen Studenten und Schuelern muss im ersten Semester ihres letzten Schul- oder Studienjahres Fuehlung aufgenommen werden, um sich ueber ihre Absichten und Plaene zu informieren.

Eine sich selbst verwaltende Einrichtung muss geschaffen werden, mit der im Voraus festgestellt werden kann, wer, um einen Arbeitsplatz zu finden, die Unterstuetzung des Arbeitsvermittlungsbueros in Anspruch zu nehmen gedenkt.

Es muessen Vorkehrungen zur Registrierung und Pruefung allerer getroffen werden, die eine Unterstuetzung benoetigen und die bereit sind, die Hilfe des betreffenden Arbeitsvermittlungsamtes zu akzeptieren.

Beratungen in den oertlichen Arbeitsvermittlungsaemtern muessen fuer diejenigen ermoeglicht werden, die sie benoetigen und wuenschen.

Die Ausarbeitung, Verteilung und Auswertung einschlaegigen aktuellen Informationsmaterials ueber den oertlichen Beschaeftigungsstand und die Arbeitsmarktlage muessen durch Vorlesungen, Rundschreiben, Beratungen, Fabrikbesuche und Zeitungsartikel gewaehrleistet sein. Aussprachen mit Arbeitgebern oder andere Methoden, die die Bewerber mit einer passenden Beschaeftigungsmoeglichkeit bereits vor ihrer Schulentlassung in Beruehrung bringen, muessen arrangiert werden.

Dies sind nur die wenigsten Massnahmen, die notwendig sind, wenn ein zweifmonatiges Berufsvorbereitungsprogramm fuer die Jugend von Erfolg sein soll. Wenn man sich vergegenwaertigt, dass 50% der Schueler, die laenger als acht Jahre in der Schule bleiben, vor Beendigung des zweiften Schuljahres diese verlassen, gewinnt man einen weiteren Einblick in die Probleme der jungen Arbeitsuchenden. Gewiss wird durch ein wirksames Programm in irgendeiner Weise denen geholfen werden koennen, die die Schule verlassen, ohne eine vollstaendige Ausbildung an einer hoeheren Schule genossen zu haben. Viele dieser Jugendlichen koennen und muessen auf Grund des Gesetzes ueber Kinderarbeit und der augenblicklichen und spaeteren Auswirkung einer beschraenkten schulischen Ausbildung auf ihre Verwendungsfaehigkeit in die Schule zurueckverwiesen werden.

Die Arbeitsvermittlungsaemter muessen die Bestrebungen der jungen Leute unterstuetzen, eine annehmbare zeitweilige oder Ferienbeschaeftigung zu finden. Kooperative Arbeitsprogramme der Schulen, die den Lehrplan bereichern und die Schueler zum Bleiben an den Schulen veranlassen, muessen ebenfalls in Erwaegung gezogen werden.

Alle diese und viele andere Moeglichkeiten bieten sich uns in Form eines wertvollen und produktiven Jugendprogramms. Wir koennen es nicht oft genug wiederholen, dass die jungen Menschen von heute die Buerger von morgen sind. Diese jungen Leute bilden ausserdem im Notfall unsere Hauptquelle militaerischer Macht. Sie werden in der naechsten Generation Eltern, Arbeitgeber und Staatsmaenner sein. Wir koennen sie nicht im Stich lassen, wenn wir uns selbst nicht aufgeben wollen. Aus diesem Grunde glaube ich, dass wir ein zweifmonatiges Berufsvorbereitungsprogramm fuer die Jugend brauchen.

Employment Security Review
4/50

IBFG ERFOLGREICH IM KAMPF GEGEN DEN KOMMUNISMUS

Wie der Generalsekretaer des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, J. H. Oldenbroek, arklarte, kann diese Organisation einige bedeutende Erfolge aufweisen, die sie in den zweif Monaten seit ihrer Gruendung im Dezember vorigen Jahres in London erzielt hat. Als Erfolge bezeichnete Oldenbroek unter anderem, wobei die Reihenfolge nicht unbedingt der Bedeutsamkeit entsprechen muss:

In Bruessel wurde eine Zentralstelle errichtet, deren Stab sich zur Zeit aus 40 Mitgliedern zusammensetzt, die zweif verschiedenen Nationalitaeten angehoren und 14 Sprachen sprechen. Im Juli vorigen Jahres wurde in New York und vor kurzem in Singapur ein Verbindungsbuero eingerichtet. Ein weiteres wird in Genf eroeffnet werden.

Durch die Neuaufnahme von sechs Laendern (Kolumbien, Falkland Inseln, Neuseeland, Malayische Staaten, Pakistan und Thailand) und den anfaenglich provisorischen Anschluss des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ist die Zahl der im IBFG vertretenen Arbeiter um eine Million erhoert worden.

Ein europaeisches Sekretariat ist errichtet worden, das die Arbeit der 21 Millionen Mitglieder zaehlenden Mitgliederorganisationen des IBFG koordiniert, die frueheren Funktionen des gewerkschaftlichen Beratungsausschusses fuer den Marshallplan uebernimmt und die Taetigkeiten des IBFG in Verbindung mit dem Schuman-Plan zur Zusammenfassung der Stahlindustrie koordiniert.

Durch die Aufnahme von Hunderttausenden asiatischer Arbeiter in den IBFG sind dem Kommunismus in Asien schwere Schläge versetzt worden. Man erwartet, dass sich auch Burma der Organisation anschliessen wird. Auch in Mittel- und Suedamerika hat der Kommunismus Rueckschläge erlitten, von wo ein "staendiges Absinken" des kommunistisch gefuehrten Weltgewerkschaftsbundes gemeldet wird.

Selbst in Afrika mussten die Kommunisten Niederlagen einstecken, wo die allgemeine Arbeiterunion von Tunis bereits aus dem Weltgewerkschaftsbund ausgetreten ist und sich wie viele andere afrikanische Gewerkschaftsgruppen dem IBFG anschliessen werden.

Durch die Teilnahme an Programmen wie dem Schuman-Plan ist auf die europaeische Vereinigung hingearbeitet worden. "Trotz gewisser Bedenken, die noch aus dem Wege geraeumt werden muessen, unterstuetzen wir den Schuman Plan," erklarte Oldenbroek hierzu, "viele der Vorschlaege, die wir im Interesse der Arbeiter zu der Verbesserung seines Lebensstandards unterbreitet haben, sind angenommen worden, und man hat uns ersucht, Kandidaten fuer die Hohe Behoerde und andere Koerperschaften, die dieses Unternehmen verwalten werden, namhaft zu machen."

Durch die Mitarbeit im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, in dem der IBFG in mitberatender Eigenschaft vertreten ist, und durch die Taetigkeit im Internationalen Arbeitsamt ist wirksam an der Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter gearbeitet worden.

"Wir glauben jedoch, dass der totalitaeren Gefahr am besten begegnet werden kann, wenn wir unsere Forderungen nach sozialem Fortschritt, besonders in den unterentwickelten Gebieten der Welt, verwirklichen," lautete die Feststellung Oldenbroeks. Der Exekutiv-ausschuss billigte auf seiner letzten Konferenz im November einen ausfuehrlichen Bericht ueber die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in diesen Laendern, der als Ausgangspunkt fuer Programme dienen kann, unter denen Millionen Arbeiter im Kampf um Brot, Friede und Freiheit vereinigt werden koennen."

Daily News Service
XII/8/50

DIE HILFE FUER JUGOSLAWIEN, CHINA UND ARGENTINIEN UND DER STANDPUNKT DER AFL

Marschall Tito hat in Belgrad mitgeteilt, dass die Vereinigten Staaten eine guenstige Haltung in der Frage der Hilfsmassnahmen fuer Jugoslawien einnehmen, dass sich durch die Duerre in diesem Jahre einer Hungersnot gegenueber sieht. Tito sagt, dass die Amerikaner in den einleitenden Diskussionen an die zu leistende wirtschaftliche Hilfe keinerlei Bedingungen oder Forderungen geknuepft haetten und "damit beweisen, dass Amerika gewillt ist, den notleidenden Voelkern durch die Tat zu helfen und ihre Worte keine leeren Propagandaphrasen sind". Er erinnerte daran, dass Amerika, als es durch die UNRRA zum Wiederaufbau Jugoslawiens einen Beitrag von 430 Millionen Dollar leistete, daran keine Bedingungen oder Einschränkungen geknuepft haette.

Gleichzeitig erklarte Tito, dass Jugoslawiens Unabhaengigkeit noch immer durch die bewaffneten Streitkraefte der sowjetischen Satellitenstaaten entlang seiner Grenze bedroht sei.

Im Hinblick auf diese ins Auge gefasste wirtschaftliche Hilfe durch Amerika, die das jugoslawische Volk in diesem Winter vor einer

Hungersnot bewahrt, ist es interessant, zu erfahren, welche Stellung der Exekutiv-Ausschuss der American Federation of Labor zu dieser Frage einnimmt.

Sie verurteilt die "skrupellose imperialistische Politik der Sowjet-Regierung, die ueberall versucht, von den kleinen Nationen Besitz zu ergreifen und sie zu absorbieren, ihre nationale Unabhaengigkeit zunichte zu machen und sie in das System der sowjetischen Satelliten- und Sklavenstaaten zu pressen." Die AFL stellt weiter fest, dass diese Bedrohung "so akut geworden ist, dass sich ein Widerstand dagegen selbst im eigenen Lages des totalitaeren Kommunismus entwickelt hat."

Die Erklaerung des Exekutiv-Ausschusses der AFL faehrt fort: "Die Rebellion Titos bedeutet eine ernste Gefahr fuer den russischen Imperialismus und sollte von allen freiheitsliebenden Voelkern besruesst und ermutigt werden." Aber die AFL erklart ausdruecklich, dass, "waehrend wir den Widerstand Titos gegen Russlands Versuch, die Unabhaengigkeit Jugoslawiens zu zerstoeren, begruessen, wir keineswegs sein despotisches inneres Regime billigen oder bestaetigen." Die AFL wirft dem Tito-Regime vor, dass es die freie Gewerkschaftsbewegung und andere demokratische Rechte der jugoslawischen Arbeiter unterdrueckt hat. Sie faehrt dann fort: "Waehrend wir wirtschaftliche und andere Hilfe leisten, um Russlands Versuch, die nationale Unabhaengigkeit Jugoslawiens zu zerstoeren, durchkreuzen, duerfen wir jedoch nicht zoenern, Titos systematische Vernichtung der echten demokratischen Kraefte zu verdammen."

Die Erklaerung schliesst: "Die AFL verpflichtet sich, alles, was in ihrer Macht steht, zu tun, um nicht nur dem jugoslawischen Volke bei der Erhaltung seiner nationalen Unabhaengigkeit zu helfen" und drueckt die Hoffnung aus, dass der Tag nicht mehr fern sei, an dem Jugoslawien als eine wahrhaft demokratische Republik errichtet wird."

Es erhebt sich die Frage: Wenn die amerikanische Arbeiterschaft die wirtschaftliche Hilfe an Jugoslawien unterstuetzt, warum widersetzt sie sich dann einer derartigen Hilfe an das kommunistische China, oder an die Regierung Perons in Argentinien? Die Erklaerung liegt wohl darin, dass die Unabhaengigkeit Jugoslawiens bedroht ist, waehrend die Chinas und Perons Argentinien es nicht ist. Im Gegenteil, die AFL erklart, dass China seine Unabhaengigkeit bereits verloren hat und dass die chinesischen Kreml-Lakaien durch Waffengewalt versuchen, die kommunistische Herrschaft auch ueber die Nachbarnationen zu erstrecken. Oder genauer gesagt, die AFL erhebt die Klage, dass die Anhaenger Perons versuchen, die Kontrolle ueber die Gewerkschaften aller lateinamerikanischen Staaten zu gewinnen, oder, falls ihnen das nicht gelingt, diese zu zerstoeren und Konkurrenzgewerkschaften zu gruenden.

"Unsere Regierung wuerde im Interesse ihres Einflusses und ihres Ansehens unter den demokratischen Kraeften der Welt klug handeln, wenn sie diesen Verfechtern totalitaerer Dogmen und den Vertretern eines totalitaeren Despotentums keine Freundschaft zeigen und ihnen keine Zugestaendnisse machen wuerde," heisst es weiter in der Erklaerung der AFL.

Sie weist jedoch darauf hin, dass sie zwischen dem diktatorischen Regime in Russland, seinen Satelliten in China, Argentinien, Franco-Spanien, Jugoslawien und anderen Laendern mit totalitaeren Regierungen und den Voelkern selbst, denen diese Tyrannei aufgezwungen ist, eine klare Linie zieht. Sie sichert erneut ihre Freundschaft, Sympathie und Solidaritaet den Voelkern dieser Laender

zu, deren ueberwaeltigende Mehrheit sowohl den Kommunismus als auch den Faschismus ablehnt, denen man jedoch das Recht verweigert, fuer die Freiheit sich zu entscheiden.

Durch den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, der in Kuerze regionale Organisationen in Asien, Afrika und Lateinamerika errichten wird, wird die amerikanische Gewerkschaftsbewegung fortfahren, die demokratischen Gewerkschaften auf diesen Kontinenten zu unterstuetzen.

News Section Talks Unit
10/31/50

VERBESSERUNGEN DER SOZIALVERSICHERUNG AMERIKAS GEFORDERT

Robert Ball vom bundesstaatlichen Buero fuer soziale Sicherheit wies darauf hin, dass selbst nach den neuesten Verbesserungen der Sozialversicherungsgesetzgebung "noch viel getan werden muesse." Die Sozialunterstuetzung muesse noch auf weitere grosse Teile der Bevoelkerung ausgedehnt werden, die zur Zeit hiervon noch ausgeschlossen sind. Auch Arbeitsunfaehige oder kranke Arbeiter muessten besser geschuetzt werden, zumal die Arbeitslosenversicherung unzureichend ist. Er forderte ein umfassendes freiwilliges oder obligatorisches Krankenversicherungsprogramm, um die umfangreichen Kosten fuer Krankenbehandlung decken zu koennen.

Lane Kirkland von der Forschungsabteilung der AFL ging auf Einzelheiten hierzu ein und erklarte: "Nur eine obligatorische Krankenversicherung waere eine Gewaehr dafuer, dass die Mindestnormen medizinischer Behandlung eingehalten werden koennen.

Murray Latimer, ein Sozialversicherungsexperte, erklarte, die juengsten Fortschritte der Gewerkschaften bewiesen, dass sich die Unternehmer durchaus fuer die Wohlfahrt der Familien ihrer Arbeitnehmer verantwortlich fuehlen. Vor Inkrafttreten des Pensionsplanes haetten die Pensionierten von unzureichenden Unterstuetzungen aus der Sozialversicherung leben muessen, und Witwen waeren oft gezwungen gewesen, zu arbeiten, um hierdurch die unzureichenden Hinterbliebenenrenten zu ergaenzen.

Kenneth Kramer von der Textilarbeitergewerkschaft des CIO sagte, dass der CIO eine fuehrende Stellung in dem wirtschaftlichen Ringen unserer Zeit und des Kampfes um die Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards einnaehme und nicht nur die finanziellen Interessen seiner eigenen Mitglieder vertreten wuerde. Der CIO hat Programme unterstuetzt, die die Unzulaenglichkeiten des gegenwaertigen Sozialversicherungssystems beseitigen wuerden. Er forderte Programme zur Unterstuetzung Arbeitsunfaehiger, eine ausreichende Arbeitslosenunterstuetzung und eine bundesstaatliche Krankenversicherung. "Wir muessen fuer die Probleme der Kinder und der Familien unserer Arbeiter Verstaendnis haben. Wir muessen versuchen, hoehere Loehne, Vollbeschaeftigung, soziale Sicherheit und Sozialunterstuetzung fuer alle Schichten unserer Bevoelkerung durchzusetzen."

Daily News Service
XII/6/50

AUSSENPOLITISCHE ERKLAERUNG DES CIO ZUR VEREINIGUNG EUROPAS

Der CIO begruesst den Schuman-Plan als ein Mittel zur Staerkung der Einheit Europas, dessen Programm die Zusammenarbeit der Schwerindustrien des Kontinents auf gesamteuropaeischer Basis vorsieht.

Wir empfehlen den Vertretern des IBFC, dem Plan, dessen Entwicklung sie mit Interesse verfolgt haben, weiterhin ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Wir wiederholen, dass der Erfolg des Planes davon abhaengig ist, ob seine Einzelheiten in einer fuer die Gewerkschaften, die an den diesbezuglichen Konferenzen teilnehmen, befriedigenden Weise ausgearbeitet werden.

Wir sind der Auffassung, dass alle Massnahmen, die auf eine engere Zusammenarbeit Westeuropas gerichtet sind, von unserer Regierung mit allen Mitteln unterstuetzt werden muessen.

Zur Verwirklichung der wirtschaftlichen Vereinigung Europas muss die Macht der Kartelle, die die Produktion einschraenken und das wirtschaftliche Leben Europas beherrschen wollen, gebrochen werden. Die Wirtschaft ist so zu organisieren, dass ein Maximum an Produktion gewaehrleistet wird und den wirtschaftlichen Beduerfnissen der Menschen in genuegendem Masse entsprochen ist.

Wir fordern unsere Regierung auf, den Abschluss eines Friedensvertrages mit Westdeutschland zu beschleunigen. Der Wiederaufbau eines vereinigten demokratischen Deutschlands ist durch Russland unmoeglich gemacht worden, weil es mit den drei westlic' Besatzungsmachten nicht zusammenarbeiten will. Ein weitere - warten waere gefaehrlich. Der Ausschluss des deutschen Volkes aus der europaeischen Gemeinschaft und das Fehlen einer selbstaendigen Regierung schwachen unsere Freunde in Deutschland und drohen, die militaristischen und nazistischen Ueberbleibsel in Deutschland zu staerken.

Das deutsche Volk muss sich viel eifriger der Aufgabe widmen, sein Land von fruerehen nazistischen Einflussen auf dem gesamten Sozialgebiet zu befreien, wenn es in der Gemeinschaft freier Nationen ein vollberechtigtes Mitglied werden soll. Wir sprechen den Gewerkschaften unsere Anerkennung fuer ihre Bemuehungen in dieser Richtung aus und sichern ihnen in ihrem Kampf gegen den Kommunismus unsere uneingeschraenkte Unterstuetzung zu. Wir fordern sie auf, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um die Zusammenarbeit deutscher Industrieller und Kartelle mit Sowjetrussland und seinen Satelliten anzuprangern und zu bekaempfen. Wenn einige deutsche Industrielle die Kommunistische Partei Deutschlands durch Reklame in der kommunistischen Presse finanziell unterstuetzen, so ist das ein Verrat am deutschen Volk. Diese Versuche, Sowjetrussland durch Geldgeschenke an die kommunistische Partei, als Reklame getarnt, zu beschwichtigen, nehmen dem deutschen Volke die Hoffnung, sich in die Weltgemeinschaft der freien Nationen einzureihen.

ECA Labor Information

SELBSTAENDIGKEIT DER MARSHALL-PLAN-LAENDER IST GARANTIERT

William C. Gausmann, der ECA-Beauftragte fuer Arbeitsinformationen in Grossbritannien, versicherte vor kurzem den Gewerkschaftern Schottlands, dass die Marshall-Plan-Politik keine Einmischung in die grundlegende Wirtschaftspolitik der Regierungen darstelle, und wies damit erneut die uebliche kommunistische Behauptung zurueck, die Laender, die Mittel der Marshall-Plan-Hilfe erhalten, seien zu Werkzeugen der Wall Street geworden.

Er wies darauf hin, dass die demokratischen Regierungen, die sich am Wiederaufbauprogramm beteiligen, in der Art und Weise, in der sie ihre wirtschaftlichen Probleme zu loesen suchen, grosse Unterschiede aufweisen. Einige von ihnen sind ihrem Wesen entspre-

chend kapitalistisch, waehrend andere sozialistisch sind. Verantwortlich sind sie jedoch nur ihrer Waelcherschaft gegenueber. Nur die Voelker selbst haben das Recht, ihre grundlegenden Regierungsprogramme zu formulieren, waehrend der Marshall-Plan dazu bestimmt ist, ihnen in jeder Weise zu helfen, ihren Lebensstandard zu verbessern.

"In England sehen wir ein ausgezeichnetes Beispiel hierfuer," sagte Gausmann. "Der kommunistischen Propaganda zufolge waere die vor kurzem erfolgte Nationalisierung der britischen Stahlindustrie unter dem Marshall-Plan niemals moeglich gewesen - weil Wall Street es nicht zugelassen haette - ... Die Vereinigten Staaten betrachteten diese Frage jedoch immer als eine Angelegenheit, ueber die das englische Volk allein zu entscheiden hat."

Gausmann beschrieb im einzelnen die Geschichte der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung und unterstrich die Tatsache, dass Amerika, geographisch gesehen, ein Kontinent ist, der sich aus sehr verschiedenen Wirtschaftsgebieten zusammensetzt, und dass diese geographische Vielfalt noch durch die unterschiedliche kulturelle Tradition der amerikanischen Erwerbsbevoelkerung unterstrichen wird. "Die Folge hiervon war, dass sich die organisatorische Arbeit der Gewerkschaften auusserst schwierig gestaltete. Sie musste auf rein gewerkschaftlicher Basis und auf bezirklicher und nicht staatlicher Ebene durchgefuehrt werden."

"Es dauerte lange, bis zumindest die Arbeiter Amerikas auf Grund der wirtschaftlichen Krise das Vertrauen zum unkontrollierten Kapitalismus verloren. Dank der Gesetzgebung des New Deal vor allem wurde die Schwerindustrie organisiert, die Bedeutung der Sozialgesetzgebung anerkannt und die Gewerkschaften gewannen nicht nur lokale, sondern darueber hinaus fuer ganz Amerika eine umfassende Bedeutung."

"Die amerikanischen Gewerkschaften, die heute politisch aktiver als je zuvor sind, streben nicht nach der Kontrolle des Landes, sondern nach dem Einfluss, durch den sie sich die Hilfe der Regierung zur Erreichung ihrer zukuenftigen Ziele sichern koennen. Diese bestehen in groesserer Sozial- und Beschaeftigungssicherheit, hoeheren Realloehnen und der Angleichung der niedrigeren Loehne an die der besser bezahlenden Industrien. Ausserdem soll dafuer gesorgt werden, dass das Einkommen eines Arbeiters aus der Zeit, in der er am besten verdient, nicht reduziert wird, wenn auf Grund seines Alters seine Verdienstfaehigkeit nachlaesst. Ferner sollen unsere Hilfsquellen zum Nutzen der gesamten Bevoelkerung besser ausbeutet werden."

Labour News from the U. S.,
American Embassy, London
XII/11/50

ECA-LEITER FORDLERT HOEHEREN LEBENSSTANDARD FUEER EUROPA

Botschafter Milton Katz, der hoechste Amtstraeger der ECA-Mission in Europa, ist der Meinung, dass ein hoeherer Lebensstandard der Arbeiter von ausschlaggebender Bedeutung fuer ein freies Europa ist.

Katz ist der Auffassung, dass die Zukunft des freien Europa davon abhaengt, ob die folgenden vier Ziele erreicht werden: gesteigerter Export, besonders nach den Dollargebieten; hoehere Investitionen fuer die eigene Ausruestung; ein besserer Lebensstandard

fuer die Arbeiter und genuegende Verteidigungsmaßnahmen gegen Aggressionen.

"In der heutigen Welt," so erklarte Botschafter Katz vor kurzem vor dem Franzoesischen Parlamentsausschuss fuer Handel," sind diese Notwendigkeiten nicht sofort und restlos zu erfuellen. Wir muessen jedoch danach streben, sie so zu erfuellen, dass sie ein gewisses Gleichgewicht bilden, und um diese lebenswichtigen Erfordernisse in vernuenftigem Masse befriedigend und ein angemessenes Gleichgewicht unter ihnen herstellen zu koennen, muss die Produktionsleistung erhoehrt werden."

"Unter Produktivitaet," fuhr der Botschafter fort, "verstehe ich eine bessere Kombination von Arbeitskraft, Geld, Maschinen, Material und Zeit, um mit den gleichen Anstrengungen mehr Waren als bisher zu produzieren und zu verteilen."

Im Jahre 1900 sei die Produktionsleistung in Europa, gemessen an der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion pro Mann und pro Arbeitsstunde, die gleiche gewesen wie in den Vereinigten Staaten. Seitdem sei sie aus vielen begreiflichen Gruenden, vor allem durch die destruktive Auswirkung zweier verheererender Kriege, auf ein Drittel bzw. ein Viertel der Produktionsleistung der Vereinigten Staaten zurueckgegangen.

Heute belaeuft sich die Gesamtproduktion Europas auf etwa 135 Milliarden Dollar jaehrlich. Wenn das freie Europa seine Produktion um ein Drittel des Unterschiedes zur Produktion der Vereinigten Staaten steigern koennte, so wuerde das eine zusaetzliche Produktion von Guetern im Werte von 100 Milliarden Dollar jaehrlich bedeuten, ein Ziel, das nach Ansicht der ECA-Sachverstaendigen zu erreichen ist und wesentlich dabei helfen wuerde, die genannten vier Notwendigkeiten zu erfuellen.

Eine derartige Steigerung der Produktion zu erreichen, waere selbst fuer eine Welt, in der alle guten Willens sind, eine grosse Aufgabe. Jedoch ist heute nicht die ganze Welt auf das Wohl Europas bedacht. "Die Voelker und Regierungen Europas muessen ihre Arbeit unter ruecksichtslosen und unablassigen Anfeindungen des reaktionaeeren Kommunismus verrichten."

An die vielen Methoden erinnernd, durch die die Reaktionaeere in Moskau versucht haben, den Marshall-Plan und andere Wiederaufbaubemuehungen der freien Welt zum Scheitern zu bringen, wies Katz auf den durch die kommunistische Invasion in Suedkorea eingetretene Wende in der kommunistischen Politik hin.

"Zum erstenmal," sagte er, "ging die kommunistische Aggression ueber politische und Guerillaattaekken hinaus und brach eine regelrechte, aggressive Offensive ueber eine politische Grenze hinaus vom Zaun."

"Bis jetzt waren die im Marshall-Plan vereinten freien Nationen im Kampf gegen Hunger, Verzweiflung, Chaos und Furcht in Europa siegreich," fuhr Katz fort. "Europa hat seine Produktion, seinen Handel und seine Waehrungssysteme wieder aufgebaut. Die Inflation wurde im allgemeinen ueberwunden, es herrscht ein hoher Beschaeftigungsstand, und der Kommunismus verlor fast alle politischen Wahlen und auch seine Herrschaft ueber die Gewerkschaften. Das freie Europa hat staendig seinen Gemeinschaftssinn unter Beweis gestellt und die Hoffnung und den Willen wiedererlangt, einer Zukunft entgegenzusehen, die man zwar noch nicht genau uebersehen, an die man jedoch glauben kann."

"Bis zu den Vorfaellen in Korea waren die Ziele und der Verlauf des Wiederaufbauprogramms durch die Verhaeltnisse gerechtfertigt. Die Grundprobleme wurden erkannt und in Angriff genommen; unter den europaeischen Arbeitern, besonders in Frankreich und Italien, herrschte grosse Unzufriedenheit, und es wurden wirksame Massnahmen ergriffen, um diesem Uebelstand abzuhelpfen.

Angesichts der Ereignisse in Korea haette sich dieses Programm jedoch als unzureichend und zu langsam erwiesen, aber die zukuenftigen Aufgaben sind durch den letzten Schlag der Sowjets klarer zutage getreten.

"In der kommenden Zeit," so versicherte Katz, "muessen wir gemeinsam die militaerische Staerke und die politische Macht des freien Europas wiederherstellen. Wir muessen gemeinsam Mittel und Wege finden, um Deutschland zu einem verlaesslichen und geachteten Mitglied der freien europaeischen Gemeinschaft zu gewinnen."

"Die Bedingungen muessen geschaffen werden, unter denen die benachteiligten Arbeiter Frankreichs und Italiens den Glauben an die Gemeinschaft, zu der sie gehoeren, wiedererlangen und ihre Gewerkschaften von der Umklammerung des Kommunismus befreien koennen."

Katz schloss mit den Worten: "Das freie Europa muss die Vision der Zukunft im Auge behalten, und seine Bestrebungen darauf ausrichten, einen Frieden in Gerechtigkeit und Freiheit zu schaffen und dem Einzelnen die Moeglichkeit geben, vorwaertszukommen. Der Schluessel zu diesen Dingen ist die Sicherheit des Arbeitsplatzes und ein angemessener Lebensstandard."

ECA Labor Information
12/13/50

ILGWU WUENSCHT NEUES INVALIDENSCHUTZGESETZ

Die Internationale Damenoberbekleidungsarbeitergewerkschaft (ILGWU-AFL) hat vorgeschlagen, das gegenwaertig gueltige Gesetz fuer Invalidenunterstuetzung abzuschaffen und es durch ein "gesundes und angemessenes Gesetz" zu ersetzen.

James Lipsig, der stellvertretende Exekutivsekretaer der ILGWU, erklarte vor einem gemeinsamen legislativen Ausschuss fuer Arbeitsfragen in New York, dass dieses Gesetz den Grundprinzipien einer gesunden Sozialversicherung widerspricht. Er zeigte an Hand der Ergebnisse einer Untersuchung, dass letztlich die Arbeiter die Kosten fuer die Invalidenversicherung zu tragen haben, und schlug vor, sofort eine Neufassung des Gesetzes herauszugeben, die eine Finanzierung der Versicherung durch die Unternehmer vorsieht. Er berichtete, dass 220,000 Mitglieder der Damenoberbekleidungsarbeitergewerkschaft nur von der Invalidenunterstuetzung leben muessen, wenn nicht der Gesundheits- und Wohlfahrtsfonds ihrer eigenen Gewerkschaften einen Zuschuss gibt.

Die Methode, die Unterstuetzungen aufgrund des durchschnittlichen Wochenverdienstes einer 40-Stunden-Woche zu erreichen, sei aeusserst ungerecht und muesse abgeschafft werden. Er befuehwortete die Verfahren und Methoden des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

Daily News Service
12/5/50

Internationale ARBEITSMITTEILUNGEN

Die folgenden Artikel stellen Auszüge aus der amerikanischen Presse und anderen Quellen dar und dienen der Information deutscher Redakteure, der Gewerkschaften, Gewerkschaftsschulen und deren Mitglieder. Von diesem Material kann uneingeschränkt Gebrauch gemacht werden.

Weitere Exemplare können kostenlos bei

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757, Frankfurt

angefordert werden. Auf Wunsch werden diese auch einzelnen Interessenten direkt durch die Post zugeleitet. Der Inhalt der „Arbeitsmitteilungen“ ist nicht als offizielle Meinung oder Stellungnahme der amerikanischen Militärregierung, noch irgendeiner Dienststelle der Regierung der Vereinigten Staaten aufzufassen.

II - 43-44

Frankfurt, 6. Januar 1950

INHALTSVERZEICHNIS

Kommunisten Italiens fuer den Marshall Plan - - - - -	2
Feuerfestes Haus fuer achttausend Dollar - - - - -	3
Index der Lebenshaltungskosten in den U.S. revidiert - -	4
Bessere Aussichten fuer die berufstaetige Frau in Amerika	5
Britische Metallarbeiter berichten ueber amerikanische Produktionsleistung - - - - -	6
100.000 Dollar fuer Gewerkschaftsschule der ILGWU - - - -	18
CIO Resolution zur Gemeinschaft Bauer-Arbeiter - - - - -	18
Arbeit durch Marshall Plan - - - - -	19

KOMMUNISTEN ITALIENS FUER DEN MARSHALL PLAN.

Der Gewinn, den die Marshall Plan Hilfe Italien bringt, liegt fuer jeden so klar auf der Hand, dass selbst die Kommunisten ihre Bemuehungen abgedaempft haben, die darauf zielten, dieses Programm in Misskredit zu bringen.

Die neue und ermutigende Tendenz kam in dem freundlichen Empfang zum Ausdruck, der dem Leiter der ECA Sondermission in Italien, Mr. James D. Zellerbach, waehrend einer Besichtigungsreise durch die Region Emilia bereitet wurde. Dieses Gebiet ist als eine der staerksten kommunistischen Hochburgen des Landes bekannt. In vielen Sektoren sind 80% der gesamten Bevoelkerung Kommunisten.

Im Verlaufe seiner 3-taegigen Reise wurde Mr. Zellerbach von fuef kommunistischen Buergermeistern und einem kommunistischen Hilfsbuergermeister willkommen geheissen. Vier der Buergermeister sprachen oeffentlich zugunsten des Marshall Planes. Viele kommunistische Fuehrer nahmen zusammen mit der ECA Gruppe an Essen teil, bei denen ausser Mr. Zellerbach auch Andrew H. Berding, Chef der Informationsabteilung, und Thomas A. Lane, Leiter der Abteilung fuer Arbeit, zugegen waren.

In Bologna, der Hauptstadt der gleichnamigen Provinz und der Region Emilia, hielt Buergermeister Dozzi, ein prominenter Kommunist, der in Moskau geschult wurde, eine Rede, in der er sagte: "Sie brauchen nur die hiesige ERP Ausstellung zu besuchen, und Sie werden konkrete Beweise fuer die unleugbaren Gewinne haben, die Italien dem Marshall Hilfsprogramm zu verdanken hat."

Buergermeister Dozzi hat kuerzlich Raeume im Stadtzentrum zur Verfuegung gestellt, in denen die Marshall Plan Ausstellung kostenlos untergebracht werden kann.

Die Ergebnisse seiner Reise zusammenfassend erklaerte Mr. Zellerbach in San Franzisko, Kalifornien, am 30. November: "Man kann dieses Phaenomen, das heute Gegenstand so vieler Kommentare in Italien ist, in verschiedener Weise erklaren; die einfachste und treffendste Darstellung ist jedoch durch die Tatsache gegeben, dass die kommunistischen Fuehrer sich nicht laenger den sichtbaren Tatsachen verschliessen und zugeben, dass durch den Marshall Plan Italien geholfen wird.

"Es ist noch nicht so viele Monate her, dass die Kommunisten Tag und Nacht die Trommeln schlugen, um die Bevoelkerung auf ihre Beschuldigungen aufmerksam zu machen, dass der Marshall Plan den Ruin Italiens bedeuten wuerde. Da die Gefolgsleute der Kommunisten jetzt offenkundige Beweise fuer die durch den Marshall Plan bewirkten Verbesserungen in ganz Italien vor Augen haben, laufen ihre Fuehrer Gefahr, ihre Anhaengerschaft zu verlieren, wenn sie auch weiterhin das, was augenscheinlich ist, leugnen."

Waehrend Zellerbach seine guten Erfahrungen als weiteren Beweis fuer den Krebsgang des Kommunismus in ganz Europa begriesste, warnte er seine Zuhorererschaft davor zu glauben, dass der Kampf gegen den Kommunismus gewonnen sei. Er erklaerte:

"Noch tobt der Kampf, noch sind die Schlachtlinien gezogen, und die kommunistischen Fuehrer, die die Befehle Moskaus befolgen, sind immer noch Agenten der russischen Politik. Gerade jetzt ist nicht der Augenblick, in unserer Wachsamkeit nachzulassen oder unsere Anstrengungen zu verringern."

ECA Labor Information
15. Dezember 1949

FEUERFESTES HAUS FUER ACHTTAUSEND DOLLAR.

(Von Dan Smyth, Korrespondent des AFL NEWS SERVICE in Chikago).

Der Gewerkschaftsrat der Bauarbeitergewerkschaften in Chikago setzt sich fuer ein Gesetz ein, nach dessen Bestimmungen nur Baumaterialien verwendet werden sollen, die bei Ausbruch eines Brandes dem Feuer solange widerstehen, bis die Bewohner ihre Wohnung verlassen und die Feuerwehrleute eingreifen koennen.

Ein vorgeschlagenes neues Gesetz, das nun dem Stadtrat vorliegt, wuerde die Verwendung eines Pflanzenfaserproduktes gestatten, das sich schon bei dem Brand des Hospitals in Ebbingham, Ill., als aeusserst gefaehrlich erwiesen hat. Dieser Katastrophe im April dieses Jahres fielen 74 Menschenleben zum Opfer. Die National Fire Protection Association (Nationale Feuerschutz Gesellschaft) schreibt das Feuer in dem Hotel "LaSalle", bei dem ebenfalls sehr viele Menschen umkamen, zum grossen Teil derselben Ursache zu.

Die Bauarbeitergewerkschaften der AFL bauen zusammen mit der National Association of Real Estate Boards (Nationaler Verband der Grundstueckmakler) in Chikago zu demonstrativen Zwecken ein Haus, um zu beweisen, dass die Wohnungen, die sich die arbeitende Bevoelkerung leisten kann, auch sicher sein koennen.

Byron Dalton, der Geschaeftsfuehrer der Stuckarbeitergewerkschaft in Chikago, vertritt die Interessen der Baugewerbe bei diesem Projekt. Er kaempft gegen eine Lockerung in den staedtischen Bauvorschriften an, durch die eine weitere Verwendung von Ersatzstoffen fuer Gips in der Decken- und Wandkonstruktion erlaubt wuerde.

Dieses Haus soll keine Antwort auf die Atombombe sein, sagte Dalton, aber es wird gegen Feuer oder Explosion widerstandsfaehtiger als irgendein anderes sein. Es gibt hier keine losen oder hervorstehenden Verzierungen, die im Falle einer Explosion zu Wurfgeschossen werden koennten.

"Und Sie koennten es selbst mit einem Flammenwerfer nicht in Brand stecken", sagte Dalton.

Das Haus soll 8.000 Dollar kosten. Nach Beendigung der Vorfuehrung wird es versteigert werden, und der Erloes fliesst dem Chikago Community Fund, einer Wohltaehtigkeits-Organisation, zu. Die Grundstuecksmakler werden fuer das Grundstueck und eine Garantiepolice sorgen; die Gewerkschaften stellen Arbeitskraefte und Material zur Verfuegung.

Das Baugrundstueck wird 121 Fuss lang und 45 Fuss breit sein. Das Haus hat 3 Schlafzimmer und wird aus Zementbloecken gebaut. Der Fussboden ist aus Beton. Die Aussenwaende und das Dach werden mit einer Portland Zement-Perlit-Gips Mischung unter Anwendung einer Maschine, einer Moertelpumpe, verputzt.

Diese Maschine besteht aus einem grossen Trichter, der auf vier kleinen Raedern steht, daran ein 3-Zoll Schlauch, durch den die Mischung aus Zement und Gips getrieben wird. Sie ist bereits bei einem staatlichen Wohnungsbauprojekt in Chikago zur Anwendung gekommen, wird jedoch im Kleinwohnungsbau nun zum erstenmal eingesetzt.

Die Maschine arbeitet schneller und billiger als die alte Methode des Verputzens mit der Maurerkelle. Waehrend ein Arbeiter die Mischung mit dem Schlauch an die Wand spritzt, glaettet ein anderer mit einem Brett nach. Ausserdem ist dieses Verfahren weit sauberer als die frueheren, denn der grosse Mischer kann ausserhalb des Hauses bleiben, waehrend der Moertel durch den Schlauch in die Raeume gebracht wird.

AFL Weekly News Service
8. November 1949

INDEX DER LEBENSHALTUNGSKOSTEN IN DEN U.S. REVIDIERT.

Die Regierung begann eine schon lange faellige Revision ihres Index fuer Lebenshaltungskosten. Nach dem bestehenden Index wurden die Schwierigkeiten der Arbeiter staendig unterschaezt, die sie hatten, um mit ihrem Lohn ihre Beduerfnisse decken zu koennen.

AFL Funktionaere begriessten diese Aktion und ersuchten die Gewerkschafter, ihre Kongressteilnehmer daran zu erinnern, dass zur Vollendung des dreijaehrigen 4 Millionen Dollar Projektes noch weitere Geldmittel bewilligt werden muessten. In der ersten Sitzung des 81. Kongresses wurden nur 1.126.000 Dollar fuer die Arbeiten des ersten Jahres zur Verfuegung gestellt.

"Seit langer Zeit fordern wir diese Revision," sagte George Brooks. Mr. Brooks ist Direktor der Forschungsabteilung in der Gewerkschaft der Papiermehlensarbeiter und Vorsitzender des Beratungsausschusses der AFL im Statistischen Amt des Arbeitsministeriums.

"Die Revision haette schon lange durchgefuehrt werden sollen," sagte er. "Der Index hat bestaendig die Lebenshaltungskosten der Arbeiter als viel zu niedrig angegeben, denn der festgesetzte Mietbetrag war bei weitem nicht ausreichend."

Ein anderer AFL Funktionaer meinte, dass der Wechsel "auf die jetzige, relativ groessere Bedeutung des Fleisches gegenueber der Kartoffel" zurueckzufuehren sei. Darin spiegele sich die Umwandlung in den hoeheren Lebensstandard wider, die sich seit der Depression von 1935, als der jetzige Index aufgestellt wurde, vollzogen hat.

Der Finanzsekretaer der AFL, George Meany, fuehrte waehrend des Krieges einen schweren Kampf, um den Lebenshaltungskosten-Index so revidieren zu koennen, dass er hoehere Preise, niedrigere Qualitaeten und den Mangel an Waren widerspiegelte. Es gelang damals, einige Zugestaendnisse hinsichtlich der Verschlechterung der Qualitaet zu bekommen, aber die Regierung weigerte sich, grundlegende Probleme zur Berichtigung eines fuer den Arbeiter unguenstigen Index in Angriff zu nehmen.

Man erwartet von dieser Revision, dass ein wahrheitsgetreueres Bild entstehen wird. Die fuer den Arbeiter unguenstige Lage wird jedoch nicht ganz beseitigt werden koennen, weil mit Beginn der neuen Erhebung die Preise im sinken begriffen waren.

Der Index ist eine monatliche Zusammenstellung der Preise von mehr als 1.500 Verbrauchsguetern oder Dienstleistungen, die von Familien in der Stadt mit Durchschnittseinkommen (3.000 Dollar jaehrlich) gekauft worden sind. Preise fuer Lebensmittel, Bekleidung, Miete, Hausrat, Treibstoff, Elektrizitaet und Gas, sowie fuer verschiedene andere Waren und Dienstleistungen sind darin enthalten.

Ewan Clague, der Beauftragte des Statistischen Amtes im U.S. Arbeitsministerium, erklaerte, dass der Index erneuert werden muesste, um auch den Haushaltsausgaben fuer gefrorene Nahrungsmittel, Fernsehgeraete, elektrische Kuehlschraenke und Gefluegel Rechnung tragen zu koennen.

Er kuen digte an, dass die Erhebung 34 Staedte umfassen werde und bis zum 4. November in 11 von ihnen mit den Untersuchungen begonnen werden soll. Angaben ueber etwa 500.000 Wohnungen, ueber Ausgaben in mehr als 20.000 Familien und ueber Preise in Tausenden von Laeden des Einzelhandels und Dienstleistungsbetrieben sollen gemacht werden.

Der neue Index soll im Jahre 1952 zum Gebrauch fertig sein.

Mr. Brooks erklarte, dass es der AFL vor allem daran gelegen sei, den Mietkomponenten berichtigt zu sehen. Er sagte, dass dieser sich sehr nachteilig fuer die Arbeiter auswirke, da die ungeheuer grosse Zahl der Wohnungen, die seit dem Kriege neu gebaut wurden, nicht beruecksichtigt sei. Ebenso zeige er nicht die hoeheren Kosten fuer Eigentuerer alter oder auch neuer Haeuser. Er zieht ferner nicht die steigende Anzahl von Arbeiterfamilien in Betracht, die ein eigenes Haus besitzen, und die oftmals zum Ankauf eines Hauses gezwungen gewesen sind, weil zufriedenstellende Mietswohnungen nicht vorhanden waren.

Inzwischen steigt der Lebenshaltungskosten-Index an. Er ging um $\frac{1}{2}$ % im September in die Hoehe und ist nun 27% hoeher als im Juni 1946, als die Preiskontrollen aufgehoben wurden, und 72% hoeher als im August 1939. Ein Jahr zuvor lag er nur um 3% tiefer.

AFL Weekly News Service
8. November 1949

BESSERE AUSSICHTEN FUER DIE BERUFSTAETIGE FRAU IN AMERIKA.

WASHINGTON -- (Amerika Dienst) -- Die Frauen erobern sich immer mehr Berufe, wie aus verschiedenen Veroeffentlichungen der Frauenabteilung im U.S.-Arbeitsministerium hervorgeht. Waehrend den Frauen vor hundert Jahren nur sieben Berufe offenstanden, arbeiten sie heute bereits in rund 440 verschiedenen Berufsgruppen Seite an Seite mit ihren maennlichen Kollegen.

Die bestbezahlten Posten finden Frauen nach den juengsten Schaetzungen in geistigen Berufen, als selbstaendige Unternehmer und als leitende Angestellte oder Beamte. In diesen Berufen sind heute ungefaehr 2 Millionen Frauen taetig.

Seit 1940 haben etwa eine halbe Million Hausangestellte ihre Stellungen aufgegeben, um sich besser bezahlte Arbeit zu suchen. Insgesamt gibt es in den Vereinigten Staaten gegenwaertig rund 17,5 Millionen berufstaetige Frauen, das sind 30% aller Erwerbstaetigen und 31% der weiblichen Bevoelkerung der U.S.A. ueber 14 Jahren. Unter den Arbeiterinnen befinden sich weit mehr verheiratete als ledige Frauen.

Nach den bisherigen Erfolgen der berufstaetigen Frau zu urteilen und in Anbetracht der Tatsache, dass die Faehigkeiten der Frau in den U.S.A. wie nie zuvor anerkannt werden, ist anzunehmen, dass sie noch erhebliche Fortschritte auf diesem Gebiet machen wird. Vor allem wird die Frau in weit staerkerer Masse als bisher auch in qualifizierte Berufe eindringen. In vielen Berufsgruppen haben sie erst einen kleinen Vorstoss gemacht und werden zahlenmaessig noch weit von den Maennern uebertroffen. Einige geistige und hochqualifizierte technische Berufe sind den Frauen nach wie vor so gut wie verschlossen. Wie die Leiterin der Frauenabteilung im Arbeitsamt betont, muss auf dem Gebiet der Erziehung und Ausbildung von Frauen zu gelernten Fachkraefte und fuer geistige Berufe noch viel getan werden.

Die hoechsten Spitzenpositionen locken die Frauen zu weiterem Vordringen. Allerdings erfordern diese Stellungen mehr Vorbildung, als die Frauen im allgemeinen erwerben koennen. Aber die Zahl derjenigen Frauen, die diese Moeglichkeiten erkennen, wird zwangslaeufig entsprechend den mit diesen Posten verbundenen hohen Gehaeltern und Ehren wachsen.

BRITISCHE METALLARBEITER BERICHTEN UEBER AMERIKANISCHE PRODUKTIONSLEISTUNGEN.

Im Maerz und April 1949 besuchte eine Gruppe britischer Metallarbeiter, Techniker und Industrieller die Vereinigten Staaten um die Produktionsmethoden der amerikanischen Stahlerzeugung zu studieren. Die Arbeitervertreter waren von den Gewerkschaften ernannt worden. Der ausfuehrliche und gut fundierte Bericht dieser Gruppe, die sich "Productivity Team" nannte, sind nicht nur von allgemeinem Interesse, sondern besonders wertvoll weil es sich um den ersten Studienbesuch dieser Art handelte. Hier folgen die Schlussfolgerungen des "Team":

Es muss vorausgeschickt werden, dass die Ursachen der hohen Produktionsleistung in den Vereinigten Staaten einerseits psychologischer oder verwaltungstechnischer Art sind, und dass sie andererseits in der Anwendung besonderer Produktionsmethoden zu suchen sind.

Das Team war von dem weitverbreiteten Produktivitaetsbewusstsein besonders beeindruckt. Es ist mehr als nur Produktionsbewusstsein. Es scheint, dass man in Amerika weit groesseren Wert auf Produktionsleistung legt - d.h. die Leistung des Einzelnen steht im Vordergrund, waehrend die Gesamtproduktion des Betriebes logischerweise als Ergebnis der Leistungen der Arbeiter gewertet wird. Dieses Produktivitaetsbewusstsein ist bei allen Arbeitnehmern, ob Geschaeftsfuehrer oder einfacher Arbeiter, vorzufinden.

Es ist allgemein anerkannt, dass hohe Produktionsleistung der gesamten Belegschaft zugute kommt. Fuer alle Arbeitnehmer gibt es anspornende Momente, und in Geldform sind sie aus zwei Gruenden besonders wirksam; die Besteuerung ist nicht so hoch, dass die Bezahlung fuer die groessere Leistung dadurch ganz oder fast ganz aufgehoben wuerde, und zweitens sind genugend Waren vorhanden, um die Extraloehne umsetzen zu koennen.

Nicht nur der hohe Lebensstandard und das Bestreben der Hausfrauen, den Lebensstandard ihrer Familie zu verbessern, wirken als Ansporn fuer den Arbeiter, sondern auch eine gewisse Furcht. Da es nicht so umfangreiche Arbeitslosenunterstuetzung wie bei uns in England gibt, kann eine Arbeitslosigkeit schlimme Folgen fuer den Lohnempfaenger haben. Eine besser bezahlte Beschaeftigung ist also gewissermassen auch eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit; und hohe Produktionsleistung ist der goldene Weg, der zu hohen Loehnen fuehrt.

Das Wettbewerbsystem ist in der gesamten Industrie Amerikas vorherrschend. Stahlgliessereien muessen nicht nur mit Schweissereien und Gesenkschmieden konkurrieren, sondern auch mit Fabriken, die keinen Stahl verarbeiten. Innerhalb einer geographischen Gruppe von Stahlgliessereien herrscht eine besonders starke Konkurrenz um den Absatz in ihrem Bezirk. Bei einer Verschlechterung der Wirtschaftslage fallen die Preise gewoehnlich, und die Unzulaenglichkeit vieler Preissysteme laesst vermuten, dass Preissenkung leicht zum halsabschneiderischen Wettbewerb werden kann, der weder der Industrie noch ihren Abnehmern Gewinn bringt.

Unter den Vorarbeitern und sonstigen Arbeitsvorgesetzten herrscht ebenfalls ein schwerer Konkurrenzkampf, denn diese Stellungen sind die sichersten und bestbezahlten. Jedermann kann Vorgesetzter werden, sofern er die erforderlichen Faehigkeiten und die noetige Energie besitzt. Deshalb gibt es viele, die danach streben, diejenigen abzuloesen, die sich als unfaeig erwiesen haben.

Diese Konkurrenz ist als Bestandteil des amerikanischen Lebens bezeichnet worden. Sie soll zu niedrigeren Preisen und hoeherer Produktionsleistung fuehren und wird deshalb von allen Amerikanern bewusst unterstuetzt; man nimmt alle ihre Folgeerscheinungen als etwas Selbstverstaendliches hin. Selten widersetzt man sich dem allgemeinen Kurs der Produktionsleistungssteigerung, selbst wenn der Wettbewerb durch ihn intensiviert wird.

Diese Einstellung bringt eine gewisse Ruecksichtslosigkeit in der Produktion mit sich. Betriebsleitung und Geschaeftsfuehrung folgen klar vorgezeichneten Richtlinien, in denen festgelegt ist, was produziert wird, welche Qualitaet und welche Arbeitsmethoden gewaehlt werden, wie und was genormt wird, und sogar wie die Beziehungen zu den Arbeitnehmern zu gestalten sind. Alle ihre Bemuehungen sind auf das gemeinsame Ziel ausgerichtet, und jeglicher Aufwand an Kraft, die diesem Zwecke nicht dient, wird als ueberfluessig betrachtet und unterbunden. Waehrend sich der eine Unternehmer entschliesst, nur genormte Massenartikel fuer einen bestimmten Absatzmarkt herzustellen, und zu diesem Zwecke eine Giesserei aufbaut, in der Arbeiter mit wenig Fachkenntnissen beschaeftigt werden koennen, kann sich ein anderer zum Beispiel auf Gussverfahren verlegen, die besonders schwierig sind und einen hohen Grad an verstaendnisvoller Zusammenarbeit zwischen Vorgesetzten und Arbeitern erfordern. Der eine wird hochqualifiziertes Verkaufspersonal haben, waehrend es fuer den anderen nur darauf ankommt, einige Abnehmer zu finden, die mit seiner Ware zufrieden sind und sich auf diese eine Bezugsquelle verlassen. Jeder ist von dem Bestreben beseelt, sein Geschaeft so zu fuehren, dass seine Waren moeglichst billig hergestellt und verkauft werden koennen.

Wenn man den psychologischen Faktor kennt, der im amerikanischen Leben mitspielt, dann versteht man auch, warum in einer Zeit des Geschaeftsrueckganges - Amerika befand sich in einer solchen Situation, als das Team sich dort aufhielt - das Arbeitstempo trotzdem nicht nachlaesst. Im Gegenteil, in solchen Zeiten scheint die Konkurrenzfreudigkeit neu aufzuleben.

Die Produktivitaet, als Stundenarbeitsleistung pro Mann und pro Tonne gesehen, liegt in den Vereinigten Staaten zweifellos hoeher als in England und zwar um 50 - 90%. Das Team ist der Ansicht, dass die oben zum Ausdruck gebrachten Momente eine treibende Kraft darstellen, die die Stahlarbeiter Amerikas zu staendig hoeherer Produktionsleistung anspornen muss. Zusammengefasst heisst das: unter dem Zwange des ausgepraegten Konkurrenzgeistes, ohne den man sich das moderne Amerika nicht vorstellen kann, strebt man bewusst nach hoeherer Produktionsleistung, und die Arbeiter der amerikanischen Stahlindustrie werden zu hoeherer Arbeitsleistung angespornt.

Es soll nicht behauptet werden, dass dies die einzigen Kraefte sind, die den Arbeiter zu groesseren Angstrengungen veranlassen. Auch Furcht und Selbstinteresse haben sich immer als maechtige Triebkraefte erwiesen, die unmittelbar auf das menschliche Wesen wirken koennen, und es gehoert nicht zu den Leitsaetzen des Team, diese durch Gegenvorschlaege ersetzen zu wollen.

Unter welchen Bedingungen diese psychologischen Kraefte im allgemeinen zur Geltung kommen koennen, soll nun einzeln angefuehrt werden.

Die physische Grundlage hoher Produktionsleistung besteht in der Anwendung von Maschinen. Bei der Gruppierung der Fabriken müssen Sparsamkeitsgrundsaeetze in Betracht gezogen und die Maschinen und bedienenden Arbeiter raeumlich so eingeteilt werden, dass der Arbeitsvorgang vereinfacht wird, die Arbeiter sich moeglichst wenig von ihrem Arbeitsplatz entfernen und der Bedarf an Arbeitskraeften, die nicht direkt in den Produktionsprozess eingeschaltet sind, weitgehendst reduziert wird. Die Reihenfertigung vieler Waren bedingt eine Gruppierung des Produktionsvorganges, die den reibungslosen Ablauf des Arbeitsvorganges foerdert; man kann das auch mit guten Haushaltsfuehrungsmethoden vergleichen.

Der hohe Produktivitaetsstand kann nur aufrechterhalten werden, wenn soviel Gueter produziert werden, dass der Aufwand an Maschinen damit gerechtfertigt ist. "Ohne grossen Produktionsumsatz ist hohe Produktivitaet unmoeglich."

Fuer diesen Umsatz ist durch den amerikanischen Absatzmarkt Sorge getragen, der sich mit der amerikanischen konkurrenzbejahenden und durch die Massenproduktion bedingten Mentalitaet entwickelt hat und durch sie geformt wurde. Bezeichnend fuer den amerikanischen Absatzmarkt ist das Vorhandensein vereinheitlichter Produkte, selbst wenn sie Teile verschiedener Fertigwaren sind. Sobald

sich die Verbraucher an die Gueter der Massenproduktion gewoehnt haben, kommt die Industrie in die Lage, auch kleinere Mengen zu niedrigen Preisen herzustellen, obwohl die Produktionsleistung in solchen Faellen erheblich geringer ist.

Die Anwendung von Maschinen laesst von vornherein auch auf groessere Anwendung mechanischer Energie schliessen. Ein grosser Teil der mit der Hand ausgefuehrten Arbeiten muss maschinell verrichtet werden, mechanische Hilfsmittel zum Transport des Materials sind erforderlich und die Produktionsprozesse haben sich unter groesstmoeglichem Einsatz von Maschinen zu vollziehen. Die Bereitwilligkeit des amerikanischen Arbeiters, neue Maschinen, Arbeitsverfahren und den Gebrauch neuer Materialien zu akzeptieren, ist offensichtlich. Es gibt keine eingefleischte Voreingenommenheit, die zu ueberwinden waere, sondern eine ausgesprochene Begeisterung fuer alles Neuartige.

Da Arbeitskraefte teuer sind, macht man den bestmoeglichsten Gebrauch von ihnen. Die Arbeit ist so eingeteilt, dass die Leute dauernd in einem gewissen Arbeitsrhythmus gehalten werden; Fachleute leisten nur Facharbeit und werden staendig von unter ihnen stehenden Arbeitern bedient. Man benoetigt keine Fachkraefte zur Bedienung der Maschinen, sondern Leute, die ueber grosse Geschicklichkeit verfuegen, koennen diese Arbeit verrichten. Zum Bedienen der Maschinen eignen sich am besten die Arbeiter, die nicht ueberlegen, wie das Produkt hergestellt werden sollte, sondern einfach wie ein bestimmter Rhythmus und eine Gleichmaessigkeit in die Produktionsbewegungen gebracht werden koennen. Hochqualifizierte Fachkraefte leisten keinerlei Handarbeit.

Die Beschaffenheit der Giessereiprodukte muss dem betreffenden Zweck entsprechen. Man verlangt keine Vollkommenheit, wenn sie nicht erforderlich ist, und Fehler an unwichtigen Teilen werden von den Verbrauchern nicht beanstandet. Die der Ausfuehrung gesetzten Toleranzgrenzen werden nicht enger als noetig gezogen. Was man verlangt, ist "Gut genug".

Gruensandgiessverfahren werden in grossen Gussformen durchgefuehrt. Die Entwicklung der Sandgiesserei in England hat den Hoechststand der Produktion in Amerika erreicht, der Arbeitsvorgang ist jedoch nicht so regelmaessig und einfach wie dort. In Amerika ist naemlich Bentonit und hochwertige Kieselerde zu niedrigen Preisen verfuegbar, die sich besonders zu Gussverfahren unter Anwendung synthetischen Sandes eignen. Man ist bestrebt, feinkoernigen Sand zu verwenden, um bessere Walzen zu ermoeeglichen und die Gusspritzarbeiten zu reduzieren.

Die Schmelzabfaelle haben einen geringen Gehalt an Schwefel und Phosphor, koennen in Saeureschmelzofen verarbeitet werden und haben deshalb trotzdem die erforderlichen Schwefel- und Phosphor-Spezifikationen.

Klektrische Energie ist in genuegender Menge vorhanden. Kein Unternehmen braucht sich damit aufzuhalten, Reservevorrichtungen aus Angst vor Stromsperrern einzurichten, Maschinen koennen bei kurzer Lieferfrist gekauft werden.

Innerhalb der Berufe werden offen Ideen und Informationen ausgetauscht, und alle Arbeitsvorgesetzten sind an der wissenschaftlichen Weiterentwicklung in der Stahlindustrie interessiert.

Besonders anerkennenswert ist die Arbeit, die von der Steel Founders' Society of America (Gesellschaft der Stahlgieser Amerikas) auf dem technischen Gebiet und im Erfahrungsaustausch in der gesamten Industrie geleistet wird. Neue Forschungsergebnisse werden ihren Mitgliedern so bald wie moeglich mitgeteilt, ohne dass der laufende Arbeitsprozess dadurch gestoert wird. Die Ergebnisse werden in einer Weise veranschaulicht, die allen Stahlgiesern und nicht nur geschulten Technikern verstaendlich ist. Diese Mitteilungen haben oft die Form direkter Empfehlungen, die einem grossen Kreis zur Pruefung vorgelegt werden, ohne dass man eine Bestaetigung bestimmter Instanzen abwartet. In dieser Beziehung legen die amerikanischen Stahlgieser eine Unternehmungslust an den Tag, die nicht zu leugnen und, man kann sagen, nicht zu ihrem Nachteil ist. Viele in

England bekannte Methoden, die man hier nur mit Zögern anzuwenden versucht, sind in den amerikanischen Giessereien schon weit verbreitet.

Durch die Betonung der Sicherheit (besonders vor Silikosis) wird die Produktionsleistung, wenn auch nicht entscheidend, so doch stark beeinflusst. Alle Stahlarbeiter, die Staubkrankheiten ausgesetzt sind, werden laufend geröntgt und dürfen nicht bis zur völligen Arbeitsunfähigkeit weiterarbeiten.

Neger sind wertvolle Arbeitskräfte, besonders wenn es sich um Reihenfertigung handelt, die Geschicklichkeit und körperliche Anstrengung erfordert. Ein Neger als Vorgesetzter ist jedoch eine Seltenheit.

Im Zusammenhang mit der Produktionsleistung gibt es für den Amerikaner keine Gewerkschaftsprobleme. Die Gewerkschaften unternehmen nichts, was die Produktion beeinträchtigen könnte. Alle Arbeiter, die im Lohnverhältnis stehen, können Gewerkschaftsmitglieder werden. Die Hauptaufgaben der Gewerkschaften bestehen darin, gute Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen unter größtmöglicher Sicherheit trotz der durch den Wettbewerb bedingten Umstände für ihre Mitglieder zu erzielen.

Trotz dieser positiven Feststellungen muss der aufmerksame Beobachter amerikanischer Lebensverhältnisse zugeben, dass ständig Unvereinbarkeiten auftauchen, die aus zwei sich widersprechenden Motiven im Leben Amerikas zu erklären sind.

Das eine ist der ausgeprägte, selbstbewusste Individualismus, der in dem Konkurrenzgeist zum Ausdruck kommt - dem Recht jedes einzelnen, seinen eigenen Weg zu gehen und seine eigenen Ziele zu verfolgen.

Dieser Konkurrenzgeist zwingt jedoch auch zur Vereinheitlichung der Produkte, was wiederum eine Vereinheitlichung der Verbrauchsgüter, der Lebensweise und der Denkungsart zur Folge hat und in krassem Widerspruch zu den Grundsätzen des Individualismus steht. Je mehr das zweite Motiv in Erscheinung tritt, das in dem Streben nach einem hohen Lebensstandard und nach Befreiung von schwerer Arbeit besteht, umso mehr konzentriert sich die Wahl des einzelnen auf vereinheitlichte Mittel und Wege, die zur persönlichen Zufriedenheit führen.

Es wäre seltsam, wenn keine krassen Gegensätze in einem Volke beständen, das zugleich dem Individualismus und der Einheitlichkeit huldigt.

EMPFEHLUNGEN.

Bis jetzt hat das Team in seinem Bericht Tatsachen wiedergegeben und daraus Schlüsse gezogen, wie die Produktionsleistung in den amerikanischen Stahlgießereien mit der durchschnittlichen Leistung in England verglichen werden kann, was die Ursachen der hohen amerikanischen Produktivität sind, und mit welchen Mitteln sie erreicht werden kann.

Bevor das Team dazu übergeht, Vorschläge zu machen, deren Verwirklichung nach seiner Ansicht zu höherer Produktionsleistung in den englischen Giessereien führt, muss eine Frage gestellt werden:

Wünschen die englischen Stahlgieser tatsächlich eine höhere Produktionsleistung?

Es ist leicht, die Frage einfach zu bejahen; weniger leicht jedoch ist folgende Frage:

Was ist wichtiger, höhere Produktivität oder die alten Grundsätze der verschiedenen Interessengruppen?

Solange man diese beiden Fragen nicht ehrlich zu beantworten gewillt ist, bedeutet jegliche Bemuehung nur unnoetigen Zeitverlust. Und eine ehrliche Stellungnahme muss von allen Kreisen der Industrie verlangt werden, so wie auch die Mitglieder des Produktivitaets-Team aus allen Kreisen kommen und sich bemueht haben, einen wahrheitsgetreuen Bericht ueber ihre Beobachtungen zu geben.

Um den Interessen des Lesers entgegenzukommen, kann die Frage folgendermassen noch besser veranschaulicht werden:

(a) Ist hohe Produktionsleistung wichtiger als Organisation und herkoemmliche Gebraeuche der Berufsgenossenschaft?

(b) Muss auf die hohe Produktivitaet verzichtet werden, um die bestehenden Methoden der Unternehmervorbaende beibehalten zu koennen?

(c) Muessen die Gepflogenheiten der Gewerkschaften, die sich in den Jahren vor der gegenwaertigen wirtschaftlichen Krise entwickelt haben, auf Kosten der hohen Produktivitaet unveraendert bleiben?

Die Frage ist in diese Formen zerlegt worden, um die Aufmerksamkeit der drei Interessengruppen zu erwecken, denen dieser Bericht eigentlich gilt. Jede dieser drei Gruppen hat ihre Verantwortung und Autoritaet im Industriesystem Englands. Es ist in der Vergangenheit viel davon gesprochen worden, dass mit groesserer Autoritaet auch groessere Verantwortung erwaechst. Die verantwortlichen Teile muessen aber auch darauf hingewiesen werden, dass sie nicht nur Vorwuerfe fuer Pflichtversaemnisse hinzunehmen haben, sondern dass sie selber versuchen muessen, festzustellen, inwiefern sie schuldig sind. Jeder Versuch, sich der eigenen Verantwortung zu entziehen, "einem andern die Schuld in die Schuhe zu schieben", deutet darauf hin, dass die Autoritaet des Betreffenden in besser befahigte Haende gelegt werden muss. Diese drei verschiedenen Fragen sind deshalb in Wirklichkeit nur eine; keine der drei genannten Gruppen kann sich ihrer Verantwortung in dem Augenblick entziehen, in dem sie sich fuer oder gegen die hohe Produktivitaet entscheidet.

Wie die Antwort ausfallen muss, haengt davon ab, was es bedeuten wuerde, wenn sie verneinend waere. In den Berichten ueber wirtschaftliche Untersuchungen bedient man sich hoeflicherweise der Wirtschaftsterminologie. Die wirtschaftlichen Untersuchungen haben jedoch ergeben, um es ganz offen auszusprechen, dass uns bei Nichtannahme erhoehter Produktivitaet die Hungersnot bevorsteht. Wenn uns diese Erkenntnis in Fleisch und Blut uebergegangen ist, dann kann man hoffen, dass Fortschritte gemacht werden koennen.

Dem Team geht es in seinem Bericht darum, klarzustellen, was falsch gemacht wird. Es will anderen jedoch nicht mehr Schuld zur Last legen, als es selber zu uebernehmen gewillt ist, wenn ihm von aussenstehender Seite Vorwuerfe ueber Ungenauigkeiten in der Beobachtung und Schlussfolgerung gemacht werden. Alle Leser dieses Berichtes, ob sie Vertreter der Interessen der Gewerkschaften, Berufsgenossenschaften, Arbeitgeber, Arbeiter oder sogar nur Zuschauer sind, muessen ihren eigenen Anteil an Verantwortung uebernehmen, um richtigzustellen, was ihnen als falsch erscheint. Es ist zu hoffen, dass ein Teil der Kritik, die an den Vorschlaegen geuebt wird, sich als unbegrundet erweist und berichtigt wird.

Das Verstaendnis fuer die Notwendigkeit gesteigerter Produktionsleistung muss bei allen, vom juengsten Lehrling bis zu dem, der kurz vor seiner Pensionierung steht, vorhanden sein. Dieses Verstaendnis zu erwecken, ist nicht allein Aufgabe der oeffentlichen Koerperschaften. Alle, die darum wissen, sind verpflichtet, dieses Verstaendnis ueberall da, wo es vorhanden sein muss, zu foerdern. Jeder Leser dieses Berichtes ueberzeuge sich, dass die Leute aus der Stahlindustrie, mit denen er in enger Verbindung steht, wissen, was mit Produk-

tivitaet gemeint ist und zwar genuegt nicht eine formelle Erklaerung, sondern eine Erklaerung in der taeglichen Umgangssprache ist notwendig. Es ist von groesster Wichtigkeit, dass die drei Gruppen, denen dieser Bericht gilt, eng zusammenarbeiten. Jede muss auf die Ausdehnung des Verstaendnisses auf die Allgemeinheit bedacht sein und alles tun, was in ihrem Bereich des Moeglichen liegt, um das nachzuholen, was in der Vergangenheit versaeumt worden ist.

Zunaechst ist es erforderlich, die hohe Produktionsleistung zum Pruefstein der Industrie zu machen. Traditionelle Methode ist allzu oft nur ein mildernder Ausdruck fuer Halsstarrigkeit und berufliche Gewohnheit fuer Dickkoepfigkeit. Beide sind fuer den Export ohne jegliche Bedeutung. Produktionsleistung dagegen wirkt sich direkt auf den Export aus. Die verschiedenen Bestandteile, die eine Industrie bilden, haben ihre eigenen, besonderen Interessen, und viele dieser Interessen stehen wohl im Schutze herkoemmlicher Gewohnheiten, die sich in der Vergangenheit entwickelt haben. Man nimmt jedoch nicht an, dass die Fuehrer der Gewerkschaften, Berufs- und Unternehmerverbaende so ideenarm sind, dass sie nur in der industriellen Struktur alten Musters ihre besonderen Interessen nachhaltig gewahrt sehen koennten. Weder Vorschriften noch Verfahren koennen eine Hungersnot verhindern. Die hohe Produktionsleistung kann es aber. Es ist nutzlos, in schoenen Phrasen von dem zu sprechen, was vermutlich die Erfolge in den vergangenen Jahren ermoeeglicht hat. Fast das Wichtigste haben wir verloren, - unsere industrielle Fuehrung - und die geringeren Erfolge werden zu Staub und Asche werden, wenn wir nicht beginnen, die Sache von einer anderen Warte aus zu sehen, und die hohe Produktionsleistung an erste Stelle ruecken, die allein die Befreiung von der Angst vor wirtschaftlicher Not bringen kann. Dass es dabei Regeln, Vorschriften und Bestimmungen geben wird, die mit den bisherigen Produktionsgrundsuetzen nicht in Einklang zu bringen sind, ist unumgaenglich. Es ist jedoch nicht zu vergessen, dass jede einzelne dieser Vorschriften aus bestimmten Gruenden bestehen muss - entweder um gewisse Bedingungen zu verbessern, hilfsbeduerftige Gruppen zu unterstuetzen und zu schuetzen oder um zusaetzliche Sicherheiten zu bieten. Wenn jedoch irgendeine Regel, Methode oder Bestimmung die hohe Produktionsleistung beeintraehtigt, dann wirkt sie sich zum Nachteil der Gesamtheit des Volkes aus, das aus Privatinteressen nicht in eigennuetziger Weise uebergangen werden darf. Gerade in dieser Frage muessen neue Ideen geschaffen und tolerantes Experimentieren muss ermoeeglicht werden, um sicherzustellen, dass diejenigen, die ein legales Interesse an der sich entfaltenden hohen Produktionsleistung haben, auch entsprechend geschuetzt werden.

Eine staendige Beachtung der Grundsuetze hoher Produktionsleistung als Wegweiser in der Industriefuehrung, ist in erster Linie die Aufgabe der fuehrenden Maenner der Industrie, die die allgemeinen Richtlinien beeinflussen und Vereinbarungen treffen, und nicht der Lohnempfaenger und der gehaltsempfangenden Vorgesetzten, durch die die hohe Produktivitaet bewirkt wird. Leute, deren Beschaeftigung nicht viel Voraussicht erfordert, koennen eine bevorstehende Gefahr nicht erkennen, solange sie noch in entferntem Bereich liegt. Sie erkennen nicht die Dringlichkeit des Problems und bestimmt auch nicht die Anzeichen der bevorstehenden Not. Um auch ihre Aufmerksamkeit zu erregen, sind einige Massnahmen sofort zu ergreifen und direkte Belohnungen fuer gesteigerte Produktionsleistung auszusetzen. Eine Handlungsweise, bei der das Verstaendnis der gesamten Bevoelkerung fuer verworrene wirtschaftliche Probleme vorausgesetzt werden muesste, wuerde vergebliche Muehe sein. Auch eine Erziehung des Volkes zu gefuehlsmaessiger Einsicht wuerde zu viel Zeit in Anspruch nehmen, und der Erschuetterung, die die Beendigung des Marshall Planes mit sich bringen wird, koennte nicht rechtzeitig begegnet werden. Es ist deshalb wichtig, dass ein direkter Ansporn in irgendeiner Form gegeben wird. Dieser Ansporn ist auf alle, die fuer die Produktion mit verantwortlich sind, gleichmaessig zu verteilen. An diesem Ansporn muessen alle Schichten, die an der Produktion beteiligt sind, gleichen Anteil haben, - sonst fuehrt er zu gegenseitigem Misstrauen. Es ist klar, dass Arbeiter, Vorgesetzte, Betriebsleiter und Techniker das Recht haben, daran beteiligt zu sein; es ist nicht mehr als gerecht, wenn man zugibt, dass auch Inhaber und diejenigen, die Geld in Maschinenausruestung angelegt haben, um dadurch

mehr Waren erzeugen zu koennen, ebenfalls am Gewinn beteiligt werden muessen. Die Abnehmer der Industrie muessen durch niedrigere Preise belohnt werden, besonders dann, wenn sie die Erzeuger in ihren Produktionsaufgaben unterstuetzen.

Alle Partner in Lohnverhandlungen sollten es sich zum Grundsatz machen, die Einsparungen an Herstellungskosten, die der gesteigerten Produktionsleistung zu verdanken sind, gerecht unter Verbrauchern und den an der Herstellung Beteiligten zu verteilen. Dies duerfte einfach genug sein, und ausserdem waere ein erhoehetes gegenseitiges Vertrauen die Folge.

Damit ist es jedoch noch nicht getan. Eine Belohnung in Form hoeherer Loehne in den Haenden der Bevoelkerung ist nutzlos, wenn sie nicht in Waren umgesetzt werden kann, die eine angemessene Belohnung fuer den Mehraufwand an Anstrengung darstellen. Wenn die erhoehete Kaufkraft als Ergebnis der gesteigerten Produktionsleistung von den vorhandenen, mehrerzeugten Verbrauchsgueteren nicht absorbiert werden kann, dann koennte es leicht zu einer Erschuetterung des Gleichgewichtes und damit zu einer Inflation kommen. Die Wirtschaft der englischen Industrie muss von hoechster Instanz aus gelenkt werden, damit das System der erhoeheten Loehne fuer gesteigerte Produktivitaet mit den allgemeinen Interessen zu vereinbaren ist. Verfehlt man es, diese Lenkung der Wirtschaft vorzunehmen, dann besteht die Gefahr, dass die Mehrverdienste ein Ausmass annehmen, das sie von ihrem eigentlichen Zweck entfernt und die gegenwaertigen Schwierigkeiten noch vergroessert.

Es ist ganz klar, dass hohe Produktivitaet mit industrieller Leistungsfahigkeit eng verbunden ist. Die Erkenntnisse hoher Produktivitaet lehren uns, dass es nur gerecht ist, wenn ein Betrieb mit niedriger Produktionsleistung zugrundegeht oder ein Arbeitnehmer, dessen Leistungen ungenuegend sind, seine Beschaeftigung verliert. Es ist gefaehrlich, Leistungsunfaehigkeit zu schuetzen, ganz gleich, um wen es sich dabei handelt. Den Verfassern dieses Berichtes steht es nicht zu, Vorschlaege zu machen, wie Leistungsunfaehigkeit zu bekaempfen ist. Sie empfehlen jedoch den Berufsverbaenden, Unternehmerorganisationen, Gewerkschaften, Betriebs- und Werkstattsleitern sowie den gemeinsamen Produktions-Ausschuessen, dieses Problem ins Auge zu fassen und sich mit ihm zu beschaeffigen.

Das, was im Vorangegangenen gesagt wurde, soll Klarheit ueber die groesseren und allgemeinen Probleme schaffen, damit die einzelnen Vorschlaege in der ihnen eigenen Perspektive betrachtet werden koennen. Sie werden im Folgenden zum Ausdruck gebracht.

Gruppierung der Werksanlagen und Ausruestung mit Maschinen.

In vielen Stahlgliessereien Englands hat sich aufs Geratewohl ein Durcheinander von Gebaeuden und Werksanlagen entwickelt, in dem es schwierig ist, den einfachsten Verlauf des Produktionsprozesses einzuhalten. Es wird viel Zeit in Anspruch nehmen, die Umgruppierung in der richtigen Weise durchzufuehren, aber es bleibt keine andere Wahl - entweder werden die Betriebe so aufgebaut, dass sie leistungsfahig sind, oder sie kommen unter den Hammer, der die Leistungsunfaehigen erwartet. Da es eine langwierige Arbeit sein wird, den Erfordernissen entsprechend neu zu gruppieren, besteht umsomehr Grund, sofort damit zu begimmen. Durch Abwarten wird das Problem nicht einfacher.

Langfristige Projekte werden jedoch nicht schnell genug eine guenstige Beeinflussung unserer Industrie bewirken. Die bestehenden Produktionsmethoden koennen jedoch schon durch Neueinteilung der Arbeiten verbessert werden. Es ist in Kundengliessereien allgemein ueblich, dass sich ein Former zur Ausfuehrung seiner Arbeit in einem bestimmten Raum bewegen kann. Er fuehrt jede Arbeit an einer anderen Stelle aus, und seine Werkzeuge und Geraete muessen jedesmal zu dem anderen Platz gebracht werden. Nach den amerikanischen und den besten britischen Methoden wird diese Arbeit in die Fließbandfertigung mit einbezogen,

sodass der Former mit seinen Geräeten und Materialien eine bestimmte Stelle innehat, zu der das zu bearbeitende Stück hin- und auch wieder wegbefordert wird. (Dies ist natürlich nur bei Werkstücken kleiner und mittlerer Grösse möglich). Auch in anderen Abteilungen der Giessereien können durch Umgruppierung der Maschinen und Werksbanken der Arbeitsvorgang vereinfacht und unnötige Arbeiten vermieden werden, die dadurch entstehen, dass die Gussstücke aufgestapelt werden und später in Kästen zur Bearbeitung weiterbefordert werden müssen.

Durch die Installation von zusätzlichen Maschinen kann in vielen Betrieben die Produktionsleistung in kurzer Zeit verbessert werden. In allen amerikanischen Giessereien kann man feststellen, dass zur Beförderung des Materials gute Transportmittel zur Verfügung stehen. Schnell arbeitende Kräne, Rollwagen mit gabelförmiger Hebevorrichtung und Schlitten mit Rädern zum Transport der Gusskästen sind drei wichtige Hilfsmittel. Ausserdem hat man Laufhebekräne, die die Former, Schleifer oder Gussputzer an ihren Arbeitsplätzen bedienen.

Die Anwendung von Produktionsmaschinen kann noch weiter ausgedehnt werden, und der Arbeitseinsparung ist dabei grössere Beachtung zu schenken. Ob maschinelle Gussverfahren ratsam sind, wird in den meisten Fällen von der Beschaffenheit des Absatzmarktes abhängen. Die einzelnen Aufträge für Gussstücke sind in den meisten Fällen nur klein, und deshalb werden die Modelle mit der Hand geformt. Im ganzen betrachtet müssen die gleichen Arbeiten aber oft genug wiederholt werden, sodass eine maschinelle Herstellung gerechtfertigt wäre, vorausgesetzt natürlich, dass diese maschinelle Methode auch bei der Herstellung kleiner Mengen angewendet werden kann. Eine sofortige Überprüfung der sich wiederholenden Arbeiten in den Stahlgießereien Englands würde fast mit Sicherheit ergeben, dass weit mehr Gussverfahren maschinell ausgeführt werden könnten.

In den Reinigungs- und Endprozessen stellen grosse mechanische Luftstrahlgebläse - weit grösser als sie in England vorzufinden sind - eine wertvolle Hilfe bei der Reinigung der Gussstücke mit einem Minimum an Arbeitskraft dar. Baldige Versuche mit grossen Luftstrahlgebläsen und die Vorführung der erzielten Erfolge vor Vertretern der Industrie können zu bedeutender Steigerung der Produktionsleistung führen.

Die Stahlschmelzöfen in Amerika schmelzen den Stahl viel schneller als die in England, weil sie unter mehr Aufwand an elektrischer Energie arbeiten. Hier in England ist die Stahlgießerei durch den Mangel an Energie in ihrer Arbeit gehemmt. Solange noch dieser Mangel besteht, kann nicht allgemein empfohlen werden, die Lichtbogenöfen unter grösserem Einsatz elektrischen Stromes arbeiten zu lassen. Es wäre jedoch ratsam, solange noch nicht genug Strom vorhanden ist, eine oder zwei Giessereien versuchsweise nach diesem Verfahren arbeiten zu lassen. Mit dem Einsatz grösserer Strommengen wird Zeit erspart. Ausserdem spart man in Amerika durch eine verbesserte Elektrodenkontrolle auch an Energie. Viele Schmelzöfen in England sind mit veralteten Elektrodenkontrollgeräten ausgerüstet, die dringend durch neue ersetzt werden müssten. Dadurch würden nicht nur die Schmelzkosten reduziert, sondern es würde auch elektrische Energie eingespart.

Anspornendes Lohnsystem.

Einfachheit und Gerechtigkeit sollten wesentliche Bestandteile eines Lohnsystems sein, bei dem sich die Bezahlung nach der Arbeitsleistung richtet. Ohne kompliziert rechnen zu müssen, muss ein Arbeiter wissen, welche Entschädigung er zu erwarten hat. Er muss ferner die Gewissheit und das Vertrauen haben, dass ihm ein gerechter Anteil an dem aus seiner Arbeit entstehenden Gewinn sicher ist. Das gegenwärtige Lohnkalkulationssystem in der britischen Stahlindustrie ist weder einfach noch übersichtlich. Die Stücklohnsysteme werden durch den nationalen Bonus noch verwickelter. Man bedient sich häufiger der Lohnkalkulation, als dies nötig wäre; selbst wenn ein Arbeiter ausschliesslich Akkord arbeitet, muss seine Zeitkarte auf die geleisteten Arbeitsstunden geprüft werden, um den nationalen Bonus errechnen zu können. Diese unproduktive Arbeit erfordert in

jeder Woche eine beträchtliche Anzahl von Arbeitsstunden. Man hat damit ein ebenso verschwenderisches wie unlogisches System verewigt, das bei Verhandlungen auf nationaler Ebene den Anschein der Einheitlichkeit geben sollte. Die Vereinfachung des Lohnsystems in der Industrie ist schon lange faellig und wuerde sofortige Einsparungen mit sich bringen.

Gerechtigkeit bei der Verteilung der Gewinne, die aus hoher Produktionsleistung entstehen, ist bereits als grundlegende Notwendigkeit bezeichnet worden. Von ebenso grosser Bedeutung ist die gerechte Einteilung der einzelnen Stueckloehne. Wenn es sich um Reihenfertigung handelt, ist die Stoppuhr in der Hand eines geschulten Beobachters ein unuebertreffliches Mittel in der gerechten Durchfuehrung der Zeitstudien. Voraussetzung ist jedoch die Mitarbeit der Leute, deren Arbeitszeit untersucht wird. Studien dieser Art erfordern guten Willen und Vertrauen auf beiden Seiten. Es wird dringend empfohlen, dass da, wo man auf guten Willen zaehlen kann, eingehende Zeitstudien der Festsetzung der Akkordloehne fuer Arbeiten der Reihenfertigung zugrundegelegt werden. Wo das gegenseitige Vertrauen nicht besteht, soll man zuerst das Misstrauen beseitigen. Es wird ausserdem Toleranz und Grosszuegigkeit bei der Anwendung der neuen Methoden empfohlen. Ernste Gefahren bedrohen die Industrie, wenn es nicht gelingt, eine hoehere Produktionsleistung zu erzielen, und um ihrer Herr zu werden, bedarf es des Vertrauens und der Weitsicht der fuehrenden Persoenlichkeiten in der Industrie, und von allen Werkzeugen, die uns durch die Produktion und die Betriebsleitung in die Hand gegeben sind, muss staerkster Gebrauch gemacht werden.

Arbeitseinsatz.

Es ist nicht zu erwarten, dass der Absatzmarkt fuer Stahlwaren stets mit der gesteigerten Produktionsleistung Schritt halten wird. Deshalb ist mit einer Arbeitsverlagerung zu rechnen, und zwar im gleichen Masstabe, in dem die Produktivitaet ansteigt. Sich aus diesem Grunde jedoch einer Erhoehung der Produktionsleistung widersetzen zu wollen, waere ebenso verfehlt und unbegreiflich wie die Einwaeude, die im 19. Jahrhundert gegen die Anwendung elektrischer Spinnmaschinen und Webstuehle gemacht wurden. Es gibt andere Produktionszweige, in denen die ueberschuessigen Arbeitskraefte der Stahlgiessereien solange beschaeftigt werden koennen, wie der Mangel an Industrieprodukten das Leben der Nation beeintraechtigt. Es ist unangenehm, die Alternative betonen zu muessen, die es zur zwingenden Notwendigkeit macht, diesen Weg zu beschreiten. Hungersnot und Armut sind unangenehme Worte, aber wir nehmen lieber mit den Worten als mit ihrer Verwirklichung vorlieb. In verschiedenen amerikanischen Stahlgiessereien konnte man beobachten, dass man es sich zum Grundsatz machte, mit sinkendem Absatz das festgesetzte Arbeitspensum pro Tag zu reduzieren. Damit entschaeedigte in gewissem Sinne die Weiterbeschaeftigung und Verhinderung der Erwerbslosigkeit fuer den Verlust an Lohn. Die Probleme, die entstehen koennten, wenn die Produktionsleistung die Absatzmoeglichkeiten uebersteigt, erfordern zu ihrer Loesung Klugheit und staatsmaennisches Koennen.

Sicherheit.

Die "Royal Society for the Prevention of Accidents" (Koenigliche Gesellschaft zur Verhuetung von Unfaellen) setzt sich bereits tatkraeftig fuer die Sicherheit in den Betrieben ein. Sie neigt jedoch naturgemaess dazu, in ihren Vorschlaegen und Empfehlungen zu allgemein zu sein. Die "Steel Founders' Society of America" hat sich weit eingehender mit der genauen Art der Unfaelle in den Stahlgiessereien befasst und bestimmte Vorschlaege und Instruktionen herausgegeben; Unfaelle, deren Ursachen besonders deutlich in Erscheinung treten, werden dieser Gesellschaft mitgeteilt. Diese Aufgaben sollten eigentlich von der Berufsgenossenschaft erfuellt werden, und wenn man dazu andere Koerperschaften in Anspruch nehmen muss, ist keine Unterstuetzung eines solchen Schrittes zu erwarten. Eine verantwortliche Koerperschaft, wie es die Berufsgenossenschaft ist, sollte soviel Autoritaet haben, dass sie die notwendigen Statistiken sammeln und sie dort veroeffentlichen kann, wo es erforderlich ist. Sie muss ihre Mitglieder dahingehend beeinflussen, dass zeitraubende Unfaelle moeglichst reduziert werden. Die Verantwortlichkeit sei also in gerechter, offener Weise der Berufsgenossenschaft anvertraut, ohne

Der britische Absatzmarkt ist weit kleiner und uneinheitlicher. Selbst wenn man mit grosser Kuehnheit bei der Standardisierung seiner Bestandteile vorgeht, ist nicht zu erwarten, dass dieselben einheitlichen Produktionsverfahren in den englischen Stahlgiessereien durchgefuehrt werden koennen. Die englischen Techniker sind jedoch keine Toren. Sie wissen sehr wohl, dass sie durch einheitliche Produktionsverfahren in ihren Betrieben die Herstellungskosten reduzieren koennen, und wenn es ihnen gelingt, in den Stahlgiessereien Preisvorteile durch neue Produktionsverfahren fuer sich buchen zu koennen, werden sie nicht zoenern, diese neue Waffe auch in ihrem Kampf um die auslaendischen Maerkte einzusetzen. Die augenblickliche Preispolitik der englischen Stahlgiessereien sieht jedoch keine regelmessigen Preissenkungen bei Massenproduktion vor. Und bevor dies nicht der Fall ist, fehlt eine maechtige Antriebskraft zur allgemeinen Standardisierung. Ausserdem kann ohne einen Absatzmarkt, der Massenfertigung orfordert, die aeusserst gute maschinelle Giessmethode, die bereits in vielen englischen Stahlgiessereien angewendet wird, nicht weiter verbreitet werden.

Es waere falsch anzunehmen, dass mit der Standardisierung Kompromisse verbunden sein muessen. Ein solcher Glaube ist vermutlich fuer die oppositionelle Haltung verantwortlich zu machen, die man der Standardisierung gegenueber in England einnimmt. Es ist wichtig, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und irgendwelchen Kompromissen entgegenzuwirken. Man muss bereit sein, alle ueberlieferten Grundsaeetze, die fuer die Durchfuehrung der Standardisierung unwesentlich sind, aufzugeben. Dies bezieht sich auf alles Herkoemmliche, ob es sich um Installationen oder Gruppierung, Kontrollberichte, Inspektion oder Produktionsmethoden handelt. Die Schwierigkeiten, diese Grundsaeetze zu verwirklichen, beweisen, mit wieviel Intelligenz an das Problem der hohen Produktivitaet herangegangen werden muss, und die ungeteilte Aufmerksamkeit in dieser Beziehung wird allen aus der Stahlindustrie empfohlen.

Produktionsmethoden.

Die wichtigsten Merkmale der in Amerika beobachteten Produktionsmethoden sind in diesem Bericht und seinen Ergaenzungen ausfuehrlich beschrieben worden, und es besteht keine Veranlassung, sie hier zu wiederholen. Einige, die nach Ansicht des Team wesentlichen Einfluss auf die Produktion haben, und deren Anwendung auch fuer die englischen Stahlgiessereien vorteilhafte Folgen zeitigen koennten, soll jedoch im Folgenden besondere Beachtung geschenkt werden.

Stahlschmelzen.

Die Methode des Beschickens von Lichtbogen-Schmelzoefen mit Hilfe von Ladern erspart viel Zeit, wenn es sich um Oefen handelt, die nicht von oben her beschickt werden koennen. Der Schmelzofen wird nach vorne gekippt und die Beschickung, die aus schwerem, kurzem Schrott besteht und sich auf einem langgestreckten, gleitbahnaehnlichen Greifer befindet, durch die Arbeitstuer eingefuehrt. Die erforderlichen Vorrichtungen sind einfach, und es ist leicht, dieses Verfahren durchzufuehren.

Sand.

In England beschaeftigt man sich bereits eingehend mit Studien ueber Formsand, sodass es ueberfluessig erscheinen mag, zu diesem Punkte hier noch weitere Vorschlaege zu machen. Das Abstreifen und Putzen der Gusstuecke ist durch die Anwendung feinkoernigen Sandes jedoch dermassen erleichtert worden, dass es schon die Muehe wert ist, die besondere Aufmerksamkeit der Stahlfachleute auf diese Tatsache zu lenken.

dass wir uns "wohlwollend und dienstbeflissen" einmischen wollen.

Im einzelnen wird empfohlen, dass man vor allem alle Augenverletzungen in den Putzereien verhuetet, indem man das Betreten einer Werkstatt ohne anerkannten Augenschutz, wie Schutzbrille, Gesichtsschild o. ae., zum industriellen Vergehen stempelt. In den britischen Stahlgessereien beeilt man sich jetzt, Massnahmen zu treffen, die den staendigen Gebrauch von Atmungsgeraeten in staubigen Werkstaetten zur Pflicht machen, und man erweitert die Moeglichkeiten, Arbeitnehmer, die dem Staub ausgesetzt sind, mit Roentgenstrahlen zu untersuchen. In der letztgenannten Entwicklung stehen die englischen Giessereien hinter den amerikanischen zurueck.

Es soll ebenfalls gesagt werden, dass Sicherheitsbewusstsein nichts mit Furchtsamkeit zu tun hat. Laute Heulsirenen, die vor einer bevorstehenden Gefahr warnen, sind eine praktische Einrichtung, um gefaehrliche Zonen unter geringstem Zeitverlust von den Arbeitern raechen zu lassen. Sie sind Methoden vorzuziehen, bei denen Arbeitszeit verschwendet wird, denn uebertriebene Sicherheitsmassnahmen beeintraehtigen die Produktionsleistung.

Annehmlichkeiten und Arbeitsbedingungen.

Die im Garrett Report zum Ausdruck gebrachten Vorschlaege sind in den britischen Stahlgessereien bereits wohlbekannt, und man ist eifrig bemueht, sie zu verwirklichen. Ein gleicher Standard liegt den amerikanischen Grundsuetzen zugrunde, und in dem vorliegenden Bericht werden keine weiteren Empfehlungen hierzu gegeben. Durch die Anwendung von Arbeitsmethoden, die dieses Ziel verfolgen, kann viel zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen getan werden.

Betriebsleitung.

Eine Revision der Betriebsleitungsmethoden ist erstrebenswert, und dem wirksamen Einsatz der Facharbeiter muss dabei besondere Beachtung geschenkt werden. Es muss untersucht werden, welche Beweggruende Anlass zu zeitweiligen Arbeitseinstellungen geben, und deren Ursachen muessen abgestellt werden. Es ist dies eine Aufgabe, die nicht von der Betriebsleitung allein geloest werden kann. Ein williges Mitarbeiten seitens der Arbeiterschaft ist erforderlich, um die Uebel, die zu Verzoegerungen fuehren, bei der Wurzel anpacken zu koennen. Es ist gewiss, dass auch die Arbeitsvorgesetzten und Meister von einem wahren Verlangen nach gesteigerter Produktionsleistung beseelt sein muessen, wenn das Ziel erreicht werden soll und dass sie diesen Eifer auf die unter ihrer Aufsicht stehenden Maenner uebertragen koennen.

Dieser Schritt kann sofort getan werden, ohne auch nur auf eine einzige Maschine warten zu muessen. Die gemeinsamen Produktionsausschuesse koennen mit Werkstattsleitern und anderen Leuten aus den Giessereien paritaetisch zusammenarbeiten, um zusammen mit Betriebsleitern und Aufsichtfuehrenden Arbeitsmethoden zu entwickeln, die am wirtschaftlichsten sind.

Absatzmaerkte.

Das Ausmass der Spezialisierung in den amerikanischen Maschinenbaugesellschaften mit dem Ziele, den ungeheuren inlaendischen Absatzmarkt wirtschaftlich versorgen zu koennen, ist mit der amerikanischen Bereitwilligkeit zur Standardisierung gepaart, eine Tatsache, die den Stahlgessereien Anlass zur Spezialisierung und damit zu einheitlichen Produktionsmethoden gibt. Auch lassen die Preislisten niedrigere Preise fuer massenmaessig hergestellte Waren erkennen.

Neue Methoden.

Die erfolgreiche Anwendung von Washburn-Kernen ist in Amerika weitverbreitet. Dieses Verfahren ist einigen Fachleuten aus der Stahlgießerei Englands bekannt, kann sich aber nur langsam durchsetzen. Der Austausch technischer Erfahrungen in verständlicher Form muss gefördert werden, damit neue Methoden ohne langes Experimentieren in jeder einzelnen Giesserei eingeführt werden können.

Gusstrichter mit exothermischem Material.

Die Verwendung von "Risoform" in den exothermischen Legierungen kurzer, weitgeöffneter Gusstrichter ist vorteilhaft und verdient, dass man sich eingehend mit ihr beschäftigt. Auch in England sollte dieses Material verfügbar sein, wenn seine Anwendung ratsam erscheinen sollte.

Erforschung der Probleme der Stahlgießerei.

Die Dringlichkeit einer wirksamen Erforschung der Probleme in der englischen Stahlgießerei liegt nun klar auf der Hand und braucht an dieser Stelle nicht hervorgehoben zu werden. Was betont werden muss, ist, wie ungleich wichtig es wäre, den richtigen Mann zu haben, der den Stahlgießern persönlich das übermittelt, was bereits bekannt und erforscht ist, und wie die Ergebnisse der Forschung praktisch zu verwerten sind. Die Stahlgieser sind an die Luft in den Giessereien gewöhnt. Sie können in der verdünnten Atmosphäre, die die höchsten Gipfel der wissenschaftlichen Forschung umgibt, nicht atmen. Sie benötigen einen Moses, der von jenen Gipfeln zu ihnen herabsteigt und ihnen Anordnungen und einfache Massregeln gibt, in denen die Ergebnisse komplizierter Forschung in verständlicher Form zum Ausdruck gebracht werden. Es kommt mehr auf die Persönlichkeit dessen an, der die Ergebnisse der Forschung der Industrie übermittelt, als auf das Können, mit dem die Forschung selbst betrieben wird.

Es wäre wünschenswert, dass die Probleme der Stahlgießerei auch in den Reihen der unteren Arbeitsvorgesetzten zur Sprache gebracht werden. Die Konferenzen des Instituts der britischen Stahlgieser (Institute of British Foundrymen) bieten gegenwärtig nicht, wie es nötig wäre, den Stahlgießern Gelegenheit, freie Besprechungen zu führen, die keinerlei formellen Charakter haben, und die nicht protokollarisch festgehalten werden. Leider sind die britischen Stahlgieser weniger dazu in der Lage, ihre Meinung klar zum Ausdruck zu bringen, als dies in Amerika der Fall ist. Wir legen dieses Problem dem Institute of British Foundrymen, den technischen Ausschüssen der Berufsgenossenschaften und all den Körperschaften, die sich mit Forschung in der Stahlgießerei befassen, besonders nahe.

Schliesslich möchten die Mitglieder des Team ihrer festen Überzeugung Ausdruck verleihen, dass die britischen Stahlgieser, wenn sie die Bedeutung höherer Produktionsleistung hinsichtlich ihrer Erfindungsgabe und Findigkeit in keiner Weise hinter unseren guten Freunden aus der amerikanischen Stahlindustrie zurückstehen werden.

Anmerkung der Redaktion. Wir haben die Schlussfolgerungen in diesem Bericht des Britischen "Productivity Teams" ungekürzt wiedergegeben, obwohl wir in verschiedener Hinsicht mit den Ansichten der Verfasser nicht übereinstimmen. Wir möchten besonders betonen, dass der einfache Arbeiter und die Gewerkschaften in den U.S. die wirtschaftlichen und technischen Zusammenhänge der Produktionsleistung mit grosstem Interesse verfolgen. Die amerikanischen Gewerkschaften sind zu der Überzeugung gekommen, dass erhöhte Produktionsleistung nicht unbedingt mit Ausbeutung gleichzusetzen ist, und dass eine wirtschaftliche Einsetzung der Arbeitskraft nicht eine Verausgabung grösserer Energien für den Arbeiter darstellen muss. Die Gewerkschaften sind diesen Problemen gegenüber äusserst wachsam, sind aber der Auffassung, dass im Grossen und Ganzen gesehen die gesteigerte Produktionsleistung sich zum Vorteil der Arbeiterschaft auswirkt.

100.000 DOLLAR FUER GEWERKSCHAFTSCHULE DER ILGWU.

Die Internationale Gewerkschaft der Damenbekleidungs-Arbeiter (ILGWU) hat vorlaeufig 100.000 Dollars zur Verfuegung gestellt, mit denen eine neue Schule zur Ausbildung von Geschaeftsleitern, Organisatoren und Verwaltungsangestellten fuer die Gewerkschaft eingerichtet werden soll. Ab 1. Jamar werden regulaere Tageskurse gegeben.

David Dubinsky, der Praesident der ILGWU, erklarte, dass ein gesamtes Stockwerk des Gewerkschaftshauses in New York City fuer die Schule reserviert worden ist. Arthur A. Elder, der fruehere Direktor der Zweigstelle der Universitaet Michigan, ist zum Direktor der Schule ernannt worden.

Die Ausbildung dauert 12 Monate. Die akademischen Kurse in Geschichte, Arbeitsoeconomie und aehnlichen Faechern nehmen 8 Monate in Anspruch. In den restlichen 4 Monaten befasst man sich mit praktischer Arbeit, wie zum Beispiel der Teilnahme an Kollektiv-Verhandlungen und dem Vertrautwerden mit der Arbeit in der Werkstatt und den Arbeitsmethoden.

Es koennen 40 Studenten im Alter zwischen 20 und 30 Jahren an den Kursen teilnehmen. Die Teilnehmer werden von dem Erziehungs-Ausschuss des Gewerkschaftsrates der Vertrauensmaenner bestimmt. Absolventen wird von der Gewerkschaft Beschaeftigung zugesichert.

CIO RESOLUTION ZUR GEMEINSCHAFT BAUER-ARBEITER.

Das amerikanische Volk ist der erste Abnehmer der landwirtschaftlichen Erzeugnisse unseres Landes, und die Geschichte hat bewiesen, dass die Landwirtschaft nur dann gedeihen kann, wenn sich die Millionen unserer Lohn- und Gehaltsempfaenger hoher Realloehne und eines allgemeinen Wohlstandes erfreuen. Werden die Verdienste der Arbeiter in den Staedten niedriger, dann verringern sich auch fuer die Bauern Amerikas Absatzmoeglichkeiten, Preise und somit der Lebensstandard. Umgekehrt gehen industrielle Produktion und Lebensstandard in den Staedten zurueck, wenn die Bauern verarmen. Ein allgemeiner nationaler Wohlstand ist nur moeglich, wenn er fest in der Stadt und auf dem Lande verwurzelt ist.

Die Monopolisten haben bei allgemeiner Verknappung gute Zeiten, das Volk jedoch, wenn Ueberfluss an Waren herrscht. Die monopolistischen Interessen gehen dahin, einmal eine Verknappung industrieller Produkte kuenstlich herbeizufuehren, um hohe Preise zu erzielen, und zum andern die Bauern durch niedrige Preise fuer ihre reichlich vorhandenen Lebensmittel und ihre Baumwolle zu benachteiligen.

Die Drahtzieher der Monopolindustrie sind bestrebt, die Loehne der Industriearbeiter niedrig zu halten und ihre soziale Sicherheit und die ihrer Familien zu untergraben; gleichzeitig moechten sie die Preise fuer landwirtschaftliche Erzeugnisse druecken und die Ausgaben der Bauern erhoehen.

Es gibt keinen Kompromiss mit dem monopolistischen Programm, der den Arbeitern auf dem Lande oder in der Stadt dienlich sein koennte. Sie muessen gemeinsam dagegen Front machen.

Die Sicherheit, die die Bauernfamilie durch Preisstabilisierung und die Arbeiterfamilie durch Tarifverhandlungen sucht kann nur gewaehrleistet werden, wenn sich Bauern und Arbeiter geschlossen hinter die nationale Politik und ihre Programme stellen, die darauf ausgerichtet sind, die Vollbeschaeftigung zu sichern, den Arbeitern ihren rechtmassigen Anteil an dem Erloes fuer die Industrieprodukte zukommen zu lassen und den Bauern angemessene Preise fuer Lebensmittel und Baumwolle zu bieten.

Wenn Arbeiter und Bauern Schulter an Schulter gegen die Reaktion stehen, dann ist der Erfolg sicher. Eine Uneinigkeit waere in keiner Weise gerechtfertigt und darf deshalb nicht aufkommen. Dieselben monopolistischen Interessen, die den Bauern vermeentfuge Preise verweigern, machen den Arbeitern aus der Stadt eine angemessene Bezahlung streitig. Es sind die gleichen Reaktionaere, die Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften zugrunde richten und die Gewerkschaftsbewegung beseitigen moechten. Dieselben Profitmacher, die die Bauern zu betruengen versuchen, moechten einen unendlichen Vorrat an "billigen" Arbeitskraefte in den Staedten sehen.

Der CIO (Congress of Industrial Organizations) hat seit seiner Gruendung jedes Programm fuer die Landwirtschaft mit allen Mitteln unterstuetzt, wenn es galt, den Lebensstandard der Bauern zu heben, den Ackerboden des Landes zu schuetzen, die landwirtschaftlichen Gebiete mit Elektrizitaet zu versorgen und die Lebensbedingungen der amerikanischen Bauernfamilien zu verbessern. In der Zwischenzeit versuchen die Monopolisten im Kongress und im ganzen Land in boshafter Weise, sich als Freunde des Bauern aufzuspielen, waehrend sie ihn zur gleichen Zeit gegen seine Gewerkschaftsfreunde und seine wahren eigenen Interessen aufhetzen.

DESHALB SOLL NUN BESCHLOSSEN WERDEN:

Der CIO verlangt, dass die Bemuehungen in seinen Reihen fortgesetzt und erweitert werden, die ein unzerbruechliches Band zwischen den Bauern, Arbeitern und ihren Gewerkschaftsorganisationen knuepfen sollen.

Diese Konvention ruft jede lokale Gewerkschaft und jeden Gewerkschaftsrat auf, sich durch gegenseitiges Kennen- und Verstehenlernen mit den benachbarten Bauern zusammenzuschliessen.

Wir gewaehren auch in Zukunft der Landbevoelkerung jedmoegliche Unterstuetzung durch Zusicherung vermeentfugiger Preise und Loehne, Kreditmoeglichkeiten, Elektrisierungsprogramme, Schutz des Bodens, Foerderung der Genossenschaften, Linderung des Elends auf dem Lande, Gesundheits- und Erziehungsprojekte, ausreichende Versicherung der Ernte und andere notwendige Programme.

Diese Konvention billigt den Brannan Plan, der folgende Forderungen stellt: vermeentfuge Preise und Verdienste fuer die Landbevoelkerung zu sichern, den Kleinbauern besondere Unterstuetzung zu leisten, den Bauern zuzusichern, dass ihre erzeugten Lebensmittel abgesetzt werden koennen und zur Ernaehrung des Volkes verwendet werden, und es zu gleicher Zeit den Verbrauchern zu ermoeglichen, die im Ueberfluss vorhandenen Produkte der amerikanischen Bauern zu tragbaren Preisen kaufen zu koennen.

Wir wollen auch weiterhin darum kaempfen, dass die Bauern und ihre Organisationen von den Problemen und Programmen der Arbeiterschaft unterrichtet werden, damit allgemein und klar erkannt wird, dass der CIO dem Arbeiter und Bauern als Freund und Verbuedeter in ihrem Kampf gegen Not, Furcht und Elend jederzeit zur Seite steht.

Economic Outlook des CIO
November 1949

ARBEIT DURCH MARSHALL PLAN.

Zwei neue Marshall Plan Projekte in Italien zur Verbesserung der Eisenbahnen des Landes und des Post-, Telefon- und Telegrafendienstes werden ueber 15 Millionen Arbeitstage fuer italienische Arbeiter ermoeglichen.

Zu ihrer Finanzierung hat die Marshall Plan Verwaltung etwa 60 Billionen Lire aus dem italienischen Gegenwertfonds freigegeben.

An den vorgeschlagenen Verbesserungen der Eisenbahnen werden 140.000 Arbeiter 100 Tage lang beschäftigt werden können. Diese Verbesserungen bestehen in Wiederaufbau der Gleis- und Bahnhofsanlagen, Instandsetzung rollenden Materials und Herstellung von Werkzeugmaschinen und Vorrichtungen zur Beseitigung gebrauchsunfähigen Materials. Darüberhinaus wird die laufende Beschäftigungsziffer zur Bedienung der wiederhergestellten und neuen Anlagen beträchtlich erhöht werden müssen.

Im Rahmen der Ausdehnung und Modernisierung des Telefon-, Telegraf- und Postdienstes in Italien wird 14.000 Arbeitern 100 Tage lang beim Aufbau und bei der Beschaffung des erforderlichen Materials Beschäftigung geboten.

ECA Labor Information
28. November 1949

- 20 -

Office of Labor Affairs
HICOG, APO 757

OFFICIAL